Stiftung SPI

Jahresbericht 2005/2006

Stiftung Sozialpädagogisches Institut Berlin
– Walter May –
Gemeinnützige Stiftung

Stiftung des bürgerlichen Rechts
der Arbeiterwohlfahrt
Landesverband Berlin e.V.

Müllerstraße 74, Stadtteil Wedding
13349 Berlin
030/459 793-0
030/459 793-66 Fax
info@stiftung-spi.de
www.stiftung-spi.de

Spenden
Bank für Sozialwirtschaft
BLZ 100 205 00
Konto 31 121 05

Inhaltsverzeichnis

Booklet: Übersicht Stiftung SPI

Vorwort 6

I. Fachpolitische Artikel

Soziale Brennpunkte – eine Herausforderung für die Kinder- und Jugendpolitik in Europa 8

Denken und Handeln in Beziehungen und Möglichkeiten Mit kreativen Methoden lernen 14

II. Geschäftsbereiche

Fachschulen, Qualifizierung & Professionalisierung

1. Ausbildung 24
1.1 Fachschule und Berufsfachschule für Altenpflege Regel- und berufsbegleitende Ausbildung
1.1.1 Berufsfachschule für Altenpflege Ausbildung nach Bundesaltenpflegegesetz
1.1.2 Fachschule für Altenpflege Ausbildung nach Landesrecht (letztmalig ab Juli 2003)
1.2 Fachschule für Erzieher Vollzeit und berufsbegleitende Ausbildung
1.2.1 Fachschule für Erzieher/Ausbildungsordnung seit 01.08.2003
1.2.2 Fachschule für Erzieher/Ausbildungsordnung seit 01.08.1998 (letztmalig ab Juli 2003)
1.3 Fachschule für Heilpädagogik
2. Fort- und Weiterbildung für Institutionen und Mitarbeiter/innen des Sozial- und Gesundheitswesens
2.1 Fort- und Weiterbildung für Institutionen des Sozial- und Gesundheitswesens
2.2 Fort- und Weiterbildung für Mitarbeiter/innen des Sozial- und Gesundheitswesens
2.2.1 Weiterbildungen für Leitungskräfte in der Pflege
2.2.1.1 Leitung der Pflege in Einrichtungen des Sozial- und Gesundheitswesens (staatliche Anerkennung)
2.2.1.2 Leitung der Pflege von Einrichtungen des Sozial- und Gesundheitswesens (staatliche Anerkennung)
2.2.1.3 Leitende Pflegefachkraft nach SGB XI
2.2.2 Fachweiterbildungen für Alten- und Krankenpflegekräfte
2.2.2.1 Pflegefachkraft in der ambulanten Pflege (staatliche Anerkennung)
2.2.2.2 Fachkinderkrankenschwester/-pfleger, Fachkrankenschwester/-pfleger in der Psychiatrie (staatliche Anerkennung)
2.2.2.3 Gerontopsychiatrische Fachkraft (Zertifikat) mit Basisqualifikation zur leitenden Pflegefachkraft (nach SGB XI) gemäß „Gerontopsychiatrischer Zusatzqualifikation“ (SenGesSozV)
2.2.3 Weiterbildung für Erzieher/innen
2.2.4 Weiterbildungen für alle Berufe im Sozial- und Gesundheitswesen
3. Fachbereich Theater & Bildung Fort- und Weiterbildungen für alle Personen und Institutionen, die Interaktionen und Beziehungen kreativ gestalten und für Entwicklungsprozesse nutzbar machen wollen

Stadtentwicklung Ausnahme & Regel

1.	Der Geschäftsbereich Stadtentwicklung Ausnahme & Regel	47
2.	Handlungsfelder	
2.1	Das Quartiersmanagement	
2.1.1	Quartiersmanagement Zentrum Kreuzberg/Oranienstraße	
2.1.2	Quartiersmanagement Bülowstraße/Wohnen am Kleistpark (WAK)	
2.1.3	Quartiersmanagement Sparrplatz	
2.2	Stadtumbau Ost/Nachbesserung von Großsiedlungen	
2.3	Soziokulturelle Projekte	
2.4	Wohnumfeldverbesserung	
2.5	Bauliche Selbsthilfe	
2.6	Selbsthilfe im Wohnungsneubau	
2.7	Das Treuhandmodell	
2.8	Sonderprojekte	
2.9	Aktivitäten im Land Brandenburg	

Soziale Räume & Projekte

Einführung		82
I.	Kernbereich Gesundheit	88

Region Nord

1. Drogenberatung NORD
2. Substitutionsprojekt „Nordimpuls“
3. STAB Suchtberatungsstelle Pankow
4. Tagesstätte Pankow
5. Betreutes Einzelwohnen Pankow
6. Kontakt- und Begegnungsstätte „Café 157“

Region Lichtenberg-Hohenschönhausen

7. Integrierte Suchtberatung Lichtenberg
8. Kontaktladen „enterprise“
9. Betreutes Einzelwohnen Lichtenberg
10. Tagesstätten Lichtenberg-Hohenschönhausen
11. TWG „Arche“

Region Friedrichshain-Kreuzberg

12. Suchtberatungsstelle Friedrichshain
13. Betreutes Einzelwohnen Friedrichshain-Kreuzberg
14. Wohngemeinschaft „Übernberg“
15. Tagesstätte Friedrichshain

Region Treptow-Köpenick

16. Haus Strohhalm - Sozialtherapeutisches Wohnen
17. Treffpunkt Strohhalm

II. Kernbereich Lebenslagen 141

1. Clearingstelle Jugendhilfe/Polizei
2. Drehscheibe Kinder- und Jugendpolitik Berlin
3. Flucht nach vorn - Bildung, Beratung und Betreuung junger Flüchtlinge
4. Genderagentur Berlin-Brandenburg
5. MÄDEA - Interkulturelles Zentrum für Mädchen und junge Frauen
6. Fallschirm - Das Berliner Modell für die ambulante Betreuung strafunmündiger Mehrfach- und Intensivtäter
7. Das Berliner Büro für Diversionsberatung und -vermittlung
8. HundeDoc
9. Ostkreuz - Mobiles Beratungsteam für Demokratieentwicklung, Menschenrechte und Integration
10. Veranstaltungshaus „Werk 9“
11. Abenteuerspielplatz „Stadt der Kinder“
12. Platzmanagement Alexanderplatz
13. Schulsozialarbeit im Verbund

Strategien sozialer Integration

1. Regiestelle der Programmplattform Entwicklung und Chancen junger Menschen in sozialen Brennpunkten (E & C) 194
1.1 E & C: Soziale Arbeit als Koproduktion
1.2 Programmschwerpunkte
1.3 Aufgaben und Angebote der Regiestelle E & C
1.4 Zielgruppenkonferenzen (Vernetzung im Stadtteil, Stadtteilmanagement, Ressourcenorientierung)
1.5 Konferenzen der Städte und Gemeinden
1.6 Konferenzen der Quartiersmanager/innen
1.7 Konferenzen der freien Träger der Kinder- und Jugendhilfe des Bundes (KJP)
1.8 Fachforen und Expertengespräche
1.9 Regionalkonferenzen
1.10 Expertisen
1.11 Sonderveranstaltungen
1.12 Zusammenfassung
2. Regiestelle Lokales Kapital für soziale Zwecke (LOS)
2.1 Hintergrund
2.2 Programm
2.3 Programmumsetzung
2.4 Projekttypen
2.5 Zielgruppen
2.6 Handlungsfelder, Arbeits- und Projektschwerpunkte
2.7 Beschäftigung und neue Beschäftigungsfelder
2.8 Berücksichtigung kleiner Mikroprojektträger
2.9 Mit wenig Geld viel bewegt
2.10 Öffentlichkeitsarbeit der Regiestelle LOS
2.11 Plakat LOS/Aufkleber LOS/Leporello LOS
2.12 Beratung und Begleitung der Lokalen Koordinierungsstellen
2.13 Inhaltliche Schwerpunkte der Beratung und Begleitung der Lokalen Koordinierungsstellen
2.14 LOS-Kongress im Januar 2006 in Berlin
3. Jugendsozialarbeit an Berliner Hauptschulen – Ein Kooperationsmodell an der Schnittstelle zwischen Schule und Berufswelt
3.1 Programmziele
3.2 Integriertes Förderkonzept „Jugendhilfe und Schule“
3.3 Beteiligung der freien Träger der Kinder- und Jugendhilfe
3.4 Rahmenbedingungen, Größenordnung, Startphase

Niederlassung Land Brandenburg

Einführung		236
1.	Landesweite Projekte	239
1.1	Beratung Jugendarbeit/Jugendsozialarbeit	
1.2	Brandenburger Jugendkulturtage	
1.3	Rohkunstbau und Kinderkunst	
2.	Regionalzentrum Nord-Ost	
2.1	Mobile Jugend- und Jugendsozialarbeit in Eberswalde	
2.2	Ambulante Hilfen zur Erziehung	
2.3	Kinder-, Jugend-, Familien- und Bürgerzentrum „offi“ Bad Freienwalde	
2.4	Schulsozialarbeit in Bad Freienwalde	
2.5	Jugendkoordination im ländlichen Raum Bad Freienwalde	
2.6	ABM mit Qualifizierungsanteil „Junge Mütter“	
3.	Regionalzentrum Ost	
3.1	Kinder- und Jugendzentrum MIKADO Frankfurt (Oder)	
3.2	Integrationszentrum 2. Gesamtschule Frankfurt (Oder)	
3.3	Hort der Förderschule für Sprachauffällige Frankfurt (Oder)	
3.4	Schulprojekt „MIKADO-Crew“	
3.5	Care 05	
4.	Regionalzentrum Süd	
4.1	Freizeitzentrum „Bergschlösschen“ Spremberg	
4.2	„Bergbau-Erlebniswelt Felixsee“ (Jugendbegegnungsstätte am Felixsee)	
4.3	Jugendklub Lieberose und Amtsjugendpflege im Amt Lieberose	
4.4	Kompetenzagentur Cottbus	
4.5	Schulprojekt „Leonardos Meisterbude“ Cottbus	
4.6	Schulsozialarbeit Lübben	
4.7	Schulprojekt „Lernwerkstatt Sprungbrett“ Spremberg	
4.8	Lotsenstelle Lausitz	
4.9	„jugend at work“ Cottbus	
4.10	Arbeitsgelegenheiten für jugendliche Langzeitarbeitslose „JuLa“	
5.	Regionalzentrum Mitte	
5.1	CIVITAS-Netzwerkstelle „Netzwerk für Demokratische Kultur“	

III. Gesellschaften

1.	GSE, Gesellschaft für Stadtentwicklung gGmbH	307
2.	SPI Forschung gGmbH (Berlin, Magdeburg)	
3.	Centre Français de Berlin gGmbH - Deutsch-Französisches Jugend- und Kulturzentrum	
4.	ISKA, Institut für soziale und kulturelle Arbeit pgGmbH (Nürnberg)	
5.	SPI Beteiligungsgesellschaft mbH	

IV. Öffentlichkeitsarbeit

Publikationen	313
Fachtagungen	

V. Verzeichnis

Anschriften der Geschäftsbereiche	335
Mitarbeiter/innen	

VI. Anhang

Satzung Stiftung SPI	352

Vorwort

Die Stiftung Sozialpädagogisches Institut Berlin - Walter May - (Stiftung SPI), legt mit diesem Jahresbericht 2005/2006 gegenüber der Stiftungsaufsicht, dem Stifter, der Arbeiterwohlfahrt Landesverband Berlin e.V., Auftraggebern und Zuwendern, Geschäftspartnern, Förderern und Freunden der Stiftung SPI Rechenschaft ab. Zur Prüfung der wirtschaftlichen Verhältnisse, der Einhaltung der Regeln des ordentlichen Kaufmannes, wie der Einhaltung der Zuwendungsbestimmungen nach den Haushaltsordnungen bzw. von Leistungsverträgen lässt sich die Stiftung SPI jährlich von einer unabhängigen Wirtschaftsprüfungsgesellschaft prüfen und testieren.

Die Stiftung SPI ist eine als gemeinnützig anerkannte operative Stiftung und Träger eigener Praxis nach Maßgabe des Stiftungszwecks. Die Stiftung SPI erhält weder vom Stifter, noch von anderer öffentlicher oder privater Seite eine institutionelle Förderung. Alle Aufwendungen der Stiftung müssen aus den Erträgen (Aufwendungsersatz, Zuwendungen, Honorar- und Leistungsvereinbarungen sowie Spenden) gedeckt werden.

Der Jahresbericht der Stiftung stellt ausführlich die eigene Praxis und das jeweilige Leistungsprofil der einzelnen Geschäftsbereiche und der mit der Stiftung verbundenen Gesellschaften dar. Über die Gremien der Stiftung, das Leistungsprofil, die Struktur und die dort Verantwortung tragenden Persönlichkeiten berichten wir in Kurzform.

Darüber hinaus informieren wir aktuell auf unserer Homepage www.stiftung-spi.de. Hier besteht auch die Möglichkeit, einzelne Fachartikel, wie die diesjährigen sowie frühere Jahresberichte herunter zu laden.

Die Struktur der Stiftung SPI, ihr fachliches Profil und der Gegenstand der Tätigkeit verlangen von der Institutsleitung der Stiftung Qualitätskontrolle und Qualitätsmanagement. Im Berichtszeitraum wurde durch ein Wiederholungsaudit testiert, dass die Institutsleitung und die Geschäftsbereiche die Forderungen der DIN EN ISO 9001:2000 erfüllen und für die kommenden 3 Jahre das entsprechende Zertifikat führen dürfen. Der Geschäftsbereich Fachschulen unterliegt der staatlichen Anerkennung und der Fachaufsicht des Landes Berlin sowie den träger- und maßnahmebezogenen Anforderungen der Förderung der beruflichen Weiterbildung (AZWV).

Die Stiftung Sozialpädagogisches Institut Berlin - Walter May -, die sich der Initiative des Generalsekretärs der Vereinten Nationen angeschlossen hat, unterstützt im Rahmen des weltweiten Pakts „Global Compact“ humane Grundprinzipien des Wirtschaftens, die Übernahme gesamtgesellschaftlicher Verantwortung, die entsprechende Sozialbindung und weltweite Verantwortungsbereitschaft.

Für den engagierten Einsatz der haupt- und nebenamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stiftung sowie die fachliche Begleitung und kritische Unterstützung durch Freunde, Zuwendungsgeber und Vertragspartner möchten sich der Vorstand und die Institutsleitung herzlich bedanken.

Berlin, im Juli 2006

Hartmut Brocke
Vorstandsvorsitzender
Direktor

Jahresbericht 2005/2006

Fachpolitische Artikel

Hartmut Brocke

Soziale Brennpunkte – eine Herausforderung für die Kinder- und Jugendpolitik in Europa

Initiative ergreifen – „Berlin-Prozess/Die Soziale Stadt für Kinder und Jugendliche“

Viele europäische Kommunen stehen vor dem Problem sich verschärfender sozialer und räumlicher Segregationsprozesse. Armut, Marginalisierung und soziale Ausgrenzung konzentrieren sich vielerorts in benachteiligten Stadtteilen. Die dort lebenden Bewohnerinnen und Bewohner erleben eine Beeinträchtigung ihrer Lebenschancen, die aus dem Wohnen in diesem Quartier entsteht. Gerade für die Kinder und Jugendlichen bedeutet das Aufwachsen in „sozialen Brennpunkten“ von vorn herein mangelnde Entwicklungschancen und die eingeschränkte Teilhabe an der Gesellschaft. Besonders in benachteiligten Stadtteilen europäischer Kommunen wird man dem Anspruch immer weniger gerecht, allen jungen Menschen gleiche Möglichkeiten für ihre Entwicklung anzubieten. Deshalb ist es allerhöchste Zeit zu handeln und lokalen Politikansätzen zur Verbesserung der Chancen von Kindern und Jugendlichen auf der europapolitischen Agenda eine größere Bedeutung einzuräumen.

Um das Konzept „Die Soziale Stadt für Kinder und Jugendliche“ mit Leben zu füllen, ist eine übergreifende Politik notwendig, die die Lebenschancen und die persönliche Entwicklung von jungen Menschen und ihren Familien in benachteiligten Sozialräumen in den Mittelpunkt stellt. Für solche integrierten Strategien gibt es bereits Erfahrungen, so z. B. im Rahmen des deutschen Bund-Länder-Programms „Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf – die soziale Stadt“ und seines Partnerprogramms „Entwicklung und Chancen junger Menschen in sozialen Brennpunkten“ (E & C). Hier werden von Stadtentwicklung und Jugendhilfe integrierte Strategien im Sinne von ressourcenorientierten, ressortübergreifenden und partizipativen Ansätzen initiiert und verstetigt.

Es ist das Ziel dieser Initiative des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ), verschiedene Praxiserfahrungen und Lösungsansätze aus europäischen Kommunen zusammenzubringen und einen europaweiten Prozess Regionen übergreifenden Lernens anzustoßen. Die Herausforderung, allen jungen Menschen in den benachteiligten Stadtteilen europäischer Kommunen gute Möglichkeiten für ihre Entwicklung zu bieten und so durch Integration den sozialen Zusammenhalt und die Zukunftsfähigkeit der europäischen Gesellschaften zu sichern. Kinder und Jugendliche sind die Zukunft Europas. Wie die Beispiele aus europäischen Kommunen verdeutlicht haben, gehören in sozial benachteiligten Stadtteilen integrierte Ansätze und Strategien zum Fachstandard, die Kindern, Jugendlichen und ihren Familien bessere Zukunftschancen ermöglichen.

Vier Staats- und Regierungschefs, Jacques Chirac, Gerhard Schröder, Jose R. Zapatero und Göran Persson, haben in ihrem Brief vom 29. Oktober 2004 an die Niederländische Ratspräsidentschaft der Europäischen Union zu einem Pakt für die Jugend aufgerufen. Sie betonten in ihrem Brief, dass grundlegende Anstrengungen in Bildung und Ausbildung erforderlich sind, um die in Lissabon vereinbarten Ziele zu erreichen. Gleichzeitig unterstreichen sie die besonderen Risiken und die Probleme der Ausgrenzung, denen Jugendliche ausgesetzt sind. Angesichts weiterhin sinkender Geburtenraten fordern sie eine integrierte Kinder-, Jugend- und Familienpolitik.

Im Auftrag des BMFSFJ wurde im Rahmen der Programmplattform „Entwicklung und Chancen junger Menschen in sozialen Brennpunkten“ (E & C) gemeinsam mit dem Europarat, Direktion Jugend und Sport, sowie dem Kongress der Regionen und Gemeinden des Europarats im Jahr 2004 der „Berlin Prozess – die Soziale Stadt für Kinder und Jugendliche“ gestartet und zwei große europäische Fachkonferenzen durchgeführt:

23.-25. November 2004 im Auswärtigen Amt in Berlin,
30. Januar bis 1. Februar 2006 beim Europarat in Straßburg,
wobei die Konferenz im Jahr 2006 in Zusammenarbeit mit der Europäischen Kommission und dem französischen Jugendministerium veranstaltet wurde.

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer beider Konferenzen (aus 36 Staaten und 140 Städten) waren sich einig, dass der Berlin-Prozess die einzigartige Chance bietet, einen kommunalen Praxisaustausch auf europäischer Ebene zu führen, der seit dem Jahr 2004 zu einer neuen Qualität lokalen Handelns beiträgt. Zugleich wird Europa dadurch in den Stadtteilen sichtbar.

Welches sind in diesem Zusammenhang die Themenschwerpunkte aus der Perspektive lokaler Kinder- und Jugendpolitik?

1. Themen sind:

   – Der Zugang benachteiligter Jugendlicher zu qualitativ hochwertiger Bildung und Ausbildung ist eingeschränkt und produziert soziale Ausgrenzung.
   – Gewalttätiges Verhalten und Auseinandersetzungen in der Schule, am Arbeitsplatz und in der Familie sowie Diskriminierungen verschiedenster Art (sozioökonomischer Status, Geschlecht, soziale oder ethnische Herkunft, Religion oder Weltanschauung, Behinderung, Alter oder sexuelle Orientierung) nehmen zu.
   – Soziale Benachteiligung, fehlende Teilhabe führen in einer Gesellschaft, in der der Wettbewerb dominiert, zur sozialen Ausgrenzung und Vereinzelung. Gewinner und Verlierer der Wettbewerbsgesellschaft verlernen Solidarität und Gemeinsinn.
   – Bildungs- und Aufstiegschancen werden oft durch den Status der Eltern bestimmt, wie dies durch die Pisa-Studie insbesondere für Deutschland ausgeführt wird.
   – Politik erreicht zunehmend junge Menschen in benachteiligten Stadtgebieten nicht mehr.

2. Besonders in benachteiligten Stadtteilen europäischer Kommunen wird man dem Anspruch immer weniger gerecht, allen jungen Menschen gleiche Möglichkeiten für ihre Entwicklung anzubieten. Deshalb ist es allerhöchste Zeit zu handeln und lokalen Politikansätzen zur Verbesserung der Chancen von Kindern und Jugendliche auf der europapolitischen Agenda eine größere Bedeutung einzuräumen.

3. Ziel ist eine politische und gesellschaftliche Praxis der Koproduktion zur Verbesserung der Zukunftschancen junger Menschen. Dieser Ansatz der Koproduktion muss die kommunalen und regionalen Akteure, die nationalen Akteure, die Wirtschaft, die Zivilgesellschaft, europäische Institutionen und die Bürgerinnen und Bürger, insbesondere auch die jungen Menschen zusammenführen. Diese Form der Koproduktion muss sich an folgenden Handlungssträngen orientieren: formale und non-formale Bildung, soziale Arbeit, sozialräumliches Erfahrungswissen, politische Partizipation, Kommunikation/Medien, Forschung, Stadtplanung, Migrationspolitik, Geschlechtergerechtigkeit und Sicherung und Vermittlung von Menschenrechten.

   Ziel ist es, Synergien herzustellen, den sozialen Zusammenhalt zu sichern, Zugang und Teilhabe zu gewährleisten und, vor dem Hintergrund europaweiter Erfahrungen, sicherzustellen, dass alle Bestrebungen der Kinder- und Jugendpolitik der Förderung der persönlichen Entwicklung, der Förderung von Beschäftigung und der Stärkung der Zivilgesellschaft dienen. Nur so können Strategien zur Verbesserung der Bedingungen in benachteiligten Stadtteilen verfolgt werden, die auf dem Individuum und dem Gemeinwesen beruhen.

4. Das Konzept „Die Soziale Stadt für Kinder und Jugendliche“ erfordert die aktive Beteiligung der sozialen Akteure, die Suche nach Synergien und Mehrwert und zielt auf Koproduktion und Co-Management in städtischen Handlungsfeldern. Für eine erfolgreiche Umsetzung des Konzepts sind Good Governance-Strategien der Steuerung und effizienten Koordinierung erforderlich, das machen viele Beispiele in Europa deutlich. Der Aspekt der Steuerung und Koordinierung berührt Begriffe wie Delegation von Verantwortung, sektoren- und ressortübergreifendes Handeln, flexible Budgets, persönliches Engagement über die Grenzen der beruflichen Zuständigkeit hinaus, Transparenz, kritische Evaluierung und Validierung und die Beteiligung möglichst vieler gesellschaftlicher Akteure. Die Steuerung und Koordinierung einer integrierten Jugendpolitik muss erlernt, ermutigt und praktiziert werden. Verbesserungen in diesem Bereich wirken direkt positiv auf die Zukunftschancen junger Menschen in den benachteiligten Sozialräumen.

5. Die Aufgaben der Steuerung und Koordinierung müssen einhergehen mit einer Jugendpolitik, die auf Koproduktion und Co-Management, auf einen strukturierten Dialog setzt und auf strategischen institutionellen und operativen sozialen Netzwerken beruht. Diese betreffen Familien-, Kinder- und Jugendpolitik gleichermaßen, denn die Bedingungen in benachteiligten Stadtteilen erlauben keine Trennung zwischen diesen Politikbereichen, die eng miteinander verflochten sind. Ergebnis ist ein kooperativer Policy-Mix aus den Bereichen:

   – Stadt- und Quartiersentwicklung, ländlicher Raum,
   – Empowerment, Partizipation und Bürgerschaft der Bewohnerinnen und Bewohner,
   – lokale Bündnisse, Netzwerke und Partnerschaften,
   – Sozialwesen,
   – lokale Beschäftigung,
   – Bildung und Erziehung,
   – Sport und Freizeit,
   – Kultur,
   – Kooperationen mit Wirtschaft und anderen Sektoren,
   – Sicherheit,
   – Gesundheit.

   Eine integrierte Kinder- und Jugendpolitik wird eine kooperative und koproduktive Politik sein, deren Ergebnisse gemessen werden an der Verbesserung der Lebensbedingungen, der Sicherstellung des gleichberechtigten Zugangs aller jungen Menschen zu Angeboten der Bildung, Beschäftigung, Freizeit, des öffentlichen Lebens, zu angemessenem Wohnraum und einem sicheren, friedvollen Leben ohne Angst vor Diskriminierung und Gewalt gegenüber jeglicher Form von „Anders sein“.

6. „Die Soziale Stadt für Kinder und Jugendliche“ wird eine Stadt der Bürgerinnen und Bürger sein. Davon ist sie heute noch weit entfernt. Denn dort, wo Armut, soziale Ausgrenzung und die damit einher gehenden Effekte wie niedriges Bildungsniveau, geringer sozialer Status und geringes Selbstbewusstsein vorherrschen, gibt es keine aktive Mitwirkung am öffentlichen Leben. Das Ideal aktiver Bürgerschaft beschreibt die Fähigkeit, Lebenslagen zu analysieren und sich daran zu beteiligen, Lösungsmöglichkeiten für bestehende Probleme zu entwickeln. Dies kann nicht erreicht werden ohne Kritikfähigkeit und Anerkennung der unterschiedlichen Rollen im Zusammenspiel von Zivilgesellschaft und öffentlichen Institutionen, innerhalb dessen sich kreativ Formen des Zusammenlebens entwickeln.

   Hierbei handelt es sich um einen integrativen Ansatz, der nicht auf die Mehrheitskultur der Bevölkerung beschränkt ist. Er umfasst Migrantinnen und Migranten, Flüchtlinge, Ausländerinnen und Ausländer. Die wichtige Arbeit von Ausländerbeiräten verdient Würdigung und Respekt. Sie zu unterstützen und einzurichten ist europaweit zu empfehlen. Die Konvention des Europarats über die Partizipation von Ausländerinnen und Ausländern auf lokaler Ebene verdient besondere Beachtung.

   Nicht nur mit Blick auf benachteiligte Stadtgebiete, vielerorts stellt sich das Problem geringer Wahlbeteiligung, das der Demokratie ihre Grundlage entzieht. Partizipation, Bürgergesellschaft und das Erlernen von Demokratie gehören in die „Soziale Stadt für Kinder und Jugendliche“. Dieser Lernprozess muss interkulturell organisiert und auf die berufliche Integration ausgerichtet und er muss sowohl das Individuum als auch die Gemeinschaft stärken.

7. Um diesen Demokratisierungsprozess in Gang zu setzen, ist der Veränderungswillen vieler Akteure auf kommunalpolitischer Ebene notwendig. Dazu bedarf es der intensiven Kooperation zwischen Akteuren aus den formalen, informellen und non-formalen Bereichen von Bildung, Ausbildung und Beschäftigung. Ganz wesentlich ist es, das Vertrauen der Menschen in Behörden und öffentliche Institutionen (z. B. auch Polizei) zu stärken, das vielerorts verschwunden ist. Auf der Basis eines neuen Verhaltenskodexes (*code of conduct*) muss dieses Vertrauen wieder hergestellt werden. Dies ist die Chance, den sozialen Zusammenhalt in Europa zu verwirklichen.

8. Sozialpolitische Strategien für Kinder und Jugendliche müssen langfristig konzipiert werden. Kurzfristige Kürzungen öffentlicher Mittel haben oft negative Auswirkungen auf die Bereiche Prävention, Gesundheit, Bildung und berufliche Integration in den Arbeitsmarkt. Es sind Bedingungen herzustellen, unter denen Nachhaltigkeit erreicht werden kann. Während der Anspruch auf eine angemessene öffentliche Finanzausstattung unbestritten ist, ist es ebenfalls offensichtlich, dass durch effizientes „Mainstreaming“ der Ressourcen der Kinder- und Jugendhilfe, durch integrierte Strategien und durch die Kombination und Bündelung lokaler, nationaler und europäischer Fördermöglichkeiten, wie im E & C-Programm beispielhaft gezeigt wurde, Synergieeffekte erzielt werden können.

Hervorgehobene kommunale Handlungsfelder der Kinder- und Jugendhilfepolitik

Lebenskompetenz vermitteln – Erziehung und Bildung in benachteiligten Stadtgebieten

1. Der Zugang zu Bildung ist eine öffentliche Aufgabe sowie das zentrale Element der Teilhabe, Chancengerechtigkeit und der Geschlechtergerechtigkeit und muss jedem Kind und jedem Jugendlichen möglichst früh zur Verfügung stehen.

2. Ein erfolgreicher Koproduktionsprozess integrierter Strategien für Kinder und Jugendliche in benachteiligten Stadtteilen setzt die unabdingbare Investition in Humankapital und in menschliche Ressourcen voraus.

3. Die Verfügbarkeit von vernetzten Strategien und Angeboten der Erziehung und Bildung muss möglichst früh für alle Kinder gewährleistet werden. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Konferenz empfehlen den Aufbau von lokalen, im Sozialraum organisierten, vernetzten und präventiven Angeboten.

4. Übergänge in den Bildungs- und Erziehungsangeboten müssen besonders gestaltet werden, Erreichbarkeit der einzelnen Angebote sollte gesichert sein und der "Gesamtbauplan" der Angebote für alle Betroffenen transparent sein.

5. Prinzipien der Partizipation und Beteiligung sollen in allen Bereichen der Bildungsangebote umgesetzt werden.

6. Eine zweite Chance bei Bildung und Ausbildung für benachteiligte Kinder und Jugendliche liegt im Interesse der europäischen Gesellschaften und ist eine öffentliche Aufgabe.

7. Bedingungen, unter denen Nachhaltigkeit im Bildungsprozess sichergestellt werden kann, müssen bei allen gesellschaftlich relevanten Akteuren vermittelt werden: staatlichen und nichtstaatlichen Institutionen, Schulen, Trägern der Kinder- und Jugendhilfe, Familien, Eltern und der Wirtschaft etc. Alle Bildungssysteme müssen neu gedacht und zusammen gebracht werden.

Einwanderung/Interkulturalität: Strategisches Integrationsmanagement als kommunale Aufgabe

1. Bei Fragen der Integration ist nicht nur auf die vermeintlichen Defizite der zugewanderten Menschen zu schauen, sondern Integration ist als gesellschaftlicher Reichtum zu werten, um die Ressourcen, die Menschen mitbringen, in den Blick zu bekommen.

2. Wenn von Integration ausländischer Kinder und Jugendlicher gesprochen wird, sollte dies nicht reduziert geschehen, sondern die Eltern, die Herkunft und Lebensgeschichte der Zugewanderten mit betrachtet werden, weil nur ein komplexes Verständnis von Integration, Integration auch ermöglicht.

3. Der Blick auf Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund darf nicht dazu führen, Kinder und Jugendliche als homogene Gruppe zu betrachten. Kinder und Jugendliche sind zunächst als Individuen mit eigenen, unterschiedlichen Lebenswegen und Lebenssituationen zu betrachten.

4. Wichtig ist die Initiierung eines interkulturellen Austauschs. Dieser kann sich in erster Linie auf die Anerkennung von Differenzen und die Etablierung von (ethnischer) Vielfalt beziehen, aber auch auf Ansätze, die die Anerkennung von Differenzen mit der Suche nach Gemeinsamkeiten verbinden.

5. Um die Fragen der Integration in der Kommune zu lösen, sind Kooperationsverbünde zwischen Verwaltung, NGOs und Akteuren der Zivilgesellschaft von Nöten.

6. Integrationspolitiken verlangen eine Neugestaltung des Denkens. Die handelnden Akteure müssen ihre Haltungen und Sichtweisen überprüfen, denn diese haben Rückwirkungen auf Konzepte und deren praktische Umsetzung. Strategien der Integration verlangen eine (selbst)reflexive Auseinandersetzung in Bezug auf die zu bewältigenden Aufgabenstellungen.

7. Damit eine Integrationspolitik nicht nur „für“ die Zugewanderten umgesetzt wird, sondern sich interkulturell definieren kann, sind besonders auf Stadtteilebene Aushandlungsprozesse zwischen verschiedenen Akteuren zu organisieren.

8. Ein Austausch im Rahmen des angestoßenen Prozesses zwischen Verwaltung, Regionen, Stadtteilen und Gemeinden über Fragen der Integration wird benötigt und der angestoßene „Berlin-Prozess“ sollte einen solchen Austausch unterstützen.

Steuerungsstrategien und lokale Entwicklungskonzepte in benachteiligten Stadtteilen

1. Lokale Steuerung sozialer Stadtteilentwicklungsprozesse ist eine nur langfristig zu lösende Aufgabe der Verwaltungsreform der Kommunen. Grundlage für ein mittel- und langfristiges verlässliches Arbeiten in benachteiligten Stadtteilen sollten Verträge über die Finanzierung lokaler Entwicklungsvorhaben zwischen Kommune und staatlichen Institutionen (Regierung) bilden. Nur verbindliche Vereinbarungen können langfristig Vorhaben absichern.

2. Wissenschaftliche Erkenntnisse und statistische Erhebungen der Wirksamkeitsforschung sind die Basis für Entscheidung über Strategien und Programme. Beispiele guter Praxis erfüllen die Kriterien der Wirksamkeit und der Wirtschaftlichkeit des Ressourceneinsatzes.

3. Lokale Netzwerke müssen offen für alle Akteure und deren Vorschläge gestaltet werden.

4. Ein strategischer, dynamischer Steuerungskreislauf ermöglicht eine permanente Anpassung der Stadtteilarbeit an die veränderten Handlungsbedingungen.

5. Aktive und offene Kommunikationsstrategien sollen Steuerungsinstrumente und Koordination ergänzen und die Medien genutzt werden.

6. Projekte und Vorhaben im Stadtteil sollen sich künftig an der Umsteuerung der EU-Förderung von Strukturfonds hin zu integrierten Strategien als Mainstream der europäischen Sozial- und Jugendförderung orientieren.

Stärkung der Zivilgesellschaft und Partizipation

1. Vielfältige Partizipationsangebote sind erforderlich, um umfassende demokratische Beteiligung zu ermöglichen.

2. Die Beteiligung von benachteiligten Kindern und Jugendlichen erfordert neue Formen der Partizipation.

3. Damit sich Kinder und Jugendliche aus benachteiligten Stadtteilen an repräsentativen demokratischen Prozessen beteiligen können, benötigen sie neben entsprechenden Bildungsangeboten ggf. auch finanzielle Ressourcen für Kommunikation (z. B. Telefon, Internet) und Mobilität.

4. Beteiligung ist ein Lernprozess, und zwar nicht nur für die Kinder und Jugendlichen, sondern auch für die Professionellen aus der Jugend- und Sozialarbeit sowie der Politik.

5. Beteiligung muss altersgerecht ab dem Vorschulalter ermöglicht werden.

Birgit Hoppe

Denken und Handeln in Beziehungen und Möglichkeiten
Mit kreativen Methoden lernen

Schulunterricht kann ... gar nicht langweilig genug sein. Mit öden Unterrichtsstunden würden Kinder bereits auf das Leben außerhalb der Klassenzimmer vorbereitet. Wer gelangweilt sei, werde dazu gebracht, Fantasie zu entwickeln, so die Lehrer.[1]

Wie steht es um die Kreativität in Qualifizierungsprozessen für die Sozial- und Gesundheitsberufe? Pflicht sind nur mehr die sogenannten „harten Fakten" im Kontext von Leistungserbringung und Versorgungsauftrag: So sieht es mehr denn je aus, wenn es um die Qualifizierung des kostbaren, da teuren Guts Fachkräfte im Sozial- und Gesundheitswesen geht. Unstrittig sind in der Ausbildung nur noch die jeweils essentiellen theoretischen Bezüge und Methoden sowie rechtliche und betriebswirtschaftliche Grundlagen. Dagegen sind die ohnehin schon immer als „weich" diskreditierten „Fächer" Musik, Bewegung und Tanz, Theater, künstlerisches Gestalten in den vergangenen Jahren eher noch weiter in „Verruf" als unnötige Spielerei geraten, wenn nicht Filme wie „Rhythm is it" oder Choreographien wie „Scratch Neukölln"[2] eine aktuelle öffentliche Einsicht bzw. ein Ahnen erzeugt hätten, dass diese Zugänge Entwicklungspotentiale gerade auch bei Menschen erschließen können, bei denen diese schon längst als verloren gegangen verbucht worden sind. Mit kreativen Angeboten konnte in den Gesundheits- und Sozialberufen in den vergangenen Jahren niemand so richtig punkten, weder in der Praxis – hier ist's der Verweis aufs eigentliche „Kerngeschäft", der blockiert – noch in der Weiterbildung: Man läuft Gefahr, als fachlich nicht auf der Höhe der Zeit angesehen zu werden. Schwer vorstellbar, dass ein Arbeitgeber seine/n Mitarbeiter/in zu einem Seminar wie „Spiel und Kreativität" entsenden würde. Planung, Konzeptionsentwicklung, Steuerung sind die Themen, die hoch im Kurs stehen. Schließlich lauten die Diagnosen: Ökonomisierung der sozialen Arbeit und des Gesundheitswesens, Globalisierung und schneller Wandel.[3] Zielvereinbarungen, Qualitätskontrollen, neue Verordnungen, Indikatoren und Strategiepapiere sind die Antworten auf diese Entwicklung in den vergangenen Jahren (gewesen). Die Strukturen gerieten in den Blick, die Menschen tendenziell aus dem Blick: Oft scheinen sie bei der „Neujustierung" eher zu stören, als als Teil des Wandels gesehen zu werden. Zweckfreies Investieren in Personen, die Achtung der Wechselseitigkeit von Beziehungen, des sorgsamen Umgangs laufen derzeit Gefahr *generalisierend* als unprofessionell und unwirtschaftlich diskreditiert zu werden. Experimentieren, etwas ausprobieren, zu inszenieren, sich überraschen zu lassen wurden zu „Extras" auf der Speisekarte, die man sich nur leisten kann, wenn man zu viel Geld hat. An diese zu denken heißt in den Augen vieler, „noch auf der Insel der Glückseligen zu wohnen", also so der Subtext, nicht realitätstauglich zu sein.

Mit dieser Prioritätensetzung auf das Nötige, wobei man sich auf das per „Verordnungssicht" als für den Menschen als notwendig Erklärte beschränkt, geht ein Verlust an Sich-in-Beziehung-setzen einher, der strukturell Beziehungsarmut produziert: Rollenträger begegnen „Klienten". Demgegenüber steht die Klage und nun mehr in der Folge sozial- und fachpolitische Einsicht, dass es mehr Beteiligung, Verantwortung, Einmischung der Bürger für und ihre eigenen Belange braucht und dass Profis gefordert sind, diesen Prozess zu begleiten und zu unterstützen. Forderungen nach Sozialraumorientierung, bürgerschaftlichem Engagement, persönlichem Budget statt Orientierung an fixierten Dienstleistungskatalogen stehen für diesen Trend.

---

1 Meldung über eine Stellungnahme des britischen Lehrerverbandes Association of Teachers and Lecturers, in VBE, Forum, 3.5.3005

2 Choreographie Constanza Macras mit dem Tanz-Ensemble Dorky Park und Schüler/innen einer Neuköllner Schule

3 Vgl. Kreft, D.; Mielenz, I. (2005): Wörterbuch Soziale Arbeit. Weinheim und München, Vorwort zur 5. vollständig überarbeiteten und ergänzten Auflage

Damit wird – wenn auch noch nicht klar den Beteiligten als Konsequenz vor Augen – die Frage nach dem, was Menschen motiviert, jenseits des eigenen konkreten Nutzens, etwas zu verschenken an Kreativität und Zeit, Anteilnahme, also Gefühlen und Gedanken zentral. Die Antwort darauf ist zunächst einmal auf der Voraussetzungsseite banal: Wer sich vom anderen nicht geachtet, in seiner Lebenswelt wahrgenommen und verstanden fühlt, hat mit diesem anderen nichts – außer das Nötige – zu tun. Es verbindet nichts. Zunächst müssen aber Beziehungen werden, um Mögliches gemeinsam zu sehen.

Wie lernt man in Beziehungen und Möglichkeiten zu denken? Qualifizierung baut hier traditionell auf Methoden, Modelle und Theorien der Psychologie, Soziologie, Pädagogik usf. Zu kurz kommt dagegen ein Lernen, das auf die Erfahrungen und Sinne setzt und weniger vom Klienten und der dialogisch bzw. im Netzwerk verantwortlichen Fachkräfte her denkt. Nicht systematisch genug ist die Erprobung der eigenen Person und möglicher Lebenswelt eingebunden. Dass muss sich ändern.[4] Es braucht den kontinuierlichen und deutlich in seiner Zielsetzung formulierten Einsatz medien-, theater-, tanz-, kunstpädagogischer Methoden, um ein Verständnis für „Lebenswelt“ zu erschließen, eigene und fremde. Dieser Ansatz ist nicht zu verwechseln mit dem bereits vorhandenen Input (Praxisfächer), der dazu befähigen soll, Beschäftigungsangebote für die jeweilige Klientel zu machen. In dieser „Beschäftigungsperspektive“ liegt sicher auch einer der Gründe, dass die entsprechenden Inhalte und Methoden zu „Neigungsfächern“ werden konnten, da sie einseitig die praktische ggf. auch „künstlerische“ Leistung fokussieren, statt auf den Entwicklungsweg und in diesem Sinne –leistung der Person zu bauen. Die berufliche Ausbildung muss auf beide Seiten setzen, wobei der Zugang – Zielsetzung der Methode ist die Erprobung von Person und Lebenswelt – die Basis ist. *In diesem Sinn* wird es sodann unerheblich, ob jemand gemessen an einem künstlerischen Standpunkt gut oder schlecht singt, zeichnet, tanzt.

Es geht vielmehr um einen programmatischen Zugang zu Lernen und Entwicklung, wie es im Berliner Bildungsprogramm für Kindertageseinrichtungen für den Bereich Bewegung beispielhaft mit dem Satz „Bewegung ist eine elementare Form der Denkens“ überschrieben ist.[5]

Tanz-, theater-, kunst- und medienpädagogische Methoden sind daher nicht als Extraangebote im Bildungsprozess zu verankern, sondern als integrale Bestandteile von Qualifizierung insgesamt. So wie es für die kompetente Präsentation von Ergebnissen u. a. Fähigkeiten professioneller Gesprächsführung braucht, so braucht z. B. jede Lern- bzw. Beziehungssituation methodische Kenntnisse aus dem Bereich Bewegung, denn: Wer hat eigentlich bestimmt, dass Lernen im Regelfall sitzend zu erfolgen hat, dass man nur am Schreibtisch sich konzentrieren kann? Es ist uns doch bewusst, wie viele Erkenntnisse einem eben nicht – da wo sie scheinbar hingehören – am dafür vorgesehenen Arbeitsort überfallen, sondern in Bewegung: beim Laufen, Blumen gießen, Schwimmen usf. Daraus müssen wir etwas für Erziehungs-, Bildungs-, Betreuungsprozesse machen: Konsequenzen ziehen! Hierbei geht es nicht nur um den Einzelnen, sondern auch um das Entwicklungspotential einer Gesellschaft.

I. Was gelernt werden kann!

Fachkräfte in den Sozial- und Gesundheitsberufen steuern wesentlich mit, ob Menschen sich derzeit eher in einer Gesellschaft der Verluste, einer Abbruchgesellschaft, oder in einer Gesellschaft der Veränderungen, einer Aufbruchsgesellschaft erleben. In diesem Sinn sind sie mittlerweile in der „Regierungsverantwortung“ (Rauschenbach 2005) und damit auch schon in der Regierungskrise, da das Prinzip der reinen Parteilichkeit für den Klienten allein keine

[4] Der GB Fachschulen, Qualifizierung & Professionalisierung der Stiftung SPI hat daher im vergangenen Jahr den Fachbereich Theater & Bildung eröffnet. Zum einen ist damit die Entscheidung für eine grundsätzliche Einbindung kreativer Methoden in oben skizziertem Sinn in alle Aus- und Weiterbildungen verbunden, zum anderen der Beginn der konkreten Qualifizierung von Multiplikatoren, hier u. a. zum Spielleiter/Theaterpädogogen BuT (nach den Richtlinien des Bundesverbandes für Theaterpädagogik).

[5] Schäfer, G. (2003): Bildung beginnt mit der Geburt. Weinheim, S. 144, nach: Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Sport Berlin (Hg.) (2004), Das Berliner Bildungsprogramm. Berlin, S. 45

tragfähige Basis mehr für Handeln darstellen kann. Dies um so mehr, da Reibungsflächen – was an Hilfe möglich ist – durch Budgets etc. immer mehr zu konstitutiven Bestandteilen der Beziehung zwischen Fachkraft und Klient geworden sind. Konflikte, zuvor zwischen „Staat“ und „Bürger“, sind nun in die Beziehungen vor Ort „ausgelagert“, siehe z. B. Leistungsbegrenzung durch die Kranken- und Pflegekassen mit den bekannten Folgen: Die Fachkraft „enthält“ dem Klienten in seinen Augen etwas vor. Die Nichtgewährung ergibt sich leistungsrechtlich aus dem Budget, obwohl der Kostenträger dem Klienten gegenüber zugleich Spielräume signalisiert, dass er individuell einen Anspruch habe. Der strukturelle Konflikt, dass es um eine Leistung geht, die im Zweifelsfall die Fachkraft (Leistungserbringer) aus eigener Tasche zahlt bzw. persönlich auf eigene Kosten (Zeit) erbringt, wird nach Außen hin zu einem scheinbar möglichen Ausgestaltungsprozess von zwei Menschen gemacht. Die Tatsache, dass nicht jede/r zu allem Zugang haben kann, viele Kranke/Betroffene das Budget für jeden schmälern, diese Tatsache wir zu einem Verschulden des Leistungserbringers umgedeutet. Für den Laien bleibt das Verfahren undurchschaubar und natürlich nimmt er die eigenen Interessen wahr und kämpft für sich selbst.

Die(se) zunehmend komplexeren Konfliktlagen – in denen Fachkräfte natürlich immer auch selbst Betroffene (Bürger, Angehörige, Arbeitnehmer usf.) sind – brauchen ein systematisches Denken und Handeln, das situativ und kontextbezogen ist. Verkürzt: Man muss sich sehr viel vorstellen können, um Wirkungen antizipieren zu können. Was selbst durchgespielt werden kann, ist anders als Handlungsoption verfügbar. Fachkräfte brauchen die Fähigkeit, von sich selbst Abstand zu nehmen. Im Idealfall erwerben sie folgendes Profil:[6]

1) Sie sind beweglich und neugierig.
2) Sie handeln nach dem Stand der Kunst.
3) Sie haben einen Überschuss an Ideen zur Lösung vielschichtiger Probleme und leiden nicht darunter, dass nicht alle realisierbar sind.
4) Sie verstehen ihre Arbeit als Ko-Produktion.
5) Sie aktivieren mögliche Interventionswege und Ansätze situativ und kontextbezogen.
6) Sie verstehen sich als Lernende und fühlen sich von kniffligen Problemlagen nicht erschlagen, sondern begreifen sie als Lernanlässe.
7) Sie verantworten ihre Arbeit unter Wahrnehmung der Kontexte und des Sozialraums.
8) Sie betreiben fachliche Entwicklungen, das Infragestellen von Selbstverständlichkeiten mit Vergnügen.
9) Sie machen sich die distanzierende Betrachtung des eigenen Tuns zur Regel.
10) Sie besitzen Sprachkompetenz und Schreiblust.
11) Sie schreiben, dokumentieren, planen, lesen Fachliches mit Leidenschaft.
12) Sie verdecken auftretende Fehler nicht, sondern nehmen sie als Impuls, um den eigenen Irrtümern methodisch auf die Spur zu kommen.
13) Sie begreifen sich als Mittler, Berater, Assistenz und scheuen nicht den Konflikt, wohl aber eindimensionale Parteinahmen bzw. Sichtweisen.
14) Sie sind weder Besserwisser, noch die besseren Menschen, sondern professionell tätige Partner, die konkrete Angebote unterbreiten können, deren Nutzen sie ebenso transparent machen, wie deren Begrenztheit.
15) Sie zeigen, was machbar ist und was nicht geht.
16) Sie definieren Qualität über die Anschaulichkeit konkreter Leistungen, die sich von einer puren Logik von Hochglanzprospekten abgrenzt.
17) Sie machen ihr Handeln nachvollzieh- und hinterfragbar, indem sie Transparenz herstellen.
18) Sie begreifen und antizipieren Trends, aber schwimmen nicht auf ihnen.
19) Sie haben Lust auf Veränderungen.
20) Sie denken in Beziehungen.

Handlungskompetenz für Fachkräfte der Sozialen Arbeit bemisst sich an ihrer Fähigkeit, soziale Integration und Teilhabe zu ermöglichen, Hilfe zur Selbsthilfe zu initiieren, dies

[6] Vgl. Hoppe, B. (2004): Veränderungen und knifflige Probleme als Lernanlässe behandeln. Soziale Arbeit an der Stiftung Sozialpädagogisches Institut (SPI). In: Reinicke, P. (Hg.), Von der Ausbildung der Töchter besitzender Stände zum Studium an der Hochschule. 100 Jahre Evangelische Fachhochschule Berlin. Freiburg im Breisgau, S. 175-178

verstehend (empathisch) zu tun, im strukturellen Sinn öffentlich zu handeln, auf „Zustände“ zu reagieren sowie diese zu verhandeln.[7]

II. Wie gelernt werden kann!

Wie lernt man neugierig, veränderungsfreudig zu sein, sich in die Karten schauen zu lassen, Situationen zu gestalten?

Szene 1: Ein Forum anlässlich einer Bildungstagung
Ein Raum ohne Fenster, die Tische im Frontalmodus aufgestellt, der erste warme Tag des Jahres, ein Samstag: keine guten Voraussetzungen für ein gelingendes Forum.
Zwei Stunden Zeit, um Beispiele aus der Arbeit mit den Methoden Tanz, Film und Theater zu zeigen: aus der Arbeit an einer Grundschule (Tanz), der Erzieher- und Altenpflegeausbildung (Theater / Film). Anwesend die Dozent/inn/en, Schüler/innen und Auszubildende (Erwachsene und Kinder) und natürlich (gemischtes) Publikum.

Die Form: Nicht dozieren, sondern zeigen durch Selbst-Machen. Alle spielen Theater, bewegen sich (tanzen), erleben Präsentationen (Filme, Theater, Tanz), reflektieren die Erfahrung. Ein dichtes Programm unter eigentlich „unmöglichen“ Bedingungen.

Wesentliche Merkmale für das Gelingen: Menschen etwas zutrauen, auf ihre Fähigkeiten setzen, Rahmenbedingungen akzeptieren, Vorhandenes nutzen, Verantwortung teilen, etwas riskieren, Lust auf Erfahrungen haben, Lernen als lebendigen Prozess verstehen, Lernen beziehungsorientiert gestalten, neugierig sein auf Menschen und ihre Erfahrungen.

Und der vielleicht größte Erkenntnisgewinn: Während üblicherweise eine Diskussion über Bildungsbarrieren und Versagen wahlweise derjenigen, die nicht da sind oder gerade die Minderheit unter den „Betroffenen“ stellen (Familie. Schule, Schüler usf.), einsetzt, wenn es derzeit um den „PISA-Schock“ und die Anschlussfähigkeit Deutschlands in der Bildung geht, diesmal kein Wort davon, im Mittelpunkt steht das Tun, jeder wie er kann!

Wie wirksam die Methoden zum Probehandeln anstiften, wird nachvollziehbar, indem sie erfahren werden: der Körper wird als Medium des Denkens anerkannt. Theaterpädagogen, so Rellstab (2000) wollen „leibhaftige Begegnung statt ideologischer Abschottung“ (S. 46), ein Satz, der sicher auch für die anderen „Gewerke“ – abgewandelt – Gültigkeit besitzt. Es geht, hier aus theaterpädagogischer Sicht exemplarisch formuliert, um folgende Entwicklungshorizonte:

- „*beim Einzelnen:* das Wahrnehmen, die Vorstellungskraft, sein Erinnerungsvermögen, sein Körper- und Gefühlsbewusstsein, sein Sprechvermögen und sein individuelles Verhalten, sein Selbstverständnis, seinen inneren Halt;
- *im Spielen mit anderen:* das Zuhören und Hinschauen, das Auf-andere-Zugehen, das Sich-Behaupten vor ihnen, das Reagieren auf sie, das gemeinsame Handeln, das Eingehen auf vereinbarte Fiktionen und Regeln, das Sich-Verlassen auf andere, das Auftreten mit andern;
- *und im Spielen für andere:* das Vermitteln von gemeinsam erdachten Phantasiewelten, das Auftreten vor anderen in anderem Verhalten, als ein anderer, das Unterscheiden von Fiktion und Realität, das Sich-Präsentieren mit Körper, Stimme, Sprech- und Handlungsvermögen im Rahmen und eingeordnet in ein gemeinschaftliches Werk und dessen Sprach- und Stilformen, und schließlich das hartnäckige Verfolgen eines gemeinsamen Ziels über einen längeren Zeitraum.“ (Rellstab, S. 281f.).[8]

Der Einzelne, im Spielen mit, im Spielen für andere mit einem bedeutsamen und schwer zu erreichenden Ziel: Ein Bild, das in der Ausbildung exemplarisch gedacht für den Auftrag von Fachkräften steht, ihre Verantwortung im gesellschaftlichen Strukturwandel wahrzunehmen.

---

[7] Vgl. Kreft, D., Handlungskompetenz. In: Kreft, D.; Mielenz, I. (Hg), S. 404-407

[8] Rellstab, F. (2000): Handbuch Theaterspielen. Theaterpädagogik, Band 4. reihe schau-spiel Band 10, Wädenswil, Hervorh. v. d. Verf.

Neben der kognitiven Erweiterung ist es vor allem der erweiterte emotionale Zugang zur Welt, die Sicht auf die eigene Person: Wer bin ich? Wer kann ich sein?, den eigenen Ort: Wo bin ich? Wo möchte ich sein?, den Rahmen: Wer umgibt mich? Wen brauche ich?, auf die Spielräume: Wo sind Grenzen? Was müsste (s)ich verändern?, der dafür öffnet, sich in andere Lebenswelten hineindenken und –fühlen, ja diese zunächst einmal wahrnehmen zu können. Schließlich ist es auch die Erfahrung des jeweiligen Vermögens und Unvermögens, der eine/n davor schützen kann, sich auf „Inseln der Sicherheit", der definierten Rollenfunktion zurückzuziehen.

Von der Forderung nach systematischem Perspektivwechsel z. B. aus psychologischer Sicht unterscheiden sich die genannten Methoden, so fruchtbar und unverzichtbar das einschlägige Repertoire der Disziplinen ist, indem sie einen Schritt weitergehen. Es bleibt nicht bei der spielerischen Erprobung im Rollen-, Planspiel usf. bleibt, sondern es geht um das „Sein" in fremden Welten. Nimmt man das Rollenspiel, das Gesprächsführungskompetenzen üben soll, geht es immer um Training, distanzierende Betrachtung und Reflexion der eigenen Person als „Instrument des Handelns". Sofern die Rolle des Klienten eingenommen wird, wird diese Erfahrung in Bezug auf den (künftigen) Professionellen gewertet, die Gefühle des gespielten Klienten werden zum Handeln der Fachkraft *ins Verhältnis* gesetzt. Anders verhält es sich, wenn die Möglichkeit an sich ein anderer zu sein – und wie sich Beziehungen und Welt verändern würden – im Mittelpunkt stehen.

Damit eröffnen insbesondere theaterpädagogische Methoden Perspektiven für den Umgang mit gesellschaftlichen Veränderungsprozessen. Schließlich stiften sie an, in Parallelwelten einzutauchen, und diese – in ihren Normen und Werten – herzuzeigen und nachzuvollziehen.

Fachkräfte als Mitgestalter von gesellschaftlichen Umbrüchen und Krisen erhalten so Instrumente, Divergierendes – man handelt z. B. wie früher, obwohl man ahnt, dass etwas anderes gebraucht wird, legitimiert dies als Fremdverschulden (Gesellschaft, Rahmenbedingungen etc.) – als Ausdruck einer Suche nach Kohärenz zu begreifen, auch wenn die Diskrepanz zwischen Wissen und Handeln – und dies ist gerade in Phasen transitorischer Unsicherheit besonders der Fall – gravierend sind.

III. Was sich in Beziehungen und Strukturen verändern kann!

Szene 2: Ein Ausbildungsgang im dritten Jahr
Eine Gruppe von Studierenden entwickelt ein Stück, probt und führt dieses auf: ein 5-Tage-Werk, für das Dozent/inn/en aus den Bereichen Multimedia, Theater, darstellende Kunst pädagogisch zusammenarbeiten. Ein ausgewähltes Publikum, Freunde, Familien und Kollegen sowie Studierende und Lehrende, haben einmalig die Gelegenheit, das Produkt zu sehen: „Geschichten aus dem Paradies".

Der klassische Konflikt von Ausbildungen, die immer auch die Veränderung der eigenen Person, das „Instrument" professionellen Handelns zum Inhalt hat: Lernend wird man ein anderer, während Kollegen, Familien und Freunde „dieselben" bleiben, in diesem Konflikt werden für einen Moment sorgfältig ausgewählte „Konfliktpartner" zusammengebracht. Ein fremder und aus Erzählungen vertrauter Ort wird betreten, man wird als Lernender für andere in diesem Kontext erfahrbar. Das Effekt: Wieder sind es vor allem die veränderten Rollen, wer lehrt – wer lernt, und die Auswirkung auf das Klima, die Beziehungen, das beeindruckt. Funktionen und Zuschreibungen ändern sich, Rollen werden getauscht, neu zusammengemixt. Beziehungen verändern sich, zunächst unbemerkt, nachhaltig, indem Personen in anderen Kontexten erlebbar werden. Öffentliches und Privates treffen aufeinander. Mögliche Abspaltungen, ob idealisierend, negierend oder abwertend, aufgrund von „anonymen Beziehungen" – „die da" von der Schule, aus dem Amt, dem Heim, dem Kinderladen – werden, auch für den Wanderer zwischen den Welten, weniger praktikabel und sinnvoll. Dabei ist die Begegnung der Welten und zwar der, die das eigene Leben prägen, ein entscheidender Faktor, um zu *belastbaren* Veränderungen zu kommen.

Schließlich wird Handlungssicherheit nur erworben, wenn es Menschen gelingt, neue Erfahrungen zu integrieren, was sich u. a. in der viel zitierten Differenz von Theorie und Praxis

als Konflikt sinnfällig widerspiegelt. Menschen können vieles zugleich sein, was sehr irritierend sein kann, wenn sie sich z. B. in der Ausbildung über Verfahrensweisen in der Praxis empören, diese dort aber mit/verantworten bzw. weiterführen bzw. wenn z. B. das in der Öffentlichkeit Gesprochene sehr stark von dem privat Gesprochenen abweicht. In Zeiten kultureller Wandlungsprozesse, wie sie derzeit im Gang sind, können derartige Diskrepanzen als zunächst unvermeidlich bzw. als Kompromissbildungsversuch verstanden werden. Hierfür ist die Unterscheidung von zwei „Orten des Kulturtransfers“ hilfreich:

- Horizontale Transmissionen: Kulturtransfers zwischen Individuen ohne direkte oder soziale Beziehungen zueinander
- Vertikale Transmissionen: Kulturtransfers zwischen den Generationen[9]

Natürlich geschehen horizontale Transfers schneller als vertikale. Beziehungen zwischen den Generationen können nicht einfach aufgelöst werden. Werte und Normen konstituieren Beziehungen; gemeinsame Überzeugungen stellen Sicherheit und Gemeinschaft her. Emotionale Nähe/Bindung entscheidet über die Bereitschaft und Fähigkeit, Veränderungen auch in Gänze und nicht nur in einer Teilwelt (Draußen) zu vollziehen. Die zentralen Bezugspersonen sind Teil von Identität, spiegeln Anerkennung und Sicherheit. Dies zu erkennen ist nicht nur im Hinblick auf Familienbeziehungen wertvoll, auch in professionellen, langjährig gewachsenen Netzwerken stellen sich ähnliche Effekte ein. So kann es sein, dass innerhalb eines beruflichen Netzwerkes vor Auswirkungen gewarnt wird, die in der Wirklichkeit längst eingetreten sind bzw. die man selbst tätig mitgestaltet. Die Psychologie steuert zur Analyse solcher Phänomene das Wissen um Verdrängung und Konflikt bei, die Verstrickung mit anderen, die Suche nach Anerkennung usf. Dazu muss eine methodische Grundausstattung kommen, die jenseits der „Diagnose“ das Sowohl-als-auch-Können nicht nur erfahrbar, sondern auch für die Suche nach Lösungen (in der Praxis) anwendbar macht.

Die Initiierung von verändertem Wahrnehmen und Erleben über kreative/theaterpädagogische und natürlich auch weiterhin psychologische und andere Zugänge gibt Impulse für eine veränderte Ausleuchtung der Person: gut für das Erkennen blinder Flecke, unerschlossener Potentiale, scheinbarer (kultureller) Selbstverständlichkeiten. Die Aufmerksamkeit verschiebt sich von der Fixierung auf Lösungen und Resultate hin zu einem Interesse an möglichen (Verfahrens)Wegen. Für Lernen in Zeiten der Transformation/en eine essentielle Voraussetzung.

Die Verfügbarkeit dieser Form methodischer Bearbeitung von „Phänomenen“ schützt vor Kategorisierung und gibt eine Basis, um Menschen in ihren Beziehungen und Lebenswelten wahrnehmen zu können, ob das Ergebnis dieser Betrachtungen zu einem eher konfrontierenden oder begleitenden Handeln führt, ist dabei zunächst einmal unerheblich.

IV. Was es für Institutionen bedeuten kann!

Szene 3: Ausbildungsbeginn, 1. Tag
Noch „bevor“ man sich kennengelernt hat, soll ein Film gemeinsam inhaltlich entwickelt, gedreht und hergestellt werden, für den es nur ein Thema gibt, nichts sonst. Nach den ersten Absprachen geht es hinaus mit mehreren Kameras in die Welt. Kurz darauf der Anruf einer Schulleiterin: „Unsere Schüler/innen“ hätten im Büro um Dreherlaubnis gefragt und diese auch bekommen. Die Schulleiterin selbst sei in einer Besprechung gewesen. Das Drehen mit der Kamera habe für Unruhe und Ärger bei einigen Lehrer/innen gesorgt. Man sei nicht informiert gewesen und wünsche das nicht. Die Schulleiterin fordert die „Schulleitung“ am anderen Ende der Leitung ultimativ auf, erstens den Kollegen wegen schlechter Vorbereitung (Antrag auf Filmerlaubnis) und unklarem Arbeitsauftrag zu rügen. Zweitens: Das Material dürfe nicht verwendet werden. Der verantwortliche Dozent teilt dies den Schüler/innen mit und erkennt ihren formvollendeten Weg an: Schließlich haben sie alles richtig gemacht, neugierig und lebendig haben sie ihre Idee verfolgt, haben gefragt und die Erlaubnis bekommen – um Kinder

[9] Vgl. Sforza (2001) nach: Mull, J. (2005): Kulturelle Dynamik – Ein prozessorientierter Ansatz. Organisationsentwicklung, 2, S. 34-43

zu drehen, die aus dem Klassenraum in die Pause rennen. Sie taten dies mit einer Kameraeinstellung, die nur deren Füße und Beine zeigt.

Das Ergebnis: Arbeiten an einem gemeinsamen Projekt, Sich-Kennenlernen durch gemeinsames Arbeiten, die Aneignung neuer Arbeitsformen und –techniken, erste exemplarische Auseinandersetzung mit Strukturkonflikten. Zudem überzeugt das Produkt: ein fertig geschnittener Film nach wenigen Produktionstagen.

Die Erkenntnis: Wie anders Lernen sein kann, wie eng Spielräume gemacht werden können, wie wenig Mut vorhanden ist, Dinge einfach – verantwortlich – zu tun. Projekte wie diese spiegeln institutionelle Horizonte. Sie schärfen den Blick auf gesetzte (un)ausgesprochene Regeln, stellen diese infrage. Sie verweisen auf „... dunkle Stellen (von Institutionen), an denen nichts zu erkennen und keine Fragen gestellt werden“ (Douglas, 1991).[10] Sie überraschen durch ihre Leichtigkeit, mit der Lernen geschieht, sobald man anderen etwas zutraut. Sie bleiben in ihren Effekten nur nachhaltig, wenn sie nicht einmalig sind. Dafür ist eine Sozialisation eines von anderen gesteuerten Lernens zu wirkungsvoll (gewesen), als dass in der beruflichen Ausbildung eine einzige Erfahrung tragen könnte. Weder backen sich Lehrende durch einmalige Aktionen andere Lernende, noch Lernende durch solche Erfahrungen grundsätzlich andere Lehrende, weil sie selbst nun wissen, worauf es ankommt, damit sie sich anders verhalten können und somit diesen Bildungsprozess nun auch bei ihren Lehrenden voranzutreiben suchen. Möglichkeiten werden erfahren, was noch nicht heißt, dass auch ein Denken in Möglichkeiten einsetzt: weder seitens der Lehrenden, noch der Lernenden.

Wer in Strukturen für Menschen denkt, muss auch in Beziehungen denken. Sonst bleiben Vorgaben und Vorhaben schnell wirkungslos bzw. laufen Gefahr, anders als erwartet genutzt zu werden. Dieses konsequent für und vom anderen aus denken, ist seitens der Professionellen eine zu erbringende Vorleistung, die gelernt und selbst auch am eigenen Leib erfahren, von sich selbst verlangt werden muss. Wie naheliegend diese Erkenntnis ist und in Handeln sich umsetzt, ohne dass die vermeintlich zuständigen Pädagogen viel tun müssen, außer dass sie die Lust auf das Lernen nicht verderben dürfen, zeigt das Beispiel eines von Studierenden entwickelten Evaluationsbogens, auszufüllen von jedem Lehrenden, reflektiert durch die Fremdeinschätzung der Studierenden, in dem es vor allem um die Kongruenz von vermittelten Inhalten und Methoden der Lehrenden mit ihrer eigenen Haltung geht.

Sich vorzustellen, was sie durch Strategien, Weichenstellungen und Strukturvorgaben in den Beziehungen zu und zwischen Menschen – gesellschaftlich – bewirken, hier haben vor allem die Leitenden von Institutionen unverändert Entwicklungsbedarf. Dies oft umso mehr, je mächtiger der Gegenstand des Arbeitsalltags, der Versorgungsauftrag, der Alleinvertretungsanspruch etc., ist. Es sind die Menschen, mit denen Fachlichkeit und Verantwortung stehen und fallen, und es sind die Einzelnen (Verantwortlichen), die eine Kultur – positiv wie negativ – prägen. Leider ist dies insofern nicht banal, dass das Wissen darum gesicherte Folgen hätte.

Eine Szene zum Schluss:
Der Leiter eines Heimes möchte ein altes Regal eines Hutgeschäfts übernehmen. Der Tischler erklärt ihm, dass Ausbau und Transport kostenträchtiger seien als ein Nachbau. Die alte Hutmacherin bittet nun wenigstens darum, dass man ihr einige Hüte abnehme, die auf dem Speicher stehen: ein bis zwei Kartons. Der Heimleiter sucht und findet freiwillige Helfer/innen, um die Hüte (nun doch mehrere Kartons) abzuholen, Hüte, die er nicht braucht, allenfalls um ggf. Bewohner/innen, Gästen eine Freude zu machen. Das ist teilweise der Fall, doch der große Rest ruht nun auf „seinem“ Speicher. Wer künftig zu Besuch kommt und etwas mitbringt an Zeit, Geschichten bzw. anderen „Gaben“, die die Lebensqualität von Bewohner/innen und Mitarbeiter/innen bereichern, kann nun auch als „Gegen“geschenk Hüte haben.

Viele werden diese Szene für ein wenig weltfremd, allenfalls liebenswert erachten. Stattdessen kann man auch die gelebte Haltung eines Denkens-in-Beziehungen sehen. Die Folgen sind im konkreten Beispiel eindrucksvoll und sprechen für sich: Freiwillige müssen nicht rekrutiert werden, „mehr“ Menschen, „als eigentlich gebraucht werden“, wollen etwas verschenken an

[10] Douglas, M. (1991): Wie Institutionen denken. Frankfurt/M., S. 191

Arbeit und Zeit, da eine Haltung gelebt wird, die Ressourcen von Menschen anerkennt und diese weder reglementiert, noch zu „rekrutieren“ im sprichwörtlichen Sinne sucht. Was nützlich ist, muss auch lebbar sein: für alle Beteiligten! Reine Strategiepapiere enthalten diese Perspektive häufig nicht! Man sollte sie probeweise mit Leben füllen (können).

Jahresbericht 2005/2006

Geschäftsbereiche

Jahresbericht 2005/2006

Fachschulen, Qualifizierung & Professionalisierung

Ausbildung

Fachschule und Berufsfachschule für Altenpflege
(Regel- und berufsbegleitend)

Fachschule für Erzieher/innen
(Vollzeit und berufsbegleitend)

Fachschule für Heilpädagogik
(Vollzeit und berufsbegleitend)

Weiterbildung & Fortbildung

- Altenhilfe & Gesundheitswesen
- Kinder- und Jugendhilfe
- Behindertenarbeit
- Theater & Bildung
- Leitung & Qualitätsentwicklung
- Inhouseschulungen & Tagungen

Planung

1. Ausbildung

Die Fachschulen bilden Altenpfleger/innen, Erzieher/innen und Heilpädagogen/innen aus. Sie stehen in der Nachfolge der „Wohlfahrtsschule des Hauptausschusses für Arbeiterwohlfahrt“, die von 1928-1933 Wohlfahrtspfleger/innen ausbildete. 1951 nahmen die Schulen mit der berufsbegleitenden Erzieherausbildung ihre Tätigkeit erneut auf. Von 1957 bis 1972 wurden auch Fürsorger/innen (Sozialarbeiter/innen) qualifiziert. 1977 begann die erste Vollzeitausbildung Altenpflege, 1983 die erste berufsbegleitende Altenpflegeausbildung an den Fachschulen. Anfang 1993 kamen die Fachschule für Heilpädagogik, infolge des Bundesaltenpflegegesetzes 2003 die Berufsfachschule für Altenpflege hinzu.

Die Ausbildung ist an den Grundsätzen der Erwachsenenpädagogik und den Praxiserfahrungen der Studierenden ausgerichtet. Über Gremienarbeit und Fachöffentlichkeit wird auf die Rahmenbedingungen der Ausbildung Einfluss genommen. Besonderes Gewicht wird bei der Bewerberauswahl auf Mitarbeiter/innen in neuen Organisationen der Alten- und Jugendhilfe sowie auf die Aufnahme von ausländischen Studierenden gelegt.[11] An den Berufs-/Fachschulen sind rund 800 Studierende, die die Ausbildung mit der staatlichen Anerkennung abschließen.

Aktuelles

Das Jahr 2005/2006 war nach innen davon geprägt, dass an der Fachschule für Erzieher/innen und an der Berufsfachschule für Altenpflege die ersten Jahrgänge nach neuem Recht (neue Ausbildungsordnung nach Landesrecht bei den Erziehern bzw. Bundesaltenpflegegesetz) in die Abschlussphase ihrer Ausbildung eintreten. Die notwendigen Umstrukturierungen durch entsprechende Änderungen in den Prüfungsordnungen sind erheblich. Inwieweit sich die neuen Verfahren bewähren, kann vermutlich erst nach 2-3 Durchläufen beantwortet werden. Zugleich steht mit dem Abschluss des „ersten“ Jahrgangs jeweils auch die bisherige curriculare Ausgestaltung zur Überprüfung an (unabhängig davon, dass natürlich eine Anpassung des Ausbildungsplans zugleich jeweils zeitnah in jedem neu beginnenden Ausbildungsgang bereits realisiert wird).

Trotz der vielen neuen Gesetze und Verordnungen scheint damit die öffentliche Debatte um die Sozial- und Gesundheitsberufe immer noch nicht abgeschlossen. Obwohl die Gesetze „taufrisch“ sind, Ausbildungsstätten noch gar nicht den Nachweis der Güte wie der Mängel der neuen Strukturen leisten können, verging auch das letzte Jahr nicht mit neuen Regelungen oder Modellversuchen, die Investitionen in eine gelingende Ausbildung nicht immer befördern ggf. einer qualitativen Ausgestaltung außerordentlich abträglich sind. Zwei Beispiele:

Nachdem das Land Berlin nun schon neben der Fachschulausbildung zum/zur Erzieher/in das Modell einer Akademisierung dieses Berufs erprobt, soll es ab 2006 nun noch eine weitere Variante geben: „ein doppelt qualifizierender Bildungsgang Abitur und Berufsausbildung zum/zur Erzieher/in“.

Das Modell sieht als eines von fünf Prüfungsfächern das Fach Pädagogik vor. Nach dem erfolgreichen Abitur (und damit dem ersten Teil der Fachschulprüfung) folgt ein 1-jähriges Berufspraktikum, an dessen Ende schriftliche, mündliche Prüfungen sowie ein Kolloquium stehen, die die Erzieherausbildung abschließen.

In der Gesamtschau ergibt sich ein Planungs-Paradoxon:

Das Land Berlin wollte bei der Fachschulausbildung die Zugangsvoraussetzung Abitur (gegen das Votum eines großen Teiles der Fachöffentlichkeit). Mit dem Modell „Abitur plus“ ist der Zugang wieder der mittlere Bildungsabschluss und das „sogar“ ohne den zuvor verpflichtenden Besuch einer Berufsfachschule für Sozialwesen und ohne Vorpraktikum. Berlin wollte auch eine Abkehr von der Fächerorientierung in der Erzieherausbildung, mit dem Modell führt sie diese wieder ein. Auch das Berufspraktikum wurde erst mit der neuen Ausbildungsordnung

[11] Von 1990-2003 rund 20 % der ausgebildeten Fachkräfte aus 62 Herkunftsländern

abgeschafft, nun gibt es es wieder. Eine breite inhaltliche Debatte mit den Abnehmern (Praxis) wie Experten auf Ausbildungsseite (Fachschulen für Erzieher) wurde darüber nicht geführt. So bleibt ebenso offen, was im Hinblick auf die Entwicklung der Person (personale Kompetenz) eine institutionelle „Identität“ von allgemein bildender und beruflicher Sozialisationsinstanz bewirkt bzw. ob nicht am Ende lediglich Theorie- und Methodenwissen angeeignet wird, die Reflexion der eigenen Person (Grundhaltung, Auseinandersetzung mit der eigenen Erziehungs-/Bildungsbiografie, Rollenfindung etc.) jedoch außen vor bleibt, bleiben muss.

Ein zweites Beispiel: Ein der wenigen Umschulungsbereiche, die eine mehr als 70 %ige, nachhaltige Rückkehr in den 1. Arbeitsmarkt sicherstellen (siehe IAB Studie der Bundesagentur für Arbeit, 2006) ist die Altenpflege. Faktisch ist jedoch ein stetiger Rückgang in der Vergabe von Bildungsgutscheinen zu verzeichnen, der für 2005 auch seitens des Bundes und der Länder als dramatisch angesehen wurde.

Bewerber/innen gibt es genug und auch die Träger haben sich zwischenzeitlich mit der seit 01.01.06 geltenden Verpflichtung zur Zahlung einer Ausbildungsvergütung im 3. Umschulungsjahr arrangiert. Trotzdem dringt das Bundesministerium für Arbeit unverändert auf eine generelle Verkürzung auf 2 Jahre Ausbildungszeit, die bereits bei der Bundesgesetzgebung einhellig von Fachverbänden und Fachleuten abgelehnt wurde. Zu allem kommt neuerdings ein weiteres Erschwernis hinzu. Die AZWV (Anerkennungs- und Zulassungsverordnung für Weiterbildungseinrichtungen) erlegt den Trägern, die mit den Arbeitsagenturen zusammenarbeiten die Verpflichtung auf, dass sie sich nach AZWV als Träger zulassen lassen. Dies gilt auch für die Schulen, die in Kulturhoheit der Länder stehen, *obwohl* vor Inkrafttreten signalisiert worden war, dass diese lediglich versehentlich nicht von der Verordnung ausgenommen worden seien. In der Folge sind/waren folgende Effekte zu beobachten:

Da Erstausbildungsplätze und Umschulungsplätze in den Ausbildungsgängen regelmäßig gemischt werden, damit eine angemessene Kursgröße realisiert werden kann, standen die Berufsfachschulen Anfang des Jahres 2006, da sie sich auf eine Herausnahme von der Verpflichtung verlassen hatten, vor der Situation, dass sämtliche Ausbildungsplätze verloren zu gehen drohten: und damit letztlich auch die Bereitschaft der Träger überhaupt auszubilden. Da seitens des Anerkennungsbeirats der Bundesagentur für Arbeit – trotz Intervention der Kultusministerkonferenz (Stichwort: Eingriff in die Kulturhoheit der Länder) – keine schnelle Lösung herbeigeführt wurde, haben sich zwischenzeitlich zahlreiche Berufsfachschulen kostenpflichtig zertifizieren lassen. Verkürzt bedeutet dies nun ein dreifache „Qualitätskontrolle“ für die Schulen: (1) Umfassende Schulaufsicht durch das Land (2) Nachweis eines Qualitätsmanagement-Systems (ISO o. a.), (3) Zertifizierung nach AZWV. Auch letztere verlangt zudem eine jährliche Überprüfung. Ist das Verfahren durchlaufen, steht am Ende dann das überraschende Ergebnis: Gegenüber dem für die Maßnahme zuständigen Arbeitsamt ist der gleiche Erhebungsbogen wie vor AZWV auszufüllen, dieser ist lediglich um eine Seite kürzer. Die Wirkung der AZWV steht damit im drastischen Widerspruch zu ihrem Ziel. Die Realisierung von Umschulung und Ausbildung wird so für alle Beteiligten zu einer echten Herausforderung und zwar auch dann, wenn alles stimmt: Ein praktischer Ausbildungsplatz ist gefunden, die Finanzierung sichergestellt, die Berufsfachschule nimmt auf etc. All das ist keine Garantie, um einen Einstieg in die Berufsausbildung sicher zu wissen.

Zwischenzeitlich hat die Präsidentin der KMK den damit verbundenen Eingriff in die Kulturhoheit der Länder zurückgewiesen und das BMA aufgefordert, schnell eine entsprechende Herausnahme aus der AZWV für Schulen unter staatlicher Aufsicht zu realisieren. Bis dahin stehen die Schulen unverändert vor der schwierigen Entscheidung, ob sie, verbunden mit hohen Kosten, Ausbildungsplätze realisieren, indem sie die Trägerzulassung beantragen, ohne dass die Zertifizierung irgendeinen Gewinn an Qualität bringen würde.

Beide Beispiele stehen exemplarisch für eine Gesamtsituation, in dem die Neuorganisation von Ausbildung bzw. von Förderungsstrukturen, hier der Bundesagentur für Arbeit, davon überschattet wird, dass schon die nächste grundsätzliche Änderung avisiert ist, ohne zu prüfen, was an möglichen bzw. vorhandenen Qualitäten erreicht worden ist. Der Verschleiß an Ressourcen, der damit verbunden ist, liegt auf der Hand.

1.1 Fachschule und Berufsfachschule für Altenpflege Regel- und berufsbegleitende Ausbildung

Die fachliche Diagnose bleibt – unabhängig vom jeweilig gültigen Gesetz, also auslaufendem Landesrecht oder seit 2003 gültigem Bundesgesetz: Die Anforderungen an Mitarbeiter/innen in der Altenarbeit sind bekanntlich in den letzten Jahren stetig gestiegen: Fähigkeit zu interdisziplinärem Arbeiten, Vernetzung und Koordination mit offenen, ambulanten und teil-/stationären Diensten sowie die stärkere Gewichtung von Prävention und Rehabilitation sind die eine Seite des sich verändernden Anforderungsprofils. Die andere Seite ist die steigende Zahl verwirrter und schwerstpflegebedürftiger alter Menschen. Durch die Pflegeversicherung gewinnt in der Ausbildung die Kompetenz zur Planung und Koordinierung von Aufgaben ein noch stärkeres Gewicht.

Das landesrechtlich gefasste Berufsbild Altenpflege trug und trägt diesem Spannungsverhältnis von Pflege und Beratung/Betreuung strukturell Rechnung. Mit dem Bundesgesetz ist eine Verschiebung zu den stärker medizinisch-pflegerischen Kompetenzen erfolgt.

Für beide Ausbildungen gilt jedoch unverändert, dass bei der Vielzahl der geforderten Kompetenzen und der raschen Entwicklung der Altenhilfelandschaft der Vermittlung von Schlüsselqualifikationen eine besondere Bedeutung zukommt: Also jenen Qualifikationen, die bleiben, auch wenn sich fachliche Dimensionen verändern, bzw. die die Basis bieten, um sich auf fachliche Veränderungen einstellen und neue Konzepte in berufliches Handeln integrieren zu können.

1.1.1 Berufsfachschule für Altenpflege Ausbildung nach Bundesaltenpflegegesetz

Seit dem 01.08.03 ist die Altenpflegeausbildung in Berlin nach Bundesrecht geregelt. Die Schüler/innen schließen einen Ausbildungsvertrag mit dem Träger der praktischen Ausbildung und erhalten eine Ausbildungsvergütung. Die schulische Ausbildung erfolgt durch die Berufsfachschule für Altenpflege. Das Verhältnis zwischen dem Kooperationspartner Praxis und der Schule ist durch einen Kooperationsvertrag, zwischen Schüler/in und Schule durch einen Schulvertrag geregelt. Zugangsvoraussetzungen sind der mittlere Bildungsabschluss bzw. der erweiterte Hauptschulabschluss. Die Ausbildung in der Praxis erfolgt nach einem praktischen Ausbildungsplan. Seitens der Berufsfachschule ist hierfür ein Muster entwickelt worden, der zwischenzeitlich beim Elsevier-Verlag publiziert ist und den die meisten Kooperationspartner der Berufsfachschule nutzen.

Ausbildungsziel

„Die Ausbildung in der Altenpflege soll die Kenntnisse, Fähigkeiten und Fertigkeiten vermitteln, die zur selbständigen und eigenverantwortlichen Pflege einschließlich der Beratung, Begleitung und Betreuung alter Menschen erforderlich sind. Dies umfasst insbesondere:

1. die sach- und fachkundige, den allgemein anerkannten pflegewissenschaftlichen, insbesondere den medizinisch-pflegerischen Erkenntnissen entsprechende, umfassende und geplante Pflege,
2. die Mitwirkung bei der Behandlung kranker alter Menschen einschließlich der Ausführung ärztlicher Verordnungen,
3. die Erhaltung und Wiederherstellung individueller Fähigkeiten im Rahmen geriatrischer und geronto-psychiatrischer Rehabilitationskonzepte,
4. die Mitwirkung an qualitätssichernden Maßnahmen in der Pflege, der Betreuung und Behandlung,
5. die Gesundheitsvorsorge einschließlich der Ernährungsberatung,
6. die umfassende Begleitung Sterbender,
7. die Anleitung, Beratung und Unterstützung von Pflegekräften, die nicht Pflegefachkräfte sind,

8. die Betreuung und Beratung alter Menschen in ihren persönlichen und sozialen Angelegenheiten,
9. die Hilfe zur Erhaltung und Aktivierung der eigenständigen Lebensführung einschließlich der Förderung sozialer Kontakte und
10. die Anregung und Begleitung von Familien- und Nachbarschaftshilfe und die Beratung pflegender Angehöriger.

Darüber hinaus soll die Ausbildung dazu befähigen, mit anderen in der Altenpflege tätigen Personen zusammenzuarbeiten und diejenigen Verwaltungsarbeiten zu erledigen, die in unmittelbarem Zusammenhang mit den Aufgaben in der Altenpflege stehen." (§ 3, AltPflG)

Zugangsvoraussetzung

Real- bzw. erweiterter Hauptschulabschluss oder Hauptschulabschluss und eine mindestens zweijährige Berufsausbildung bzw. einjährige Pflegehelferausbildung. Die Regelausbildung und berufsbegleitende Ausbildung setzen einen Ausbildungsvertrag bzw. ein bestehendes Arbeitsverhältnis in der Tätigkeit als Altenpfleger bereits ein Jahr vor Beginn der Ausbildung mit einem Träger der praktischen Ausbildung und der Berufsfachschule voraus. Mögliche Anstellungsträger sind Heime (§ 1 Heimgesetz), stationäre sowie ambulante Pflegeeinrichtungen (§ 71 Abs. 1 bzw. 2 SGB XI).

Struktur der Ausbildung

Der Theoriestundenumfang umfasst 2.100 Stunden, der Umfang der praktischen Ausbildung 2.500 Stunden. Die Ausbildungsvergütung orientiert sich an der Vergütung in der Krankenpflegeausbildung bzw. den Vergütungen für Altenpflegehelfer. Die Ausbildung ist schulgeldpflichtig.

Regelausbildung
(auch als Umschulung)

Die Ausbildung dauert unabhängig vom Zeitpunkt der staatlichen Prüfung 3 Jahre. Die schulische Ausbildung erfolgt in Form von Blockphasen sowie eines kontinuierlichen Schultages/Woche. Die praktische Ausbildung findet im Umfang von 1.700 Stunden bei Hauptanstellungsträger statt, 300 Stunden sind im komplementären Bereich (ambulant oder stationär) zu absolvieren, weitere 300 Stunden in weiteren Einrichtungen, in denen alte Menschen betreut werden (§ 4, AltPflG). Der Einsatzort der übrigen 200 Praxisstunden wird vom Hauptanstellungsträger im Benehmen mit der Berufsfachschule festgelegt.

Berufsbegleitende Altenpflegeausbildung

Die Ausbildung dauert unabhängig vom Zeitpunkt der staatlichen Prüfung 4 Jahre. Die schulische Ausbildung erfolgt an zwei halben Tagen/Woche sowie zwei Blockseminaren pro Jahr.

Ausbildungsbeginn

Die Regelausbildung beginnt jährlich im September und Januar bzw. nach Bedarf. Start der berufsbegleitenden Ausbildung ist Mai und November.

Ausbildungsabschluss

Die Ausbildung schließt mit einer schriftlichen, mündlichen und praktischen Prüfung ab und führt zur staatlich geschützten Berufsbezeichnung: Altenpfleger/Altenpflegerin.

1.1.2 Fachschule für Altenpflege
Ausbildung nach Landesrecht (letztmalig ab Juli 2003)

Ausbildungsziel

„Die Ausbildung soll die künftigen Altenpfleger/innen sowie bereits in der Altenhilfe beschäftigte Personen befähigen, selbständige und eigenverantwortliche Tätigkeiten in Einrichtungen der Altenhilfe, der ambulanten sozialen Dienste und der offenen Altenhilfe auszuüben. Hierzu gehört vor allem die Wahrnehmung folgender Aufgaben:

1. Beratung und ganzheitliche Betreuung älterer Menschen in persönlichen, sozialen und gesundheitlichen Angelegenheiten.

2. Ganzheitliche Pflege und die Mitwirkung bei der Behandlung und Rehabilitation kranker und psychisch veränderter alter Menschen.

3. Befähigung zur Kooperation mit anderen Berufsgruppen sowie die Initiierung von Hilfeleistungen und Betreuungsangeboten.

Die Ausbildung vermittelt die für methodisches Handeln in der Altenpflege erforderlichen grundlegenden Kenntnisse und Fertigkeiten.“ (Ausbildungsordnung, 03.07.97)

Vollzeitausbildung in der Altenpflege

Die Ausbildung dauert 3 Jahre. Sie gliedert sich in ein 4-semestriges Fachschulstudium mit 32-Semester-Wochenstunden (Mo.-Fr. in der Zeit von 08.00-14.00 Uhr) und ein sich anschließendes einjähriges Berufspraktikum.

Im zweiten und dritten Fachsemester findet jeweils ein zehnwöchiges Praktikum in einer anerkannten Einrichtung mit den Schwerpunkten Pflege sowie Beratung/Betreuung statt.

Berufsbegleitende Altenpflegeausbildung

Die Ausbildung dauert 4 Jahre. Sie gliedert sich in eine 6-semestrige theoretische Ausbildung mit 12 Stunden Unterricht in der Woche und ein berufspraktisches Jahr. Der begleitende Unterricht von 12 Stunden pro Woche im berufspraktischen Jahr kann auch in Form von ganz- oder mehrtägigen Seminaren zusammengefasst werden.

Ausbildungsbeginn

Die Vollzeitausbildung beginnt jährlich im Januar, berufsbegleitende Ausbildungen beginnen im Mai und November. Letzter Ausbildungsbeginn der Vollzeitausbildung war Januar 2003, der berufsbegleitenden Ausbildung Juli 2003.

Ausbildungsabschluss

Die Ausbildung schließt nach zwei Jahren im Vollzeit- und nach drei Jahren im Teilzeitstudium mit einer Prüfung ab. Das daran sich anschließende Berufspraktikum bzw. berufspraktische Jahr wird mit einem Kolloquium beendet. Die Ausbildung führt zur staatlichen Anerkennung als Altenpfleger/in.

Bei Belegung zusätzlicher allgemeinbildender Fächer während der schulischen Ausbildung kann mit dem erfolgreichen Abschluss der Ausbildung zugleich der mittlere Bildungsabschluss erworben werden.

1.2 Fachschule für Erzieher
Vollzeit und berufsbegleitende Ausbildung

Die Anforderungen an Erzieher nehmen aufgrund der sich differenzierenden und vermehrt belastenden Lebens- und Konfliktlagen für Kinder und Jugendliche weiter zu. Dazu kommt die in Gang gekommene Diskussion um den von der Kinder- und Jugendhilfe bisher nicht ausreichend wahrgenommenen Bildungsauftrag. Neue Schwerpunkte in der Qualifizierung bilden das Berliner Bildungsprogramm sowie DaZ (Deutsch als Zweitsprache). Stärker fokussiert werden zudem Methoden zur Förderung mathematisch-naturwissenschaftlicher Kompetenzen.

Mit der künftigen Verpflichtung zur Qualitätssicherung und -entwicklung kommen weitere Aufgaben auf den Beruf zu. Kompetenzen der Abwägung und des Aushandelns zwischen Notwendigem und Wünschbarem werden für das Berufsbild zwingend. Dazu gehören Kompetenzen zur Koordinierung und Vernetzung ebenso, wie der Konzeptionsentwicklung. Der Erwerb interkultureller Kompetenz ist für erzieherisches Handeln von immer größerer Bedeutung. Das Vollzeitstudium setzt hier ein spezifisches Profil – einerseits durch die curriculare Gestaltung des Fachschulstudiums, andererseits durch die Wahl der Praxisorte, nicht zuletzt durch das Wahlpflichtpraktikum, das im 5. Semester im Ausland absolviert werden kann.

1.2.1 Fachschule für Erzieher/Ausbildungsordnung seit 01.08.2003

Ausbildungsziel

„Die Ausbildung soll die Studierenden befähigen, Erziehungs-, Bildungs- und Betreuungsaufgaben zu übernehmen und in allen sozialpädagogischen Arbeitsfeldern als Erzieherin oder Erzieher selbständig und eigenverantwortlich tätig zu sein ..., Spracherwerb und Sprachentwicklung deutscher und ausländischer Kinder und Jugendlicher zu fördern und ihre Kenntnisse der deutschen Sprache zu vertiefen und zu erweitern.

Die Aufgaben einer Erzieherin oder eines Erziehers werden durch den gesetzlichen Auftrag des Kinder- und Jugendhilferechts ... bestimmt.“ (Ausbildungsordnung, 02.12.2003)

Zugangsvoraussetzung

Fachhochschulreife, die an einer Fachoberschule für Sozialwesen erworben wurde oder Fachhochschulreife bzw. Abitur plus Nachweis einer für die Fachschulausbildung förderlichen Tätigkeit oder mittlerer Bildungsabschluss und erfolgreicher Abschluss einer einschlägigen Berufsausbildung oder 3-jährigen einschlägigen Berufstätigkeit oder erfolgreicher Abschluss einer nichteinschlägigen mindestens 3-jährigen Berufsausbildung oder 4-jährigen nichteinschlägigen Berufstätigkeit. Auf die Berufstätigkeit können Haushaltstätigkeit in einem Mehrpersonenhaushalt, Erziehungstätigkeiten, Dienstpflicht nach § 21 a Abs. 1 oder 2 des Grundgesetzes angerechnet werden.

Voraussetzung für das Teilzeitstudium ist zudem ein Mindestalter von 25 Jahren sowie eine hauptberufliche Erziehertätigkeit in einer anerkannten sozialpädagogischen Einrichtung sowie die Einverständniserklärung des Arbeitsgebers zur Ausbildung.

Vollzeitausbildung mit internationalem Profil

Das Vollzeitstudium dauert drei Jahrgangsstufen (sechs Semester). In den ersten beiden Jahrgangsstufen Semester finden zwei jeweils 12-wöchige Praktika statt, ein Pflichtpraktikum in einer Tageseinrichtung für Kinder bzw. im Rahmen der Tagesbetreuung an Schulen sowie ein Wahlpflichtpraktikum in der Heim- oder Jugendarbeit oder der Arbeit mit behinderten Kindern oder Jugendlichen. Das 20-wöchige Wahlpraktikum im 5. Semester kann im Ausland absolviert werden kann.

Berufsbegleitende Ausbildung

Das Teilzeitstudium dauert drei Jahrgangsstufen (sechs Semester). Voraussetzung ist eine Tätigkeit als Erzieher/in in einer vom Land Berlin für die Ausbildung anerkannten sozialpädagogischen Einrichtung mit mindestens der Hälfte der regelmäßigen wöchentlichen Beschäftigungszeit. Die schulische Ausbildung findet an zwei Tagen/Woche statt.

Ausbildungsbeginn

Die Ausbildungen beginnen jeweils im Februar und August.

Ausbildungsabschluss

Die Ausbildung endet mit einer Abschlussprüfung nach 3 Jahren. Sie schließt ein Kolloquium über die praktische Ausbildung ein.

Die Ausbildung führt zur staatlichen Anerkennung als Erzieher/in.

1.2.2 Fachschule für Erzieher/Ausbildungsordnung seit 01.08.1998 (letztmalig ab Juli 2003)

Ausbildungsziel

„Die Ausbildung soll die Studierenden befähigen, als Erzieher im sozialpädagogischen Bereich die Entwicklung der körperlichen, geistigen und seelischen Kräfte von Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen zu fördern und sie auf ihre Aufgaben als mündige Bürger in der Gesellschaft vorzubereiten. Sie soll es den Studierenden ermöglichen, die für sozialpädagogisches Handeln grundlegenden Kenntnisse, Erfahrungen und Fähigkeiten zu erwerben und zu vertiefen; hierzu gehören auch die notwendigen Kenntnisse über die gesetzlichen und institutionellen Bedingungen der Berufsarbeit. Die Studierenden sollen befähigt werden, sich auf die Veränderungen im sozialpädagogischen Bereich einzustellen und an der Entwicklung von Erziehungskonzeptionen mitzuarbeiten. Gleichermaßen soll die Fähigkeit zur Arbeit im Erzieherteam und zur Zusammenarbeit mit den Personensorgeberechtigten, Gruppen, Institutionen, Trägern der freien Jugendhilfe und Verwaltungsstellen erlernt und gefördert werden.“ (Ausbildungsordnung, 22.09.98)

Berufsbegleitende Ausbildung

Die Ausbildung dauert drei Jahre mit 12 Stunden Unterricht in der Woche. Sie gliedert sich in eine viersemestrige berufsbegleitende theoretische Ausbildung, die mit einer Prüfung abschließt und ein berufspraktisches Jahr mit begleitendem Unterricht, der in Form von vierzehntägigen Seminaren und/oder in Form von regelmäßigen wöchentlichen Seminartagen durchgeführt wird.

Ausbildungsbeginn

Die Ausbildungen begannen jeweils im Februar und August sowie letztmalig nach altem Recht im Juli 2003.

Ausbildungsabschluss

Die Ausbildung schließt nach zwei Jahren mit einer Prüfung ab. Das sich danach anschließende Berufspraktikum wird mit einem Kolloquium beendet. Die Ausbildung führt zur staatlichen Anerkennung als Erzieher/in.

1.3 Fachschule für Heilpädagogik

Die Heilpädagogikausbildung stellt eine weiterführende Qualifikation für Erzieher/innen, Heilerziehungspfleger/innen und Absolventen/innen gleichwertiger Ausbildungen dar. In der Regel gibt es neben dem Motiv, spezifische Kompetenzen für die bereits ausgeübte Tätigkeit zu erwerben, das Motiv der Aufstiegsorientierung sowie des Wechsels in ein anderes Arbeitsfeld. Eine wesentliche Rolle spielen daher in der Ausbildung Fragen der Entwicklung einer beruflichen Identität (Fachverantwortung) und der Kompetenzdomäne von Heilpädagogen.

Heilpädagogisches Handeln ist in den vergangenen Jahren durch die Finanzierungslogik der Pflegeversicherung mit ihren weitreichenden Eingriffen in die Fachlichkeit pädagogischen Handelns unter Profilierungsdruck geraten. Damit verbindet sich für die Ausbildung die Forderung nach Praxisrelevanz und theoretischer Fundierung auf hohem Niveau. Heilpädagogen müssen in der Lage sein, Bedarfe für Förderung zu erkennen und zu begründen sowie Wege zur Förderung zu bahnen. Die Ausbildung fokussiert in einem umfassenden Sinn die Kompetenzen, die es braucht, damit Heilpädagogen diese Schlüsselfunktion ausfüllen können.

Ausbildungsziel

„Die Ausbildung soll die Studierenden befähigen, entwicklungs- und verhaltensgestörte sowie behinderte oder von Behinderung bedrohte Menschen heilpädagogisch zu fördern.“ (Ausbildungsordnung, 10.08.95)

Vollzeitausbildung

Das Vollzeitstudium dauert drei Semester mit 32 Stunden Unterricht pro Woche. Im zweiten Semester findet ein 10-wöchiges Praktikum in Einrichtungen der Behindertenhilfe, einschließlich heilpädagogischer und integrativer Einrichtungen statt.

Berufsbegleitende Ausbildung

Das Teilzeitstudium dauert zwei Jahre. Sie umfasst eine viersemestrige theoretische Ausbildung mit sechzehn Stunden Unterricht pro Woche. Voraussetzung ist eine Tätigkeit als Erzieher/in in einer vom Land Berlin für die Ausbildung anerkannten sozialpädagogischen Einrichtung mit mindestens der Hälfte der regelmäßigen wöchentlichen Beschäftigungszeit. Die schulische Ausbildung findet an zwei Tagen/Woche statt.

Zugangsvoraussetzung

Staatliche Anerkennung als Erzieherin oder gleichwertige Ausbildung sowie eine mindestens 2-jährige hauptberufliche Tätigkeit für das Vollzeitstudium sowie für die berufsbegleitende Ausbildung ein bestehendes Arbeitsverhältnis in einer vom Land Berlin anerkannten sozial- oder sonderpädagogischen Einrichtung mit mindestens der Hälfte der regelmäßigen wöchentlichen Beschäftigungszeit und Einverständniserklärung des Arbeitsgebers zur Ausbildung.

Ausbildungsbeginn

Die Ausbildungen beginnen jeweils im Mai und im November.

Ausbildungsabschluss

Die Ausbildung schließt mit einer Prüfung und einem Kolloquium ab. Sie führt zur staatlichen Anerkennung als Heilpädagoge/Heilpädagogin.

2. Fort- und Weiterbildung für Institutionen und Mitarbeiter/innen des Sozial- und Gesundheitswesens

Seit Beginn 1997 gehört auch der Bereich Fort- und Weiterbildung für Institutionen und Mitarbeiter/innen des Sozial- und Gesundheitswesens zum Geschäftsbereich. Zum Tätigkeitsspektrum der Stiftung SPI, organisatorisch verschiedenen Geschäftsbereichen zugeordnet, zählt dieses Angebotsspektrum seit Mitte der 80er Jahre.

Unser Zugang beruht auch hier auf: Dialog, Selbstverantwortung, Interessenausgleich und Vernetzung. Unserem Fokus entsprechend, Innovationen über gelungene Wege der Übersetzung von Theorie in Praxis zu erzielen, ist ein wesentlicher methodischer Zugang in der Qualifizierung, fachliche und persönliche Veränderungen auf der Basis konkreter Projekte zu erzielen.

Für den Bereich der Qualifizierung von Alten- und Krankenpflegekräften sind wir staatlich anerkannte Weiterbildungsstätte in vier Weiterbildungsrichtungen: „Leitung in und von Einrichtungen der Pflege des Sozial- und Gesundheitswesens“, „Pflegefachkräfte in der ambulanten Pflege“ und „Kinder-/Krankenpflegekräfte in der Psychiatrie“.

Jährlich befinden sich rund 400 Menschen in Fort- und Weiterbildungslehrgängen der Stiftung SPI.

Aktuelles

Auch im vergangenen Jahr war die Nachfrage nach Fort- und Weiterbildungen hoch. Es hält sich der Trend, dass insbesondere lang- oder längerfristige Angebote wahrgenommen werden. Der Bereich der Inhouse-Qualifikationen wird zunehmend vielfach von den Institutionen selbst durch (kleine) Fortbildungsprogramme realisiert. Anfragen im Segment „Inhouse“ beziehen sich daher oft auf komplexere Themenstellungen wie Konzeptions- und Teamentwicklung, reine fachliche Inputs werden eher vor Ort in Eigenregie realisiert.

Wesentliches Kriterium für die Wahl eines Weiterbildungsträgers und eines konkreten Angebots bei den mittel- und langfristigen Fort- und Weiterbildung bleibt die Verwertbarkeit der Angebote im Sinne der Nutzer. Das gilt für die Anerkennung von Abschlüssen innerhalb von Gesetzen, Verordnungen oder Finanzierungsbedingungen, ihren Wert für die eigene Berufswegplanung ebenso wie für die konkrete fachliche Relevanz und Anwendbarkeit der Inhalte und Methoden.

Zwei Anerkennungen von Weiterbildungsabschlüssen hat der Geschäftsbereich im vergangenen Jahr neu beantragt und erhalten:

(1) Da es für die Sozialmanagement-Weiterbildung, hier insbesondere für die Heimleiter-Qualifikation, kein rechtlich definiertes Anforderungsprofil gibt, haben wir die Anerkennung durch den E.D.E (Europäischen Heimleiterverband) beantragt und erhalten.
(2) Für den neuen Fachbereich Theater & Bildung wurde für die Theaterpädagogik-Ausbildung die Anerkennung durch den B.U.T (Bundesverband für Theaterpädagogik e.V.) erteilt.

2.1 Fort- und Weiterbildung für Institutionen des Sozial- und Gesundheitswesens

Schwerpunkte liegen momentan auf den Gebieten Qualitätssicherung, Konzeptentwicklung, Methodik sozialpädagogischen und pflegerischen Handelns (Frühförderung, Kinästhetik,

Pflegeplanung etc.) sowie im Blick auf die Organisation auf den Gebieten Kooperation, Koordination, Vernetzung sowie Mediation, Konfliktregulierung. Das Spektrum wird ergänzt durch spezifische themenzentrierte Fortbildungen vor Ort.

Ein spezielles Segment bildet die Qualifizierung der „Qualifizierer“ (so z. B. Methodenseminare für Dozenten/innen einer Berliner Universität).

2.2 Fort- und Weiterbildung für Mitarbeiter/innen des Sozial- und Gesundheitswesens

Neben Fortbildungen für sozialpädagogische Fachkräfte liegt der Schwerpunkt derzeit auf dem Sektor Weiterbildung für Mitarbeiter/innen in der ambulanten und teil-/stationären Altenhilfe, hier insbesondere auf Leitungsqualifikationen für Fachkräfte der Alten- und der Krankenpflege sowie Fachweiterbildungen im Bereich der ambulanten Versorgung sowie der Geronto-/ Psychiatrie.

2.2.1 Weiterbildungen für Leitungskräfte in der Pflege

Die Weiterbildungen erfolgen entweder auf der Grundlage des Berliner Weiterbildungsgesetzes für Pflegefachkräfte oder nach den Richtlinien des SGB XI. Weiterbildungen nach dem Berliner Weiterbildungsgesetz sehen einen Weiterbildungsumfang von 1.000 Unterrichtsstunden für mittlere Leitungsfunktionen und weitere 1.000 Stunden für Pflegedienstleitungsfunktionen vor. Qualifikationen nach SGB XI umfassen 460 Stunden. Sie können in Form eines Basismoduls absolviert werden, mit dem im Rahmen des Berliner Weiterbildungsgesetzes die Berechtigung erworben wird, ein entsprechendes Aufbaumodul zu absolvieren und damit im zweiten Schritt auch die staatliche Anerkennung zu erwerben. Der Abschluss kann auch im Rahmen der Weiterbildung zur „Gerontopsychiatrischen Fachkraft“ erworben werden durch Belegung des Modul 3 als Aufbaumodul.

In unseren Weiterbildungen legen wir besonderen Wert auf die Vereinbarkeit von Beruf und Qualifizierung. Unsere Weiterbildungen erfolgen deshalb vorrangig berufsbegleitend: Neben der Perspektive „Praxistransfer“ ist so die Chance sich zu qualifizieren für Mitarbeiter/innen der verschiedensten Einrichtungen im Sozial- und Gesundheitswesen garantiert.

2.2.1.1 Leitung der Pflege <u>in</u> Einrichtungen des Sozial- und Gesundheitswesens (staatliche Anerkennung)

Leitungskräfte in Einrichtungen des Sozial- und Gesundheitswesens sind enormen Anforderungen ausgesetzt. Mitarbeiter/innen sowie Klienten/innen, Bewohner/innen und Patienten/innen stellen hohe Erwartungen an eine leistungsfähige und lebenswerte Organisation. Knapper werdende Ressourcen, Veränderungen im System der sozialen Sicherung und der Gesundheitsversorgung zwingen zu einer marktwirtschaftlichen Orientierung. Um diesen Anforderungen gerecht zu werden, bedarf es einer hohen fachlichen und persönlichen Kompetenz der Leitungskräfte. Der Kurs vermittelt die notwendigen Qualifikationen, um mittlere Leitungsfunktionen in Einrichtungen der Pflege zu übernehmen.

Weiterbildungsziel
(Leitung in und von Einrichtungen der Pflege des Sozial- und Gesundheitswesens)

„Die Weiterbildung soll mit den vielfältigen Aufgaben in leitenden Funktionen vertraut machen und die dazu erforderliche Fach- und Sozialkompetenz vermitteln. Die an der Weiterbildung Teilnehmenden sollen insbesondere befähigt werden,

1. den Pflegedienst einer Einrichtung oder die Einrichtung nach betriebswirtschaftlichen und organisatorischen Gesichtspunkten erfolgreich zu führen (betriebswirtschaftlich-organisatorische Kompetenz);

2. die Pflegequalität zu beurteilen und auf der Basis der theoretischen Konzepte und Erkenntnisse aus Pflegewissenschaft, Psychologie und Soziologie fortzuentwickeln und zu sichern (fachlich-pflegerische Kompetenz);

3. die eigenen kommunikativen, psychosozialen und kreativen Fähigkeiten zu erkennen und zu lernen, sie zu erweitern (soziale Kompetenz);

4. unter Berücksichtigung gesundheits- und sozialpolitischer Vorgaben auf die Gestaltung der rechtlichen und sozialen Rahmenbedingungen der Pflege Einfluss zu nehmen (sozial-rechtliche Kompetenz).“ (Weiterbildungs- und Prüfungsverordnung vom 30.06.96)

Struktur der Weiterbildung

Die gesamte Weiterbildung umfasst 1.000 Weiterbildungsstunden sowie 450 Stunden Praktika. Sie gliedert sich zu gleichen Teilen in ein Basismodul und ein Aufbaumodul. Berufsbegleitend erstreckt sich die Dauer bei einem Seminartag/Woche und drei bis sieben fünf- bzw. sechstägigen Blockseminaren auf ca. 24 Monate. Die Vollzeitqualifikation ist entsprechend kürzer.

Weiterbildungsabschluss

Das Basismodul wird nach etwa der Hälfte der Zeit bzw. 460 Weiterbildungsstunden sowie einem 6-wöchigem Praktikum abgeschlossen. Mit ihm wird der Nachweis der Befähigung zur Leitung nach SGB XI erbracht. Mit dem Aufbaumodul wird die staatliche Anerkennung erworben.

Das Basismodul kann mit anderen Aufbaumodulen (Psychiatrie sowie Ambulante Pflege) nach Berliner Weiterbildungsgesetz kombiniert werden.

2.2.1.2 Leitung der Pflege von Einrichtungen des Sozial- und Gesundheitswesens (staatliche Anerkennung)

Mit der Pflegeversicherung und dem Gesundheitsstrukturgesetz ist ein tiefgreifender Wandel der traditionellen Organisationsstrukturen eingeleitet worden. An die Stelle der bisherigen Bedarfsdeckung in der Gesundheitsversorgung und Pflege tritt nun der Dienstleistungsmarkt. Einrichtungen müssen sich auf dem enger werdenden ambulanten, teilstationären und vollstationären Pflegemarkt mit ihrem jeweiligen Leistungs- und Qualifikationsprofil gegenüber anderen Mitanbietern behaupten. An die betriebliche Ablauforganisation und Pflegequalität werden erhöhte Anforderungen im Hinblick auf die Leistungstransparenz und Wirtschaftlichkeit gestellt. Für Management und Mitarbeiter/innen ist eine organisatorische Neuorientierung der innerbetrieblichen Organisationsstrukturen Voraussetzung für die zukünftige Unternehmens- und Arbeitsplatzsicherung. Im Spannungsfeld von Wirtschaftlichkeit und Qualitätssicherung müssen von der Leitungsebene die entsprechenden Steuerungs- und Kontrollinstrumente im Pflegemanagement entwickelt und in der betrieblichen Praxis umgesetzt werden.

Der Kurs vermittelt den Teilnehmer/innen die notwendigen Qualifikationen, um die Leitung der Pflege zu übernehmen.

Weiterbildungsziel

(identisch mit dem Weiterbildungsziel unter 2.2.1.1)

Struktur der Weiterbildung

Die Weiterbildung setzt den erfolgreichen Abschluss der Weiterbildung „Leitung der Pflege in Einrichtungen ...“ voraus. Sie umfasst 1.000 Weiterbildungsstunden und 450 Stunden Praktika. In der berufsbegleitenden Form dauert sie ca. 24 Monate bei einem Seminartag pro Woche und drei bis sieben fünf- bzw. sechstägigen Blockseminaren. Die Vollzeitqualifikation ist entsprechend kürzer.

Weiterbildungsabschluss

Die Weiterbildung schließt mit der staatlichen Anerkennung als Altenpfleger/in bzw. Gesundheits- und Krankenpfleger/in für die Leitung der Pflege *von* Einrichtungen des Sozial- und Gesundheitswesens ab.

2.2.1.3 Leitende Pflegefachkraft nach SGB XI

Das SGB XI schreibt derzeit für die leitende Pflegefachkraft eine Weiterbildung im Umfang von mindestens 460 Stunden vor. Die Qualifizierung vermittelt die für Leitungsverantwortung relevanten Grundlagen auf den Gebieten Fachtheorie (Pflege), Sozialwissenschaften, Betriebswirtschaftslehre und Recht.

Die Qualifizierung wird in der Regel berufsbegleitend, an einem Seminartag/Woche angeboten.

Wird das Zertifikat in Form des Basismoduls im Rahmen des Berliner Weiterbildungsgesetzes erworben, so ist zusätzlich ein 6-wöchiges Praktikum zu absolvieren. Wird das Zertifikat im Kontext der Weiterbildung zur Gerontopsychiatrischen Fachkraft erworben, ist Modul 3 als Aufbaumodul zu belegen. Der Gesamtweiterbildungsumfang beträgt in diesem Fall 640 Stunden.

2.2.2 Fachweiterbildungen für Alten- und Krankenpflegekräfte

2.2.2.1 Pflegefachkraft in der ambulanten Pflege (staatliche Anerkennung)

Der ambulante Bereich hat in den vergangenen Jahren zunehmend an Gewicht gewonnen. Pflegefachlichkeit sicherstellen, Hilfeleistungen vernetzen, verschiedene Zielgruppen anleiten und beraten sind zentrale Aufgaben von Alten- und Krankenpflegekräften im ambulanten Bereich. Die notwendigen Kompetenzen unterliegen einer besonderen Anforderung, da die Fachkraft in der Regel faktisch auf sich allein gestellt ist. Sie muss in der Lage sein, auch in prekären Situationen fachlich fundierte Entscheidungen zu treffen, erforderliche Maßnahmen zu prüfen und einzuleiten. Sie muss planen und aushandeln können, um Ressourcen, über die der pflegebedürftige Mensch, seine Angehörigen und sein sozialer Nahraum verfügt, für die Unterstützung und Betreuung nutzbar zu machen.

Weiterbildungsziel

„Die Weiterbildung soll die speziellen Kenntnisse, Fertigkeiten und Verhaltensweisen vermitteln, die erforderlich sind, um die pflegerischen Aufgaben in Einsatzbereichen der ambulanten Pflege mit der erforderlichen Sozialkompetenz und unter Berücksichtigung des Krankenpflegeprozesses wahrzunehmen. Die an der Weiterbildung Teilnehmenden sollen insbesondere befähigt werden,

1) die Pflegebedürftigen im häuslichen Bereich unter Berücksichtigung ihrer sozialen Bezüge und der individuellen Bedürfnisse ganzheitlich und aktivierend pflegen und betreuen zu können;

2) die Pflege unter Anwendung neuer pflegerischer Techniken und pflegetechnischer Hilfsmittel in enger Kooperation mit niedergelassenen Ärzten, anderen Berufen im Gesundheits- und Sozialwesen, Selbsthilfegruppen und Institutionen zu planen und durchzuführen;

3) Angehörige und andere Bezugspersonen sowie Laienhelfer von Pflegebedürftigen anzuleiten, zu beraten und zu unterstützen;

4) berufs- und arbeitsfeldbezogene Organisations- und Verwaltungstätigkeiten selbstständig ausführen zu können;

5) die eigene berufliche Belastung wahrzunehmen und Bewältigungsstrategien anzuwenden;

6) die in der Weiterbildung erworbenen Kenntnisse Mitarbeitern, Aus- und Weiterzubildenden zu vermitteln, sie entsprechend anzuleiten und zu beraten;

7) an der Entwicklung von Maßnahmen zur Qualitätssicherung in der ambulanten Pflege mitzuwirken, sie zu fördern und die Maßnahmen durchzuführen.“ (Weiterbildungs- und Prüfungsverordnung vom 30.06.96)

Struktur der Weiterbildung

Die gesamte Weiterbildung umfasst 900 Weiterbildungsstunden sowie 750 Stunden Praktika. Sofern sie berufsbegleitend erfolgt, sind zwei 6-wöchige Praktika und 8 Wochen Projektarbeit am eigenen Arbeitsplatz Bestandteil der Weiterbildung. Die Weiterbildung gliedert sich in etwa zu gleichen Teilen in ein Basismodul und ein Aufbaumodul. Berufsbegleitend erstreckt sich die Dauer auf ca. 24 Monate, bei einem Seminartag/Woche und drei bis sieben fünf- bzw. sechstägigen Blockseminaren. Die Vollzeitqualifikation ist entsprechend kürzer.

Weiterbildungsabschluss

Das Basismodul wird nach etwa der Hälfte der Zeit bzw. 460 Stunden abgeschlossen. Mit ihm wird zugleich der Nachweis der Befähigung zur Leitung nach SGB XI erbracht. Mit dem Aufbaumodul wird die staatliche Anerkennung erworben.

Das Basismodul kann mit anderen Aufbaumodulen (Leitung in Einrichtungen der Pflege sowie Psychiatrie) nach Berliner Weiterbildungsgesetz kombiniert werden (Näheres siehe dort).

2.2.2.2 Fachkinderkrankenschwester/-pfleger, Fachkrankenschwester/-pfleger in der Psychiatrie (staatliche Anerkennung)

Psychiatrische Pflege basiert in ihrer Gesamtheit auf einem Blick auf die erkrankte Person, die an ihren Ressourcen orientiert ist. Ein psychisch erkrankter Mensch bleibt immer auch handelndes Subjekt und ist als solches anzuerkennen.

Ziel psychiatrischer Pflege ist daher stets die Unterstützung und Begleitung, die Koordinierung und Vernetzung von Angeboten in den zentralen Bereichen: Gesundheit - Wohnen - soziale Teilhabe und materielle Rechte - Hilfen zur Arbeit und Beschäftigung (Psychiatrie-Bericht Berlin, Strukturelle Rahmenplanung 1994).

Eine in diesem Sinne gemeinde- und sozialpsychiatrische Perspektive beruht auf Gemeinwesenorientierung und auf dem Normalisierungsprinzip. Neben teil-/stationären Angebotsformen gewinnt die Sicherstellung eines häuslichen Systems sozialpsychiatrischer Pflege an Bedeutung. Dies gilt nicht zuletzt für die Zukunft im Blick auf den wachsenden Bedarf gerontopsychiatrischer Unterstützungsleistungen. Die Devise „ambulant vor stationär“ verlangt vermehrt von Alten- und Krankenpflegekräften auch in Institutionen der Regelversorgung psychiatrisch fachlich fundiert zu handeln. Auf die ambulanten Dienste

kommt hier, wie sich dies schon jetzt abzeichnet, absehbar ein verändertes Anforderungsspektrum zu.

Damit wächst den Fachkräften in der Pflege zugleich die Aufgabe zu, in besonderem Maß Integrationsleistungen zu erbringen, damit der erkrankte Mensch nicht weiter destabilisiert wird, indem er aus seiner vertrauten sozialen Umgebung herausfällt. Neben dem traditionellen Fokus des Normalisierungsprinzips im Umgang mit psychisch erkrankten Menschen, ist es von großer Bedeutung, dass Fachkräfte in der Pflege jenseits stationärer Betreuungs- und Behandlungsangebote, kompetente Akteure im Rahmen der angestrebten Diversifizierung von Wohnformen und tagesstrukturierenden Maßnahmen - insbesondere auch im Feld psychiatrisch chronisch erkrankter Menschen - werden.

Die Weiterbildung trägt dieser auf der Basis der vom Land Berlin vorgelegten strukturellen Rahmenplanung und des Psychiatrieentwicklungsprogramms in Theorie und Praxis Rechnung. Dies spiegelt auch die Auswahl der Kooperationen mit der Praxis wieder. Für die Praktika wird Wert darauf gelegt, dass das skizzierte Angebotsspektrum exemplarisch kennengelernt werden kann.

Weiterbildungsziel

„Die Weiterbildung soll Krankenschwestern, Krankenpfleger, Kinderkrankenschwestern und Kinderkrankenpfleger durch die Vermittlung qualifizierter Kenntnisse, Fertigkeiten, Verhaltensweisen und Einstellungen für Tätigkeiten in den verschiedenen Bereichen der Psychiatrie besonders befähigen. Die in dieser Fachrichtung Weitergebildeten sollen insbesondere,

1) vertieftes Verständnis zum Entstehen und Verlauf psychischer Störungen und psychiatrischer Krankheitsbilder haben und in der stationären, teilstationären und ambulanten Pflegepraxis anwenden können,

2) die mitverantwortliche Versorgung von psychisch Kranken übernehmen können: hierzu gehören auch die Planung und Leitung von Selbsthilfegruppen sowie die Mithilfe in Krisensituationen,

3) ihre Einstellungen zu den Anforderungen der Berufspraxis im Umgang mit psychisch Kranken und den Mitarbeitern des therapeutisch/sozialen/pädagogischen Teams wahrnehmen, reflektieren und gegebenenfalls ändern können, um fachliche Kompetenz, Eigenverantwortlichkeit und kooperative Fähigkeiten entwickeln zu können,

4) Einsicht in forensische Zusammenhänge, rechtliche Bedingungen der psychiatrischen Versorgung und praktische Möglichkeiten der Soziotherapie, Rehabilitation und Prävention gewinnen können und

5) die erworbenen Kenntnisse, Fähigkeiten und Fertigkeiten mit wirtschaftlicher Arbeitsweise verbinden und weitervermitteln können.“ (Weiterbildungs- und Prüfungsordnung vom 15.01.1987)

Struktur der Weiterbildung

Die gesamte Weiterbildung umfasst 900 Weiterbildungsstunden sowie ein 6-wöchiges Praktikum. Sie gliedert sich in etwa zu gleichen Teilen in ein Basismodul und ein Aufbaumodul. Berufsbegleitend erstreckt sich die Dauer auf ca. 24 Monate, bei einem Seminartag/Woche und drei bis sieben fünf- bzw. sechstägigen Blockseminaren. Die Vollzeitqualifikation ist entsprechend kürzer.

Weiterbildungsabschluss

Das Basismodul wird nach etwa der Hälfte der Zeit bzw. 460 Stunden abgeschlossen. Mit ihm wird der Nachweis der Befähigung zur Leitung nach SGB XI erbracht. Mit dem Aufbaumodul wird die staatliche Anerkennung erworben.

Das Basismodul kann mit anderen Aufbaumodulen (Leitung in Einrichtung der Pflege sowie Ambulante Pflege) nach Berliner Weiterbildungsgesetz kombiniert werden (Näheres siehe dort).

2.2.2.3 Gerontopsychiatrische Fachkraft (Zertifikat) mit Basisqualifikation zur leitenden Pflegefachkraft (nach SGB XI) gemäß „Gerontopsychiatrischer Zusatzqualifikation“ (SenGesSozV)

Gerontopsychiatrische Fragestellungen stellen eine zentrale Herausforderung in der Altenhilfe dar. Kaum ein Bereich ist derzeit derart in der Diskussion, was sich an der Entwicklung einer Vielzahl von Konzepten, methodischen Zugängen und Modellen zeigt.

Weiterbildungsziel

Gerontopsychiatrische Fachkräfte sind verantwortlich für die Gestaltung und Sicherung eines fördernden Umfeldes für die Betroffenen. Mit der Weiterbildung werden die erforderlichen Kompetenzen auf den Gebieten Gerontopsychiatrie und Psychosomatik, Psychologie und Gerontologie, Pflege und Rehabilitation erworben. Gleichzeitig zielt die Weiterbildung auf die Befähigung zur Übernahme der fachlichen Leitung für den Bereich Gerontopsychiatrie. Entsprechende Leitungsqualifikationen – von der Konzeptentwicklung bis zu betriebswirtschaftlichen Grundlagen – sind Teil der Qualifizierung.

Struktur der Weiterbildung

Die Weiterbildung ist berufsbegleitend und umfasst 640 Stunden. Sie gliedert sich in 3 Module. Modul 1 (120 Stunden/5 Monate) umfasst die notwendige Qualifizierung gemäß Rahmenkonzeption für segregative Pflege und Betreuung für alle in der Gerontopsychiatrie Tätigen (Fachkräfte und Nicht-Fachkräfte). Das darauf aufbauende Modul 2 (280 Stunden/ 7 Monate) qualifiziert die Pflegefachkräfte für die Übernahme der Fachverantwortung gemäß Rahmenkonzeption. Mit dem Modul 3 (240 Stunden/8 Monate) wird der Abschluss „Leitende Pflegefachkraft nach SGB XI erworben. Weiterbildungszeiten sind ein Tag/Woche von 08.00-13.00 Uhr sowie insgesamt vier 5-tägige Blockseminare.

Weiterbildungsabschluss

Die Weiterbildung schließt mit einem Zertifikat „Gerontopsychiatrische Fachkraft“ sowie mit dem Zertifikat „Leitende Pflegefachkraft nach SGB XI“ ab.

Weitere Angebote

Weiterbildung zum/zur Mentorin (Praxisanleiter) in der Pflege

Die Weiterbildung legt die pädagogischen, psychologischen, rechtlichen und fachtheoretischen Grundlagen für die Anleitung und Begleitung von Schülern (bzw. Studierenden) in der Altenpflege. Die Auseinandersetzung mit theoretischen Themen wird verknüpft mit der Bearbeitung ausbildungsrelevanter Praxisaufgaben.

Struktur und Umfang der Weiterbildung

Die Weiterbildung wird in Form einzelner Seminartage und/oder Blockwochen oder kompakt angeboten. Der Umfang beträgt 200 Stunden.

Weiterbildungsabschluss

Kolloquium. Qualifiziertes Zertifikat.

Fachkraft für Spiel (siehe 3. Fachbereich Theater & Bildung)

Zum Erwerb einer breit gefächerten, spielpädagogischen Methodenkompetenz für die Bereiche Alten-, Kinder- und Jugendarbeit, Schule sowie sozial-kulturelle Projekte.

2.2.3 Weiterbildung für Erzieher/innen

Die Weiterbildungen für Erzieher/innen stehen in ihrer Grundstruktur des „Facherziehers" bzw. der „Fachkraft für …" in Analogie zu der vom Land Berlin vorgeschriebenen Qualifizierung für die Arbeit in Integrations-Kitas (Facherzieher/in für Integration): Sie umfassen in der Regel 160 Stunden. Inhaltlich spiegeln sie die auch im Berliner Bildungsprogramm akzentuierten Schwerpunkte erzieherischen Handelns, ergänzen diese, wobei sie natürlich konzeptionell nicht ausschließlich auf die Arbeit im Elementarbereich ausgerichtet sind.

Facherzieher/in für Integration

Die Kitapersonalverordnung legt fest, dass Fachkräfte für die gemeinsame Betreuung behinderter und nicht behinderter Kinder über eine Zusatzqualifikation verfügen müssen. Die Qualifizierung vermittelt Kenntnisse und Kompetenzen auf den Gebieten: Entwicklung integrativer Erziehung und gesetzliche Grundlagen; menschliche Entwicklung, Entwicklungsstörungen, Diagnostik und Therapie; sozialpädagogische Methoden für eine differenzierte Gruppenarbeit; Beobachtung und Beobachtungsverfahren, Prozessanalyse zur Kommunikation, Kooperation und Konfliktklärung; fachliche Kooperation, Zusammenarbeit mit Eltern und Institutionen.

Struktur der Weiterbildung

Die Weiterbildung ist berufsbegleitend und hat einen Umfang von 160 Stunden bzw. 20 Seminartagen. Sie erstreckt sich in der Regel auf einen Zeitraum von 4 Monaten.

Weiterbildungsabschluss

Die Weiterbildung wird mit einem von der Senatsverwaltung für Schule, Jugend und Sport anerkannten Zertifikat „Facherzieher für Integration" abgeschlossen.

Facherzieher für Sprachförderung

Kommunikation und Sprachkompetenz sind die Voraussetzung für persönliche Entwicklung und gesellschaftliche Teilhabe. Mit der Fähigkeit sich mündlich und schriftlich mitteilen zu können, steht und fällt der Erfolg des Einzelnen, sein Leben erfolgreich zu gestalten.

Weiterbildungsziel

Die Weiterbildung zielt darauf, bestehende Sprachdefizite auszugleichen sowie eine umfangreiche Begriffsbildung und Ausdrucksfähigkeit zu entwickeln. Besondere Aufmerksamkeit gilt hierbei den Kindern nichtdeutscher Herkunft, denen neben einer adäquaten Vermittlung der deutschen Sprache im Rahmen einer interkulturellen Pädagogik eine entsprechende Akzeptanz entgegengebracht werden soll. Die Teilnehmerinnen erwerben Kenntnisse und Fähigkeiten zur Förderung der kindlichen Sprachkompetenz im Kontext und unter Berücksichtigung des je individuellen Arbeitsfeldes.

Weiterbildungsstruktur

Die Weiterbildung ist berufsbegleitend und hat einen Umfang von 160 Stunden. Sie erstreckt sich in der Regel auf einen Zeitraum von 4 Monaten. Seminarzeiten jeweils Freitagnachmittag und Samstag.

Weiterbildungsabschluss

Die Weiterbildung schließt mit einem qualifizierten Zertifikat ab.

Fachkraft für Konfliktmoderation

Konfliktfähigkeit ist eine der zentralen Kompetenzen für professionelle Arbeit in der sozialpädagogischen Praxis. Sie ist die Basis, um strukturell und individuell divergierende Interessenskonstellationen fachlich aufzulösen bzw. lebbar zu machen.

Weiterbildungsziel

Die Weiterbildung vermittelt Ansätze für einen konstruktiven Umgang mit Konflikten am Arbeitsplatz. Die Teilnehmerinnen erweitern ihre Fähigkeiten, Klärungsgespräche zu führen und in Konfliktsituationen intervenieren zu können. Die praktische Einübung von Methoden gewaltfreier Konfliktvermittlung (Mediation) bildet einen Schwerpunkt. An praxisrelevanten Beispielen wird die Förderung von Konfliktregelungskompetenzen bei Kindern und Jugendlichen durchgespielt.

Weiterbildungsstruktur

Die Weiterbildung ist berufsbegleitend und hat einen Umfang von 160 Stunden. Sie erstreckt sich in der Regel auf einen Zeitraum von 4 Monaten. Seminarzeiten jeweils Freitagnachmittag und Samstag.

Weiterbildungsabschluss

Die Weiterbildung schließt mit einem qualifizierten Zertifikat ab.

Facherzieher/Fachkraft für Psychomotorik

Sich bewegen und spüren, sich und die Umwelt wahrnehmen, den Körper bewusst einsetzen können – dies alles sind elementare Bedingungen für die körperliche, seelische, geistige und sprachliche Entwicklung von Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen.

Weiterbildungsziel

Die Weiterbildung soll dazu befähigen, gezielte psychomotorische Angebote zu konzipieren, anzubieten und zu begleiten.

Weiterbildungsstruktur

Die Weiterbildung ist berufsbegleitend und hat einen Umfang von 160 Stunden. Sie erstreckt sich in der Regel auf einen Zeitraum von 4 bis 5 Monaten. Seminarzeiten sind jeweils Freitagnachmittag und Samstag.

Weiterbildungsabschluss

Die Weiterbildung schließt mit einem qualifizierten Zertifikat ab.

Facherzieher/in/Fachkraft für Musik und Rhythmik

Musik und Rhythmik regen an, wecken Emotionen und bieten methodische Zugänge für die pädagogische Arbeit, für die Entwicklungsbegleitung und Förderung von Kindern und Jugendlichen. Die grundständige Ausbildung gibt für diese pädagogische Arbeit eine erste Grundlage, mit der Weiterbildung erfolgt eine Spezialisierung und Vertiefung.

Weiterbildungsziel

Die Weiterbildung befähigt dazu, gezielt Musik in der pädagogischen Arbeit mit Kindern einzusetzen. Neben der Vermittlung von musikalischen Grundlagen werden Methoden aufgezeigt, wie Kinder durch Musik spielerisch im Bereich der Wahrnehmung, Motorik, der Sprache und des Denkens gefördert werden können.

Weiterbildungsstruktur

Die Weiterbildung ist berufsbegleitend und hat einen Umfang von 160 Stunden. Sie erstreckt sich in der Regel auf einen Zeitraum von 5 bis 8 Monaten. Seminarzeiten sind jeweils Freitagnachmittag und Samstag (in der Regel 14-tägig).

Weiterbildungsabschluss

Die Weiterbildung schließt mit einem qualifizierten Zertifikat ab.

Weitere Angebote

Das Berliner Bildungsprogramm – Frühkindliche Bildungsprozesse fördern und begleiten

Kinder haben ein Recht auf Bildung. Kinder haben Lust auf Bildung. Um bereits frühkindliche Bildungsprozesse sicherzustellen, ist für den Elementarbereich die Arbeit mit dem Berliner Bildungsprogramm lt. § 13 Kindertagesbetreuungsreformgesetz verbindlich. Die Qualifizierung vermittelt Erzieher/innen die Basis für eine effektive und praxisnahe Arbeit mit dem Berliner Bildungsprogramm (BBP). Angebotsstruktur auf Anfrage.

Facherzieher/Fachkraft für mathematisch-naturwissenschaftliche Grunderfahrungen

Das Berliner Bildungsprogramm führt mathematische und naturwissenschaftliche Grunderfahrungen als wichtige Bildungsbereiche für Kindertageseinrichtungen auf. Der Kurs will Erzieher/innen ermutigen, die eigene Begeisterung für mathematisch-naturwissenschaftliche Fragestellungen im Alltag wiederzuentdecken, sich diesen kreativ und spielerisch zu nähern und Lernräume für Kinder zu schaffen. Umfang: 160 Stunden, Seminarzeiten sind jeweils Freitagnachmittag und Samstag.

PC + Multimedia für die Arbeit mit Kids

PCs werden von Kindern gern genutzt. Viele haben zu diesem Medium einen besseren Zugang als die sie umgebenden Erwachsenen. Die Nutzung der neuen Kommunikationstechnologien sollte angeleitet werden (können), damit Kinder einen sachgerechten Umgang mit diesen „Werkzeugen“ erlernen und deren vielfältige Möglichkeiten nutzen können. Im Kurs werden einfache Multimediaanwendungen vermittelt. Der Umfang beträgt 12 Tage à 7 Stunden.

Fachkraft für Spiel (siehe 3. Fachbereich Theater & Bildung)

Zum Erwerb einer breit gefächerten, spielpädagogischen Methodenkompetenz für die Bereiche Kinder-, Jugend- und Altenarbeit, Schule sowie sozial-kulturelle Projekte.

Kreativer Tanz – Methode Tanz (siehe 3. Fachbereich Theater & Bildung)

Zum Erwerb eines breiten Spektrums an kreativen, erlebnisorientierten, integrativen Methoden, die den Körper, die Bewegung in den Mittelpunkt stellen. Für Fachkräfte, die Bildungsprozesse begleiten, mit Kindern und Jugendlichen, mit Menschen mit Behinderungen arbeiten.

2.2.4 Weiterbildungen für alle Berufe im Sozial- und Gesundheitswesen

Weiterbildung Sozialmanagement (Heimleitung)

Heimleitungen sind durch die Veränderungen bzw. die Einführung des „Marktes“ im Sozial- und Gesundheitswesen neuen Konkurrenzen ausgesetzt. Dies verlangt neue Strategien zur Qualitätssicherung und Profilierung der Institutionen nach innen und außen: auf der Ebene von Ökonomie und Fachlichkeit. Zugleich müssen Heimleiter in der Lage sein, die Belange und neuen Anforderungen an die Qualitätssicherung in der Pflege zu verstehen und in der Entwicklung strategisch zu unterstützen.

Der Lehrgang Sozialmanagement fokussiert u. a. die Bereiche: Betriebswirtschaft, Gerontologie und Pflege, Sozial- und Arbeitsrecht, Öffentlichkeitsarbeit, Qualitätssicherung, Personalentwicklung, Moderation.

Struktur der Weiterbildung

Die Weiterbildung umfasst 1.000 Stunden. Sie erfolgt berufsbegleitend und erstreckt sich bei einem Seminartag pro Woche und sieben fünf- bzw. sechstägigen Blockseminaren über einen Zeitraum von ca. 24 Monaten. Zusätzlich werden Praktika von 450 Stunden empfohlen.

Weiterbildungsabschluss

Die Weiterbildung schließt mit einem qualifizierten Zertifikat „Leitung von Einrichtungen und Diensten im Sozial- und Gesundheitswesen (Heimleitung/Sozialmanagement)“ ab. Die Weiterbildung ist nach den Richtlinien des E.D.E (Europäischer Heimleiterverband) anerkannt.

3. Fachbereich Theater & Bildung
Fort- und Weiterbildungen für alle Personen und Institutionen, die Interaktionen und Beziehungen kreativ gestalten und für Entwicklungsprozesse nutzbar machen wollen.

Spiel & Theater produzieren Bewegung, inszenieren Lebenswelten, fördern Einsichten in fremde und eigene Potentiale, mischen sich ein. Sie produzieren Bildung. Es bleibt nicht beim Lesen, Zuhören, Zuschauen. Inhalte werden gelebt, erfahren. Erreichtes wird auf die Bühne gestellt, von anderen bewertet, verworfen oder genossen.

Bildung setzt stets die Lust auf das Eintauchen in andere Welten, die Bereitschaft Bekanntes neu zu überdenken, die Lust auf spielerische Erprobung, die Bereitschaft zum Erwerb konflikthafter Erkenntnisse voraus.

Spiel- und theaterpädagogische Kompetenzen gehören daher zur notwendigen methodischen Grundausstattung jedes Professionellen, der Menschen begleitet, berät, fördert: ob als Spielleiter/in und Regisseur/in, Lehrende/r, Leitende/r, Berater/in, Personalentwickler/in, Erzieher/in usf. Kreative Angebote sind nicht die bunte Garnitur eines ansonsten „handfesten grauen Bildungsalltags“, sie sind ein Grundnahrungsmittel für Entwicklung und Veränderung – ob für den internen Gebrauch oder die öffentliche Inszenierung.

Die Eröffnung des Fachbereiches Theater & Bildung Beginn 2006 ist für das Profil des Geschäftsbereichs in diesem Sinne programmatisch. Neben der ohnehin und nun verstärkten Einbindung theater-, tanzpädagogischer und weiterer kreativer Methoden in sämtliche Aus- und Weiterbildungen gibt es nun auch die spezifischen Qualifizierungsangebote für die, die Profis (Multiplikatoren) in diesen Segmenten werden wollen.

Die Ausbildung zur Theaterpädagogin/zum Theaterpädagogen unter der Leitung von Jacobs & Herrbold und in Zusammenarbeit mit dem Theater Hebbel am Ufer/HAU ist vom Bundesverband für Theaterpädagogik (BuT) anerkannt. Damit erwerben die Teilnehmer/innen ein anerkanntes Zertifikat, das ihnen die Türen zu einer einschlägigen Anstellung, z. B. auch an Theatern und anderen Spielstätten, öffnet. Sie ist das Herzstück des Fachbereiches.

Erste Verzweigungen dieses Bildungsprofils sind die „Fachkraft für Spiel“ sowie Qualifizierungen rund um den „Tanz als Methode“. In den nächsten Jahren sind hier intensive Weiterentwicklungen absehbar und avisiert.

Theaterpädagogik-Ausbildung in Kooperation mit dem Theater Hebbel am Ufer/AU

In den letzten Jahren wurde die Theaterpädagogik immer interessierter von einer Öffentlichkeit wahrgenommen, die sich neue soziale Fragen stellt und stellen muss. Theatrale Spielprozesse und Präsentationen sind das Salz in der Suppe unterschiedlichster gesellschaftlicher und beruflicher Bereiche, die hungrig sind nach neuen, vielfältigen und ungewöhnlichen Methoden.

Die Ausbildung zum/zur Theaterpädagogen/Theaterpädagogin erfolgt in zwei Etappen. Die erste Meile ist die Qualifikation zum/zur Spielleiter/in im Umfang von 600 Stunden. Auf sie baut der zweite Abschnitt im Umfang von 1.100 Stunden auf, der zum Abschluss Theaterpädagogin/Theaterpädagoge, anerkannt nach den Richtlinien des Bundesverbandes für Theaterpädagogik (BuT), führt.

Spielleiter/Spielleiterin

In der Aus- und Weiterbildung, auf sozialen und kulturellen Gebieten, an Theatern und anderen Spielstätten bis hin zu wirtschaftlich orientierten Unternehmen wird ein immer breiteres Aktionsrepertoire erforderlich, das Verstand und Emotion, Körper und Geist in einem überraschenden Erlebnisprozess für Persönlichkeitsentwicklung und Leitungskompetenz verbindet.

Weiterbildungsziel

Der theaterpädagogische Grundlagenkurs befähigt die Teilnehmenden durch die Entwicklung eines eigenen Spielprofils, spiel- und theaterpädagogische Handlungsmodelle zu konzipieren und umzusetzen, z. B. für Schulen, Theater und andere Spielstätten sowie Einrichtungen und Unternehmen aus vielen denkbaren Bereichen. Der Fokus liegt auf der eigenen Spielfähigkeit und einem ersten eigenen spielpädagogischen Projekt.

Weiterbildungsstruktur

Die Weiterbildung ist berufsbegleitend und hat einen Umfang von 600 Stunden (inkl. 15 % Eigenarbeiten). Sie erstreckt sich in der Regel auf einen Zeitraum von 15 Monaten. Die zeitliche Struktur gliedert sich in 46 Abendtermine, zehn 2-tägige Seminare (Samstag/Sonntag) sowie eine 11-tägige Ensembleproduktion mit 5 Aufführungen.

Weiterbildungsabschluss

Die Weiterbildung schließt mit einem qualifizierten Zertifikat „Spielleiter/in (BuT)“ ab.

Theaterpädagoge/Theaterpädagogin

Die Ausbildung baut auf dem erfolgreichen Abschluss der Spielleiterausbildung auf. Weitere Zugangsvoraussetzungen sind eine pädagogische oder künstlerische Ausbildung oder eine andere Berufsausbildung mit Nachweis pädagogischer Praxis.

Weiterbildungsziel

Der theaterpädagogische Aufbaukurs ermöglicht es den Teilnehmenden die in der Spielleiterausbildung erworbenen Fähigkeiten zu vertiefen und in vielfältigen Formen weiterzuentwickeln, eigene Inszenierungen und Workshops für unterschiedliche Anlässe zu konzipieren und durchzuführen. Der Fokus liegt auf der Entwicklung von eigenen Leitungskompetenzen.

Weiterbildungsstruktur

Die Weiterbildung ist berufsbegleitend und hat einen Umfang von 1.100 Stunden (inkl. 15 % Eigenarbeiten). Sie erstreckt sich in der Regel auf einen Zeitraum von 24 Monaten. Die zeitliche Struktur gliedert sich in 55 Abendtermine, 16 Wochenenden sowie 4 Blockwochen.

Weiterbildungsabschluss

Die Weiterbildung schließt mit einem qualifizierten Zertifikat „Theaterpädagoge/Theaterpädagogin (BuT)“ ab.

Fachkraft für Spiel

Das Spiel als Kommunikationsform ist so alt wie die Menschheit. Die Pädagogik weiß, dass der Mensch spielend lernt: Spiel initiiert und fördert Entwicklungsprozesse, verbindet Verstand und Gefühl, Körper und Geist zu einem ganzheitlichen Erlebnis. Spiel schafft seelische, soziale und materielle Wirklichkeit.

Weiterbildungsziel

Die Weiterbildung zielt auf den Erwerb eines Instrumentariums, das nach Anlass und Ziel je differenziert einsetzbar ist. An praxisbezogenen Beispielen erwerben die Teilnehmer/innen eine breit gefächerte, spielpädagogische Methodenkompetenz für die Bereiche der Kinder-, Jugend- und Altenarbeit, Schule, sozial-kulturelle Projekte.

Weiterbildungsstruktur

Die Weiterbildung ist berufsbegleitend und hat einen Umfang von 160 Stunden. Sie erstreckt sich in der Regel auf einen Zeitraum von 5 bis 7 Monaten. Seminarzeiten sind jeweils Freitagnachmittag und Samstag (in der Regel 14-tägig).

Weiterbildungsabschluss

Die Weiterbildung schließt mit einem qualifizierten Zertifikat ab.

Kreativer Tanz – Methode Tanz
Der Körper als Medium des Denkens

Bewegung ist eine elementare Form des Denkens (Berliner Bildungsprogramm). Körpererfahrung bildet Identität. Bilder vom eigenen Körper formen Selbstkonzepte. Die heutigen Bildungsorte vermögen dieser zentralen pädagogischen Erkenntnis kaum Rechnung zu tragen. Körperkontakt, Erkennen und Lernen durch den Körper finden selten methodisch statt.

Weiterbildungsziel

In der Weiterbildung wird der Körper in seinen vielseitigen Ausdrucksformen in den Mittelpunkt gestellt. Die Teilnehmer/innen erwerben an praxisbezogenen Beispielen ein „Körper-Handlungs-Archiv“, das ihnen ein breites Spektrum an kreativen, erlebnisorientierten, integrativen Methoden eröffnet, die in jeder Kita, Schule, jedem Hort, der Kinder- und Jugendarbeit einsetzbar sind. Integraler Bestandteil der Weiterbildung ist eine projektbezogene Umsetzung in konkrete Praxis.

Weiterbildungsstruktur

Die Weiterbildung ist berufsbegleitend und hat einen Umfang von 160 Stunden. Sie erstreckt sich in der Regel auf einen Zeitraum von 6 bis 8 Monaten und findet an 8 Wochenenden statt.

Weiterbildungsabschluss

Die Weiterbildung schließt mit einem qualifizierten Zertifikat ab.

Facherzieher/in/Fachkraft für Musik und Rhythmik (siehe 2.2.3)

Musik und Rhythmik regen an, wecken Emotionen und bieten methodische Zugänge für die pädagogische Arbeit, für die Entwicklungsbegleitung und Förderung von Kindern und Jugendlichen. Die Weiterbildung befähigt dazu, gezielt Musik in der pädagogischen Arbeit mit Kindern einzusetzen. Neben der Vermittlung von musikalischen Grundlagen werden Methoden aufgezeigt, wie Kinder durch Musik spielerisch im Bereich der Wahrnehmung, Motorik, der Sprache und des Denkens gefördert werden können.

Stiftung SPI

Jahresbericht 2005/2006

Stadtentwicklung, Ausnahme & Regel

Treuhänderischer Sanierungsträger

Wohnumfeldverbesserung

Stadtteilmanagement

1. Der Geschäftsbereich Stadtentwicklung Ausnahme & Regel

Der Geschäftsbereich Stadtentwicklung der Stiftung SPI bearbeitet seit 1981 Themenfelder der Stadterneuerung und der sozialen Stadtentwicklung. Dazu wurde zwischen der Senatsverwaltung und der Stiftung SPI ein Vertrag geschlossen, der diverse Aufgaben im Spannungsfeld von Bauen und Sozialem auf den treuhänderischen Sanierungsträger Ausnahme & Regel überträgt.

In seiner Zielsetzung ist der Geschäftsbereich ausgerichtet auf:

- besondere soziale und stadtpolitische Problemstellungen,
- die Sicherung sozialer Standards,
- die Integration von sozial und wirtschaftlich in Not geratenen oder strukturell benachteiligten Bevölkerungsgruppen,
- ihre Versorgung mit Wohnraum,
- ihre Erwerbstätigkeit und berufliche Qualifizierung sowie
- ihre Teilhabe am sozialen und kulturellen Leben,
- das Sichern preiswerten Wohnraums.

Grundlage dieser Arbeit sind die SPI-Leitbilder der sozialen Arbeit.

Der Geschäftsbereich ist der Klientel der Jugend- und Sozialhilfe, wirtschaftlich in Not geratenen Personen, arbeitslosen Jugendlichen, jungen Erwachsenen und Langzeitarbeitslosen, den freien Trägern der Jugend- und Sozialhilfe sowie soziokulturellen Trägern in seiner Arbeit besonders verpflichtet.

Die wirtschaftlichen, sozialen und politischen Entwicklungen in der Stadt gestatten aufgrund der Vielschichtigkeit keine monokausalen Erklärungen. So unterliegt die zukunftsgerechte Gestaltung der Stadt nicht nur der Wahrnehmung neuer Herausforderungen und der ständigen Überprüfung, Auswertung und Weiterentwicklung von Konzepten und Strategien, sondern verlangt auch von den Protagonisten der Stadtentwicklung interdisziplinäres Denken und neue Arbeitsansätze.

Einzelne Schwerpunkte der vergangenen Jahre waren Hausbesetzungen mit den daraus erwachsenden Selbsthelferprojekten, die sozialorientierte Altbausanierung und die Umnutzung von Einzelobjekten an sozialen Brennpunkten der Stadt, die Wohnumfeldverbesserung in Verbindung mit intensiver Bewohnerbeteiligung.

Diese haben nicht nur zur Untersuchung von Gebieten auf die Notwendigkeit zur Errichtung eines erweiterten sozial-räumlichen Gebietsmanagements (dem heutigen Quartiersmanagement) geführt, sondern auch sukzessive die Notwendigkeit eines integrierten Arbeitsansatzes aufgezeigt.

Das erfordert zum einen die interdisziplinäre Fachausrichtung der Akteure und zum anderen die Betrachtung der Einzelmaßnahmen im Kontext. Die Maßnahmen sind aktiver Bestandteil eines Problemlösungsfeldes, die Quartiersentwicklung wird gleichermaßen hinsichtlich ihrer kleinteiligen lokalen Wirkung und in Bezug auf die gesamtstädtische Einbindung gesteuert. Der vom Geschäftsbereich Stadtentwicklung in 3 Berliner Bezirken praktizierte Ansatz von Quartiersmanagement in Gebieten des Programms „ Die Soziale Stadt – Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf“ stellt den derzeit aktuellsten Stand dieser Entwicklung dar.

Ergänzend dazu hat die anfänglich stark baulich definierte Stadterneuerung inzwischen ein komplexeres Verständnis von Stadtentwicklung erlangt. Der Geschäftsbereich Stadtentwicklung modifizierte und ergänzte in seinen Aktionsfeldern in den letzten Jahren sukzessive seinen Handlungsansatz. Damit erweitert der Treuhänder auch sein Selbstverständnis und seine Rolle von einem bisher überwiegend auf Umsetzung orientierten Bauherrn zu einem auf Projektentwicklung und Projektbegleitung bzw. -beratung spezialisierten Dienstleister, der im Einzelfall auch die Rolle des Bauherrn übernimmt.

Aus Sicht des Geschäftsbereichs Stadtentwicklung geht es hierbei um die professionelle Unterstützung und Begleitung bürgerschaftlichen Engagements, das zur Verfügung stellen des eigenen, professionellen Know-hows im Auftrage des Landes Berlin mit dem Ziel, gleichfalls die eigentlichen Projekte und die an den Projekten beteiligten Bürger zu qualifizieren.

Die besondere Ausrichtung des Geschäftsbereichs liegt darin, die verschiedenen eigenen Ressourcen mit denen der öffentlichen Verwaltungen, der Arbeitsverwaltung, den Wohnungseigentümern und anderen Trägern zu verbinden und mit angemessenen Partizipationsmodellen die betroffenen Bevölkerungskreise in die Planung und Umsetzung einzubinden. Diese immer noch nicht alltägliche Praxis ermöglicht auch die Realisierung schwieriger Projekte mit komplexen Aufgabenstellungen und oft divergierenden Interessenlagen und sichert im Verfahren größtmögliche Transparenz und Mitwirkungsmöglichkeit. Ausgerichtet sind die Verfahren auf das Erreichen von Konsens, was für die Realisierung und Nachhaltigkeit einen erheblichen Qualitätszuwachs bedeutet.

Ziel des Geschäftsbereichs Stadtentwicklung ist auch weiterhin die Stärkung von Selbsthilfepotentialen, in Verbindung mit baulichen Prozessen. In der Projektentwicklung und -durchführung der Themenbereiche „Wohnen im Alter“, „Mehrgenerationen Wohnen“, „Senkung der Wohnkosten arbeitsloser Haushalte“ und „Aneignung und Sicherung von Infrastruktureinrichtungen“ sollen Schwerpunkte gesetzt werden, um Antworten auf einen sich abzeichnenden aktuellen Bedarf und immer dringendere Notsituationen geben zu können. Die Betrachtung muss eine gebietsbezogene sein, so dass das Handlungsspektrum von Neubauprojekten bis zu Instandhaltungsmaßnahmen reichen wird.

Grundsätzlich kann die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung den Geschäftsbereich als technischen Support bei Intervention und Prävention in problematischen Kiezen nutzen und den Bezirken, Wohnungseigentümern und Trägern als Unterstützung mit dem Ziel anbieten, bestehende Ansätze zu optimieren und zu ergänzen. Dies bezieht sich primär auf Beratungsleistungen, Strategienentwicklung und erst sekundär auf die Übernahme von kurzfristiger Projektdurchführung.

Allen Ansätzen und Handlungsfeldern liegt die grundsätzliche Ausrichtung des gesamten Geschäftsbereichs auf

- soziale Integration,
- Schaffung von Beschäftigung,
- Aktivierung von Selbsthilfepotentialen,
- Befähigung zur Teilhabe am gesellschaftlichen Leben,
- Übernahme von (Eigen-)Verantwortung,
- Entwicklung von bürgerschaftlichem Verständnis und
- Unterstützung bürgerschaftlichen Engagements

zu Grunde.

Der Geschäftsbereich ist überzeugt, dass dieses Instrumentarium ein wesentlicher Baustein ist, um perspektivisch die soziale Stabilisierung der städtischen Gesellschaft mit all ihren Facetten voranzubringen.

2. Handlungsfelder

Die Arbeit des Geschäftsbereichs lässt sich grundsätzlich in folgende Handlungsfelder gliedern:

- Quartiersmanagement,
- Stadtumbau Ost/Nachbesserung von Großsiedlungen,
- Soziokulturelle Projekte,
- Wohnumfeldverbesserung,
- Bauliche Selbsthilfe,
- Selbsthilfe im Wohnungsneubau,

- Das Treuhandmodell,
- Sonderprojekte.

Diese Handlungsfelder werden stadtweit bearbeitet.

Der Geschäftsbereich wendet seine in Berlin gewonnen Erfahrungen auch an, bei den Aktivitäten in Brandenburg.

2.1 Das Quartiersmanagement

Beauftragung

Die Stiftung SPI wurde zu Beginn des Jahres 1999 in 3 der 17 vom Senat von Berlin festgelegten Gebiete mit besonderem Entwicklungsbedarf mit dem Quartiersmanagement (QM) zur nachhaltigen Stabilisierung und Entwicklung der Gebiete beauftragt: am Kottbusser Tor in Friedrichhain-Kreuzberg, am Sparrplatz in Mitte (Wedding) und in der Bülowstrasse/Wohnen am Kleistpark in Tempelhof-Schöneberg (Schöneberg). Am Sparrplatz hat das Bezirksamt seit Ende des Jahres 2004 die fachliche Steuerung übernommen.

In den Quartieren in Mitte und Tempelhof-Schöneberg ist der Geschäftsbereich in Kooperation mit einem freien Träger beauftragt; der Partner am Sparrplatz ist das Kommunale Forum, in Schöneberg die AG SPAS. Mit der Bearbeitung des Handlungsfeldes Stärkung des lokalen Gewerbes beauftragte der Geschäftsbereich die Unternehmensberatung mpr. Senats- und bezirksseitig sind Koordinatorinnen und Koordinatoren eingesetzt, die für die QM-Teams die Wege in und aus den Verwaltungen optimieren.

Probleme und Potenziale

Der besondere Entwicklungsbedarf der 17 Berliner Quartiere ergibt sich aus einer Ansammlung von negativen Indikatoren zur Stadtentwicklung, die in ihrer Konzentration innerhalb eines Gebietes einer sich selbst verstärkenden Abwärtsspirale gleichkommt: Eine unausgewogene Bevölkerungsstruktur aufgrund des vermehrten Wegzugs von sozial und ökonomisch stabilen Familien, ein überproportional hoher Anteil von Kindern und Jugendlichen bei einem hohen Anteil von Bewohnern nichtdeutscher Herkunft, lang anhaltende Arbeitslosigkeit bei einer großen Anzahl der Gebietsbewohner – unter ihnen sind Migranten und Migrantinnen überproportional vertreten – und der daraus resultierenden Abhängigkeit vieler Familien von Transferleistungen. Die geringe Kaufkraft bei den Quartiersbewohnern führt nicht selten zu geringer Prosperität oder Stagnation bei den ortsansässigen Einzelhändlern und Gewerbetreibenden. Hinzu kommen infrastrukturelle und bauliche Defizite. Kulturelle und soziale Segregation sowie ökonomischer Mangel haben ein Klima von Passivität, Desillusionierung und Aggressivität hervor gebracht. Diese Faktoren beeinflussen auch die Haltung zum Wohnort und zum Wohnumfeld, die durch Vermüllung und Vandalismusschäden ihren sichtbaren Ausdruck findet.

Dennoch haben diese Quartiere – noch – Potenziale, um eine Kehrtwende aus dem fatalen Abwärtskurs herbeizuführen. Das Bund-Länder Programm „Die Soziale Stadt“ forciert die Entwicklung dieser Potenziale mit seinem Instrument „Quartiersmanagement“. Die Schwerpunkte der Arbeit der jeweiligen QM-Teams sind ein integriertes, prozesshaftes Vorgehen, bei dem alle notwendigen und wichtigen Akteure vernetzt miteinander arbeiten und alle Ressourcen genutzt und miteinander verknüpft werden sollen, um so effektiv wie möglich die dem Quartier innewohnenden Kräfte zu entwickeln, die einen umfassenden Prozess zur sozialen und ökonomischen Stabilisierung des Quartiers in Gang setzen können. Insbesondere zielt Quartiersmanagement darauf, die Bewohner/innen als Experten ihrer Lebensumstände durch Motivation, Integration und Partizipation an der Verbesserung ihres Wohn- und Lebensumfeldes verbindlich zu beteiligen.

Integriertes Verfahren und Handlungskonzept

Quartiersmanagement organisiert Kommunikations- und Handlungsprozesse: Die vor Ort lebenden und arbeitenden Menschen werden selbst aktiv, übernehmen Verantwortung unterstützt durch die Quartiersmanager, die Wege aufzeigen, Zugänge öffnen, motivieren, Ideen sammeln, Partner/innen zusammenbringen, Finanzierungen organisieren und Durchführungen begleiten. Für das Gelingen ist es notwendig, dass auf der Planungs-, Entscheidungs- und Handlungsebene alle zu beteiligenden Fachverwaltungen (Bezirk, Land oder Bund) involviert sind, die Strategien mit tragen bzw. deren Umsetzungen fördern, indem sie auch finanzielle Mittel und Know-how bereit stellen.

Auf der Grundlage von Untersuchungen, statistischen Erhebungen, Arbeitsgruppen und Bewohnerforen erarbeiteten die Quartiersmanagerteams ein umfassendes Handlungskonzept, das mit dem jeweiligen Bezirk abgestimmt und regelmäßig überarbeitet wird.

Die Handlungsfelder, für die Ziele definiert und Maßnahmen entwickelt werden, sind

- Bewohneraktivierung und –beteiligung/soziale und ethnische Integration,
- öffentlicher Raum/Sicherheit,
- Wohnumfeld/Wohnen,
- Soziale Infrastruktur/Kinder/Jugendliche,
- Beschäftigung/Qualifizierung/Ausbildung/lokale Ökonomie,
- Berücksichtigung besonderer sozialer Lebenslagen/Gesundheitsförderung,
- Koordination/Vernetzung,
- Imageaufwertung/Öffentlichkeitsarbeit.

Die zur Zielerreichung entwickelten Projekte und Maßnahmen stehen nicht vereinzelt nebeneinander, sondern sind Teil der Gesamtstrategie. Diese wurde im Verlaufe der QM-Arbeit differenzierter und konzentrierter.

Arbeits- und Entscheidungsstruktur

Die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und der jeweilige Bezirk beauftragen gemeinsam die QM-Teams, die interdisziplinär zusammengesetzt sind. Je Verwaltung ergänzt eine Vertreterin/ein Vertreter das QM Team. Die Teams treffen sich regelmäßig zu Arbeitsbesprechungen, die Informationen, Planungen, Projekt- und Strategieentwicklungen beinhalten. In Lenkungsrunden mit der/dem im Bezirk für das Quartiersmanagement zuständige/n Stadträtin/Stadtrat werden strategische und andere grundsätzliche Entscheidungen getroffen. Der jeweiligen Thematik entsprechend sind weitere lokale Akteure, Dezernenten/innen und Mitarbeiter/innen aus Fachabteilungen beteiligt. Alle wichtigen Entscheidungen werden im Konsensverfahren getroffen. Zur Beteiligung und Information der Bewohner/innen nutzen die meisten QM-Teams öffentliche Foren. Darüber hinaus finden in unterschiedlicher Ausprägung Arbeitsgruppen und Arbeitskreise statt. Bei der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung findet ein monatlicher Jour fixe statt, der zum Informationsaustausch dient sowie Fachdiskussionen anregt und befördert.

Zwei wichtige Beteiligungsverfahren für die Vorort-Akteure sind der Vergabebeirat zum Aktionsfonds und die Jury für die Vergabe des Quartiersfonds.

Vergabebeirat zum Aktionsfonds

Seit dem Jahr 2000 erhält jedes Quartier jährlich einen Aktionsfonds in Höhe von 15.000 Euro, der den Bewohnerinnen und Bewohnern für gemeinschaftliche Aktivitäten zur Stärkung des nachbarschaftlichen Miteinanders dient. Über die Mittelverwendung entscheidet ein Beirat, in dem lokale Akteure, überwiegend Bewohnerinnen und Bewohner, vertreten sind. Bisher haben viele kleine Aktionen – wie auch die Arbeit im gewählten Beirat selbst – neue Bekanntschaften und Netze geknüpft, die es erleichtern, einander mit mehr Respekt und Toleranz zu begegnen.

Quartiersfonds-Jury

Der Berliner Senat stellte in den Jahren 2001 und 2002 jedem Quartier einen jährlichen Fonds über 250.000 Euro zur Verfügung, der ausschließlich von einer aus Quartiersakteuren als Experten ihres Lebensumfeldes gebildeten Jury vergeben wurde. Bewohnerinnen und Bewohner des Quartiers, die per Zufallsstichprobe ermittelt wurden, stellten mindestens 51 % der Jurymitglieder. Dabei wurde darauf geachtet, dass alle Bevölkerungsgruppen in der Jury vertreten waren, also Junge und Ältere, Migranten und Deutsche, Männer und Frauen.

Durch diese Form der Partizipation wurde allen, die im Gebiet leben und arbeiten, in umfassenderem Maße als bisher Gelegenheit gegeben, eigene Ideen und Vorstellungen zur Verbesserung der Quartierssituation einzubringen und zu verwirklichen. Durch die Tätigkeit als Jury-Mitglied wurde Interesse am eigenen Wohnumfeld und Lebenszusammenhang neu geweckt und es entstand zusätzliches Engagement für das Quartier.

Quartiersrat

Die im Jahr 2004 im Bezirk Mitte begonnene verstärkte Bewohnerbeteiligung und -verantwortung wurde durch Schaffung eines Quartiersrats verstetigt. Dies ist auch in den anderen QM-Gebieten in Kreuzberg und Schöneberg geschehen. Die neu gewählten Quartiersräte arbeiteten sowohl auf der strategischen als auch auf der operationalen Ebene. Die hochengagierten lokalen Akteure diskutieren inhaltlich mit und entscheiden über den Einsatz von Mitteln aus dem Programm „Die Soziale Stadt“.

Finanzierungen

Für das QM-Verfahren und die aus ihm entwickelten Projekte stehen Mittel des Bund-Länder-Programms „Die Soziale Stadt“ zur Verfügung, das aus Mitteln des Landes, des Bundes und der EU (EFRE) gespeist ist. Hinzu kommen Mittel des Programms „Stadtweite Maßnahmen“, Fördermittel aus verschiedenen Programmen der Agentur für Arbeit und der Wirtschaftsverwaltung. Ebenso können Mittel des Schul- und Sportanlagen- und des Plätzesanierungsprogramms eingesetzt werden. Das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend hat seine Sonderförderprogramme wie E & C (Entwicklung und Chancen junger Menschen in sozialen Brennpunkten) mit Schwerpunktsetzung auf die QM-Gebiete fokussiert. Auch wurden im vergangenen Jahr die Mittel des Programms LOS (Lokales Kapital für soziale Zwecke) für die QM-Gebiete vorgesehen und stehen für insgesamt 3 Jahre für ausgewählte Quartiere zur Verfügung. Die Schulverwaltung engagiert sich finanziell u. a. mit der Unterstützung von Schulen durch Schulsozialstationen und der Entwicklung von Grundschulen zu Ganztagsschulen. Über die öffentlichen Programmgelder hinaus versuchen die Quartiersmanager/innen für bestimmte Projekte auch private Gelder zu akquirieren. Die bisherige Form der Mittelbündelung ist lediglich additiv zu sehen und beruht noch nicht auf einem integrierten Finanzierungskonzept auf Landesebene analog dem QM-Verfahren auf der Organisations-, Projektentwicklungs- und Strategieebene.

Öffentlichkeitsarbeit

Zur Imageaufwertung der Quartiere nach innen und außen betreiben die Quartiersmanager/innen eine intensive Öffentlichkeitsarbeit. Über viele Aktionen, Projekte und Veranstaltungen wird in den Medien, von der Tagespresse bis zu Funk und Fernsehen, berichtet. In den 3 Gebieten erscheinen regelmäßig eigene Quartierszeitungen als Informationsmedium für die Bewohner/innen. Seit dem Jahr 2002 haben die Teams einen eigenen Internetauftritt. Die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung informiert mit einem übergeordneten Dachportal über das Quartiersmanagement, erweitert um einen Veranstaltungskalender, der wöchentlich aktualisiert wird.

In den Quartieren finden regelmäßig Bewohnerforen statt, um Bewohnerinnen und Bewohner über die Arbeit der Quartiersmanagementteams zu informieren und Transparenz herzustellen sowie umgekehrt Anliegen und Anregungen aus der Bewohnerschaft aufzunehmen.

Nach wie vor findet das Verfahren Quartiersmanagement sehr reges Interesse in der Fachöffentlichkeit, was sich in häufigen Anfragen und Besuchen von Studentengruppen sowie freien und kommunalen Stadt- und Sozialplanern aus dem In- und Ausland ausdrückt.

Schwerpunkte 2005/2006 und Ausblick

Auf der Grundlage ihrer jeweiligen integrierten Handlungskonzepte wurden zahlreiche Projekte und Beteiligungsangebote in den Quartieren etabliert sowie Anwohnerinitiativen unterstützt. Dort, wo operationale Ziele erreicht werden konnten, gab es spürbare Entlastungen. Auf der strategischen Ebene war den QM-Teams der Auf- und Ausbau von Vernetzungsstrukturen wichtig, zum einen, um angesichts der allgemeinen ökonomischen und sozialen Entwicklung die Ressourcen optimal zu nutzen und zum anderen, um die eingeleiteten Prozesse und Angebote zu verstetigen. Solche Netzwerkstrukturen wurden beispielsweise zwischen

- Schulen, Bildungsträgern, freien Trägern, Jugendhilfe, Eltern/Bewohnern,
- Mietern, Gewerbetreibenden, Eigentümern oder
- Beschäftigungs- und Qualifizierungsträgern, Eigentümergesellschaften, Erwerbslosen, Jobcentern, Sozialamt

initiiert. Dabei wurde den Beteiligungen und Initiativen von Bewohnerinnen und Bewohnern nichtdeutscher Herkunftssprache (ndH) besondere Aufmerksamkeit und Unterstützung zuteil, da es ihnen hervorragend gelingt, innerhalb ihrer „community“ eine hohe Aufmerksamkeit und Beteiligung herzustellen.

Die inhaltlichen Schwerpunkte in der Projektentwicklung waren

- Integration/Zusammenleben der Kulturen/Förderung von Nachbarschaften,
- Bildung/Qualifizierung,
- Arbeit/lokale Ökonomie,
- Gesundheit.

Sie hatten sich auf der Grundlage der bisherigen Arbeit und der Zieldiskussionen innerhalb von Steuerungsrunden entwickelt. Die Bedeutung der Themen Integration, Bildung/Qualifizierung und Arbeit sind im Rahmen der berlinweiten „strategischen Neuausrichtung des Quartiersmanagement“ Anfang des Jahres 2005 unterstrichen worden. Hier soll der Focus der Arbeit zukünftig liegen. Die Aufgaben Partizipation, Förderung von Identität und Identifikation, Öffentlichkeitsarbeit und Vernetzung sind dabei als grundlegende Querschnittsaufgaben einzuordnen.

In der Arbeit der Quartiersmanager/innen hat die ökonomische, soziale und ethnische Integration einen hohen Stellenwert. Es geht dabei um die Unterstützung der verschiedenen Gruppen (und Milieus) in den Gebieten, gleichberechtigt an den Chancen und Möglichkeiten der Gesellschaft teilhaben zu können, indem sie ihre Interessen durch bürgerschaftliches Engagement selbst vertreten. Dazu werden vorrangig solche selbst organisierten Projekte von Bewohnern ndH gefördert, die sich dieser Aufgabe angenommen haben. Gerade zum Thema „ethnische Integration“ ist eine gesamtgesellschaftliche Willensbildung überfällig. Die Arbeit des Quartiersmanagements kann diesbezüglich zwar nur ein lokaler, aber wichtiger Beitrag sein.

Da die Menschen vor Ort zwar dringend Arbeit, zuvorderst aber Fort-, Weiterbildung und Qualifizierungen benötigen - diese jedoch auf einem anderen als durchschnittlich üblichen Niveau und mittels anderer Methoden - wurde die Zusammenarbeit mit den Trägern und Initiativen in den Quartieren in diese Richtung verstärkt. Als positiv im Hinblick auf die Entwicklung von Selbsthilfepotentialen unter den Anwohnern/innen sind die Angebote von

Nachbarschaftsinitiativen zu sehen, die neben den bewährten Stadtteilzentren neu entstanden. Durch großes Engagement kleinerer Initiativen aus den Reihen der Migranten/innen, gelang es ihnen, junge und ältere Migrantinnen und Migranten zu vielfältigen Bildungsveranstaltungen, Kursen, Fahrten und Beratungen zu motivieren, auch wenn nicht immer das Wort „Bildung“ auf dem Etikett stand. Deutlich sichtbar wurde in den Quartieren der Bedarf an unterstützender Schularbeitshilfe, an Deutsch- und Alphabetisierungskursen. Besonders wichtig war es den QM-Teams, die verschiedenen Träger als Kooperationspartner für diese Aufgaben gewonnen zu haben, um auch zukünftig mit einem Netz verschiedener Anbieter die unterschiedlichen Bewohnergruppen erreichen und beteiligen sowie über diese Vielfalt ein möglichst langfristig wirkendes Angebot aufrecht erhalten zu können.

Die Kitas und die Grundschulen erhielten eine wachsende Bedeutung für die Bildungsintegration und die präventive Arbeit mit Kindern, für die auch die Einbeziehung der Eltern zunehmend wichtig wurde. Projekte zur Gewaltprävention, zum Umgang mit den neuen Medien, zur Unterstützung bei schulischen Problemen und zur Elternarbeit wurden initiiert und zeigen erste Erfolge. Daneben begannen Projekte zur frühkindlichen Sprachförderung in den Kitas. Im kommenden Jahr soll diese Arbeit verstetigt werden und mit weiteren Akteuren, wie der Jugendhilfe und den Nachbarschaftseinrichtungen zu einem tragfähigen lokalen Netzwerk heranreifen.

Die Erhöhung von Chancen auf dem Arbeitsmarkt ist eines der zentralen Anliegen in der QM-Arbeit. Zu diesem strategischen Ziel zählen die

- Stärkung der lokalen Ökonomie,
- Bereitstellung von Arbeitsplätzen und damit verbundenen Qualifizierungsmaßnahmen,
- Vermittlung und Schaffung von Ausbildungs- und Arbeitsplätzen.

Die Entwicklung des lokalen Gewerbes konzentrierte sich nach wie vor über die Unterstützung von Interessengemeinschaften und Existenzgründern hinaus auf die Förderung der örtlichen Potenziale, wie zum Beispiel die Entwicklung des Schöneberger Nordens zu einem Medienstandort von überlokaler Bedeutung. Der Erhalt des ansässigen Gewerbes (viele Einzelhändler und Dienstleistungsbetriebe) durch qualifizierte Beratung und seine Weiterentwicklung ist mit der Hoffnung verbunden, Arbeits- und Ausbildungsplätze in den Quartieren zu erhalten und neue hinzu zu gewinnen. Besonders die Ausbildungsplatzförderung für benachteiligte Jugendliche soll verstärkt werden.

Den in den Quartieren tätigen Beschäftigungs- und Qualifizierungsträgern bereitet die Neuausrichtung und Umstrukturierung von Arbeitsagenturen und Sozialämtern sowie die neuen Arbeitsförderinstrumente nach Hartz IV insofern Probleme, als etliche geplante Maßnahmen für Langzeitarbeitslose, die mit einer Stärkung der sozialen Infrastruktur vor Ort verbunden waren, nicht umgesetzt werden konnten.

Das bisherige Instrument Vergabe-ABM, das sich besonders in der Wohnumfeldförderung durch seine Beschäftigungswirksamkeit bewährt hatte, ist nach derzeitigem Stand für gemeinnützige Träger nicht mehr auskömmlich finanziert. Vergabe-MAE als Alternative konnten bisher nur punktuell erprobt und müssen für die Zukunft in Abstimmung mit Kammern und Jobcenter/Agentur weiterentwickelt werden.

Durch ABM und SAM konnten freie Träger der Jugend- und Sozialarbeit bisher, trotz der sich dramatisch verschlechternden öffentlichen Finanzen, eine gewisse Kontinuität in ihren Angeboten aufrechterhalten. Die Auswirkungen von Hartz IV und die durch Einführung von MAE-Maßnahmen entstehenden Chancen sind noch nicht verlässlich zu bewerten. Das wird in enger Zusammenarbeit mit den Beschäftigungs- und Qualifizierungsträgern vor Ort und den Jobcentern/Agenturen erfolgen. Die neuen Instrumente werden, wo möglich und zulässig, für die Quartiere eingesetzt, z. B. haben die QM-Teams in den Vor-Ort-Büros je eine MAE-Kraft eingebunden.

Projekte und Initiativen im Rahmen von Gesundheitsförderung nehmen in den Quartieren weiter an Bedeutung zu: Gesunde Ernährung, Bewegung, Sport und Zahnpflege sind beispielhafte, wichtige Themen. Die schwierige Aufgabenstellung, vernünftige

Essgewohnheiten unter den Bedingungen geringer Kaufkraft und mangelhafter Aufklärung zu erreichen, soll weiter vertieft bearbeitet werden.

Das Image der Quartiere konnte insgesamt verbessert werden. Projekte, die sowohl nach innen als auch nach außen positive Wirkungen zeigten, wurden in der Regel gemeinsam mit einer hohen Zahl an Akteuren vor Ort entwickelt und umgesetzt und mündeten in etlichen Folgeprojekten. Bezüglich der Außenwirkung unterstützten die QM-Teams den Wandel von einem hartnäckigen Negativimage in eine fast ausschließliche Positivberichterstattung. Dazu trugen Fachöffentlichkeit, Veranstaltungen, Veröffentlichungen, wissenschaftliche Studien und auch die international besetzte Besucherschaft in den Quartieren in erheblichem Maße bei.

Die Arbeit der Quartiersräte stellt einen weiteren zentralen Baustein in der Quartiersarbeit dar. Die Sicherung der Dauerhaftigkeit und die Qualifizierung der Akteure zu ernstzunehmenden Partnern/innen für die Verwaltungen werden in Zukunft bedeutsam sein. Die QM-Teams werden neben der Bindung von Geldern durch den Quartiersrat vor allem die Gewährleistung für die Fortschreibung und Umsetzung des integrierten Handlungskonzeptes in Abstimmung von Bewohnerschaft und Administration übernehmen.

Vor dem Hintergrund seiner grundsätzlich begrenzten Zeitperspektive bemühen sich die QM-Teams um die Konzentration auf wichtige Schlüsselprojekte, an denen die Übergabe der Koordinations- und Vernetzungsaufgaben an jeweils geeignete Akteure in den Quartieren vorbereitet und erprobt werden kann.

In der Vermittlung der positiven Ergebnisse des Quartiersmanagements – nicht allein im Rechenschaftssinn, sondern in der operationellen Umsetzung und damit Nutzbarmachung für viele Beteiligte auch außerhalb des aktuellen Geschehens – liegt eine weitere Zukunftsaufgabe.

2.1.1 Quartiersmanagementgebiet Zentrum Kreuzberg/Oranienstraße

Beauftragung

Die Stiftung SPI war zwischen 1999 und Herbst 2005 mit dem Quartiersmanagement im Gebiet Zentrum Kreuzberg/Wassertorplatz im Rahmen des Programms „Die Soziale Stadt“ beauftragt. Die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung hat auf der Grundlage des „Monitoring Soziale Stadtentwicklung 2004“ beschlossen, den Gebietszuschnitt zu verändern. Die Durchführung des QM-Verfahrens für das vergrößerte Quartier wurde neu ausgeschrieben. Der Geschäftsbereich hat sich mit einem erweiterten Konzept, einer auf das gesamte Gebiet bezogenen, sozialintegrativen Erneuerungsstrategie, um diesen Auftrag beworben und wurde im September 2005 mit der Umsetzung beauftragt.

Die neue Phase des Quartiersmanagements wird sich in dem erweiterten Gebiet schwerpunktmäßig auf die Verbesserung der Integration der Bevölkerung mit Migrationsbiografie konzentrieren. Das Quartiersmanagement übernimmt in diesem zentralen Politikfeld auf der Quartiersebene die Funktion einer „Servicestelle Integration“.

Das QM-Team wurde um zwei Mitarbeiterinnen mit Migrationsbiografie ergänzt und mit zwei türkischen Migrantenorganisationen, dem TGB und dem TBB, wurde eine enge Zusammenarbeit vereinbart.

Gebietsbeschreibung/städtebauliche Entwicklung

Das QM-Gebiet Zentrum Kreuzberg/Oranienstraße liegt im Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg. Es ist westlich vom Erkelenzdamm, nördlich von der Naunynstraße, östlich von der Mariannannenstraße, Görlitzer Bahnhof, Skalitzer Straße und südlich von der Kohlfurter Straße/Landwehrkanal begrenzt. Im Quartier leben knapp 9.900 Bewohnerinnen und Bewohner auf ca. 32 ha.

Das Gebiet um das Kottbusser Tor ist städtebaulich im Wesentlichen von den Folgen der so genannten Kahlschlagsanierung mit Maßstab sprengenden Großwohnanlagen und entkernten Blockstrukturen gekennzeichnet, wohingegen die Blöcke entlang der Reichenberger-, Dresdener- und Oranienstraße in ihrem heutigen Bestand Ergebnis der darauf folgenden „behutsamen Stadterneuerung“ sind. Sie unterscheiden sich in ihren sozialen, ökonomischen, baulich-räumlichen, infrastrukturellen und funktionalen Ausgangslagen zum Teil erheblich. Die städtebauliche Figur der Großkomplexe hat ebenso wie die Vermietungspraxis zu verschärfter Isolierung und beengten Wohn- und Lebensbedingungen geführt.

Im nördlich vom Kottbusser Tor gelegenen Gebiet ist dagegen der Erhalt und eine Wiederbelebung der „Kreuzberger Mischung“ mit einem vielfältigen, flexiblen und veränderbaren Nutzungsgeflecht erreicht worden. Der gründerzeitliche Bestand wurde zum größten Teil (ca. 90 %) saniert und mit Zentralheizungen und Bädern ausgestattet.

In den Gewerbeflächen besteht ein Nebeneinander von alteingesessenen Kreuzberger Firmen und wirtschaftlichen Neugründungen. Sie sind durchmischt mit von zahlreichen größeren und kleineren Trägern oder Initiativen getragenen kulturellen, sozialen, sozialpädagogischen und künstlerischen Projekten, mit Nachbarschaftszentren und Kitas. Zum Schutz des Erreichten wurde eine Erhaltung- und Milieuschutz-Verordnung erlassen.

Obwohl die Sanierung in weiten Teilen des Gebietes auf hohem Niveau abgeschlossen wurde, zeigen sich inzwischen erneut die Spuren fehlender Instandhaltung, insbesondere an den komplett mittels Förderung sanierten Häusern.

Die äußerst dichte Besiedlung und intensive Nutzung zeigen Folgen von Abnutzung und Überforderung. Diese Tendenzen werden in ihrer Auswirkung verschärft durch die Entwicklung der gesellschaftlichen und ökonomischen Rahmenbedingungen, die die Standortqualität verschlechtern, die Existenz vieler Gewerbebetriebe bedrohen und die materielle Armut der Bewohner mit den einhergehenden sozialen Verwerfungen erhöhen. Die selbsttragenden Kräfte des Gebietes reichen nicht aus, ohne Unterstützung von außen einen wirtschaftlich gesicherten Status des Quartiers zu gewährleisten.

Die soziale Lage im Quartier

Die Festlegung des Gebietes Zentrum Kreuzberg/Oranienstraße als QM-Gebiet beruhte auf den Ergebnissen des gesamtstädtischen „Monitoring soziale Stadtentwicklung 2004“, die folgende Indikatoren ausweisen:

- Hohe Mobilität verbunden mit einem leichten Wanderungsverlust.
- Besonders deutsche Familien mit Kindern unter 6 Jahren verlassen das Gebiet.
- Der Anteil der Bewohner und Bewohnerinnen nichtdeutscher Herkunftssprache (ndH) ist höher als in fast allen anderen Gebieten der Stadt. Darunter ist der Anteil der türkischen Staatangehörigen der größte, gefolgt von denen aus arabischen Staaten und Ex-Jugoslawien.
- Der Anteil der unter 18-Jährigen ist mit ca. 22 % höher als in anderen Stadtgebieten.
- Die Arbeitslosigkeit unter den 18-60-Jährigen ist mit ca. 23 % besonders hoch, die der Bewohnerinnen und Bewohner ndH nochmals höher, der Langzeitarbeitslosenanteil ist überdurchschnittlich hoch.
- Etwa 40 % der Jugendlichen haben keinen Schulabschluss; Ausbildungsplätze für Jugendliche mit Migrationshintergrund sind selten.
- Auch beim Sozialhilfebezug gibt es besonders hohe Werte zu konstatieren, unter ihnen sind fast 10 % Langzeitfälle. Kinder und Jugendliche sind zu ca. 30 % vom Sozialhilfebezug betroffen, darunter ist die Altersgruppe der bis zu 7-Jährigenmit 35 % nochmals höher.
- Der Gesundheitszustand der Bewohner ist schlechter als in anderen Stadtgebieten.

Es sind in Verbindung mit o. g. Fakten folgende Defizite zu beobachten: städtebauliche, bauliche, ökologische oder infrastrukturelle Defizite, wirtschaftliche Abwärtsentwicklung, zunehmende soziale und kulturelle Segregation und gesellschaftlicher Ausschluss. Die

Anzeichen von Verwahrlosung im öffentlichen Raum, Drogenkriminalität und Gewaltbereitschaft sind nicht zu übersehen und erzeugen bzw. verstärken das subjektive Unsicherheitsgefühl im öffentlichen und halböffentlichen Raum. Der Ort an sich wirkt für seine Bewohnerinnen und Bewohner diskriminierend und Chancen mindernd.

Integration – „Servicestelle Integration“

Integration ist eine andauernde gesamtgesellschaftliche Querschnittsaufgabe, die auf eine gleichberechtigte Teilhabe aller Bewohnerinnen und Bewohner am wirtschaftlichen, gesellschaftlichen, politischen und kulturellen Leben zielt. Integration erfordert eine intensive Auseinandersetzung mit der Vielfalt und Verschiedenheit der Menschen im Quartier. Für ein gleichberechtigtes Miteinander sind in einem wechselseitigen Prozess die unterschiedlichen Lebensformen, kulturellen und religiösen Wurzeln gegenseitig anzuerkennen und als Qualitäten zu begreifen. Sie geben dem Zusammenleben und dem Quartier neue, positive Impulse.

Das QM-Team wird mit seinem integrierten Handlungsansatz auf der lokalen Ebene diesen Prozess auf verschiedenen Handlungsebenen befördern:

- Die Teilhabemöglichkeiten für alle Bewohnerinnen und Bewohner an allen gesellschaftlichen Bereichen müssen deutlich erhöht werden, indem ihnen verstärkt bedarfsgerechte und lebensweltbezogene Angebote zur Beteiligung gemacht werden.
- Die reale Partizipation der Menschen nichtdeutscher Herkunft, ihrer Initiativen und Selbstorganisationen an städtischen Angeboten, an Quartiers- und Stadtentwicklungsprozessen sind zu verbessern.
- Den bildungsfernen, randständigen Schichten der Bewohnerinnen und Bewohner, besonders derjenigen mit Migrationshintergrund, müssen deutlich mehr passgenauere, lebensweltbezogene Angebote zur Beteiligung an der primären, sekundären und der nachholenden Bildung gemacht werden.
- Die Schaffung von Strukturen, die Begegnungen, Kommunikation und gemeinsames Handeln der unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen im Stadtteil möglich machen.

Für die Realisierung der vorgenannten Strategien organisiert das Quartiersmanagement mit seiner Servicestelle neben den Beteiligungs-, Planungs- und Entscheidungsgremien, die Umsetzung abgestimmter Konzepte, unterstützt Netzwerkbildungen unter Beteiligung der Migrantenselbstorganisationen, bringt die Beteiligten konfliktfrei miteinander ins Gespräch und in Aktivitäten, informiert über Angebote und vermittelt Beratungen. Das QM-Team koordiniert und moderiert diese Prozesse.

Entscheidend für das Gelingen ist die umfassende Beteiligung der Bewohnerinnen und Bewohner sowie aller relevanten Gruppen, Einrichtungen und Akteure im Quartier.

Bildung – Orte der Bildung

Eine erfolgreiche Teilnahme am Bildungssystem ist mehr denn je für jedes Kind in den benachteiligten Quartieren für seine Entwicklungs- und Teilhabechancen in der heutigen, modernen Dienstleistungs- und Kommunikationsgesellschaft unerlässlich. Die Fähigkeit und Möglichkeit zum Spracherwerb und zur Kommunikation ist eine der Schlüsselfunktionen. Damit die Schulanfänger dem Schulunterricht von Anbeginn an folgen können, entwickeln sich immer mehr Kitas zu Bildungsfördereinrichtungen, in denen die Sprachförderung einen elementaren Stellenwert einnimmt.

Die Beteiligung an Bildung und ihr Erfolg sind aber gerade in der jetzigen jungen Generation rückläufig, vorrangig unter den jungen Migrantinnen und Migranten (Pisa-Studien). Im Quartier macht sich die Segregation besonders in der Grundschule bemerkbar (über 90 % Kinder mit Migrationsbiografie). Es fehlen für Lernerfolge und -anreize die notwendigen gemischt-ethnischen, -kulturellen und –sprachlichen Gruppen von Gleichaltrigen, da viele bildungsorientierte Familien in den letzten Jahren aus dem Quartier fortgezogen sind. Bei

einem Scheitern sind negative Schulkarrieren, Schulverweigerung, schlechte oder keine Abschlüsse, das Zurückziehen in bestimmte Milieus oder die Kultivierung von Verhaltensauffälligkeiten die Folge. Schon allein aufgrund der demografischen Situation unserer Gesellschaft wirkt sich eine solche Karriere verheerend auf die Zukunftsfähigkeit der Gesellschaft aus.

Das QM-Team verfolgt mit einem integrierten Bildungsansatz und den daraus zu entwickelnden Projekten die Strategie, gemeinsam mit den relevanten Partnern, die Grundlagen für bessere Bildungschancen im Quartier zu legen. Es soll ein Zentrum für Bildung und Lernkompetenz entstehen, das

- als koordinierendes Sprachkompetenzzentrum,
- als Mittler zwischen den kulturellen und ethnischen Milieus,
- als Partizipations- und Innovationsort unter Einbeziehung der Kinder- und Jugendhilfe, der Familienbildung, der schulischen und außerschulischen Bildungseinrichtungen, wie Bibliotheken, Volkshochschulen und Museen,
- als Träger von Zukunftswerkstätten für soziales Lernen und Stadtteilentwicklung,
- als Organisator öffentlicher Diskurse zu Themen wie „Partizipation und Integration“, „Erziehung, Bildung, Kultur“, „Lebensraum/Bildungsraum Stadt“, „Familie und Beruf“

Wirkung entfalten soll.

Im Bildungssystem nimmt die einzige Schule im Quartier, die Jens-Nydahl-Grundschule eine herausragende Stellung ein, da sie der Ort ist, an dem die größte Anzahl von Bewohnern/innen des Sozialraums erreicht wird, nämlich alle schulpflichtigen Kinder und Jugendlichen sowie ihre Familien.

Dort können über die eigentliche Wissensvermittlung an Schüler und Schülerinnen hinaus mehr als bisher und koordiniert Qualifizierungen für Eltern, Beratungen und Informationsveranstaltungen zu Erziehungs- und Ausbildungsfragen und zu sozialen Themen sowie (Freizeit)-Aktivitäten für alle Bewohner im Gebiet stattfinden. Diese Angebote dienen der umfänglichen Persönlichkeitsentwicklung ebenso wie der Kommunikations- und Dialogfähigkeit. Die Jens-Nydahl-Schule hat sich in den letzten Jahren sehr engagiert für ein solches schulübergreifendes Angebot eingesetzt. Das QM-Team wird diese Entwicklung weiter unterstützen, indem es mit der Schule und anderen Partnern zu diesem Zweck ein Netzwerk Bildung gründen wird.

Um diese umfangreichen Aufgaben bewältigen zu können, muss die Schule personell und räumlich anders als bisher ausgestattet werden. Insbesondere sollen in einem Bildungszentrum Fachkräfte verschiedener Professionen mit ihren jeweiligen Kompetenzen zusammenkommen. Schule als ein Bildungszentrum im Quartier ist geeignet, Eltern und anderen Bewohnerinnen und Bewohnern Raum zu geben für Begegnung, Austausch und eigene Qualifizierung, z. B. Sprachförderung, Internet-Schulungen, Berufswegeplanung, Fortbildung und Arbeit, analog den „early-excellence-centers“ in England.

Mit der vorgenannten Entwicklung kann eine Profilierung der Schule einhergehen. Das Image der Schule ist für die Schülerinnen und Schüler ebenso wichtig wie das Image des Wohnquartiers. Nicht selten leiden Absolventen/innen von Schulen aus benachteiligten Quartieren unter Stigmatisierungen, die ihre Chancen bei der Ausbildungsplatzsuche einschränken. Die Kooperationspartner/innen für ein Bildungszentrum sind die Jugendhilfe als der wichtigste Partner im Sozialraum, der Schulrat, die Migrationsbeauftragte, das Stadtteilzentrum Kotti e.V., andere Bildungsträger, die W.-Liebknecht-Bibliothek, die Volkshochschule, das Kreuzbergmuseum, Kitas, weiterführende Schulen, Bildungs- und Ausbildungsbetriebe, das Jobcenter, die Gesundheitsförderung mit seinen Projekten „Gesundes Städtenetzwerk“, „Klasse 2000“, weitere freie Träger und Initiativen der sozialen Arbeit und auch Unternehmen. Sie alle sollen eine verbindliche Bildungspartnerschaft mit definierten Zielen, Aufgaben und Erfolgskriterien eingehen. Einige der Partner/innen sind selbst Bildungsorte im Quartier.

Neben der Quartiersschule sind weiterführende Schulen, deren Schülerinnen und Schüler in größerer Anzahl aus dem Quartier kommen, in das Bildungskonzept einzubeziehen. Immer noch ergreifen Jugendliche mit Migrationsbiografie solche Berufe, die ihren Eltern bereits keine Aufstiegschancen ermöglichten oder sogar in die Arbeitslosigkeit führten. Um einen solchen Werdegang zu vermeiden, sollten die Schulen zusammen mit Kooperanten (z. B. Arbeitsagenturen, Jugendberufshilfe, Unternehmen) aus der Bildungspartnerschaft durch frühzeitige Aufklärung durch frühzeitige Aufklärung zur Berufswegeplanung auf die Berufswahl hinwirken.

Arbeit, Ausbildung, lokale Ökonomie

In sozial benachteiligten Gebieten mit einem überdurchschnittlichen Anteil an arbeitslosen Bewohnern und Bewohnern mit Migrationshintergrund ist die aktive Teilhabe am „Arbeitsmarkt“ - neben der Teilhabe an Bildung und aktiven Nachbarschaften - ein wesentliches Kriterium für eine erfolgreiche ökonomische und soziale Integration. Transferleistungen und Bildungsrückstand sind dagegen zwei Faktoren, die einer erfolgreichen Integration entgegenstehen. Ältere Arbeitnehmer/innen finden keine neuen Jobs, weil es ihnen oft an Qualifikationen (Kompetenzen und formale Abschlüsse) fehlt, Jugendlichen und jungen Erwachsenen gelingt nicht einmal der Einstieg in die Erwerbstätigkeit. Etwa 40 % der Jugendlichen mit Migrationshintergrund - überwiegend männliche Jugendliche - verlassen die Schule ohne Abschluss, bleiben ohne Berufsausbildung oder üben unqualifizierte Tätigkeiten aus. Die jungen Frauen aus den Quartieren ziehen sich meist aufgrund der tradierten Rollenzuschreibung und trotz besserer schulischer Leistungen in die Familien zurück, spätestens nach der Heirat.

Das QM-Team geht davon aus, dass die Menschen mit Migrationsbiografie ein großes Wirtschaftspotenzial darstellen, das zur Entwicklung des Quartiers/der Stadt genutzt werden muss, besonders auf dem Hintergrund der demografischen Entwicklung. Dazu stehen die integrierten Konzepte in einem fortgesetzten Handlungs- und Entwicklungszusammenhang, beginnend bei den Anstrengungen zur frühkindlichen Förderung (einschließlich der intensiven frühzeitigen Sprachförderung), zur Etablierung neuer Bildungsorte bis zum Einstieg in die Berufsausbildung und Arbeitswelt. Der Fokus wird besonders auf Projekte bzw. Aktivitäten für Jugendliche gelegt.

Zu entwickeln sind schwerpunktmäßig Konzepte in folgenden Bereichen:

- Erwerb von Schul- und Ausbildungsabschlüssen (Vermeiden von Abbrüchen),
- qualifizierte Berufsorientierung und –wegeplanung,
- Übergangsphase zwischen Schule und Beruf,
- Entwicklung neuer Ausbildungswege, zugeschnitten auf die Bewohnerinnen und Bewohner (Beispiel: Schumachermanufaktur-Konzept),
- Abbau von Diskriminierungen in Unternehmen und Werben für Akzeptanz und Wertschätzung von interkultureller Kompetenz und kultureller Pluralität,
- Organisation von weiblichen Vorbildern für eine erfolgreiche berufliche Orientierung und Lebensplanung von Schülerinnen und ihre Eltern,
- Entwicklung kultursensibler Beratungsmethoden und Qualifizierungskonzepte,
- Unterstützung von Selbsthilfepotenzialen bei Frauen – Anerkennen und Fördern ihrer speziellen Fähigkeiten und Fertigkeiten – bei Migrantinnen sind dies überwiegend familienbezogene Aktivitäten,
- Entwicklung des Potenzials bei freien Trägern für die Einrichtung von Ausbildungs- und Qualifizierungsplätzen. (SO 36, USE; Schokofabrik, Fixpunkt/Idefix),
- Unterstützung der traditionellen Gründerfreude und Risikobereitschaft von Bewohnern mit Migrationsbiografie,
- Entwicklung von neuen Vermarktungsstrategien für Produkte aus dem Quartier,
- Reaktivierung der Interessengemeinschaften der Gewerbetreibenden am Kottbusser Tor (überwiegend ethnisches Gewerbe) und in der Oranienstrasse,
- Anregung und Begleitung von Bündnispartnerschaften mit Gewerbetreibenden.

Ausbildungsplätze

Die Unterstützung von jungen Menschen an der Schnittstelle vom Übergang von der Schule in Ausbildung und Beruf durch „Hilfe zur Selbsthilfe“ zielt unter Berücksichtigung partizipativer Kriterien auf die Vermittlung von Jugendlichen auf Ausbildungsplätze, die Einrichtung neuer Ausbildungsplätze, vor allem im Quartier, die interkulturelle Öffnung der Ausbildung, Erschließung neuer Ausbildungsbereiche, Entwicklung von Möglichkeiten der Unterstützung für die Erlangung erforderlicher Qualifikationen, Entwicklung neuer Formen der Berufsorientierung, Bereitstellung von Informationen und Qualifizierungen für Jugendliche und Erziehungsberechtigte, Qualifizierung der Anwohnerschaft zu Multiplikatoren, Förderung deutscher Sprachkenntnisse bei Jugendlichen mit nichtdeutschem Sprachhintergrund. Hierfür sind die vorhandenen vielfältigen Angebote und Förderinstrumente sinnvoll zu nutzen und zusammenzuführen sowie zu einem, für die Jugendlichen verbindlichen, Netzwerk-, Informations- und Beratungssystem zusammenzufügen.

Gewerbeansiedlung

Die im Gebiet gelegene Gründergalerie als Beratungseinrichtung für Existenzgründer bietet mit seinen Kooperationspartnern Enterprise, Jugendlok e.V. (Gründernetzwerk, auch speziell für Jugendliche) und ISI e.V. (Frauengründerinnennetzwerk, speziell für Migrantinnen) Chancen auf Ansiedlung von weiteren Existenzgründern im Quartier, die selbst zu potenziellen Arbeitgebern werden können.

Der Leerstand in den Gewerbehöfen des Quartiers stellt ein Potenzial dar, weitere Gewerbetreibende in einem multiethnisch und von jungen Leute geprägtem Quartier anzusiedeln.

Partizipation, Kooperationen und Vernetzungen

Ohne eine umfassende Beteiligung aller Bewohnerinnen, Bewohnern und anderer lokaler Akteure, darunter besonders der starken Partner/innen (Wohnungseigentümer, Schule, Wirtschaft, Migrantenselbstorganisationen), und ihre Vernetzung kann weder eine dauerhafte Aufwertung des Quartiers als ein sich selbst tragendes, sozioökonomisch stabiles System erreicht werden, noch wird eine dafür notwendige individuelle Entwicklung stattfinden. Bewohnervertretungen und -initiativen sind im Sinne der Partizipation wichtig für den Prozess der Quartiersentwicklung. Das Quartiersmanagement unterstützt diese bewohnergetragenen Gruppen.

Das integrierte Handlungskonzept, das umfassend die Ziele, Strategien und Maßnahmen des Quartiersmanagements beinhaltet, wird in Abstimmung mit den lokalen Akteuren und den Auftraggebern entwickelt und fortgeschrieben werden. Die öffentliche Diskussion wird vor allem im Quartiersforum stattfinden, einem Gremien für den Informationsaustausch, der Konsultation und der gemeinsamen Lösungsfindung mit Bewohnern und Akteuren. Bei diesem Verfahren ist zu gewährleisten, dass die Bewohner nichtdeutscher Herkunft beteiligt werden.

Über die Realisierung der auf der Grundlage des integrierten Handlungskonzeptes entstandenen Projektideen wird auf verschiedenen Ebenen entschieden: Lenkungs- und Steuerungsrunden, Fachämter und dem neu einzurichtenden Quartiersbeirat. Letzterer ist ein Entscheidungsgremium, in dem überwiegend Bewohner und Vereine, Initiativen und Gewerbetreibende vertreten sein sollen. Der Aufbau des Beirats ist in Vorbereitung.

Tragfähige, stabile und belastbare Nachbarschaften als Träger von eigenständigem, quartiersbezogenem, sozial verträglichem und interkulturellem Engagement für das Gemeinwesen schaffen Selbstbewusstsein, verhindern Imageverlust und das soziale Abrutschen von Quartieren. Sie erhöhen die Chancen aller Bewohner/innen und Akteure im Stadtteil. Es ist daher besonders wichtig, das Bewusstsein der im Gebiet Ansässigen oder an seiner Entwicklung Beteiligten über die sozialräumliche Auswirkung des jeweils eigenen Handelns zu schärfen und sie für eine aktive Kooperation zu gewinnen.

Ausblick auf das Jahr 2006

Im Jahr 2006 werden folgende Arbeitsschwerpunkte anvisiert, die sowohl mit der Steuerungsrunde des Quartiersmanagements, als auch in Bewohner- bzw. Akteursgremien abzustimmen sind:

Anfang des Jahres 2006 wird mit dem Quartiersrat ein Bewohnergremium gegründet. Er wird das wichtigste Arbeitsforum für Bewohnerinnen, Bewohner und lokale Akteure, die sich an den strategischen Planungen (einschließlich der Mittelplanungen) und den Umsetzungskonzepten zur Quartiersentwicklung beteiligen wollen. Der Quartiersrat wird repräsentativ besetzt, die Bewohnerinnen und Bewohner werden die Mehrzahl der Mitglieder stellen. Die Arbeit im Quartiersrat wird transparent gemacht, indem u. a. regelmäßig im Bewohnerforum über die Arbeit informiert wird. Umgekehrt sollen von dort Anregungen für die weitere Arbeit aufgegriffen werden.

Die im Jahr 2005 begonnenen Vernetzungen und Kooperationen, wie die Arbeitsgemeinschaft von Vorort-Trägern zur Qualifizierung von Bewohnerinnen/innen oder die noch punktuelle projekt-bezogene Zusammenarbeit von Initiativen und Trägern mit migrantischem Hintergrund, sollen im kommenden Jahr intensiviert werden. Damit werden verschiedene Wirkungen erzielt: Die Absprache von Angeboten macht die Verwendung von öffentlichen Mitteln effektiver, die Zusammenarbeit stärkt das Gemeinschaftsgefühl und erhöht die Identifizierung mit dem Quartier. Nicht zuletzt lernen die Beteiligten voneinander und unterstützen sich gegenseitig. Darüber hinaus werden die im letzten Jahr begonnenen Kooperationen mit Migrantenselbstorganisationen (z. B. TGB, TBB), verstetigt und intensiviert werden, um mehr Bewohner/innen mit Migrationsbiografien zu erreichen.

Diese Kooperations- und Vernetzungstätigkeiten werden auch im kommenden Jahr eine Grundlage dafür bieten, dass das Myfest für die Bewohnerinnen und Bewohner in Kreuzberg erneut zu ihrem friedlichen, gewaltfreien 1. Mai-Feiertag wird. Das QM-Team ist gemeinsam mit dem Stadtteilzentrum Kotti e.V. verantwortlich für die kulturellen Angebote und die Beteiligung der Gastronomen am Kottbusser Tor, in der Adalbert- und Oranienstraße.

Im 1. Halbjahr 2006 fanden Fachveranstaltungen zum Thema „Drogen“ statt, aus denen heraus sich Maßnahmen entwickeln lassen, die zur Entlastung der Wohn- und Lebenssituation von Bewohnerinnen und Bewohnern sowie der Gewerbetreibenden einen wesentlichen Beitrag leisten können.

Ein besonders wichtiges Vorhaben für die Verbesserung der Ausbildung von Jugendlichen ist das im Jahr 2005 begonnene Projekt „Schuhmachermanufaktur“, das im kommenden Jahr in die Realisierungsphase geht. Geplant sind 15 Ausbildungsplätze. Die vorbereitenden Untersuchungsergebnisse wurden im Februar 2006 öffentlich vorgestellt.

Zur Förderung von Existenzgründungen wird die Reaktivierung des Vereins GründerGalerie e.V. mit seinem Netzwerk (Initiative Selbständige Immigrantinnen e.V. – Lokomotion/ Enterprise – IG u. a.) unterstützt. Das Ziel ist dabei, Existenzgründern/innen im Quartier durch Beratung, Kontakte und die gemeinsame Anmietung von kostengünstigem Gewerberaum zu befördern.

Sollte sich das mit Hilfe der LOS-Förderung begonnene Projekt „Multiplikatorenqualifizierung“, für das sich ein Trägerverbund von Vereinen und Initiativen mit Migrationshintergrund zusammen geschlossen hat, bewähren, sind mit Unterstützung des QM-Teams weitere Beschäftigungs- und Qualifizierungsprojekte, besonders für die Bewohner/innen mit Migrationsbiografie geplant.

Das Erreichen der mit dem Programm „Die Soziale Stadt“ intendierten Verbesserungen setzt bei der betroffenen Bevölkerung einen umfassenden Prozess der Entwicklung von Fähigkeiten und Fertigkeiten voraus, die sie in die Lage versetzt, zu lernen, kompetent zu handeln, Probleme zu lösen und Beziehungen zu gestalten. Eine so verstandene Bildung geht weit über den Bildungsbegriff der tradierten Schulbildung hinaus. Sie setzt auf sozialräumliche Öffnung, die Integration von „außerschulischen“ Bildungsprozessen in den Schulalltag und ein enges

Zusammenwirken mit der Jugendhilfe. Sie orientiert sich an den Prinzipien der Lebensweltorientierung, der Partizipation und der Geschlechtergerechtigkeit.

Dafür werden neue Orte der Bildung benötigt, die von einem verbindlichen bildungspartnerschaftlichen Bündnis aller mit Bildung und Erziehung befassten Einrichtungen getragen werden und durch ein Netzwerk im Stadtteil ergänzt wird. Das QM-Team beabsichtigt, einen derartigen Prozess zu steuern und zu begleiten.

2.1.2 Quartiersmanagement Bülowstraße/Wohnen am Kleistpark (WAK)

Das zentral gelegene 67,5 ha große Quartiersmanagementgebiet Bülowstraße/WAK befindet sich im Norden des Bezirks Tempelhof-Schöneberg und grenzt unmittelbar an den Ortsteil Tiergarten-Süd im Bezirk Mitte. Die Potsdamer Straße und die Bülowstraße sind die Hauptverkehrsstraßen des Schöneberger Nordens. Die Potsdamer Straße führt im Norden direkt zum Potsdamer Platz nahe dem Regierungsviertel und die Bülowstraße im Westen zum Kurfürstendamm in die City West. Mit mehreren U+S-Bahn- und Buslinien ist es sehr gut an den öffentlichen Nahverkehr angeschlossen.

Die Festlegung der zuständigen Senatsverwaltung des Gebietes Bülowstraße/WAK zu einem Quartier mit besonderem Entwicklungsbedarf erfolgte aufgrund von Faktoren, die über mehrere Jahre hinweg zu Problemen kumulierten, die sich gegenseitig verstärkten und die das Quartier und seine Bewohner/innen im Vergleich zu anderen Gebieten der Stadt benachteiligten.

- Das Quartier leidet unter den negativen Auswirkungen des vermehrten Wegzugs von sozial und ökonomisch stabilen Familien. Die nachziehenden Familien leben ebenso wie viele der zurück gebliebenen Familien von staatlichen Transfereinkommen. Fehlende Arbeits- und Ausbildungsmöglichkeiten verfestigten den Zustand. Gut 25 % sind ohne Erwerbsarbeit, unter der ausländischen Bewohnergruppe sind es sogar um 37 %. Der Rückgang von Kaufkraft führte zu einem minderwertigeren Waren- und Dienstleistungsangebot, was sich besonders in der Hauptverkehrsstraße Potsdamer Straße bemerkbar macht. Dort haben sich Billigläden ausgebreitet und drohen jene zu verdrängen, die noch ein individuelles und gehobeneres Angebot haben.

- In der öffentlichen Wahrnehmung konzentrieren sich die Probleme besonders prägnant in und um die in der Pallasstraße gelegene Großwohnanlage „Wohnen am Kleistpark“ (WAK). Dort wohnen über 1.400 der etwa 17.200 Quartiersbewohner/innen. Fast 60 % der Mieter/innen haben einen Migrationshintergrund. Sie stammen aus den unterschiedlichsten Regionen der ganzen Welt. Fast die Hälfte der Mieter und Mieterinnen ist unter 27 Jahre alt. Für den größten Teil der Mieter/innen bezahlte das Sozialamt die Miete. Anfang des Jahres 1999 standen von ca. 360 über 60 Wohnungen leer bzw. lagen Kündigungen vor. Diese Faktoren trugen dazu bei, dass sich das Miteinander in dieser Wohnanlage als sehr schwierig gestaltete. Hinzu kamen die baulichen Mängel der Wohnanlage. All das führte immer wieder zu negativen Berichterstattungen in der Presse und mündete schließlich in einer Abriss-Diskussion. Weder die Bewohnerinnen und Bewohner im Haus noch die Nachbarn im Umfeld fühlten sich mit dieser Situation wohl. Diejenigen, die es sich leisten konnten, zogen weg.

- Konflikte erscheinen vordergründig als solche verschiedener Kulturen. Das Zusammenleben der Ethnien reicht von freundschaftlichem Miteinander über friedliche Koexistenz, hin zu Vorurteilen und geringer Akzeptanz bis zu offenem Rassismus. Kulturelle Besonderheiten werden noch zu wenig akzeptiert und als Chancen erkannt.

- Die Zahl von Kindern nichtdeutscher Herkunft ohne sprachliche Förderung in den Familien ist immens. Immer noch können auch viele Mütter nicht oder nur sehr schlecht Deutsch sprechen, sind oft sogar Analphabetinnen.

- Viele Bewohnerinnen und Bewohner sind schwer erreichbar, häufig aufgrund von Sprachbarrieren, geringen Partizipationserfahrungen, aus Misstrauen gegenüber Behörden

und aus Unkenntnis von Verwaltungsstrukturen und Entscheidungsabläufen. Zur Behebung der vielfältigen Probleme im Schöneberger Norden, gründete auf Initiative der damaligen Bürgermeisterin das Bezirksamt im Jahr 1998 den Präventionsrat Schöneberger Norden als Forum für alle, die im Gebiet leben und arbeiten und an einer Verbesserung der Lage interessiert sind. Im Präventionsrat wurden gemeinsam erste Aktionen und Maßnahmen geplant. Das QM-Team konnte den Präventionsrat im Laufe der Jahre zum Forum für seine Arbeit nutzen und auch weiter entwickeln.

- Die Situationen in den Straßen rund um den Sozialpalast bis hinauf zur Kurfürstenstraße unterscheiden sich nur graduell. Nur an den westlichen und südlichen Rändern existieren mit dem Winterfeldtmarkt und dem Kleistpark stabilere Strukturen, sowohl was die Bewohnerinnen und Bewohner als auch das Gewerbe betrifft.

- Zu Beginn des QM verfügte das Innenstadtquartier mit seiner hohen Bebauungsdichte und großen Verkehrsstraßen nur über wenige Grün-, Sport- und Spielflächen. Die vorhandenen waren in der Regel ungepflegt, veraltet und übernutzt. Der Kleistpark, das S-Bahngelände zwischen Kreuzberg und Schöneberg im angrenzenden Nelly-Sachs-Park sowie einzelne große Innenhofbereiche boten Entwicklungspotenzial. Es fehlten Angebote sowohl für Lückekinder und Jugendliche als auch speziell für Mädchen und Frauen. An Kommunikationsmöglichkeiten, wie Nachbarschaftstreffs und -cafés bestand ein großer Mangel.

- Das Negativimage des Quartiers wurde wesentlich mitgeprägt von einer Drogenszene, die sich an unterschiedlichen Orten im Quartier bemerkbar macht. So fanden sich gebrauchte Spritzbestecke in Grün- und Hofanlagen; Drogenkonsumenten hielten sich in Hausfluren oder Innenhöfen auf; sehr junge Mädchen gehen der Straßenprostitution nach. Mit ihnen kommen ihre Zuhälter, die wiederum Drogendealer anziehen. Nach polizeilichen Aussagen ist es in den letzten Jahren gelungen, den größten Teil der Szene zu verdrängen.

- Das Gewerbe auf der Potsdamer Straße, das zu etwa 25 % aus ethnischem Gewerbe besteht, hat mit einer von Einzelhandel und Dienstleistern dominierten Branchenstruktur zu kämpfen und leidet vor allem unter einer hohen Fluktuation (jedes 2. Unternehmen hat sich nach 1990 im Gebiet niedergelassen). Das Angebot konzentriert sich auf das unmittelbare Umfeld und ist überwiegend konsumnah. Die Umsatzzahlen sind rückläufig, da sie eng an die geringe Kaufkraft der Quartiersbevölkerung gebunden sind.

- Als Potential für das Quartier sind die neuen Firmen in der Bülowstraße, die im Medienbereich arbeiten, einzuordnen. Im Gebiet sind außerdem einige größere Unternehmen/Arbeitgeber sowie eine Anzahl an Künstlern und Kulturschaffenden - in der nördlichen Potsdamer Straße - ansässig.

Bilanz und Ausblick

Für eine positive Entwicklung des Quartiers und zur Förderung der Teilhabechancen und Selbstbestimmung von Bewohnern/innen und anderen Gebietsakteuren folgte das QM-Team einem integrierten Handlungsansatz.

Dabei geht es insbesondere um:

- Mobilisierung der Selbsthilfepotenziale,
- Kompetenzstärkung der Einzelnen,
- aktive Gestaltung des Zusammenlebens,
- präventive Konzepte und Aktivitäten,
- Intensivierung der Kommunikation,
- Vernetzung der Akteure,
- Aufweichen institutioneller Zugangsbarrieren,
- innovative Verfahren zur Kooperation zwischen einzelnen Menschen ebenso wie zwischen Einzelnen und lokalen Strukturen.

Die inhaltlichen Schwerpunkte des QM-Teams für die Projektentwicklung

- Nachbarschaft/Zusammenleben der Kulturen,
- Image und Identifikation,
- Gesundheit,
- Arbeit und
- Bildung

wurden im zentralen Steuerungsgremium vor dem Hintergrund der bisherigen Arbeit festgelegt. Dabei wird an den gebietsspezifischen Stärken und Potenzialen des Quartiers und seiner Bewohner/innen angesetzt. Als wichtige Querschnittsaufgaben gelten die begleitende Öffentlichkeitsarbeit, der Auf- und Ausbau nachhaltiger Kooperations- und Vernetzungsstrukturen in und außerhalb der öffentlichen Verwaltung sowie die Förderung der Integration durch stärkere Einbindung von Bewohnerinnen und Bewohnern mit Migrationsbiografie.

Im Hinblick auf die zeitliche Befristung des QM-Verfahrens konzentriert sich das QM seit dem Jahr 2004 verstärkt auf die nachhaltige Organisation von Schlüsselprojekten in den fünf aufgeführten inhaltlichen Schwerpunkten.

Nachbarschaft und Zusammenleben der Kulturen

Ziel der QM-Arbeit ist es, kleinräumliche, nachbarschaftliche Netze zu etablieren bzw. zu stabilisieren. Dazu gehört einerseits die Verstetigung der insbesondere im Pallasseum und im Bereich Kurmärkische Straße gebildeten Organisationsformen, andererseits die Festigung der in den letzten drei Jahren neu initiierten Netze in anderen Bereichen des Gebiets, die aufgrund ihrer besonderen Problemlagen (z. B. Drogenhandel, schwierige Jugendliche) eine Nachbarschaft benötigen, die sich kennt, untereinander austauscht und zusammenarbeitet: Mansteinstrasse, Kulmerstraße, Katzlerstraße und Alvensleben-/ Steinmetzstraße. Mit der Einrichtung von 2 weiteren, von Bewohnern initiierten, Begegnungsstätten für nachbarschaftliche Aktivitäten konnten in allen 4 Teilkiezen die Kontakt- und Kommunikationsmöglichkeiten für die Bewohner/innen unterschiedlicher Kulturen erheblich verbessert werden. Wo es gemeinsame Interessen gibt und sich Formen gemeinsamen Handelns entwickeln, entstehen auch auf einer persönlichen Ebene entsprechende Kontakte zwischen deutschen und Bewohnern mit Migrationshintergrund.

Image und Identifikation

Mit dem im Jahr 2005 erreichten Realisierungsstand größerer Bauvorhaben im öffentlichen Raum (Stadtplätze, Grünanlagen und Spielplätze) sind die dringendsten Bedarfe für alle Bewohner/innen und Akteure zunächst sichtbar befriedigt worden. Jedoch bedarf es weiterhin großer Anstrengungen, um den mit dem Ausstattungsstandard gewachsenen Unterhaltungsanforderungen nachzukommen. Angesichts knapper öffentlicher Kassen haben Projekte wie z. B. „caramba“ (Park- und Grünflächenreinigung mit Substituierten) weiterhin Priorität für das QM.

Die weitere Qualifizierung der Potsdamer Straße als identitätsstiftende stadträumliche Mitte für den Schöneberger Norden (wie auch für das nördliche QM-Gebiet Magdeburger Platz) bleibt eine Schwerpunktaufgabe für die nächsten Jahre. Hierfür wären Mittel für den Umbau der Straße im Sinne des bezirks- und verwaltungsübergreifend abgestimmten Boulevard-Konzeptes sinnvoll eingesetzt. Die Entwicklung der Potsdamer Straße als gewerbliches Zentrum würde sich positiv auf die gesamte Gebietsentwicklung auswirken.

Neben den baulichen Veränderungen wird das Potenzial der Potsdamer Straße und der umliegenden Straßen durch ein im Jahr 2004 vom QM-Team initiiertes Mediennetzwerk erschlossen. Aufgrund dieser Aktivitäten konnten für die Gebietsentwicklung neue Akteure gewonnen und weitere Maßnahmen, wie die 1. Medienmesse Anfang des Jahres 2005, durchgeführt werden.

Arbeit

Insbesondere an die weitere Entwicklung der beiden Projekte „Boulevard Potsdamer Straße“ und „Medienstandort Potsdamer-/Bülowstraße“ knüpft das QM-Team die Hoffnung auf nachhaltig wirksame Effekte für den Schöneberger Norden. Für den „Boulevard Potsdamer Straße“ liegt ein umsetzungsfähiges abgestimmtes Konzept vor. Von der Realisierung des Projektes (Stärkung des Fußgängerverkehrs, Umweltspur, Beleuchtung, Möblierung) werden entscheidende Effekte für die Qualität der Einkaufsstraße Potsdamer Straße erwartet. Es würde als wesentlicher Beitrag zur Bestandssicherung der angesiedelten Geschäfte und damit dem Erhalt der vorhandenen Arbeitsplätze verstanden werden. Der Ruf der Potsdamer Straße als Geschäftsstraße hat insbesondere in der Zeit der geteilten Stadt gelitten, so dass von der qualitativen Aufwertung des öffentlichen Raumes auch positive Effekte auf die Gewerbeentwicklung zu erwarten wären. Die Vertiefung der Kontakte zu großen Unternehmen, Vermietern und der Interessengemeinschaft der Einzelhändler sollte zur weiteren Einbindung privater Ressourcen führen.

Das Projekt Medienstandort Potsdamer Straße/Bülowstraße zielt auf die Standortprofilierung der Straße. Eine im Jahr 2003 durchgeführte Studie zählte 150 Medienunternehmen entlang der Straße. Eine neuere Bestandsaufnahme im Jahr 2005, die alle Selbstständigen und Betriebe auf dem Mediensektor erfasste, zählte 370 Dienstleister. Es gibt aktive Unternehmen und beide Bezirksämter (Mitte und Tempelhof-Schöneberg) unterstützen die Entwicklung. Eine Standortprofilierung bindet nicht nur die ansässigen Unternehmen, sondern bietet auch eine reale Chance zur Ansiedlung neuer Unternehmen dieser Branche und geht einher mit der Schaffung von Arbeitplätzen im Quartier. Die Verknüpfung zum Boulevard Potsdamer Straße und der Eigentümerinitiative lässt das mittelfristig realistisch erscheinen. Aus der im Jahr 2004 begonnenen Vernetzung der Medienunternehmen entwickelten sich Aktivitäten. Neben der im Januar 2005 mit 450 Teilnehmern erfolgreich stattgefundenen Medienmesse und dem sich etablierten Unternehmer-Stammtisch soll im Jahr 2006 zum einen das Mediennetzwerk gefestigt, zum anderen weitere Maßnahmen und Aktionen stattfinden, die Ende Oktober 2005 auf einem ganztägigen Workshop mit 50 Unternehmern und Unternehmerinnen entwickelt wurden.

Die IG Potsdamer Straße als Zusammenschluss der Gewerbetreibenden wurde durch die Aktivitäten des QM aktiviert und konnte neue Mitglieder gewinnen. Die IG ist inzwischen selbst Träger von Stadtmarketing-Aktionen wie dem Bücherbasar unter dem Bülowbogen und der jährlichen Christbaumparade im Dezember.

Für das kommende Jahr ist sowohl die weitere Stabilisierung der Interessensgemeinschaft Potsdamer Strasse geplant, als auch die Einrichtung einer Gründeretage für Existenzgründerinnen und Existenzgründer. Im Jahr 2005 konnte die geplante Einrichtung der Gründeretage mangels geeigneter Räumlichkeiten im Quartier nicht begonnen werden. Für das Jahr 2006 deutet sich eine Lösung an.

Neben den Aktivitäten, die notwendig und geeignet sind, im so genannten 1. Arbeitsmarkt Arbeitsplätze zu schaffen, legt das QM-Team Wert auf die Förderung und Qualifizierung von Bewohnerinnen und Bewohnern, denen zur Zeit höchstens der Weg in Qualifizierungs- und Beschäftigungsmaßnahmen im so genannten 2. Arbeitsmarkt offen stehen. Durch Aktivitäten und Projekte im Wohnumfeld und in der Nachbarschafts- und Vernetzungsarbeit konnten bisher über 300 Bewohnerinnen und Bewohnern einen (befristeten) Arbeitsplatz erhalten, finanziert aus dem Programm „Die Soziale Stadt“ und mit Fördermitteln der Bundesagentur für Arbeit.

Durch Beschäftigungs- und Qualifizierungsmaßnahmen für spezielle Personengruppen (wie Maßnahmen zur Reintegration von ehemaligen Drogenabhängigen) konnten sinnvolle Inhalte als Voraussetzung für eine Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt vermittelt werden. Dazu zählt auch das im Jahr 2004 gegründete Projekt FAIR für schwierige junge Erwachsene und männliche Jugendliche, die fast aus allen Schul-, Ausbildungs- und Arbeitszusammenhängen „heraus gefallen“ sind. Das Projekt hat sich zur Aufgabe gemacht, die jungen Männer bei einer geeigneten Wiedereingliederung zu unterstützen. Im Jahr 2005 konnte das geplante Angebot für junge Mädchen und Frauen begonnen werden. Es gelang in den ersten Monaten, Kontakte

zu den Familien mit Migrationshintergrund aufzubauen, um so bei den Eltern für Unterstützung für die besonders schwierige schulische und berufliche Entwicklung ihrer Töchter zu werben. Im Jahr 2006 sollen beide Projekte dem Jobcenter als Modellmaßnahme zur Integration von Jugendlichen mit Migrationshintergrund in den Arbeitsmarkt angeboten werden, um ihre Nachhaltigkeit zu sichern.

Die Begrenztheit des QM in diesem Handlungsfeld ist vielleicht offensichtlicher als in anderen, da der Erwerbsarbeitsmarkt nicht lokal zu beeinflussen ist. Dennoch bleiben dem QM Spielräume, die sich speziell für die Bewohnerstruktur im Quartier nutzen lassen. Dazu konzentrierte sich das QM-Team auf eine Reihe von Maßnahmen, die zeitlich lange vor dem Arbeitsmarkt ansetzen, und zwar durch Entwickeln von Fertigkeiten und Fähigkeiten, Sprachförderung und Kennen lernen der jeweiligen „anderen“ Kulturen (z. B. Arbeit mit Eltern) und Subkulturen. Im Bereich der Sprachförderung war der Schöneberger Norden Vorreiter einer inzwischen auf den Gesamtbezirk übertragenen konzeptionellen Entwicklung im Bereich der Kitapädagogik. Ein im Rahmen eines Modellversuches erfolgreich erprobtes psycholinguistisch fundiertes Konzept wurde an drei Kitas im Schöneberger Norden erprobt und inzwischen auf den Gesamtbezirk übertragen. Darüber hinaus ist das Projekt „Interreligiöser Dialog“ geplant, eine Maßnahme, in der die Vertreter der verschiedenen Religionen im Quartier regelmäßig miteinander ins Gespräch kommen sollen, um gegenseitige Vorurteile abzubauen, mehr Akzeptanz gegenüber den Andersgläubigen zu entwickeln und ein Miteinander an Stelle von Abschottung und Desinteresse zu setzen.

Das QM wird die Möglichkeiten der Arbeitsmarktinstrumente zusammen mit den Beschäftigungsträgern des Quartiers ausloten und für die weitere Arbeit nutzen. Der im Jahr 2004 gegründete Arbeitskreis hatte untereinander abgestimmte und auf die Belange der Bewohnerschaft zugeschnittene Maßnahmen entwickelt, die in einer hervorragenden Kooperation zwischen Bezirk und Jobcenter zu großen Teilen als ABM- oder MAE-Maßnahmen realisiert werden konnten. Diese erfolgreiche Kooperation soll fortgesetzt werden.

Das seit Sommer des Jahres 2003 im QM-Gebiet umgesetzte Programm LOS hat mit der Realisierung von bisher über 40 Projekten Potenziale für am Arbeitsmarkt benachteiligte Menschen aufgezeigt, die in der kommenden Zeit ausgelotet und weiter entwickelt werden können. Mehrere Projekte konnten nach der LOS-Pilotphase durch das Programm „Die Soziale Stadt“ fortgesetzt werden.

Gesundheit

Auf der Ebene der Gesundheit spiegelt sich die wachsende Verarmung und soziale Verwahrlosung von Bewohnergruppen wider. Insbesondere Entwicklungsverzögerungen bei Kindern gehen einher mit mangelndem Spracherwerb, Bewegungsmangel, Fehlernährung und geringer sozialer Kompetenz. Es besteht dringender Handlungsbedarf, da die gesundheitlichen Probleme der Mädchen und Jungen sich früher oder später negativ auf ihre Lebensqualität auswirken werden. Deshalb hat sich das QM-Team seit Mitte des Jahres 2004 intensiv dieser Aufgabe gewidmet. Um nachhaltige Erfolge zu erzielen ist es erforderlich, die Kinder und vor allem auch die Mütter und Väter möglichst direkt zu erreichen. Die neuen Gesundheitsprojekte sind sowohl strategisch als auch operational mit dem im Bereich der Steinmetz- und Alvenslebenstraße neu entwickelten Schwerpunkt Familienarbeit und der „Antigewaltarbeit der Streetworker“ vernetzt. Dieser integrierte Projektansatz sowie die gut funktionierenden Vernetzungs- und Kooperationsstrukturen können Synergien bewirken und die bereits begonnene Arbeit erleichtern. Im Jahr 2006 sollen die bewährten Projekte Zahnprophylaxe, Ernährungsberatung sowie Aufklärung zur frühkindlichen Entwicklung fortgesetzt werden, um über einen längeren Zeitraum hinweg neue Verhaltensweisen zu verankern.

Bildung

In diesem Bereich wird das QM weiter darauf hinwirken, dass sich die Grundschulen und Kitas stärker dem Stadtteil und seinen Ressourcen zuwenden. Das sind zum einen die lokalen Akteure im sozialräumlichen Umfeld, allen voran die Einrichtungen der Jugendhilfe. Zum anderen sollen „bildungsferne“ Familien in (engere) Beziehung mit staatlichen Bildungs- und Erziehungseinrichtungen gebracht werden. Hierzu bedarf es insbesondere der Sensibilisierung und Schulung des pädagogischen Personals im Umgang mit Eltern.

Ein im Jahr 2004 begonnenes Projekt zur Vermittlung neuer, familienorientierter Bildungskonzepte („early-excellence-center“) für Kitas und Grundschule wird auch im Jahr 2006 fortgeführt. Somit entstand auch in diesem Bereich eine neue Schnittstelle zwischen QM, Jugendhilfe und Schule. Der QM-Projektschwerpunkt „Antigewaltarbeit im Bülowkiez“ mit seinem Projekt „Aktivierung und Beratung von Familien“ zielt ebenfalls auf eine bessere Einbindung von migrantischen Eltern und Familien in das Bildungssystem. Der Ruf der beiden im Gebiet gelegenen Grundschulen hat sich gegenüber dem Jahr 1999 deutlich verbessert. Die Schulen haben spätestens mit der Einführung des Ganztagsbetriebes enorme Schritte bezüglich ihrer Ausrichtung auf ihr sozialräumliches Umfeld unternommen. Das QM-Team leistet hierbei auch im kommenden Jahr Unterstützung für die Verbesserung der Eltern- und der Antigewaltarbeit.

Image und Öffentlichkeitsarbeit

Die anfänglich negative Außen- wie Binnenwahrnehmung des Quartiers ist inzwischen ausgewogen und stellenweise sogar wohlwollend geworden. Fortschritte und Entwicklungen werden konstatiert und positiv wahrgenommen. Trotzdem bleibt das Außen- bzw. Innenimage des Gebietes problematisch. Mit wechselnder Intensität wird in der Presse über Gewaltvorfälle – insbesondere im Zusammenhang mit Jugendlichen – berichtet.

Die Quartierszeitung „Schöneberger Morgen“ hat sich zu einem wichtigen und beliebten Informationsmedium entwickelt. Ihre Herstellung und Verbreitung, die bisher in den Händen des QM-Teams lagen, soll im kommenden Jahr an einen Träger aus dem Quartier abgegeben werden.

Vernetzung und Kooperation

Die Entwicklung und Umsetzung von QM-Projekten unter der Maßgabe der Beteiligung von lokalen Akteuren sowie der zuständigen Fachämter, hat vielfältige Ebenen und Formen der Kooperation und Vernetzung im Rahmen des QM hervorgebracht. Die vom QM bearbeiteten Netzwerke werden nach Möglichkeit miteinander in Beziehung gebracht. Den Kommunikativen Austausch aller gewährleistet der Präventionsrat Schöneberger-Norden, der durch das QM fortgeführt und stabilisiert werden konnte. Konkrete Zusammenarbeit bzw. gegenseitige Unterstützung geschieht am ehesten über einzelne Projekte wie z. B. den „Bärenrummel“.

Eine Rolle für die Vergrößerung der Reichweite der vom QM angesprochenen bzw. initiierten Netzwerke spielte im Jahr 2003 der Umbau des Jugendamtes Tempelhof-Schöneberg zu einer sozialraumbezogenen Organisationsstruktur. Das QM-Team hat seitdem mit dem Jugendamt eine ressortübergreifende „Arbeitsgruppe Jugend, Nachbarschaft, Gesundheit und QM“, an der auch die beiden Stadtteilzentren und die Plan- und Leitstelle des Gesundheitsamtes teilnehmen. Regelmäßig treffen sich die Fachämter für Grünflächen (FB Natur), Tiefbau und das Stadtplanungsamt mit dem QM in der AG Bau zur Abstimmung und Steuerung von Baumaßnahmen und gegebenenfalls privaten Eigentümern. Punktuell sind Fachplaner und Eigentümer mit eingebunden.

Die Interessengemeinschaft der Gewerbetreibenden in der Potsdamer Straße wurde vom QM im Jahr 1999 reaktiviert und ist heute Träger diverser Projekte im Rahmen des Standortmarketings. Auch dort, wo einzelne Vorhaben, wie z. B. die Realisierung des

Kunstprojektes im Rahmen des Kunstwettbewerbes Potsdamer Straße nicht zustande kommen konnten, entfalten die zu ihrer Umsetzung in Gang gesetzten Kooperationen positive Nachwirkungen für die zukünftige Arbeit.

Vor dem Hintergrund der begrenzten Zeitperspektive bemüht sich das QM weiter um die Konzentration auf wichtige Schlüsselprojekte, an denen die Übergabe der Koordinations- und Vernetzungsaufgaben an jeweils geeignete Akteure vorbereitet und erprobt werden kann.

Das Erreichen und Einbinden insbesondere der migrantischen Bewohnerinnen und Bewohner sowie ihre Selbstorganisationen in alle Ebenen und Prozesse der QM-Arbeit bleibt eine wesentliche Aufgabe. Dies kann durch den im Jahr 2006 aufzubauenden Quartiersrat als neues „altes“ Strukturelement der QM-Arbeit befördert werden.

2.1.3 Quartiersmanagement Sparrplatz

Das QM-Gebiet „Sparrplatz“ gehört seit langem zu den Berliner Innenstadtgebieten, in denen sich aufgrund der niedrigen Wohnqualität (im wesentlichen einfacher Mietwohnungsbau für Industriearbeiter aus der Gründerzeit) Haushalte mit geringen Wahlmöglichkeiten auf dem Wohnungsmarkt bzw. eingeschränkter Mietzahlungsfähigkeit konzentrieren. Im Zuge dessen hat sich das Gebiet in den letzten Jahrzehnten zum Schwerpunktwohngebiet für Migranten/innen entwickelt. Die Segregation hat sich in den letzten Jahren nochmals verstärkt, es ziehen zunehmend wirtschaftlich und sozial schwache Haushalte in das Gebiet.

Zentralität und Erreichbarkeit des Gebietes sind gut und in Teilbereichen - vor allem entlang des Kanals - bestehen trotz der hohen baulichen Dichte attraktive Wohnlagen mit einem relativ großen Anteil wirtschaftlich stabiler Haushalte. Einzelhandel und Infrastruktur haben sich in den letzten Jahren zunehmend Richtung Zentrum Wedding verlagert, sind aber vom Gebiet aus noch gut zu erreichen. Dieses ist zwar stadträumlich durch die umgebenden Nutzungen (Hafen, Verkehrsachsen, TFH, Charité) stark vom durch Wohnnutzungen geprägten Innenstadtbereich isoliert, verfügt jedoch über relativ homogene und gewachsene Strukturen.

Das Quartier ist ein überdurchschnittlicher junger Stadtteil, zurückzuführen vor allem auf den hohen Ausländeranteil; in den Altersgruppen bis 35 Jahre hat fast jede/r zweite Bewohner/in nicht die deutsche Staatsbürgerschaft. Es gehört zu den vier QM-Gebieten mit den höchsten Ausländeranteilen (39 % der Bevölkerung). Die ausländischen Bewohner/innen im Gebiet sind dabei zu einem größeren Teil arbeitslos gemeldet und häufiger Transfereinkommensempfänger als deutsche Bewohner/innen.

Parallel zu steigender Arbeitslosigkeit und steigender Sozialhilfeabhängigkeit der Bewohner/innen hat sich das Erscheinungsbild des öffentlichen Raumes verschlechtert. Es werden Verwahrlosungserscheinungen und Müll beklagt. Diese Veränderungen, zusammen mit dem spürbar starken „Bevölkerungsaustausch“, dem Rückzug des Einzelhandels und vereinzelten Wohnungsleerständen bewirken eine zunehmende Verunsicherung vor allem bei seit längerem im Gebiet lebenden Bewohnern/innen.

Der Anteil der Erwerbslosen entspricht mit 14 % dem Weddinger Durchschnitt. Der Anteil Langzeitarbeitsloser liegt bei rd. 33,5 %, der jugendlicher Arbeitsloser unter 25 Jahren bei 11 % und älterer Arbeitsloser zwischen 55 und 65 Jahre bei 13 %.

Es sind wenige Arbeitsplätze im Gebiet vorhanden, vor allem kleinflächiges Gewerbe, überwiegend Einzelhandel und Dienstleistung (insbesondere Familienbetriebe) sowie zahlreiche gastronomische Einrichtungen. In den letzten Jahren erfolgten vermehrt Ladenschließungen und Leerstände durch zunehmende Bedeutung der zentralen Lage der Müllerstraße/Leopoldplatz und dem Ausbau von Einkaufszentren. Flächenpotentiale zur Gewerbeansiedlung sind nur in geringem Umfang vorhanden.

Der Anteil von Kindern mit geringen Deutschkenntnissen und/oder Verwahrlosungsanzeichen und der hohe Anteil von Schülern/innen nichtdeutscher Herkunftssprache steigen an. Im Bereich von Schule und Bildung besteht ein großes Engagement von Schule und Eltern,

zusätzlich zum Unterricht Projekte zur akuten Problemlinderung durchzuführen bzw. zu unterstützen.

Es besteht eine mittlere Angebotsdichte sowohl von freien, als auch öffentlichen Trägern u. a. für Kinder und Jugendliche, aber auch im Bereich Nachbarschaftsdienste und sonstige soziale Infrastruktur. Weitere ehrenamtliche Zusammenschlüsse und Initiativen bestehen seit einigen Jahren und bilden einen Kern von aktiven Bewohnern/innen und Vertretern/innen von Einrichtungen.

Zwischenbilanz 2005 und Ausblick

Das abgestimmte integrierte Handlungskonzept als Grundlage für Aktivitäten und Strukturbildung wurde weiterentwickelt und zielt nach wie vor in der Projektentwicklung auf mehr Chancen auf dem Arbeitsmarkt und mehr Partizipation der Bewohner/innen und Akteure. Die weiteren Prioritäten sind bessere Qualität des Wohn- und Lebensraums, hier speziell das Wohnumfeld und des öffentlichen Raumes und bewohneradäquate Stadtteilkultur im Zusammenhang mit mehr Akzeptanz und unterstützendem Sozialgefüge.

Bewohneraktivierung -beteiligung

Seit Beginn des Quartiersmanagements Sparrplatz im Jahr 1999 wird auf die möglichst breite Beteiligung und Einbindung von Bewohner/innen, quartiersansässigen Akteuren und Gruppen besonderes Augenmerk gelegt. Die so entstandenen Säulen der Bürgerbeteiligung im Quartier, auf deren Basis Einzel- bzw. komplexe Maßnahmen zur Verbesserung des Wohn- und Lebensraums und damit zur nachhaltigen Quartiersentwicklung konzipiert und umgesetzt wurden, sind die aktivierende Bewohnerbefragung „Wie lebt es sich im Sparrplatz-/ Sprengelkiez“, das „Bürgergutachten Quartier Sparrplatz“ im Rahmen der Planungszellen, die vom QM im Gebiet durchgeführten öffentlichen Bewohnerforen sowie die Ergebnisse der Arbeitsgruppen zu aktuellen Einzelthemen und -projekten.

Für alle Einzelmaßnahmen ab dem Jahr 1999 wurden und werden auch weiterhin bei komplexeren Maßnahmen projektbezogene Bürgerbeteiligungen, u. a. Befragungen, Vor-Ort-Begehungen, Planvorstellungen, Diskussionen, Fragebogenaktionen durchgeführt, um die aktive Partizipation der Quartiersbewohner/innen sicherzustellen. Wichtig in diesem Zusammenhang ist auch die Zuarbeit aus bestehenden Bürgergremien wie der Grünwerkstatt, dem Verkehrsforum der Lokalen Agenda 21 und dem Kiezrat.

Im April 2005 wurde der Kiezrat im Rahmen einer dazu einberufenen Bürgerversammlung offiziell gewählt. Er besteht aus 27 Personen, wovon 14 Bewohner/innen des Quartiers sind und 13 Vertreter/innen von Institutionen, Einrichtungen, Vereinen etc., die im Quartier angesiedelt sind. In seinen ersten beiden Sitzungen wurden die Geschäftsordnung beschlossen sowie die Mitgliedervertretungen bei Sitzungen geklärt. Ebenso festgelegt wurden die Schwerpunkte zukünftiger Projektarbeit sowie Kriterien zur Bewertung eingehender Projektanträge und -ideen.

Der Quartiersrat tagte im Jahr 2005 an zehn Terminen. Er nimmt die Bewertung von Projektanträgen ernst, ist bei deren Beurteilung sehr kritisch und diskutiert auch Detailfragen.

Arbeit/Gewerbe

Oberste Priorität in den nächsten Jahren haben weiterhin die grundlegend erforderlichen Verbesserungen auf dem Arbeitsmarkt, als zentrale bund- und länderübergreifende Aufgabe. Hier kann und wird auch zukünftig das Instrument QM nur begrenzt wirken können. Die Umsetzung der neuen Instrumentarien für beschäftigungsfördernde Projekte wird erprobt, ist aber in der gewünschten Breite und Wirkungstiefe noch nicht etabliert.

Das Gewerbe im Quartier steht vor schwierigen Aufgaben. Der Druck der Einkaufsstraßen und -zentren bei gleichzeitigem Kaufkraftverlust macht es notwendig, kaufmännische und betriebswirtschaftliche Aspekte mehr zu betonen. Die Unterstützung durch eine unabhängige Unternehmensberatung hat sich in der Vergangenheit bewährt. Die Gewerbeführer, das Infoleitsystem-Gewerbe und der noch zögerliche Aufbau einer Werbegemeinschaft sind weitere flankierende Maßnahmen, die das Gewerbe stützen sollen.

Öffentlicher Raum

Einen breiten Raum nahmen in den vergangenen Jahren Baumaßnahmen im öffentlichen Raum ein, die durch die Sichtbarkeit ein wichtiges Zeichen für die Wohnbevölkerung war - hier passiert tatsächlich etwas. Aufgrund guter Zusammenarbeit mit dem zuständigen Arbeitsamt konnten mehrere Maßnahmen im Rahmen von Vergabe-ABM umgesetzt werden.

Über andere Beschäftigungsträger konnten quartiersübergreifende Maßnahmen (im Bezirk Mitte) initiiert und durchgeführt werden - Greencops zur Sperrmüllbekämpfung, Grünpflege-ABM zur zusätzlichen Pflege der Spiel- und Grünflächen sowie der Baumscheiben, Gebäudepflege-ABM zur Durchführung von Schönheitsreparaturen an und in öffentlichen Gebäuden. Auch deren Wirkung auf die Quartiersöffentlichkeit hat maßgeblich dazu beigetragen, die allgemeine Stimmung im Quartier zu verbessern. Leider haben diese Maßnahmen noch keinen spürbaren Einfluss auf das Verhalten vieler Menschen im öffentlichen Raum; die Vermüllung der Straßen ist nur unwesentlich geringer geworden.

Die nachweisliche Unterversorgung des Quartiers mit qualifizierten Grün- und Spielflächen ist auch mit QM-Mitteln nur bedingt zu lösen. Doch selbst das Vorhandene war oft in einem beklagenswerten Zustand. In Abstimmung und mit Unterstützung aller Beteiligten wurden folgende Flächen mit Mitteln der Sozialen Stadt nutzergerecht überarbeitet und ausgestattet: Die Schulhöfe der drei Grundschulen, die den Kindern auch nach Schulschluss zur Verfügung stehen, die Freiflächen der beiden bezirklichen Kindertagesstätten, der Vorplatz der Jugendfreizeiteinrichtung Julateg, die großen Anlagen der Weddinger Kinderfarm und des Abenteuerspielplatzes Telux sowie weitere Spielplätze. Dadurch konnte erreicht werden, dass sich der „Nutzungsdruck“ besser verteilt. Mit der Neuanlage des Sprengelparks, der auf der ehemaligen Industrie- und Gewerbefläche zwischen Sprengel- und Kiautschoustraße entstehen soll, kann den Bewohnern/innen eine weitere Grünfläche zur Verfügung gestellt werden.

Bildung und Qualifizierung

Bezüglich der Unterstützung der pädagogischen Arbeit an Schulen konnten vielschichtige Maßnahmen im Rahmen des Quartiersfonds auf den Weg gebracht werden, die in den Bereichen Bildung, Kultur und Gewaltprävention angesiedelt sind.

Darüber hinaus wurden zwei Maßnahmen zur gesünderen Ernährung an den Schulen umgesetzt (Schulkioske, Klasse 2000). Zur Unterstützung der pädagogischen Arbeit an den drei Grundschulen werden mit Mitteln der Sozialen Stadt schulische und außerschulische Angebote gefördert (z. B. Schularbeitszirkel, Tanz).

Nachbarschaften und Kultur

Die kulturellen Angebote im Quartier waren sehr spärlich. Durch erste Vernetzung der Angebote verschiedener Kulturschaffender im Kiez konnte die Qualität und das Spektrum der Angebote verbessert bzw. erweitert werden. An den Stadtteilfesten beteiligen sich Jahr für Jahr mehr Bewohner/innen sowie Projekte und Initiativen aktiv. Die neu gegründete Künstlergruppe „Wedding Art“, die sich vor allem aus Weddinger Freizeitkünstler/innen zusammensetzt, hatte bereits mehrere Ausstellungen im QM-Büro. Ein eigener Kunstmarkt bzw. die Teilnahme am jährlichen Kulturfest auf dem Sparrplatz waren eine enorme Bereicherung der Weddinger Kulturszene. Die Künstlergruppe wird auch im nächsten Jahr weitere Projekte entwickeln und umsetzen.

Die gute Zusammenarbeit mit der City-VHS Mitte konnte auch im Jahr 2005 fortgesetzt werden. So wurden Einstufungstests für Sprachkurse sowie in den Grundschulen Mütterkurse durchgeführt.

Die Musikveranstaltungen „Musik in den Kiez“, bei denen in 4 bis 6 Lokalen des Quartiers zeitgleich Live-Musik geboten wurden, fanden weit über die Quartiersgrenzen hinaus Beachtung. Die beabsichtigte Weiterführung liegt zukünftig in der Eigenverantwortung der Gastronomen.

Mit dem Gemeinwesenzentrum mit Gesundheitsförderung (GWZ) ist ein wichtiger Ort der Kommunikation und der wohnortnahen Gesundheitsvorsorge und -beratung entstanden. Trotz großer Anfangsschwierigkeiten etabliert sich das GWZ und findet immer mehr Zulauf. Ein Trägerverein wurde gegründet (Gemeinsam im Stadtteil - GiS e.V.), der unter seinem Dach viele kleine und größere Träger aus dem Bereich Gesundheit sowie den Nachbarschaftsladen „Aktiv im Kiez“ vereint. Im Jahr 2005 konnte dieser Verbund gefestigt und die Angebotspalette ausgebaut werden. Die fertig gestellten Büros für die einzelnen Träger sind vermietet. Bisheriges Fazit: Nach dem langen Vorlauf und der ausgedehnten Bauphase strahlt das GWZ wichtige Impulse ins Quartier aus.

Trotz aller Teilerfolge in vielen Bereichen bleibt anzumerken, dass z. B. die Verschlechterung auf dem Arbeitsmarkt sowie die Einschränkungen bei den Sozialleistungen die positiven Entwicklungen in den sozial schwachen Gebieten behindern. Die Auswirkungen dieser Veränderungen werden zunehmend deutlicher.

Alle Bemühungen der öffentlichen Einrichtungen, den Kindern und Jugendlichen Bildung aber auch ethische und kulturelle Werte zu vermitteln, bleiben auf halber Strecke stehen, wenn sie nicht ernsthafte Unterstützung bzw. Förderung durch die Elternhäuser erfahren. Zusätzlich führen die Sprachdefizite in den Migrantenfamilien dazu, die Zukunftschancen dieser Kinder drastisch zu reduzieren. Eine Bildungsoffensive kann hier nur Teildefizite abbauen helfen.

Ebenso schwierig bleibt die Einbindung der nichtdeutschen Bewohner/innen in die Quartiersentwicklung. Die bisherigen Versuche dies zu verbessern, hatten nur Teilerfolge. Dies war und bleibt einer der wichtigsten Schwerpunkte der QM-Arbeit.

Die Übergabe der Verantwortung für das Verfahren an den Bezirk hat zu neuen Arbeitsstrukturen geführt. Im Rahmen der Kooperationsvereinbarung zwischen der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und dem Bezirk Mitte erfolgt jetzt die fachliche Steuerung durch den Bezirk. Die Einbindung der Bürger/innen in die Entscheidungsprozesse stellt in diesem Zusammenhang eine neue Qualität dar.

2.2 Stadtumbau Ost/Nachbesserungen von Großsiedlungen

Der Geschäftsbereich Stadtentwicklung Ausnahme & Regel koordiniert Maßnahmen zur Verbesserung des Wohnumfeldes von Großsiedlungen. Schwerpunkt sind Maßnahmen zur Entwicklung des Gemeinbedarfes und des öffentlichen Raumes im Bezirk Lichtenberg, hier zurzeit speziell in Hohenschönhausen.

Dabei kommen Arbeitsansätze zum Tragen, die im Zusammenhang mit einer Reihe von Gebietsaufträgen zur städtebaulichen und sozialen Weiterentwicklung von Großsiedlungen in den vergangenen Jahren entwickelt wurden. Sie gehen über die üblichen Sozialplanverfahren hinaus und verknüpfen insbesondere bauliche Maßnahmen mit partizipativen und sozialen Prozessen.

Im Rahmen des Wettbewerbs Stadtumbau Ost hat der Geschäftsbereich in Kooperation mit Städtebauern und Freiflächenplanern das "Integrierte Stadtteilentwicklungskonzept" für Friedrichsfelde in Lichtenberg erarbeitet. Die Konzepterstellung erfolgte unter intensiver Einbindung von Bezirksvertretern und Bürgern. Ziel war ein umsetzungsorientiertes Konsenspapier, kein "schöner Plan für die Schublade".

Der Geschäftsbereich engagiert sich darüber hinaus im Kompetenzzentrum Großsiedlungen e.V. Dieser gemeinnützige Verein mit Sitz Berlin, versteht sich als Netzwerk verschiedenster Professionen und als Transferstelle für die reichhaltigen Erfahrungen bei der Revitalisierung und Aufwertung von Großsiedlungen. Es entwickeln sich daraus zunehmend Arbeitskontakte zu Partnern in Mittel- und Osteuropa.

Als Beispiel für eine weitergehende Beteiligungsform steht die Multiplikatorenschulung zur Methode „planning-for-real“ im Bezirk Lichtenberg, Ortsteil Neu-Hohenschönhausen.

Der Geschäftsbereich veranstaltete im Rahmen seiner Tätigkeit in Großsiedlungen eine ganztägige Schulungsveranstaltung zur Beteiligungsmethode „planning-for-real“ für Multiplikatoren aus der öffentlichen Verwaltung und von freien Trägern. Zentraler Gegenstand war die gegenseitige Rollenwahrnehmung in Beteiligungsprozessen.

Das Angebot stieß auf reges Interesse, denn in den Vorjahren hatte das Bezirksamt Lichtenberg die Einrichtung eines Stadtteilmanagements als Bindeglied zwischen öffentlicher Verwaltung und Bürgern bzw. lokalen Akteuren beschlossen. Damit stellte sich in einer neuen Qualität die Frage nach den „richtigen“ Instrumenten und Methoden für Bürgerbeteiligung.

Der Schulung vorangegangen war ein vom Geschäftsbereich organisiertes, intensives Beteiligungsverfahren - angelehnt an die Methode des „planning-for-real“ - für die Beplanung von Wohnumfeldmaßnahmen im Sozialraum Zingster Straße in der Großsiedlung Neu-Hohenschönhausen. Mit der Schulungsveranstaltung entsprach die Stiftung SPI dem Wunsch der Beteiligten nach einer vertieften Auseinandersetzung mit der Methode und dem eigenen Rollenhandeln in solchen Prozessen.

In einem Planspiel nahmen die Teilnehmer aus der Verwaltung die Rollen von Bewohnern bzw. Initiativen und Vereinen an und umgekehrt. Hierbei erlebten sie die auf pragmatischen Konsens zielende Methode des „planning-for-real“ als hilfreich, um mit auftretenden Interessenkonflikten produktiv umgehen zu können. Die Mehrzahl der Teilnehmer gab an, die Methode für die eigene Arbeit - sei es intern im Betrieb oder außerhalb in der Arbeit mit Zielgruppen - nützlich anwenden zu können.

Der gelungene Methodentransfer hin zu den lokalen Akteuren erfolgte, wiederum im Zusammenhang mit einer Wohnumfeldmaßnahme der Stiftung SPI in einem anderen Teil der Großsiedlung. Ein Schulungsteilnehmer und Mitarbeiter des dortigen soziokulturellen Zentrums agierte in enger Kooperation mit der bezirklichen Stadtteilmanagerin als Organisator und Moderator mehrerer Planungsworkshops mit Jugendlichen und anwohnenden Senioren im Generationenkonflikt um eine Grünfläche mit Spielfunktionen.

2.3 Soziokulturelle Projekte

Soziokulturelle Projekte werden vom Geschäftsbereich im Regelfall im Rahmen der Quartiersmanagementverfahren initiiert bzw. in ihrer Entwicklung begleitet. Sie stehen für die „Berliner Linie“ des Programms „Die Soziale Stadt“ auch nicht-investive Maßnahmen zu fördern und die Menschen im Quartier direkt zu stärken sowie bürgerschaftliches Engagement zu fördern. Schwerpunkte sind dabei Maßnahmen zu Bildung und Qualifizierung, aber auch kulturelle Aktivitäten. Der Geschäftsbereich unterstützt Träger und Nachbarschaften bei der Qualifizierung der Projektideen und leistet, wo erforderlich, administrative und technische Hilfe. Grundgedanke ist stets, dass der Staat die Ressourcen zur Verfügung stellt und engagierte Bürger und NGOs verantwortlich Projekte durchführen.

Die Erfahrungen reichen von einem Rap-Text Wettbewerb, der von Jahr zu Jahr stärker von Akteuren vor Ort organisiert wurde, bis zur Etablierung eines Schulaufgabenhilfe-Zirkels, der von Eltern nicht-deutscher Herkunft betrieben und von ehrenamtlichen Lehrkräften unterstützt wird.

Als Beispiel für ein soziokulturelles Projekt steht „Fitness für Kids“, ein präventives Bewegungsförderprogramm in Kindertagesstätten, Kinderläden und an Grundschulen im Bezirk Mitte, Ortsteil Wedding.

In den Gebieten der Sozialen Stadt nimmt das Thema Gesundheitsförderung, neben den zentralen Handlungsfeldern Bildung, Arbeit, Integration, zunehmend mehr Raum ein. Die Lebensgewohnheiten von Erwachsenen, aber auch insbesondere von Kindern und Jugendlichen, haben sich in den letzten Jahren stark verändert. Immer deutlicher werden die nachteiligen Auswirkungen unserer medienorientierten Zeit auf das Spiel- und Freizeitverhalten von Kindern und Jugendlichen. Vor allem Kinder werden zunehmend zu passiven Konsumenten und folglich körperlich inaktiver.

Übergewicht, Fettstoffwechselstörungen, erhöhter Blutdruck sind einige der Folgen. Zahlreiche Studien belegen eindeutig die gravierenden Auswirkungen von Bewegungsmangel im Kontext mit ungesunder Ernährung auf die Motorik und die Gesundheit von Kindern und Jugendlichen. Hier besteht allgemein und insbesondere in sozial benachteiligten Gebieten dringender Handlungsbedarf. Gesundheitsförderung ist ein wichtiges Thema; ressortübergreifende Handlungsansätze und vor allem Projekte müssen zeitgemäße Antworten auf diese ansteigende Problematik geben.

Bereits im März 2002 wurde das Projekt „Fitness für Kids – Frühprävention im Kindergartenalter“ von der Berliner Gesellschaft für Prävention und Rehabilitation von Herz-Kreislauferkrankungen, der Unfallkasse Berlin und der Universität Potsdam ins Leben gerufen. Das Projekt zielt auf die Frühprävention in Form einer regelmäßigen Bewegungserziehung mit Kindern an Kitas und Kinderläden.

Einmal wöchentlich führt ein Übungsleiter in den jeweiligen Einrichtungen Übungen zur Bewegungsförderung durch und schult die Erzieher/innen und Lehrer/innen der Einrichtung. Zusätzlich dazu führen die Erzieher/innen und Lehrer/innen die Bewegungserziehung auch mindestens einmal, möglichst zweimal in der Woche eigenständig durch. Eine ergänzende Fortbildung und Qualifizierung der Erzieher/innen und Lehrer/innen erfolgt in Form von Workshops unter dem Motto „Bewegungsspaß im Kindergarten und in der Grundschule“.

Die Bewegungsanregungen sollen in erster Linie die Freude an der körperlichen Bewegung bei den Kindern wecken, aber auch die motorischen Grundeigenschaften und die körperliche Fitness der Kinder fördern. Zahlreiche Bewegungsspiele, Bewegungsgeschichten, Bewegungslieder, Bewegungsparcours, kleine gymnastische Übungen und Entspannungsübungen werden unter entsprechend methodischen und didaktischen Gesichtspunkten vorgestellt und unter Anleitung gemeinsam erprobt.

Nach der 6-monatigen Betreuungszeit durch den Träger erfolgt die Durchführung der Bewegungserziehung ausschließlich durch die inzwischen geschulten Erzieher/innen und Lehrer/innen. Somit wirkt dieses Bewegungskonzept nach anfänglicher Starthilfe auf Dauer auch langfristig und kostenneutral.

Bewegungserziehung soll langfristig zum Regelangebot in Berliner Kindertagesstätten werden (wie auch der Schulsport in den Schulen). Der Schulsport kann durch dieses Angebot sinnvoll ergänzt werden.
In Kooperation mit der Plan- und Leitstelle für Gesundheit in Berlin Mitte, dem Träger und dem QM wird das Modellprojekt seit Frühjahr 2004 auch im QM-Gebiet Sparrplatz erfolgreich umgesetzt und öffentlich mit Fördermitteln des Programms „Die Soziale Stadt“ gefördert. Seit dem Jahr 2005 wird „Fitness für Kids“ auch in Grundschulen angeboten, die Übungsinhalte wurden dazu den entsprechenden Altersgruppen angepasst.

2.4 Wohnumfeldverbesserung

Die Verbesserung des Wohnumfeldes ist das klassische Mittel der Aufwertungsstrategie in den Quartieren. Der Geschäftsbereich übernimmt im Regelfall für die Bezirke die Rolle des Bauherrn. Bei den Maßnahmen werden neben der reinen Baulichkeit vor allem die Aktivierung

und Einbeziehung der Nutzer bzw. Anwohner angestrebt. Die Maßnahmen verschönern nicht nur, sie sollen auch kommunikative und soziale Prozesse im Quartier anstoßen und die Identität der Menschen mit dem Ort fördern. Die bauliche Maßnahme ist dabei Vehikel für die Prozesse.

Der Geschäftsbereich setzt diese Art von Projekten seit den 90er Jahren um und hat diverse Spielplätze, Schul- und Wohnhöfe sowie Freiflächen umgestaltet.

Aktuelles Beispiel für die Verbesserung des Wohnumfeldes ist die Entsiegelungs- und Aufwertungsmaßnahme in der Kiautschoustraße Bezirk Mitte, Ortsteil Wedding.

Die ca. 9.300 m² große ehemalige Gewerbefläche, die mit Ausgleichs- und Ersatzmitteln der Deutschen Bahn AG zu einem Park umgestaltet werden soll, liegt im südöstlichen Bereich des QM-Sparrplatz zwischen Kiautschou- und Sprengelstraße.

Hier handelt es sich um ein hoch verdichtetes, innerstädtisches Wohngebiet mit geringem Grün- und Freiflächenanteil. Es bietet sich daher an, nicht mehr genutzte Gewerbeflächen als öffentliche Freiflächen nachzunutzen.

Das bauliche Konzept lässt sich in fünf Abschnitte unterteilen:

- Umschluss aller Medien für verbleibende Gewerbegebäude,
- Abriss der vorhandenen Halle und Lager,
- Entsiegelung und Wiederverfüllung der Gewerbefläche,
- Planung des zukünftigen Parks mit den Anwohnern,
- Durchführung der Baumaßnahme „Sprengelpark“.

Zur Vorbereitung dieser Umgestaltung wurde der Geschäftsbereich im Rahmen des Quartiersmanagements mit der Entsiegelung der ehemaligen Gewerbefläche und Umschluss aller Medien (Gas, Wasser, Abwasser Heizung und Strom) für die vor Ort verbleibenden Gewerbe (Tischlerei und Durchgangsarzt) beauftragt. Im Sommer/Herbst 2004 waren bereits eine ehemalige Flugzeughalle (zuletzt von einer Schlosserei genutzt) und ein Papierlager mit Mitteln des BA Lichtenberg im Rahmen der Gefahrenabwehr abgerissen und die entstandenen Hohlräume verfüllt worden.

Im Frühjahr 2004 wurde in mehreren Sitzungen mit den interessierten Anwohnern eine Planungswerkstatt durchgeführt, bei der unter Federführung des QM in Zusammenarbeit mit einem Planerbüro von allen Teilnehmern ein Entwurf für den zukünftigen Park verabschiedet. Dieser soll als Grundlage für die Durchführung der Bauarbeiten dienen.

Die verbliebenen versiegelten und teilweise stark kontaminierten Flächen (Asphalt und Beton) wurden abgetragen und mit wuchsförderndem Erdreich wieder aufgefüllt. Dies fand in Zusammenarbeit mit der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Abt. Altlastensanierung und dem BA Mitte, Amt für Umwelt und Natur statt.

Das Straßen- und Grünflächenamt (SGA) Mitte hat die entstandene Freifläche zur Zwischennutzung im Herbst 2005 mit einer Grasansaat versehen. Diese Maßnahme wurde erforderlich, da zu diesem Zeitpunkt nicht absehbar war, wann die, für den Neubau des an dieser Stelle geplanten „Sprengelparks“ erforderlichen Gelder aus Ausgleichs- und Ersatzmitteln der Deutschen Bahn AG angewiesen würden. Die gesamte Fläche wurde im April 2006 zur allgemeinen Nutzung freigegeben.

Während der Fußballweltmeisterschaft 2006 wurde hier eine Großbildleinwand aufgebaut, um den Bewohnern/innen des Quartiers eine Teilhabe an den Fußballspielen im Freien („public viewing“) zu ermöglichen. Die ortsansässige Gastronomie hat Speisen und Getränke angeboten, außerdem wurden eine Beachvolleyballfläche und ein kleines Fußballfeld eingerichtet.

Ein weiteres Beispiel für eine Wohnumfeldmaßnahme ist die „Aufwertung und Umgestaltung Maybachufer“ im Bezirk Neukölln.

Seit Ende des Jahres 2002 ist der Geschäftsbereich Stadtentwicklung vom Quartiersmanagement Reuterkiez in Neukölln-Nord mit der Umsetzung der Maßnahme „Aufwertung und Umgestaltung Maybachufer“ beauftragt.

Das Maybachufer ist aufgrund seiner Dimension (Wasser-, Grün- und Verkehrsflächen), seiner Funktionen (Aufenthalt und Erholung, Verkehr, so genannter „Türkenmarkt“) und Lage (Nördlicher Rand Neuköllns zu Kreuzberg) von besonderer Bedeutung.

Durch gezielte Beteiligungsverfahren wurden die Entwicklungsnotwendigkeiten ermittelt und flossen in die Planung ein. Dadurch sollte eine deutliche Steigerung der Aufenthaltsqualität und der Nutzbarkeit des Straßenraums erreicht werden. Der Wasser zugewandte Gehweg wurde hergerichtet, parallel dazu erfolgten Baumpflanzungen, es wurden Querungshilfen in Form von Gehwegvorstreckungen geschaffen und der ruhende Verkehr neu geordnet. Zur Erhöhung der Attraktivität des Uferweges wurde an der Einmündung Liberdastraße eine ca. 75 m² große Terrasse errichtet, die einen angenehmen Aufenthalt und Ausblick auf den Landwehrkanal ermöglicht.

Die Maßnahme wurde aus Mitteln des Programms Stadtweite Maßnahmen und Soziale Stadt gefördert. Vorgabe war die Einbindung arbeitsmarktpolitischer Mittel im Sinne von beschäftigungswirksamen und berufsqualifizierenden Maßnahmen. Für das Maybachufer wurden daher verschiedene Vergabe-ABM konzipiert und durchgeführt. Ebenso wurden reparaturbedürftige Flächen mit einer wassergebundenen Decke versehen und vorhandenes Mosaikpflaster aufgenommen und neu verlegt.

Der 3. Bauabschnitt wurde am 1. Juni 2005 begonnen und zum 31.01.2006 weitestgehend fertig gestellt. Witterungsbedingt mussten danach noch einige Arbeiten durch die ausführende Firma fertig gestellt werden. In den zugehörigen AB-Maßnahmen wurden in dieser Zeit vierzig Arbeitnehmer beschäftigt, teilweise parallel dazu gab es eine zweite Maßnahme mit 15 Teilnehmern vom 01. Oktober 2005 bis ebenfalls 31. Januar 2006.

2.5 Bauliche Selbsthilfe

Der Geschäftsbereich Ausnahme & Regel verknüpft die soziale Stadterneuerung mit dem Schwerpunkt des Erhalts preiswerten Wohnraums für benachteiligte Bevölkerungsgruppen, die bauliche Selbsthilfe mit der sozialen Selbsthilfe und bezieht die dafür zuständigen Ressorts Jugend, Soziales, Arbeit, Kultur der öffentlichen Verwaltung mit ein.

Im Laufe der Jahre wurde eine Vielzahl von Selbsthilfeprojekten erfolgreich abgeschlossen. Die praktische Umsetzung des Selbsthilfegedankens führte und führt zu zusätzlichen positiven Nebeneffekten, wie die Gründung kleiner Firmen und Werkstätten oder die Initiierung von Sozial-, Jugend- und Kulturprojekten. Der hier entstandene Raum wird bestimmt von der Identität mit dem Geschaffenen. Selbsthilfe, Selbstverantwortung und Selbstverwaltung bilden die Garantie für Kontinuität in der Hausgemeinschaft und sind Bestandteil einer gewachsenen Stadtteilstruktur.

Durch den Wegfall von Fördermitteln sind derartige Projekte nur noch erschwert umsetzbar, Finanzierungen müssen überwiegend nichtstaatlich sein. Der Beratungs- und Unterstützungsbedarf von Trägern und Gruppen besteht weiterhin und nimmt gerade durch die schwierigeren finanziellen Rahmenbedingungen tendenziell zu.

Der Selbsthilfegedanke beeinflusst zurzeit stark die Diskussion um ein selbstbestimmtes Wohnen im Alter. Reine Unterbringung ist für viele ältere Menschen indiskutabel. Sie suchen nach neuen Wegen. Der Geschäftsbereich Ausnahme & Regel unterstützt sie dabei durch professionelle Hilfe und Beratung bei der Vorbereitung und Durchführung ihrer Projekte. Diese Projekte befinden sich gegenwärtig in der Vorbereitungphase.

Aktuell befindet sich ein generationsübergreifendes und integratives Wohnprojekt in der Gundelfinger Straße 11 im Bezirk Lichtenberg Ortsteil Karlshorst in der Umsetzung.

Das Gebäude der ehemaligen Gemeindeschule Friedrichsfelde verfügt über eine parkähnliche Freifläche, auf der sich auch die bestehende Turnhalle und 2 Nebengebäude befinden. Die Objekte sind sanierungsbedürftig. Bei dem Schulhaus handelt sich um ein repräsentatives 3-geschossiges Gründerzeitobjekt.

In dem Gebäude soll ein generationsübergreifendes und integratives Wohnprojekt entstehen, das Jung und Alt unter einem Dach Platz gibt und behinderte und pflegebedürftige Menschen in seine Gemeinschaft aufnimmt.

Individuell gestaltete Wohnungen bieten Rückzugsmöglichkeiten und werden durch gemeinschaftlich nutzbare Flächen ergänzt. Von den ca. 20 Nutzungseinheiten werden 13 Wohnungen barrierefrei (d. h. rollstuhlgerecht bzw. altengerecht) ausgebaut.

Das Souterrain, das Gartenhaus und die Turnhalle werden als Gemeinschaftsflächen nutzbar gemacht und sollen auch gemeinnützigen Trägern für kulturelle und sportliche Zwecke zur Verfügung stehen.

Die Mietergenossenschaft SelbstBau e.G. entwickelte die Idee, aus dem Objekt ein Mehrgenerationenhaus zu machen und bekundete Interesse. Das Objekt wurde durch die Stiftung trias vom Land Berlin erworben und wird über Erbpacht der Genossenschaft zur Verfügung gestellt.

Die Planung des Bauvorhabens erfolgte in frühzeitiger und enger Abstimmung mit den Nutzern/innen. Besonderer Schwerpunkt ist es, den Charakter des Hauses zu bewahren. So wurde das Raumgefüge erhalten, vorhandene Bauteile aufgearbeitet sowie Putz und Mauerwerk mit historischen Materialien repariert. Im Rahmen der Baumaßnahme wird das gesamte Gebäude saniert, die Turnhalle grundsaniert.

Die Finanzierung erfolgt durch die Kombination aus Mitteln des Förderprogramms „Wohnungspolitische Selbsthilfe“ der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und einem Bankdarlehen, einer AB-Maßnahme, deren Initiator und Träger die Stiftung SPI ist und geringen baulichen Eigenleistungen der Nutzer/innen.

2.6 Selbsthilfe im Wohnungsneubau

Die Stadt soll für alle Bevölkerungsgruppen attraktiv sein und bleiben. Dieses Ziel und die Tatsache, dass es auch in Zeiten erhöhten Wohnungsleerstands nach wie vor problematisch ist, Obdachlose und andere bei der Versorgung mit Wohnraum benachteiligte Gruppen mit bezahlbarem Wohnraum zu versorgen, veranlasst den Geschäftsbereich Ausnahme & Regel, auch im Rahmen des Wohnungsneubaus weiterführende Handlungsmodelle zu entwickeln und umzusetzen.

Es konnten in Kooperation mit den ehemals städtischen Wohnungsbaugesellschaften Erfahrungen beim Einsatz von baulicher Selbsthilfe im Wohnungsausbau durch freie Träger der Sozial-, Jugend- und Gesundheitshilfe gesammelt werden. Als Ergebnis des Bauvorhabens wurden die Einstiegsmieten deutlich gesenkt.

Ein weiteres Neubauprojekt diente der Versorgung obdachloser bzw. von Obdachlosigkeit bedrohter Familien mit Wohnraum, wobei der Geschäftsbereich nach der Konzeptionierung den Einsatz der baulichen Selbsthilfe der zukünftigen Mieter bei der Umsetzung der verdichteten Einfamilienhausbauweise organisiert hat.

Aktuell engagiert sich der Geschäftsbereich Ausnahme & Regel bei der Entwicklung von kinder- und familienfreundlichen Wohnprojekten.

Das Anliegen ist selbstgenutztes Wohneigentum für junge Familien mit Kindern zu schaffen. Es soll eine finanzierbare Alternative zur Sozialwohnung in kinderfreundlicher Umgebung auch für jene Personen darstellen, die sich bisher wegen der mit dem Bau und der Finanzierung verbundenen Schwierigkeiten nicht zutrauten oder in der Lage sahen, den Schritt zum

Wohneigentum zu gehen. Der Geschäftsbereich Ausnahme & Regel wird im Rahmen dieses Projekts den Baufamilien Möglichkeiten aufzeigen und durch die Übernahme der Projektorganisation und -steuerung die mit dem Bauen und dem Finanzieren verbundenen Risiken minimieren. Ein wesentlicher Baustein, um diese Schwelle zu senken, ist der teilweise oder vollständige Ersatz von, in dieser Einkommensgruppe oft nicht vorhandenem, Eigenkapital durch Selbsthilfe, der Ersatz der Bankhypothek durch die „Muskelhypothek“.

Unabhängig von der Art der Durchführung geht es im Wesentlichen um

- die modellhafte Gestaltung und Aneignung sozialer Räume,
- die Übernahme von Verantwortung,
- bauliche Selbsthilfe - die Selbstnutzer bauen selber,
- Wohnen in der Nachbarschaft - eine gemeinschaftliche Wohnform,
- die Aneignung des Wohnumfeldes durch die Kinder,
- die Revitalisierung sozialer Beziehungen,
- die Ausstrahlung des Modellprojektes auf das unmittelbare Wohnumfeld.

Neben dem innerstädtischen Wohnen ist dieses Modell auf andere Teile der Stadt übertragbar. Speziell die Großsiedlungen im Ostteil der Stadt bieten sich dafür an. Zum einen gibt es diverse Flächen mit offenen Nachnutzungs- und Verwertungsfragen, zum anderen stellt das Modell, wo städtebaulich vertretbar, eine Diversifizierung des oft monostrukturierten lokalen Wohnungsangebotes dar und kann zur Bindung von Familien an das Quartier dienen.

Ein weiteres Beispiel für die Unterstützungsarbeit des Geschäftsbereichs bei der Qualifizierung von Projekten ist das Passivhaus-Vorhaben im Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg Ortsteil Friedrichshain.

Die ursprünglich aus nur 2 ökologisch motivierten Personen bestehende Gruppe war auf der Suche nach einer innerstädtischen Baufläche, um ein Neubauprojekt zu realisieren, das nicht nur Solar- oder Niedrigenergiehaus ist, sondern dem Passivhausstandard entspricht. Derartige Projekte wurden bisher in Berlin lediglich in kleineren Maßstäben (Einfamilienhäuser, Reihenhäuser) realisiert. Insofern stellt die Mehrfamilienorientierung eine Besonderheit dar.

Der inzwischen deutlich angewachsenen Gruppe ist es gelungen in der Bänschstraße 8/10 ein derzeit untergenutztes Grundstück für ihre Zwecke zu sichern. Hier soll das Vorhaben mit 19 Wohneinheiten ab Ende 2006 realisiert werden. Die Kombination von ökologisch verantwortlichem und innovativem Konzept und familientauglichen Grundrissen an einem innerstädtischen Standort stellen einen Baustein zur Attraktivierung der Stadt für alle Bevölkerungsgruppen dar. So lassen sich Abwanderung ins Umland und Segregation in den städtischen Altbauquartieren stoppen.

2.7 Das Treuhandmodell

Das vom Geschäftsebreich Ausnahme & Regel entwickelte und mehrfach erfolgreich praktizierte Treuhandmodell hat das Ziel, bezahlbare Mieten zu erhalten, den Wohnstandard und das Stadtbild zu verbessern und die ansässigen Mieter an das Gebiet zu binden. Grundlage ist eine bewohnergetragene und kostengünstige Sanierung, die an unsere Erfahrungen aus der baulichen Selbsthilfe anknüpft.

Erreicht wird dies durch die frühzeitige Einbeziehung aller Beteiligten, vor allem der Mieter/innen in das Verfahren sowie durch intensive Beratung und enge Kooperation mit den zuständigen Mietervertretungen und -beratungsgesellschaften. Die Verknüpfung der verschiedenen zur Verfügung stehenden Finanzmittel und die Durchführung von Arbeiten durch die Mieter/innen selbst, mit Unterstützung von Beschäftigungs- und Qualifizierungsmaßnahmen, bilden den zentralen Punkt des Verfahrens.

Dieses Verfahren gewinnt in den Zeiten von neuer Armut und Sozialreformen wieder zunehmend an Bedeutung. Speziell durch die Hartz IV-Reform wird die zulässige Mietbelastung in Zukunft verstärkt wieder Thema für viele Haushalte sein.

Die im Treuhandvermögen des Geschäftsbereichs befindlichen Objekte werden sukzessive - entsprechend den Auflagen des Baugesetzbuches und orientiert an der Bewohnerstruktur des jeweiligen Hauses - privatisiert. Aufgrund der teilweise sozial benachteiligten Bewohnerschaft wird ein bereits erprobtes Verfahren zur dauerhaften Sicherung günstigen Wohnraums in Kooperation mit der gemeinnützigen GSE zum Einsatz gebracht. Die Objekte werden durch diese, als Treuhänder des Senats, dauerhaft für am Wohnungsmarkt Benachteiligte gesichert.

Aktuell saniert der Geschäftsbereich Ausnahme & Regel das Wohnhaus Voltastraße 34 in Berlin-Mitte, Ortsteil Wedding.

Das Gebäude liegt im ehemaligen Sanierungsgebiet Brunnenstraße des Bezirks Mitte, in unmittelbarer Nähe zum Bezirk Pankow, Ortsteil Prenzlauer Berg. Die Gesamtsituation des Gebiets ist unter sozialen Gesichtspunkten eher kritisch zu sehen. Von Seiten der Senatsverwaltung und des Bezirks gibt es daher auch die Absicht, ein Stadtteilmanagementverfahren einzurichten.

Das 1896 in traditioneller Bauweise errichtete Wohnhaus Voltastr. 34 besteht aus einem Vorderhaus mit 8 Wohneinheiten in den Obergeschossen, im Erdgeschoss befinden sich zwei Garagen und eine Gaststätte. Der Zustand ist insgesamt stark sanierungsbedürftig. Das Gebäude ist Bestandteil eines Ensembles von 4 zusammenhängenden Objekten, die durch den Geschäftsbereich über einen längeren Zeitraum sukzessive saniert wurden bzw. werden.

Die Bewohner/innen sind überwiegend Personen nichtdeutscher Herkunft. Ihre soziale Situation ist als schwierig einzustufen. Viele Familien leben von Sozialhilfe, die Arbeitslosenquote ist hoch. Ziel der Sanierung ist es den bisher schlechten Wohnstandard zu verbessern, die Mieter/innen in die Sanierung einzubinden und einen möglichst geringen Mietenanstieg zu erreichen, um die Mieter/innen damit im Objekt zu halten bzw. ihre Gebietsbindung zu erhöhen.

Die acht Wohnungen im Vorderhaus und der Laden sowie die Gewerberäume werden modernisiert und instandgesetzt. Bäder und Küchen werden erneuert. Das Haus wird an eine zentrale Gasheizungsanlage mit Warmwasserversorgung angeschlossen, die aus Gründen der Kostenminimierung für die 4 zusammenhängenden Objekte ausgelegt ist.

Die Mieter/innen, die in Zusammenarbeit mit der Mieterberatung zum großen Teil in die bereits sanierten Häusern Voltastraße 31-33 umgesetzt wurden, haben in diesen Häusern ihren Eigenleistungsanteil erbracht. Dies führte, wie beabsichtigt, zu den sozial verträglichen niedrigen Mieten. Durch die konsequente Einbindung der Mieter/innen wurden die im Konzept vorgegeben Ziele erreicht. Die Fluktuation in den Häusern ist, bezogen auf das Quartier, minimal, die Zufriedenheit mit der Wohnsituation ungewöhnlich hoch.

Mit Abschluss der Bauarbeiten und dem Wiedereinzug der Mieter/innen ist im September 2006 zu rechnen, die Arbeiten an den Außenanlagen und die Neugestaltung des Gartens werden voraussichtlich Ende des Jahres beendet werden können.

2.8 Sonderprojekte - Projekte, die in kein Raster passen

Im Rahmen seines Auftrags hat der Geschäftsbereich Ausnahme & Regel oft die Aufgabe des stadtweit tätigen Problemlösers für die unterschiedlichsten Gruppen auf Grundstücken und in Objekten übernommen. Die Projekte passen in kein Raster, weder in die bestehende Förderlandschaft der Verwaltungen noch in einen bestimmten Haushaltstitel der Fachressorts. Die Bandbreite reicht vom Umbau einer ehemaligen Montagehalle zu einer Kultur- und Mehrzweckhalle im Rahmen eines Selbsthilfeprojekts, über die Entwicklung eines generationenübergreifenden Wohnmodells im Rahmen eines Neubaus bis zur Sanierung einer alten Fabrikantenvilla zu einem Qualifizierungs- und Wohnprojekt für Jugendliche.

Die Funktion des im gesamten Stadtgebiet aktiven Problemlösers umfasst ein sehr weit gefächertes Spektrum von Einzelprojekten. Gemeinsam ist den meisten Projekten, dass es sich um die Sanierung und langfristige Sicherung von Wohn- und/oder Gewerberaum für freie

Träger der Jugend- und Sozialhilfe oder kulturelle/sozio-kulturelle Initiativen handelt. Für einige der aufgeführten Adressen bedeutet dies auch Nutzungs- und damit verbundene Finanzierungsmöglichkeiten im Rahmen einer Projektentwicklung zu entwickeln.

Angesichts der Haushaltssituation Berlins gewinnt die Bewirtschaftung der von Trägern und anderen Gruppen genutzten öffentlichen Gebäude ohne laufende Bezuschussung immer größeres Gewicht. Das Kooperationsmodell Ausnahme & Regel und GSE, bei dem neben der gemeinsamen Projektentwicklung der Geschäftsbereich die Sanierung und Substanzsicherung organisiert und durchführt, die GSE die Objekte nach wohnungswirtschaftlichen Kriterien bewirtschaftet, hat über die Pilotprojekte Kulturhaus Kyffhäuserstr. 23 in Schöneberg und Kunsthaus Nonnendamm 17 in Charlottenburg hinaus eine breite Akzeptanz gefunden. Mehrere Objekte in verschiedenen Bezirken sind hinzugekommen.

Aktuelles Beispiel für dieses Modell ist das FreizeitForum Marzahn (FFM) Bezirk Marzahn-Hellersdorf.

Das Freizeitforum Marzahn (FFM) ist ein Mitte der 80er Jahre konzipiertes Wohngebietszentrum, das kurz nach der Wende fertig gestellt wurde. Auf einer Fläche von rd. 18.000 m² wurden hier eine Jugendfreizeiteinrichtung, ein Schwimmbad, eine Bowlingbahn, eine Sporthalle, eine Bibliothek, ein Restaurant sowie eine Studiobühne mit ca. 80 Plätzen und ein Veranstaltungssaal mit bis zu 400 Plätzen errichtet. Im Komplex befinden sich auch einige Büroräume. Das Gebäude liegt am nördlichen Ende der Marzahner Promenade. Im Rahmen der von der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und der IHK getragenen Initiative „Mittendrin in Berlin“, hier Entwicklung der Marzahner Promenade, spielt das FFM eine wichtige Rolle als Ort, von dem eine Belebung der Marzahner Promenade ausgehen kann. In seiner Rolle als Treffpunkt für Kinder und Jugendliche, für Erwachsene und für Ältere übernimmt das FFM eine zentrale Funktion als Teil der sozialen Infrastruktur des Bezirkes Marzahn Hellersdorf.

Das Gebäude befand sich bis Mitte der 90er Jahre im Fachvermögen der Senatsverwaltung für Kultur und wurde dann in das Vermögen des Bezirkes übertragen. Durch die schlechte finanzielle Lage des Landes Berlin im allgemeinen und des Bezirkes Marzahn-Hellersdorf im besonderen war der weitere Betrieb des Hauses akut gefährdet. Durch ein Interessenbekundungsverfahren wurde der weitere Betrieb des Gebäudes mit dem Ergebnis ausgeschrieben, dass seit dem Sommer 2004 die GSE die Bewirtschaftung der Immobilie auf der Grundlage eines Geschäftsbesorgungsvertrages übernommen hat.

Im Rahmen der vom Geschäftsbereich Ausnahme & Regel und der GSE gemeinsam und in enger Kooperation mit dem Bezirksamt betriebenen Projektentwicklung ist im Oktober 2004 ein Nutzungskonzept erarbeitet worden, dessen Zielrichtung neben der Herstellung eines zeitgemäßen Brandschutzes und der behindertenfreundlichen Erschließung des Gebäudes in einer Erhöhung der Wirtschaftlichkeit des Gebäudes und einer attraktiveren Gestaltung des Umfeldes besteht. Das Konzept zur langfristigen Sicherung dieses für Marzahn-Hellersdorf wichtigen Standorts der sozialen Infrastruktur hat der Bezirk mit Beschlüssen der BVV und des Bezirksamtes zur Grundlage der weiteren Entwicklung erklärt.

Die vertraglichen Grundlagen für diese langfristige Sicherung werden von den Verfahrensbeteiligten momentan erarbeitet. Dieser Baustein zur Infrastruktur- und Wohnumfeldverbesserung trägt neben anderen Maßnahmen dazu bei, dem weiteren Wegzug der Bevölkerung vorzubeugen und die Lebensqualität, vor allem auch für Familien, zu erhöhen.

Aktuelles Beispiel für Sonderprojekte ist auch das Projekt Ehemalige Zwangsarbeiterlager Britzer Str. 5 im Bezirk Treptow, bei dem Baracken zu einem Dokumentationszentrum umgebaut werden.

Im Jahr 1993 wurde von engagierten Bürgern in Berlin Treptow, Ortsteil Niederschöneweide das letzte noch komplett erhaltene Zwangsarbeiterlager Berlins entdeckt. Zwischen den Wohnbauten erstreckt sich ein Gelände aus dreizehn symmetrisch angelegten Steinbaracken, die teilweise von verschiedenen kleinen Werkstätten und Einrichtungen genutzt werden.

Gebaut wurde das Lager ab 1943 vom Generalbauinspektor der Behörde Albert Speers für über 2000 ausländische Arbeitskräfte. In sechs - heute leer stehenden - Baracken des „Italienerlagers“ lebten neben rund 500 italienischen auch französische und belgische Zwangsarbeiter. In der anderen Hälfte des Doppellagers 75/76 dienten zwei Baracken zeitweise als Außenlager des Konzentrationslagers Sachsenhausen für weibliche Häftlinge, die bei der Batteriefabrik Pertrix arbeiten mussten.

Auf einer Teilfläche (Britzer Straße/Köllnische Straße) befinden sich noch sechs der ursprünglichen Baracken. Bis zur Wende wurde dieser Teil des Grundstücks durch das Ministerium für Gesundheit der DDR für die Impfmittelproduktion- und -forschung genutzt und ging bis August 2000 in das Eigentum des Bundesgesundheitsministeriums (Robert-Koch-Institut) über. Augenblicklicher Eigentümer ist die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben. Die Gebäude stehen leer.

Trotz baulicher Änderungen ist der Charakter der seit Juli 2001 mit einer Gedenktafel markierten Anlage noch deutlich erkennbar. Als letztes von über 1.000 Berliner Lagern steht das gesamte 3,3 ha. große Ensemble seit 1995 unter Denkmalschutz.

Im Jahr 2001 gründete sich unter Beteiligung des BA Treptow-Köpenick, des Sanierungsbeauftragten, der Berliner Geschichtswerkstatt und des Bundes der Antifaschisten ein Förderkreis, der es sich zur Aufgabe gemacht hat, an dieser Stelle eine Gedenkstätte zur Geschichte der Zwangsarbeit in Berlin einzurichten.

Dieses Ziel hat der aus dem Förderkreis entstandene Förderverein fast erreicht. Im Dezember 2004 erstellte die Senatsverwaltung für Wissenschaft, Forschung und Kultur zusammen mit der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung einen Bericht für das Abgeordnetenhaus, der den weiteren Fortgang des Projektes sicherte.

In Niederschöneweide wird ein Dokumentations- und Begegnungszentrum zur Zwangsarbeit eingerichtet. Träger ist die Stiftung Topographie des Terrors. Die Kosten des Zentrums trägt ab dem Jahr 2006 die Senatskulturverwaltung. Der Geschäftsbereich Ausnahme & Regel übernimmt die bauliche Umgestaltung der Baracken und des Geländes, finanziert durch die Förderung der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und dem Bezirksamt Treptow-Köpenick. In regelmäßigen Abstimmungen zwischen den Beteiligten, der Senatsverwaltungen für Stadtentwicklung und Kultur, dem Bezirksamt, dem Nutzer, der Sanierungsbeauftragten für Niederschöneweide und dem Förderverein wird für den ersten Bauabschnitt der Umbau von 2 der insgesamt 6 Baracken sowie die Gestaltung der Freiflächen durchgeführt. Im Spätsommer 2006 wird die Schlüsselübergabe an die Stiftung Topographie des Terrors erfolgen.

2.9 Aktivitäten im Land Brandenburg

Seit dem Jahr 2001 ist der Geschäftsbereich Ausnahme & Regel auch im Land Brandenburg aktiv. Die Praxis mit dem Modell der baulichen Selbsthilfe und die Tätigkeiten des Geschäftsbereichs in den Verfahren der integrierten Stadtteil- und Standortentwicklung (im Rahmen von Wohnumfeldverbesserung und Quartiersmanagement) werden auf die spezifisch brandenburgischen Aufgabenstellungen sowie Rahmen- und Förderbedingungen hin angewandt und weiterentwickelt. Zur Erfüllung dieser Aufgaben ist der Geschäftsbereich als treuhänderischer Sanierungsträger in Brandenburg anerkannt.

Der Geschäftsbereich arbeitet bei den Projekten im Regelfall in enger Kooperation mit der Niederlassung Brandenburg der Stiftung SPI, die selber Träger von Kinder- und Jugendeinrichtungen ist bzw. das Land und die Kommunen in jugendpolitischen Fragen berät.

Erfahrungen hat der Geschäftsbereich u. a. in der Zusammenarbeit mit einem großen lokalen Jugendhilfeträger in Cottbus gesammelt, der ein ehemaliges Freibad zu einer Jugend- und Familienbegegnungsstätte entwickeln will. Der Geschäftsbereich hat im Rahmen einer Machbarkeitsstudie bauliche und finanzielle Aspekte der Sanierung und Trägerschaft durch einen Verbund lokaler Akteure untersucht und eine Entscheidungsgrundlage für Träger und

Kommune erarbeitet. Teile des Vorhabens werden im Rahmen des Programms ZIS (Zukunft im Stadtteil) umgesetzt.

Aktuell kooperiert der Geschäftsbereich im Landkreis Teltow-Fläming mit dem Sozialwerk einer Freikirche bei der Entwicklung eines kombinierten Wohnprojektes für junge Alleinerziehende und familiengerechtes Wohnen in der Blankenseer Chaussee 2-4 in Trebbin/OT Glau.

Das Vorhaben befindet sich auf einem Areal, das in den 20er Jahren des letzten Jahrhunderts als religiös motivierter Wohnungsbau in Form einer Gartenstadt unter dem Namen „Friedensstadt“ vor den Toren Berlins konzipiert wurde. Es liegt südlich von Berlin bei Trebbin im Ortsteil Glau inmitten von Wald- und Landwirtschaftsflächen. Die Nutzung der Flächen durch die sowjetische Armee veränderte bzw. ergänzte auch die Baustruktur. So sind einige Plattenbauten zu Wohnzwecken entstanden. Es handelt sich bei diesen Typenbauten um dreigeschossige Zeilen, die sich in keinem besonders guten baulichen Zustand befinden. Für die Objekte gibt es gegenüber dem Land Brandenburg eine Sanierungsverpflichtung.

Das geplante Projekt bezieht sich auf eines der beiden Gebäude, das nicht mehr bewohnt ist. Der Zeilenbau soll nach Sanierung zu einem Drittel für Wohnzwecke der ansässigen Bevölkerung, zu zwei Dritteln für ein Wohnprojekt für junge Alleinerziehende, im Regelfall junge Mütter, aus dem Landkreis genutzt werden.

Die Sanierung des familienorientierten Wohnteils soll unter Einbeziehung der Mieter/innen erfolgen. Eine Befragung wurde hierzu bereits durch den Eigentümer durchgeführt. Ziel der Sanierung für den Wohnungsteil ist es, familientaugliche Grundrisse zu schaffen, die Mieter/innen im Bestand halten zu können und unter der Berücksichtigung der sozialen Situation der Einzelnen niedrige Mieten aufrecht zu erhalten. Dazu müssen Grundrisse zusammengelegt werden. Die Flächen für das Alleinerziehendenprojekt werden etagenweise wohngemeinschaftsähnlich umgestaltet. Zusätzlich müssen einige Räume für Verwaltung und Betreuung ausgebaut werden.

Der baujahrbedingte Zustand des Gebäudes macht eine thermische Dämmung und die Erneuerung der technischen Medien erforderlich.

Eigentümer ist das Sozialwerk der Johannischen Kirche. Träger des Projekts für junge Alleinerziehende soll die Niederlassung Brandenburg der Stiftung SPI werden.

Die Finanzierung erfolgt voraussichtlich überwiegend durch Kreditaufnahme und zum geringeren Teil durch Selbsthilfe der Wohnungsmieter (ca. 10 %). Arbeitsmarkt- und sozialpolitisch wirksame Maßnahmen sollen, wo möglich, ergänzend eingesetzt werden.

Gemeinsam mit dem Eigentümer und der Niederlassung Brandenburg der Stiftung SPI wird derzeit an der weiteren Konkretisierung des Nutzungs- und Finanzierungskonzeptes gearbeitet.

Jahresbericht 2005/2006

Soziale Räume & Projekte

Gesundheit

Sucht, Psychiatrie, Krisen und Prävention

- Regionen

Lebenslagen

- Jugend, Familie und Alte
- Arbeit, Ausbildung und Beruf
- Demographischer Wandel und Haushalte mit Transfereinkommen

Einführung

Mit Zuversicht in die Zukunft - Mitarbeitermotivation in sozialen Einrichtungen

Motivation und Arbeitseinsatz

Anfang des Jahres 2005 stellte die Unternehmensberatung GALLUP in Potsdam die Ergebnisse einer Umfrage über die Motivation bei deutschen Arbeitnehmern vor. Die vorgestellten Daten weisen auf eine Misere hin, die einen enormen gesamtwirtschaftlichen Schaden verursacht: nur 12 % der Arbeitnehmer sind engagiert bei der Arbeit, 70 % machen Dienst nach Vorschrift und 18 % haben bereits innerlich gekündigt. Fehlendes Engagement führt zu hohen Fehlzeiten und niedriger Arbeitsproduktivität. Laut GALLUP entsteht der Wirtschaft ein Schaden von 250 Milliarden Euro (entspricht dem Bundeshauhalt für 2004).

GALLUP nennt schlechtes Management als wichtigen Grund für die Frustration vieler Mitarbeiter. Steigende Unsicherheit im Beruf, eine sich immer mehr beschleunigende Arbeitswelt, das Problem der Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie die Veränderung der Ansprüche der Arbeitnehmer sind Ursache für die sinkende Motivation. Es gibt viele Wege, mit zufriedenen Mitarbeitern mehr Engagement, Leistung, weniger Fehlzeiten, ein besseres Betriebsklima und eine höhere Kundenzufriedenheit zu erreichen.

Wir wissen aus der Motivationsforschung, dass der Mensch von sich aus sein Bestes geben will, arbeiten möchte, Einsatz zeigen und dabei Spaß und Freude erleben will. Wenn man versucht, Mitarbeiter gezielt zur Arbeit zu motivieren, wie das in vielen Betrieben recht systematisch versucht wird, unterstellt schon allein dieses Vorhaben den Arbeitnehmern, dass sie eigentlich nicht die erwarteten Leistungen erbringen wollen und mit ausgeklügelten Tricks „angekurbelt“ werden müssten. Ausgeklügelte Prämiensysteme, Verhaltensregeln für Führungskräfte, spitzfindige Kontrollsysteme sollen dazu dienen die Mitarbeiterschaft zu motivieren, unterstellen aber immer wieder, dass Menschen zur Arbeit motiviert werden müssten. Das dieser Grundhaltung innewohnende Menschenbild kann eigentlich nur auf dem Mist von Selbstentwertern gewachsen sein.

Untersuchungen in der Motivationsforschung weisen darauf hin, das viele auch unzufriedene, Mitarbeiter nicht etwas motiviert werden müssen, sondern dass lediglich nach den Gründen für die Unzufriedenheit geforscht werden sollte. An erster Stelle, so stellt es jedenfalls die Motivationsforschung dar, steht das demotivierende Verhalten der zuständigen Führungsperson und eine entwertende Haltung den Mitarbeitern gegenüber. Die Ergebnisse sind dabei recht einleuchtend: zu viele detaillierte Vorschriften und damit Beschneidung des eigenen kreativen Potenzials, für Aufgaben eigene Lösungen zu erarbeiten.

Engagierte Mitarbeiter sind immer solche, die ihre Ideen einbringen können, die in ihren Ressourcen gefordert sind, die auch in der Freizeit über die Lösung eines Problems spielerisch nachdenken. Wo der Arbeitsprozess zur Ausführung von Anweisungen verkommt, fehlt der Spaß, die Arbeitszeit wird abgesessen, Freude kommt erst wieder auf, wenn sie vorbei ist. In einer solchen Atmosphäre pfeift keiner vor sich hin oder sprüht vor Heiterkeit und Lebensfreude. Jeder Telefonanruf wird zu einer Zumutung, jegliche Kundschaft stört.

Gerald Wood, Geschäftsführer von GALLUP Deutschland, meint, dass es in vielen Betrieben an den einfachsten Dingen fehlt: Mitarbeiter werden nicht geschätzt, nicht informiert, ihre Arbeit wird nicht anerkannt und sie arbeiten oft unter schlechten Rahmenbedingungen. Die Geschäftsführung agiert oft weit entfernt von den eigenen Mitarbeitern. Der erste Schritt könnte sein, den Versuch zu unternehmen, mit der Demotivation aufzuhören. Der zweite Schritt könnte zur gezielten Mitarbeiterbegeisterung führen.

Stufen für Mitarbeitermotivierung

Cay v. Fournier skizziert drei Stufen, die zur Mitarbeiterbegeisterung führen.

Erste Stufe - Das körperliche (materielle) Wohlbefinden.

Zur Zufriedenheit gehören:
- gute Bezahlung,
- gute Infrastruktur,
- gesicherter Arbeitsplatz,
- flexible Arbeitszeiten,
- geregeltes Betriebsklima,
- Kundenzufriedenheit.

D. h., die Rahmenbedingungen müssen stimmen. Nur wer zufrieden mit seiner Arbeit ist, kann eine gesunde Motivation entfalten.

Zweite Stufe - Das geistige (emotionale) Wohlbefinden

Dazu gehören:
- klare Ziele, Aufgaben und gute Information,
- gute Führung,
- Mitgestaltungsmöglichkeiten,
- Anerkennung für geleistete Arbeit,
- Aus- und Weiterbildungsangebote,
- gutes Betriebsklima,
- sehr gute Kundenzufriedenheit.

D. h., Motivation wird dadurch befördert, dass auch das geistige und emotionale Umfeld stimmt und die Mitarbeiter das Gefühl haben, ihre Arbeit mitgestalten zu können.

Dritte Stufe - Das seelische Wohlbefinden

Dazu gehören:
- sinnvolle Arbeit,
- persönliche Freiheit und Verantwortung,
- Möglichkeiten die eigenen Talente zu entfalten,
- Vertrauenskultur,
- Kunden werden zu Freunden.

Auf dieser dritten Stufe entsteht ein seelisches Wohlbefinden, eine Identifikation der Mitarbeiter mit dem Unternehmen. Es wird deutlich, dass ein solcher Zustand nicht angeordnet oder eingefordert, sondern lediglich entwickelt werden kann.

Vom Arbeitnehmer zum „Mitunternehmer“ - Das Arbeitskraftunternehmer-Modell

Dieter Weiland schreibt über einen Leittypus des Arbeitnehmers, nämlich den Arbeitskraftunternehmer (AKU). Dieser unterhält wie ein herkömmlicher Unternehmer eine Art Betrieb, in dem es um die Herstellung und Vermarktung eines eher besonderen Produktes geht, nämlich der eigenen Arbeitskraft.

Dazu braucht ein Arbeitnehmer folgende Qualifikationen:

- Er muss die Fähigkeit zur Selbst-Produktion besitzen. Gefragt sind Autonomie, Selbstständigkeit, Selbstkontrolle und Selbstdisziplin. Der Arbeitnehmer muss in der Lage sein, seine Leistungen selbstständig und zweckgerichtet aktiv vorzuhalten. Dazu muss er seine Arbeitsleistungen selbst steuern und überwachen können.

- Der Arbeitnehmer muss die Fähigkeit zur Selbst-Vermarktung haben. D. h., er muss in der Lage sein, seine Leistungen auf betrieblichen und überbetrieblichen Märkten kontinuierlich, aktiv und effizient anzubieten. Er muss ständig überprüfen, ob und in welcher Form seine

Leistungen gebraucht und effektiv eingesetzt werden. Dazu benötigt er Lernfähigkeit, Innovationsfähigkeit, Teamfähigkeit und Projektorientierung.

– Der Arbeitnehmer muss die Fähigkeit zur Selbst-Organisation haben. D. h., er muss seinen Alltag und seine Lebensrealität systematisch an die Anforderungen der Arbeitsprozesse anpassen. Nur wenn er in der Lage ist, seine Lebenszusammenhänge auf die Erfordernisse der Arbeit einzustellen, kann er mithalten. Gefragt sind Flexibilität und Dynamik.

Die Fähigkeiten 1-3 erfordern Schlüsselqualifikationen, die bereits im Rahmen von Bildung und Ausbildung vermittelt, respektive erworben werden müssen. An dieser Stelle treffen sich die Anforderungen auf dem Arbeitsmarkt mit den Anforderungen, die in der gegenwärtigen Bildungsdiskussion dominieren: Autonomie, Selbstständigkeit, Innovation, Lernfähigkeit, Flexibilität, Teamfähigkeit, Selbstorganisation.

Die oben beschriebenen Fähigkeitsprofile kann jeder Mitarbeiter als echter „Selbstunternehmer“ als gestaltendes Element seiner eigenen Erwerbstätigkeit vorhalten und quasi auf dem freien Markt anbieten.

Eine andere Möglichkeit besteht jedoch darin, die Fähigkeitsprofile im eigenen Betrieb vorzuhalten und weiterzuentwickeln und damit den Entwicklungsschritt vom Mitarbeiter zum „Mitunternehmer“ zu vollziehen. Dieser unterscheidet sich vom typisch abhängig Beschäftigten, wie er besonders durch den öffentlich Bediensteten charakterisiert wird, in einem erheblichen Maße. Wenn wir davon ausgehen, dass - wie unter 2. beschrieben - die Motivation möglichst aller Beschäftigten auf den drei Ebenen in einem hohen Maße am Wohlbefinden orientiert sein sollte, wird klar, dass es einer gezielten innerbetrieblichen Entwicklungsförderung bedarf, um das zumindest bei einem Teil der Mitarbeiter zu erreichen.

Modellprojekt „Kompetenzen für die Zukunft - Lernen im Betrieb“

Der Modellversuch „Kompetenzen für die Zukunft - Lernen im Betrieb“ ist ein Versuch in diese Richtung und soll deshalb im Folgenden näher erläutert werden.

Der Geschäftsbereich hatte seit Anfang des Jahres 2005 die Möglichkeit, an dem genannten Modellprojekt, das durch die „Stiftung Brandenburger Tor“ finanziert wird, teilzunehmen.

Im Rahmen des Modellprojektes werden in Unternehmen verschiedener Branchen und unterschiedlicher Größe arbeitsbegleitende Lernformen angeboten, um die Betriebe und ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter darin zu unterstützen, überfachliche Kompetenzen zu erwerben. Im Mittelpunkt steht dabei die Unterstützung zur Selbstorganisation. Es geht dabei sowohl um die persönliche Weiterentwicklung (Selbst-Kompetenz) als auch um die Kompetenz der Teams und der Organisation.

Ziel im Geschäftsbereich Soziale Räume und Projekte war es besonders, die Ressourcen möglichst aller Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in die tägliche Arbeit und auch möglichst in alle anstehenden Entwicklungsaufgaben einfließen zu lassen, die „Mitunternehmer“-Anteile gezielt zu fördern und zu entwickeln.

Im Rahmen mehrerer Workshops wurden zunächst die Ressourcen innerhalb der Organisation aufgespürt und der Versucht unternommen, die positiven Erfahrungen auf andere Entwicklungen, die besonders das innerbetriebliche Informationsmanagement und die Organisationskompetenz betreffen, anzuwenden. Kernpunkt war dabei, die verantwortliche Einbeziehung möglichst vieler Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Für die einzelnen Veränderungs- und Entwicklungsprojekte stand stets die externe Projektbegleitung zur Verfügung. Weitere Entwicklungsimpulse brachte auch ein überbetrieblicher Erfahrungsaustausch.

Ende des Jahres 2005 wurden im gesamten Geschäftsbereich unter Einbeziehung aller Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter Entwicklungsrichtungen, die für die Zukunftsfähigkeit des Geschäftsbereiches als innovativer sozialer Dienstleister, unbedingt bearbeitet und verfolgt

werden müssen, identifiziert. Im Rahmen eines sogenannten Zukunftszirkels haben dann Kolleginnen und Kollegen für die Weiterentwicklung einzelner Themen persönliche Verantwortung übernommen. Die Bearbeitung wird in Kleingruppen auf freiwilliger Basis übernommen, mit der Geschäftsbereichsleitung abgestimmt und wiederum durch die externe Projektbegleitung unterstützt.

Gegenwärtig deutet sich an, dass der skizzierte Weg zu einem breiten und innovativen Engagement vieler Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter geführt hat. Eine Fülle von Ideen und Vorschlägen fließt in die praktische Projektarbeit ein. Zukunftsrelevante Themen werden kontinuierlich bearbeitet und der persönliche Einsatz für die Weiterentwicklung des eigenen Projektes, des Geschäftsbereiches und der Stiftung hat deutlich zugenommen. Die gegenwärtige Atmosphäre spricht für eine gesteigerte Mitarbeiterzufriedenheit.

Stiftung SPI

Jahresbericht 2005/2006

Soziale Räume & Projekte

Gesundheit

Sucht, Psychiatrie, Krisen und Prävention

- Regionen

Zuordnung Projekte

I. Kernbereich Gesundheit
Sucht, Psychiatrie, Krisen und Prävention

Region Nord

1. Drogenberatung NORD
2. Substitutionsprojekt „Nordimpuls“
3. STAB Suchtberatungsstelle Pankow
4. Tagesstätte Pankow
5. Betreutes Einzelwohnen Pankow
6. Kontakt- und Begegnungsstätte „Café 157“

Region Lichtenberg-Hohenschönhausen

7. Integrierte Suchtberatung Lichtenberg
8. Kontaktladen „enterprise“
9. Betreutes Einzelwohnen Lichtenberg
10. Tagesstätten Lichtenberg-Hohenschönhausen
11. TWG „Arche“

Region Friedrichshain-Kreuzberg

12. Suchtberatungsstelle Friedrichshain
13. Betreutes Einzelwohnen Friedrichshain-Kreuzberg
14. Wohngemeinschaft „Übernberg“
15. Tagesstätte Friedrichshain

Region Treptow-Köpenick

16. Haus Strohhalm - Sozialtherapeutisches Wohnen
17. Treffpunkt Strohhalm

I. Kernbereich Gesundheit

Region Nord

1. Drogenberatung NORD

Die Drogenberatung NORD ist seit dem Jahr 1984 im Norden Berlins tätig. Sie gewährleistet für die Region Reinickendorf/Pankow die ambulante Grundversorgung von Menschen mit einer Drogenproblematik (Missbrauch und Abhängigkeit). Das Angebot richtet sich ebenfalls an deren Angehörige und Bezugspersonen. Seit dem Jahr 2005 wird diese Aufgabe im Rahmen des Verbundes „Integrierter regionaler Suchthilfedienst“ zusammen mit den übrigen Drogen- und Suchtberatungsstellen in der Region auf der Basis eines gemeinsamen Konzeptes und verbindlicher Kooperationsregelungen wahrgenommen.

Die Beratungsstelle wird durch die Senatsverwaltung für Gesundheit, Soziales und Verbraucherschutz im Rahmen eines Ligavertrages gefördert. Die Personalausstattung umfasst 1 Psychologenstelle, 3 Sozialpädagogenstellen und 0,5 Stellen für die Verwaltung.

Integrierte Angebote

Die Drogenberatung NORD bietet ein standortbezogenes Gesamtkonzept, das gemeinsam mit weiteren, unter dem Dach der „SPI Drogenhilfe Nord“ integrierten Projekten ein umfangreiches Spektrum miteinander vernetzter Hilfen für die Zielgruppe bereitstellt. Durch die enge Kooperation werden die Hilfen optimal aufeinander abgestimmt.

Im Projekt „Ambulante Therapie Nord“ wird eine durch Renten- und Krankenversicherungen anerkannte ambulante Entwöhnungsbehandlung für Drogenabhängige angeboten. Die Behandlung läuft mit wöchentlichen Gruppen- und Einzelsitzungen über 12-18 Monate. Behandlungen werden kontinuierlich begonnen und abgeschlossen. Der Teilnehmerkreis setzt sich aus Abhängigen ab 16 Jahren zusammen; Hauptsuchtmittel sind hier überwiegend Kokain, Heroin und Cannabis.

Mit dem Projekt „Nordlicht“ wird der Bedarf an Unterstützung speziell für Familien mit einer Suchtproblematik angesprochen. Die angebotenen Hilfen zur Erziehung nach §§ 27 ff SGB VIII werden im Auftrag der Jugendämter durchgeführt. Sie stellen eine intensive Betreuung und Begleitung von Familien und jungen Menschen in ihrer eigenen Lebenswelt dar. Die Ziele und Aufträge orientieren sich am Kindeswohl und werden einzelfallbezogen gemeinsam mit der Familie und dem Jugendamt erarbeitet.

Im Projekt „Nordimpuls“ wird eine psychosoziale Betreuung für Opiatabhängige in Substitution angeboten. Näheres zu diesem Projekt wird weiter unten dargestellt.

Im Rahmen der gemeindepsychiatrischen Versorgung in Reinickendorf wird darüber hinaus bei Nordimpuls auch therapeutisch betreutes Einzelwohnen sowie tagesstrukturierende Betreuung für Menschen mit einer Suchtproblematik angeboten. Über den Umfang und die Ausgestaltung dieser Hilfen entscheidet im Einzelfall eine bezirkliche Hilfeplankonferenz auf der Basis einer mit dem Hilfeempfänger gemeinsam erstellten personenzentrierten Behandlungs- und Rehaplanung.

Zusammen mit der Beratungsstelle als Drehscheibe bietet die Drogenhilfe NORD ambulante Entwöhnungsbehandlung, ambulante Erziehungshilfen, psychosoziale Betreuung im Rahmen der Substitution, betreutes Einzelwohnen und Tagesstrukturierung unter einem Dach an. Diese Konstruktion bietet gegenüber der bloßen Addition unterschiedlicher Hilfen in verschiedenen Einrichtungen deutliche Vorteile: Die Beratungsstelle hat die Möglichkeit, einen fließenden Übergang in diese Behandlungs-/Betreuungsformen zu gestalten. Der Zugang zu den einzelnen Hilfeformen wird für die Klientinnen und Klienten niedrigschwelliger. Alle Bereiche arbeiten eng zusammen. Komplexe Problemsituationen können mehrdimensional bearbeitet werden. Um jeden derartigen Fall bildet sich ein Team, in dem eng kooperiert und dabei eine klare

Aufgaben- und Rollenverteilung sicherstellt wird. Zusätzliche Hilfebedarfe, die in einem Betreuungsbereich erkennbar werden, können nahtlos ergänzt werden.

Aufgaben und Angebote der Drogenberatung NORD

Die Drogenberatung NORD erfüllt Aufgaben der ambulanten Beratung, Behandlung und Betreuung; daneben entfaltet sie auch Aktivitäten in den Bereichen Prävention, Nachsorge, Vernetzung und Öffentlichkeitsarbeit. Sie hat im Einzelnen folgende Aufgaben:

- den Kontakt zur Zielgruppe herzustellen,
- schadensbegrenzend zu wirken,
- Orientierungs- und Entscheidungsprozesse bei Ratsuchenden zu unterstützen (Information, Beratung, Motivation etc.),
- eine diagnostisch begründete Perspektive unter Einbeziehung interner und/oder externer Hilfsangebote aufzuzeigen (Diagnose, Indikation, Hilfeplanung),
- allgemeine und suchtspezifische Hilfsangebote der Zielgruppe zugänglich zu machen,
- die notwendigen Maßnahmen für eine Weiterbehandlung in anderen Einrichtungen zu treffen,
- selbstorganisierte Lösungsversuche unterstützend zu begleiten und
- organisatorische, umfeld- und trägerbezogene Aktivitäten zur Vernetzung, Qualitätssicherung und konzeptionellen Weiterentwicklung der zielgruppenbezogenen Arbeit zu entfalten.

Im offenen Bereich der Drogenberatungsstelle ist der Aufenthalt im Rahmen der Öffnungszeiten und der Hausordnung ohne weitere Voraussetzungen möglich. Für die Erstberatung stehen sowohl eine offene Sprechstunde als auch einzeln vereinbarte Termine zur Verfügung.

In der Justizvollzugsanstalt Moabit wird im Verbund mit anderen Drogenberatungsstellen eine Sprechstunde für Neuinhaftierte abgehalten. Auf Anforderung werden Ratsuchende in den Justizvollzugsanstalten und in Kliniken aufgesucht.

Die fortlaufende Beratung bzw. Betreuung erfolgt im Wesentlichen in Einzelkontakten, die individuell vereinbart werden. Diese können sowohl in der Beratungsstelle als auch aufsuchend stattfinden. Eine Betreuerkonstanz wird von Anfang an hergestellt. Ergänzend dazu besteht eine kontinuierliche Motivationsgruppe zur Vorbereitung auf eine ambulante oder stationäre Entwöhnungsbehandlung.

Für Angehörige und Partner von Drogenkonsumenten stehen regelmäßig auch Abendtermine zur Verfügung. Sie finden hier ein abgestuftes und bedarfsorientiertes Unterstützungsangebot, das von Informationsgesprächen über eine eingehende Beratung mit oder ohne den Betroffenen bis zu familientherapeutischer Arbeit reicht. Ergänzend dazu besteht die Möglichkeit zur Teilnahme an einer kooperierenden Eltern-Selbsthilfegruppe, die sich 14-tägig in der Beratungsstelle trifft.

Qualitätssicherung

Die Dokumentation der Betreuungsarbeit erfolgt nach dem Deutschen Kerndatensatz mittels einer speziellen Dokumentationssoftware. Die Auswertung der aggregierten Daten wird durch das Institut für Therapieforschung (IFT) vorgenommen. Ein umfassendes, durch den TÜV zertifiziertes Qualitätsmanagementsystem nach DIN EN ISO 9001:2000 wird im gesamten Geschäftsbereich angewandt und ständig weiterentwickelt. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter nehmen an einer regelmäßigen, externen Supervision teil und bilden sich bedarfsgerecht fort.

Struktur der Klientel und Kapazität

Im Jahr 2005 hat die Beratungsstelle insgesamt 733 Rat- und Hilfesuchende erreicht, darunter waren 144 Angehörige. In 466 Fällen fand eine mittel- und längerfristige Betreuung von Suchtmittelkonsumenten statt. Bei 156 (von 308) abgeschlossenen Fällen war die Betreuungsdauer länger als 3 Monate. 158 Klienten befanden sich zum Jahreswechsel in laufender Betreuung.

Im Berichtsjahr hatten 85 % der Ratsuchenden ihre Meldeadresse im Norden Berlins. Bürger aus Reinickendorf waren mit 50 % am weitaus häufigsten vertreten. 24 % der Ratsuchenden kamen aus dem Bezirk Mitte (überwiegend Stadtteil Wedding), 11 % aus dem Bezirk Pankow. Rund 1 % hatte keinen Wohnsitz, oder er lag außerhalb Berlins. Den verbleibenden Rest von 14 % bilden Ratsuchende aus verschiedenen anderen Bezirken, die unter dem Gesichtspunkt von Beziehungskontinuität und/oder Wahlfreiheit berücksichtigt wurden. 125 Klienten/innen wurden in Haftanstalten beraten bzw. betreut.

In 54 % der mittel- bis längerfristigen Betreuungen bestand eine Opiatabhängigkeit. 26 % der Betreuungen wurden aufgrund von Abhängigkeit bzw. Problemen im Zusammenhang mit dem Konsum von Cannabis, 13 % aufgrund von Kokainkonsum, 3 % aufgrund von Alkoholabhängigkeit in Anspruch genommen. Bei 3 % der Fälle bestanden Probleme im Zusammenhang mit anderen Drogen. Auch bei der Beratung von Angehörigen geht es häufig um Missbrauch von Cannabis, Partydrogen und Kokain, so dass dieser Konsumententyp in noch höherem Maße über die Familie erreicht wurde.

Das mittlere Alter der betreuten Suchtmittelkonsumenten lag bei 30 Jahren, die Altersspanne zwischen 13 und 56 Jahren. Der mittlere Konsumbeginn liegt für Heroin bei 21,3 Jahren, für Cannabis bei 15,5 Jahren.

Der Anteil der Frauen unter den Ratsuchenden insgesamt beträgt 27 %, bei den Betreuungsfällen 22 %. Der Anteil der Migranten bei den Betreuungsfällen beträgt 16 %. Mindestens 249 Kinder waren von der Suchterkrankung der Klienten indirekt betroffen.

Projektentwicklung

Der unverändert hohen Nachfrage durch Ratsuchende konnte mit einem angemessenen Beratungs- und Betreuungsangebot entsprochen werden.

Eine wesentliche Entwicklung im Berichtsjahr war die Optimierung des Angebots für Jugendliche und junge Erwachsene. Dies bezog sich auf die Gestaltung des Erstkontakts und die (Weiter-)Entwicklung gezielter Unterstützungsformen wie Frühintervention, Konsumreduktion und ambulante Therapie. Um eine flexible und differenzierte Ansprache der verschiedenen Gruppen von Ratsuchenden zu ermöglichen, wurden die Zugangsmodalitäten modifiziert. Durch die Entzerrung und Erweiterung der Erstsprechstunden konnte insbesondere der Rahmen für den Erstkontakt mit Jugendlichen so gestaltet werden, dass sich eine präzise Ausrichtung auf deren Bedürfnisse besser verwirklichen lässt.

Nach der entsprechenden Weiterbildung eines Mitarbeiters wurde das Angebot „Frühintervention bei erstauffälligen Drogenkonsumenten“ (FreD) eingeführt. Das Modul besteht aus einem Kurs von 2 mal 4 Stunden, der gruppenweise durchgeführt wird und die Teilnehmer, orientiert am transtheoretischen Modell der Verhaltensänderung (Prochaska & DiClemente, 1983), vom Stadium der Sorglosigkeit zu den Stadien des Bewusstwerdens bzw. der Vorbereitung einer Veränderung führen soll. Dieses Angebot eignet sich auch für Jugendliche, die von Dritten zugewiesen werden.

Eine systematische Unterstützung bei der Konsumreduktion wurde individuell angeboten. Sie soll im kommenden Jahr durch ein evaluiertes sozialpädagogisches Modul ergänzt werden.

Die Therapievorbereitungsgruppe war für Drogenabhängige aller Alterstufen eine wertvolle Unterstützung ihrer Motivation und bei der Verstetigung der Therapieabsicht. Der relativ

niedrigschwellige Zugang zur Gruppe konnte gerade bei Menschen ohne Therapierfahrung zu einem Abbau von Therapieängsten beitragen und positive Erwartungen an die Therapie verstärken.

Das Projekt „Ambulante Therapie Nord“ richtete eine spezielle Gruppe für Jugendliche und junge Erwachsene ein. Das Behandlungskonzept wurde um eine intensivere Unterstützung der Entwicklung beruflicher Perspektiven, die stärkere Einbeziehung der Herkunftsfamilie, sowie regelmäßige Sport- und Freizeitgruppen erweitert.

Da bei der Hilfe für jugendliche Klienten häufig das Jugendamt eine entscheidende Rolle spielt, wurde mit diesem ein Gesprächsprozess aufgenommen, der in eine vertiefte und systematische Zusammenarbeit der Drogenhilfe mit der Jugendhilfe münden soll.

Der schon bestehende Verbund „Regionaler Suchthilfedienst Drogen“ konnte im Laufe des Jahres 2005 durch Einbeziehung der Alkoholberatungsstellen der Region (Kommunale Suchtberatungsstelle Pankow, Rettungsring e. V. Reinickendorf und SPI Suchtberatung Pankow/STAB) in einen integrierten Suchthilfedienst für Reinickendorf und Pankow überführt und vertraglich abgesichert werden.

Die Kooperation mit den Reinickendorfer Psychiatrieträgern im gemeindepsychiatrischen Verbund ist etabliert und wurde im Jahr 2006 mit der Gründung eines gemeinsamen Vereins strukturell gefestigt.

Weniger erfolgreich war die Entwicklung der Kooperation mit dem Jobcenter. Mit der voranschreitenden Konsolidierung der Jobcenter kann aber auch hier mit einer Verbesserung gerechnet werden. Die Beratungsstelle beteiligt sich seit Januar 2006 an einer wöchentlichen Konsultationssprechstunde für die Mitarbeiter des Jobcenters. Hinderlich für die Betreuung der Klienten/innen bleibt allerdings der Umstand, dass die persönlichen Ansprechpartner/innen und Fallmanager/innen für die Beratungskräfte in der Regel nicht telefonisch zu erreichen sind.

Die Drogenberatung NORD hat auch in diesem Jahr ihr Angebot u. a. bei der Reinickendorfer Jugendmesse, beim Reinickendorfer Behindertentag und beim Pankower Gesundheitstag mit Unterstützung der Projekte „Nordlicht“ und „Nordimpuls“ präsentieren können.

Kooperation und Vernetzung

Trägerintern besteht eine enge Kooperation mit den übrigen Projekten im Geschäftsbereich, die mit deutlichen Synergieeffekten verbunden ist.

Im integrierten regionalen Suchthilfedienst trägt die Drogenberatung NORD zusammen mit den Kooperationspartnern die Verantwortung für ein verbindliches Versorgungsangebot im Rahmen der gemeinsamen Konzeption für alle suchtbetroffenen Bürger von Reinickendorf und Pankow. Ergänzend dazu ist die Beratungsstelle in beiden Bezirken an Suchthilfeverbünden beteiligt, die sich mit bezirksspezifischen Suchtfragen befassen.

In Reinickendorf ist der Geschäftsbereich Mitglied in einem gemeindepsychiatrisch orientierten Verbund zur Organisation von therapeutisch betreutem Einzelwohnen und tagesstrukturierender Hilfen. Hier werden einzelfallbezogen entsprechende Betreuungsformen auch für Drogenabhängige und Menschen mit Doppeldiagnose beratungsstellennah umgesetzt.

Im Kooperationsfeld Jugendhilfe/Jugendpsychiatrie erfolgte eine Vertretung mit Unterstützung durch das Projekt „Nordlicht“.

Zu einigen Arztpraxen im Norden Berlin bestehen – zum Teil in Synergie mit dem Projekt „Nordimpuls“ – intensive Kooperationsbeziehungen einschließlich aufsuchender Kontaktaufnahme zu Patienten in der Praxis.

Neben der regionalen Zusammenarbeit ist wegen der zum Teil überregionalen Struktur der Drogenszene und der Drogenhilfe auch eine bezirksübergreifende Orientierung notwendig. Im

Berliner Stadtraum bestehen u. a. Kooperationsbeziehungen zu den anderen Sucht- und Drogenberatungsstellen, zu niedrigschwelligen Einrichtungen, zu medizinischen und zu therapeutischen Einrichtungen.

Resümee und Ausblick

Insgesamt konnte die Drogenberatung NORD auch in diesem Jahr ihre Ziele erreichen und ihre Arbeit erfolgreich fortsetzen.

Die Beratungs- und Betreuungsarbeit wurde bedarfsgerecht umgesetzt, bei der Zahl der Ratsuchenden und Betreuten ergab sich auf hohem Niveau noch einmal ein kleiner Zuwachs. Der über mehrere Jahre angelegte Prozess der Weiterentwicklung spezifischer Angebote für junge Drogenkonsumenten hat zu ermutigenden Ergebnissen geführt. Als nächster Schritt ist die Einführung des Konsumreduktionsprogramms „Realize-It“ geplant.

Die Aufbauphase des integrierten Suchthilfedienstes für den Berliner Norden wurde erfolgreich abgeschlossen. Das unter dem Dach der Drogenhilfe Nord vorgehaltene, breite Spektrum von konzeptionell integrierten Hilfen hat sich weiter bewährt und deutliche Synergieeffekte hervorgebracht.

Im Jahr 2006 ist eine personelle und räumliche Erweiterung der Drogenberatung NORD und der mit ihr verbunden Projekte am Standort Reinickendorf vorgesehen.

2. Substitutionsprojekt „Nordimpuls“

Das Projekt Nordimpuls besteht seit Anfang des Jahres 1995. Es hat seine Wurzeln in der Drogenberatung NORD und wurde zur Durchführung der psychosozialen Betreuung Drogenabhängiger als eigenständiges Projekt gegründet.

Das Angebot der psychosozialen Betreuung bei Nordimpuls besteht für erwachsene Substituierte, die aufgrund ihres meist langjährigen Drogenkonsums in ihrer Fähigkeit zur Bewältigung üblicher sozialer Anforderungen eingeschränkt sind und die deshalb sozialpädagogischer Unterstützung und Förderung bedürfen. Ziel ist es, die gesundheitliche, psychische, berufliche und soziale Situation der Betroffenen zu verbessern, ihnen die Teilnahme am gesellschaftlichen Leben zu ermöglichen und auf diesem Weg auch die Chancen auf eine drogenfreie Lebensperspektive zu erhöhen. Ausgehend von den bestehenden Erfahrungen in der Behandlung Süchtiger, lassen sich eine Reihe von Teilzielen beschreiben. Dabei ist zu berücksichtigen, dass sich bei einem Teil der Betreuten hinsichtlich bestimmter Teilziele nur geringe, mitunter gar keine Fortschritte einstellen. Das Ziel der suchtmittelfreien Lebensgestaltung erscheint hier zunächst unrealistisch. Aber auch Fortschritte in einzelnen Zielbereichen führen vielfach schon zu einer wesentlichen Verbesserung der Lebensqualität. In diesen Fällen stellt Drogenfreiheit eher eine Zielorientierung dar, die ihren Wert mehr im Anstoßen von Entwicklungsprozessen hat, als in der Festlegung eines tatsächlich erreichbaren Zustands.

Methodisch orientiert sich die Arbeit von Nordimpuls weiterhin an den vom Fachverbund Substitutionsbetreuung erarbeiteten Standards zur psychosozialen Betreuung von Substituierten und den mit der Senatsverwaltung für Gesundheit, Soziales und Verbraucherschutz vereinbarten Leistungsbeschreibungen für diesen Hilfebereich.

Die Finanzierung erfolgt durch Vergütung von Fachleistungsstunden durch die Bezirksämter nach §§ 53,54 SGB XII auf der Basis einer mit der Senatsverwaltung für Gesundheit, Soziales und Verbraucherschutz abgeschlossenen Vereinbarung.

Einzelfallarbeit

Grundlage der psychosozialen Betreuung sind vor allem die Einzelkontakte. Sie dienen der Klärung sozialer Probleme (Wohnungserhalt und -suche, Schuldenregulierung, Probleme mit Justiz, berufliche Perspektiven, Umgang mit behördlichen Angelegenheiten etc.), betreffen Fragen zur Gesundheit, Ernährung, zum Suchtverhalten und bieten darüber hinaus den Rahmen für die Bearbeitung von Schwierigkeiten und Defiziten in persönlichen und sozialen Beziehungen unter Berücksichtigung der vorhandenen Ressourcen und Fähigkeiten. Konkrete Betreuungsziele werden in einem gemeinsam mit dem Klienten oder der Klientin erstellten Hilfeplan aufgenommen und in der Regel halbjährlich überarbeitet und fortgeschrieben.

Nordimpuls bietet den Betreuten die Vorbereitung auf die Schuldenberatung und -regulierung an, die in Zusammenarbeit mit einem Rechtsanwalt der AWO-Schuldnerberatung stattfindet. Die Betreuten sollen perspektivisch in die Lage versetzt werden, eine externe Schuldnerberatung in Anspruch zu nehmen und sich einen eigenständigen Umgang mit Verschuldung und Gläubigern anzueignen.

Aufsuchende und nachgehende Betreuung in Arztpraxen

Die seit September 2001 bestehende Kooperation mit einer niedergelassenen Ärztin in Reinickendorf wurde fortgesetzt und weiter ausgebaut. In dem von Nordimpuls angemieteten Praxisraum finden mittlerweile zweimal wöchentlich Sprechstunden für die dort Substituierten statt. Wöchentliche Fallabsprachen zwischen Ärztin und Betreuern ermöglichen ein schnelles Reagieren auf die Problemlagen der substituierten Klienten. Mit einer weiteren Reinickendorfer Arztpraxis wurde die Vor-Ort-Zusammenarbeit verstärkt, damit trägt das Projekt Nordimpuls zu einem verbesserten Angebot für substituierte Drogenabhängige in der Region bei. Im Juli 2005 startete die Zusammenarbeit mit einer Gemeinschaftspraxis im Wedding, gemeinsam mit drei weiteren Berliner Drogenprojekten bietet Nordimpuls Beratung und Betreuung vor Ort. Ziel der Vor-Ort-Zusammenarbeit in den Arztpraxen ist es, den Substituierten in der Praxis den Zugang zum Hilfesystem zu erleichtern, Kontaktabbrüche zu vermeiden und bei schwierigen Betreuungsverläufen in direkter und enger Abstimmung mit den behandelnden Ärzten zu bleiben.

Betreutes Wohnen

Inhaltlich erweitert wurde das Angebot von Nordimpuls um den Bereich Betreutes Wohnen. Im Zusammenschluss mit anderen Trägern des gemeindepsychiatrischen Verbundes Reinickendorf wird Betreutes Einzelwohnen für seelisch Behinderte entsprechend der mit dem Land Berlin abgeschlossenen Leistungsvereinbarung ermöglicht.

Im therapeutisch betreuten Einzelwohnen werden auch Substituierte durch die Mitarbeiter/innen des Projektes Nordimpuls in ihrem individuellen Wohnumfeld betreut. Ziel ist es, ein Verbleiben im gewohnten Lebensumfeld zu ermöglichen und die Betreuten zu befähigen, entsprechend ihren Fähigkeiten und Bedürfnissen am gesellschaftlichen Leben teilzunehmen.

Klientel

Im Jahr 2005 waren bei Nordimpuls 80 Substituierte in Betreuung, davon 24 Frauen.

Die Altersstruktur zeigt folgende Tabelle:

Alterspanne	Klienten/innen
18 unter 21 Jahre	5
21 unter 27 Jahre	8
28 unter 30 Jahre	6
30 unter 40 Jahre	37
40 unter 50 Jahre	22
50 und mehr	2

Mit betroffen waren 44 Kinder unter 18 Jahren.

Die Dauer der Betreuung liegt bei 27 Substituierten bis zu einem Jahr, 21 sind zwischen einem und zwei Jahren in Betreuung und bei 32 dauerte die Betreuung länger als 24 Monate. Es bestätigt sich auch in diesem Jahr die Tendenz und Notwendigkeit zu längeren Behandlungs- und Betreuungsverläufen.

Personal

Die Betreuungsleistungen bei Nordimpuls wurden von einem Team aus Diplompädagoginnen und Diplom-Sozialpädagogen/innen erbracht, von denen einige auch in der Drogenberatung NORD arbeiten. Ein Teil des Teams verfügt über Zusatzqualifikationen.

Kooperation/Qualitätssicherung

Nordimpuls beteiligt sich aktiv an fachspezifischen überregionalen und bezirklichen Gremien, um eine Vernetzung der psychosozialen Arbeit im Sinne von Koordination und Kooperation zu fördern.

Es besteht eine enge Zusammenarbeit mit der Drogenberatung NORD. So ist gewährleistet, dass allen Betreuten der Weg zum gesamten Drogenhilfesystem offen steht und Übergänge schnell und ohne Brüche organisiert werden können. Eine enge Verzahnung erfolgt auch mit den übrigen unter dem Dach der Drogenhilfe Nord integrierten Hilfeangeboten. Hervorzuheben ist hier besonders die interne Kooperation mit dem Familienhilfeprojekt Nordlicht.

Als Projekt des Geschäftsbereichs Soziale Räume und Projekte steht Nordimpuls die gesamte Bandbreite der Angebote der von der Stiftung SPI betriebenen Projekte zur Verfügung. Im Einzelfall ist so eine schnelle und unbürokratische Zusammenarbeit möglich.

Neben der fest verankerten Vor-Ort-Zusammenarbeit mit drei Arztpraxen gibt es gute Kooperationsbeziehungen zu weiteren Arztpraxen in Reinickendorf, Mitte und Friedrichshain.

Zur Verbesserung der Zusammenarbeit mit dem Sozialpsychiatrischen Dienst Reinickendorf im Zusammenhang mit der Begutachtung der Betreuungen wurden im Jahr 2005 wieder Arbeitstreffen durchgeführt. Durch den fachlichen Austausch und durch die direkte und unkomplizierte Kooperation konnten so im Interesse der Klienten deutliche Verbesserungen erreicht werden.

Die Kooperation im Gemeindepsychiatrischen Verbund Reinickendorf erschließt den Klienten bei Bedarf zusätzliche psychiatrische Hilfen.

Zur Sicherung und Entwicklung der Qualität nehmen alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter an Fortbildung und Supervision teil, es werden regelmäßige Fallbesprechungen und Teamsitzungen zur Koordination der Betreuungsarbeit durchgeführt.

Die Dokumentation der Betreuungsarbeit erfolgt nach dem „Deutschen Kerndatensatz” mittels der Datenbankanwendung „Moonlight“.

Ein umfassendes, durch den TÜV zertifiziertes Qualitätsmanagementsystem nach DIN EN ISO 9001:2000 wird im gesamten Geschäftsbereich angewandt und ständig weiterentwickelt.

Ausblick

Die psychosoziale Betreuung bei Nordimpuls konnte auch im letzten Jahr wieder erfolgreich weitergeführt werden. Die Betreuungskapazitäten wurden im gleichen Umfang wie im Vorjahr zur Verfügung gestellt, inhaltlich konnte das Angebot um den Bereich Betreutes Wohnen erweitert werden. Die Vor-Ort-Kooperation mit Arztpraxen hat sich bewährt und konnte ebenfalls weiter ausgebaut werden.

Für das Projekt Nordimpuls bleibt es Ziel, den Bereich Betreutes Einzelwohnen und Tagesstrukturierung zu erweitern und Hilfen und Angebote im Bereich Arbeit und beruflicher Perspektiven zu entwickeln. Auf diese Weise soll bei der Gestaltung der Hilfen ein noch stärker personenzentrierter Ansatz verfolgt werden.

3. STAB Suchtberatungsstelle Pankow

Die Beratungsstelle STAB ist Teil der Suchthilfe Pankow neben den Projekten Betreutes Einzelwohnen und Tagesstätte. Es finden regelmäßig Teamsitzungen und Klausurnachmittage sowie eine gemeinsame Klausurfahrt der drei Projekte statt. Inhaltlich stehen organisatorische Absprachen, vor allem aber der fachliche Erfahrungsaustausch der Mitarbeiter/innen im Mittelpunkt, um die Betreuung der Klienten/innen zu optimieren und die Arbeit effektiv zu gestalten. Projektübergreifend gab es vier gemeinsame Feste, die großen Zuspruch fanden.

Die Beratungsstelle und Therapieeinrichtung für Suchtkranke ist fester Bestandteil der regionalen, gemeindepsychiatrischen Versorgung der Bürger (§ 26 OGDG).

In Abstimmung mit dem Bezirksamt Pankow von Berlin, insbesondere mit dessen Sozialpsychiatrischen Dienst, übernimmt STAB, neben der kommunalen Suchtberatungsstelle, verbindliche Verantwortung für die Versorgung von Abhängigkeitskranken. Dazu gehören Beratung, Betreuung, Behandlung von Abhängigkeitskranken deren Angehörigen, Betroffenen und Interessierten.

STAB ist verbindlicher Partner im Verbund Sucht Pankow, der seine Zusammenarbeit vertraglich geregelt hat.

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter verfügen über suchtspezifische Zusatzqualifikationen. Hauptschwerpunkt der Arbeit war wiederum die Beratung, Betreuung und Therapie von Alkohol- und Medikamentenabhängigen. Auch zahlreiche Angehörige suchten die Beratungsstelle auf.

Im Jahr 2005 wurden 523 Patienten und 60 Angehörige betreut. Zusätzlich fanden Gespräche mit 61 Klienten mit Einmalkontakt statt.

Die Angebote der Beratungsstelle werden sehr gut und intensiv in Anspruch genommen.

Beratung

Insbesondere mit dem Ziel:

- Erarbeitung von Krankheitseinsicht,
- der Unterstützung der Suchterkrankung bei der Bewältigung von Lebens- und Rückfallrisiken,
- der Klärung von Problemlagen, Hilfs- und Betreuungsbedürfnissen sowie der Vermittlung von entsprechenden Hilfsangeboten anderer Stellen.

Betreuung

- umfassende Unterstützung bei der Bewältigung des Alltags,
- Wohnungserhaltung,
- materielle Grundsicherung,
- gesundheitliche Versorgung,
- berufliche- und soziale Wiedereingliederung.

Psychosoziale Begleitung während der ambulanten Entgiftung

Kriseninterventions- und Motivationsgruppe: Nach wie vor ist dieses Angebot das Kernstück unserer Arbeit und ein sehr bedeutendes niedrigschwelliges Angebot.

Während der Entgiftung befindet sich der Patient in einer akuten Krisensituation. Wir nutzen die Krisen als therapeutischen Ansatzpunkt, der die Auseinandersetzung des Kranken mit seiner Krankheit, die Bereitschaft zur Übernahme der Verantwortung für das eigene Leben und die weitere Therapiemotivation fördert.

- Besuch der täglichen Gruppenstunde ab sofort möglich,
- Einzelgespräche.

178 Menschen nahmen dieses Angebot in Anspruch. Davon konnten 60 in eine Alkoholentwöhnungsbehandlung vermittelt und intensiv darauf vorbereitet werden. Wir haben im Vergleich zum Durchschnitt der Beratungsstellen eine sehr hohe Vermittlungsquote in Therapie.

Informationsseminar

6 x 90-minütige Seminare zum Suchtmittelmissbrauch, Information über Abhängigkeitsentwicklung und therapeutisches Vorgehen. Den Seminaren liegt ein verhaltenstherapeutisch orientiertes Programm zugrunde. Die Seminare finden zweimal wöchentlich immer wiederkehrend statt. Im Jahr 2005 fanden 89 Seminare mit 632 Teilnehmern statt. Die meisten Patienten beschäftigen sich mit allen 6 Themen.

Therapieeinführungsgruppe

Die Therapieeinführungsgruppe und die Therapiewartegruppe fanden regelmäßig statt. Es wurden 73 Sitzungen mit 317 Teilnehmern durchgeführt.

Ziel war hier, Patienten die sich für eine Entwöhnungsbehandlung ambulant oder stationär entschieden haben, gezielt auf diese Maßnahme vorzubereiten. Innerhalb von 14 Tagen finden 6 Gruppensitzungen statt, in denen zum Teil jeder Teilnehmer seine Therapieziele entwickelt und diese schriftlich fixiert. Bis zur Aufnahme in Therapie können die Patienten/innen einmal wöchentlich an einer Wartegruppe teilnehmen, da die Zeit bis zur Aufnahme mitunter recht lang ist. Diese Maßnahme hat sich sehr gut bewährt.

Rückfallprophylaxe

Ziel der Rückfallprophylaxe u. a. sind:

- Informationen zum Rückfallgeschehen,
- psychische Auseinandersetzung mit dem Thema Rückfall,
- Erlernen von Bewältigungsstrategien in Risikosituationen,
- Umgang mit Rückfallschock und Begrenzung eines Rückfalls.

Hauptanliegen ist, die Selbstwirksamkeitserwartungen der Patienten zu erhöhen, indem er Copingverhalten in problematischen Situationen entwickelt; dass er Ausrutscher als solche einordnen und den Rückfallschock bewältigen kann und so zu einer stabilen Abstinenz findet.

Im Jahr 2005 fand der Kurs insgesamt dreimal statt. Jeder Kurs bestand aus 6 Sitzungen mit insgesamt 82 Teilnehmern.

Ambulante Entwöhnungsbehandlung und Nachsorge

Nach einem wissenschaftlich begründeten Therapiekonzept führen wir Entwöhnungsbehandlungen in Form von Einzel- und Gruppentherapie durch. Es bestehen zurzeit 3 therapeutische Gruppen, die wöchentlich tagen. Die Gruppen sind sehr stabil und gut besucht. Um eine hohe Qualität zu gewährleisten arbeiten die Gruppen mit Co-Therapeuten. Wir haben wenige Abbrüche zu verzeichnen.

Im Anschluss an die stationäre Entwöhnungsbehandlung bieten wir eine ambulante Nachsorge an, um die Ergebnisse der Therapie zu stabilisieren bzw. weiter zu entwickeln und um auch Rückfällen vorzubeugen bzw. schlechte Verläufe zu verhindern. Die Nachsorge bewilligt der Kostenträger in der Regel bis zu einem Jahr. Dazu findet regelmäßig wöchentlich ein Kontakt statt.

Wegen der großen Nachfrage ist es erforderlich zwei Nachsorgegruppen zu führen. Die Nachfrage nach diesen Therapieplätzen ist nach wie vor groß. Wenn erforderlich werden auch Einzelgespräche angeboten.

Angehörigenarbeit

Das im Jahr 2003 eingerichtete Angehörigenseminar, welches immer am 1. Montag im Monat stattfindet, wird besonders von Angehörigen neuer Klienten gut angenommen. Während zu Beginn des Seminars zunächst die Wünsche nach Empfehlungen für den Umgang mit ihren alkoholkranken Angehörigen bearbeitet werden, geht es im 2. Teil darum, mehr Bewusstheit für die eigenen Motive in dieser Auseinandersetzung zu schaffen und auf die Erfolge der gemeinsamen Veränderungsarbeit zu fokussieren.

Kooperation/Vernetzung/Öffentlichkeitsarbeit

Wir stimmen die Betreuung von Abhängigkeitskranken nach wie vor innerhalb des Verbundes Sucht Pankow, vor allem mit der Klinik, dem Sozialpsychiatrischen Dienst, dem Sozialamt und den Ärzten in Niederlassung ab. Die Beratungsstelle ist auch im Integrierten regionalen Suchthilfedienst der Region Nord verankert. Es existiert ein gemeinsames abgestimmtes Konzept und eine Kooperationsvereinbarung Die Zuweisung durch Ärzte und Kliniken, hier vor allem das St. Joseph- Krankenhaus Weißensee und die DRK-Klinik Drontheimer Strasse sind sehr gut. Auch die Salus-Klinik Lindow vermittelt uns zur Nachsorge sehr viele Klienten.

Alle 14 Tage gestalten wir eine Gruppenstunde im St. Joseph Krankenhaus Weißensee auf der Entgiftungsstation, um den Patienten den Übergang zu erleichtern bzw. sie zu motivieren, gegen ihr Abhängigkeitsproblem weiterhin etwas zu unternehmen.

Wir arbeiten im überbezirklichen Arbeitskreis der Alkoholberatungsstellen und bezirklichen Gremien der psychosozialen Arbeit wie PSAG und AG Sucht mit.

Selbsthilfe

Wir unterstützen Betroffene bei der Gründung von Selbsthilfegruppen und stellen ihnen Räume zur Verfügung.

4. Tagesstätte für Suchtkranke Pankow

Die Tagesstätte ist Teil der Suchthilfe Pankow neben den Projekten Betreutes Einzelwohnen und Beratungsstelle STAB. Es finden regelmäßig Teamsitzungen und Klausurnachmittage sowie eine gemeinsame Klausurfahrt der drei Projekte statt. Inhaltlich stehen organisatorische Absprachen, vor allem aber der fachliche Erfahrungsaustausch der Mitarbeiter/innen im Mittelpunkt, um die Betreuung der Klienten/innen zu optimieren und die Arbeit effektiv zu gestalten. Projektübergreifend gab es vier gemeinsame Feste, die großen Zuspruch fanden.

Die Tagesstätte der Suchthilfe Pankow besteht seit dem 01. August 1997.

Besucher/innen in der Tagesstätte

Von Januar 2005 bis Dezember 2005 wurden in der Tagesstätte insgesamt einundzwanzig Besucher/innen betreut, sechzehn Männer und fünf Frauen. Ein Besucher hat den Besuch der Tagesstätte abgebrochen. Fünf wechselten in die Betreuung des BEW im Hause, einer wechselte zum BEW von Pinel. Zwei Besucher beendeten regulär die Maßnahme, einer beendete die Maßnahme und zog in eine TWG des Geschäftsbereichs.

Angebote und Arbeitsweisen

Bei der Tagesstätte handelt es sich um ein niedrigschwelliges Angebot ohne Abstinenzanspruch. Rückfälle ziehen keinen Ausschluss nach sich. Die Anforderungen an die Besucher/innen richten sich nach deren Fähigkeiten, Fertigkeiten und Bedürfnissen in Übereinstimmung mit den Zielen der Einrichtung.

Die Besucher/innen wurden von einem Sucht-Sozialtherapeuten (37 Wochenstunden), einem Sozialarbeiter (35 Wochenstunden) und zwei Ergotherapeutinnen (26 + 22 Wochenstunden) betreut. Zudem arbeitete eine Verwaltungskraft in Teilzeitanstellung in der Tagesstätte. Die Tagesstätte ist montags bis freitags von 08.00–16.00 Uhr geöffnet. Das Tagesprogramm für die Besucher/innen findet von 09.00-15.30 Uhr statt. Am Freitag schließt die Tagesstätte um 14.00 Uhr. An Feiertagen gibt es Angebote im alkoholfreien „Café 157“ des Geschäftsbereichs.

Gemeinsam gestalten Besucher/innen und Mitarbeiter/innen einen alltagsnahen, abstinenten, klar gegliederten Tages- und Wochenablauf. Schwerpunkte dabei sind Beschäftigungstherapie, Selbstversorgung, Haushaltsführung, Arbeit mit Anderen und abwechslungsreiche Freizeitgestaltung.

Durch Einkaufs- und Kochtraining, Abwaschen und Reinigen der Räume werden alltagspraktische Fähigkeiten geübt und gefestigt. Das ergotherapeutische Angebot setzt sich zusammen aus prozessorientierter Werkarbeit im handwerklichen oder kreativen Bereich und ausdruckszentrierten Gruppenarbeiten. Die tägliche Arbeit in der Werkstatt bietet den Besucher/innen einen weiteren Raum, in dem sie Handelnde sind, die aktiv Entscheidungen treffen und Verantwortung tragen. Bei der ergotherapeutischen Behandlung von Alkoholabhängigen stehen die Erhaltung und Förderung von Fähigkeiten und Fertigkeiten im sozialen und lebenspraktischen Bereich im Vordergrund. Das Erlernen von neuen Kenntnissen und die Vermittlung von neuen Erfahrungen sollen den Besucher/innen zu größtmöglicher Selbständigkeit im privaten und gesellschaftlichen Leben verhelfen. Außerdem sollen dadurch Arbeitsfähigkeiten erhalten bzw. entwickelt werden mit dem Ziel eines beruflichen Widereinstiegs oder einer Neuorientierung in Richtung alternativer Beschäftigungsangebote.

Gemeinsam mit dem Besucher wird eine Anamnese erstellt, der ergotherapeutische Befund durchgesprochen, eine Selbst- und Fremdeinschätzung von Grundarbeitsfähigkeiten und sozialen Kompetenzen vorgenommen und Arbeitsziele festgelegt. In regelmäßigen Gesprächen haben die Besucher/innen die Gelegenheit ihre Entwicklung zu reflektieren, Veränderungen zu verbalisieren, Ziele neu zu formulieren oder zu korrigieren.

An drei Tagen in der Woche können die Besucher/innen im Rahmen der prozessorientierten Werkgruppe zwischen Techniken, wie der Bearbeitung von Holz, Metall, Ton und Gips, Flechtarbeiten, Nähen, Weben, Seidenmalerei und der Gestaltung mit Papier und Pappe wählen.

Zweimal in der Woche findet das Gedächtnistraining statt mit jeweils unterschiedlichem Anforderungsniveau. Ziel ist hierbei, die Teilnehmer/innen auf spielerische Weise zum Aktiver-Werden beim Denken, Merken, Sich-Erinnern und Zusammenhänge-Erleben aufzumuntern. Mit Hilfe von Arbeitsblättern, mündlichen Aufgabenstellungen, Denk-Spielen und Textbearbeitung sollen verschiedene Formen der Informationsaufnahme und -verarbeitung geübt werden, um durch mehr Flexibilität und Routine Hemmschwellen in der mündlichen und schriftlichen Kommunikation zu senken. Außerdem bietet die Gruppe den Besucher/innen gute Möglichkeiten, sich im Gruppenkontext zu erleben und eigene Fähigkeiten zu vergleichen ohne das Gesicht zu verlieren.

Durch sozialarbeiterische Unterstützung werden die Besucher/innen angeleitet, ihre Angelegenheiten (z. B. Wohnung, Schulden, Unterhalt) wieder selber zu klären und zu regeln. Wenn nötig werden Besucher/innen z. B. zu Ämtern, Ärzten, Gerichten begleitet. Nach Rückfällen und unentschuldigtem Fehlen werden bei Bedarf Hausbesuche durchgeführt. Stationäre Entgiftungen werden eingeleitet und Krankenhausbesuche realisiert.

Regelmäßige Einzelgespräche in zugewandter und sich respektierender Atmosphäre, die Offenheit sich selbst und anderen gegenüber ermöglicht, tragen zur Aufarbeitung und Bewältigung psychischer Probleme bei. In der Gesprächsgruppe haben die Besucher/innen die Möglichkeit, insbesondere ihre Suchtproblematik zu bearbeiten. In den Gesprächen werden Erfahrungen sowohl mit der Abstinenz als auch mit Rückfällen ausgetauscht. Gemeinsam wird nach Lösungsstrategien gesucht, um Trinkphasen zu unterbrechen und geeignete Mittel und Wege zu finden, längerfristig abstinent zu leben. Diese Gespräche sollen auch denjenigen Besucher/innen Raum und Zeit geben, welche nicht mehr oder nur noch in sehr begrenztem Maße in der Lage sind, abstinent zu leben. Sie können hier ohne abwertende Beurteilung über ihre Schwierigkeiten und Probleme mit dem Alkohol reden. Zudem fand an sechs Terminen ein Rückfallprophylaxetraining statt, das im Rahmen der Gruppe jedem die Möglichkeit bot, individuelle Risikosituationen und deren Bewältigungsmöglichkeiten zu erkennen.

Der Thementag findet einmal im Monat statt. Das Thema wird entweder von der Gruppe vorgeschlagen oder im Team aufgrund aktueller Entwicklungen oder Probleme in der Gruppe ausgewählt. Nach einer Phase des Vorstellens und Erläutern des Themas soll dieses durch die Besucher/innen in Einzel- oder Gruppenarbeit in gestalterischer Form erarbeitet werden. In einer anschließenden Gesprächsrunde bekommen die Besucher/innen dann Gelegenheit anhand ihrer Arbeiten sich zu dem Thema zu äußern und ins Gespräch zu kommen.

Als Wahlangebot finden einmal in der Woche die Mediengruppe/Computergruppe und die Freizeittrainingsgruppe statt. Die Mediengruppe bietet die Möglichkeit mit Hilfe verschiedener Medien (Musik, Film, Video) eine entspannte Atmosphäre zu schaffen. In diesem Rahmen werden sowohl künstlerisch wertvolle wie auch themenzentrierte Filme (Sucht, Familie) angeboten und auch gegebenenfalls diskutiert. In der Computergruppe sollen Hemmungen und Ängste im Umgang mit diesem neuen Informationsträger abgebaut und erste Schritte zur Handhabung erlernt werden. Geübt wird zum einen in spielerischer Form (Handhabung der Eingabegeräte wie Tastatur und Maus) und zum anderen durch konkrete Aufgabenstellungen insbesondere in Textverarbeitungsprogrammen. Im Ergebnis sollten die Teilnehmer/innen in der Lage sein, selbständig Dokumente zu erstellen, abzuspeichern und zu drucken. Die Freizeittrainingsgruppe hat sich zum Ziel gesetzt, neue Freizeitbeschäftigungen zu finden, bei denen es sowohl um die Nutzung möglichst vieler Möglichkeiten, die die Stadt bietet, geht, als auch um das Erlernen neuer hauswirtschaftlicher Tätigkeiten (Kochen, Backen, Nähen, Bügeln...). Durch das Erleben von Aktivitäten vor allem im eigenen Bezirk, aber auch im gesamten Stadtgebiet sollen Hemmschwellen und Berührungsängste in Bezug auf Neues (Bewegen und Aktiv-Werden im öffentlichen Raum, Auseinandersetzung mit Kunst und Kultur, Erstkontakte mit alkoholfreien Räumen) überwunden werden. Außerdem bietet die Gruppe auch gute Trainingsmöglichkeiten zur Übernahme von Verantwortung in Form von Planung und Gestaltung einer Aktivität.

Die Mitarbeiter/innen der Tagesstätte sind bestrebt, die Besucher/innen so weit wie möglich an den zu treffenden Entscheidungen zu beteiligen, beispielsweise bei der Tages- und Wochenplanung. Neben der täglichen Morgenrunde findet alle vier Wochen ein Tagesstättenplenum mit allen Besucher/innen und Mitarbeiter/innen statt, bei dem Wünsche und Erwartungen, Kritik und Änderungsvorschläge geäußert und diskutiert werden können. Hier werden auch Zuständigkeiten z. B. der Wäschedienst und die Belegung der Wahlgruppen verbindlich festgelegt. Damit sollen Verantwortung übertragen und Initiative und Selbstbestimmung herausgefordert werden.

Kooperation und Vernetzung

Die engen Kontakte zum Sozialpsychiatrischen Dienst in Pankow, zur kommunalen Suchtberatungsstelle, zum Sozialamt, insbesondere zur Abteilung Eingliederungshilfe und zu behördlichen Betreuern wurden sorgfältig gepflegt. Die Zusammenarbeit mit dem St. Josef Krankenhaus in Weißensee funktioniert problemlos und es sind auch kurzfristige Einlieferungen zum stationären Entzug möglich.

Mitarbeit wird durch die Tagesstätte in regionalen Gremien wie der AG Sucht, der AG Arbeit und dem Belegungsgremium geleistet. In der PSAG ist die Suchthilfe Pankow durch zwei Kollegen vertreten, die dem Großteam in den zweiwöchentlich stattfindenden Teamsitzungen Bericht erstatten. Zudem nimmt die Einrichtung an den überregionalen Tagesstättentreffen für alle Tagesstätten Berlins teil. Die besonders enge Kooperation mit dem BEW der Suchthilfe Pankow wird am Schluss des Berichts separat skizziert.

5. Betreutes Einzelwohnen Pankow

Das Betreute Einzelwohnen ist Teil der Suchthilfe Pankow neben den Projekten Beratungsstelle STAB und Tagesstätte. Es finden regelmäßig Teamsitzungen und Klausurnachmittage sowie eine gemeinsame Klausurfahrt der drei Projekte statt. Inhaltlich stehen organisatorische Absprachen, vor allem aber der fachliche Erfahrungsaustausch der Mitarbeiter/innen im Mittelpunkt, um die Betreuung der Klienten/innen zu optimieren und die Arbeit effektiv zu gestalten. Projektübergreifend gab es vier gemeinsame Feste, die großen Zuspruch fanden.

Das BEW besteht seit dem 01.01.1995.

Angebotsstruktur und Betreuungsziele

Unser Projekt ist ein niedrigschwelliges Angebot für chronisch mehrfachbeeinträchtigte Abhängigkeitskranke. Auf Grund des langjährigen Suchtmittelmissbrauchs ist ihre geistige und körperliche Leistungsfähigkeit erheblich eingeschränkt. Die Mehrfachbeeinträchtigung umfasst neben den körperlichen und psychischen Störungen und Erkrankungen auch soziale Störungen. Die Betreuten leben in ihren eigenen Wohnungen. Auf Grund des oftmals erheblichen Alkoholkonsums sowie der umfangreichen Einschränkungen bei der lebenspraktischen Selbständigkeit besteht auch die Gefahr, die Wohnung zu verlieren.

Hauptziel unserer Tätigkeit ist, eine weitere Verschlechterung der somatischen, psychischen und sozialen Befindlichkeit zu verhindern. Es gilt, das Überleben zu sichern und durch sozialpädagogische Betreuung der Klienten/innen Einfluss auf die allmähliche Entwicklung einer zufriedenstellenderen Lebensweise zu nehmen. Mittelfristig versuchen wir durch „Hilfe zur Selbsthilfe“ die Klienten/innen so zu befähigen, dass sie ein möglichst selbständiges Leben führen können. Ein weiteres wichtiges Ziel ist, gemeinsam mit den Klienten/innen eine Krankheitseinsicht zu erarbeiten und darauf aufbauend den Suchtmittelmissbrauch einzuschränken und Abstinenzphasen zu erreichen und auszubauen. Unseren wenigen „trockenen“ Klienten/innen helfen wir bei der Gestaltung eines Lebens ohne Alkohol und legen Augenmerk auf Rückfallprophylaxe.

Arbeitsschwerpunkte

Hauptschwerpunkte der vorrangig personenzentrierten Arbeit sind die aufsuchende, nachgehende und begleitende Tätigkeit. Darüber hinaus findet ein Teil der Einzelgespräche auch in unserer Einrichtung statt.
Im Mittelpunkt stehen:

- Einzelgespräche mit den Klienten/innen mit folgenden Inhalten:
  Abklärung der derzeitigen Lebenssituation; verändernd auf Handlungsorientierungen und Kompetenzen hin zu wirken; Vermittlung und Förderung der Fähigkeit, alltagstaugliche Formen der Problem- und Krisenbewältigung zu entwickeln; Motivation zur Abstinenz bzw. Rückfallprophylaxe und Beratung über weitere Hilfsmöglichkeiten; Unterstützung bei Neuorientierung,
- Gespräche mit Angehörigen bzw. Herstellung des Kontaktes zu Angehörigen und Bezugspersonen,
- Krisenintervention,
- Krankenbesuche in stationären Einrichtungen,
- alle erforderlichen Maßnahmen zum Erhalt des Wohnraumes,
- Absicherung der gesundheitlichen Betreuung bis hin zur Begleitung zum Arzt/ Physiotherapie,
- Hilfe bei Arbeitssuche, Schuldenregulierung, Umgang mit Ämtern und Behörden (auch Begleitung),
- Unterstützung bei der Haushaltsführung, Hygiene, Tagesstrukturierung,
- Erarbeitung von Freizeitgestaltungsmöglichkeiten, Suche nach Selbsthilfeangeboten,
- lebenspraktische Übungen und kognitives Training,
- Vermittlung in ambulante und stationäre Suchtbehandlungseinrichtungen sowie auch in Pflegeeinrichtungen.

Neben dieser intensiven aufsuchenden und begleitenden einzelfallorientierten Arbeit liegt der 2. Arbeitsschwerpunkt auf der sozialen Gruppenarbeit.

Ziele dabei sind:

- Möglichkeiten zur Kommunikation der Klienten/innen untereinander zu schaffen, um z. B. Erfahrungen und Erkenntnisse auszutauschen,
- Herausholen der Klienten/innen aus ihrer sozialen Isolation und ihrem Milieu,
- Schaffen sozialer Kontakte und schrittweise Integration in das gesellschaftliche Leben,
- Schaffung von Erlebnissen,
- Erhöhung der Mobilität und Aktivität,
- eigene Fähigkeiten und Fertigkeiten unter Beweis zu stellen und damit eine Erhöhung des Selbstbewusstseins zu fördern.

Wir führten im Jahr 2005 41 Gruppenaktivitäten durch. Diese umfassten u. a. folgende konkrete Aktivitäten:

- regelmäßiges Klientenfrühstück, genutzt als Gruppengespräch,
- Ausflüge in die nähere und weitere Umgebung von Berlin, Aktivitäten in Berlin wie Museumsbesuche, Dampferfahrt usw.,
- gemeinsames Kochen und Backen,
- Besuch des „Cafe 157“ und anderer alkoholfreier Treffpunkte,
- sportliche Aktivitäten wie Kegeln, Besuch von Frei- und Hallenbädern,
- kreatives Gestalten zu Ostern und Weihnachten,
- Teilnahme an 4 zentralen Feiern der Suchthilfe Pankow,
- 3. gemeinsame Gruppenfahrt mit der Tagesstätte vom 13.06.-17.06.2005.

Die oben genannte Gruppenfahrt war für die BEW-Klienten/innen die 7. Fahrt. Sie war auch wie in den vorangegangenen Jahren der Höhepunkt unserer Gruppenaktivitäten. Ziele der Gruppenfahrt waren, dazu beizutragen, die sonst stark eingeschränkte Lebenswelt zu erweitern, Verantwortung wahrzunehmen, andere Selbsterfahrungen zu erleben, Auseinandersetzungen

auszuhalten, physische und psychische Belastungen zu erfahren, soziale Kontakte zu üben, Gemeinschaftsgefühle zu entwickeln und sich bei vielfältigen Unternehmungen und Aktivitäten zu erholen.

Seit Beginn des Jahres 2002 existiert eine angeleitete Selbsthilfegruppe, welche regelmäßig Donnerstagnachmittag stattfindet. Mit dieser Gruppe verfolgen wir zwei Ziele:

Zum einen dient sie der besseren Gestaltung der Ablösephase bei Auslaufen der Betreuung, zum anderen haben wir mit Sicht auf Nachhaltigkeit unserer Arbeit ein Angebot der Nachsorge installieren wollen, was zunehmend in eine Selbsthilfegruppe umgewandelt wird. Die Gruppe wird seit Mitte des Jahres 2004 auch von Klienten/innen und Ehemaligen der Tagesstätte besucht.

Betreuung und Betreuungszeitraum

Das Team besteht aus 4 Sozialarbeiter/innen bzw. Sozialtherapeuten/innen/Sucht, davon 3 Vollzeitkräfte. Zum Projektteam gehört weiterhin eine Verwaltungskraft mit einer wöchentlichen Arbeitszeit von 8 Stunden. Es gab im Jahr 2005 keine personellen Veränderungen.

Für jeden Betreuten wird zu Beginn der Maßnahme ein individueller Rehabilitations- bzw. Betreuungsplan erstellt. Dies geschieht auch in Abstimmung mit dem Sozialpsychiatrischen Dienst und anderen an der Betreuung beteiligten Personen bzw. Einrichtungen (wie z. B. Amtsbetreuer, Sozialstationen usw.).

Die Betreuungsziele werden gemeinsam mit den Klienten/innen unter Berücksichtigung unterschiedlicher Hilfebedarfe und der damit verbundenen Betreuungsdichte vereinbart. Dabei spielen die individuellen Bedürfnisse der Klienten/innen eine große Rolle. Auf Veränderungen der Befindlichkeit und des Bedarfes wird flexibel reagiert. Der Zeitraum der Betreuung gestaltet sich in Abhängigkeit des Fortschreitens der Rehabilitation und der bewilligten Kostenübernahme.

Ausgewählte Statistik

Im Jahr 2005 betreuten wir 32 Klienten/innen, davon 21 Männer und 11 Frauen. Im Jahresdurchschnitt haben wir damit eine Auslastung von 103,92 % erreicht. Wir betreuten hauptsächlich Bürger/innen aus dem örtlichen Bereich Pankow, darüber hinaus einen Bürger aus dem örtlichen Bereich Weißensee. Im Durchschnitt gab es zwei Kontakte pro Woche je Klient/in mit dem Bezugsbetreuer. Bei einer Reihe von Klienten/innen war auf Grund der erforderlichen Begleitung zu Ärzten, Ämtern und Behörden die Betreuungsdichte weitaus größer. Zu den Einzelkontakten kommen noch die 41 Gruppenaktivitäten sowie andere interne Angebote dazu, welche von einem Teil unserer Klientel regelmäßig besucht wurden.

Der jüngste Klient war 30 Jahre, die älteste Klientin 66 Jahre alt. Der Altersdurchschnitt lag bei 50,31 Jahren. Damit setzt sich die bereits im Jahr vorher zu verzeichnende Tendenz des Anstiegs des Alters der Betreuten fort.

Im Jahr 2005 gab es 14 Neuaufnahmen. Für 15 Klienten/innen endete das Betreuungsverhältnis. Auf die realen Betreuungszeiträume bezogen, befanden sich 2005 die Klienten/innen durchschnittlich 1,08 Jahre in Betreuung. Damit wird im Vergleich zum Vorjahr eine deutliche Tendenz der Verkürzung des Betreuungszeitraums sichtbar. Betreuungszeiträume von 3 Jahren und darüber werden zur Ausnahme.

Unsere Arbeit verlief wieder überwiegend suchtbegleitend. Von 32 Klienten/innen lebten lediglich 4 abstinent. Bei weiteren 6 Klienten/innen waren lange Abstinenzphasen zu beobachten. Alle anderen schafften wenn überhaupt nur kurze Abstinenzphasen.

Kooperation, Koordination und Vernetzung

Die bestehenden engen Kontakte zum Sozialamt, besonders zu den Mitarbeitern der Eingliederungshilfe, zu Einrichtungen der Hauskrankenpflege, niedergelassenen Ärzten sowie behördlichen Betreuern wurden weiterhin gefestigt bzw. gepflegt.

Die Zusammenarbeit mit den Mitarbeiter/innen der kommunalen Suchtberatung Prenzlauer Berg konnte noch weiter intensiviert werden und gestaltet sich kooperativ und problemlos.

Die Zusammenarbeit mit dem St.-Joseph-Krankenhaus gestaltet sich ebenfalls problemlos. Die Unterbringung unserer Klienten/innen, auch in akuten Notsituationen hat bisher gut funktioniert. Darüber hinaus erfolgt während der Entgiftung auch eine gute Zusammenarbeit mit den Sozialarbeitern der Stationen 8 und 9.

Mitarbeit in den bezirklichen Gremien wie der PSAG/Arbeitsbereich Erwachsene, der AG Sucht und des Steuerungsgremiums wurde auch weiterhin geleistet.

Im Jahr 2005 erfolgte auch wieder eine intensive Zusammenarbeit mit den BEW und den Tagesstätten innerhalb des Geschäftsbereichs, vor allem auf Projektleiterebene. Es wurden bei einigen Aufgabenstellungen und Prozessen zunehmend die Mitarbeiter/innen der Projekte einbezogen, so z. B. was die Umsetzung des § 93 BSHG betrifft. Im Mittelpunkt der Zusammenarbeit stand vor allem der fachliche Austausch. Zudem nahmen wir auch wieder regelmäßig an den Zusammenkünften des überregionalen Arbeitskreises der BEW für chronisch Alkoholkranke teil.

Intensivierte Kooperation von BEW und Tagesstätte

Die Hilfebedarfe der Klienten/innen sowohl des Betreuten Einzelwohnens (BEW), als auch der Tagesstätte (TS) sind differenzierter als die separaten Angebotsbausteine beider Projekte. Deshalb streben wir als Ziel an, tagesstrukturierende, aufsuchende und begleitende Sozialarbeit aus einer Hand zu leisten. Auf der Basis der Umsetzung des § 93 ff. BSHG haben wir im Jahr 2004 mit einer Verzahnung von BEW und TS begonnen und diesen Weg im Jahr 2005 fortgesetzt.

Zielsetzung ist:

- Wesentlich leichterer Wechsel der Betreuungsdichte z. B. Einstieg übers BEW, dann über langsame Steigerung der Anforderungen bis hin zur vollzeitigen Teilnahme am Tagesstättenangebot.
- Möglichkeit des langsamen Ausschleichens aus der intensiven Betreuung von 5 Tagen Tagesstätte übers BEW bis hin zur wöchentlichen Teilnahme an der Selbsthilfegruppe.
- Ein Projekt mit einem Haushalt und neuem Namen.

Bisherige Ergebnisse auf der Mitarbeiter-/Teamebene:

- auf der strukturellen Ebene: gemeinsame Teamsitzungen, Supervisionen und Fallbesprechungen; ein Leitungsteam aus den bisherigen PL des BEW und TS; eine gemeinsame Wochen- und Monatsplanung für alle Klienten und Mitarbeiter/innen,
- Steigerung der Arbeitseffektivität durch bessere Vertretbarkeit in Krankheits- und Urlaubssituation auf Grund der Teamgröße von 8 Mitarbeiter/innen; Flexibilität in den täglichen Abläufen,
- Es findet ein modulübergreifender Einsatz der Mitarbeiter/innen statt. Das bedeutet, dass alle Sozialarbeiter/innen sowohl vor Ort als auch aufsuchend und begleitend tätig sind. Darüber hinaus werden die berufsgruppenspezifischen Tätigkeiten dahin gehend erweitert, dass die Ergotherapeutinnen auch sozialarbeiterisch aktiv werden (z. B. Hausbesuche: hier besonders der Transfer der neu- bzw. wieder erlernten hauswirtschaftlichen Fähigkeiten von der Einrichtung in die Wohnung, Begleitung zu Ämtern, Unterstützung bei Anträgen etc.) und umgekehrt die Sozialarbeiter/innen Aufgaben im Rahmen des Wochenplans übernehmen (z. B. Gedächtnistrainingsgruppen, Kreativgruppe). Fachlich abgesichert

werden diese Entwicklungen über eine fundierte Einarbeitung als auch berufsbegleitende Qualifizierungen.

Ergebnisse auf der Klientenebene:

- Die Klientengruppe lässt sich einteilen in die Besucher der Tagesstätte und die Betreuten des BEW, wobei ein Teil der BEW-Klienten/innen an den gemeinsamen Angeboten teilnimmt.
- Die bisherigen Arbeitsschwerpunkte werden jetzt für alle Klienten zugänglich, d. h. dass die Klienten des Moduls TS regelmäßig Hausbesuche erhalten können und die Klienten des Moduls BEW an allen offenen Angeboten des Wochenplans des Moduls TS teilnehmen können.
- Folgende Angebote werden gemeinsam genutzt: Ehemaligengruppe, Gedächtnistraining, Cogpack, Spielenachmittag, Freizeittrainingsgruppe, PC-Gruppe, Kreativgruppe, Ausflug, Kegeln/Minigolf und Schwimmen. Als weitere Ergebnisse lassen sich festhalten: Es erfolgen reibungslose Übergänge für die Klienten/innen vom BEW zur Tagesstätte und umgekehrt, weil die Mitarbeiter/innen bekannt sind und die anderen Klienten zum Teil auch. Dadurch ist kein „Fremdeln“ mehr vorhanden und die Einstellung der Klienten/innen zum jeweils anderen Projekt hat sich deutlich verändert. Die Reduzierung der Betreuungsdichte der Tagesstättenbesucher erfolgt oft über das BEW mit einer niedrigen Hilfebedarfsgruppe.

6. Kontakt- und Begegnungsstätte „Café 157“

Das Projekt ist seit 1992 fester und integrativer Bestandteil der Projektlandschaft in der Betreuung suchtkranker und -gefährdeter Menschen im Stadtbezirk Pankow, OT Prenzlauer Berg. Dieses offene und niedrigschwellige Angebot richtet sich insbesondere an Menschen mit Alkoholproblemen und deren Angehörige, wird aber auch von anderen Selbsthilfegruppen mit Suchtproblemen und sozial benachteiligten Erwachsenen genutzt. Die Einrichtung bietet mit seinem offenen Treffpunkt einen Einstieg in das bezirkliche Suchthilfesystem, sowie Beratung, Begleitung, lebenspraktische Hilfen und vielfältige Freizeitangebote an.

Zielgruppe

Das Angebot richtet sich vorwiegend an Menschen mit Alkohol-, Drogen- und Medikamentenabhängigkeiten oder stoffunabhängigen Süchten sowie deren Angehörige. Die Besucher des Cafés und die betreuten Klienten sollten sich dabei bewusst für den abstinenten Rahmen entscheiden. Häufige Begleitumstände bei diesen Menschen sind gesundheitliche Beeinträchtigungen oder Folgeschäden der Sucht, Psychiatrieerfahrungen, Heimaufenthalte, Straffälligkeit, Arbeitslosigkeit, Wohnungsverlust, Beziehungs-, Kontakt- und Partnerschaftsprobleme, psychische und soziale Störungen. Das fehlende oder verlorengegangene soziale Umfeld führt bei diesem Personenkreis oft zu großer Einsamkeit und Isolation. Unsere Angebote geben diesen Menschen mit besonderen sozialen Schwierigkeiten die Möglichkeit am gesellschaftlichen Leben teilzunehmen. Sie sollen zu einer Stabilisierung ihrer Persönlichkeit und ihres Lebensumfeldes beitragen und Hilfe in den immer komplizierter werdenden Bereichen Arbeit, Finanzen und Wohnen geben.

Angebotsstruktur

Die Einrichtung bietet Kontakt-, Gesprächs- und Freizeitangebote zu festen Öffnungszeiten von Mittwoch bis Sonntag jeweils von 15.00-21.00 Uhr an. Diese Öffnungszeiten in den Nachmittags- und Abendstunden orientieren sich am Bedarf der Besucher und erweitern sich um Angebote an den Feiertagen, zusätzlichen Vereinbarungen für individuelle Hilfen und spezielle Gruppenangebote.

Soziale Beratung und Begleitung

In beratenden Einzel- oder Gruppengesprächen wird an der Verbesserung der psychischen und physischen Situation des Einzelnen gearbeitet. Dabei werden Anregungen zur Auseinandersetzung mit der Suchtproblematik und der eigenen Lebenssituation gegeben. Der Erstkontakt erfolgt in der Regel innerhalb der Öffnungszeiten ohne vorherige Anmeldung. Um einen niedrigschwelligen Zugang zu ermöglichen, setzen wir keinen Konsumzwang oder die aktive Teilnahme an Gruppenaktivitäten voraus. Die Beratung erfolgt auf Wunsch auch anonym, die Gesprächsinhalte werden vertraulich behandelt, erhobene Daten unterliegen dem Datenschutz. Bei weitergehendem Beratungsbedarf sehen wir unsere Aufgabe in einer fachgerechten Vermittlung in das bestehende Hilfesystem, sowohl in die des eigenen Trägers als auch die des Stadtbezirks. Unsere Begleitung erfolgt mittels Gesprächen, deren Ziele eine Strukturierung der oftmals komplexen Problemlage, die Erarbeitung von überschaubaren Lösungsschritten und die Vermittlung in Selbsthilfeangebote beabsichtigt.

Freizeitangebote

Aktive Freizeitgestaltung ist eine Möglichkeit zur Teilhabe am gesellschaftlichen Leben. Eine lebensnahe Anleitung zu aktiver Freizeitgestaltung fördert eine allgemeine Aktivierung, schafft Möglichkeiten der Kommunikation und des sozialen Lernens und bietet Anhaltspunkte für eine Tagesstrukturierung.

- Im Café besteht jederzeit die Möglichkeit, Billard, Dart, Tischtennis, Karten und Brettspiele auf freiwilliger Basis zu spielen sowie die PCs zu benutzen.
- Eingehend auf die Wünsche und Fähigkeiten der Besucher bieten wir jede Woche angeleitete Gruppenaktivitäten in lebenspraktischer, künstlerischer und sportlicher Ausrichtung an (zurzeit Kochen, Malen, Musizieren, Tischtennis, Computer-, Tanz- und Yogakurse).
- Alle Feiertage wurden festlich ausgestaltet und gemeinschaftlich begangen, an den Pfingstfeiertagen gab es Spaziergänge und Ausflüge.
- In den wärmeren Jahreszeiten lädt der von den Besuchern begrünte und gepflegte Innenhof zum Verweilen, Entspannen und Gestalten ein.
- Die in dem Malkurs entstandenen Bilder wurden durch eine Ausstellung gewürdigt.

Selbsthilfe

Das „Café 157“ ist seit vielen Jahren ein Treffpunkt für ein breit gefächertes Spektrum von Selbsthilfegruppen aus dem Suchtbereich. Es reicht von klassisch strukturierten Selbsthilfegruppen über im Rahmen von Therapien gegründete Gruppen bis hin zu Gesprächsgruppen betroffener Besucher. Die Begleitung dieser Gruppen geschieht durch Koordination, Vermittlung und anleitender Hilfestellung. Die Selbsthilfegruppen (SHG) können auch außerhalb unserer Öffnungszeiten die Räume nutzen. Es trafen sich im Jahr 2005 wöchentlich folgende Selbsthilfegruppen: Alkoholkrankenhilfe Berlin (AKB), SHG der BVG, Narcotics Anonymous (NA) und der Weißenseeer Rettungsring.

Integrationshilfen

In dem Projekt „Café 157“ besteht die Möglichkeit zur gemeinnützigen Arbeit („Arbeit statt Strafe“ – ASS) und im Rahmen von Beschäftigungsmöglichkeiten mit Mehraufwandsentschädigung (MAE) externer Bildungsträger und Beschäftigungsgesellschaften zu arbeiten. Im Jahr 2005 leisteten 13 Personen ihre gemeinnützige Arbeit bei uns ab, 5 Personen waren in MAE-Maßnahmen tätig. Weiterhin nehmen aus den Reihen der Besucher immer wieder ehrenamtliche Mitarbeiter die Chance zur Verantwortungsübernahme war. Arbeitsmöglichkeiten bestehen in den Bereichen Küche, Garten, Tresen, Reinigung, Begleitung und Durchführung von Gruppenaktivitäten und in unterstützenden lebenspraktischen Hilfen für die Besucher.

Versorgungsangebote und lebenspraktische Hilfen

Es wird täglich ein gesundes und abwechslungsreiches Speisen- und Getränkeangebot, welches sich an den finanziellen Möglichkeiten der Besucher orientiert, bereitgestellt. Die Besucher werden zur Mitarbeit bei der Speisenzubereitung motiviert und durch kompetente Mitarbeiter dabei begleitet. So wurde auch im Jahr 2005 jeden Freitag, im Rahmen einer Kochgruppe, ein warmes Abendessen zubereitet.

An lebenspraktischen Hilfen werden weiterhin angeboten:

- Duschgelegenheit,
- Möglichkeit zum Wäschewaschen und –trocknen,
- Erteilung einer finanziellen Soforthilfe in Notsituationen,
- Bekleidungshilfe (über externe Kleiderkammer der Kooperationspartner),
- Ausleihe von Werkzeugen und Fahrrädern,
- Hilfe bei Transporten,
- Organisation von Haushaltshilfe und Nachbarschaftshilfe,
- Ausrichten von Feierlichkeiten in unseren Räumen,
- Unterstützende Betreuungshilfen (z. B. Geldeinteilung).

Kooperation und Öffentlichkeitsarbeit

Kooperationspartner:

- Bezirksamt Pankow von Berlin,
- Suchtberatungsstellen,
- örtliche Krankenhäuser (Entgiftungs- und Entwöhnungsbehandlungen),
- niedergelassene Ärzte,
- Projekte der Suchthilfe des Geschäftsbereichs,
- Projekte des Suchthilfesystems anderer freier Träger,
- andere soziale Projekte freier Träger (Kiezprojekte im niedrigschwelligen Bereich),
- Selbsthilfekontaktstellen und Selbsthilfegruppen,
- Kirchengemeinden.

Gremienarbeit

Regelmäßige Teilnahme und Mitarbeit an den im Stadtbezirk stattfindenden Treffen der AG Sucht, dem Regionaltreffen des Geschäftsbereichs sowie an deren Kontakt- und Beratungsstellentreffen.

Fortbildungen

Die Mitarbeiter/innen haben im Berichtszeitraum an folgenden Fortbildungen teilgenommen: Qualitätsmanagement, Kontrolliertes Trinken, Forum Zukunft (innerbetriebliche Fortbildung), Psychisch kranke Obdachlose, Klausurtage, Outlook.

Ausgewählte statistische Daten für das Jahr 2005:

Offener Treffpunkt:	8.993 Cafébesuche
Selbsthilfegruppen:	167 Gruppentreffen
Beratungsgespräche gesamt:	437
Erstgespräche:	281
Vermittlung von ärztlicher und therapeutischer Hilfen:	58
Vermittlung in Betreute Wohnformen:	14
Krankenhausbesuche und Hausbesuche:	18
Begleitungen und Mobilitätsdienste:	26
Lebenspraktische Hilfen:	52
Gruppenaktivitäten:	115
Öffentlichkeitsveranstaltungen und Projektbesuche:	87

Region Lichtenberg-Hohenschönhausen

7. Integrierte Suchtberatung Lichtenberg

Arbeitsbilanz der Suchtberatungsstelle

Übersicht der Arbeitsaufgaben

Das Arbeitsspektrum der Integrierten Suchtberatungsstelle Lichtenberg umfasst die Bereiche Beratung, Betreuung, Krisenintervention, Vermittlung, Behandlung, Nachsorge und Prävention mit der dazugehörigen Lobby-Arbeit für unsere Klientel.

Die Beratungsstelle ist zuständig für alle Menschen mit einem Suchtproblem (Alkohol, illegale Drogen, Medikamente, Essen, Spielen etc.) sowie deren Angehörige und Freunde in der Region Lichtenberg. In der täglichen Arbeit mit den Betroffenen liegt besonderes Augenmerk auf dem Aufbau einer tragfähigen und möglichst langfristigen Beziehung zu den Klienten.

Weitere Arbeitsschwerpunkte sind die psychosoziale Begleitung im Rahmen von Substitutionsbehandlungen, die externe Suchtberatung im Evangelischen Krankenhaus Königin Elisabeth Herzberge und in der JVA Moabit sowie die Arbeit in Gremien, die der Vernetzung und Kooperation der Einrichtungen im Hilfesystem dient.

Die Beratungsstelle ist Ansprechpartner für Lehrer, Erzieher und andere Multiplikatoren für suchtspezifische Weiterbildung und Sekundärprävention.

Personelle Ausstattung

In der Suchtberatungsstelle arbeiten:

2 Psychologen/innen (10 Std./Woche, 40 Std./Woche), 4 Sozialarbeiter/innen (3-mal 40 Std./Woche, 1-mal 20 Std./Woche), 1 Sachbearbeiterin (40 Std./Woche). Die Finanzierung setzt sich zusammen aus Zuwendungsmitteln des Bezirkes Lichtenberg und aus Zuwendungsmitteln des Landes Berlin.

Des Weiteren ist das Bundesmodellprojekt „HaLT“ an die Suchtberatung angegliedert. In diesem Projekt arbeiten:

1 Diplompädagoge (24 Std./Woche), 1 Diplomsozialarbeiter/-pädagoge, Erlebnispädagoge (24 Std./Woche).

Arbeitsschwerpunkte

Der Standort Einbecker Straße hat sich für die Lichtenberger Suchthilfe etabliert, die drei Projekte Kontaktladen enterprise, Betreutes Einzelwohnen Lichtenberg und die Suchtberatung Lichtenberg arbeiten eng miteinander vernetzt und werden von den Klienten als Suchthilfezentrum wahrgenommen. Die bestehenden Kooperationsbeziehungen zu anderen Einrichtungen der Suchthilfe in der Region werden stabil genutzt, die wöchentliche Sprechstunde der Stiftung SPI im zuständigen Krankenhaus wird rege nachgefragt.

Im Vergleich zum Vorjahr wurden deutlich mehr Klienten beraten. Eine deutliche Erhöhung ergab sich insbesondere bei den Einmal-Kontakten, d. h. bei Klienten, die im Kiez das Angebot zur Kenntnis nehmen, sich informieren und erst mal kein verbindliches Angebot wünschen. Für diese Klienten bietet die Beratungsstelle Seminare und Informationsveranstaltungen an, macht sie auf die Angebote des Kontaktladens aufmerksam, um auf niedrigschwelligem Niveau Anbindungsmöglichkeiten aufzuzeigen.

Einmal wöchentlich (dienstags 14.00-16.00 Uhr) bietet die Beratungsstelle eine offene Sprechstunde an. Die Therapievorbereitungsgruppe findet nach Bedarf statt, wenn sich eine Gruppe von Patienten in Seminarform (6 Termine) auf die Therapiezeit vorbereitet, Informationen zu diesem Vorhaben benötigt und erste Gruppenerfahrungen sammeln möchten. Die Beratungsstelle bietet außerdem wöchentlich eine offene Sprechstunde für Angehörige an, welche zunehmend genutzt wird. Das MPU-Seminar hat sich etabliert und wird zweimal jährlich für alkoholauffällige Kraftfahrer durchgeführt, mit dem Ziel, betroffene Klienten über das Seminar hinaus in der Beratungsstelle zu halten. Im Rahmen der ambulanten Reha Sucht führt die Beratungsstelle 3 Gruppen, zusätzlich werden Arzt- und Rückfallprophylaxe-Seminare angeboten.

Mittlerweile treffen sich 3 Selbsthilfegruppen im „Blauen Haus“, die Kooperation zwischen professioneller und Selbsthilfe konnte von den filigranen Anfängen auf eine stabile Basis gestellt werden. Bei 2 Selbsthilfegruppen hat sich die Beratungsstelle zu einer Variante der sehr grobmaschigen aber stetigen Begleitung entschieden (einmal im Monat Teilnahme eines Mitarbeiters), nachdem der erste Start ohne jegliche Begleitung zu scheitern drohte.

Ebenso haben sich innerhalb des Hauses neue Bedingungen der Klientenvermittlung und -betreuung ergeben. Es gibt teamübergreifende Fallbesprechungen, Angebote der Projekte werden gemeinsam für die gesamte Klientel des Hauses genutzt, die Projekte werden gemeinsam öffentlichkeitswirksam und können somit der integrierten Arbeits- und Denkweise gerecht werden.

Im Rahmen des Bundesmodellprojektes „HaLT – Hart am Limit“ erfolgte im Januar 2005 der Projektstart. Die Verankerung des Projektes im bestehenden Suchthilfesystem, die entwickelten Kooperationen zwischen Jugend- und Suchtkrankenhilfe sowie die große Inanspruchnahme durch die betroffenen Jugendlichen bestätigen die Notwendigkeit eines spezifischen Angebotes für alkoholmissbrauchende Jugendliche.

Ausgewählte Statistik

Insgesamt wurden 611 Personen mit mehr als zwei Konsultationen durch die Beratungsstelle beraten und betreut. Wenn man die Anzahl der Betreuten auf die geleisteten Konsultationen (einzeln und Gruppe) bezieht, ergibt sich ein statistisches Mittel von mehr als 6 Kontakten pro Person, Nachweis einer hohen Betreuungsdichte.

Von allen Betreuten waren 128 Klienten/innen drogenabhängig. Die Gruppe der minderjährigen Süchtigen (Drogen, Alkohol, Medikamente, Essen) und der spielsüchtigen Klienten ist konstant geblieben. Im Rahmen der psychosozialen Betreuung bei Substitution wurden 2 Klienten betreut. Ein leichter Rückgang war bei der Inanspruchnahme von Beratung bei essgestörten Klienten zu verzeichnen.

Im Jahre 2005 wurden in der Beratungsstelle 3 therapeutische Gruppen (mit insgesamt 149 Sitzungen) und die Therapievorbereitungsgruppe (mit insgesamt 24 Sitzungen) geführt.

Es fanden 88 Angehörigengespräche als Einzelgespräche statt.

Im Rahmen des HaLT-Projektes wurden 38 In-take-Gespräche mit den Jugendlichen geführt und 79 erlebnispädagogische und suchtspezifische Gruppenveranstaltungen durchgeführt. Die Jugendlichen besuchten das Projekt durchschnittlich fünfmal. Dies ist Ausdruck einer hohen Haltequote, die im klassischen Beratungsstellenkontext oft nicht erreicht wird.

Zusammenfassung und Ausblick

Im Jahr 2005 hat die Integrierte Suchtberatungsstelle auf hohem fachlichem Niveau ihre Tätigkeit fortgesetzt.

Gleich zu Anfang des Jahres konnte, angegliedert an die Beratungsstelle, das Bundesmodellprojekt HaLT starten. Bereits am Jahresende 2005 gab es eine feste Kerngruppe von Jugendlichen, die betreut wurden. Durch die engagierte Vernetzungsarbeit der Projektmitarbeiter ist es selbstverständlich geworden, dass bereits zwei Krankenhäuser ihre suchtauffälligen Jugendlichen zum Erstkontakt zu HaLT vermitteln.

Ebenso erfolgreich wurde das FreD-Konzept umgesetzt, in Zusammenarbeit mit BOA Marzahn im Rahmen des Integrierten Regionalen Suchthilfedienstes Ost.

Die personelle Konstanz, die im Jahr 2005 gegeben war, hat ihre Auswirkungen auch auf die langfristige Haltequote der Patienten. Nach wie vor ist das wichtigste Anliegen der Beratungsstelle das Beziehungsangebot an die Patienten, um eine tragfähige Arbeitsgrundlage zu schaffen.

Im Jahr 2005 startete erneut die Motivationsgruppe zu etwas veränderten Bedingungen (im Rahmen eines Frühstücksangebotes, zweimal wöchentlich) mit einer deutlich konstanten Inanspruchnahme. Das Angebot der Therapievorbereitungsgruppe wurde ebenfalls sehr gut von den Patienten angenommen und fasst die wichtigsten Informationen für diesen Beratungsabschnitt als erste Gruppenerfahrung für die Patienten zusammen.

Das Vorbereitungsseminar zur MPU für alkoholauffällige Kraftfahrer wurde so nachgefragt, dass 2 Seminare stattfanden. Die Therapie- und Nachsorgegruppen im Rahmen der ambulanten Rehabilitation Sucht waren konstant ausgelastet.

Die wichtigste Aufgabe im Jahr 2006 wird darin bestehen, für das Modellprojekt HaLT eine Regelfinanzierung zu bekommen, weil die Notwendigkeit eines Angebotes für junge missbrauchende und bereits süchtige Klienten (FreD) nachgewiesen und anerkannt ist. Dafür ist die Zusammenarbeit mit der neu entstandenen Fachstelle für Suchtprävention unerlässlich, aber auch die Möglichkeiten im Bezirk sollten geprüft werden.

Im Jahr 2006 soll die Konzeption zur Behandlung spielsüchtiger Klienten bei dem Rentenversicherungsträger eingereicht werden, um dieses Angebot an der Beratungsstelle zu etablieren.

8. Kontaktladen „enterprise“

Im elften Jahr seines Bestehens konnte sich der Kontaktladen als niedrigschwelliges Angebot im Suchtbereich weiterhin fest etablieren und sein Angebot punktuell weiterentwickeln. Als Baustein der gemeindenahen Versorgung Suchtkranker- und gefährdeter im Bezirk Lichtenberg bietet das Kontaktangebot u. a. konsumierenden Suchtkranken den Einstieg ins bezirkliche Suchthilfesystem.

Zielgruppe

- Die Gruppe der chronisch mehrfachgeschädigten Alkoholiker ist charakterisiert durch langjährigen exzessiven Alkoholkonsum, welcher zu multiplen organischen und psychischen Schädigungen führte. Vielfältige soziale und persönliche Probleme lösen eine zunehmende Isolierung und Vereinsamung aus.
- Bei der Gruppe der trockenen Alkoholiker liegt teilweise eine körperliche Mehrfachschädigung vor. Die sozialen Verhältnisse sind größtenteils intakt. Es bestehen Anbindungen an andere Suchteinrichtungen und/oder Selbsthilfegruppen. Tragende persönliche Bindungen sind überwiegend vorhanden.
- Die Gruppe der Substituierten im offiziellen Methadonprogramm ist charakterisiert durch Mehrfachschädigungen im körperlichen und psychischen Bereich. Die soziale Situation ist weitgehend geklärt. Sie befinden sich in psychosozialer Betreuung, teilweise sind darüber hinaus weitere Betreuungsformen vorhanden. Persönliche Beziehungen sind intensiv, aber instabil.
- Die Gruppe der sporadischen Suchtmittelkonsumenten ist gekennzeichnet durch eine nicht eingegrenzte Altersstruktur. Teilweise sind psychische Erkrankungen und Persönlichkeitsstörungen kennzeichnend. Soziale Probleme liegen in bestimmten Bereichen vor. Häufig bestehen intensive, aber instabile Beziehungsmuster.

Angebotstruktur

Der Kontaktladen bietet ein Kontakt-, Gesprächs- und Freizeitangebot. Feste Öffnungszeiten (Mo., Die. und Do. 08.30-15.00 Uhr, Mi. 08.30-17.30 Uhr und Fr. 08.30-14.00 Uhr) garantieren jedem Besucher die Präsenz eines Ansprechpartners. Individuelle Hilfen werden in Abstimmung mit den Klienten festgelegt. Einen zentralen Punkt in Einzelgesprächen und Interventionen bildet die Motivierung für spezifische Hilfsangebote. Des Weiteren bieten wir die Möglichkeit der Ableistung freier Tätigkeit. Arbeitsbereiche sind: Reinigung der Einrichtung, Ausführung sämtlicher Arbeiten im Café-Bereich.

Hilfen zum gesunden Überleben

Seit September 1999 besteht ein Kooperationsvertrag mit dem Sozialverein Friedrichshain, der eine Lieferung von 10 Portionen warmen Essens an drei Wochentagen beinhaltet. Gelegentlich wird der Kontaktladen von der Berliner Tafel mit Lebensmitteln beliefert, die an die Besucher verteilt werden. Zusätzlich bietet der Kontaktladen die Möglichkeit des Wäschewaschens und des kostenlosen Duschens.

Kontaktangebote

Die Besucher haben die Möglichkeit, im suchtmittelfreien Raum Kontakte zu knüpfen und bestehende Kontakte zu festigen und somit Wege aus der sozialen Isolation zu finden. Personelle Beziehungen können tragende Funktionen übernehmen. Eine Vertiefung dieser Ebenen wird durch gemeinsam geplante Freizeitaktivitäten ermöglicht. Im Jahr 2005 fanden in diesem Zusammenhang folgende Veranstaltungen statt: Kinobesuche, Theaterbesuche, Ausflüge (Tierpark, Zoo, Aquarium), Feste innerhalb der Einrichtung, Bowling, Billard, Schach- und Skatturniere, Spielnachmittage, Fertigen von Gestecken sowie Tischtennis, Grillnachmittage und Dampferfahrten, Videonachmittage und Besuch anderer kultureller Einrichtungen. Zum festen Angebot in der Einrichtung gehört der PC Kurs sowie die Koch- und Backgruppe.

Sozialpädagogische Angebote

- Erstkontakte,
- Erstellen von Hilfeplänen in Zusammenarbeit mit den Klienten,
- Motivation zur abstinenten Lebensweise,
- beratende Einzelgespräche,
- monatliche Durchführung der organisatorischen Gruppe,
- Vermittlung an Einrichtungen innerhalb des Trägers und des Bezirkes,

– Vermittlung an soziale Einrichtungen überbezirklich,
– Vermittlung in Entgiftungs- und Entwöhnungsbehandlungen,
– Vermittlung in Selbsthilfegruppen,
– Hilfestellung bei der Regelung behördlicher Angelegenheiten,
– Tagesstruktur für die Klienten in freier Tätigkeit.

Ausgewählte Statistik

Im Jahr 2005 wurde der Kontaktladen 6.495-mal genutzt. Es gab 98 Neuaufnahmen, davon wurden 10 Klienten/innen anonym aufgenommen. Insgesamt sind 567 Klienten registriert.

Klientenstruktur 2005

Altersstruktur:

Das Durchschnittsalter liegt bei 47 Jahren (jüngster Klient ist 19 Jahre, ältester Klient ist 72 Jahre).

Suchtproblematik:

– 80 % männliche Klienten,
– 80 % chronische Suchterkrankungen,
– 10 % trockene Alkoholiker,
– 10 % Suchtmittelmissbräuchler,
– 3 Substituierte im offiziellen Methadonprogramm.

Soziale Situation:

Von den 98 Neuaufnahmen sind:

– 5 Klienten obdachlos,
– 2 Klienten beziehen Arbeitslosengeld I,
– 51 Klienten beziehen Arbeitslosengeld II,
– 6 Klienten beziehen EU-Rente,
– 16 Klienten beziehen Rente,
– 10 Klienten erhalten eine Betreuung nach dem Betreuungsgesetz,
– 2 Klienten verbüßen eine Bewährungsstrafe,
– 2 Klienten beziehen Grundsicherung,
– 1 Klient erhält Arbeitslosengeld II und Grundsicherung,
– 1 Klient erhält Übergangsgeld,
– 8 Klienten beziehen Gehalt.

Ableistung freier Tätigkeit:

– 19 Bewerbungen und Vorstellungsgespräche,
– 16 Aufnahmen der freien Tätigkeit,
– 7 Abbrüche der freien Tätigkeit.

Nutzung der Angebote:

– 99 Erstkontakte,
– 119 Beratungen,
– 715 Einzelgespräche,
– 177 Hilfsangebote,
– 51 Vermittlungen an andere soziale Einrichtungen,
– 43 Vermittlungen an Projekte des Geschäftsbereichs,

– 174 Telefonberatungen,
– 129 Kontakte zur Justiz.

Die Räumlichkeiten des Kontaktladens wurden dreimal wöchentlich in den Nachmittags- und Abendstunden von Selbsthilfegruppen genutzt. Eine Gruppe sind ehemals Betroffene des Kontaktladens, die zweite Selbsthilfegruppe sind trockene Alkoholiker der Beratungsstelle Lichtenberg. Des Weiteren werden die Räumlichkeiten von der Selbsthilfegruppe VAL und der Gruppe Strandgut genutzt. Alle Gruppen setzen sich aus unterschiedlichen Teilnehmerzahlen zusammen.

Vernetzung und Gremienarbeit

Ständige Kooperationspartner

Beratungsstellen Lichtenberg und Friedrichshain; BEW Lichtenberg; Wohngemeinschaft Arche; Beschäftigungstagesstätten Lichtenberg und Hohenschönhausen; Ev. Krankenhaus Königin Elisabeth-Herzberge; Sozialverein Friedrichshain; Berliner Tafel; Justiz Moabit; Freie Hilfe e. V.; Amtsbetreuer, Berufsbetreuer, Betreuungsvereine; Bewährungshelfer; Sozialamt/soziale Wohnhilfe; Julateg e. V.; Wohnungsbaugesellschaft Lichtenberg, Cafe 157, Treffpunkt Strohhalm, Tierärztin, Beratungsstelle für Wohnungslose, Straf- und Bewährungshilfe.

Gremienarbeit

Regelmäßige Teilnahme an der im Stadtbezirk stattfindenden AG Sucht, dem Regionaltreffen der Stiftung SPI sowie am Beratungsstellentreffen und Treffen der Kontaktläden.

9. Betreutes Einzelwohnen Lichtenberg

Zielgruppe

Das Angebot des Betreuten Einzelwohnens richtet sich an die Gruppe der chronisch mehrfachbeeinträchtigten abhängigkeitskranken Menschen im Bezirk Lichtenberg und besteht seit Januar 1996 unter der Trägerschaft des Geschäftsbereichs.

Weiterhin ist die Einrichtung für Menschen mit Mehrfachbelastungen hinsichtlich der konsumierten Suchtstoffe und psychiatrischer Doppeldiagnosen offen, wobei die Abhängigkeitserkrankung im Vordergrund steht. Diese Gruppe ist charakterisiert durch einen langjährigen Suchtmittelmissbrauch und verfügt oftmals über eine beachtliche Behandlungserfahrung. Die deutliche Mehrfachschädigung erstreckt sich auf psychische, soziale und körperliche Störungen und Erkrankungen.

Kennzeichnend für die soziale Situation der zu betreuenden Menschen im Bezirk ist die große Zahl langzeitarbeitsloser Menschen mit einer hohen Verschuldung und einem hohen Grad an sozialer Desintegration. Im Zuge der Arbeitsmarktreformen hat sich die Situation für Empfänger von ALG II dahingehend verändert, dass der Aspekt der Überprüfung der Arbeitsfähigkeit von Seiten des JobCenters stärker als vorher beachtet wird und demnach beispielsweise die Anbindung an MAE-Maßnahmen befördert wird. Im Falle nicht vorhandener Arbeitsfähigkeit wird von den Fallmanagern der Behörde geprüft, ob die Voraussetzungen für den Bezug von ALG II gegeben sind, und diese Leistung ggf. eingestellt. In diesem Fall schließen Antragstellungen auf EU-Rente, Grundsicherung etc. an, so dass sich der Arbeitsaufwand in diesem Bereich mit den zu betreuenden Menschen deutlich erhöht hat.

Arbeitsmethoden und Angebote

Die Erarbeitung realistischer Behandlungsziele und -schritte, die innerhalb der sozialtherapeutischen Behandlung zu überprüfen und modifizieren sind, hat einen immer

höheren Stellenwert bei der Arbeit mit chronisch mehrfach beeinträchtigten Menschen erhalten. Für die konkrete Arbeit erweist sich folgende Zielhierarchie als sehr hilfreich. Hierbei sei angemerkt, dass sich bei jedem Klienten die Behandlungsschritte individuell gestalten.

- Clearing der gesamten Lebenssituation, Krankheitseinsicht und Behandlungsmotivation,
- Sicherung des Überlebens angesichts des hohen Mortalitätsrisikos durch Unfälle, Suizid oder Folgeerkrankungen. Sicherung des Wohnraums und materielle Absicherung,
- Sicherung eines gesunden Überlebens, bezieht sich sowohl auf den körperlichen Allgemeinzustand als auch auf die hirnorganischen Funktionen, um die Voraussetzungen für einen Ausstieg aus der Sucht zu schaffen,
- Sicherung der sozialen Umgebung gegen Beeinträchtigungen, meint den Schutz z. B. der Familie, von Kindern und des näheren Umfeldes vor körperlicher Gewalt, materiellen Schäden und Verarmung,
- Verhinderung bzw. Überwindung sozialer Desintegration im Sinne einer nachhaltigen Sicherung von Lebensqualität und der Stabilisierung der individuellen Lebenslage und Teilhabe am öffentlichen Leben,
- Ermöglichung längerer Abstinenzphasen, umfasst auch Maßnahmen wie kurzfristige Entgiftungsbehandlungen oder ggf. vorübergehende oder längerfristige stationäre und ambulante Behandlungsformen,
- Einsicht in die Grunderkrankung gewinnen und Veränderungsbereitschaft formulieren, bedeutet die Förderung einer Behandlungsmotivation unter Einbeziehung von Rückfällen.

Kontext der Begegnung und Zugangsbedingungen

Das BEW leistet Eingliederungshilfe für seelisch behinderte Menschen auf der Rechtsgrundlage der §§ 53, 54 des Zwölften Sozialgesetzbuches (SBG XII) im Rahmen personenzentrierter Hilfen. Die Leistung ist jeweils befristet, deren Länge richtet sich nach den individuellen Gegebenheiten im Einzelfall und dem Behandlungsverlauf.

Voraussetzung für die Aufnahme in die Einrichtung ist die Zustimmung der Belegungskommission des Bezirkes und das Gutachtergespräch bzw. eine Helferkonferenz unter Einbeziehung des zuständigen sozialpsychiatrischen Dienstes. Grundlage hierfür ist ein gemeinsam mit dem Klienten und allen an der Hilfe beteiligten bzw. übergebenden Einrichtungen erarbeiteter Behandlungs- und Rehabilitationsplan.

Nach Einführung der Trägerbudgets und der Ausdifferenzierung der Vergütung für die verschiedenen Hilfebedarfsgruppen (HBGs) im Juli 2004 hält die Einrichtung keine 17 Plätze mehr vor, sondern muss sich bei der Belegung an der Eingruppierung der Klienten/innen in die jeweilige HBGs in Zusammenhang mit dem vorgegebenen Trägerbudget orientieren. So gestaltet sich die Anzahl der betreuten Menschen nach dem individuellen Hilfebedarf und variiert zwischen 13 und 18 Klienten/innen.

Die Mitarbeiterstruktur im Berichtszeitraum stellt sich wie folgt dar:

1 Sozialpädagogin/-arbeiterin/Projektleiterin 40 h wöchentliche AZ,
1 Dipl.-Sozialpädagogin/-arbeiterin/Suchttherapeutin 40 h wöchentliche AZ,
1 Dipl.-Soziologe/Sozialarbeiter/system. Familientherapeut 40 h wöchentliche AZ,
1 Dipl.- Sozialpädagoge/-arbeiter 40 h wöchentliche AZ.

Qualitätssicherung

Im Berichtszeitraum wurde auf Grundlage der Zertifizierung nach DIN EN ISO 9001:2000 für den Geschäftsbereich gearbeitet.

Die Geschäftsführung des Geschäftsbereiches hat in den Qualitätsmanagementverfahren die zur Einführung des Qualitätsmanagementsystems erforderlichen Prozesse beschrieben, wobei Auswahl und Umfang der dargelegten Verfahren von der Komplexität und Wechselwirkung

der Prozesse, Methoden sowie der Kenntnisse und Schulungen der ausführenden Mitarbeiter abhängen.

Unabdingbar für eine effektive Qualitätssicherung sind die Dokumentation und Evaluierung der Betreuungsverläufe. Hierzu werden regelmäßige Fallbesprechungen durchgeführt. Wichtiger Bestandteil des Qualitätsmanagements ist außerdem die Kooperation mit anderen Einrichtungen und Trägern innerhalb und außerhalb des Suchthilfesystems.

Im Rahmen der Qualitätssicherung und -verbesserung beteiligte sich unsere Einrichtung an der Intervisionsgruppe aller BEWs des Geschäftsbereichs mit dem Ziel der Selbstevaluation nach ausgewählten Qualitätsstandards.

Ausgewählte Statistik

Im Berichtszeitraum 2005 wurden insgesamt 35 Klienten/innen betreut. Im Laufe des Jahres kam es zu 18 Neuaufnahmen.

Altersstruktur der Klienten/innen (12 Frauen und 23 Männer):

– bis 30 Jahre	5 Klienten/innen
– 31-40 Jahre	9 Klienten/innen
– 41-50 Jahre	17 Klienten/innen
– 51-60 Jahre	4 Klienten/innen
– älter als 60 Jahre	0 Klienten/innen

Das Durchschnittsalter betrug 40,8 Jahre.

Einkommensstruktur:

– Rente wegen Erwerbsminderung	6
– Arbeitslosengeld I	1
– Arbeitslosengeld II	24
– Leistungen GsiG/Sozialhilfe	3
– Lohn aus Erwerbsfähigkeit	0
– Übergangsgeld Bundeswehr	1

Die durchschnittliche Verweildauer der im Jahr 2005 beendeten Maßnahmen betrug 8,22 Monate, im Vergleich: Im Jahr 2004 waren es 10 Monate.

Zusammenarbeit und Vernetzung

Das BEW arbeitet seit dem Jahr 1996 im Stadtbezirk Lichtenberg und ist integraler Bestandteil des regionalen Hilfesystems.

Der Suchthilfeverbund der Einrichtungen des Geschäftsbereichs im Bezirk unterstützt eine engmaschige, individuelle und bedarfsgerechte Betreuung. Außerdem ist eine flexible Anpassung der Hilfen an die Bedürfnisse der Klienten/innen möglich.

Die Koordinierungsfunktion wurde uns bei allen Klienten übertragen. Diese stellt eine der Hauptaufgaben bei der Vernetzung der einzelnen Angebote innerhalb des Suchthilfesystems unseres Stadtbezirks dar. Es bestehen zudem gute Verbindungen zu den unterschiedlichen regionalen und überregionalen Einrichtungen und Trägern.

Wesentlicher Bestandteil der Arbeit ist die regelmäßige Beteiligung an der regionalen und überregionalen Gremienarbeit.

Aussichten

Mit der Einführung der Fallmanager/innen in der Eingliederungshilfe des zuständigen Bezirksamtes ab Juni 2006 wird die Arbeit vermutlich umfassenden Veränderungen unterworfen sein. Neue Zuständigkeiten wird es im Bereich der Erstellung der BRPs, einschließlich der Festlegung des Hilfebedarfs, sowie in der Organisation der Helferkonferenzen geben. Fragen bestehen hinsichtlich der veränderten Aufgaben und Befugnisse des SpDs, der Belegungskommission, der Kliniken und der Sachbearbeiter/innen im Bezirksamt.

10. Tagesstätten für Suchtkranke Lichtenberg-Hohenschönhausen

Die Tagesstätten Hohenschönhausen und Lichtenberg arbeiten seit 2 Jahren erfolgreich in einem Verbund unter einer gemeinsamen Leitung.

Zielgruppe

Die Tagesstätten sind alltagsbegleitende, versorgende und tagesstrukturierende Einrichtungen für mehrfach beeinträchtigte Abhängigkeitskranke, die durch langjährigen Suchtmittelmissbrauch wesentlich in ihren gesundheitlichen Funktionen und sozialen Fähigkeiten gehandicapt sind und für deren Behandlung es über den körperlichen Entzug hinaus kein spezifisches Angebot gibt.

Das Angebot richtet sich an Frauen und Männer zwischen 18 und 65 Jahren,

- bei denen die Abhängigkeit einen chronischen Verlauf zu nehmen droht bzw. genommen hat,
- die über eine verringerte Abstinenzmotivation verfügen und deren Krankheitseinsicht wenig differenziert ist, die jedoch ein Problembewusstsein in Bezug auf ihren Konsum von Suchtmitteln entwickelt haben,
- bei denen häufig eine mehrfache Suchtmittelabhängigkeit besteht,
- bei denen somatische/neurologische Folgeerkrankungen zu verzeichnen sind,
- deren psychische Stabilität sowie körperliches und geistiges Leistungsvermögen aufgrund von Folge- und Begleiterkrankungen sehr gering sind,
- bei denen auch andere psychische Erkrankungen (Doppeldiagnosen) vorliegen können,
- die nicht/kaum über stabile soziale Kontakte zur Herkunftsfamilie bzw. in ihrem Umfeld verfügen und deren Kontaktfähigkeit eingeschränkt ist,
- die von Obdachlosigkeit und Verwahrlosung bedroht sind bzw. bei denen umfangreiche soziale Probleme zu bewältigen sind.

Bei den Betroffenen handelt es sich um Menschen, die dem Personenkreis gemäß §§ 53-60 SGB XII zuzurechnen sind.

Nicht aufgenommen werden können Alkoholkranke mit akuten Psychosen, schweren Anfallsleiden, stark aggressivem/destruktivem Verhalten, schweren geistigen Behinderungen und mit ansteckenden Krankheiten.

Der Besuch der Tagesstätte beruht auf Freiwilligkeit. Nach der Aufnahme ist die regelmäßige Teilnahme am Programm der Einrichtung für die Klienten/innen verbindlich. Die Zunahme der Mehrfacherkrankungen und Doppeldiagnosen hielt auch im Jahr 2005 bei unserer Klientel an.

Statistische Angaben zur Belegung

Wir haben im Jahr 2005 insgesamt 61 Klienten/innen betreut. Es besteht eine regionale Zuständigkeit für den Großbezirk Lichtenberg. Im Jahr 2005 besuchten 46 Männer und 15 Frauen die Einrichtungen. Davon war 1 Person jünger als 30 Jahre, 12 Personen zwischen 30

und 39 Jahre, 26 waren 40-49 Jahre alt, 18 zwischen 50-59 und 4 Besucher im Alter über sechzig.

Die Klienten/innen waren folgenden Hilfebedarfsgruppen (HBG) zugeordnet:

4 Klienten/innen	HBG 1
4 Klienten/innen	HBG 2
16 Klienten/innen	HBG 3
13 Klienten/innen	HBG 4
6 Klienten/innen	HBG 5
14 Klienten/innen	HBG 6.

Betreuungsziele

Die alltagsnahe, lebenspraktische und tagesstrukturierende Betreuung sichert zunächst ein menschenwürdiges Dasein.

Darüber hinaus werden eine Einschränkung des Suchtmittelmissbrauchs, die Verlängerung der Abstinenzphasen, sowie eine Verbesserung des physischen und psychischen Allgemeinzustandes angestrebt. In dem geschützten und suchtmittelfreien Rahmen unterstützt die Tagesstätte die Klienten/innen durch feste Bezugspunkte im klar strukturierten Tages- und Wochenablauf dabei, die Anforderungen des Alltags wieder bewältigen zu lernen. Die soziale Kontaktfähigkeit wird durch gemeinsame Beschäftigungs- und Freizeitaktivitäten gestärkt. Durch die Zubereitung regelmäßiger gemeinsamer Mahlzeiten im Rahmen der Kochgruppe, als eines der hauswirtschaftlich orientierten Tätigkeitsfelder, wird das Bewusstsein für eine gesunde Lebensführung geweckt.

Die Tagesstätte ist bestrebt, den Klienten/innen neue Möglichkeiten zu eröffnen,

- ihre Belastbarkeit und Fähigkeit zur Problembewältigung wieder zu entdecken und/oder zu verbessern,
- Ängste und Hemmungen abzubauen,
- Selbstbewusstsein und Selbstwertgefühl zu gewinnen,
- Isolation und Beschäftigungs-/Tätigkeitslosigkeit zu überwinden,
- tragfähige zwischenmenschliche Beziehungen aufzubauen,
- positive und realistische Lebensperspektiven zu entwickeln, die ggf. in aufbauende rehabilitative Maßnahmen (z. B. Langzeittherapie, sinnstiftende Tätigkeit, berufliche Rehabilitation, Beschäftigungsverhältnisse 1./2./3. Arbeitsmarkt) münden.

Angebote und Arbeitsweise

Bei den Tagesstätten handelt es sich um ein niedrigschwelliges Angebot mit bedingtem Abstinenzanspruch. Rückfälle führen nicht zur Einstellung der Betreuung. Die Anforderungen an die Klienten/innen richten sich nach deren Fähigkeiten, Fertigkeiten und Bedürfnissen in Übereinstimmung mit den Zielen der Betreuung und der Einrichtung. Die Klienten/innen werden derzeit von vier Sozialarbeitern/innen, vier Ergotherapeuten/innen sowie einer Kunsttherapeutin betreut.

Die Tagesstätten leisten das zu beschreibende Betreuungsangebot von Montag bis Freitag in der Zeit von 08.30-16.00 Uhr. An Feiertagen (Weihnachten, Silvester, Herrentag) gibt es zusätzliche Angebote.

Die Mitarbeiter/innen gestalten gemeinsam mit den Klienten/innen einen alltagsnahen, abstinenten, klar gegliederten Tages- und Wochenablauf. Schwerpunkte der Betreuung sind ressourcenorientierte Einzel- und Gruppengespräche, Arbeiten im Bereich der Ergo- und Kunsttherapie, sozialarbeiterische Tätigkeiten, Aufgaben in den Bereichen der Selbstversorgung und Haushaltsführung sowie Impulse für eine abwechslungsreiche Freizeitgestaltung. Die Klienten/innen werden gemäß ihrer Kompetenzen in die Gestaltung und

Organisation der Tages- und Wochenplanung einbezogen. Der zentrale Ort hierfür ist die wöchentlich stattfindende Vollversammlung. Damit sollen Initiative, Eigenverantwortung und Selbstbestimmung gestärkt werden.

Das systemische Vorgehen ist im Gruppenprozess und in der individuellen Fallarbeit vorrangig ziel- und lösungsorientiert ausgerichtet. Alle Maßnahmen werden auf ihre praktische Umsetzbarkeit geprüft und im Sinne der Nachhaltigkeit abgesichert und eingesetzt.
Wir arbeiten mit dem Prinzip der therapeutischen Gruppe. Dabei verstehen wir uns als Anleiter und Supervisor des zunehmend selbstbestimmten Gruppenprozesses. Wir wollen bewirken, dass sich die einzelnen Gruppenmitglieder mit ihren spezifischen Fähigkeiten und Erfahrungen ergänzen und miteinander weiterentwickeln. Damit wollen wir erreichen, dass das Selbsthilfepotential unserer Klienten/innen gestärkt wird und sie somit vom Hilfesystem unabhängig werden.

Einzelgespräche werden den Klienten/innen regelmäßig angeboten. Im Vordergrund der Gespräche steht die Überprüfung der mit den Klienten/innen vereinbarten Zielsetzung.

Die Angehörigenarbeit ist notwendig, damit die Klienten/innen ihre wiederentdeckten und neuen Lösungsansätze auf ihre Lebensrealität übertragen können. Aus diesem Grund beziehen wir die Familie und das soziale Umfeld in den therapeutischen Prozess mit ein, wenn alle Beteiligten dies als zieldienlich erachten.

Hausbesuche führen wir hauptsächlich zum Zwecke der Krisenintervention durch.

Die Teilnahme an den überwiegend kompetenzzentriert angeleiteten ergotherapeutischen Gruppen- und Einzelarbeiten ist ein fakultatives Handeln, feste Pausenzeiten werden umgesetzt. Die Einhaltung dieser Strukturen dient der Absicherung kontinuierlicher Arbeitsabläufe zur Verbesserung der Ausdauer bei wachsenden Anforderungen. Auf individuelle Belastbarkeit und mögliche Erschöpfung wird dabei Rücksicht genommen. In den Angeboten der Ergotherapie und kreativen Gestaltung bekommen die Klienten/innen Anregungen und Anleitung zur Arbeit mit unterschiedlichen Materialien und Techniken. Neben der Erweiterung des Interesses an Formen der Tätigkeit, die auch über die Einrichtung hinaus führen, werden so instrumentelle und kognitive Fähigkeiten trainiert. Wichtige Anliegen in diesen Prozessen sind darüber hinaus die Verbesserung der Kritik- und Konfliktfähigkeit, die Vermittlung einer angemessenen Selbsteinschätzung und eines verbesserten Selbstwertgefühls sowie die Bewusstmachung verschiedener Erlebnisqualitäten. Bei einzelnen Klienten/innen entsteht das Ziel der Verbesserung der Arbeitsfähigkeit im Blick auf Möglichkeiten der beruflichen Rehabilitation.

Das im Rahmen der Ergotherapie angebotene Training von Gedächtnis und Konzentrationsfähigkeit wird regelmäßig einmal wöchentlich durchgeführt und bietet für die Klienten/innen die Möglichkeit, vernachlässigte Denkstrukturen wieder zu benutzen.

Zur Tagesstätte Hohenschönhausen gehört ein Garten. Die an Gartenarbeit interessierten Klienten/innen pflegen im Rahmen der Gartengruppe Pflanzen und Anlage. Die Einrichtung wird dabei weiterhin vom Gartenbauamt des Bezirkes unterstützt.

Die Ergotherapie wird durch ein kunsttherapeutisches Angebot ergänzt.

Eine wichtige Bedeutung kommt der sozialen Einzelfallhilfe zu. Wir gehen davon aus, dass erst die Absicherung der materiellen Existenzbedingungen im Kontext des Lebensumfeldes die weitere Reduktion der durch den Suchtmittelkonsum bedingten Probleme und eine intensivere Auseinandersetzung mit der Abhängigkeitserkrankung ermöglicht. Auch hier unterstützen wir jeden Versuch des/der Besuchers/in, die Angelegenheiten selbst zu regeln.

Alltagspraktische Fähigkeiten der Besucher/innen werden in den hauswirtschaftlichen Arbeiten innerhalb der Tagesstätte (Einkaufen, Zubereitung der Mittagsmahlzeit, Abwaschen und Reinigen der Räume) trainiert. Auch hier erkennen wir Möglichkeiten für die Verbesserung und Wiedererlangung einer gesunden Lebensführung.

Ein wichtiges Lernfeld ist der Bereich der Freizeitgestaltung ohne Suchtmittel. Durch Spaziergänge in der näheren Umgebung, Ausflüge, Karten- und Gesellschaftsspiele und sportliche Ertüchtigung sollen den Klienten/innen Anregungen hierzu vermittelt werden. Eine sinnvolle Freizeitgestaltung wie die verbesserte Teilhabe am gesellschaftlichen Leben sind wichtige Bausteine für die Gestaltung eines abstinenten Alltages. Darüber hinaus werden in der Vorbereitung und Durchführung im Gruppensetting soziale Kompetenzen trainiert.

Aufgrund der Kooperation im Tagesstättenverbund haben wir folgende gemeinsame Angebote aufbauen und stabilisieren können:

- Ausflüge,
- Informationsgruppe,
- Restaurantführergruppe (testen alkoholfreie Cafes bezüglich deren Angebote),
- Schwimmgruppe,
- Projekttage,
- Laufgruppe.

Fortbildung, Supervision und Qualität

Zur Sicherung des qualitativen Standards der Arbeit mit den Klienten/innen sowie innerhalb des Teams fanden regelmäßige Supervisionen und regelmäßige Selbstevaluation im Team statt. Alle Mitarbeiter/innen konnten externe und interne Fortbildungsangebote zu inhaltlich-fachlichen Themen nutzen. Im Bereich der Verwaltung wurden weitere Verfahren zur Vereinfachung der Arbeit und einem effektiven Zeitmanagement festgeschrieben.

Kooperation, Vernetzung und Öffentlichkeitsarbeit

Die Tagesstätten für Suchtkranke kooperieren im Besonderen mit der kommunalen Suchtberatungsstelle Hohenschönhausen sowie mit dem Krankenhaus „Königin-Elisabeth-Herzberge“. Die meisten Vermittlungen von Klienten/innen erfolgen über diese Einrichtungen. Weitere Vermittlungen wurden von anderen Projekten des Geschäftsbereichs, vom SpD Lichtenberg und gesetzlichen Betreuern initiiert. Im Rahmen der Umsetzung § 58 SGB XII werden mit der begutachtenden Stelle Helferkonferenzen organisiert.

Gemeinsam mit den anderen Suchthilfeprojekten des Geschäftsbereichs in dieser Region führten wir regelmäßige Informationsgespräche auf der Entzugsstation des Krankenhauses „Königin-Elisabeth-Herzberge“ durch und nahmen am gemeinsamen Tag der offenen Tür im „Blauen Haus“ teil.

Wir arbeiten in den Fachgremien des Bezirks Lichtenberg mit, wie PSAG-Untergruppe Sucht, Belegungskommission. Außerdem arbeiteten wir regelmäßig in den geschäftsbereichsinternen Gremien mit, die auch auf dieser Ebene einen qualifizierten Erfahrungs- und Meinungsaustausch sicherstellen.

Mit der Gestaltung unseres Tages der offenen Tür sowie des traditionellen Ehemaligentreffens haben wir viel positive Kundenresonanz und öffentliche Aufmerksamkeit für unser Angebot erhalten.

Bilanz und Ausblick

Die vereinbarten Ziele mit internen und externen Kunden konnten im Jahr 2005 erfolgreich umgesetzt werden. Das gemeinsame Planen und Handeln im Großteam hat zu mehr Stabilität und Flexibilität der Arbeit geführt. Auf dieser Basis begegnen wir den zu erwartenden Veränderungen im Sozialsystem nach Einführung von HARTZ IV optimistisch und gut vorbereitet.

11. TWG „Arche“ - Sozialtherapeutisches Wohnen für mehrfachbeeinträchtigte chronisch alkoholkranke Menschen

Seit dem 01.03.2000 existiert die Einrichtung. Sie besteht nunmehr seit sechs Jahren und stellt eine feste Größe innerhalb der psychosozialen Versorgungsstruktur der Region dar. Die TWG Arche bildet ein ergänzendes, niedrigschwelliges Angebot im Suchthilfesystem des Stadtbezirkes Lichtenberg und wird über die Eingliederungshilfe gemäß §§ 53/54 SGB XII finanziert. Die unverändert große Nachfrage aus Lichtenberg und anderen Bezirken, sowie die permanent volle Auslastung des Projektes belegen den konstant hohen Bedarf an niedrigschwelligen Angeboten.

Viele mehrfachbeeinträchtigte chronisch alkoholkranke Menschen erfüllen die Anforderungen anderer Projekte wie Befähigung zu einer weitgehend selbstständigen und abstinenten Lebensführung nicht, verfügen über keine eigene Wohnung oder müssen erst auf diese weiterführenden Angebote vorbereitet werden. Im Berichtszeitraum 2005/2006 hielt die TWG-Arche 14 reguläre Plätze vor.

Statistische Angaben zur TWG Arche

Zum 15.05.2006 ist die TWG Arche mit fünf Frauen und neun Männern voll belegt. Vom 15.05.2005 bis zum 15.05.2006 haben sich insgesamt 42 Bewerber/innen für einen Platz in der TWG beworben. Jede/r aufgenommene Klient/in hatte zwei Aufnahmegespräche. Im Berichtszeitraum wurden insgesamt 10 Klienten/innen aufgenommen, 11 sind aus dem Projekt ausgeschieden. Insgesamt wurden 21 Klienten/innen in dieser Zeit betreut. Davon lebten 12 Bewohner/innen länger als 12 Monate, 2 bis zu 12 Monaten, 5 bis zu 9 Monaten, 2 bis zu 6 Monaten in der TWG. Die Fluktuation ist weiterhin sehr gering. Diese Stabilität ermöglicht eine kontinuierliche Arbeit innerhalb einer festen, familiären Gruppenstruktur. Vom 15.05.2005 bis 15.05.2006 kamen 15 Klienten aus Lichtenberg/Hohenschönhausen, 3 aus Friedrichshain/Kreuzberg, 1 aus Charlottenburg/Wilmersdorf sowie 2 aus Pankow. Von den insgesamt 21 Klienten stehen 2 Personen in einem unbefristeten Arbeitsverhältnis, 2 Personen waren/sind in beruflichen Bildungsmaßnahmen, 4 Personen waren/sind in einer MAE-Arbeitsgelegenheit, eine Klientin besuchte eine geschützte Werkstatt. Die Klienten/innen wurden von drei Sozialarbeiterinnen und drei Sozialarbeitern betreut.

Schwerpunkte des Projektes

- Individuelle Alltagsbegleitung,
- zunehmende Übertragung aufgabenbezogener Verantwortung,
- angeleitete klientenzentrierte (auch geschlechtsspezifisch) Gesprächsgruppen,
- Abstinenzmotivation und Stabilisierung der Abstinenz,
- Rückfallbearbeitung,
- Stabilisierung durch strukturierten Tagesablauf,
- Einüben von „trockenem Sozialverhalten“,
- erlebnisorientierte Gemeinschaftsaktivitäten,
- Arbeits- und Beschäftigungstraining (Holzwerkstatt),
- Kreativitätsgruppe,
- Körperwahrnehmung und Revitalisierung im Fitness- und Sportraum,
- Gesundheitsfürsorge.

Therapeutische Arbeit

Die Betreuungsarbeit berücksichtigt unterschiedliche Bereiche, Defizite, Folgeschäden, Entwicklungs- und Förderungsbedürfnisse. Die Arbeit vollzieht sich sowohl im Rahmen therapeutischer Gruppenarbeit, als auch in der individuellen Betreuung der Bewohner. Ziel ist die Verselbständigung des Klienten für ein Leben, das nicht durch den Alkohol bzw. die Sucht gesteuert wird.

In wöchentlich mindestens zwei therapeutischen Pflichtveranstaltungen liegt der Schwerpunkt in konfliktzentrierter Gruppenarbeit und in der Behandlung von suchtspezifischen Themen, wie Alkoholismus, Rückfallbearbeitung, Lebensführung, Ernährung und sozialen Belangen.

Beschäftigungstherapeutische Gruppenaktivitäten sollen neue Freizeitinteressen und Hobbies wecken, dazu werden in erster Linie die projekteigene Holzwerkstatt und der Fitnessraum genutzt. Im Gruppenraum stehen den Klienten mehrere Rechner einschließlich Internetzugang zur Verfügung. Durch die Mitarbeiter erfolgt regelmäßig eine Vermittlung von grundlegenden Computerkenntnissen unter Berücksichtigung der individuellen Voraussetzungen der Bewohner. Entsprechend der körperlichen Konstitution findet in der Regel für jeden Klienten ein- bis zweimal wöchentlich ein angeleitetes Fitness- bzw. Bewegungstraining statt. Zusätzlich konnte eine feste Lauf-/Walkinggruppe etabliert werden.

Instandhaltungs- und Renovierungsarbeiten wurden durch die Mitarbeiter/innen und die Bewohner/innen sowohl in der TWG als auch in anderen Einrichtungen des Geschäftsbereichs durchgeführt.

Kreative beschäftigungstherapeutische Angebote waren Encaustik-Kurse, Basteln zu besonderen Anlässen, Serviettentechnik, Aquarellmalerei, Buchlesung, Seidenmalerei, Bänderknüpfen, Specksteinarbeiten, Lederarbeiten, Nähen, Kalligraphie und die Gestaltung der individuellen Wohnräume und der Gemeinschaftsräume.

Die Förderung der sozialen Kompetenzen erfolgte durch ein Angebot von Bewerbungs-, Gedächtnis-, Wahrnehmungs- und Kommunikationstraining.

Durch projektinterne Computerkurse im Bereich des Betriebssystems und einfachen Anwendungen wurde das Interesse mehrerer Klienten/innen an den neuen Medien geweckt. Einige Klienten/innen besuchten weiterführende, z. T. berufsvorbereitende Kurse zur Textverarbeitung, Tabellenkalkulation und Internet. Zudem stellten einige Klienten mit dem Rechner Bewerbungsunterlagen zusammen. Für die stärker abgebauten Klienten wurde ein computergestütztes Gedächtnistraining angeboten.

Bei mehreren Tagesausflügen lernten die Klienten/innen die Stadt Berlin und das umliegende Land Brandenburg näher kennen, so wurden mit den stiftungseigenen Bussen unter anderem mehrere Ausflüge nach Potsdam, Usedom und in den Spreewald unternommen.

Im Jahr 2005 fand eine Urlaubsreise der TWG in die Türkei statt. Fahrradtouren, Kino- und Ausstellungsbesuche, Billard und Bowling bilden einen festen Bestandteil der Freizeitaktivitäten der Wohngemeinschaft. Die Bewohner organisierten selbständig regelmäßige Abendessen und Ausflüge. Durch konkrete klientenbezogene Aufgaben wurden verlorengegangene oder fehlende Alltagsstrukturen wieder entwickelt. Die therapeutische Einzelbetreuung gemäß dem Behandlung- und Rehabilitationsplan erfolgte in der Zuständigkeit des jeweiligen Bezugsbetreuers. Im Verlauf ihres Aufenthalts stellten die Bewohner/innen zunehmend Kontakte außerhalb der TWG her. Hierbei standen zumeist familiäre bzw. verwandtschaftliche Kontakte im Vordergrund. Einige Klienten besuchen Selbsthilfegruppen, die integrative Suchberatungsstelle des Bezirkes und suchtmittelfreie Kontakt- und Begegnungsstätten.

Vernetzungsstruktur

Die Mitarbeiter/innen nehmen regelmäßig an bezirklichen Gremien (z. B. PSAG, AG Sucht, Belegungskommission) teil. Im Besonderen soll hier die gute Zusammenarbeit mit dem SPD, dem Amt IV des Sozialamtes und dem KEH genannt werden. Eine enge Zusammenarbeit (viele Angebote der Projekte werden von den Klienten z. T. projektübergreifend genutzt) und gemeinsame Projekte bestehen zum BEW Lichtenberg, dem Kontaktladen „Enterprise“, Suchtberatung Lichtenberg und zur Tagesstätte Hohenschönhausen/Lichtenberg. In diesem Verbund der 5 Lichtenberger Gesundheitsprojekte des Geschäftsbereichs werden regelmäßige Regionaltreffen durchgeführt.

Die Mitarbeiter der TWG Arche waren an der Entwicklung und der Umsetzung des Informationspools des Geschäftsbereichs beteiligt.

Aussichten für 2006

- Um unseren Versorgungsauftrag in der bezirklichen Suchthilfe noch besser zu erfüllen, werden wir den Kontakt zu den einschlägigen Krankenhäusern mit Entgiftungsstationen, auch anderen Krankenhäusern, Alkoholberatungsstellen, Übergangs- und Obdachloseneinrichtungen, Sozialpsychiatrischen Diensten etc. noch effizienter gestalten.
- Dazu gehören die regelmäßige Vorstellung unserer TWG auf den Entgiftungsstationen (besonders im KEH), die Verschickung von Faltblättern und die persönliche Einladung von Betreuern und Sozialarbeitern aus dem Suchtbereich.
- Die intensive Zusammenarbeit mit den Projekten unseres Trägers, mit bezirklichen und fachlichen Gremien in- und außerhalb des Bezirkes Lichtenberg, um die Transparenz unserer Arbeit zu dokumentieren.
- Die Weiterentwicklung der Leistungsstandards nach § 75 Abs. 3 SGB XII.
- Die Weiterführung des Qualitätsmanagements und der Selbstevaluation nach DIN EN ISO 9001:2000.
- Planung einer mehrtägigen Auslandsreise im Sommer 2006 nach Polen.

Region Friedrichshain-Kreuzberg

12. Suchtberatungsstelle Friedrichshain

Suchtberatung Friedrichshain

Die Suchtberatung Friedrichshain existiert seit dem Jahr 1992 als einzige Beratungs- und Behandlungsstelle für alkohol- und medikamentenabhängige Menschen im Ortsteil Friedrichshain. Seit dem 01.01.1996 ist der Geschäftsbereich Soziale Räume und Projekte Träger der Einrichtung.

Auftrag/Aufgabenstellung

Beratungsstellen für alkohol- und medikamentenabhängige Menschen sind fester Bestandteil des regionalen psychiatrischen Pflichtversorgungssystems und Baustein des Gesamtsystems der Suchtkrankenhilfe. Sie haben eine definierte regionale Verpflichtung für die ambulante Grundversorgung von Menschen mit Alkohol- und Medikamentenmissbrauch und -abhängigkeit und deren Angehörige in ihrer Region (auf der Basis von § 1 GDG in Verbindung mit § 26 GDG).

Die Aufgabenstellung umfasst die Information, Beratung, Behandlung und Betreuung von Menschen mit einer Alkohol- bzw. Medikamentenproblematik (Gefährdung, Missbrauch, Abhängigkeit) und deren Bezugspersonen (Angehörige, Freunde, Kollegen/innen).

Strukturelle Besonderheiten

Der fusionierte Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg weist hohe soziale und gesundheitliche Belastungen auf. Er hat u. a. den niedrigsten Sozialindex, die höchste Bevölkerungsdichte, eine hohe Arbeitslosenrate, einen hohen Anteil an Sozialhilfeempfängern und Bürgern ohne beruflichen Ausbildungsabschluss. Auf diesem sozialen Hintergrund ist die gesundheitliche Lage u. a. geprägt durch die höchste Rate vorzeitiger Sterblichkeit, die niedrigste mittlere Lebenserwartung und eine erhöhte Säuglingssterblichkeit. Dennoch gibt es teilweise größere Unterschiede zwischen Friedrichshain und Kreuzberg (z. B. Anteil Arbeiter und Angestellte, Sozialhilfeempfänger) und trotz der problematischen Bedingungen gibt es auch positive Ressourcen.

Kooperation/Vernetzung/Öffentlichkeitsarbeit

Die Suchtberatung arbeitet mit Einrichtungen des Bezirkes (Sozialpsychiatrischer Dienst, Jugendamt, usw.), Krankenhäusern, Fachkliniken, anderen Beratungsstellen, niedergelassenen Ärzten und SPI-internen (Betreutes Einzelwohnen, Tagesstätte, Therapeutische Wohngemeinschaft) oder anderen Suchthilfeprojekten zusammen. Des Weiteren besteht eine Kooperation mit anderen Alkohol- und Drogenberatungsstellen im Rahmen des integrierten regionalen Suchthilfedienstes der City-Region (Region 6: Friedrichshain, Kreuzberg, Mitte, Tiergarten, Wedding).

Eine fachliche Kooperation besteht über die kontinuierliche Teilnahme an (über)bezirklichen Gremien: PSAG, AG Sucht der PSAG, AK Suchtberatungsstellen, AG Suchtberatungsstellen Region City, Treffen bei der Landesdrogenbeauftragten.

Zielgruppe

Das Angebot richtet sich in erster Linie an erwachsene Menschen mit einer Alkohol- und Medikamentenproblematik (Gefährdung, Missbrauch, Abhängigkeit) und deren Bezugspersonen (Angehörige, Freunde, Kollegen/innen). Menschen mit anderen Suchtproblemen werden im Rahmen der Möglichkeiten der Einrichtung ggf. ebenfalls beraten oder weitervermittelt. Im Rahmen der Regionalisierung der ambulanten Drogenhilfe wurde die primäre Zuständigkeit für die Versorgung von Menschen mit Drogenproblemen für den Ortsteil Friedrichshain (Region 6) der Drogenberatungsstelle Misfit, Kreuzberg, übertragen.

Zielstellungen

Es besteht das Ziel, eine tragfähige Arbeitsbeziehung aufzubauen, die es ermöglicht, in Abhängigkeit von der individuellen Situation und dem jeweiligen Motivationsstadium einen Prozess in Gang zu setzen, der die Auseinandersetzung mit dem Suchtverhalten bzw. der eigenen Abhängigkeit fördert und Chancen zur Veränderung bietet.

Beratung und Betreuung setzen keine Abstinenz voraus. Im Zentrum der Bemühungen steht mit Hilfe verschiedener Maßnahmen, die in Abhängigkeit der individuellen Lage gemeinsam mit dem Betroffenen geplant werden, die Sicherung bzw. Verbesserung der sozialen, gesundheitlichen und psychischen Situation des Klienten. Übergeordnetes Behandlungsziel ist eine Persönlichkeitsentwicklung im Sinne einer Nachreifung, die dem Klienten ein zufriedenes selbstbestimmtes Leben ohne Suchtmittelgebrauch ermöglicht sowie die Aufrechterhaltung bzw. Wiederherstellung der Erwerbsfähigkeit.

Angebote

- Information und Beratung,
- ambulante Behandlung (Entzug, Entwöhnung, Nachsorge),
- langfristige Begleitung und Betreuung,
- Krisenintervention,
- fachgerechte Vermittlung (z. B. Entzug, Entwöhnung, Betreutes Einzelwohnen, Tagesstätte, niedergelassene Ärzte, Selbsthilfegruppen),
- Beratung, Vermittlung und Unterstützung bei der Regelung von sozialen Problemen,
- Gruppenangebote (z. B. Tägliche Gruppe, Informationsseminar, Entwöhnung, Nachsorge),
- Beratung von Angehörigen, Freunden und Kollegen,
- aufsuchende Beratungsarbeit in Einzelfällen.

Ausgewählte Statistik für den Zeitraum 01.01.-31.12.2005

Gesamtzahl Ratsuchender Personen:		416
– davon betroffene Klienten/innen		340
– und Angehörige/Bezugspersonen		76
Anzahl Klienten/innen hinsichtlich Häufigkeit/Dauer:		
Einmalberatungen		89
Klienten/innen mit zwei und mehr Beratungen		251
Klienten/innen mit wiederholten Beratungssequenzen		29
mittel- und längerfristige Beratungen/Betreuungen insgesamt		280
nachfolgende Angaben beziehen sich auf 280 Betreuungen:		
Männer	(77,9 %)	218
Frauen	(22,1 %)	62
arbeitslose Betroffene	(56,1 %)	157
Suchtmittel/-verhalten (im Vordergrund)		
Alkohol	(92,1 %)	258
Opioide	(1,4 %)	4
Cannabis .	(3,6 %)	10
Sedativa	(1,8 %)	5
andere Stimulanzien	(0,4 %)	1
Spielen, Kaufen, Essen	(0,7 %)	2

Zusammenfassung und Ausblick

Die Beratungsstelle war wie in den Vorjahren gut ausgelastet. Neben der direkten Arbeit mit Klienten/innen und Aktivitäten im Zusammenhang mit Gremien, Kooperation und Vernetzung waren die üblichen organisatorischen und inhaltlichen Aufgaben einer Beratungsstelle zu bewältigen. Parallel dazu läuft im Rahmen des Qualitätsmanagement-Systems ein kontinuierlicher Prozess zur Qualitätssicherung und -verbesserung der Arbeit, der immer wieder Aufgaben mit unterschiedlicher Arbeitsintensität mit sich bringt.

Im Hinblick auf die Klientenstruktur haben sich keine wesentlichen Änderungen ergeben. Die Anzahl der Ratsuchenden ist jährlichen Schwankungen unterworfen und beläuft sich auf 416 (Gesamtzahl ratsuchender Personen) im Jahr 2005 im Vergleich zu 439 im Jahr 2004. Neben den direkten klientenbezogenen Kontakten ist ein hoher Zeitaufwand für klientenbezogene sozialarbeiterische Tätigkeiten/Aktivitäten festzustellen.

Das vielseitige Angebotsspektrum der Beratungsstelle hat sich bewährt und wird da, wo es sinnvoll und erforderlich erscheint, unter Berücksichtigung der Kapazitäten erweitert, unter Umständen mit Einschränkungen an anderer Stelle. Auf die Integration neuer Angebote in das bestehende klassische Aufgabenspektrum ist bereits in den Berichten der letzten Jahre eingegangen worden.

Nach einer intensiven Beschäftigung mit dem Thema Neurobiologie der Alkoholabhängigkeit wurde im Jahr 2005 die Vermittlung der neurobiologischen Aspekte des Alkoholkonsums im Rahmen der bestehenden Gruppen erprobt. Ziel war es, auf möglichst verständliche Art und Weise eine möglichst kurze, aber beeindruckende Wissensvermittlung herzustellen. Dieses Ziel konnte auch erreicht werden. So wird diese Informationseinheit auch weiterhin, z. B. im Rahmen des wöchentlich stattfindenden Infoseminars, angeboten.

Die Beschäftigung mit dem Thema „Kontrollierter Konsum“ im Zusammenhang mit Alkoholmissbrauch hat auch im Jahr 2005 in unterschiedlicher Form stattgefunden, ohne dass es bisher zu konkreten Entscheidungen kam. Durch ein fachlich fundiertes und strukturiertes Angebot zum kontrollierten Konsum können möglicherweise Menschen mit missbräuchlichem Alkoholkonsum angesprochen werden, die ansonsten keine Suchtberatung aufsuchen würden. Es ist noch zu klären, ob und wie mit den vorhandenen personellen Ressourcen ein derartiges Angebot installiert werden kann.

Im Zusammenhang mit der Umstrukturierung des ambulanten Drogenhilfesystems und der Entwicklung eines integrierten Suchthilfedienstes in der Region 6 konnte im Sommer 2005 eine Kooperationsvereinbarung abgeschlossen werden, deren Gegenstand die gemeinsame und verbindlich aufeinander abgestimmte Leistungserbringung als „Integrierter regionaler Suchthilfedienst City“ ist. Ein Schwerpunkt im Jahr 2005 war das Thema „Suchtberatung nach § 16 Absatz 2 SGB II“. Zur Vorbereitung und Umsetzung beteiligte sich die Beratungsstelle an zwei Arbeitsgruppen. Endgültige Ergebnisse zur Umsetzung der Suchtberatung nach SGB II konnten bislang jedoch nicht erzielt werden.

Im Bereich der Sicherstellung der Suchtberatung im Rahmen der Pflichtversorgung suchtkranker Menschen durch freie Träger mussten ab Januar 2005 monatlich die Transferprodukte (Anzahl definierter Kontakte) an die Plan- und Leitstelle gemeldet werden. Es zeichnet sich ab, dass im Zusammenhang mit der Umstellung der Finanzierung der Alkohol- und Medikamentenberatungsstellen weitere zusätzliche Arbeit auf die Beratungsstelle im Jahr 2006 zukommt, da dann parallel zwei zeitaufwendige statistische Erhebungen durchgeführt werden müssen.

13. Betreutes Einzelwohnen Friedrichshain-Kreuzberg

Einleitung

Das Jahr 2005 ist aus Sicht des Betreuten Einzelwohnens Friedrichshain-Kreuzberg als erfolgreiches Jahr zu werten. Die Vermittlung und die sich daran anschließende Betreuung von CMA- und Doppeldiagnose-Patienten aus Kreuzberg haben sich erhöht. Insgesamt wurden im Jahr 2005 zehn Klienten/innen aus Kreuzberg betreut.

Die Mitarbeiter/innenzahl blieb konstant bei fünf Mitarbeitern/innen mit 4,75 Stellen und einer ¼ Verwaltungskraft. Die Auslastung des BEWs war erstmalig seit 8 Jahren in den Monaten September/Oktober/November problematisch. Eine durchgängige Vollbelegung konnte nicht erreicht werden. Wir sehen die Ursachen in einer verminderten Vermittlungstätigkeit der Sozialen Dienste. Die Anwendung des implementierten Qualitätsmanagementverfahrens nach DIN EN ISO 9001:2000 ist weiterhin eine anspruchsvolle Aufgabe.

Die schon im Jahr 2003 festgestellte Tendenz, dass der soziale Druck auf die Klientel wächst, kann bestätigt werden. Die Nachweispflicht des BEW bezüglich der Zielerreichung im einzelnen Betreuungsprozess ist deutlich in den Vordergrund getreten. Bei einzelnen Klienten/innen verdrängt diese Nachweispflicht langsam aber stetig die im Trägerkonzept und Qualitätsmanagementverfahren festgelegte Soziotherapie mit ihren Ansätzen zum Abbau von Defiziten in den nicht entsprechend gereiften Bereichen der Klienten/innen. Abhängigkeit von Suchtstoffen ist das Ergebnis eines komplexen, biologischen, psychischen und sozialen Prozesses, der sich über einen langen Zeitraum manifestiert. Eine tragfähige Arbeitsbeziehung der Pädagogen/innen ist Grundlage für einen vertrauensvollen Zugang zu den Klienten/innen. Es besteht die Gefahr, dass langfristige Änderungen und Stabilisierung von Persönlichkeit sowie Reifungsprozesse, hinter dem Verfolgen von kurzfristigen Zielen zurückbleiben. Mit dem häufigen Verweis auf den neuen „Aufbruch“ zur klientenzentrierten Arbeit wird verschwiegen, dass in den Jahren vorher Konzepte auf der Basis langjähriger Studien und Bedarfsermittlungen des Bezirkes gewachsen und aufgebaut worden sind. Die Orientierung auf Betreuungen, bei denen „der Weg das Ziel ist“, kann immer schwerer umgesetzt werden. Wir stellen fest, dass das Prinzip von Fördern und Fordern sowie Hilfe zur Selbsthilfe, in Form von soziotherapeutischer Nachreifung deutlich schwerer einzuhalten ist, da der Schwerpunkt immer mehr zum Fordern tendiert. Die Auseinandersetzung um die Arbeitsfähigkeit und den Druck

zur Arbeitsaufnahme, ohne dass konkrete Angebote vorliegen, ist deutlich gestiegen. Der Krankheitsverlauf der CMA-Klienten erfordert zur Gesundung Zeit. Fördern und Fordern müssen im soziotherapeutischen Betreuungsprozess durch die Betreuer/innen mit den Klienten/innen in Einklang gebracht werden, um einen Erfolg von Maßnahmen sicherstellen zu können.

Betreuung und Hilfeplanung

Für jede/n Betreute/n wird ein individueller Behandlungs- und Rehabilitationsplan in Abstimmung mit dem Sozialpsychiatrischen Dienst und dem/der Klienten/in erstellt. Die Betreuungsziele werden gemeinsam mit dem/der Klient/in unter Berücksichtigung unterschiedlicher Betreuungsgrade erarbeitet. Dabei wird auch die Frage der Betreuungsdichte besprochen. Aus den intensiven soziotherapeutischen Gesprächen entwickeln sich die individuellen langfristig angelegten Hilfepläne.

Die individuellen Ziele, die ein/e Klient/in in einem Betreuungszeitraum erarbeiten muss, sind sachlich und lebensnah durch die Mitarbeiter eingeschätzt worden. Benötigte Zeitpotentiale wurden anhand der Schwere der Erkrankung, der Häufigkeit der Hausbesuche sowie der möglichen Teilnahme an den beiden Gruppen prospektiv fallbezogen festgelegt.

Der Zielerreichungsgrad wird laufend im Betreuungsprozess sowie i. d. R. alle sechs Monate im Gespräch mit Klienten/innen und dem Sozialpsychiatrischen Dienst überprüft. Aufgrund der Schwere der Beeinträchtigung bei den meisten Klienten/innen kommt es zeitweise zu einer Zielkorrektur dahingehend, dass den Klienten/innen zur Zielerreichung mehr Entwicklungszeit eingeräumt werden muss bzw. andere Ziele in Betracht kommen. Dabei besteht auch die Möglichkeit, dass die Klienten/innen Ziele erreichen, die zu Beginn der Planung nicht in Erwägung gezogen wurden.

Statistik des Jahres 2005

Das Büro wurde zu 779 Einzelkontakten außerhalb der Gruppen genutzt. An dieser Stelle lässt sich ein klarer Anstieg der im Büro durchgeführten Kontakte vermerken. Gleichzeitig erhöhten sich die Hausbesuche. Das Team des BEW machte im Jahr 2005 1.126 Hausbesuche (2004: 1.078), davon 155, bei denen die Klienten/innen nicht angetroffen wurden. Das Team hatte insgesamt 353 Termine (2004/233) mit Klienten, die diese nicht wahrnahmen. Die Gruppenkontakte stiegen im Jahr 2005 auf 613 Klienten (2004: 521). Daran wird deutlich, dass die Kontakthäufigkeit und die Zuverlässigkeit der Klienten deutlich zugenommen haben. Einerseits kommen die Klienten, die Gruppenfähigkeit aufweisen, kontinuierlicher zu den Gruppenterminen. Andererseits gibt es einige Klienten, die nur schwer oder nicht zu Gruppenbesuchen oder Büroterminen zu motivieren sind und dementsprechend häufiger zu Hause aufgesucht werden müssen. Dies sind meist die Klienten mit schwereren körperlichen Erkrankungen. Die Erhöhung der Kontaktfrequenz bedeutet eine deutliche Arbeitsverdichtung für das Personal.

Weiter- und Fortbildung

Um eine qualitativ hochwertige Arbeit zu gewährleisten, halten wir es für notwendig, die Arbeit des BEWs zu reflektieren und fachlich begleiten zu lassen. Dazu gehören insbesondere die Auseinandersetzung mit neuen und modernen Ansätzen in der Suchtkrankenarbeit, wie z. B. zieloffene Suchtarbeit oder kontrolliertes Trinken. Als Instrumente dienen unter anderem regelmäßige Fallbesprechungen und Supervision. Weitergehend wurden vom Team auch im Jahr 2005 interdisziplinär ausgerichtete Weiterbildungen zur Qualifizierung genutzt.

Fortbildungen, die besucht wurden:

– AWO-Bundesverband-Treffen - Projekte der chronisch mehrfach beeinträchtigten Abhängigkeitserkrankten,

– Arbeitstagung Teupitz,
– Mahnverfahren,
– Kontrolliertes Trinken,
– Beratung mit gestalttherapeutischen Elementen,
– Internet-Fortbildung,
– PC-Inhouse-Schulung.

Qualitätssicherungsmaßnahmen

Im Besonderen hat sich das Team des BEWs im Jahr 2005/2006 die Aufgabe gestellt, die verschiedenen Kundenforderungen zu ermitteln, zu bewerten und die daraus notwendigen Folgerungen abzuleiten. Teilweise stehen Forderungen der einzelnen Kunden/innen zueinander im Widerspruch. Die Begrifflichkeit des/der Kunden/in erhält durch die Anwaltsfunktion des BEWs eine neue Dimension, da immer wieder zwischen den einzelnen Kunden/innen Bezirksamt, Klient/in und Träger vermittelt werden muss. Die Erwartung des BEWs geht dahin, dass Kundenforderungen deutlicher als bisher geäußert und miteinander abgestimmt werden müssen. Das BEW wird sich weiterhin an fachlich inhaltlichen Standards orientieren und der Qualität einer Betreuung vor der Quantität von Fallzahlen den Vorzug geben. Dabei ist ein Indikator des BEW-Teams, ob Kosten und Nutzen einer Eingliederungshilfemaßnahme aus unserer fachlichen Sicht im Einklang stehen und gerechtfertigt erscheinen. Diesem Prozess wird sich das BEW-Team auch im Jahr 2006 widmen.

Durch regelmäßige Verifizierungen und Validierungen wird die Einhaltung der Aufgaben und Zielsetzungen überprüft, die in Bezug auf die konzeptionellen Umsetzungen geplant wurden. Durch ein gestuftes System der Evaluation ist innerhalb dieses Qualitätsmanagementsystems ein kontinuierlicher Verbesserungsprozess festgelegt. Das BEW nimmt an den regelmäßigen Qualitätsmanagementzirkeln des Geschäftsbereichs teil.

Aussichten für das Jahr 2006

Das Team des BEW hat sich auch im Jahr 2006 die Aufgabe gestellt, die Verbesserungsbereiche aktiv anzugehen. Ein besonderes Augenmerk wird das BEW auf die Neustrukturierung infolge SGB II und SGB XII legen. Die vom Senat durchgeführten Veränderungen in der Behandlungs- und Rehabilitationsplanung sowie des Fallmanagements werden in Zukunft weiter aktiv umgesetzt werden und entsprechende Anforderungen an die Träger herantragen, auf die angemessen reagiert werden muss. Weitergehend sind im Jahr 2006 vielfältige Freizeit- und Gruppenaktivitäten geplant. So wird wiederum eine soziotherapeutische Reise angeboten werden. Für Klienten/innen, bei denen aufgrund der Schwere der Erkrankung eine Teilnahme nicht geboten ist, werden Freizeit- und Gruppenaktivitäten im Rahmen der Fähigkeiten und Ressourcen angeboten.

Wir erhoffen uns, dass auch das Jahr 2006 an die Zusammenarbeit sowie Akzeptanz und Unterstützung durch das Bezirksamt Friedrichshain-Kreuzberg der Jahre vor 2005 anknüpfen kann. Dies ist insbesondere aufgrund des großen Bedarfs an betreutem Einzelwohnen für die erkrankten Menschen im Bezirk bedeutsam.

14. Übernberg – Wohnen für Suchtkranke in Friedrichshain-Kreuzberg

Das Jahr 2005 war aus Sicht der TWG Übernberg ein arbeitsintensives und erfolgreiches Jahr. Die qualitätsgerechte Betreuung der Klienten, ein sparsamer Umgang mit dem Haushalt und die effiziente Nutzung der vorhandenen Ressourcen standen nach wie vor im Focus unserer Teamarbeit. Die Umstellung auf Hartz IV und die Umsetzung des Beschlusses Nr. 6 der Kommission 93 vom 11.11.03 für seelisch behinderte Menschen erfolgte für die Klienten/innen ohne gravierende persönliche Einschnitte. Die Mitarbeiterzahl blieb konstant, bei vier Mitarbeitenden mit 3,125 Stellen und einer Verwaltungskraft mit sechs Sunden/Woche. Die Aufnahme von Klienten/innen aus dem Stadtteil Kreuzberg in die Therapeutische Wohngemeinschaft (TWG) war auch im zurück liegenden Jahr nicht ausreichend. Eine

kontinuierliche Vermittlung durch das Vivantes-Klinikum am Urban kam leider nicht zustande. Trotzdem zeigte sich die Belegungssituation im Jahresverlauf ohne größere saisonale Schwankungen.

Die Anwendung des implementierten Qualitätsmanagementverfahrens nach DIN EN ISO 9001:2000 war auch weiterhin ein zentrales Anliegen des TWG-Teams. Die Arbeitsaufgaben der Einrichtung blieben im zurückliegenden Berichtszeitraum in ihrer Grundstruktur erhalten. Das vom Stadtbezirk Friedrichshain-Kreuzberg als Pilotprojekt angebotene trägerübergreifende persönliche Budget (TPB) wurde in der TWG mit vier Klienten/innen im Rahmen der Nachsorge praktiziert.

Die TWG wendet sich an alkohol- und medikamentenabhängige Frauen und Männer im Alter von 18 bis 50 Jahren, die den Willen haben, abstinent und suchtmittelfrei zu leben. Therapieziele sind die Aufarbeitung der Alkoholproblematik, die Stabilisierung einer abstinenten Lebensweise und die soziale Reintegration.

Arbeitsschwerpunkte sind:

- Auseinandersetzung mit der Lebensrealität,
- Reflektion über suchtbezogene Verhaltensmuster,
- Förderung sozialer Kontakte und Beziehungsfähigkeit,
- Entwicklung von Handlungsstrategien für die Bewältigung von persönlichen Krisen und Konflikten (Rückfallprophylaxe),
- soziale Reintegration (Familie, Partnerschaft, Freundschaften, Beruf).

Methoden und Vorgehensweisen:

- personenbezogene Hilfeplanung,
- Gruppen- und Einzelgespräche,
- sozialarbeiterische und sozialpädagogische Unterstützung,
- Soziotherapie,
- Vermittlung in Selbsthilfegruppen,
- Freizeitangebote und Gruppenreise,
- 24-stündige Rufbereitschaft,
- Angehörigenarbeit,
- Nachsorge in der TWG (Gruppen- und Einzelgespräche),
- Ehemaligentreffen.

Statistische Angaben zur TWG

Im Jahr 2005 wohnten in der Einrichtung 25 männliche Klienten. (Zu- und Abgänge im Jahr 2005). Es gab zwei Nachfragen von abhängigkeitserkrankten Frauen. Ein Einzug kam jedoch nicht zustande. Im Monat waren durchschnittlich 12,2 Plätze belegt. Das ist ein Minus von 2 % zum Vorjahr. Im Vergleich zum Vorjahr, gab es im Jahr 2005 keine nennenswerten Schwankungen in der Einrichtungsauslastung. Geringfügige Abweichungen zeigten sich in den Monaten Mai, September und November. Im Jahr 2005 erreichte die TWG eine Bettenauslastung von 88 %. Das entspricht gegenüber dem Vorjahr einem Minus von 7,1 %. Die Budgetauslastung jedoch betrug im Jahr 2005 97,0 %. Dies entspricht einer Steigerung von 0,5 %. Im Berichtszeitraum wurden 16 diagnostische Erstgespräche und 29 Informationsgespräche mit interessierten Bewerbern geführt (telefonische Auskünfte ausgenommen). Häufig folgten dem Bewerbungsgespräch ein bis zwei weitere, modifizierte Vorgespräche. Im Ergebnis dessen wurden im zurückliegenden Jahr 12 Klienten in die TWG aufgenommen.

14 Klienten zogen im Jahr 2005 aus der TWG aus. Sieben Klienten verließen die TWG mit Beendigung der Kostenübernahme. Zwei Klienten hatten eine Kostenübernahme für zweieinhalb Jahre. Vier Bewohner zogen auf eigenen Wunsch vorzeitig aus (Auszug nach neun, fünf und vier Monaten). Im Jahr 2005 führten drei Rezidive zum Auszug (Aufenthalt in

der TWG einmal vier, zweimal zwei Monate). Sechs Klienten zogen nach dem Betreuungsende in eine eigene Wohnung, weitere vier Klienten leben in Wohngemeinschaften. Drei Klienten sind unbekannt verzogen. Sie verzichteten auf die Wohnungsvermittlung durch die TWG. Ein Klient wechselte in eine betreute Wohngemeinschaft. Bei Einzug in die TWG waren alle Klienten langzeitarbeitslos. Klienten, die mit Beendigung der Kostenübernahme die TWG verließen, hatten zu diesem Zeitpunkt einen Arbeitsplatz. Fünf Klienten arbeiteten auf dem zweiten Arbeitsmarkt. Ein Klient arbeitet in einer Werkstatt für Behinderte. Ein Klient befand sich in der Ausbildung zum Fußbodenleger. Alle Klienten, die in der Einrichtung lebten, besuchten pro Woche ein- bis zweimal eine Selbsthilfegruppe für Alkoholkranke, ein Klient eine für Essgestörte (Adipositas). Im Rahmen unserer Nachsorge nahmen vier Klienten (TPB) die angebotenen Gruppen- und Einzelgespräche in Anspruch. Zwei Klienten begannen auf eigenen Wunsch eine externe Psychotherapie (Sexualtherapie und Sucht bezogene Therapie).

Arbeitsinhaltliche Schwerpunkte

Kontinuierliche Bemühungen des Teams führten zu einer erhöhten und somit zufrieden stellenden Auslastung der TWG. Gegenüber dem Vorjahr gab es einen deutlichen Anstieg der Hilfebedarfsleistungen. Dies erforderte die Einstufung in höhere Hilfebedarfsgruppen (HBG). Die durchschnittliche Erhöhung betrug im Vergleich zum Vorjahr 17 %.

Auch 2005 gab es regelmäßige Informationsveranstaltungen im Vivantes-Klinikum am Urban. Im KEH Herzberge führten die Mitarbeiter/innen regelmäßige Klienten-Kontaktgespräche. Auf Wunsch des Sozialdienstes des St. Joseph-Krankenhauses, Berlin-Weißensee erfolgten auch in diesem Haus seit Mitte des Jahres regelmäßige Informationsgespräche. Zu allen einschlägigen Krankenhäusern, Sozialämtern (auch anderer Stadtbezirke) und Beratungsstellen für Suchtkranke bestand regelmäßiger Kontakt.

Die Überprüfung des Gesundheits-, Arbeits- und Brandschutzes erfolgte wieder ohne größere Beanstandungen. Aufgezeigte Schwachpunkte wurden kurzfristig und vereinbarungsgemäß beseitigt.

Das Team stellte sich das Ziel, eine qualitativ hochwertige Arbeit zu leisten, sie zu reflektieren und fachlich begleiten zu lassen. Dazu gehörten u. a. Fallbesprechungen im Team und Supervision.

Aus Sicht der Teammitarbeiter/innen erfolgte die Umstellung auf Hartz IV ohne nennenswerte Probleme. Die für das Budgetkontrollsystem erforderlichen Zuarbeiten leisteten die Mitarbeiter/innen gewissenhaft und mit kritischem Sachverstand.

Auch im vergangenen Jahr qualifizierten sich die Mitarbeiter/innen des Teams:

- fortlaufende Qualifizierung im Bereich des Qualitätsmanagements,
- geschäftsbereichsinterne fachgebietsbezogene Fortbildungen,
- Ausbildung in Gestalt- und Körpertherapie (Abschluss im September am Therapeutischen Institut, Berlin),
- Ausbildung zum Sozialtherapeuten Sucht (psychoanalytisch) beim Gesamtverband für Suchtkrankenhilfe (GVS),
- Ausbildung zum Sozialtherapeuten Sucht (verhaltenstherapeutisch) beim GVS,
- eintägige Fortbildung zu Hartz IV (Tagesklinik im Vivantes-Klinikum am Urban).

Die im Rahmen der Qualitätsverbesserung eingeführten Helferkonferenzen erfolgten turnusgemäß und mit positiver Resonanz seitens aller Beteiligten (Bewährungshelfer, Sozialpsychiatrischer Dienst und Amtsbetreuer). Gute Zusammenarbeit gab es auch im vergangenen Jahr mit den Staatsanwaltschaften (auch außerhalb Berlins), den Gerichtshilfen, den Schuldnerberatungsstellen, den Sozialämtern, Beratungsstellen der Arbeiterwohlfahrt und den freien Bildungsträgern für Fort- und Weiterbildung der Klienten.

Erschwert wurde die Sozialarbeit durch folgende Situationen:

- Die Umstellung auf Hartz IV und das damit verbundene Arbeitslosengeld II ist erfolgt. Die Zusammenarbeit mir den Jobcentern, insbesondere dem des Stadtbezirks Friedrichshain-Kreuzberg hat sich inzwischen verbessert. Trotzdem gab es hier immer wieder Probleme mit den bezirklichen Zuständigkeiten. Dies führte zu Unterbrechungen und Verzögerungen im Betreuungsprozess.
- Im zurückliegenden Berichtszeitraum wurden mehr Klienten/innen mit Doppeldiagnosen, hirnorganischen Schädigungen und delinquentem Hintergrund aufgenommen und der sozialarbeiterische Arbeitsaufwand erhöhte sich. Ausdruck fand diese Entwicklung auch in der Erhöhung der Hilfebedarfsgruppen. Vermehrt wurde die persönliche Begleitung der Sozialarbeiter/in bei Besuchen von Behörden erforderlich, da viele Klienten/innen auf Grund von Überforderungen nicht in der Lage sind, ihre Interessen eigenständig zu vertreten.
- Die Fluktuation im Berichtszeitraum erhöhte sowohl die Schreibarbeit als auch die Kommunikation mit Ämtern und Behörden.
- Auch der Kontakt zu Ärzten, Fachärzten, Rentenversicherungsträgern und dem Versorgungsamt musste intensiviert werden, da drei Klienten/innen betreut wurden, die auf Grund ihrer körperlichen Schädigungen Erwerbsminderungsrente beziehen.
- Durch die vermehrte Vermittlung der Klienten/innen in Mehraufwandentschädigung-Jobs, (MAE-Jobs) die meist nur von kurzer Dauer sind, wird es zunehmend schwieriger, den arbeitsintegrativen Ansatz entsprechend der Konzeption für die Klienten umzusetzen.

Während des Klausurtages im August beschäftigte sich das Team mit vorhandenen Ressourcen und Kompetenzen und deren Nutzung zur Förderung der Eigeninitiative, um den täglichen Anforderungen gerecht zu werden. Tragende, erfolgreiche Elemente der Arbeit waren die Tages- und Wochenstruktur: morgendliche Plena, Organisationsplenum, Gruppen- und Einzelgespräche, sozialarbeiterische Betreuung, Soziotherapie, 24-stündige Rufbereitschaft und Klienten/innen-Nachsorge.

Die Soziotherapie fand im Berichtszeitraum an allen Freitagen von 10.00-12.00 Uhr statt. Die Themen wurden vierteljährlich während eines gemeinsamen Arbeitsfrühstücks mit den Klienten/innen diskutiert und geplant. Besonders interessiert waren die Klienten/innen an Ausstellungsbesuchen, kreativem Selbstausdruck mit den Materialien Ton, Papier und Farbe beim Gestalten von Collagen, Fotografien und Grafik. Im Wesentlichen ging es um die Auseinandersetzung mit dem eigenen Krankheitsbild. Die Ausstellung der entstandenen Arbeiten zum Tag der Offenen Tür war ein besonderer Höhepunkt. Um die Wünsche und Ressourcen der Klienten/innen in der Soziotherapie herauszufinden, entwickelte das Team einen Fragebogen. Im Ergebnis dieser Befragung zeigte sich, dass die meisten der Klienten/innen im Kindes- und Jugendalter ein Musikinstrument gespielt haben.

Gemeinsames Kochen und die Reflektion des Essverhaltens ermutigten die Klienten/innen, sich mit einer gesunden Vollwerternährung vertraut zu machen. Diabetiker erlernten einen reflektierten Umgang und die Identifikation mit diesem Teil ihres Krankheitsbildes. Die gemeinsame Gartenpflege ist in den Alltagsablauf der Klienten/innnen integriert und erwies sich durch die hohe Identifikation aller Beteiligten erneut als wertvoller soziotherapeutischer Ansatz (617 Arbeitsstunden). Mit dieser Tätigkeit wurde auch 2005 die finanzielle Grundlage für die Gruppenreise erwirtschaftet. Die Reise führte auf die Insel Usedom in das Ostseebad Bansin und wurde mit dem veränderten Konzept - mehr Tage und mehr selbstbestimmte Freizeit - sehr gut angenommen.

Die kontinuierlichen Ehemaligentreffen erfreuten sich wieder großer Beliebtheit. Auch Weihnachten und Silvester gestalteten die Klienten/innen gemeinsam. Die neuen Klienten/innen erlebten die Feiertage zum Teil erstmals abstinent.

Vernetzungsstruktur

Auch im vergangenen Jahr arbeitete das Projekt in der vernetzten Struktur der Suchtkrankenhilfe im Bezirk und darüber hinaus. Im Verbund mit anderen Projekten des Trägers der Stif-

tung SPI gab es regelmäßigen und wertvollen Erfahrungsaustausch. Vierteljährlich trafen sich alle Stiftungs-Teams der Regionalebene zu einem Arbeitstreffen. Projektübergreifend gestalteten die Friedrichshainer Projekte des Geschäftsbereichs einen gemeinsamen und erfolgreichen Tag der Offenen Tür. Die Mitarbeiter/innen nahmen regelmäßig an bezirklichen Gremien (Gesundheitsmarkt, AG Sucht, Steuerungsgruppe, PSAG) teil.

Aussichten für das Jahr 2006

Die im Arbeitspapier „Forum Zukunft“ zusammengefassten Herausforderungen und Ziele bilden die Grundlage für die zukünftige Arbeit. Zur Erreichung der geplanten Aufgaben werden die Mitarbeiter/innen die vom Geschäftsbereich geschaffenen Kompetenzprojekte für Kommunikation und Organisation verstärkt nutzen und unterstützen.

Oberste Priorität hat auch im Jahr 2006 die zielstrebige und frühzeitige Akquirierung von Klienten/innen, um die planmäßige Budgetauslastung zu gewährleisten. Weiterhin ist es das Ziel, möglichst allen Klienten/innen die Nachsorge im Rahmen des TPB anzubieten. Das von dem Geschäftsbereich vorgeschlagene zentrale Mahnverfahren wird von der TWG befürwortet und auf seine Umsetzung in der Praxis geprüft.

Ab dem Jahr 2006 wird die Soziotherapie durch kreative Musikelemente ergänzt. Die Mitarbeiter/innen bereiten im Jahr 2006 einen Tag der Offenen Tür mit den Klienten/innen vor. Ein Klausurtag, interne und externe Fortbildungen und eine Gruppenreise mit den Klienten/innen sind wiederum geplant.

15. Tagesstätte für Suchtkranke Friedrichshain

Die Tagesstätte für Suchtkranke Friedrichshain betreut Suchtkranke, z. T. mit Mehrfachschädigungen, bei denen andere Maßnahmen bisher erfolglos blieben oder die Motivation für höherschwellige Angebote nicht ausreichte.

Charakterisierend für die Zielgruppe sind:

- eine Verharmlosung der Suchtmittelabhängigkeit,
- geringe Abstinenzmotivation,
- chronifizierte Suchterkrankung,
- kaum oder keine sozialen Kontakte außerhalb des Trinkermilieus,
- langjährige Arbeitslosigkeit,
- Leben in Armut,
- Schulden,
- psychische und physische Folgeerkrankungen,
- Probleme bei Haushaltsführung, Körperpflege und Behördenangelegenheiten,
- häufig Verwahrlosungstendenzen.

Vereinzelt wurden auch Menschen vermittelt, bei denen eine konzentrierte Abklärung und Vorbereitung auf weiterführende Angebote erfolgen sollte.

Aufgaben der Betreuung

Durch den Besuch der Tagesstätte sollen die Betroffenen ohne Abstinenzanspruch in das soziale Hilfesystem eingebunden und in der Führung einer menschenwürdigen Existenz unterstützt werden. Langfristig soll möglichst eine Wiedereingliederung in das gesellschaftliche Leben erfolgen. Dennoch finden sich unter den Besuchern einige, bei denen durch die Maßnahme einzig eine Verschlechterung ihrer bisherigen Situation verhindert werden kann.

Durch die Tagesstrukturierung werden den Besuchern/innen Alternativen zu ihren bisherigen Lebensweisen aufgezeigt und erprobt. Die Möglichkeit zu sozialen Kontakten in

pädagogischem Umfeld ermöglicht eine Loslösung aus dem Trinkermilieu. Grundlegende Fähigkeiten werden durch die unterschiedlichen Angebote gefördert und durch Erfolgserlebnisse der täglichen Anforderungen wird die Selbstwahrnehmung positiv beeinflusst.

Die Auseinandersetzung mit dem Suchtverhalten erfolgt individuell nach Bedarf. Der Gruppenzusammenhalt bietet Unterstützung in kritischen Phasen, soziotherapeutische Gespräche decken bisherige Mechanismen in der Lebensführung und Trinkmuster auf.

Angebote

Die Betreuung erfolgt nach einem festen Tages- bzw. Wochenplan. Neben den verpflichtenden Rahmenangeboten besteht für die Besucher/innen nach persönlichem Interesse die Möglichkeit, zusätzliche Kurs- und Gruppenangebote wahrzunehmen. Die regelmäßige Wiederholung aller Abläufe bietet unseren Klienten/innen einerseits Sicherheit vor „unangenehmen Überraschungen“, anderseits die Basis, sich auch auf Neues einzulassen mit dem Wissen einer zeitlichen Begrenzung. Die Angebote stärken die Ressourcen der Klienten/innen, decken Defizite auf und vermitteln neue Kenntnisse und Fertigkeiten.

Die Zielsetzung wird für den einzelnen individuell gemeinsam festgelegt, der Weg wird durch die Entwicklungsfähigkeit vorgegeben. Den Besuchern/innen werden so wenig wie möglich Hilfestellungen geboten, um ihre eigenen Kompetenzen nicht zu schwächen und eine Erweiterung der persönlichen Fähigkeiten zu fördern.

Die Palette des Angebots beinhaltet grundlegende Anforderungen des täglichen Lebens (Körperpflege, Haushaltsführung, Selbstversorgung), beschäftigungstherapeutische Maßnahmen, flankierende Lernprozesse zur Verselbständigung (Erledigung behördlicher Angelegenheiten/Schriftverkehr) sowie zusätzlich kompetenzerweiternde Aufgaben (Gedächtnis- und Konzentrationstraining, Kochkurs). Die sozialen Kompetenzen werden durch die Gruppensituation der Einrichtung, tägliche Morgengruppe, themenzentrierte Gesprächsgruppe und Einzelgespräche erweitert. Durch den Aufbau eines selbstzufriedenen Lebens vermittelt die Einrichtung den Besuchern eine sinnvolle Alternative zum bisherigen, durch Alkoholabusus geprägten Alltag.

Statistik

Im Berichtsjahr war die Einrichtung über den gesamten Zeitraum sehr gut ausgelastet.

Insgesamt nahmen zehn Interessenten/innen an einem Informationsgespräch über unser Angebot teil. Vier Klienten/innen wurden im Berichtsjahr in der Tagesstätte für Suchtkranke Friedrichshain aufgenommen.

Ein Großteil der nicht übernommenen Interessenten/innen war teilweise nur auf Druck der vermittelnden Institution erschienen und zeigte keine Veränderungsmotivation, oder es erwies sich im Gespräch, dass andere therapeutische Angebote geeigneter wären. Zur weiteren Abklärung leiteten wir diese Betroffenen an die Suchtberatung oder den SpD weiter.

Die Anzahl der langfristigen Betreuungen nahm im Berichtsjahr zum Vorjahr wieder zu. Zum Stichtag wurden acht Klienten/innen länger als 12 Monate betreut.

Die Besucherstruktur der Tagesstätte setzte sich aus einer Frau und zehn Männern zusammen. Die Altersspanne der Klienten/innen lag zwischen 38 und 63 Jahren. Sie stammen überwiegend aus dem Ostteil der Stadt und wohnen größtenteils seit mehr als 25 Jahren im Bezirk Friedrichshain. Die Klienten/innen bewohnen meist eine eigene Wohnung unterschiedlichen Standards, drei Klienten/innen lebten derzeit im Obdach.

Die Suchterkrankung setzte im Alter von 20 bis 30 Jahren ein. Fast alle Klienten/innen sind seit mehr als 20 Jahren abhängig. Als Folge liegen unterschiedliche chronifizierte Begleiterkrankungen vor.

Die Maßnahme bewirkte bei fünf Klienten/innen eine Abstinenz von mehr als 6 Monaten. Nach den ersten Monaten der Betreuung schränkt sich erfahrungsgemäß auch der Alkoholkonsum nicht abstinenzfähiger Klienten massiv ein. Rückfälle reduzieren sich und in Trinkphasen wird über Hausbesuche weiterhin der Kontakt zu den Betroffenen gehalten.

Der Betreuungsbedarf der einzelnen ist unterschiedlich hoch: Einige der Besucher/innen benötigen z. B. bei behördlichen Angelegenheiten oder Schuldenregulierung nur unterstützende Gespräche zur Absicherung des weiteren Vorgehens, während andere Beratung und Motivation schon bei alltäglichen Anforderungen (Körperpflege, Haushaltsreinigung) brauchen.

Vernetzung und Kooperationspartner

Die Einrichtung nimmt an allen fachspezifischen Gremien des Bezirks Friedrichshain-Kreuzberg und stiftungsinternen Runden teil.

Die Tagesstätte ist über gezielte Informationskampagnen im Bezirk sehr gut bekannt. Die Kooperation mit Plan- und Leitstelle, SpD, Sozialamt und der Fachabteilung des Krankenhauses am Urban verläuft sehr positiv. Niedergelassene Ärzte und Betreuer nach BGB wenden sich bezüglich ihrer Zielgruppe an uns, andere niedrigschwellige Einrichtungen verweisen ihre Klientel auf unser Angebot.

Perspektiven

Das Team der Tagesstätte wird mit den Besuchern/innen die im Jahr 2005 begonnene Begrünung des Hinterhofes weiterführen. Die Gartenarbeit ist als fester Bestandteil in die Ergotherapie integriert worden. Weiterhin wird an der Umsetzung der personenzentrierten Hilfen in der Einrichtung gearbeitet.

Region Treptow-Köpenick

16. Haus Strohhalm - Sozialtherapeutisches Wohnen in Treptow-Köpenick

Zielgruppe

Das „Haus Strohhalm“, ein niedrigschwelliges, stationäres Unterbringungsangebot für Wohnungslose im Bezirk Treptow – Köpenick, bietet insgesamt 38 Betreuungsplätze für alleinlebende, zumeist suchtmittelabhängige Hilfesuchende über 18 Jahre, im Bedarfsfall auch für Familien, an.

Im Rahmen des bezirklichen Katastrophenschutzes können auch Menschen, die durch ein plötzliches, unvorhersehbares Ereignis ihre Wohnung verlassen müssen, „rund–um–die–Uhr“ aufgenommen werden.

Die Einweisung der Klienten/innen erfolgt über die Fachabteilungen der Wohnungslosenhilfe der jeweils zuständigen Berliner Sozialämter; die ”Berliner Unterbringungsleitstelle für Wohnungslose” des LaGeSoz koordiniert berlinweit die Belegungskapazitäten.

Im Berichtsjahr 2005 wurden insgesamt 128 Klienten/innen im Haus betreut: Von der für den Bezirk Treptow-Köpenick zuständigen kommunalen Fachabteilung, der „Koordinationsstelle zur Vermeidung und Behebung von Wohnungsverlust“ wurden 111 Klienten/innen, aus anderen Bezirken 17 Klienten/innen überwiesen.

Die Unterbringung erfolgte entsprechend der fachlichen Konzeption auf drei verschiedenen Etagen:

Auf der I. Wohnetage wurden „rund-um-die-Uhr" 15 überwiegend chronisch alkoholabhängige, mehrfach beeinträchtigte Klienten/innen betreut, die in der Aufnahmephase meist auch deutlich-sichtbare Verwahrlosungstendenzen aufwiesen; zeitweise waren auch drogen- und medikamentenabhängige Klienten/innen untergebracht, die begleitend Alkohol konsumierten bzw. noch andere psychische Erkrankungen aufwiesen.

Die hohe Betreuungsintensität ermöglichte das schnelle Einleiten von Erste-Hilfe- und anderen gesundheitsstabilisierenden Maßnahmen für akut-gefährdete Klienten/innen.

Insgesamt musste im Berichtsjahr 27-mal die Feuerwehr bzw. der Bereitschaftsarzt gerufen werden. Häufigste Ursache waren zerebrale Anfälle im Entzugsstadium, aber auch alkoholbedingte Stürze mit lebensgefährlichen Folgeverletzungen.

Als sog. „Beheimatungsfälle" waren 5 Klienten/innen durchgängig auf der I. Wohnetage untergebracht.

Auf der II. Wohnetage, die über 15 Betreuungsplätze verfügt, wurden Klienten/innen mit einem schädlichen Missbrauchsverhalten gegenüber Alkohol oder anderen Suchtmitteln betreut.

Auf der III. WE standen für jeweils 8 Klienten/innen mit einem Abstinenzvorsatz oder einem unauffälligen Verhalten gegenüber Suchtmitteln die entsprechenden Betreuungsplätze zur Verfügung.

Im Berichtsjahr lebten auf der II. und III. WE auch 9 Frauen mit oder ohne ihren Lebenspartner. Die Geschlechtermischung wirkte sich insgesamt positiv auf den Betreuungsprozess aus.

Das Personal

Den Klienten/innen standen wochentags von 6.00 Uhr bis 22.00 Uhr und samstags von 06.00-14.00 Uhr durchgängig mindestens ein/e fachlich kompetente/r Mitarbeiter/in zur Verfügung. Zwei Mitarbeiter/innen bildeten jeweils ein Bezugsbetreuerteam. In den Nachtstunden und in der verbleibenden Zeit am Wochenende waren engagierte Student/innen, die vorwiegend in den Fächern Sozialpädagogik, Pädagogik und Erziehungswissenschaften studieren, betreuend tätig.

Maßgebliche Unterstützung erhielten die Mitarbeiter/innen im Weiteren durch das ehrenamtliche Engagement eines ehemaligen Bewohners, der im haushandwerklichen Bereich tätig war.

Die Angebote

Zur existenzsichernden Grundversorgung gehörten,

- die Unterbringung in vollständig ausgestatteten und modern eingerichteten Ein- bzw. Mehrbettzimmern als alkohol- und drogenfreier Lebensraum,
- die Sicherung des Lebensunterhalts durch Hilfen bei der Antragstellung und beim Umgang mit den eigenen finanziellen Mitteln,
- die Anleitung und Begleitung in allen lebenspraktischen Angelegenheiten,
- die Krisenintervention sowie
- die Vermittlung zu externen Fachstellen.

In der Aufnahmephase wurde für jede/n Klienten/in eine Sozialanamnese angefertigt. Spätestens nach 4 Wochen erfolgte dann erstmalig die gemeinsame Erstellung des Hilfeplans und in der Folge deren Forschreibung.

Über die vorgehaltenen täglich bzw. wöchentlich wiederkehrenden, sozialtherapeutischen Angebote wurden alle Klienten/innen u. a. mittels eines Wochenplans, der an einer zentralen Stelle im Haus positioniert ist, durchgängig informiert.

Diese waren:

- morgendliche Gesprächsrunde für die Klienten/innen der I. WE (wochentags 8.00 Uhr) zur Aktivierung und Tageszielfindung,
- tägliche Teilnahme am Kleintierprojekt für Interessierte,
- gemeinsames Kochen und Backen (Ideenfindung, Vorbereitung, Organisation, Realisierung, Nachbereitung),
- Gestaltung von Festen/Feiertagen (Herstellung der Dekoration, Übernahme von Verantwortlichkeiten, Backen und Kochen unter Anleitung, Aufräumen),
- Sport-Aktiv-Tag jeweils am Mittwoch bzw. Donnerstag (Bowlen, Schwimmen, Tischtennis, Billard etc.),
- Spiele- und Quizabend jeweils am Freitag als Gedächtnistraining.

Für die monatlich stattfindenden Etagenversammlungen (Gruppengespräche), die nunmehr auch einen zentralen-fachlichen, jedoch lebensweltorientierten Schwerpunkt haben, bestand eine Teilnahmeverpflichtung für alle Klienten/innen. Hierbei wurden der Verlauf und die Beschlüsse protokolliert und ausgewertet.

In diesem Jahr wurden die Angebote für gemeinsame Unternehmungen außerhalb des für die Klienten/innen bekannten Kiezes besser angenommen. Das größte Interesse zeigten die Klienten/innen an Touren mit dem stiftungseigenen Bus zu Berliner Museen und ins Umland.

Unsere vierte, einwöchige Gruppenreise führte uns im Spätsommer des Jahres 2005 auf die Insel Usedom. An ihr nahmen 12 Klienten/innen teil.

Die Ergebnisse

Die Umsetzung der Arbeitsmarktreform (Hartz IV) und die damit einhergegangene Einführung des ALG II führte im Berichtsjahr zu grundlegenden Veränderungen für das Projekt, aber auch für die betreuten Klienten/innen:

Das für die Zusammenarbeit mit dem Bezirksamt Treptow-Köpenick grundlegende Vertragswerk - die Kooperationsvereinbarung - wurde im Laufe des Jahres seitens der Kommune gekündigt, da die neue Gesetzeslage keine rechtlichen Möglichkeiten für eine Weiterführung des Vertragsverhältnisses bot.

Für die in der Einrichtung untergebrachten Klienten/innen kann eingeschätzt werden, dass sich im Berichtsjahr die Chancen auf eine Wiederanmietung von Wohnraum insgesamt verbesserten.

Fast einem Viertel aller betreuten Klienten/innen gelang deshalb die Anmietung einer Wohnung; dies kann als eine beachtliche Steigerung im Vergleich zum Vorjahr gewertet werden.

Über das „Geschützte Marktsegment“, einer besonderen Wohnraumvergabe der kommunalen Wohnhilfe für überschuldete Klienten/innen, konnten fast keine Klienten/innen in eigenen Wohnraum vermittelt werden, da die Wohnungsbaugesellschaften keine Wohnungsangebote in diesen speziellen Wohnungspool einstellten.

Für alle Klienten/innen, die Krankheitseinsicht bezüglich ihrer Abhängigkeitsproblematik entwickelten, erfolgte fortwährend die Thematisierung im Einzel- und Gruppensetting, auch

mit dem Ziel, die diesbezügliche Motivation für die gezielte Nutzung der regionalen und überregionalen Suchthilfeangebote zu erhöhen.

Die vorgehaltenen sozialtherapeutischen Angebote waren fester Bestandteil des Projektalltags. Sie wurden von den Mitarbeiter/innen mit viel Optimismus, Kreativität und hohem Engagement umgesetzt; sie unterlagen jedoch auch hinsichtlich ihrer Wirkungen einer ständigen Überprüfung und Vervollkommnung.

Die hauswirtschaftlichen Erfordernisse einer Gemeinschaftsunterkunft wurden sukzessive auf die Klienten/innen übertragen. Es gab freiwillige, aber auch verpflichtende Aufgaben für jeden Einzelnen. Für gesundheitlich stark beeinträchtigte Klienten/innen wurde Ersatz durch andere Klienten/innen bzw. die Mitarbeiter/innen geleistet.

Im gesamten Berichtsjahr haben sich die Mitarbeiter/innen fortlaufend mit den Qualitätsstandards des Qualitätsmanagementsystems im Geschäftsbereich auseinandergesetzt. Die Überprüfung der projektspezifischen Umsetzung erfolgte im Mai 2005 per Audit durch den Qualitätsmanagementbeauftragten des Geschäftsbereichs.

Die Statistik

Die Anzahl der untergebrachten Hilfesuchenden hat sich im Vergleich zum Vorjahr um 14 % erhöht.

Das Durchschnittsalter aller Klienten/innen lag bei 34,7 Jahren. 14 Klienten/innen waren jünger als 25 Jahre und 5 Klienten/innen älter als 65 Jahre.

Die mediale Aufenthaltsdauer verringerte sich pro Klient/in auf 127 Kalendertage.

Bei der Erfassung der individuellen Wohnsituation vor der Maßnahme gaben u. a. 19 Klienten/innen an, dass sie ohne festen Wohnsitz waren, 31 Klienten/innen lebten zuvor in einem ungesicherten Mitwohnverhältnis und 43 Klienten/innen hatten zuvor die Zwangsräumung ihrer eigenen Wohnung erlebt. Diese Angaben sind mit Abstand die häufigsten Wohnsituationen vor der Aufnahme.

Nach dem Ende der Betreuung im Haus bezogen 31 Klienten/innen eine angemietete Wohnung. Nur 14 Klienten/innen brachen das Betreuungsverhältnis ab und verzogen an einen unbekannten Ort.

Ca. 90 % aller Klienten/innen waren vor und auch nach der Maßnahme arbeitslos.

Nach unserer Einschätzung waren zwei Drittel aller Klienten/innen von Suchtmitteln abhängig bzw. zeigten ein schädliches Missbrauchsverhalten. 19 Klienten/innen befanden sich während des Betreuungszeitraums mindestens einmal in diesbezüglicher stationärer Behandlung.

Die sozialtherapeutischen Angebote wurden von einem Drittel aller Klienten/innen genutzt.

Die kalkulierte Auslastung des Projektes wurde im Berichtsjahr trotz Belegungsschwankungen erreicht.

Die Zusammenarbeit

Die engen fachlichen Kontakte zu den Mitarbeiter/innen der Kontakt- und Begegnungsstätte „Treffpunkt Strohhalm", die sich im selben Haus befindet und der sozial- bzw. suchttherapeutischen Wohnprojekte des Geschäftsbereiches konnten vertieft werden.

Zu allen Sozialdiensten der Krankenhäuser in der Versorgungsregion, bestanden sehr gute Beziehungen. Darüber hinaus konnten über den Fachaustausch in den Gremien der

Wohnungslosen- und Suchtkrankenhilfe des Bezirks Treptow-Köpenick enge Kontakte zu allen Trägern gepflegt werden.

Der Ausblick

Im Jahr 2006 wird in Kooperation mit dem Projekt „Treffpunkt Strohhalm“ eine im vergangenen Jahr konzipierte Beschäftigungs- und Qualifizierungsmaßnahme für benachteiligte Menschen am Arbeitsmarkt erprobt.

17. Treffpunkt Strohhalm

Der Treffpunkt Strohhalm hat sich seit seiner Eröffnung im Jahr 2000 zu einem festen und wichtigen Bestandteil in der sozialen Infrastruktur von Schöneweide und Köpenick entwickelt und wird nun schon seit über 5 Jahren sehr gut von der entsprechenden Klientel angenommen.

Hierzu zählen in erster Linie Menschen aus dem näheren Umfeld des Treffpunktes und dem Bezirk Treptow-Köpenick, welche die Kontakt- und Freizeitangebote nutzen. Bis auf wenige Ausnahmen sind alle Klienten/innen Bezieher von Transferleistungen, hauptsächlich nach SGB II. Oberschöneweide stellt nach wie vor einen sozial besonders belasteten Stadtteil dar. Weiterhin ist der Treffpunkt Strohhalm aber auch über die Bezirksgrenzen hinaus bekannt und gehört zu einer wichtigen Station für viele Wohnungslose des gesamten Stadtgebietes.

Die Problemlagen der Klientel sind vielgestaltig. Die Schwerpunkte hier sind Sucht und Armut. Im Jahr 2005 kamen, wie schon im Vorjahr, deutlich mehr Familien mit Kindern in den Treffpunkt, um hier in erster Linie die Primärangebote wie zum Beispiel das sehr preiswerte Mittagessen wahrzunehmen. Aber auch die Kleiderkammer wird diesbezüglich stärker genutzt als noch vor zwei Jahren. Die Nachfrage, aber auch die Spenden an Bekleidung und auch Kindertextilien sind hier gestiegen.

Oberstes konzeptionelles Gebot ist ein niedrigschwelliger Zugang für alle Angebote. Die Einrichtung versteht sich als Raum für Begegnung und Kommunikation, frei von Drogen und Gewalt.

Der Treffpunkt Strohhalm wurde im Jahr 2005 aber auch in 2006 über Zuwendung vom Bezirksamt Treptow-Köpenick von Berlin finanziert.

Auftrag und Angebote

Die Primärangebote im Treffpunkt Strohhalm, die niedrigschwellig für alle Klienten/innen zugänglich sind, sollen einerseits direkte Not lindern helfen, und dienen gleichfalls dem Abbau von Schwellen- und Kontaktängsten gegenüber den weiterführenden Angeboten wie Einzelfallberatung, Hilfestellung und Unterstützung sowie Vermittlung an spezialisierte Beratungsstellen.

Für viele Klienten/innen ist der Aufenthalt im Treffpunkt Strohhalm, gerade wegen der Primärangebote, wie Kleiderkammer, Duschmöglichkeit, sehr preiswertes Frühstück und Mittagessen, aber auch diverser Freizeitangebote und Möglichkeiten für Eigeninitiativen, wesentlicher Bestandteil der Alltagsplanung und Hilfe zur Tagesstruktur.

Die Arbeit hier orientiert sich an den Bedürfnissen, Gewohnheiten und Möglichkeiten der Klienten/innen.

Wichtige Beratungsschwerpunkte im Jahr 2005 waren vor allem:

- Sicherung und Erhalt des Wohnraumes und der Wohnqualität sowie Unterstützung bei der Wohnungssuche,
- Hilfestellung bei der Arbeitssuche,

- Begleitung und Unterstützung im Umgang mit Ämtern,
- Gesundheitsvorsorge,
- Hilfen bei der Haushaltsführung,
- Vermittlung zu Schuldner- und Rechtsberatungen,
- Hilfen bei Straffälligkeit, Haftstrafenvermeidung,
- Hilfe und Vermittlung bei Suchterkrankungen.

Auch die beratende Unterstützung von ehemaligen Bewohner/innen, des im selben Gebäude angesiedelten Sozialtherapeutischen Wohnens „Haus Strohhalm“, im Sinne einer Nachbetreuung für die erste Zeit im eigenen Haushalt hat sich im Jahr 2005 weiterführen und vertiefen lassen.

Schwerpunkt der Arbeit im Jahr 2005 waren die Veränderungen durch die Änderungen im SGB. Bei vielen Klienten/innen gab es erhöhten Beratungsbedarf durch Unsicherheiten im Leistungsbezug von Arbeitslosengeld II.

Ein wesentlicher, inhaltlicher Schwerpunkt der Arbeit im Treffpunkt ist die Vermeidung und Unterstützung von Lebenslagen, in denen Hilfen zum Lebensunterhalt erforderlich oder zu erwarten sind. Dies bedeutet Unterstützung bei Bewerbungen und der Suche nach Beschäftigung, sowie intensive Zusammenarbeit mit den entsprechenden Stellen wie Jobcenter, Sozialämter und Trägern der Straffälligenhilfe. Im Jahr 2005 fungierte der Treffpunkt hier als Beschäftigungsgeber und Einsatzstelle für freie Tätigkeit (Arbeit statt Strafe), Praktika und Integrationsprogramme. Im selben Jahr wurde die Angebotspalette im Treffpunkt Strohhalm um die Beschäftigungsmöglichkeiten nach SGB II erweitert. In einem geschützten Rahmen und unter Anleitung können Menschen hier Arbeit (wieder-)erlernen und so erheblich dazu beitragen, die breite Angebotspalette des Treffpunktes zu ermöglichen und zu gestalten. In verschiedenen Arbeitsbereichen werden Menschen, die schon längere Zeit arbeitslos waren, wieder an Arbeitsprozesse, Strukturen und Anforderungen herangeführt. Schwerpunkte dabei sind individuelle Anleitung und Unterstützung sowie die Übertragung von Verantwortung und eigenen Aufgabenbereichen. Teamsitzungen und Einzelgespräche werden regelmäßig durchgeführt.

Im Jahr 2005 kamen verstärkt Praktikanten/innen, in erster Linie Fachschul- und Fachhochschulabsolvent/innen, zum Einsatz.

Wie schon im Vorjahr konnten wir feststellen, dass viele der hier beschäftigten Menschen sich gut mit der Einrichtung identifizieren können. Dies äußert sich in der Zunahme eigener Aktivitäten der Klienten/innen, zeigt sich aber auch anhand von mehr ehrenamtlicher Beschäftigung, im direkten Anschluss an (abgeleistete) freie Tätigkeit und am Wechsel in eine MAE-Maßnahme. Dies ist für uns erfreulich und hilfreich zugleich, da das Bestehen eines intakten Großteams die breite Angebotspalette des Treffpunktes garantiert.

Alkoholsucht und Missbrauch sind Problemlagen, die unsere Klientel zu einem großen Teil betreffen. Die Mitarbeiter/innen des Treffpunktes arbeiten diesbezüglich vermittelnd, aber auch motivierend und aufklärend. Der Treffpunkt bietet hier Raum und Unterstützung für Selbsthilfegruppen. Regelmäßig nahmen wir mit Vertretern der Selbsthilfegruppe und Mitarbeiter/innen des Wohnprojektes an Vorstellungsrunden in der Abteilung für Suchterkrankungen des Krankenhauses Hedwigshöhe teil.

Wie schon im Vorjahr nutzten auch im Jahr 2005 zwei Selbsthilfegruppen unsere Räume für ihre wöchentlichen Treffen.

Zielstellungen

Bedingt durch die hohe Klienten/innenzahl und die niedrigschwelligen, eher unspezialisierten Angebote des Treffpunktes variieren die Ziele in der Arbeit hier erheblich. Priorität besitzt aber immer die Mobilisierung eigener Ressourcen und das Aufzeigen individueller Möglichkeiten bei den Klienten/innen. Die Einbindung in Abläufe, Strukturen und reale Arbeitsprozesse soll die Wiedererlangung sozialer Kompetenzen, wie z. B. Konfliktfähigkeit, Übernahme von

Verantwortung unterstützen und fördern, sowie die Klienten/innen befähigen, individuelle Lösungsstrategien zur Alltagsbewältigung zu entwickeln.

Kooperation, Vernetzung

Gute Kontakte bestehen zu anderen Trägern, insbesondere zu spezialisierten Beratungsstellen wie Suchtberatung, und Schuldnerberatungen, aber auch zur „Plattengruppe“, einem bezirklichen Wohnungslosenprojekt. Wie in der Vergangenheit versorgten uns verschieden-konfessionelle Gemeinden mit umfangreichen Sachspenden, insbesondere zur Weihnachtszeit. Gemeinsame Aktivitäten haben sich hier aber nicht ergeben.

Intensive Zusammenarbeit bestand zum Jobcenter auf Grund der hier eingesetzten MAE-Teilnehmer. Zu den Stellen im Sozialamt und Jobcenter wurden durch gegenseitige Besuche und Vorstellungsrunden die bestehenden Kontakte ausgebaut. Regen fachlichen Austausch gibt es mit den Kolleg/innen des Hauses Strohhalm und anderen Projekten des Geschäftsbereichs, insbesondere zu den Kontaktläden. Auch im Jahr 2005 präsentierte sich der Treffpunkt gemeinsam mit dem „Haus Strohhalm“ auf dem lokalen Sozialmarkt.

Ausgewählte Statistik

Im Jahr 2005 arbeiteten im Treffpunkt 9 Menschen im Rahmen einer MAE-Maßnahme. Fünf Menschen konnten hier Praktika ableisten.

Im selben Zeitraum leisteten ebenfalls 21 Personen freie Tätigkeit mit insgesamt 3.183 Stunden ab. Davon wechselten zwei Straffällige nach Beendigung ihrer Strafe in eine MAE-Maßnahme und konnten hier ohne Unterbrechung weiterbeschäftigt werden. Im Jahr 2005 wurden im Treffpunkt Strohhalm 18.229 Mittagessen ausgegeben. Die durchschnittliche Besucherzahl lag bei 72 Menschen, die den Treffpunkt täglich aufsuchten. Gegenüber dem Vorjahr bedeutet dies eine Zunahme der Besucherzahl um 10 Personen täglich.

Die Kleiderkammer nahmen 1.223 Personen in Anspruch, des Weiteren nutzten 1.247 Menschen die vorgehaltenen Sanitärangebote.

Ausblick

Zum April 2006 wurde eine eigene MAE-Maßnahme für 13 Teilnehmer/innen bewilligt. Dies ist für die Aufrechterhaltung der Angebotspalette im Treffpunkt Strohhalm wichtig, beeinflusst aber auch direkt die Struktur der Einrichtung. So können die Öffnungszeiten auf bis zu 11 Stunden täglich ausgedehnt werden.

Im Freizeitbereich soll, mit der Einführung von Kursen und Vorträgen, insbesondere an den Nachmittagen, die Angebotspalette und damit die Attraktivität der Einrichtung, gesteigert werden.

Auch im Winter 2005/2006 wurde die hier organisierte und durchgeführte Notübernachtung sehr gut genutzt.

Im ersten Quartal des Jahres 2006 konnten wir ansteigende Besucherzahlen verzeichnen. Demnach liegt die derzeitige durchschnittliche Besucherzahl bei 95 Menschen täglich.

Jahresbericht 2005/2006

Soziale Räume & Projekte

Lebenslagen

- Jugend, Familie und Alte
- Arbeit, Ausbildung und Beruf
- Demographischer Wandel und Haushalte mit Transfereinkommen

Zuordnung Projekte

II. Kernbereich Lebenslagen
Jugend, Familie und Alte
Arbeit, Ausbildung und Beruf
Demographischer Wandel und Haushalte mit Transfereinkommen

1. Clearingstelle Jugendhilfe/Polizei
2. Drehscheibe Kinder- und Jugendpolitik Berlin
3. Flucht nach vorn - Bildung, Beratung und Betreuung junger Flüchtlinge
4. Genderagentur Berlin-Brandenburg
5. MÄDEA - Interkulturelles Zentrum für Mädchen und junge Frauen
6. Fallschirm - Das Berliner Modell für die ambulante Betreuung strafunmündiger Mehrfach- und Intensivtäter
7. Das Berliner Büro für Diversionsberatung und -vermittlung
8. HundeDoc
9. Ostkreuz - Mobiles Beratungsteam für Demokratieentwicklung, Menschenrechte und Integration
10. Veranstaltungshaus „Werk 9“
11. Abenteuerspielplatz „Stadt der Kinder“
12. Platzmanagement Alexanderplatz
13. Schulsozialarbeit im Verbund

II. Kernbereich Lebenslagen

1. Clearingstelle Jugendhilfe/Polizei

Jugendhilfe und Polizei tragen mit ihren spezifischen Aufträgen und Handlungsweisen ebenso wie die Bereiche Schule und Justiz in unterschiedlichen Ausprägungen zur Prävention von Jugendgewalt und -kriminalität bei. Eine erfolgreiche Bekämpfung von Kinder- und Jugenddelinquenz erfordert eine koordinierte Gewalt- und Kriminalitätsprävention der beteiligten Berufsgruppen. Voraussetzung dafür ist eine Kommunikationskultur, die von gegenseitigem Verständnis für die unterschiedlichen Aufgaben und Handlungsstrategien und von grundsätzlicher Verständigungsbereitschaft gekennzeichnet sein muss und deren Qualität sich im konkreten Einzelfall erweist. Dabei müssen die unterschiedlichen gesellschaftlichen Aufträge und die entsprechenden gesetzlichen Grundlagen berücksichtigt werden, die das Handeln des jeweiligen Gegenübers legitimieren. Sie definieren den konkreten Arbeitsauftrag der Akteure und drücken sich unter anderem in relevanten Handlungsprinzipien aus, wie beispielsweise im Legalitätsprinzip der Polizei und im Vertrauensschutzprinzip gegenüber Klienten/innen im Bereich der Jugendhilfe. Eine von außen häufig nur schwer überschaubare Behörden-, Träger- und Zuständigkeitsstruktur, unzureichende Kenntnisse über die Aufgaben, Rechte und Pflichten von Angehörigen der jeweils anderen Berufsgruppen sowie eigene Handlungsunsicherheiten können Begegnungen zwischen Mitarbeitern/innen der Jugendhilfe, der Polizei, aber auch der Schulen sowie der Justiz erschweren.

Vor diesem Hintergrund hat die Clearingstelle Jugendhilfe/Polizei den Auftrag, den Dialog zwischen Jugendhilfe und Polizei in Berlin anzuregen, zu erhalten und auszubauen und die Akzeptanz für das jeweils andere Berufsfeld zu stärken. Darüber hinaus ist es ihre Aufgabe, eine Vernetzung zwischen Angehörigen der beiden Berufsgruppen und in bestimmten Bereichen Kooperationen zwischen ihnen herzustellen, sofern dies von den Akteuren gewünscht wird. Die Zielsetzung dieses Auftrags besteht in der kontinuierlichen Verbesserung der Beziehungen zwischen Jugendhilfe und Polizei in Berlin und der Institutionalisierung tragfähiger Kommunikationsstrukturen. Damit soll mittelbar präventiv Einfluss genommen werden auf die Entwicklung von Jugendgewalt und -delinquenz in Berlin. Zudem leistet die Arbeit der Clearingstelle einen Beitrag zur Umsetzung des § 81 SGB VIII, dem zur Folge die Träger der öffentlichen Jugendhilfe mit anderen Stellen, zum Beispiel den Polizei- und Ordnungsbehörden, kooperieren sollen. Mit der stetigen Aktualisierung des Konzepts der Clearingstelle Jugendhilfe/Polizei sind in den vergangenen Jahren auch die Bereiche Schule und Justiz stärker in den Fokus der Projektarbeit geraten.

Jugenddevianz und -delinquenz kann weder allein mit polizeilichen noch allein mit den Mitteln der Jugendhilfe begegnet werden, für ein erfolgversprechendes Reagieren ist ein koordiniertes, auf Kooperation ausgerichtetes Handeln beider Berufsgruppen notwendig. Dabei ist – auch für die Praxis der Clearingstelle – stets zu berücksichtigen, dass die jeweiligen beruflichen Grenzen aller Beteiligten eingehalten werden und es nicht zu einer Aufweichung berufsethischer und -praktischer Standards kommt. Mitarbeiter/innen der Jugendhilfe dürfen keinerlei polizeiliche Aufgaben übernehmen und Polizeibeamte/innen keine originären Aufgaben der Jugendhilfe bzw. der Sozialarbeit.

Direkte Adressaten/innen der Clearingstelle sind Polizeibeamte/innen der Schutz- und Kriminalpolizei des Landes Berlin, in Berliner Dienststellen tätige Mitarbeiter/innen der Bundespolizei sowie Sozialarbeiter/innen und -pädagogen/innen, Erzieher/innen und andere pädagogisch Tätige bei freien und öffentlichen Trägern der Kinder- und Jugendhilfe in Berlin. In den vergangenen Jahren waren zunehmend auch Schulräte/innen, Schulleiter/innen, Lehrer/innen und Schulpsychologen/innen sowie Jugendrichter/innen, in Jugendsachen tätige Staatsanwälte/innen und Rechtsanwälte/innen Adressaten/innen der Clearingstelle Jugendhilfe/Polizei, wenngleich sich diese Berufsgruppen nicht im Namen des Projektes wiederfinden.

Auftrag und Zielsetzung der Clearingstelle Jugendhilfe/Polizei sind mit einer Steuerungsrunde abgestimmt, die aus Vertretern/innen der Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Sport, der

bezirklichen und freien Träger der Kinder- und Jugendhilfe, der Berliner Polizei sowie der Stiftung SPI besteht.

Die Clearingstelle Jugendhilfe/Polizei existiert seit Mai 1994. Derzeit sind drei Mitarbeiter/innen – ein Diplom-Politologe und Mediator, eine Diplom-Pädagogin, – Kriminologin und Mediatorin sowie eine Diplom-Pädagogin – auf zwei Personalstellen beschäftigt.

Die Clearingstelle Jugendhilfe/Polizei arbeitet nach folgenden Prinzipien:

- Neutralität: Die Clearingstelle tritt in allen beschriebenen Handlungsfeldern als neutrale, allparteiliche Stelle zwischen Jugendhilfe und Polizei auf. Diese Position sichert ihr die Akzeptanz beider Berufsgruppen und der relevanten Behörden, ohne die die Zielsetzung gefährdet wäre.
- Vertraulichkeit: Die Mitarbeiter/innen der Clearingstelle sichern allen Adressaten/innen ihrer Arbeit einen vertraulichen Umgang mit sensiblen Informationen oder Sachverhalten zu.
- Transparenz: In konflikthaften Situationen zwischen Mitarbeitern/innen der Jugendhilfe und der Polizei legt die Clearingstelle allen Beteiligten ihre bisherigen und beabsichtigten Arbeitsschritte offen und stimmt sie mit den Konfliktparteien ab.
- Betroffenenbeteiligung: Die Clearingstelle Jugendhilfe/Polizei bezieht in allen Arbeitsbereichen die spezifischen Interessen der Adressaten/innen ihrer Arbeit ein.

Die Arbeit der Clearingstelle Jugendhilfe/Polizei dient in keinem Fall der Zuarbeit für strafverfolgende Zwecke.

Die Clearingstelle Jugendhilfe/Polizei arbeitet mit folgenden Angebotsbereichen:

Organisation und Moderation von Arbeitsgremien

Die Clearingstelle Jugendhilfe/Polizei ist von der Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Sport mit dem Rundschreiben Jug Nr. 3/2004 beauftragt worden, bezirkliche Jugendämter bei der Initiierung und Etablierung kontinuierlich arbeitender Kooperationsgremien zur Kinder- und Jugenddelinquenzprävention zu unterstützen. Diese sollen aus Vertretern/innen des Jugendamtes, der örtlich zuständigen Polizeidirektion und weiterer, mit dem Thema besonders befasster Institutionen bzw. Einrichtungen (z. B. Jugendstaatsanwaltschaft, Jugendrichter, Schulpsychologen für Gewaltprävention) bestehen. Ziel dieser Präventionsgremien ist der regelmäßige Austausch über die aktuellen Entwicklungen der Kinder- und Jugenddelinquenz im Bezirk, die Erarbeitung daraus abzuleitender Handlungsstrategien, die Bedarfsermittlung in Bezug auf konkrete Präventionsmaßnahmen, deren Koordinierung und ggf. eine gemeinsame Öffentlichkeitsarbeit. Mit dem Arbeitskreis Jugendhilfe-Schule-Polizei-Justiz (JSPJ) in Mitte (Turnus vierteljährlich) und der Koordinationsrunde Pankow (Turnus alle vier Monate) organisiert und moderiert die Clearingstelle bereits seit 2003 Präventionsgremien zur Kinder- und Jugenddelinquenz in zwei Berliner Bezirken. Dieses Angebot wurde durch die Etablierung halbjährlich tagender Präventionsräte zur Kinder- und Jugenddelinquenz in Friedrichshain-Kreuzberg (seit Dezember 2004), Marzahn-Hellersdorf (seit April 2005) und Lichtenberg (seit September 2005) in enger Kooperation mit den jeweiligen Jugendämtern kontinuierlich ausgebaut.

Neben den Präventionsgremien zur Kinder- und Jugenddelinquenz organisiert und moderiert die Clearingstelle Jugendhilfe/Polizei seit vielen Jahren zwei weitere, regelmäßig stattfindende Arbeitskreise, in denen für Sozialarbeiter/innen und Polizeibeamte/innen die Möglichkeit zur Erörterung fachlich relevanter und aktueller Fragestellungen besteht. Hier können frühzeitig Konflikte an der Schnittstelle Jugendhilfe/Polizei erkannt und Lösungen herbeigeführt werden, ohne dass gesonderte Klärungsgespräche (siehe unter Angebotsbereich Konfliktvermittlung und -beratung) notwendig sind. Durch die regelmäßige Teilnahme fester Ansprechpartner/innen aus den einzelnen Einrichtungen und Dienststellen wird die Verbindlichkeit der Umsetzung getroffener Vereinbarungen erhöht:

Im Arbeitskreis „City-Bahnhöfe“ (Turnus monatlich) bilden problematische städtische Gebiete, insbesondere Bahnhöfe, den gemeinsamen Schnittpunkt der Teilnehmerschaft, die sich hauptsächlich aus Straßensozialarbeitern/innen und Mitarbeitern/innen von Polizeidienststellen aus dem Umfeld der großen Berliner Bahnhöfe rekrutiert. Durch die kontinuierlichen Treffen ist es im Verlauf des zehnjährigen Bestehens des Arbeitskreises gelungen, Hemmnisse in der Kommunikation zwischen den Beteiligten abzubauen und eine Kultur des gegenseitigen Respekts und der punktuellen Kooperation aufzubauen. Neben der Behandlung von Schwerpunktthemen wie beispielsweise der Entwicklung von Handlungsstrategien von Polizei und Sozialarbeit auf öffentlichen Plätzen (insbesondere Möglichkeiten der Zusammenarbeit bei Straftaten an oder durch Klienten/innen), Verhaltenshinweisen bei Drogennotfällen oder den Baumaßnahmen am Alexanderplatz reagiert der Arbeitskreis City-Bahnhöfe stets auf aktuelle Tendenzen und Veränderungen der Arbeitsbedingungen im Bereich der Bahnhöfe.

Im Arbeitskreis „Notdienste-Polizei“ (Turnus vierteljährlich) steht die Verbesserung der Koordination zwischen Kinder- und Jugendnotdienst, Jugendämtern und den relevanten Fachdienststellen des Landeskriminalamts (LKA 143 und LKA Stabsbereich 42) im Vordergrund. Arbeitsschwerpunkte waren im Berichtszeitraum unter anderem

- die Entwicklung von Empfehlungen zur Weiterleitung von Vermisstenmeldungen der Polizei an die örtlichen Jugendämter sowie
- die Neustrukturierung der Notdienste für Kinder und Jugendliche in Berlin.

Die Clearingstelle Jugendhilfe/Polizei ist Mitglied der Landesarbeitsgemeinschaft (LAG) Kinder- und Jugenddelinquenz nach § 78 SGB VIII, die 2004 auf Beschluss des Landesjugendhilfeausschusses (LJHA) gegründet wurde. Ziel der LAG ist die regelmäßige Lagebeurteilung zur Kinder- und Jugenddelinquenz und die effiziente Koordinierung und Steuerung von Maßnahmen zu deren Bekämpfung. Die Clearingstelle hat in diesem Gremium den stellvertretenden Vorsitz übernommen.

Seit August 2005 arbeitet die Clearingstelle Jugendhilfe/Polizei in einer Arbeitsgruppe der Landeskommission Berlin gegen Gewalt zum dort entwickelten Rechtskundepaketes „Recht aufschlussreich“ mit, durch das Schülern/innen weiterführender Schulen mittels erfolgreich erprobter Curricula in Schulprojektwochen die Grundlagen des Rechtssystems nahegebracht werden und ihr Rechtsbewusstsein entsprechend geschärft werden soll. Ziel der Arbeitsgruppe ist die weitere Etablierung, Förderung und Umsetzung des Rechtskundepaketes in Berlin, das eine spezielle Form der interdisziplinären Kooperation zwischen den Bereichen Justiz, Schule, Jugendarbeit und Polizei darstellt.

Darüber hinaus arbeiten Mitarbeiter/innen der Clearingstelle regelmäßig im Präventionsrat Reinickendorf und in der Arbeitsgruppe Jugendhilfe-Polizei des Jugendamtes Steglitz-Zehlendorf mit. Hier steht die Absicht im Vordergrund, den Gedanken des Dialogs zwischen Jugendhilfe und Polizei zu unterstützen und aufgrund eigener Erfahrungen zur verbesserten Kooperation zwischen den Akteuren beizutragen.

Informations- und Fortbildungsveranstaltungen

In den vergangenen Jahren hat sich das Verhältnis zwischen Jugendhilfe und Polizei in Berlin deutlich entspannt. Zur Konsolidierung dieses Prozesses bietet die Clearingstelle Jugendhilfe/Polizei bedarfsorientiert Informations- und Fortbildungsveranstaltungen für Sozialarbeiter/innen und Polizisten/innen, gegebenenfalls auch für andere Akteure der Delinquenzprävention (Schule, Justiz und andere) an. Konkrete Bedarfe nach Information und Fortbildung ergeben sich häufig aus den beschriebenen Arbeitsgremien und betreffen vor allem die gesetzlichen Grundlagen und strukturellen Rahmenbedingungen sowie die jeweiligen Ansätze der beteiligten Berufsgruppen zur Eindämmung von Jugendgewalt und -delinquenz.

Im Zentrum der Aktivitäten der Clearingstelle Jugendhilfe/Polizei im Jahre 2005 stand die Planung, Organisation, Durchführung und Dokumentation der Fachtagung „Viele Köche verderben den Brei? Interdisziplinäre Ansätze zur Prävention von Jugenddelinquenz“, an der etwa 200 Berliner Fachleute aus den Bereichen Jugendhilfe, Polizei, Schule und Justiz

teilgenommen haben. In der zweitägigen Veranstaltung, die in Zusammenarbeit mit dem Landesbüro Berlin der Friedrich-Ebert-Stiftung stattfand, wurden der aktuelle Stand der Kooperation zwischen den Berufsgruppen aufgearbeitet und die Voraussetzungen, Grenzen und Perspektiven der interdisziplinären Kooperation in der Präventionsarbeit reflektiert. In Bezug auf unterschiedliche Zielgruppen und Arbeitsfelder wurden außerdem zukunftsweisende Impulse sowohl für die fallbezogene als auch für die fallunabhängige, institutionenbezogene Kooperation entwickelt. Verlauf und Ergebnisse der Tagung sind von der Clearingstelle dokumentiert worden und stehen als Tagungsband, CD-Rom und Download zur Verfügung.

Darüber hinaus hat die Clearingstelle im Jahr 2005 folgende Veranstaltungen durchgeführt:

- Fortbildungsmodul zum Thema Prävention von Jugenddelinquenz für angehende Präventionsbeauftragte der Berliner Polizeiabschnitte: zwei Veranstaltungen in Kooperation mit der Zentralen Serviceeinheit ZSE IV B 4 der Berliner Polizei (ehem. Landespolizeischule), dem Kick-Projekt und dem Berliner Büro für Diversionsberatung und -vermittlung;
- zweitägige Fortbildungsveranstaltungen für Polizeibedienstete zum Thema „Prävention von Jugenddelinquenz“: drei Veranstaltungen in Kooperation mit der Zentralen Serviceeinheit ZSE IV B 4 der Berliner Polizei (ehem. Landespolizeischule), dem Kick-Projekt und dem Berliner Büro für Diversionsberatung und -vermittlung;
- Fachtag „Möglichkeiten einer strukturierten Zusammenarbeit zwischen Jugendamt und LKA im Bereich Kinderschutz“ für Mitarbeiter/innen der Fachbereiche 4 der Jugendämter, bezirkliche Kinderschutzbeauftragte und Kommissariatsleiter/innen der Dezernate 12 und 13 des LKA Berlin.

Konfliktvermittlung und -beratung

Bei Konfliktfällen zwischen Mitarbeitern/innen der Jugendhilfe und der Polizei steht die Clearingstelle als Ansprechpartnerin zur Verfügung. Sie hat die Aufgabe als neutrale, allparteiliche Vermittlerin gemeinsam mit den Konfliktparteien einerseits den Konflikt zu bearbeiten und andererseits Lösungen zu entwickeln, die auch in der Zukunft tragfähig sind. Bei der Konfliktbearbeitung werden verschiedene Methoden der Gesprächsführung, der Moderation und insbesondere der Mediation angewendet. Die Konfliktparteien werden dabei unterstützt, selbstständig Lösungsansätze für die jeweilige Problemstellung zu entwickeln und entsprechend umzusetzen. Über die direkte Konfliktfallbearbeitung hinaus bietet die Clearingstelle einzelnen Einrichtungen, Dienststellen etc. und ihren Mitarbeitern/innen Konfliktberatungen an. Dabei handelt es sich um intensive, von Fall zu Fall auch langfristigere Beratungsaufträge oder um – in der Regel telefonische – Kurzberatungen. Sofern Jugendliche sich in konflikthaften Situationen mit der Polizei befinden, können sie sich – vermittelt über die sie betreuenden Sozialarbeiter/innen – ebenfalls an die Clearingstelle wenden, damit eine Klärung herbeigeführt werden kann. Die Nachfrage nach aufwändigeren Konfliktvermittlungen (Clearingfälle mit mindestens einem Ausgleichsgespräch) ist im Berichtszeitraum gegenüber dem Vorjahr auf vier Fälle gestiegen. Der Umfang der Beratungstätigkeit (Konfliktberatungen und allgemeine Beratung zum Themenfeld Jugendhilfe-Polizei) bewegte sich auf gleichbleibend hohem Niveau.

Hospitationen

In den Jahren 2003/2004 hatte die Clearingstelle Jugendhilfe/Polizei den neuen Angebotsbereich der Vermittlung und fachliche Begleitung von Hospitationen für Polizeibeamte/innen und Mitarbeiter/innen der Jugendhilfe im jeweils anderen Arbeitsbereich erheblich ausgeweitet. Die bisherigen Erfahrungen der Clearingstelle haben gezeigt, dass Hospitationen im jeweils anderen Berufsfeld viel zum gegenseitigen Verständnis beitragen können, da das unmittelbare Kennen lernen wichtige Einblicke ins andere Aufgabengebiet und eine andere Sichtweise auf Jugendliche bieten kann.

Die Clearingstelle hat im Jahr 2005 einen Leitfaden für Multiplikatoren/innen bzw. mit innerbetrieblichen Fortbildungen beauftragte Mitarbeiter/innen fertig gestellt, der im April

2005 unter dem Titel „Einsichten – Hospitationen zwischen Jugendhilfe und Polizei. Ein Leitfaden zur Durchführung von Hospitationen“ erschienen und den Leitungen der Polizeidirektionen, einiger LKA-Dienststellen und den bezirklichen Jugendämten zur Verfügung gestellt worden ist. Die Clearingstelle steht Kontaktpersonen aus Dienststellen und Einrichtungen der Jugendhilfe und der Polizei, die mit der Durchführung von Hospitationsmaßnahmen beauftragt sind, beratend zur Verfügung und unterstützt sie durch die Bereitstellung entsprechender Befragungsinstrumente auch bei der Auswertung der Hospitationen.

Öffentlichkeitsarbeit und Herausgabe fachspezifischer Informationsmaterialien

Die vier- bis fünfmal jährlich herausgegebenen Infoblätter zu rechtlichen und strukturellen Themen aus Jugendhilfe und Polizeiarbeit, die an alle Jugendverwaltungen, diverse Dienststellen der Polizei und freie Träger der Jugendhilfe verteilt werden, haben wie in den Vorjahren eine kontinuierliche Auflagensteigerung erfahren. Sie werden vereinzelt für die Ausbildung von Polizeibeamten/innen und Sozialarbeitern/innen eingesetzt. Das Periodikum ist auch als Download auf der Homepage der Stiftung abrufbar sowie als CD-ROM (Ausgaben Nr. 1-36) erhältlich.

Neben der Herausgabe der Dokumentationen zweier erwähnter Fachveranstaltungen („Viele Köche verderben den Brei? Interdisziplinäre Ansätze zur Prävention von Jugenddelinquenz. Dokumentation der Fachtagung vom 26. und 27. August 2005 in Berlin“ sowie „Möglichkeiten einer strukturierten Zusammenarbeit zwischen Jugendamt und LKA zum Thema Kinderschutz“) und der Veröffentlichung des Hospitationsleitfadens „Einsichten“ haben die Mitarbeiter/innen der Clearingstelle einen Fachbeitrag zum Thema Kooperation in der Prävention von Jugenddelinquenz erarbeitet, der die Veränderungen und Erfordernisse in Berlin aus Sicht der Clearingstelle Jugendhilfe/Polizei darstellt und in der Ausgabe 1/2006 der Zeitschrift für Jugendkriminalrecht und Jugendhilfe (ZJJ) erschienen ist.

Aufgrund immer wieder auftretender Fragen nach Ansprechpartnern/innen bei der Polizei in Jugendsachen gibt die Clearingstelle weiterhin entsprechende Faltblätter heraus, die regelmäßig aktualisiert und an interessierte Mitarbeiter/innen der Jugendhilfe verteilt werden.

Die Abgabe der Plakate und Faltblätter „Krisennotdienste für Kinder und Jugendliche auf einen Blick“ (3. Auflage vom Januar 2003) an Polizeidienststellen, Jugendverwaltungen, diverse freie Träger der Jugendhilfe sowie an Berliner Schulen ist wie in den Vorjahren fortgesetzt worden.

Im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit haben Mitarbeiter/innen der Clearingstelle mit Referaten und Moderationen an zwei Aktions- bzw. Präventionstagen anderer Akteure teilgenommen sowie an einer Informations- und Diskussionsveranstaltung zur Arbeit an der Schnittstelle von Jugendhilfe und Polizei für Mitarbeiter/innen des Jugendamtes Amsterdam mitgewirkt.

Ausblick

Mit der in den beiden Vorjahren erfolgten Schwerpunktverlagerung auf den Bereich Organisation und Moderation von Arbeitsgremien (insbesondere zur Prävention von Kinder- und Jugenddelinquenz) hat die Clearingstelle Jugendhilfe/Polizei ihr Profil als intermediäres Projekt an den Schnittstellen verschiedener Akteure der Prävention von Jugenddelinquenz (insbesondere Jugendhilfe und Polizei) weiter etabliert. Dementsprechend wird sie ihre Arbeit im Jahr 2006 mit den beschriebenen Angebotsbereichen fortsetzen. Bezüglich der Präventionsgremien zur Kinder- und Jugenddelinquenz in den Bezirken strebt die Clearingstelle eine stärkere Vernetzung der einzelnen Gremien untereinander sowie mit anderen kriminalpräventiven Räten im Land Berlin an. Deshalb wurde der Landeskommission Berlin gegen Gewalt eine gemeinsame Veranstaltung zum Erfahrungsaustausch verschiedener Organisatoren solcher Arbeitsgremien vorgeschlagen. Zur kontinuierlichen stadtweiten Kommunikation über aktuelle Entwicklungen in der Kinder- und Jugenddelinquenz plant die Clearingstelle die Entwicklung eines Newsletters, dessen Realisierung zurzeit von einer

entsprechenden Mittelausstattung abhängt. Im Angebotsbereich Hospitationen wird die Clearingstelle im Jahr 2006 intensiver als es bisher möglich war auf den Leitfaden „Einsichten – Hospitationen zwischen Jugendhilfe und Polizei“ hinweisen. Hier ist mit einem erhöhten Aufkommen von Beratungen für Multiplikatoren/innen zu rechnen, die in ihren Einrichtungen bzw. Dienststellen eigenständig Hospitationen organisieren wollen. Darüber hinaus steht 2006 nach mehr als drei Jahren eine Aktualisierung der Plakate und Faltblätter „Krisennotdienste für Kinder und Jugendliche auf einen Blick“ bevor.

2. Drehscheibe Kinder- und Jugendpolitik Berlin

Hintergrund

Das Projekt Drehscheibe Kinder- und Jugendpolitik arbeitet seit seiner Einrichtung im Jahr 1993 in der Funktion eines landesweiten Büros für Kinder- und Jugendpolitik und -beteiligung im Auftrag der Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Sport und wird durch diese gefördert.

Kinder- und Jugendpolitik ist zum einen Politik für Kinder und Jugendliche, zum anderen trägt sie als Politik mit und durch junge Menschen dem Art. 12 der UN-Kinderrechtskonvention Rechnung, die im Jahr 1992 von der Bundesrepublik Deutschland ratifiziert wurde. Art. 12 fordert die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen an sie betreffenden Entscheidungen. Kinder und Jugendliche werden als handelnde Subjekte wahrgenommen und als Experten/innen für ihre eigenen Belange anerkannt.

Im Sinne des § 8 SGB VIII und § 5 AG KJHG Berlin hat die Drehscheibe Kinder- und Jugendpolitik vom Land Berlin den Auftrag, in Kooperation und in Abstimmung mit den Bezirken und dem Land und der Zweigliedrigkeit des Jugendamtes mit öffentlichen und freien Trägern der Kinder- und Jugendhilfe die Partizipation von Kindern und Jugendlichen in den Handlungsfeldern der Kinder- und Jugendhilfe, aber auch in allen anderen sie betreffenden Gesellschafts- und Politikfeldern zu implementieren.

Die Drehscheibe Kinder- und Jugendpolitik setzt sich in diesem Sinne für eine Politik mit und durch Kinder/n und Jugendliche/n ein.

Ziele

Ziel der Drehscheibe Kinder- und Jugendpolitik ist es, durch Koordination, Vernetzung, Kooperation, Qualifizierung und Motivation die Beteiligung junger Menschen auf allen Ebenen zu fördern und zu ihrer Verstetigung beizutragen.

Die Drehscheibe Kinder- und Jugendpolitik zielt mit ihrer Arbeit auch auf die Verbesserung der Qualität und Förderung der Nachhaltigkeit von Beteiligungsprojekten und -initiativen.

Im Sinne der Kernidee von Beteiligung als Übernahme gesellschaftlicher und politischer Verantwortung und damit einhergehender Stärkung der zivildemokratischen Einstellung junger Menschen stellt die Drehscheibe Kinder- und Jugendpolitik ihr Angebot Projekten, Initiativen und jungen Menschen mit Beteiligungsideen zur Verfügung.

Darüber hinaus strebt die Drehscheibe Kinder- und Jugendpolitik die Wahrnehmung und Berücksichtigung von Kinder- und Jugendinteressen auch in den gesellschaftlichen Bereichen an, die sich nicht primär mit diesen befassen, aber einen bedeutenden Einfluss auf die Lebenssituation junger Menschen haben. Hierzu zählen beispielsweise Maßnahmen der Stadtentwicklung oder der Wirtschaft.

Schwerpunkte

Die Funktion und Arbeitsweise der Drehscheibe Kinder- und Jugendpolitik hat sich den Anforderungen der Beteiligungslandschaft in Berlin angepasst. Von einem Beteiligungsbüro, dass durch die Durchführung von Projekten mit Kindern und Jugendlichen aufzeigte, das und auf welche Weise Partizipation möglich ist wandelte sich die Drehscheibe Kinder- und Jugendpolitik zu einem Koordinierungs- und Vertretungsbüro der zahlreichen Beteiligungsinitiativen, die mittlerweile in Berlin existieren.

Als Schnittstelle zwischen Multiplikatoren/innen, Politik, Verwaltung, Wissenschaft und Wirtschaft befördert sie den umfassenden Dialog zwischen gesellschaftlich relevanten Gruppen und transportiert die Mitwirkungsrechte von Kindern und Jugendlichen in die Öffentlichkeit.

Eine Aufgabe der Drehscheibe Kinder- und Jugendpolitik ist es deshalb, das bereits geschaffene Netzwerk der verschiedenen Akteure im Beteiligungsfeld zu unterstützen und auszubauen. Als Multiplikatoren/innenforum und beratendes Fachgremium für den Landesjugendhilfeausschuss arbeitet die Landesarbeitsgemeinschaft nach § 78 SGB VIII zur Mitbestimmung von Kindern und Jugendlichen. Die Drehscheibe Kinder- und Jugendpolitik kooperiert mit und stimmt sich kontinuierlich mit der Landesarbeitgemeinschaft ab. Um eine deutlichere Abgrenzung der Arbeitsfelder der Drehscheibe Kinder- und Jugendpolitik und der Landesarbeitsgemeinschaft zu erreichen, sind sowohl die Geschäftsführung als auch der stellvertretende Vorsitz nicht mehr bei der Drehscheibe Kinder- und Jugendpolitik angesiedelt. Dieses neue Modell der Kooperation schafft neue Perspektiven für die Arbeit der Drehscheibe Kinder- und Jugendpolitik.

Zu diesen Perspektiven gehört auch der gemeinsame Aufbau eines Fachforums im Internet, welches durch die LAG Mitbestimmung, der Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Sport und der Drehscheibe Kinder- und Jugendpolitik entwickelt und gepflegt wird.

Der weitere vorrangige Schwerpunkt der Drehscheibe Kinder- und Jugendpolitik ist die beratende Begleitung der Bezirke in Hinblick auf das Rundschreiben 5/2005 der Senatsverwaltung für Jugend, Bildung und Sport. Demnach werden die Bezirke aufgefordert Ansprechstellen für Beteiligung (Kinder- und Jugendbüros, Koordinierungsstellen) zu schaffen.

Im Mittelpunkt der Netzwerkaktivitäten und Unterstützungsleistungen der Drehscheibe Kinder- und Jugendpolitik stehen Initiativen und Projekte auf Bezirks- wie Landesebene bei öffentlichen und freien Trägern. Die von der Drehscheibe Kinder- und Jugendpolitik betriebene Zusammenführung der verschiedenen Aktivitäten und Strukturen im Land Berlin in eine koordinierend tätige Kontakt- und Informationsdrehscheibe und Kooperationsagentur dient der Herstellung von Synergieeffekten. Gemeinsame Ziel- und Ergebnisorientierung sowie effektiver Austausch über die Schaffung von Arbeitskontakten optimiert Handlungsabläufe, minimiert Schwierigkeiten und Probleme, erweitert den Wirkungsgrad und dient durch so frei werdende Arbeitskapazitäten innerhalb der Initiativen und Projekte der Qualitätssteigerung sowie der Vergrößerung des Adressaten/innenkreises.

Im Auftrag und in Abstimmung mit der Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Sport nimmt die Drehscheibe Kinder- und Jugendpolitik die ihr übertragenen Aufgaben zur Koordination, Entwicklung und Vernetzung insbesondere in folgenden Feldern wahr:

- Etablierung der Kinder- und Jugendrechte als Bürgerrechte in Umsetzung der UN-Kinderrechtskonvention,
- Ausbau der Kinder- und Jugendgerechtigkeit Berlins, auch im Sinne der Berliner Leitlinien für eine kinder- und familienfreundliche Stadt,
- modellhafte Entwicklung von Partizipationsformen und -methoden sowie
- Entwicklung und Beförderung von Qualitätsstandards in allen Handlungsfeldern der Kinder- und Jugendhilfe,
- Entwicklung und Durchführung von Qualifizierungsangeboten für Mitarbeiter/innen der Berliner Jugendhilfe und Menschen aus weiteren Fachressorts.

Zielgruppen

Die Drehscheibe Kinder- und Jugendpolitik wendet sich an alle Akteure im Feld der Kinder- und Jugendpolitik und -beteiligung sowie erwachsene wie jugendliche Multiplikatoren/innen, Moderatoren/innen und Koordinatoren/innen, insbesondere von und in Projekten und Initiativen zur Beförderung der Partizipation junger Menschen an politischen und gesellschaftlichen Prozessen. Diese können auch interessierte Multiplikatoren/innen anderer Ressorts, wie zum Beispiel aus dem Bereich Stadtentwicklung sein.

Angebot

Die Drehscheibe Kinder- und Jugendpolitik arbeitet gemeinsam mit dem Land Berlin und den Bezirken, mit öffentlichen und freien Trägern, Initiativen und Akteuren vor Ort an der Planung und Realisierung der Initiative „Kinder- und jugendfreundliches Berlin“. Die Interessenvertretungen von Kindern und Jugendlichen vor Ort werden gestärkt und Qualifizierungsangebote für die Akteure bereitgestellt.

Zudem berät und unterstützt die Drehscheibe Kinder- und Jugendpolitik bezirkliche Aktivitäten, freie und kommunale Träger bei ihrer Aufgabenwahrnehmung bezogen auf die Partizipation von Kindern und Jugendlichen. Sie bietet sich als Drehscheibe für einen fachlichen Erfahrungsaustausch an, fasst Informationen zusammen und unterstützt Partnerschaften, Vernetzungen zwischen den Verwaltungen der Politik und den traditionellen Säulen der Kinder- und Jugendhilfe.

Die Begleitung des Aufbaus von Koordinierungsstellen/Kinder- und Jugendbüros in den Bezirken hat sich dabei als Kernaufgabe herausgebildet. Dazu bietet sich die Drehscheibe Kinder- und Jugendpolitik als Diskussionspartner in den Bezirken an und entwickelt nach Wunsch mit den Bezirken Umsetzungsmodelle zur Einrichtung selbiger, die auf den jeweiligen Bezirk zugeschnitten sind. In diesem Zusammenhang kann die Drehscheibe Kinder- und Jugendpolitik das Förderprogramm „Mitbestimmung fördern“, ein Kooperationsprojekt mit der Jugend- und Familienstiftung des Landes Berlin anbieten, um die Startphase der einzurichtenden Stellen in den Bezirken möglichst unkompliziert und produktiv zu gestalten. Die Drehscheibe Kinder- und Jugendpolitik arbeitet mit allen Partnern aus Verwaltung und Politik, Wissenschaft, Wirtschaft, freien und öffentlichen Trägern der Kinder- und Jugendhilfe zusammen. Sie sieht ihre Funktion darin, durch Information, Vernetzung und fachliche Begleitung die Kinder- und Jugendgerechtigkeit Berlins zu befördern und Beteiligung junger Menschen auf allen Ebenen zu implementieren.

Die Einrichtung eines Internetfachforums www.mitbestimmung-in-berlin.de zum Thema Mitbestimmung von Kindern und Jugendlichen in Berlin soll zum einen den Austausch der Berliner Projekte fördern und zum anderen zukünftig eine virtuelle Bibliothek der Partizipation und deren Methoden bieten. Die Koordination für dieses Forum übernimmt die Drehscheibe Kinder- und Jugendpolitik.

Auch die Mediation von Verfahrensbeteiligten in Beteiligungsprozessen sowie die Moderation thematischer Netzwerke und Veranstaltungen zählt zu den Angeboten der Drehscheibe Kinder- und Jugendpolitik. Darüber hinaus bietet sie fachliche Unterstützung zu Themen der Kinder- und Jugendpolitik und -beteiligung und kann zu diesen Themen, beispielsweise für Foren und Veranstaltungen, angefragt werden. Die Entwicklung und Durchführung von Fachveranstaltungen wie „Sahnehäubchen oder Salz in der Suppe“ soll zudem die Fachdiskussion in der Berliner Projekte- und Verwaltungslandschaft befördern.

Adressaten/innen und Partner/innen

- Politik und Verwaltung auf Bezirks- sowie Landesebene,
- öffentliche und freie Träger der Kinder- und Jugendhilfe,
- bezirkliche und landesweite Gremien,
- Wissenschaft und Wirtschaft,

– Öffentlichkeit und Presse,
– Kinder und Jugendliche.

Aktuelle Entwicklungen

Konzeptionelle Entwicklung

Entsprechend der konzeptionellen Weiterentwicklung der Drehscheibe Kinder- und Jugendpolitik wurde im Berichtszeitraum verstärkt auf eine interdisziplinäre Zusammenarbeit, insbesondere mit der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und dem Bereich Schule der Senatsverwaltung Bildung, Jugend und Sport hingewirkt. Die Weiterentwicklung der Konzeption befindet sich in der Abstimmung mit der Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Sport.

Thematische Schwerpunkte

Prüfverfahren Kinder- und Jugendgerechtigkeit

Entsprechend dem Auftrag durch den Jugendhilfeausschuss entwickelte die Landesarbeitsgemeinschaft Mitbestimmung von Kindern und Jugendlichen ein Verfahren zur Prüfung von Maßnahmen der Verwaltungen auf Bezirks- und Landesebene im Hinblick auf ihre Kinder- und Jugendgerechtigkeit. Dieses Verfahren ist als Konkretisierung der Berliner Leitlinien für eine kinder- und familienfreundliche Stadt zu verstehen. Es wurde und wird noch immer mit der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung diskutiert und modifiziert. Ziel ist ein verbindliches und praktikables Verfahren, das in den jeweiligen Bezirken entsprechend ausgestaltet werden kann.

Dazu werden momentan modellhafte Verfahren in Zusammenarbeit mit zwei Bezirken entwickelt, um mit den gemachten Erfahrungen neue Handlungs- und Umsetzungsmöglichkeiten eines solchen Verfahrens zu entwickeln. Trotz zahlreicher bundesweiter Beispiele für Kinder-, Jugend- und Familienfreundlichkeitsprüfungen existiert kein Vorbild, das auf die Dimensionen und besonderen Gegebenheiten Berlins übertragen werden kann. Es wird daher eine modellhafte Umsetzung in einzelnen Bezirken und Verwaltungsbereichen erfolgen, um Schritt für Schritt ein Gesamtverfahren zu entwickeln, das den Besonderheiten Berlins Rechnung trägt und in angemessenem Aufwand-Nutzen-Verhältnis steht.

Standards für Koordinierungsstellen und Beteiligungsbüros der Kinder- und Jugendmitbestimmung in Berlin

Die Standards für Koordinierungsstellen und Beteiligungsbüros der Kinder- und Jugendmitbestimmung in Berlin, die gemeinsam mit der Landesarbeitsgemeinschaft erarbeitet wurden, haben ihre Zustimmung durch den Landesjugendhilfeausschuss und die Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Sport erhalten.

Die Empfehlung, in allen Bezirken entsprechende Einrichtungen zu schaffen bedeutet einen entscheidenden Schritt auf dem Weg zu einer strukturellen Verankerung der Mitwirkungsrechte von Kindern und Jugendlichen. Das in diesem Zusammenhang herausgegeben Rundschreiben 5/2005 der Senatsverwaltung bestärkt die Bemühungen der Drehscheibe in den Bezirken dieselbigen einzurichten.

Die Gespräche in den Bezirken werden mit allen in den Bezirken verantwortlichen Menschen aus Verwaltung und Politik geführt.

M!tbestimmung fördern

M!tbestimmung fördern ist ein Förderprogramm der Jugend- und Familienstiftung des Landes Berlin in Zusammenarbeit mit der Drehscheibe Kinder- und Jugendpolitik.

Das Programm basiert auf drei Säulen:

- finanzielle Starthilfe für neu gegründete Kinder- und Jugendbüros,
- finanzielle Unterstützung bei Einrichtung von Kinder- und Jugendjurys,
- Qualifizierungsangebot für Mitarbeiter/innen in Kinder- und Jugendbüros.

Besonders hervorzuheben ist das Qualifizierungsangebot, das zusätzlich in Zusammenarbeit mit der Bildungsstätte Jagdschloss Glienicke entwickelt wird und eine Qualifizierungsreihe zur Ausbildung von Moderator/innen beinhaltet.

Mitbestimmung in der Schule

Schule ist einer der bedeutendsten Lebensräume von Kindern und Jugendlichen, in dem Werte und Einstellungen zu Demokratie und Engagement entscheidend geprägt werden. Deswegen ist es äußerst begrüßenswert, dass eine verstärkte Zusammenarbeit mit dem Bereich Schule im Berichtszeitraum etabliert werden konnte. Gemeinsam mit dem entsprechenden Fachbereich der Senatsverwaltung Bildung, Jugend und Sport, die ihren Sitz in der Landesarbeitsgemeinschaft engagiert wahrnimmt, wird eine Handreichung für Schulen zur Partizipation von Schülern/innen erstellt. Die entsprechende Broschüre wird zum Ende des Jahres 2006 fertiggestellt sein.

InterAktiv4

Die Beteiligung junger Menschen an allen sie betreffenden Belangen in Politik und Gesellschaft konnte über den Aktionstag InterAktiv4 auf dem Alexanderplatz in enger Kooperation verschiedener Träger im Netzwerk InterAktiv bekannt gemacht werden. Auf diesem lebendigem aktivem Wege wird der Beteiligung junger Menschen in der Öffentlichkeit Raum gegeben, junge Menschen werden jugendgerecht über ihre Möglichkeiten informiert und motiviert, sich für ihre Belange einzusetzen. Der Aktionstag im Juni 2005 erhielt durch die Kooperation mit dem Festival Berlin05, Teil der Beteiligungskampagne Projekt P des Bundesministeriums, der Bundeszentrale für politische Bildung und des Deutschen Bundesjugendringes, eine bundesweite Bedeutung. Die Angebote der Berliner Beteiligungsinitiativen wurden durch interessante Projekte aus dem gesamten Bundesgebiet bereichert. Detaillierte Informationen bietet die Website www.interaktivberlin.de. Unterstützung erhielt InterAktiv durch die Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Sport.

Im Jahr 2006 wird InterAktiv erneut durchgeführt. Die konzeptionelle Weiterentwicklung dieses Tages sieht einen stärkeren Focus auf Angebote von Workshops vor. Schwerpunkte werden U18 und die Erstwähler/innenkampagne U18, Beteiligungsrechte junger Menschen im öffentlichen Raum, niedrigschwellige Beteiligungsformen junger Menschen und die deutlichere Öffentlichkeitsarbeit in Bezug auf Passanten sein.

Publikationen/Qualifizierung/Öffentlichkeit für Kinderrechte und Partizipation

Die Drehscheibe Kinder- und Jugendpolitik veröffentlicht regelmäßig die Informationssammlung „Forum Kinder- und Jugendpolitik“. Das Forum Kinder- und Jugendpolitik ist eine Sammlung mit Texten, Materialien, Hinweisen und Informationen zur Kinder- und Jugendpolitik sowie der Beteiligung von Kindern und Jugendlichen. Neben kinder- und jugendpolitischen Entwicklungen werden Berliner Praxisprojekte im Sinne einer „best practice“-Darstellung dokumentiert.

Als Service für Multiplikatoren/innen wird außerdem ein E-Mail-Newsletter versendet, der auf kurzfristige Termine und Fördermöglichkeiten aufmerksam macht.

Im Auftrag und in Kooperation mit der Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Sport wurde die Broschüre: „Wir mischen mit!“ durch die Drehscheibe Kinder- und Jugendpolitik aktualisiert, ergänzt und neu aufgelegt. Die Broschüre zeigt Beteiligungsmöglichkeiten für Kinder und Jugendliche in allen Berliner Bezirken auf und vermittelt grundlegende Informationen zum Thema Partizipation. Sie wird kostenlos zur Verfügung gestellt.

Die im Jahr 2000 begonnene Kooperation mit der Kinderzeitung „Kiek mal“ und der Zusammenarbeit in der von der Zeitung gegründeten Aktion „Kinder testen Berlin“ wurde fortgesetzt. Gemeinsam mit je einem/r Vertreter/in der Senatsverwaltung für Jugend und des Landesjugendamtes unterstützt die Drehscheibe Kinder- und Jugendpolitik „Kinder testen Berlin“ im Rahmen eines Redaktionsbeirates. Zusätzlich wurde die Kinderrechte-Seite fortgeführt, die von der Drehscheibe Kinder- und Jugendpolitik regelmäßig gestaltet wurde.

In der Folge eines internationalen Kongresses zur Bedeutung von Partizipation in weltweiten Freiwilligendiensten entstand eine Kooperation mit der Internationalen Jugendaustauschorganisation ICYE. Die Drehscheibe Kinder- und Jugendpolitik hat im Rahmen eines Kongresses mit Multiplikatoren/innen aus aller Welt im Juni 2005 einen Qualifizierungsworkshop zu Methoden der Partizipation durchgeführt und mit den Teilnehmer/innen Aktionsfelder für ihre jeweiligen Arbeitsbereiche erarbeitet.

Neben der Information und Qualifizierung von Multiplikatoren/innen leistet die Drehscheibe Kinder- und Jugendpolitik außerdem Öffentlichkeitsarbeit für Kinder- und Jugendbeteiligung. So hat die Drehscheibe Kinder- und Jugendpolitik auch im Berichtsjahr im Rahmen des Weltkindertages ein Angebot für Kinder und Jugendliche gemacht. Neben einer Postkartenaktion hat die Drehscheibe Kinder- und Jugendpolitik anlässlich der an diesem Tag durchgeführten Bundestagswahl die Diskussion zur Absenkung de Wahlalters unter jungen Menschen angeregt.

Des Weiteren besuchen weiterhin internationale Gruppen aus Jugendarbeit, -politik und anderen gesellschaftlichen Einrichtungen die Drehscheibe Kinder- und Jugendpolitik, um sich über die Mitwirkungsmöglichkeiten von Kindern und Jugendlichen zu informieren. Hierzu zählte im Berichtszeitraum eine Gruppe aus Ägypten (Journalisten und Jugendamt) und aus den Niederlanden (Jugendamt).

Modellhafte Projekte

Über die Kooperation mit einem Projekt der Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Sport und der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung zur Erfassung von Freiflächen konnte dank einer Förderung durch die Jugend- und Familienstiftung Berlin das Projekt: „FreiRäume für Kinder und Jugendliche mit Kindern und Jugendlichen erobern, erhalten und gestalten“ implementiert werden. Unter fachlicher Begleitung der „Zwischennutzungsagentur“, eines Agenda21-Leitprojektes und der Mitwirkung von Kindern und Jugendlichen wurden beispielhaft Flächen erkundet, die sich zur Nutzung durch Kinder und Jugendliche eignen. Gemeinsam mit guten Beispielen aus Berlin ist ein entsprechender Leitfaden entstanden, der zum einen Kindern und Jugendlichen Strategien zur Eroberung von Flächen in der Innenstadt an die Hand gibt, zum anderen Entscheidungsträger/innen aus Politik und Verwaltung Informationen über den Umgang mit Kinderwünschen geben wird.

In Zusammenarbeit mit der Senatverwaltung für Stadtentwicklung unterstützt die Drehscheibe Kinder- und Jugendpolitik die Entwicklung einer modellhaften Erstellung eines Kinderstadtplanes, welcher in Zukunft auf andere Bezirke übertragen werden könnte. Dieses Projekt fördert an praktischer Stelle die ressortübergreifende Zusammenarbeit und könnte beispielhaft für weitere Projekte sein.

Vernetzung/Kooperation

Für die Entscheidungsträger/innen auf Landes- und Bezirksebene und die vielfältigen Koordinierungsstellen für Kinder- und Jugendbeteiligung ist die Drehscheibe Kinder- und Jugendpolitik Ansprechpartnerin, Infostelle und Koordinatorin kinder- und jugendpolitischen Engagements. Die Drehscheibe Kinder- und Jugendpolitik bietet die Möglichkeit, Problemlagen auf Landesebene zu transportieren, den fachpolitischen Austausch und Diskurs zu führen sowie Partner/innen für die Zusammenarbeit zu finden. Umfangreiche Kontakte werden auch bundesweit und international gepflegt.

Die Drehscheibe Kinder- und Jugendpolitik arbeitet als Vernetzungsbüro intensiv mit allen Trägern und Organisationen im Spektrum Kinderrechte, Kinder- und Jugendpolitik, Kinderkulturarbeit, Spielraum und Stadtgestaltung sowohl auf der Ebene der Bezirke, des Landes Berlin als auch auf Bundesebene, beispielsweise der National Coalition, dem Deutschen Kinderhilfswerk, der AGJ, der Bundesvereinigung kulturelle Jugendarbeit zusammen.

Berliner Jugendforum

Die Drehscheibe Kinder- und Jugendpolitik ist im Rahmen einer Steuerungsrunde an der Ausgestaltung des Landesförderprogramms RespectAbel beteiligt. In diesem Zusammenhang bietet die Drehscheibe Kinder- und Jugendpolitik in Vorbereitung des Berliner Jugendforums Hilfe und Unterstützung an.

U18/Erstwähler/innenkampagne U18

Anknüpfend an die Erfolge der Jugendwahl U18, die zuletzt bundesweit mit 50.000 Schüler/innen stattfand, hat sich das Netzwerk der Organisatoren/innen, zu denen auch die Drehscheibe Kinder- und Jugendpolitik zählt, erneut zusammengefunden um U18 zur Landtagswahl 2006 vorzubereiten

Besonderes Augenmerk liegt in diesem Jahr auf die Absenkung des kommunalen Wahlalters in Berlin. In diesem Zusammenhang wird in Kooperation mit der Senatsverwaltung eine Erstwähler/innenkampagne „06-mein erstes Mal“ durchgeführt. In diesem Zusammenhang wird eine Multiplikatoren/innenausbildung von jungen Menschen und Pädagogen/innen angeboten und ein Wettbewerb, der sowohl junge Wähler/innen, als auch die Öffentlichkeit über die Wahlalterabsenkung informieren soll. Information bietet außerdem die Website www.u18.org.

Europäisches Weißbuch

Im Rahmen der Erstellung des aktuellen europäischen Weißbuchs hat die Drehscheibe Kinder- und Jugendpolitik intensiv der Senatverwaltung für Bildung, Jugend und Sport zugearbeitet.

Perspektiven

Mit der Aufgabe bezirkliche Kinder- und Jugendbüros zu begleiten, werden in Zukunft erweiterte Anforderungen an die Drehscheibe Kinder- und Jugendpolitik gestellt. Diese werden vor allem in der koordinierenden und ressortübergreifenden Aufgabe der Drehscheibe Kinder- und Jugendpolitik liegen. Ein besonderes Augenmerk liegt im Bereich der Stadtentwicklung und der Entwicklung von Kooperationsmodellen zwischen den Bereichen Jugend und Stadtentwicklung. Hier wird die Drehscheibe Kinder- und Jugendpolitik deutliche Profilierungen in Zusammenarbeit mit der Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Sport entwickeln.

Aber auch der Bereich Ausbildung und Qualifizierung wird zunehmend ein notwendiges Arbeitsfeld der Drehscheibe Kinder- und Jugendpolitik darstellen. Hierzu gehören die Entwicklung von Fortbildungsangeboten, wie auch der Versuch Partizipation von Kindern und Jugendlichen und deren Methoden in den entsprechenden Curricula von Berlinern Fachhochschulen und Hochschulen zu implementieren.

3. Flucht nach vorn - Bildung, Beratung und Betreuung junger Flüchtlinge

Zielgruppen des Projekts

Die Zielgruppe des Projektes „Flucht nach vorn“ sind junge Flüchtlinge bis zum 25. Lebensjahr, die nach Beendigung der Schulpflicht über keinen Schulabschluss verfügen bzw. keinen Zugang zur beruflichen Bildung gefunden haben. Die Flüchtlinge, die im Projekt „Flucht nach vorn“ qualifiziert, beraten und betreut werden, stellen keine homogene Gruppe dar, sondern differieren hinsichtlich Alter, soziokulturellem Hintergrund und unterschiedlichen religiösen Traditionen. Auch divergieren ihre schulischen Qualifikationen in einem bedeutenden Maße. Diese vorhandenen bzw. fehlenden Qualifikationen reichen von der Schwierigkeit mit dem lateinischen Alphabet bis hin zu einem begonnenen Universitätsstudium in dem jeweiligen Herkunftsland.

Projektziel

Ziel des Projektes „Flucht nach vorn“ ist es, jungen Flüchtlingen durch qualifizierende Bildungsangebote die Integration in unsere Gesellschaft bzw. die Rückkehr in die Heimatländer zu erleichtern. Dieses Vorhaben setzen wir mit den Jugendlichen in Form von Bildung, Beratung und Betreuung durch folgende konkrete Arbeitsschritte um:

- Klärung der Motivation,
- Klärung der Sprachkompetenz,
- Beratung bezüglich Möglichkeiten schulischer und beruflicher Bildung,
- Integration in unser Bildungsprogramm bzw. Weiterleitung in andere Bildungsmaßnahmen,
- Förderung der Bildungsmotivation,
- Erhöhung der Schlüsselqualifikationen,
- Alphabetisierung,
- Sprachförderung,
- Kursangebote verschiedener Fachrichtungen (Mathematik, Englisch, Computer etc.),
- Vorbereitung auf Schulabschlusskurse bzw. berufliche Qualifizierungsmaßnahmen,
- sozialpädagogische Betreuung der Teilnehmer/innen unseres Bildungsprogramms.

Beratung für Qualifizierung und Ausbildung

Der Beratungs- und Qualifizierungsbedarf bezüglich schulischer und beruflicher Bildung junger Flüchtlinge ist in dieser Stadt sehr hoch. In Berlin existiert zwar Schulpflicht bis zur Vollendung des 16. Lebensjahres, das Schulsystem ist aber nicht auf minderjährige Flüchtlinge, die als Quereinsteiger in die Regelschule kommen, eingerichtet. Im Allgemeinen gelingt es den Jugendlichen trotz vorhandener Förderkurse nur selten, einen Schulabschluss zu erwerben.

Für die wenigen, die in der Herkunftssprache oder einer Fremdsprache kompetent und lernerfahren sind, mag es noch möglich sein, diese Barrieren zu überwinden. Für diejenigen, die durch zerrissene Bildungsbiografien nur einen niedrigen Bildungsstand erreicht haben, bzw. die über keine oder nur mangelnde Schulbildung in ihren Herkunftsländern verfügen, ist der Besuch der Schule oft lediglich eine Warteschleife, um der Schulpflicht Genüge zu tun.

Die Berufsausbildung junger Flüchtlinge ist geprägt durch repressive Einschränkungen. Ausbildungen auf dem ersten Arbeitsmarkt bzw. Qualifizierungsmaßnahmen nach dem SGB III sind den Jugendlichen nicht möglich. Ausbildungen nach § 13 SGB VIII werden durch

die Bezirksjugendämter vergeben. Die schulische Berufsqualifizierung steht den Jugendlichen offen.

Aktuelle Entwicklung

Die Situation für junge Flüchtlinge hat sich auch im Jahr 2005 nicht gravierend verändert. Die Möglichkeiten, die wir jungen Flüchtlingen innerhalb der Beratung anbieten können, entsprechen nicht den Erfordernissen bzw. den Erwartungen der Jugendlichen. Lernerfahrene Jugendliche haben die Chance, einen Schulabschluss auf dem zweiten Bildungsweg zu erwerben. Lernunerfahrene benachteiligte Jugendliche, so z. B. die Gruppe der nicht in unseren Schriftzeichen alphabetisierten jungen Flüchtlinge, die nicht nach dem SGB VIII gefördert werden, sind von der Bildung ausgeschlossen. Sie haben keine Chancen, lesen und schreiben zu lernen, geschweige denn, ihre sonstigen Bildungslücken zu schließen.

In der Berufsausbildung sieht es weiterhin prekär aus. Diese wird durch aufenthaltsrechtliche Beschränkungen bzw. Probleme mit der Arbeitserlaubnis erschwert. Trotz der Änderungen im Arbeitserlaubnisverfahren haben die Jugendlichen weiterhin Probleme, da das Nachrangigkeitsprinzip Deutsche, EU-Bürger oder Ausländer mit längerem Aufenthalt bevorzugt. Zudem steht die Kurzfristigkeit der Aufenthaltserlaubnisse der jungen Flüchtlinge einer dreijährigen Berufsausbildung entgegen bzw. sichert der Besuch einer schulischen Berufsausbildung nicht den Aufenthalt bis zum Abschluss dieser Maßnahme. Bei den oben genannten Ausbildungen nach § 13 SGB VIII ist es zudem zu den ersten Einschränkungen durch die Arbeitsämter gekommen.

Bildung

Unser Kurssystem ist in drei Blöcke aufgeteilt. Die Alphabetisierungs- und „Deutsch-Vorkurse“ sind für nicht bzw. für nur unzureichend alphabetisierte Schüler/innen vorgesehen. Dieser Abschnitt wird für einige Jugendliche durch die Bezirksjugendämter nach dem SGB VIII finanziert. Da die Nachfrage nach Alphabetisierung in den letzten Jahren kontinuierlich gestiegen ist, ist es uns gelungen, mit einem unserer Kooperationspartner für einen begrenzten Zeitraum einen zusätzlichen kompletten Alphabetisierungskurs zu installieren.

Der zweite Block besteht aus dem Anfänger- und Aufbaukurs, in denen gute Kenntnisse des lateinischen Schriftsystems Voraussetzung sind. In diesem Lernabschnitt wird zusätzlich Unterricht im Fach „Mathematik“ erteilt. Die Teilnahme am Abschlusskurs erfordert einen erfolgreich bestandenen internen Test. Dieser Kurs dient der Vorbereitung auf die Hauptschulabschlusskurse zweier Berliner Volkshochschulen, mit denen wir in enger Kooperation stehen. Neben „Deutsch als Fremdsprache“ und „Mathematik“ wird das Fach „Englisch“ optional angeboten. Die Finanzierung dieser Kurse erfolgt durch das Landesjugendamt.

Die Einstufung der Lernenden erfolgt mittels eines Aufnahmegesprächs und eines schriftlichen Tests. Die unterschiedlichen Bildungsressourcen der Lernenden ergeben die Notwendigkeit, diese abzufragen und die Ergebnisse zu dokumentieren. Dadurch gelingt es den Lehrer/innen, den Bildungsstand der Schüler/innen besser einzuschätzen. Diese Maßnahme ist besonders wichtig, da die Anzahl der Schüler/innen, die in ihrem Heimatland keine oder nur eine geringe schulische Grundbildung erhalten haben, seit Jahren kontinuierlich gestiegen ist.

Für den zweiten und dritten Block gibt es so genannte Zielerreichungsindikatoren, die auf die Bildungsressourcen der Schüler/innen abgestellt und jeweils aktualisiert werden.

Ein wichtiger Aspekt für einen qualitativ hochwertigen Unterricht ist die regelmäßige Teilnahme an Fortbildungsveranstaltungen, die von den Verlegern der Lehrwerke in dem Fach „Deutsch als Fremdsprache“ angeboten werden. Sie sichern eine ständige Information über die neuesten Entwicklungen auf diesem Markt. Durch das vergrößerte Angebot in diesem Bereich

lässt sich ein spannender und auf die Zielgruppe der Jugendlichen treffender Unterricht gestalten.

Aktuelle Entwicklung des Projektes

Im Berichtszeitraum 2005 haben insgesamt 138 Jugendliche im Projekt „Flucht nach vorn“ eine Bildungsmaßnahme begonnen. Diese kamen aus 41 verschiedenen Herkunftsländern. 23 Jugendliche kamen aus Afrika und 6 Jugendliche aus Asien. Aus dem Gebiet der früheren Sowjetunion, vor allem aus Tschetschenien kamen 9 Schüler/innen, aus dem ehemaligen Jugoslawien kamen nur noch 4 Jugendliche. Die überwiegende Anzahl, d. h. 50 Schüler/innen kamen aus dem arabischen Sprachraum. Das Verhältnis von Jungen zu Mädchen betrug 76,9 % zu 23,1 %.

Von diesen 92 Schüler/innen brachen 6 Jugendliche unser Kursangebot vorzeitig ab, bevor sie für weitere Schul- bzw. Ausbildungsmodule qualifiziert waren. Weitere 10 Jugendliche verließen das Projekt aus nicht persönlich zu verantwortenden Gründen (Ausreise, Erkrankung, familiäre Gründe, Abschiebung, etc.).

65 Schüler/innen wechselten zum nächsten Jahr in einen höheren Kurs bzw. beendeten das Projekt erfolgreich. Von der Abschlussklasse, also von denen, die die Leistungskurse des Projektes erfolgreich beenden, konnten 22 Schüler/innen in weiterführende schulische Einrichtungen vermittelt werden, d. h. sie wechselten in die Hauptschulabschlusskurse an den Berliner Volkshochschulen Friedrichshain-Kreuzberg, Tempelhof-Schöneberg oder in eine Regelschule.

Insgesamt haben sich die Bildungsvoraussetzungen der Schüler/innen, die in das Projekt „Flucht nach vorn“ eintreten, verschlechtert, wie die erhöhte Nachfrage nach Alphabetisierung und auch der Anteil von 21 % an Schüler/innen mit keiner oder geringer Vorbildung belegt. Gleichzeitig bleibt der Anteil der Jugendlichen, die zwischen 7 bis über 10 Jahre eine Schule im Heimatland besuchen konnten, mit 58 % immer noch vergleichsweise hoch.

Zusätzlich zu den Schüler/innen, die bei „Flucht nach vorn“ eine Qualifizierung beginnen konnten, haben sich 25 Jugendliche angemeldet. 5 von ihnen wurden in andere Maßnahmen (z. B. Berufsorientierung, Regelschule etc.) vermittelt. 20 Jugendliche konnten nicht versorgt werden.

Betreuung

Das Konzept von „Flucht nach vorn“ sieht vor, dass die Kursleiter/innen als erste Ansprechperson für die Jugendlichen fungieren. Die im Einzelfall auftretenden Probleme werden in Zusammenarbeit mit der sozialpädagogischen Fachkraft bearbeitet. Diese Form der Aufteilung hat sich seit Jahren bewährt, da die Kursleiter/innen in der Regel großes Vertrauen bei den Schüler/innen genießen. Ein weiterer Aspekt unserer Arbeit ist eine enge Kooperation mit den Betreuungseinrichtungen, um eine effektive Arbeit zu gewährleisten und klassische Doppelbetreuung zu vermeiden. Die Einrichtungen bekommen wöchentlich per Fax die Anwesenheit der Schüler/innen mitgeteilt. So können wir bei eventuell auftretenden Fehlzeiten schnell mit den verantwortlichen Betreuern kommunizieren.

Die enge Kooperation mit anderen Beratungsstellen hat eine große Bedeutung, da junge Flüchtlinge neben entwicklungsbedingten Problemen zusätzlich mit ihrem ungesicherten Aufenthaltsstatus konfrontiert sind.

Die kursübergreifenden Gruppenaktivitäten für die Jugendlichen werden von der sozialpädagogischen Fachkraft koordiniert.

Entwicklung des schulischen Alltags

Das Jahr 2005 war durch erhebliche Schwierigkeiten mit einigen Teilnehmer/innen gekennzeichnet. Zu der Tatsache der großen Binnendifferenzierung innerhalb der Lerngruppen kamen Probleme, die durch Einzelne in die Gruppen hineingetragen wurden. Hintergründe waren Traumatisierungen durch Folter, Flucht bzw. teils monatelangen Aufenthalt im Abschiebegewahrsam, Heimweh und das Fehlen familiärer Strukturen. Nicht vergessen darf man die Schwierigkeiten, die durch kulturelle Unterschiede zwischen den Herkunftsländern und unserem Gemeinwesen entstehen. Da wir den Anspruch für uns formulieren, auch diesen Teilnehmer/innen die Chance auf Bildung zu ermöglichen, ist immer eine individuelle Abwägung zwischen den Ansprüchen der „Lernwilligen“ und den Bedürfnissen der „Störer“ durch uns zu leisten. Insgesamt ist festzustellen, dass die Jugendlichen durch Erfahrungen in den Herkunftsländern und ihre prekäre Situation im Aufnahmeland hohen psychischen Belastungen ausgesetzt sind, die sich in (auto)aggressiven Handlungen entladen. Von daher wird von den pädagogischen Fachkräften eine hohe soziale Kompetenz dahingehend erwartet, deeskalierend auf die jugendlichen Akteure bzw. nationale Gruppierungen einzuwirken und auftretende Konflikte zu bearbeiten. Da aber im Projekt „Flucht nach vorn“ die qualifizierende Bildungsarbeit im Vordergrund steht und die Jugendlichen zu realen Erfolgserlebnissen geführt werden, ist als wiederkehrender Effekt zu dokumentieren, dass die Jugendlichen stabilisiert werden und z. B. auf gemeinsamen Festen deutlich wird, dass sie sich jenseits nationaler Gruppierungen als gemeinsame Gruppe verstehen.

Im freizeitpädagogischen Bereich existieren weiterhin zwei Arbeitsgemeinschaften, die auch nach unterschiedlichen geschlechterbezogenen Interessen durchgeführt werden:

– Computer und Fotografie.

Der Computerkurs und der Fotokurs sind als geschlossene Gruppen konzipiert, da sie eine kontinuierliche Mitarbeit erfordern. Der Computerkurs, der an 7 Rechnern durchgeführt wird, dient der Einführung in die Arbeit mit dem Computer und dem Erlernen der Programme Microsoft Word und Microsoft Excel. So wird gewährleistet, dass auch die Gruppe der jungen Flüchtlinge nicht von der Erlangung der heute gängigen Schlüsselqualifikationen ausgeschlossen bleibt. Für beide Kurse können sich die Jugendlichen fortlaufend anmelden.

Das Projekt „Flucht nach vorn“ legt weiter hohen Wert darauf, die Flüchtlinge mit Berliner Kultur- und Bildungseinrichtungen bekannt zu machen. So werden regelmäßig von den Kursleiter/innen Museums- und Galeriebesuche durchgeführt. Als Erweiterung des Kulturangebots werden alternative Stadtführungen angeboten, die den Jugendlichen ihren Lebensraum breiter verdeutlichen sollen.

Aktuelle Projektentwicklung

In Erweiterung des laufenden Qualitätsmanagementprozesses beim Geschäftsbereich wurde für das Jahr 2003 ein Schüler/innenerfassungsbogen entwickelt, mit dem die Anwesenheit, die Leistungsentwicklung und die Entwicklung der so genannten sozialen Kompetenz bei den einzelnen Schüler/innen dokumentiert und ausgewertet werden soll. Dieses Formblatt kommt seit Beginn des Jahres 2003 als Instrument der Selbstevaluation systematisch zum Einsatz. Für das Jahr 2004 liegen bereits aussagefähige Schüler/innenprofile vor.

Kooperationen/Weitere Arbeitsfelder

Unsere erfolgreiche Arbeit wäre ohne Kooperationspartner nicht möglich. Als wichtigste Partner sind, wie oben schon gesagt, die Betreuungseinrichtungen der Jugendlichen und Beratungsstellen zu nennen. Weiter arbeiten wir eng mit den Volkshochschulen der Bezirke Tempelhof-Schöneberg und Friedrichshain-Kreuzberg zusammen, an denen die Hauptschulabschlusskurse stattfinden.

Wir sind in vielen Gremien vertreten, die für die Belange unbegleiteter minderjähriger Flüchtlinge eintreten. Auf Landesebene sind dies die verschiedenen Arbeitskreise des Flüchtlingsrates und der Fachverband „Soziale Dienste für junge Flüchtlinge Berlin-Brandenburg e. V.“. Auf Bundesebene arbeiten wir im „Bundesfachverband für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge“ mit.

Projekterweiterung

Im Rahmen der Projekterweiterung konnte „Flucht nach vorn“ gefördert durch die Aktion Mensch e. V. das Buch „Von einer Welt in die andere – Junge Flüchtlinge in Berlin“ erstellen.

Mit diesem Buch wurde der Versuch unternommen, jungen minderjährigen Flüchtlingen, eine der vergessensten Gruppen dieser Gesellschaft, die Möglichkeit zu geben, sich in kurzen Portraits mit ihren jeweiligen Lebensgeschichten vorzustellen.

Junge minderjährige Flüchtlinge sind oft durch unterschiedliche Leidensgeschichten in ihren Herkunftsländern traumatisiert, haben zum großen Teil die Trennung von Eltern und Geschwistern durchstanden und leben generell in einer sehr belastenden Lebenssituation im Aufnahmeland. Dennoch sind sie weder nur „Opfer“ bzw. „Boten des Unglücks“ noch allein gesellschaftliche „Kostenträger“, als die sie in der Öffentlichkeit erscheinen. Junge Flüchtlinge sind oft auch starke, kreative und phantasievolle Persönlichkeiten, die aktiv mit ihrer Lebenssituation umgehen. Auf dem Weg aus ihren jeweiligen Herkunftsländer nach Deutschland haben junge Flüchtlinge in der Regel Erfahrungen gemacht und Erlebnisse durchstanden, die gleichaltrigen deutschen Jugendlichen unbekannt sind.

Das Buch versammelt 22 Kurzportraits von Schülerinnen und Schüler der Abschlussklasse von „Flucht nach vorn“, in denen ihre Lebensgeschichte nachgezeichnet wird. Mit diesen Kurzportraits soll dokumentiert werden, dass junge Flüchtlinge mit ihren oft traumatischen Erfahrungen diese Gesellschaft nicht nur bedrängen, sondern mit ihren individuellen Persönlichkeiten, ihren Erfahrungen und Ressourcen auch bereichern.

Das Buchprojekt konnte im Dezember 2005 abgeschlossen werden.

4. Genderagentur Berlin-Brandenburg

Die Genderagentur Berlin-Brandenburg ist ein zeitlich begrenztes Pilotprojekt, das – gefördert von der Aktion Mensch – am 01.04.2005 mit einer Laufzeit von drei Jahren an den Start ging. Das Projekt will dazu beitragen, die Umsetzung der Strategie Gender Mainstreaming bei freien gemeinnützigen Trägern der Kinder- und Jugendhilfe in der Region Berlin-Brandenburg zu befördern, indem die Träger bei der Aufgabe unterstützt werden, die Berücksichtigung der Geschlechterdimension und die Beachtung gleichstellungsrelevanter Zielsetzungen in den jeweiligen einrichtungs- und projektbezogenen Arbeitsfeldern zu verfolgen.

Auf der Grundlage des Berliner Senatsbeschlusses vom Mai 2002 soll nach der modellhaften Erprobung der Strategie Gender Mainstreaming in den Berliner Bezirken diese Strategie ab dem Jahr 2006 flächendeckend in allen Berliner Bezirken implementiert werden. Infolge dieses Umsetzungsvorhabens wird die Berücksichtigung der Strategie Gender Mainstreaming auch für die Bereiche der Kinder- und Jugendhilfe verpflichtend. Damit stehen neben den Jugendämtern als öffentliche Träger der Kinder- und Jugendhilfe auch die freien Träger vor der Verantwortung, gleichstellungsrelevante Zielsetzungen in allen ihren Einrichtungen und Projekten zu verfolgen.

Infolge dieser Aufgabenstellung wird den freien gemeinnützigen Trägern der Kinder- und Jugendhilfe in der Region Berlin-Brandenburg mit der Genderagentur ein Unterstützungsangebot gemacht, damit sie ihre fachliche und gesellschaftliche Verantwortung entsprechend der gesetzlichen Verpflichtung zur Umsetzung von Gender Mainstreaming wahrnehmen können. Es ist ein Pilotprojekt, mit dem die freien gemeinnützigen Träger unterstützt werden, diese neue geschlechterpolitische Strategie dauerhaft in die trägerinternen

Arbeitsabläufe einzubeziehen und die Realisation von Chancengleichheit zwischen den Geschlechtern in den jeweiligen trägerspezifischen Handlungsfeldern wirksam werden zu lassen. Die Angebote des Pilotprojektes richten sich sowohl an Einrichtungen und Projekte der freien gemeinnützigen Träger, die planen, Gender Mainstreaming umzusetzen als auch an solche Träger, die an dem Punkt stehen, Gender Mainstreaming systematisch zu implementieren.

Stand der Umsetzung

Am 01. April 2005 ging das Projekt „Erprobung von Gender Mainstreaming-Modulen bei freien gemeinnützigen Trägern“ unter dem Titel „Genderagentur Berlin-Brandenburg“ an den Start. Nach dem Aufbau des Büros und der Herstellung des notwendigen öffentlichkeitswirksamen Informationsmaterials (Internetauftritt, Flyer, Briefpapier etc.) wurde in einem ersten Schritt die Umsetzung des Projektes forciert, indem alle Landeszentralen der großen Wohlfahrtsverbände als Träger der Kinder- und Jugendhilfe über das Projekt und seine Unterstützungsangebote in Kenntnis gesetzt wurden. In Kooperation mit den zuständigen Referenten/innen der Landesverbände wurden darauf aufbauend Umsetzungsstrategien für die jeweiligen Verbände mit ihren Einrichtungen und Projekten geplant. Daneben wurden die Bezirksjugendämter über die Existenz des Projektes informiert. Infolge dessen konnten die jeweiligen Bezirksjugendämter die von ihnen geförderten freien Träger über die Angebote des Projektes in Bezug auf die Umsetzung der Strategie Gender Mainstreaming in Kenntnis setzten.

Bisher wurden zahlreiche Projekte und Einrichtungen der freien gemeinnützigen Träger aus verschiedenen Handlungsfeldern der Kinder- und Jugendhilfe unterstützt. Dabei wurden die Angebote nicht nur von Trägern, Einrichtungen und Projekten der großen Wohlfahrtsverbände nachgefragt, sondern auch von kleinen regionalen Trägern der Kinder- und Jugendhilfe. Neben Berliner Trägern, für die aufgrund eines Senatsbeschlusses im Jahr 2002 die Umsetzung von Gender Mainstreaming ab dem Jahr 2006 verpflichtend wird, haben zum Ende des Jahres 2005 erstmals auch Träger aus Brandenburg um Unterstützung bei der Umsetzung dieser neuen politischen Strategie nachgefragt. Auch angrenzende Institutionen, wie z. B. die Fachschule der Bundeswehr, die u. a. in der Erzieherausbildung tätig ist, haben sich für die Arbeit der Genderagentur interessiert und um evaluierende Beratung gebeten.

Umsetzung der Angebote

Im Zuge der Umsetzung von Gender Mainstreaming wurden entsprechend der jeweiligen Bedarfe die verschiedensten Unterstützungsmodule in Anspruch genommen, die im Folgenden kursorisch benannt sind:

- Informationsveranstaltungen zu der Strategie Gender Mainstreaming bei freien gemeinnützigen Trägern und ihren Einrichtungen und Projekten, die ganz am Anfang der Umsetzung stehen,
- Genderschulungen und Gendertrainings von Projekten und Einrichtungen im Rahmen der Personalentwicklung der freien gemeinnützigen Träger,
- Erprobung von Strategien der Organisationsentwicklung in Bezug auf die Integration von Gender Mainstreaming (Leitbildentwicklung, Qualitätsmanagementprozesse, Organisationsevaluation, Öffentlichkeitsarbeit),
- Erarbeitung von verbandlichen Umsetzungskonzepten,
- Durchführung von Teamcoachings in Projekten und Einrichtungen der freien gemeinnützigen Träger,
- Arbeitsfeldbezogene Beratung der Umsetzung von Gender Mainstreaming,
- Information verschiedener Arbeitsgemeinschaften nach § 78 etc. hinsichtlich der Umsetzung von Gender Mainstreaming in ihrem jeweiligen Aufgabenfeld,
- Durchführung von Genderanalysen und Evaluation der Umsetzung von gleichstellungsorientierten Arbeitsansätzen bzw. der bisherigen Umsetzung von Gender Mainstreaming in Einrichtungen und Projekten der freien gemeinnützigen Träger.

Bevor diese Qualifizierungsmodule bei den freien gemeinnützigen Trägern und ihren Einrichtungen und Projekten umgesetzt wurden, gab es analytische Vorgespräche mit den Mitarbeiter/innen, um konkret die jeweiligen Bedarfe der Mitarbeiter/innen zu ermitteln und das jeweilige Unterstützungsangebot auf diese Bedarfe abzustimmen. So konnte gewährleistet werden, dass die Qualifizierungsmodule eine passgenaue Praxisrelevanz für die jeweiligen Träger mit ihren Einrichtungen und Projekten erhalten.

Erfahrungen und Ergebnisse

Die bisherigen projektbezogenen Erfahrungen und Ergebnisse verweisen auf eine zunehmende Nachfrage und Akzeptanz der Angebote der Genderagentur. Ein wichtiger Indikator für diesen Tatbestand ist die Tatsache, dass die Angebote der Genderagentur nicht nur singulär nachgefragt werden, sondern mit zurzeit 6 Trägern ein kontinuierlicher Umsetzungsprozess eingeleitet wurde, der teilweise die gesamte Laufzeit der Agentur umfassen wird. Damit ist gewährleistet, dass die Angebote der Genderagentur nicht nur in der Breite ihre Wirkung entfalten sondern auch in der Tiefe. Was die Trägerspezifik der Nachfrage der Angebote betrifft, lässt sich ein Tatbestand hervorheben, dem eine besondere Relevanz zukommt. So wurde von den Mitarbeiterinnen der Genderagentur zunächst angenommen, dass seitens der Träger, die in den Bereichen der (Offenen) Jugendarbeit tätig sind, die meisten Nachfragen kommen würden, da in diesem Handlungsfeld die größten Vorerfahrungen in Bezug auf die Umsetzung gleichstellungsrelevanter Arbeitsansätze gegeben sind. Dies war allerdings nicht der Fall. Die meisten Nachfragen kamen bisher aus dem Handlungsfeld der Hilfen zur Erziehung. Dies ist deshalb besonders hervorzuheben, weil die Hilfen zur Erziehung ein Handlungsfeld der Kinder- und Jugendhilfe ist, das in Bezug auf die Umsetzung von Gender Mainstreaming bisher – so die kommunalen bundesweiten Erfahrungen – nur schwer zu erreichen ist.

Über die projektbezogenen Erfahrungen und Erkenntnisse hinaus, lassen sich insgesamt für die Umsetzung von Gender Mainstreaming drei projektübergreifende Erfahrungen anführen, die insgesamt für das Gewicht der Strategie Gender Mainstreaming praktisch wie theoretisch von Bedeutung sind:

- Aufgrund der laufenden Konsolidierungsmaßnahmen in den Kommunen ist der Zeitpunkt der Umsetzung von Gender Mainstreaming nicht gerade günstig.
- Die Umsetzung von Gender Mainstreaming wird erschwert, durch die Skepsis von Frauen, die bisher in der Gleichstellungsarbeit tätig waren.
- Es fehlt noch an Nachdruck seitens der öffentlichen Träger, Gender Mainstreaming im Umfeld der Verwaltung zu realisieren.

Perspektiven des Projektes

Für das nächste Jahr wird erwartet, dass die Nachfrage nach den Angeboten der Genderagentur die zeitlichen Kapazitäten des Projektes übersteigt, da ab diesem Jahr die Umsetzung von Gender Mainstreaming für die gesamte Kinder- und Jugendhilfe zumindest in Berlin verpflichtend wird. Vermutlich wird dann eine Verdichtung des Angebotes vorgenommen werden müssen.

Die Angebote der Genderagentur sind kostenneutral.

5. MÄDEA – Interkulturelles Zentrum für Mädchen und junge Frauen

Kurzporträt

MÄDEA ist ein interkulturelles Zentrum für Mädchen und junge Frauen im Alter von 8 bis 18 Jahren in Berlin-Mitte in der Region Gesundbrunnen/Wedding, einem sog. sozialen Brennpunkt mit einem hohen Bildungs- und Integrationsbedarf. Die Mehrheit der

Besucherinnen verfügt über Migrationshintergrund. Sie sind Türkinnen, Kurdinnen, Palästinenserinnen, Libanesinnen, Roma aus Bosnien, Serbinnen, Polinnen und Deutsche.

MÄDEA bietet:

- interkulturelle Mädchenarbeit nach § 11 SGB VIII (Bildungs- und Kulturarbeit),
- schulbezogene Mädchensozialarbeit nach § 13.1 SGB VIII (individuelle und schulische Förderung),
- Hilfen zur Erziehung nach § 27 ff SGB VIII (Familienhilfe).

MÄDEA wird gefördert durch das Bezirksamt Mitte von Berlin.

Mit der pädagogischen und fachpolitischen Arbeit will MÄDEA zur Herstellung von Chancengleichheit zwischen den Geschlechtern und Kulturen durch Verbesserung schulischer Leistungen, Förderung der Kompetenz in Deutsch und Neuen Medien sowie Mitgestaltung einer mädchengerechten Kinder- und Jugendpolitik beitragen. Die Konzeption ist ganzheitlich orientiert und integriert weitere Bedarfe wie Elternarbeit, Kooperation zwischen Jugendhilfe und Schule, Vernetzung im Sozialraum, Ausbildung von Praktikantinnen, Fortbildung, Fachpolitik und Öffentlichkeitsarbeit. Die fachliche Ausrichtung ist professionell, interkulturell und interdisziplinär. Historisch bezieht sie sich auf den Mädchenladen Wedding, Berlins 1. Mädchenladen, der im Jahr 1980 die interkulturelle Mädchenarbeit in Berlin begründete.

MÄDEAs Programm orientiert sich an Jahresthemen, die maßgeblich die Bildungs- und Kulturarbeit sowie die Fachpolitik bestimmen. Das Jahr 2005 steht für „Interkulturelle Kompetenz“, das Jahr 2006 für „Menschenrechte“.

Interkulturelle Kompetenz und Menschenrechte

„Der Erwerb interkultureller Kompetenz kann nur im Rahmen eines umfassenden, reflexiven, bewussten und ausdauernden Prozesses von Wissensaneignung und Persönlichkeitsbildung erfolgen.“[12] Zur Initiierung und Verbreitung dieser Prozesse bietet MÄDEA einen Rahmen für vielfältige Entwicklungschancen.

Dazu zählen MÄDEAs Auseinandersetzungen mit der Kultur anderer Länder, mit Jugendkulturen, mit Partizipation, mit Gender, mit Demographie, und die Bearbeitung der gewonnenen Erkenntnisse und Erfahrungen.

Beeindruckende Ergebnisse dieser Arbeit sind: Veröffentlichung von Gedichten im LUZIE-Kalender 2006 und 2007, Abschluss des Literaturprojektes „Meine Lieben?“, Foto/Literaturprojekt „Meine Lieblingsorte“, Aufführung von Tanzchoreographien der Jüngeren in einer Seniorenresidenz und beim Schulfest in der Rudolf-Wissell-Grundschule, eigene Tanzchoreographie beim HipHop Wettbewerb, 3. Platz, aktive Beteiligung bei U18, Gender-Projekte mit dem Jugendclub Badstraße, Berufsorientierungsprojekt, Theaterstück „Ein Drache namens Smok“, Trickfilm „Hejab“, Videoprojekte und Radiosendungen mit Multikulti.

Die Auseinandersetzung mit Menschenrechten erfolgt im Rahmen der Veranstaltung „Verletzungen gegen das Selbstbestimmungsrecht von Mädchen und jungen Frauen“ mit der Rechtsanwältin Seyran Ates und dem Trickfilmprojekt „Hejab“ - Vom Aufwachsen muslimischer Mädchen in Berlin“, gefolgt von dem entwicklungspolitischen Bildungsprojekt „Bildung schafft Zukunft“ in Kooperation mit Trixiewiz e.V und der Mitarbeit im Arbeitskreis „Migration und Menschenrechtsbildung“ des Bezirksamts Mitte.

[12] G. Rosenstreich in: Mädchenarbeit in der Einwanderungsgesellschaft – Aktuelle Diskurse, BAG-Info Nr. 5/2005, Hg. Bundesarbeitsgemeinschaft Mädchenpolitik e. V., Redaktion: Ursula Bachor, Diana Emberger, Mohtaram Zaherdoust

Kooperation zwischen Jugendhilfe und Schule

„Hejab - Vom Aufwachsen muslimischer Mädchen in Berlin“, ein gemeinsames Kulturprojekt mit der Rudolf-Wissell-Grundschule zum interkulturellen Leben von Mädchen in Regie der Trickfilmerin Sigrid Lemm. Drei Monate lang ist MÄDEA Trickfilmwerkstatt: In der Mitte des Aktionsraumes die Trickfilmkiste von KIKA, dem Kinderkanal von ARD und ZDF, eigens aus Erfurt geliefert. Tägliches Erfinden und Weiterspinnen von Geschichten, Erschaffen von Heldinnen und Helden, Kulissen, unzähligen Zeichnungen, Figuren aus Knetteig, Aufnahmen mit der Trickfilmkamera, Aufnehmen und Verfremden von Realszenen … dominieren das Leben bei MÄDEA. Die Arbeit fordert und fördert Ideenreichtum, Konzentration, ein Sich-darauf-einlassen, die Fähigkeit zu Selbständigkeit und Teamarbeit, Offenheit und Flexibilität, denn jede neu geschaffene Figur oder Kulisse kann der Geschichte eine neue Wendung geben. Die Projektgestaltung ermöglicht immer wieder einen neuen Zugang, so dass mehr als 50 Mädchen mitmachen. Der Projektstoff bietet Anlass zu vielen Gesprächen über Alltagshandeln im Islam und Christentum. Hauptthema des Films ist Freundschaft. „Hejab“ wird zum Werk der 10- bis 12-Jährigen. Ab und zu beteiligen sich auch die 13- bis 16-Jährigen. Sie sind sich nicht wirklich sicher ob das Medium Trickfilm zu ihrem Alter passt. Die Chance nützen die Jüngeren.

Literatur, Theater und Medien

Schreiben bei MÄDEA beginnt manchmal mit einem kleinen, wenn möglich täglichen Satz im Computer. Die Sätze müssen nicht unbedingt etwas miteinander zu tun haben. Die Mädchen erarbeiten sich ein Stück Text. Schnell wollen sie einen inhaltlichen Zusammenhang herstellen. Der Text bekommt eine Überschrift und wird immer professioneller. Ihr Ziel ist, im jährlichen bundesweiten LUZIE-Kalender mit einem Gedicht oder einer Erzählung zu erscheinen. Ein weiterer positiver Zugang ist die HipHop-Kultur. Gedichte und Songs gehören zu ihrem Leben. Sie verschicken sie per SMS und speichern ganze Anthologien auf ihrem Handy. Gute Gedichte schreiben zu können, ist ein Imagegewinn. Eine gute Voraussetzung für Projekte zur Erweiterung der Kompetenz in Deutsch und Medien.

Die Gedichte des Literaturprojekt „Meine Lieben?“ (Ursula Bachor) werden gemeinsam mit den Mädchen redigiert. Liebesgedichte erscheinen im LUZIE-Kalender 2006. „Meine Lieblingsorte“ (Jessica Lüker) sind ein bildhaft-literarischer Prozess, in dem beeindruckende, sehr persönliche Gedichte entstehen und in einer Ausstellung mit Lesung bei MÄDEA inszeniert werden. Einige finden sich im LUZIE-Kalender 2007. Mit dem Song „Tragisches Ende“ bewerben sich die MÄD Orientals bei Rap Attack der BZgA.

Aus drei polnischen Sagen erarbeiten sich Mädchen ein eigenes Theaterstück „Ein Drache namens Smok“ (Eva Palej), das bei MÄDEA uraufgeführt wird. Über Schreiben und Theaterspielen nach literarischen Vorlagen gewinnen Bücher eine neue positive Bedeutung. Das neue erfolgreiche Partizipationsprojekt ist der Aufbau einer Präsenzbibliothek von und für Mädchen.

Politische Bildung und Partizipation

Politische Bildungsarbeit bedeutet Themen zu finden, die nahe sind am Alltag der Mädchen und ihrer Familien.

U18, die Wahl für alle unter 18, ob mit oder ohne deutschen Pass, hat sich zu einem Qualitätsstandard in der politischen Bildungsarbeit entwickelt. Einige Mädchen sind U18-Profis, andere U18-Neueinsteigerinnen. Die Umsetzung von U18 hat sich ritualisiert.

MÄDEA entwickelt altersspezifische Programme. Die Jüngeren gestalten eine Wahlurne und erarbeiteten sich in Spielen die Bedeutung von Parteien und Wahlen. Die Älteren nehmen Kontakt auf zu den Parteizentralen, analysieren die Parteiprogramme nach den Aspekten Bildung/Ausbildung, Familie und Zuwanderung, formulieren zentrale Thesen und übersetzen sie in eine kindgerechte Sprache, damit sie auch die Grundschüler/innen der kooperierenden

Rudolf-Wissell-Grundschule verstehen können. Ein hoher Anspruch, intensive Lernprozesse für die Mädchen und eine pädagogische Herausforderung. Viele Begriffe sind den Mädchen ganz neu, so auch die „Zuwanderer“, die sie auf der gefühlten Wahrnehmung als Obdachlose interpretieren. Die Analysen sind für viele Schwerstarbeit, nicht möglich ohne pädagogische „Übersetzungsleistungen“. Spannend die Lern- und Entwicklungsprozesse, die Diskussionen, die Herausbildung einer eigenen Meinung und politischen Position, der Mut zu Wahlveranstaltungen zu gehen und in der politischen Öffentlichkeit Fragen an die Politiker/innen zu formulieren. Und das neu gewonnenen Selbstbewusstsein zu spüren! An der Einrichtung MÄDEAs als Wahllokal beteiligen sich alle Altersgruppen, ebenso bei der Wahl durch die Jungen und Mädchen des Bezirks. Der Erfolg wird gemeinsam gefeiert auf der U18 Wahlparty im Tränenpalast.

U18 will die Kinder und Jugendlichen erreichen und dass diese Politik verstehen und mitgestalten. Warum, fragen sich die Mädchen, schreiben nicht alle Parteien ihre Wahlprogramme so, dass Kinder und Jugendliche sie auch verstehen können? Auf diese Frage, gestellt bei der Abschlussparty im Tränenpalast, antwortet ein erfahrener Politiker: „Die Lehrer/innen sollen sich mehr Mühe geben und den Schüler/innen die Parteiprogramme besser erklären.“ Aufgeschlossener die Fraktionen im JHA Mitte, die die nächsten Wahlprogramme zielgruppengerecht formulieren wollen. Die Mädchen werden ihr Versprechen bei der Kommunalwahl im Jahr 2006 überprüfen.

Beratung und Elternarbeit

Das Angebot Hilfen zur Erziehung besteht seit dem Jahr 2005 und wendet sich an die Besucherinnen von MÄDEA und ihre Familien. In der schulbezogenen Mädchensozialarbeit wurden die multiplen Problemlagen einzelner Mädchen und ihrer Familien sichtbar, die aber innerhalb dieses Angebots nicht zu lösen sind. Einzelne Familien baten MÄDEA um Unterstützung. Diese Familien wenden sich in der Regel nicht an das Jugendhilfesystem. Durch das langjährige Vertrauensverhältnis zu den Mitarbeiterinnen öffneten sie sich für die neue Möglichkeit der pädagogischen Unterstützung und Begleitung. MÄDEA betreut zurzeit drei Familien mit Migrationshintergrund in Kooperation mit dem Jugendamt Mitte. Bis zum Jahresende 2005 bot eine kurdisch-türkische Psychologin des benachbarten Zentrums für Migration und Integration der AWO ergänzend psychologische Beratung für Mädchen an.

Vernetzung und Fachpolitik

Die Jahre 2005/2006 stehen für eine erfolgreiche Erweiterung des Projektnetzwerks: Aktive Mitarbeit in den Arbeitsgemeinschaften nach § 78 KJHG: Mädchen und junge Frauen im Bezirk Berlin-Mitte, - Kritische Diskussion der Integrationsleitlinien des Ausländerbeirates Mitte -, -„Verletzungen gegen das Selbstbestimmungsrecht von Mädchen“, Veranstaltung mit der Rechtsanwältin Seyran Ates am 14.12.2005 bei MÄDEA -, Jugendarbeit/Jugendsozialarbeit, Schulbezogene Jugendsozialarbeit, Regionale AG Gesundbrunnen/Soldiner Straße (Sprecherin der AG), -Initiierung der Gender-Debatte im Sozialraum -, ab dem Jahr 2006 Mitarbeit in der AG Hilfen zur Erziehung. Arbeitskreis Feministisch-Interkulturelle Mädchenarbeit e. V., Herausgeberin des LUZIE-Kalenders. Fachpolitisches Engagement im Jugendhilfeausschuss Mitte, in der UAG Gender Mainstreaming, und in der Bundesarbeitsgemeinschaft Mädchenpolitik e. V., -Mitarbeit an der neuen Konzeption, verantwortliche Mitarbeit in der Redaktion „Mädchenarbeit in der Einwanderungsgesellschaft - Aktuelle Diskurse“, BAG-Info Nr. 5/2005, Hg. Bundesarbeitsgemeinschaft Mädchenpolitik e. V. -, ab dem Jahr 2006 Mitarbeit im Arbeitskreis Migration und Menschenrechtsbildung des Bezirksamts Mitte.

Die Projektmitarbeiterinnen qualifizieren sich fortlaufend in Deutsch als Zweitsprache, Interkulturelle Kompetenz und Menschenrechtsbildung.

6. Fallschirm - Das Berliner Modell für die ambulante Betreuung strafunmündiger Mehrfach- und Intensivtäter

Die Einrichtung des Projektes Fallschirm geschah 1998 aufgrund einer zu diesem Zeitpunkt akuten Problemlage: eine größere Gruppe stark vernachlässigter, delinquenter Kinder fand eine erhöhte mediale Aufmerksamkeit. Fallschirm wurde als ein Berlin-weit agierendes, besonderes Angebot für Kinder, die vielfältige Defizite in den Bereichen Familie, Schule und soziale Kompetenzen aufwiesen, gegründet. Um eine flexible, intensive Betreuung dieser besonderen Zielgruppe zu gewährleisten, war und ist ein großer Arbeits- und Zeitaufwand notwendig, jedoch auch eine kostenintensive Hilfe.

Fallschirm, das als Modellprojekt gegründet und in den ersten 3 Jahren aus Lottogeldern finanziert wurde, schloss im November 2004 mit der Berliner Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Sport eine Leistungs- und Qualitätsentwicklungsvereinbarung in Anlehnung an den § 32 SGB VIII gemäß dem ‚Berliner Rahmenvertrag' ab. Die Einrichtung arbeitet überregional in den Berliner Bezirken und verfügt über eine Kapazität von 12 Plätzen. Die Zielgruppe der Einrichtung sind vor allem Mehrfach- und Intensivtäter unter 14 Jahren[13], aber auch Kinder, die in ihrer Schule durch erhebliche Aggressivität oder Verweigerung auffallen („Schuldistanz"). Durch eine intensive und hochflexible Betreuung sollen diejenigen Kinder erreicht werden, die, obwohl noch nicht strafmündig, bereits jetzt schon durch ein außergewöhnlich hohes Maß an Straftaten auffallen.

Seit September 2005 ist es außerdem möglich, dass Fallschirm auch *jugendliche* Intensiv- und Mehrfachtäter, die 14-16 Jahre alt sind und bei denen ein erheblicher erzieherischer Bedarf sowie sozialkognitive Entwicklungsverzögerungen vorliegen, in die Betreuung aufnimmt.

Es ist immer wieder zu betonen, dass es sich bei der Gruppe der straf(un)mündigen Mehrfach- und Intensivtäter um ein äußerst schwieriges Klientel der Jugendhilfe handelt. Es sind häufig Kinder oder Jugendliche, die sowohl durch Beziehungsabbrüche, emotionale und materielle Verwahrlosung, Armut und konfliktbelastete Familien geprägt sind, als auch durch eine nicht ausreichende Präsenz, Inkonsequenz und Hilflosigkeit der Eltern bei der Durchsetzung altersgemäßer Regeln.

Besonderheit: Verkürztes Hilfeplanverfahren

Ca. 90 % der von Fallschirm betreuten Kinder stammen aus Familien mit Migrationshintergrund. Zumeist gehören die Eltern noch der 1. Generation an, d. h. sie wurden noch im Herkunftsland sozialisiert und übertragen nun die traditionellen, patriarchalischen Erziehungskonzepte auf die Erziehung ihrer Kinder, die jedoch unter völlig anderen Bedingungen als ihre eigene stattfindet.

Die oft grundsätzlich verschiedenen Erwartungen der Eltern und der Gesellschaft „draußen" führt bei den Kindern zu einem starken Gefühl der „Zerrissenheit", welches für sie am besten durch das Eingebundensein in eine Peer-group zu bewältigen ist. So werden die oft etwas älteren und „erfahreneren" Freunde zum wichtigsten Bezugspunkt dieser Kinder, sie orientieren sich an Vorbildern, die mit ihrer realen Lebenswelt und den darin aktuell zu bewältigenden Aufgaben (wie z. B. regelmäßig zur Schule zu gehen) nur selten übereinstimmen.

Eltern, Lehrer/innen und Sozialarbeiter/innen haben es hier oft sehr schwer, durch die mühsam aufgebaute Abwehr zu dringen und gegenseitigen Respekt und auch Vertrauen wieder zu erlangen. In den meisten Fällen besteht die erste Hürde einer Hilfe schon in der Kontaktaufnahme zu den Kindern bzw. ihren Familien. Aus diesem Grund beschreitet Fallschirm einen unkonventionellen Weg, der die Einrichtung gegenüber anderen ambulanten Hilfen zur Erziehung (§§ 27ff.) besonders auszeichnet:

[13] In Anlehnung an die Definition der Berliner Polizei: Mehrfachtäter ist, wer in den letzten 6 Monaten 6 Straftaten, Intensivtäter, wer in den vergangenen 12 Monaten 10 Straftaten begangen hat, wobei mindestens eine dieser Straftaten von besonderer Schwere sein muss.

Seit dem Übergang in die Leistungsfinanzierung im Jahr 2001 ist es möglich, dass Fallschirm die Betreuung von Familien, die der Jugendhilfe eher ablehnend gegenüberstehen, mit der vorherigen Zustimmung des Jugendamtes – und nur für den Zeitraum von 6 Wochen – über ein „vereinfachtes Hilfeplanverfahren“ beginnt.

Es erfolgt hierbei zuerst die Abstimmung zwischen dem Jugendamt und Fallschirm darüber, ob das Kind (das z. B. durch die Polizei oder eine Schule vermittelt wird) der Zielgruppe von Fallschirm angehört, ein grundsätzlicher Hilfebedarf gesehen wird und Fallschirm aus Sicht des Jugendamtes das hierfür geeignete Angebot ist.

Trifft dies zu, versucht Fallschirm, den Kontakt zur Familie herzustellen und ihre Bereitschaft, Hilfe anzunehmen, abzuklären. Ist die Familie grundsätzlich bereit, mit Fallschirm zusammenzuarbeiten, wird (ab einem Stichtag) mit der Betreuung begonnen, innerhalb einer „Startphase“ von 6 Wochen ein stabiler Kontakt zum Kind bzw. seinen Eltern hergestellt und ein reguläres Hilfeplanverfahren durchgeführt, in dem die Eltern auch den formalen Hilfeantrag stellen. Die Finanzierung der Hilfe erfolgt dann rückwirkend ab dem Beginn des vereinfachten Hilfeplanverfahrens.

Die Erfahrungen aus den letzten Jahren zeigen, dass sich diese Vorgehensweise insofern bewährt hat, dass auch teilweise sehr schwer erreichbare Familien durch den Kontakt zu Fallschirm den Weg ins Jugendamt fanden. Durch die Vermittlung und Unterstützung der Eltern bei diesen Kontakten mit dem Jugendamt sollen bei den Eltern Ängste bzw. Vorurteile abgebaut und Offenheit und Vertrauen gegenüber Hilfen von außen aufgebaut werden, so dass sie sich auch auf für sie ungewohnte oder zuerst unverständliche Verfahren einlassen können. Dieser Weg ist häufig die einzige Möglichkeit, diese besonders schwer zugängliche Zielgruppe zu erreichen.

Erweiterung der Zielgruppe und des Angebots

Seit dem Jahr 2004 ist ein Rückgang der Vermittlungen von strafunmündigen Mehrfach- und Intensivtätern in die Einrichtung und, damit verbunden, auch eine rückläufige Auslastung der vorhandenen Platzkapazitäten zu verzeichnen.

Besondere Hindernisse für die Vermittlung zu Fallschirm werden u. a. darin gesehen, dass:

- der Weg der Kinder zur Einrichtung oft zu weit ist (keine Sozialraumorientierung),
- die kriminelle Auffälligkeit oft nur ein Aspekt ist, der beim Einsatz von Hilfen berücksichtigt wird, oft liegen auch andere Problemlagen vor,
- die Hilfe zu teuer ist, so dass oftmals andere Hilfen (§§ 30, 31 SGB VIII) bevorzugt werden,
- manche Kinder auch vorrangig in Heime außerhalb Berlins untergebracht werden, da es ambulant keine Lösung zu geben scheint,
- die Zahl der kindlichen Intensivtäter laut der polizeilichen Kriminalstatistik (PKS) eher gering ist.[14]

Aufgrund der veränderten Nachfragesituation aus den einzelnen Bezirksämtern, wurden in Absprache mit der Steuerungsrunde (ein Fallschirm begleitendes fachübergreifendes Gremium, das sich aus Mitgliedern der Bezirksjugendämter, der Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Sport, der Senatsverwaltung für Inneres, der Staatsanwaltschaft, des Landeskriminalamtes, den Polizeidirektionen, der Schulaufsicht und der Leitung der Stiftung SPI zusammensetzt) folgende Maßnahmen beschlossen:

[14] Laut LKA stieg die Zahl der in Berlin registrierten Intensivtäter im Jahr 2005 von 400 zu Beginn des Jahres auf 473 im September an, wobei sich dieser Anstieg teilweise durch die verbesserte Erfassung der kiezorientierten Mehrfachtäter (KOMT) und Intensivtäter erklärt. Die durchschnittliche Anzahl der Intensivtäter in Berlin wird sich voraussichtlich bei ca. 500 bewegen. Die aktuelle Zahl (473) umfasst dabei Täter aller Altersgruppen, die sich wie folgt verteilen: 7 Kinder, 180 Jugendliche, 160 Heranwachsende und 126 Erwachsene (Stand: September 05).

- Erweiterung der Angebotspalette der Hilfen und ihrer Finanzierungsgrundlagen; neben der Arbeit in Anlehnung an den § 32 (Tagessatz) ist es nun möglich, zusätzlich Hilfen nach §§ 29, 30, 31 oder 35 SGB VIII (Fachleistungsstunden) anzubieten,
- Erweiterung der Zielgruppe – neben Kindern werden nun auch über 14-Jährige mit Entwicklungsverzögerungen in die Hilfen einbezogen, wie es bis zum Jahr 2003 bereits möglich war; gleichzeitig sollen auch die jüngeren Geschwister von der Hilfe profitieren, nicht nur die „auffälligen" älteren Kinder,
- „Schuldistanz" (und damit zusammenhängende Problemlagen) sollen nach wie vor ein Kriterium für die Aufnahme in die Einrichtung sein (siehe Trägervertrag vom November 2004),
- es erfolgt eine engere Zusammenarbeit mit dem Jugendamt Mitte (Sozialraumorientierung).

Vor diesem Hintergrund lässt sich das Profil von Fallschirm wie folgt zusammenfassen:

- Ausschlaggebender Hilfeanlass ist das delinquente Verhalten von Kindern und Jugendlichen,
- Fallschirm erreicht Kinder und Jugendliche in einer besonderen Notlage (starke Vernachlässigung, Schulverweigerung, Delinquenz) und stellt einen Kontakt zum Jugendamt her,
- Fallschirm leistet eine hochverbindliche, intensive und flexible Betreuung (in Anlehnung an den § 32 SGB VIII),
- Fallschirm arbeitet niedrigschwellig, so dass Familien, die sich durch Skepsis und Ablehnung gegenüber einer Hilfe „von außen" auszeichnen, durch das Jugendamt erreicht werden können und ein objektiver Hilfebedarf in einen subjektiven umgewandelt wird.

Erfahrungen und Methoden der pädagogischen Arbeit

Fallschirm folgt dem systemisch-ressourcenorientierten Ansatz und bietet Entlastung, ohne die Kinder und ihre Familien aus der Verantwortung zu entlassen. Das gesamte soziale Umfeld des Kindes, seine Freunde, die Eltern und die Schule werden in die Arbeit mit einbezogen (Mehrebenenansatz).

In der Gruppen- und Einzelarbeit geht es vor allem um den Aufbau einer hoch verbindlichen Beziehung, die auch aggressives und distanziertes Verhalten der Kinder aushält (wenn die Kinder z. B. nicht zu den verabredeten Terminen erscheinen, werden sie aufgesucht oder ein neuer Termin wird zeitnah angeboten; aggressives Verhalten führt nicht zur Beendigung der Betreuung).

Für die Erreichbarkeit in Krisensituationen (z. B. einen Konflikt mit den Eltern oder den Aufenthalt auf der Wache nach einer Straftat) hält Fallschirm eine 24stündige Rufbereitschaft aufrecht, die die Kinder oder ihre Eltern jederzeit nutzen können.

Das Verhältnis von Gruppen- zu Einzelterminen mit dem/der Bezugsbetreuer/in wird flexibel und je nach Bedarf und Möglichkeiten gehandhabt – manche Kinder brauchen eher einen intensiven Einzelkontakt, andere mehr Gruppengeschehen, um ihr Selbstvertrauen zu stärken. Die Gruppennachmittage finden an festen Wochentagen statt, die damit verbundenen Freizeitaktivitäten bieten einen geschützten Rahmen zum Ausprobieren von sozialen Kompetenzen im Kontakt zu Gleichaltrigen, während im Einzelkontakt die Betonung mehr auf der Beziehung zu einer älteren Bezugsperson liegt. In der Regel werden den Kindern je drei Nachmittagstermine angeboten, die dann individuell verteilt und genutzt werden.

Des Weiteren werden die Kinder, wenn nötig, beim Schulbesuch unterstützt. Dies ist bei den Fallschirm-Kindern, von denen über 60 % stark schuldistanziert sind (also länger als 6 Monate nicht oder nur sporadisch im Unterricht erschienen), ein äußerst wichtiger Bestandteil der Betreuungsarbeit. Oftmals müssen sie wegen Verweigerung oder aggressivem Verhalten die alte Schule verlassen und eine neue Schule finden, was bei der aktuellen Schulsituation in Berlin nicht einfach ist. Nur wenige Schulen oder Schulprojekte sind noch bereit, „schwierige Kinder" aufzunehmen.

Deshalb stellt das Schulamt Mitte seit 4 Jahren Fallschirm eine Projektlehrerin aus der Schulpsychologie für 7 Stunden in der Woche zur Verfügung. Sie sucht die für die Kinder passenden Schulen bzw. Schulprojekte und stellt den Kontakt zu ihnen her. Wurde eine passende Schule gefunden und ist diese bereit, das Kind aufzunehmen, kann es, wenn notwendig, einige Wochen lang von der Bezugsbetreuung morgens abgeholt und zur Schule gebracht bzw. auch für 2-3 Stunden in der Schule begleitet werden.

Ganz besonders sei hier auch die gute Kooperation mit dem Schulprojekt „Arbeiten und Lernen“ in Berlin-Kreuzberg hervorgehoben, das schon einigen Fallschirm-Kindern einen neuen Start ermöglicht hat.

Fallschirm arbeitet, wie oben erwähnt, eher niedrigschwellig. Jedoch gehört es ebenso zu unserer Arbeit, konsequent und normverdeutlichend auf regelwidriges Verhalten zu reagieren. Rationalisierungen von Straftaten (wie: „Der hat mir das Handy geschenkt!“ oder „Die Geldbörse gehörte doch keinem!“) werden nicht hingenommen. Fallschirm begleitet die Kinder zu ihren Anhörungsterminen bei der Polizei und trägt durch eigene Interventionen (z. B. Rückgabe von Diebesgut mit dem Kind) dazu bei, dass sich die Kinder mit ihrer Tat und ihrer Verantwortung dafür auseinander setzen müssen.

In der Betreuung gilt jedoch grundsätzlich das Prinzip der Trennung von Person und Delikt. Die Beziehung zum Kind wird auch bei Straftaten nicht in Frage gestellt, die Betreuung nicht abgebrochen (abgesehen von dem Fall, wenn das Kind nach seinem 14. Geburtstag in Untersuchungshaft kommt): „Fallschirm grenzt nicht aus, Fallschirm hält aus“.

Während des Hilfeverlaufs stellt sich immer wieder heraus, dass die Kinder selbst sich nur schwer für schulische Ziele oder ihnen unbekannte Aktivitäten motivieren lassen, oder dass sie insbesondere in konfliktreichen und konfrontativen Situationen einen Abbruch der Hilfe provozieren. An diesen entscheidenden Wendepunkten der Betreuung ist die Kooperation mit der/dem zuständigen Sozialarbeiter/in im Jugendamt äußerst wichtig, denn dem Kind muss hier vermittelt werden, dass diese Auseinandersetzungen ein Teil des Veränderungsprozesses ist.

Als Voraussetzung für einen günstigen Hilfeverlauf ist ein konsequenteres Erziehungsverhalten der Eltern und ihre Motivation, selbst etwas zu verändern, maßgeblich. Wie reagieren die Eltern auf die Straftaten ihres Kindes? Verurteilen sie z. B. vordergründig sein delinquentes Verhalten, schmunzeln jedoch insgeheim über das „gewitzte“ Verhalten ihres Sohnes? Ist es ihnen wichtig, dass ihr Kind zur Schule geht oder denken sie, ihr Kind kommt auch ohne Schulbildung durchs Leben (so wie sie selbst)?

Die Erfahrungen der letzten Jahre zeigen: Wenn die Eltern auch selbst bereit sind, in ihren Reaktionen auf das Kind Lernprozesse durchzumachen und ihr eigenes Verhalten aktiv zu verändern, ist die Prognose für das Kind, mit dem delinquenten Verhalten aufzuhören, günstiger.

Aus diesem Grund arbeitet Fallschirm sehr intensiv mit den Eltern, in regelmäßigen Abständen (mindestens alle zwei Wochen) werden Elterngespräche geführt. Eine große Rolle spielen dabei elterliche Präsenz, eine zuverlässige Kontrolle und das Etablieren altersgemäßer Pflichten und Rechte des Kindes.

Um die Arbeit von Fallschirm qualitativ zu verbessern und das konzeptionelle Angebot zu erweitern, wurde im Zeitraum Oktober 2004 bis September 2005 ein Einzeltraining für Konfliktlösungsstrategien (*fair*handeln) entwickelt, das speziell auf die Bedürfnisse der Fallschirm-Kinder abgestimmt ist.

Dieses Training soll einen Rahmen schaffen, in dem das Kind angeregt wird, Gefühle bei sich und anderen wahrzunehmen, sich mit unterschiedlichen Problemsituationen und Konflikten auseinander zu setzen und verschiedene Perspektiven einzunehmen, so dass sich sein moralisches Urteilsvermögen und seine Handlungsmöglichkeiten in Konfliktsituationen erweitern.

Die Anwendung des Trainings erfordert eine Bereitschaft des Kindes, sich auf eine strukturierte Situation, in der es keine Vorgaben machen kann, sondern sich selbst leiten lassen muss, einzulassen. Das fällt den meisten nicht leicht, zumal sie gerade aus diesem Grund nicht regelmäßig die Schule besuchen oder dort immer wieder aufgrund ihres Verhaltens auffällig werden.

Statistische Auswertung 2005

Fallschirm betreute im Jahr 2005 insgesamt 15 Kinder und Jugendliche, wobei zwei davon weiblich waren. Bei der Aufnahme waren 5 Kinder 13 Jahre alt, 5 Kinder 14 Jahre alt, 3 Kinder 12 Jahre alt, 1 Kind 10 Jahre alt und ein Jugendlicher 15 Jahre alt. Das Durchschnittsalter lag bei 13 Jahren.

8 Kinder/Jugendliche waren Intensivtäter, 7 Kinder/Jugendliche Mehrfachtäter.

Die zuständigen Jugendämter verteilten sich auf:

Mitte:	6	Kinder/Jugendliche
Tempelhof-Schöneberg:	4	Kinder/Jugendliche
Reinickendorf:	2	Kinder/Jugendliche
Neukölln:	1	Kind/Jugendlicher
Kreuzberg:	1	Kind/Jugendlicher
Lichtenberg:	1	Kind/Jugendlicher

Von diesen Kindern/Jugendlichen wurden 8 bereits im Jahr 2004 an Fallschirm vermittelt, die weiteren 7 Neuzugänge kamen 2005 sowohl über die Jugendämter (5), als auch durch die Polizei (1) und die Schule (1) in die Betreuung. Obwohl es scheint, dass die meisten Anfragen somit von den Jugendämtern kamen, zeigt sich in der statistischen Auswertung, dass Fallschirm - wie auch in den Jahren 2003 und 2004 - immer noch sehr viel häufiger von der Polizei angefragt wird.

So gab es im letzten Jahr insgesamt 36 Betreuungsanfragen, von denen letztendlich 7 zu einer Betreuung durch Fallschirm führten. Neben 3 Anfragen durch Schule bzw. Schulpsychologie und 4 Selbstmeldern wurden insgesamt 20 Anfragen durch die Polizei, 9 durch die Jugendämter gestellt.

Nur eine von 20 Anfragen der polizeilichen Meldungen führte dann auch zu einer Betreuung durch Fallschirm, während es bei über der Hälfte von Anfragen über die Jugendämter zu Hilfevereinbarungen kam. Eine Erklärung hierzu kann man in dem Umstand finden, dass die Kinder, die im Jahr 2005 durch die Polizei angefragt wurden, in mindestens der Hälfte aller Fälle schon Kontakt zum Jugendamt hatten, der/die zuständige Sozialarbeiter/in sich in der Hilfeplanung befand oder schon eine Hilfe installiert war.

Richten dagegen die Jugendämter ihre Anfragen an Fallschirm, sind die Kinder und ihre Familien dort in der Regel schon sehr lange bekannt und es gab bereits vor der Betreuungsanfrage eine eindeutige Klärung des Hilfebedarfs, so dass eine Vereinbarung ohne große Hindernisse geschlossen werden kann.

Die Herkunftsländer aller 2005 betreuten Kinder/Jugendlichen verteilten sich auf Libanon/Palästina (6), Deutschland (4), Türkei (2), Serbien (1), Polen (1) und Syrien (1). Die durchschnittliche Betreuungsdauer eines Kindes lag wie im Vorjahr bei ca. 7,3 Monaten, wobei die tatsächliche Dauer der Maßnahmen zwischen 2,5 Monaten und knapp 18 Monaten liegt. Im Jahr 2005 beendeten 8 Kinder/Jugendliche die Hilfe. Die Beendigungen sahen wie folgt aus:

- bei 4 Kindern kam es zu einem erheblichen Rückgang bzw. zur Aufgabe der Straftaten, sie besuchten zum Ende der Hilfe wieder regelmäßig eine für sie passende Schule und die Präsenz und Kontrolle der Eltern hatte sich erheblich verbessert,
- 1 Abbruch erfolgte durch den Jugendlichen bzw. seine Familie (mangelnde Kooperation),

- 1 Abbruch erfolgte aufgrund einer Heimeinweisung des Jugendlichen durch die Staatsanwaltschaft,
- 1 Kind wurde in Absprache mit dem Jugendamt in eine stationäre Anschlusshilfe vermittelt, da weiterhin ein massiver Boykott des Schulbesuchs erfolgte,
- 1 Kind wurde von seinen Eltern ins Heimatland geschickt, da sie eine Fremdunterbringung des Kindes verhindern wollten.

Fallsteuerung und Evaluation

Wie auch in den beiden Jahren zuvor erfolgte im letzten Jahr die individuelle Fallsteuerung auf der Grundlage eines Fallsteuerungskonzeptes. Hierbei wird anhand einer von Fallschirm erarbeiteten Checkliste geprüft, ob die für das Kind im Hilfeplan festgelegten Teilziele (im Bezug auf die einzelnen Bereiche Delinquenz, Schule, Familie, Freizeit und soziale Kontakte) erreicht werden konnten oder nicht.

Aus dieser alle zwei bis drei Monate erfolgenden Fallsteuerung lassen sich positive bzw. negative Entwicklungen ableiten, so dass man weitere Handlungsschritte für die nächsten Monate festlegen kann. Notwendige Veränderungen, Stagnationen und Rückschritte können so rechtzeitig erkannt werden, eine größtmögliche Transparenz in der Hilfeplanung wird gewährleistet. Insbesondere bei negativem Hilfeverlauf ist es indiziert, in Absprache mit dem Sozialpädagogischen Dienst vorzeitige Hilfekonferenzen einzuberufen und ggf. gemeinsam neue Interventionen festzulegen.

Um die allgemeine Lebenssituation unserer Zielgruppe noch besser zu erfassen und um Indikatoren zu finden, anhand derer man eine mögliche Gefährdung von Kindern (oder auch im Gegenteil, hilfreiche Ressourcen) schon frühzeitig erkennen kann, hat Fallschirm einen Fragebogen für die interne Evaluation entwickelt, der die Situation der Kinder zu Beginn der Betreuung erfassen soll. Wichtige Punkte sind vor allem die soziale Situation der Eltern, die Haltungen, Interaktionen und die Präsenz der einzelnen Familienmitglieder und die schulische und soziale Situation der von Fallschirm betreuten Kinder.

Seit April 2004 führt ein externes Institut eine unabhängige und neutrale Auswertung der von Fallschirm durchgeführten Hilfemaßnahmen durch. Auf der Basis einer umfassenden halbjährlichen einzelfallbezogenen Dokumentation ist so eine Beurteilung der Effekte der hier geleisteten sozialpädagogischen Arbeit möglich. Stärken und Schwächen in der Betreuung werden zurückgemeldet und dienen als Grundlage für Qualitätsverbesserungsprozesse und einen effizienteren Einsatz der vorhandenen Ressourcen.

Ausblick 2006

Wie in den Jahren zuvor liegt der Schwerpunkt der Arbeit von Fallschirm auf der Gewährleistung einer kontinuierlich hohen Prozessqualität. Besonders wichtig für erfolgreiche Hilfeprozesse ist dabei die erreichte Qualität der Kooperation mit den Eltern und dem Kind, denn das aufgebaute Arbeitsbündnis mit dem Adressaten der Hilfe ist maßgeblich entscheidend für deren Wirksamkeit und Erfolgsprognose.

Nach der Erweiterung der Zielgruppe und der angebotenen Maßnahmen ist es für Fallschirm wichtig, die Feinheiten der einzelnen Angebote auszuarbeiten und sie konzeptionell festzuschreiben. Hierbei müssen neu gewonnne Erfahrungen mit der Zielgruppe von über 14-jährigen Straftätern ausgewertet und im Unterschied zu der Arbeit mit strafunmündigen Mehrfach- und Intensivtätern erfasst werden.

Als ein weiterer wichtiger Punkt wird sich ebenfalls die verstärkte Integration von Fallschirm im Sozialraum Mitte erweisen. Die im Bezirk vorhandene Infrastruktur soll deshalb im Interesse der Adressaten/innen der Hilfe erfasst und so neue Kooperationsmöglichkeiten erschlossen werden.

Ebenfalls bedeutsam ist die Fortsetzung der bereits vorhandenen guten Kooperation mit den Sondersachbearbeitungen der Polizei und mit einzelnen Berliner Schulen und Schulprojekten, um auch hier weiterhin im Interesse der Kinder und Jugendlichen tätig zu werden.

7. Das Berliner Büro für Diversionsberatung und -vermittlung

Viele Jungen und Mädchen begehen als Jugendliche Straftaten. Delinquentes Verhalten im Jugendalter wird nach gängiger Lehrmeinung als entwicklungsbedingt, überall verbreitet und vorübergehend eingestuft. Viele Verfehlungen bleiben dabei im Dunkelfeld. Typische Jugenddelikte sind meist auf leichtsinniges und unbekümmertes sowie ziel- und planloses Handeln zurückzuführen. Dabei spielen Abenteuerlust, Gruppendruck, der Wunsch, Grenzen auszutesten, Langeweile und Konsumwünsche eine Rolle. Viele Jugendliche werden nach ein bis drei Verstößen gegen Gesetze oder Ordnungsvorschriften nicht mehr auffällig. Bei Delikten im Bagatellbereich reichen die Peinlichkeiten des Entdecktwerdens, die Erfahrung der Strafanzeige und die Missbilligung des sozialen Umfelds aus, damit es zu keiner Wiederholung der Tat kommt.

Wenn Jugendliche aber mit schwerwiegenderen Delikten oder wiederholt auffällig werden, ist es sinnvoll, in erzieherischem Sinne normverdeutlichend zu reagieren, Grenzen zu setzen und Verhaltensalternativen aufzuzeigen. Wichtig ist eine individuelle und adäquat gestaltete Reaktion, die schnell nach der Tat erfolgt und sich auf die Tat bezieht. Diese Reaktion soll deutlich sein, aber nicht zu massiv, da dann die Gefahr einer Stigmatisierung droht. Das Signal an die Jugendlichen soll also sein „so nicht, mach anders“, keinesfalls „du bist ein Krimineller“.

Das Jugendgerichtsgesetz (JGG) ermöglicht mit dem § 45 JGG die so genannte Diversion (wörtlich: Ablenkung), d. h. ein Absehen vom förmlichen Gerichtsverfahren zugunsten einer schnellen, erzieherisch ausgerichteten Reaktion. Nach § 45 Abs. 2 kann die Staatsanwaltschaft ein Strafverfahren gegen einen Jugendlichen oder einen Heranwachsenden einstellen, wenn eine erzieherische Maßnahme bereits erfolgt ist oder eingeleitet wurde oder wenn sich der Beschuldigte bereits um einen Ausgleich mit dem Geschädigten bemüht hat. Für Berlin regelt die Diversionsrichtlinie den Umgang mit Verfahren nach § 45 JGG.

Seit April 1999 beraten Sozialarbeiter/innen des Geschäftsbereichs Jugendliche und Heranwachsende, die eine Straftat begangen haben, was sie tun können, um „die Sache wieder in Ordnung zu bringen“. Diese Sozialarbeiter/innen heißen Diversionsmittler/innen und haben ihre Beratungsräume direkt in den sechs Berliner Polizeidirektionen. Die Finanzierung erfolgt über die Senatsverwaltung Bildung, Jugend und Sport, die Polizei stellt die Räume und einen Teil der Ausstattung. Die Diversionsmittler/innen beraten, führen erzieherische Gespräche, unterstützen die Jugendlichen bei Entschuldigung und Schadensausgleich, machen ggf. weitere Lernangebote (erzieherische Maßnahmen) und vermitteln die Jugendlichen oder ihre Eltern bei Bedarf an weiterführende Angebote der Jugendhilfe. Die Diversionsmittler/innen sollen einen Rahmen von höchstens drei Kontakten innerhalb von zehn Tagen einhalten; sie sind in der Auswahl der Maßnahmen autonom.

Die schnelle Einleitung einer erzieherischen Reaktion durch die Diversionsmittler/innen soll bewirken, dass die Beschuldigten den Zusammenhang zwischen Tat und Reaktion erfassen und daraus etwas lernen können. Hierfür ist es wichtig, dass die Jugendlichen sich mit der Tat sowie den Folgen für das Opfer und für sich auseinandersetzen, Verhaltensalternativen überlegen und die Verantwortung und die Wiedergutmachung dafür übernehmen. Am Beispiel dieser Schadenswiedergutmachung üben die Jugendlichen verantwortliches und wertegeleitetes Handeln. Wenn die Maßnahme der Diversionsmittler/innen erfolgreich ist, stellt die Staatsanwaltschaft das Verfahren ein.

Ziele des Diversionsbüros

- Schnelle und spezifische erzieherische Reaktion auf Straftaten Jugendlicher und Heranwachsender,
- Diversion nach § 45 Abs. 2 JGG in mehr Fällen ermöglichen, Beschleunigung der Verfahren,
- (sekundäre) Spezialprävention der Jugenddelinquenz,
- Unterstützung der Jugendlichen in ihrer Entwicklung, Prävention von Fehlentwicklungen,
- Berücksichtigung der Opferperspektive, Wiederherstellung des sozialen Friedens.

Der Ablauf eines Diversionsverfahrens mit Hilfe der Diversionsmittler/innen sieht wie folgt aus: Der polizeiliche Sachbearbeiter schätzt ein, ob es sich um einen – laut Diversionsrichtlinie – geeigneten Fall handelt. Er ruft den zuständigen Staatsanwalt an. Stimmt der Staatsanwalt zu, dann führt der/die Sachbearbeiter/in ein normverdeutlichendes Gespräch mit dem beschuldigten Jugendlichen. Er/sie bietet ihm an, zu einem/einer Diversionsmittler/in zu gehen und sich beraten zu lassen, wie er den Schaden wieder gutmachen kann. Der Jugendliche hat eine Woche Zeit, um sich bei dem/der Diversionsmittler/in zu melden. Dessen Möglichkeiten sind vorab beschrieben. Nach Abschluss der Maßnahme geht ein Bericht an den Staatsanwalt, der der polizeilichen Akte beigefügt wird. Die Entscheidung, ob das Verfahren tatsächlich eingestellt wird, trifft die zuständige Staatsanwaltschaft erst im Nachhinein nach Aktenlage.

Fallbeispiel

Alexa und Jenny, beide 15 Jahre alt, stahlen zwei Turnierpferde im Wert von jeweils 10.000 € von der Koppel des Besitzers eines Reitstalles. Vorher hatten sie den Koppelzaun aufgesägt und einen stromführenden Draht durchtrennt. Sie ritten mit den Tieren mehrere Kilometer zu einem Pferdehof im Berliner Umland. Dort erzählte Alexa dem Betreiber, dass es sich bei den Pferden um ihre eigenen handele und ein Freund von ihr den Unterstellvertrag unterschreiben werde. Der Besitzer der Pferde hatte inzwischen Anzeige erstattet und mittels einer ausgesetzten Belohnung in Erfahrung gebracht, wo sich seine Pferde befanden.

Befragt nach ihren Motiven, gaben beide Mädchen bei der Polizei an, dass sie die Pferde „retten“ wollten. Nach ihrer Meinung wären sie in einem bedauernswert verwahrlosten Zustand gewesen. Sie hatten geplant, die Pferde zu behalten und eine Reitbeteiligung auszuschreiben, um die Kosten zu decken.

Alexa und Jenny wurden nach der Vernehmung zur Diversionsberatung vermittelt. Im Rahmen eines erzieherischen Gespräches wurden mit der Diversionsmittlerin die Hintergründe der Tat, mögliche Folgen und persönliche Konsequenzen sowohl für die Jugendlichen als auch für den Geschädigten besprochen. Beide Mädchen bedauerten ihre Tat mittlerweile sehr und waren bereit, ein persönliches Ausgleichsgespräch zu führen und die Schadenswiedergutmachung zu klären.

Der Geschädigte machte in dem Gespräch die Folgen des Diebstahls für sich und die Tiere sehr deutlich: neben seiner Sorge und dem Stress für die Pferde, mussten diese kostenaufwändig behandelt werden, weil sie während der Überführung Verletzungen davon getragen hatten. Alexa und Jenny legten ihm ihre Beweggründe dar und entschuldigten sich für die Tat. Hier wies der Besitzer der Tiere noch mal ausdrücklich darauf hin, dass die Pferde bewusst in einem naturbelassenen Zustand gehalten wurden und nicht verwahrlost seien. Es kam zu einer gütlichen Einigung und es wurde vereinbart, dass die Mädchen den Schaden in Höhe von 600 € gemeinnützig abarbeiten würden und der Geschädigte die Summe direkt vom Opferfonds überwiesen bekomme. Alexa und Jenny haben jeweils 50 Stunden gearbeitet.

Neue Entwicklungen in den Jahren 2005 und 2006

Nach erfolgreicher dreijähriger Modellphase (1999-2002) wurde das Projekt fortgesetzt und in den Jahren 2003/2004 die Diversionsrichtlinie entsprechend den Erfahrungen aus der Modellphase aktualisiert und veröffentlicht. Die Zahl der Jugendlichen und Heranwachsenden

in der Diversionsberatung ist seitdem erheblich gestiegen. Es gibt weiterhin zahlreiche Kontakte zu Firmen oder Gewerbetreibenden, bei denen jugendliche Straftäter z. B. einen Ladendiebstahl oder eine Sachbeschädigung begangen hatten. Häufig ist eine Entschuldigung möglich. Darüber hinaus ist es teilweise gelungen, dass die Jugendlichen den Schaden „abarbeiten“ können. Sind Privatpersonen geschädigt, wird im Einzelfall von den Diversionsmittlern/innen der Kontakt aufgenommen und ein Schadenausgleich, z. B. ein Ausgleichsgespräch bzw. Täter-Opfer-Ausgleich angeregt. Die Erfahrung zeigt, dass die Geschädigten ein großes Interesse daran haben, sich im Beisein der Diversionsmittler/innen mit den jungen Straftätern zu treffen, um diesen zu vermitteln, wie sie die Tat erlebt haben und welche Gefühle bei ihnen ausgelöst worden sind. Darüber hinaus bietet sich die Gelegenheit, zivilrechtliche Ansprüche zu regeln und auszugleichen. Das entlastet die Beschuldigten und entschädigt die Opfer. Die Kehrseite der guten Akzeptanz der Diversionsberatung von allen Beteiligten ist, dass seit dem Jahreswechsel 2005/2006 Wartezeiten von einigen Wochen entstanden sind.

In sieben Jahren Diversionsberatung (von April 1999 bis April 2005) bekamen 3.978 Jugendliche und Heranwachsende die Chance, sich bei einem der Diversionsmittler/innen beraten zu lassen. Im Jahr 2005 wurde 782 Jugendlichen und Heranwachsenden eine Diversionsberatung angeboten, was gegenüber dem Vorjahr 2004 einen Anstieg um 52 % bedeutet. Von Januar bis April 2006 sind es bereits 448 Jugendliche und Heranwachsende. In 78 % der Fälle im Jahr 2005 schlossen die Jugendlichen die Diversionsmaßnahme erfolgreich ab. Bei den Delikten (Tatvorwürfen) handelte es sich bei etwa 33 % der Fälle um Diebstahl, häufige weitere Delikte waren Sachbeschädigung, Körperverletzung, Beförderungserschleichung, Beleidigung und Raub/räuberische Erpressung. Bei etwa einem Drittel der Fälle bestand die Maßnahme aus einem erzieherischen Gespräch, einer Entschuldigung und Schadenwiedergutmachung, bei etwa einem weiteren Drittel aus einem erzieherischen Gespräch und einer Entschuldigung, bei etwa einem Fünftel war keine Entschuldigung möglich. Zusätzlich wurden bei ungefähr einem Fünftel der Fälle weitere Maßnahmen durchgeführt.

Durch den Einsatz der Diversionsmittler/innen konnten die Jugendverfahren nachweislich verkürzt werden (leider liegen die Informationen der Staatsanwaltschaft über die endgültige Dauer der Verfahren erst bis zum Jahr 2001 vor): Im Jahr 2001 erfolgte die erzieherische Maßnahme im Median[15] sieben Wochen nach der Anzeige. Insgesamt dauerte es im Median weniger als drei Monate von der Anzeige bis zur Entscheidung der Staatsanwaltschaft[16]. Der Vorteil schnellerer Verfahren liegt in der besseren erzieherischen Wirkung und gleichzeitig in der geringeren Belastung der Jugendlichen. Auch das Ziel der Diversionsrichtlinie, den § 45 Abs. 2 JGG - Erziehungsmaßnahmen und Ausgleich statt Strafe - besser als bisher auszuschöpfen, wurde erreicht: 79 % der Fälle wurden nach § 45 Abs. 2 JGG eingestellt, weitere 11 % nach § 45 Abs. 1.

8. HundeDoc - Tierärztliche Versorgung an Berliner Brennpunkten

Ausgangssituation

In der Sozialarbeit wird die Erfahrung gemacht, dass es junge Menschen gibt, die jegliche Einflussnahme oder Hilfe für sich ablehnen. Hierbei handelt es sich meist um Mitglieder von Randgruppen. Hilfe abzulehnen ist individuelles Recht, doch es gibt gerade in diesen Gruppen auch Kinder und Jugendliche, die Hilfen gegenüber noch nicht resistent sind und um die soziale Institutionen bemüht sein müssen. Die Straßensozialarbeit ist seit langem bestrebt, hier mit unterschiedlichen Strategien Einfluss zu gewinnen und Hilfsangebote zu unterbreiten. Besonders junge Punks, Obdachlose und Trebegänger mit einer ausgeprägten „Null-Bock“-Haltung in Verbindung mit einem hohen Alkoholkonsum gelten als problematisch.

Tiere - insbesondere Hunde - haben besonders für diese Gruppen einen sehr hohen Stellenwert. Sie sind oft das Synonym für Zuverlässigkeit sowie Partnerschaft, und sie sind häufig die einzige Konstante in einem durch Brüche gekennzeichneten Lebenslauf. Für viele ist das Tier

[15] Der Median gibt an, dass die Hälfte der Verfahren kürzer und die andere Hälfte länger dauerte.
[16] Zum jetzigen Zeitpunkt sind ca. 2/3 der Daten der Staatsanwaltschaft bekannt.

der einzige „Sozialpartner“, ohne den die jungen Menschen sozial noch mehr verelenden würden. Die Erfahrung von Sozialarbeitern/innen zeigt, dass gerade Punks, Obdachlose und Trebegänger eine besondere Fürsorge und ein hohes Maß an Verantwortung für ihre Tiere entwickeln können. Hier liegt der Ansatz für das Projekt „HundeDoc - Tierärztliche Versorgung an Berliner Brennpunkten“, mit dem dieser Personenkreis durch Anknüpfen an die Beziehung Mensch-Tier dazu motiviert wird, letztlich auch die Eigenverantwortung für seine persönlichen und sozialen Belange in stärkerem Maße wahrzunehmen.

Neben der reinen medizinischen Versorgung der Tiere steht Beratung und - wenn möglich - Hilfe für den/die Halter/in im Vordergrund der Arbeit. Die medizinische Versorgung der Tiere soll als Brücke zwischen Sozialarbeitern/innen und den sich am Rande unserer Gesellschaft befindlichen Tierhaltern/innen dienen. Mittels tierärztlicher Behandlung und Informationen über Ernährung, Pflege sowie Erziehung kann Einfluss genommen werden. Über das Tier soll der Mensch erreicht werden.

Der innovative Ansatz des Projektes besteht darin, dass durch eine kostenlose veterinärmedizinische Grundversorgung ein besserer sozialarbeiterischer Zugang zu den genannten Personenkreisen ermöglicht wird. Die Voraussetzung ist eine enge Vernetzung und Kooperation mit verschiedenen Projekten der Straßensozialarbeit, da öffentliche Plätze und Bahnhöfe beliebte Treffpunkte für junge Menschen aus gesellschaftlichen Randgruppen sind.

Aus statistischen Erhebungen und Befragungen ist bekannt, dass viele öffentliche Plätze in Berlin (z. B. Alexanderplatz, Umgebungen der Bahnhöfe Zoologischer Garten, Friedrichstraße) eine hohe Anziehungskraft auf junge Menschen ausüben, die den Lebensmittelpunkt Straße aus unterschiedlichsten Motiven zu ihrer Lebensform gemacht haben. Das gilt vor allem für Berliner Jugendliche, aber auch für junge Menschen aus dem Umland, anderen Bundesländern und dem europäischen Ausland. Zugleich stehen diese Jugendlichen und ihr, auf viele Bürger problematisch oder störend wirkendes, Verhalten immer wieder und je nach Anlass im Mittelpunkt des Interesses von Anwohnern/innen, Gewerbetreibenden, Lokalpolitikern/innen, Medien und Ordnungsbehörden und anderen Gruppen. Das ist insbesondere dann der Fall, wenn die jungen Menschen in auffälliger Weise mit ihren Hunden im öffentlichen Bereich bzw. auf Bahnanlagen auftreten. Das Projekt „HundeDoc – Tierärztliche Versorgung an Berliner Brennpunkten“ knüpft an diese Situation an, indem es Jugendliche mit ihren Tieren an markanten öffentlichen Plätzen aufsucht und eine kostenlose veterinärmedizinische Versorgung anbietet.

Projektalltag

Der Kontakt zu den Jugendlichen und ihren Tieren mit Terminvergabe für die Behandlung erfolgt fast ausschließlich über die Vermittlung der mit HundeDoc kooperierenden Sozialarbeiter/innen, die auf das Angebot hinweisen. Die Beziehung der Tierhalter/innen zu den Sozialarbeitern/innen ist zu diesem Zeitpunkt häufig noch sehr vage, denn für die Tierhalter/innen steht eindeutig das kostenlose veterinärmedizinische Angebot für ihre Tiere (in den meisten Fällen Hunde) im Vordergrund, nicht das sozialpädagogische Unterstützungsangebot.

Die veterinärmedizinischen Untersuchungen und Behandlungen finden in einem ehemaligen Rettungswagen statt, der zu einem Behandlungs- und Operationsfahrzeug umgebaut wurde. Die tierärztliche Versorgung kann dadurch jahreszeiten- und wetterunabhängig durchgeführt werden. Mit dem Fahrzeug steuert die Tierärztin wöchentlich vier verschiedene Standorte an, an denen sie die Tiere behandelt. Die Standzeiten und Orte sind:

- montags von 12.00 bis 14.00 Uhr im Rollheimerdorf Wuhlheide (Köpenick),
- dienstags von 16.00 bis 18.30 Uhr beim Straßensozialarbeitsprojekt Karuna/Drugstop-Mobil in Friedrichshain,
- donnerstags von 16.00 bis 19.00 Uhr am KLIK (Kontaktladen für Straßenkinder), nahe dem Alexanderplatz,
- donnerstags von 20.00 bis 22.30 Uhr beim KuB (Kontakt und Beratung) - Center für Straßenjugendliche nahe dem Bahnhof Zoologischer Garten.

Darüber hinaus vereinbart die Tierärztin außerhalb der Standzeiten Termine für gesonderte zeitaufwändigere Behandlungen und Eingriffe.

Zielumsetzung im Berichtszeitraum

Es bestand und besteht nach wie vor ein extrem großer Bedarf an Antiparasitika, Impfungen, der Versorgung kleinerer Wunden, Behandlung von Infektionen im Allgemeinen und der Aufklärung im Umgang mit den Tieren. Das gesetzte Ziel der Dezimierung der Population durch Kastrationen in Abhängigkeit zum der Tierärztin entgegengebrachten Vertrauen seitens der Punks und zur räumlichen und technischen Umsetzungsmöglichkeit bestand weiterhin. Die verschiedenen Kontaktpunkte in der Stadt fuhr die Tierärztin weiterhin mit dem Krankenwagen an.

Die kostenlose Beratung/Therapie sprach sich auch in diesem Jahr in der weiter anwachsenden Szene schnell herum. Die Terminvergabe liegt weiterhin fast ausschließlich in den Händen der Sozialarbeiter/innen, die Behandlungen erfolgen dann streng nach Warteliste. Die Vorteile sind folgende:

- bessere Kontrolle über die Zielgruppe des Projektes,
- Entlastung der Tierärztin bezüglich des „Aussortierens“ von nicht in Frage kommenden Tierhaltern/innen,
- weniger Mitläufer/innen am Karuna-Mobil am Alexanderplatz und dadurch bessere Arbeitsbedingungen für die Sozialarbeiter/innen.

Kastrationen an Hündinnen, Rüden, Katzen und Katern wurden weiterhin vorgenommen. Die Operationen der männlichen und weiblichen Tiere fanden im Jahr 2005 hauptsächlich „vor Ort“ statt, d. h. im Rollheimerdorf, aber auch auf offenem Straßenland in Mitte und Friedrichshain, je nach (vorübergehender) Wohnlage der Klienten/innen, vor dem KLIK oder dem KuB-Center. Da die Tierärztin jedoch bei Hündinnen eine fachkundige Assistenz benötigt und die Klienten/innen sich wenigstens für einige Tage eine feste Unterkunft besorgen müssen, ist das Abarbeiten der Kastrationswarteliste aus rein organisatorischen Gründen beschränkt. Hinzu kommt, dass bei einer halben Tierarztstelle Kastrationen oder andere kleinere Operationen mit unbezahlter Mehrarbeit verbunden sind. Als Assistentin fand sich glücklicherweise auch in diesem Jahr eine bisher unentgeltlich arbeitende Tierärztin.

Neben der reinen medizinischen Versorgung verwandte die Tierärztin wie in den Jahren zuvor einen großen Teil der Zeit auf Beratung und - wenn möglich - Erziehung. Die verschärften polizeilichen Kontrollen aufgrund der Hundehalte-Verordnung an diesen Brennpunkten kamen ihrer Arbeit ohne Frage zugute, liefern doch gerade die häufigen Kontrollen das schlagkräftigste Argument dafür, sich an bestimmte Regeln zu halten, wie: Kennzeichnung von Hunden und Katzen mittels Mikrotransponder, Ordnung in den Unterlagen (sprich Impfausweise) ihrer Tiere zu halten, auf die ausgegebenen Tollwutmarken zu achten, Halsband und Leine bei sich zu führen etc., um so zusätzliche Unannehmlichkeiten zu vermeiden. Anhand der Impf- und Entwurmungsstatistik lässt sich am ehesten ein Überblick über die Anzahl der von der Tierärztin durchgeführten Behandlungen erhalten. Erklärend sei angemerkt, dass Tiere, bei denen die letzte Impfung mehr als 16 Monate zurückliegt, grundimmunisiert werden müssen, d. h. es sind zwei Impfungen im Abstand von drei bis vier Wochen notwendig, Welpen benötigen sogar drei Impfungen. Von denen im Jahr 2005 durchgeführten 551 Impfungen entfielen allein 197 auf erstmals vorgestellte Tiere, davon waren 178 Tiere Hunde. Es wurden außerdem 430 Wurmkuren durchgeführt, wobei anzumerken ist, dass einige sehr zuverlässige Klienten/innen die Entwurmung mehrmals im Jahr anfordern. Aufgrund der vermehrten Öffentlichkeitsarbeit und diverser reparaturbedingter Ausfälle des Krankenwagens konnten im Jahr 2005 nur sieben Hündinnen, aber wenigstens 14 Rüden kastriert werden, was umso erstaunlicher ist, als dass deren Besitzer/innen diesen Eingriff in der Regel ablehnen.

Ausblick

Einer der beiden langjährigen Sponsoren des Projekts stellte seine Unterstützung für HundeDoc zu Beginn des Jahres 2005 überraschend ein, wodurch vorübergehend die Sorge bestand, ob das Projekt mit den verbleibenden Mitteln überhaupt noch aufrechterhalten werden kann. Der Sponsor Peter Dussmann AG & CoKG a.A. sicherte seine Finanzierung für ein weiteres Jahr zu. Nach der Ausstrahlung einer kurzen Fernsehreportage über HundeDoc in einem ZDF-Magazin hat sich die Tierschutzorganisation Europäischer Tier- und Naturschutz e. V. (ETN) mit Sitz in Bonn spontan bereit erklärt, den Großteil der Ausfallsumme für das Jahr 2005 zu übernehmen. Aufgrund dieses Kurzbeitrages setzte überraschend ein starkes Medieninteresse ein, das noch drei weitere Fernsehauftritte und mehrere Berichte in Zeitschriften und Zeitungen, darunter die Berliner Morgenpost, „taz“ und die BZ, zur Folge hatte. Zusammen mit diversen kleineren und mittleren Spenden, vorwiegend von Privatpersonen, war die Existenz des Projektes für das Jahr 2005 damit weitgehend gesichert. Für das Jahr 2006 erhielt das Projekt wiederum die Zusicherung der Finanzierung durch die Firma Peter Dussmann AG & CoKG a.A., den ETN e. V. und die Firma Albrecht Tiergesundheit, die von Beginn an zu den „stillen“ Sponsoren durch Spenden in Form von Arzneimitteln zählt.

Die positive Resonanz des Projektes bei den Adressaten/innen der Arbeit, den Kooperationspartnern/innen, aber auch der, beispielsweise für das Rollheimerdorf zuständigen, Behörden, der starke Andrang bereits bekannter und immer neuer Klienten/innen, die leider immer noch viel zu hohe Geburtenrate unter den Hunden und die Existenz des Krankenwagens als Behandlungs- und Operationsraum geben berechtigten Anlass zu der Annahme, dass das Projekt auch in den kommenden Jahren weiterhin notwendig sein wird.

Wünschenswert wäre eine praktikable Lösung, wie mit ausländischen Tierhaltern/innen, auch mit ungeklärtem Aufenthaltsstatus, zukünftig verfahren werden soll. In der Vergangenheit oblag es nach Abwägung der Beziehungen zwischen Mensch und Tier der Entscheidung der Tierärztin und der Sozialarbeiter/innen, ob behandelt wurde oder nicht.

Um den starken Nachfragen nach Kastrationen nachzukommen, ist über die bestehende halbe Tierarztstelle hinaus die Einrichtung einer weiteren halben Stelle für eine/n Tierarzt/in erforderlich. Die Kontinuität, die von der Klientel verlangt wird, ist sonst von Seiten des Projekts HundeDoc kaum noch zu gewährleisten. Deshalb wird neben der weiterhin erforderlichen Konsolidierung der auf Sponsoring und Spenden basierenden Finanzierung des Projekts auch in Zukunft die Akquise weiterer Unterstützer eine aktuelle Aufgabe bleiben.

9. Ostkreuz - Mobiles Beratungsteam für Demokratieentwicklung, Menschenrechte und Integration

Das Mobile Beratungsteam (MBT) »Ostkreuz« für Demokratieentwicklung, Menschenrechte und Integration der Stiftung SPI Berlin wird aus Mitteln des Bundesprogramms „CIVITAS – initiativ gegen Rechtsextremismus in den neuen Bundesländern“ und des Landesprogramms gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus des Berliner Senats gefördert, um eine zivile Menschenrechtskultur im Gemeinwesen zu stärken. Die Arbeit des Mobilen Beratungsteams zielt auf die Entwicklung und Unterstützung von Konzepten, Strukturen und Handlungen, die eine menschenrechtsorientierte Kultur im Gemeinwesen fördern und demokratiegefährdenden Tendenzen entgegentreten.

Im Jahr 2001 gegründet, etablierte sich das MBT „Ostkreuz“ in den Folgejahren durch seine Arbeit in Pankow, Marzahn-Hellersdorf, Friedrichshain-Kreuzberg u. a. Bezirken sowie durch bezirksübergreifende Kooperationen als Dienstleistungsplattform für Recherchen und Analysen, Fachinformation, Beratung, Fortbildung und Praxisbegleitung, Vernetzung und Koordinationsaufgaben zu den Problemfeldern „Rechtsextremismus und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit“, „Demokratieentwicklung“, „Menschenrechtskultur“ und „interkulturelle Handlungskompetenz“. Aufbauend auf den bisherigen Erfahrungen, entwickelt sich das Projekt weiter in Richtung einer dauerhaften, dem Bedarf und den Anforderungen flexibel anzupassenden Arbeitsstruktur.

Mobile Beratung für menschenrechtsorientierte Demokratie

Das MBT „Ostkreuz“ ist als öffentlich gefördertes Strukturprojekt ein professioneller Anbieter fachlicher und organisatorischer Dienstleistungen für kommunale und zivilgesellschaftliche Akteure. Sein Auftrag besteht in der Aktivierung und Integration der Zivilgesellschaft auf der Basis der Werte und Normen einer menschenrechtsorientierten Demokratie ab: Das Mobile Beratungsteam unterstützt örtliche Akteure, Institutionen, Organisationen und Initiativen sowie engagierte Bürger/innen dabei, Ideologien der Ungleichheit, gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit und demokratiegefährdenden Tendenzen eine menschenrechtsorientierte, demokratische Kultur entgegen zu setzen.

Als Akteure werden generell Einzelpersonen und Gruppen betrachtet, die in den Bereichen Politik und Verwaltung, soziale Arbeit, Jugend, Schule und Bildung, Stadtentwicklung und Stadtteilarbeit, Immigration und Integration, öffentliche Sicherheit, Kultur, Wissenschaft, Wirtschaft und Medien, in Kirchen und Religionsgemeinschaften, Vereinen und Verbänden, Projekten und Facharbeitskreisen, Initiativen und Netzwerken tätig sind und über Handlungsspielräume zur Mitgestaltung ihres sozialen und/oder beruflichen Umfeldes, ihrer Organisation oder Einrichtung verfügen. Die Unterstützungsangebote von „Ostkreuz“ richten sich somit vor allem an Multiplikatoren/innen.

Durch seine unabhängige, externe Fachkompetenz trägt das Team dazu bei, die Akteure vor Ort für die Wahrnehmung von Erscheinungsformen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit sowie für die Perspektive der Opfer zu sensibilisieren, zu aktivieren, dazu zu befähigen, sich mit Problemen im Kontext des GMF-Syndroms und demokratiegefährdender Phänomene eigenständig und nachhaltig auseinander zu setzen und miteinander zu vernetzen – über die Grenzen unterschiedlicher Berufs- und Bevölkerungsgruppen, Religionsgemeinschaften, Milieus und Generationen hinweg.

Entwicklung des Mobilen Beratungsteams „Ostkreuz“ im Jahr 2005

Die Arbeit des MBTs baut auf seinen seit dem Jahr 2001 entwickelten Kooperationsbeziehungen, insbesondere in Marzahn-Hellersdorf und Kreuzberg, aber auch auf Kontakten in Lichtenberg sowie überbezirklichen (Berlin weiten) Kooperationen[17] auf.

Folgende Schwerpunkte setzte das Team im vergangenen Jahr:

– Die bezirksweite Diskussion über die Kommunalanalyse „Rechtsextremismus und Demokratie gefährdende Phänomene in Berlin Marzahn-Hellersdorf – Möglichkeiten der demokratischen Intervention“ (Projektbereich „Community Coaching“ der ZDK Gesellschaft Demokratische Kultur gGmbH) wurde intensiv weitergeführt. Im ersten Quartal des Jahres 2005 erarbeitete das MBT „Ostkreuz“ gemeinsam mit der Netzwerkstelle MITEINANDER Marzahn-Hellersdorf einen Bericht zum Zwischenstand der Arbeit mit der Kommunalanalyse, der dem Bezirksamt vorgelegt und auf der Internet-Seite der Netzwerkstelle veröffentlicht wurde. Unter anderem begleitete „Ostkreuz“ auch eine Veranstaltungsreihe des AStA der Alice-Salomon-Fachhochschule (Januar-Februar), in deren Rahmen kommunale Akteure (Bezirksamt und Bezirksverordnete) und junge Menschen, die sich in Marzahn-Hellersdorf aktiv gegen Rechtsextremismus engagieren, in einen Austausch von Problemwahrnehmungen und Erfahrungen einbezogen wurden. Weiterhin stellte „Ostkreuz“ (im Juni) die Kommunalanalyse im Jugendhilfeausschuss und in einer Konferenz der PDS Marzahn-Hellersdorf vor und beteiligte sich an der Gründung einer „Arbeitsgruppe Rechtsextremismus-Analyse“ des Beirats für Migranten/innenangelegenheiten des Bezirksamtes Marzahn-Hellersdorf, die im November 2005 einen ersten Bericht zur Einschätzung und Ergänzung der Kommunalanalyse vorlegte.

[17] Unter anderem mit der Zentralen Serviceeinheit der Berliner Polizei ZSE IV (ehem. Landespolizeischule, Referat D „Fortbildung“, FB „Politik, Gesellschaft und Allgemeinbildung“, SG „Politik“) mit dem Deutschen Institut für Menschenrechte, mit der Friedrich-Ebert-Stiftung, mit Prof. Dr. Eckart Osborg (Hochschule für Angewandte Wissenschaften Hamburg) und mit dem Antirassistisch-Interkulturellen Informationszentrum Berlin (ARiC).

– Die fortgesetzte Diskussion über die Kommunalanalyse des ZDK sowie eine Reihe von Vorarbeiten des MBTs „Ostkreuz“ mündeten zur Jahresmitte im Vorhaben des Bezirksamtes Marzahn-Hellersdorf, einen Maßnahmenplan zur systematischen Auseinandersetzung mit Erscheinungsformen von Rechtsextremismus, Rassismus und Minderheitenfeindlichkeit im Bezirk zu entwickeln. Dazu gehörte ebenso, eine Koordinationsstelle „Bezirkliche Struktur gegen demokratiegefährdende Phänomene“ einzurichten. Hierzu wurden Leistungsangebote von drei freien Trägern eingeholt, von denen der Bezirk das Angebot des Geschäftsbereichs Soziale Räume und Projekte favorisierte, die Koordinierungsstelle beim MBT „Ostkreuz“ zu schaffen. Das Bezirksamt beauftragte dann auch den Geschäftsbereich Soziale Räume und Projekte mit der Umsetzung dieses Angebots ab Januar 2006. „Polis* Bezirkliche Koordinierungsstelle gegen demokratiegefährdende Phänomene und Rechtsextremismus“ versteht sich als ein Eckpfeiler in der zivilgesellschaftlichen Projektlandschaft in Marzahn-Hellersdorf. Vom Bezirksamt eingesetzt und finanziert und als Teilprojekt an Ostkreuz angebunden, ermöglicht Polis* einen gegenseitigen Informationsfluss und Ideenaustausch zwischen den verschiedenen Initiativen und Projekten und bezirklichen Gremien. Daneben bietet die Koordinierungsstelle u. a. eigene Fortbildungen und Seminare für Schulen und freie Träger an. Die Anlaufstelle „Rückhalt“ ermöglicht Eltern von für rechtsextremistische Ideologien empfängliche Jugendliche Austausch und gegenseitige Unterstützung.

– Ein weiteres wesentliches Ergebnis der Arbeit des MBTs „Ostkreuz“ der vergangenen Jahre ist die Etablierung der „Initiativgruppe Qualitätsentwicklung interkulturelle Arbeit in Marzahn-Hellersdorf“ (IQiA). Die IQiA wurde im Mai 2004 von der Netzwerkstelle MITEINANDER Marzahn-Hellersdorf (FiPP e.V.), dem Mobilen Beratungsteam „Ostkreuz“ (Stiftung SPI), dem interkulturellen Haus Babylon (Babel e.V.) und dem Projekt „Mobile interkulturelle Bildungs- und Aufklärungsangebote“ (urban-consult gGmbH) mit Unterstützung der Migrantenbeauftragten des Bezirksamts Marzahn-Hellersdorf gegründet. Inzwischen sind eine Reihe weiterer Träger und Projekte der interkulturellen, Antidiskriminierungs- und Integrationsarbeit sowie der Sozialarbeit mit Migranten/innen aus dem Bezirk in der IQiA vertreten. Ziel der IQiA ist es, einen offenen Erfahrungsaustausch und eine Fachdebatte zwischen Akteuren, die mit Migranten/innen und/oder für die Förderung kulturübergreifender Verständigung, gleichberechtigte Integration sowie gegen Diskriminierung, Ethnozentrismus, Rassismus und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit arbeiten, zu organisieren. Die IQiA soll langfristig einen „geschützten Raum“ für diesen Erfahrungsaustausch und die Diskussion „auf gleicher Augenhöhe“ schaffen, in dem zentrale Begriffe reflektiert, Arbeitsansätze und Methoden vorgestellt und damit gemeinsame Kriterien und Standards für die interkulturelle Arbeit entwickelt und Kooperationsbeziehungen gefördert und gestärkt werden. Die Initiativgruppe trifft sich einmal im Monat und ist für alle interessierten Akteure offen, die zu den genannten Themenfeldern arbeiten. Aktuelle Termine und Themen sind auf der Website der Netzwerkstelle MITEINANDER veröffentlicht. Die IQiA plant für das erste Quartal 2006 eine Veranstaltung zum Thema „Integration und interkulturelle Arbeit in Marzahn-Hellersdorf“.

– Über die Zusammenarbeit im Rahmen der IQiA hinaus kooperiert das MBT „Ostkreuz“ u. a. mit dem Projekt „Mobile interkulturelle Bildungs- und Aufklärungsangebote“ (urban-consult gGmbH). So begleitete das MBT „Ostkreuz“ z. B. die Konzeptentwicklung und Durchführung der Fachtagung „Maßnahmen zur Gewaltprävention im interkulturellen Kontext“ dieses Projektes der urban-consult gGmbH am 29.09.2005.

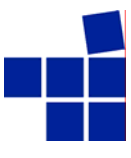
– Für die Verankerung und Vernetzung des MBTs „Ostkreuz“ im Bezirk Marzahn-Hellersdorf sind darüber hinaus zum einen die Mitarbeit in Gremien (Beirat für Migranten/innenangelegenheiten des Bezirk Marzahn-Hellersdorf, dessen AG „Rechtsextremismus-Analyse“, Präventionsrat sowie Clearingstelle der Schulaufsicht) von Bedeutung; zum anderen aber auch die Durchführung von Workshops im Rahmen von Schulprojekttagen, Lehrerfortbildungen etc., Beratung für Träger und Einrichtungen sozialer Arbeit und Jugendhilfe/Jugendarbeit, die Teilnahme an einer Gemeindekonferenz der Evangelischen Kirche in Hellersdorf sowie die Durchführung von Veranstaltungen (etwa mit dem Kieztreff/Volkssolidarität zum Thema Rechtsextremismus – Kleidung – Marken am 20. September) im Bezirk. Durch solche Tätigkeiten verfügt das MBT

„Ostkreuz“ inzwischen über einen Fundus von tragfähigen Arbeitskontakten, der für die Förderung von Informationstransfers, Vernetzungen und der Entwicklung qualifizierter Handlungsressourcen unverzichtbar ist. In Marzahn-Hellersdorf ist das MBT „Ostkreuz“ als eine fachlich-professionelle Arbeitsstruktur etabliert, die über einen vergleichsweise großen Überblick über Akteure, Ansätze und Ressourcen, eine fundierte Problemanalyse sowie vielfältige Kontakte verfügt und eng mit dem Bezirksamt (Migrantenbeauftragte, Bezirksbürgermeister und Stadträten/innen, Jugendamt etc.), der Außenstelle der Senatsschulverwaltung, der Netzwerkstelle MITEINANDER und weiteren Institutionen und Akteuren zusammenarbeitet.

– Außer der IQiA in Marzahn-Hellersdorf hat „Ostkreuz“ auch die Gründung einer Arbeitsstruktur in Kreuzberg (mit-)initiiert: Anknüpfend an die Bildung einer Arbeitsgruppe bei einer Open-Space-Veranstaltung der Friedrich-Ebert-Stiftung Ende des Jahres 2003, hat das MBT „Ostkreuz“ im Jahr 2004 die Bildung der „Initiative InterReligiöser Dialog in Kreuzberg“ (IRDiK) unterstützt und begleitet. Die Initiative ist ein Arbeitszusammenhang kommunaler und zivilgesellschaftlicher Akteure – nämlich von Einrichtungen und Projekten der Jugendarbeit (u. a. des Jugendhauses CHIP und des Fördervereins Kinder- und Jugendprojekte Kreuzberg e. V.), Mitgliedern und Vertretern der Merkez-Moschee der Türkisch-Islamische Union der Anstalt für Religion e.V. (Diyanet İşleri Türk İslam Birliği – DİTİB) Berlin, des Berliner Kulturzentrums Anatolischer Aleviten e. V. (Berlin Anadolu Alevileri Kültür Merkezi – AAKM), der Evangelischen Martha-Gemeinde, der Katholischen Gemeinde St. Michael/St.Marien-Liebfrauen und der Jüdischen Gemeinde (Synagoge Fraekelufer) –, der die praktische, auf das Miteinander gerichtete Zusammenarbeit von Angehörigen und Vertreter/innen unterschiedlicher im Bezirk vertretener Religionen und Glaubensrichtungen durch gemeinsame symbolische Aktionen sichtbar und erfahrbar machen will. Das zentrale Arbeitsvorhaben der IRDiK für das Jahr 2005, mit dem die Initiative ein öffentliches Zeichen für Begegnung, gegenseitiges Kennen lernen, gegenseitige Anerkennung und gemeinsames Handeln zu setzen beabsichtigte, war das Projekt „Arche Kreuzberg“: Unter dem Motto „Für ein friedliches Miteinander in unserem Bezirk“ bauten junge Mitglieder der evangelischen Martha-Gemeinde, der türkisch-islamischen Gemeinde zu Kreuzberg (Merkez Moschee), des Kulturzentrums Anatolischer Aleviten und der Jüdischen Gemeinde (Synagoge Fraenkelufer) ein Floß, auf dem sechs der jungen Christen, Muslime, Aleviten und Juden am 11. September 2005 eine Fahrt auf dem Landwehrkanal unternahmen. Auf dem „Segel“ des Floßes wurden neben den Logos aller beteiligten Glaubensgemeinschaften und der Veranstalters und Unterstützer (Förderverein Kinder- und Jugendprojekte Kreuzberg e.V., Jugendhaus CHIP, MBT „Ostkreuz“, Integrationsbeauftragter des Senats) die Botschaften[18] der Glaubensgemeinschaften für die Floßfahrt durch Kreuzberg „transportiert“. An vier Brücken, an denen sich jeweils etwa 20 bis 30 Mitglieder einer beteiligten Gemeinde versammelten (bzw. mit den, neben dem Floß mitlaufenden Mitgliedern anderer Gemeinden zu einer Gruppe vereinigten) legte das Floß an und wurde von einem Vertreter einer Glaubensgemeinschaft mit einer kurzen Ansprache begrüßt. So trug das Floß „Arche Kreuzberg“ im September 2005 die gemeinsame Friedensbotschaft von evangelischen Christen, sunnitischen Muslimen, Aleviten und Juden sichtbar durch Kreuzberg. Der Floßfahrt im September war eine Veranstaltungsreihe zur „Noah“-Geschichte in der Martha-Gemeinde (09.05.2005), der Synagoge Fraekelufer (25.05.2005) und im alevitischen Cem-Haus (07.06.2005) vorausgegangen. Insgesamt konnte also im Jahr 2005 die praxisorientierte interreligiöse Zusammenarbeit in der IRDiK gefestigt und unter Beteiligung der Gemeinden sichtbar in den Bezirk getragen werden. Damit hat sich die IRDiK als praxisorientierte Arbeitsstruktur christlicher, sunnitisch-islamischer, alevitischer und jüdischer Gemeinden sowie von Einrichtungen und Projekten der Jugendarbeit im Jahr 2005 weiter stabilisiert.

– Der Kernauftrag mobiler Beratung besteht darin, solchen Ideologien, die eine Ungleichheit und Ungleichwertigkeit von Menschen nach (ideologisch konstruierten) Gruppenzugehörigkeiten behaupten und ihren konkreten Ausdruck in antipluralistischen, autoritär-kollektivistischen, chauvinistisch-nationalistischen, antisemitischen, rassistischen,

[18] “ Peace for all” (Frieden für alle), Sure 11,41 („Und Noah sprach: ...“), „Hüte Deine Hände, Deine Zunge und Deine Lende“ und „Schalom“ (Frieden) und – für das CHIP – „Gott beantwortet das Gebet auf seine Weise, nicht auf unsere (Ghandi)“.



ethnozentrierten, homophoben, sexistischen, sozialdarwinistischen und „fremdenfeindlichen“ Einstellungs- und Verhaltensmustern finden, eine menschenrechtsorientierte demokratische Kultur entgegen zu setzen. Daneben ist davon auszugehen, dass Angehörige ethnischer, religiöser und kultureller Minderheiten sowohl potenzielle Opfer von Übergriffen sind als auch Ausgangspunkt demokratiefeindlicher Erscheinungen sein können. Daher beteiligte sich das MBT „Ostkreuz“ an der Gründung einer „AG Diversity Management“ (im Rahmen der Kooperation mit dem TBB-Projekt „Who is Who“), nahm am „Runden Tisch für Demokratie“ in Kreuzberg teil und führte Workshops im Rahmen von Projekttagen in Kreuzberg (Hermann-Hesse-Schule) und Neukölln (Walter-Gropius-Oberschule und Hannah-Arendt-Gymnasium in Rudow) zu unterschiedlichen Themen und eine Lehrerfortbildung in Zusammenarbeit mit dem Schulpsychologischen Dienst Friedrichshain-Kreuzberg durch. Insbesondere die beiden Fortbildungen mit einer Gruppe von Lehrer/innen und Schulsozialarbeiter/innen der Walter-Gropius-Oberschule[19] und die Zusammenarbeit mit dem TBB (Projekt „Who is Who“/AG Diversity-Management) sind als ausbaufähige Ansätze für eine demokratiefördernde Arbeit im Themenkreis „Islam, Islamismus und demokratiefeindliche Tendenzen“ bzw. „Förderung menschenrechtsorientierter Demokratieentwicklung und bürgerschaftlicher Integration mit Bezug zu Migrantenmilieus im Beziehungsdreieck Schule-Jugend-Nachbarschaft“ zu betrachten. Aufbauend auf die Zusammenarbeit mit Pädagogen/innen (und die Kontakte aus der IRDiK) ist insbesondere an eine Vernetzung und Diskussion über Prägungen und Werteorientierungen „auf gleicher Augenhöhe“ zwischen Pädagogen/innen, Eltern mit Migrationshintergrund, Migrantenorganisationen und unterschiedlichen Glaubensgemeinschaften in westlichen Innenstadtbezirken zu denken.

- Im letzten Quartal 2005 begann „Ostkreuz“ mit einer prozessbegleitenden Beratung an der Thomas-Mann-Grundschule in Pankow, wo Handlungsbedarf aufgrund eines rassistischen Angriffs auf einen Schüler bestand. Erste Ergebnisse waren eine Kurzfortbildung für das Lehrer/innenkollegium, die Vermittlung eines Anti-Bias-Trainings für eine Schulklasse, die Mitwirkung an einem Elternabend dieser Klasse und Vorüberlegungen zur Fortsetzung der Arbeit im Jahr 2006 mit der Schulleitung.

- Außerdem begann Ostkreuz mit der Begleitung eines Vorhabens eines Streetworkteams, das sich auf einen Jugendaustausch mit Kreuzberg bezieht (Kooperation zwischen Outreach-Pankow, Kinderring und „Ostkreuz“) und beteiligte sich an einer Veranstaltung der Jugendfreizeiteinrichtung DRK-Eastside 2000.

- Berlinweit vertiefte „Ostkreuz“ im Jahr 2005 die Kooperation mit dem Antirassistisch-Interkulturellen Informationszentrum Berlin (ARiC) bezüglich der Verstetigung der Veranstaltungsreihe „Berliner Tage des interkulturellen Dialogs“ (TiD). „Ostkreuz“ begleitete Gespräche zur Auswertung und Nachbereitung der 2. Berliner Tage des interkulturellen Dialogs (2004) mit Vertreter/innen des Bezirksamtes Lichtenberg, des Bezirksamtes Pankow (Migrantenbeauftragte), der Abgeordnetenfraktionen von Bündnis ’90/Grüne und SPD. Das MBT vertrat den Geschäftsbereich Soziale Räume und Projekte im Trägerkreis für die 3. Berliner Tage des interkulturellen Dialogs (in deren Rahmen „Ostkreuz“ drei Dialogtische mit Kooperationspartnern aus Marzahn-Hellersdorf und Kreuzberg mitorganisierte), beteiligte sich an der „Leitbild-AG“ des Trägerkreises sowie an der Vorbereitung der Moderator/innen der 3. TiD. Für den Trägerkreis und die ausrichtenden Organisationen sind die Tage des Interkulturellen Dialogs ein Beitrag zur weitergehenden Vernetzung und Impulsgeber für gemeinsame Diskurse, die nicht zuletzt die Auseinandersetzung mit Diskriminierung, Hasskriminalität, Rassismus, „Fremdenfeindlichkeit“ und Antisemitismus zu fördern geeignet sind.

- Mit dem Projekt „Schule OHNE Rassismus – Schule MIT Courage“ hat das MBT „Ostkreuz“ im Jahr 2005 eine Kooperationsvereinbarung geschlossen, die für das MBT weitere Zugänge zu Schulen öffnete. Zu den Erfahrungen aus der Zusammenarbeit mit der

[19] Eine weitere Zusammenarbeit mit dieser Gruppe ist für das vierte Quartal 2005 und darüber hinaus geplant – dann eher im Sinne einer Prozessbegleitung und Vernetzung als im Sinne von Fortbildungsveranstaltungen.

Zentralen Serviceeinheit der Berliner Polizei ZSE IV (ehem. Landespolizeischule, Referat D „Fortbildung“, FB „Politik, Gesellschaft und Allgemeinbildung“, SG „Politik“) im Bereich „Menschenrechtsbildung (2003-2004) haben das MBT „Ostkreuz“ und das Deutsche Institut für Menschenrechte einen Erfahrungsbericht erarbeitet, der Ende 2005 im Internet veröffentlicht wurde.

– Vielfalt als Ressource und Chance zu begreifen und zu gestalten ist das Ziel von Managing Diversity. Diesen langfristig angelegten und intensiven Prozess begleitet Ostkreuz derzeit an einer Neuköllner Schule. Hierbei kommt es darauf an, alle Akteure in ihrer individuellen Eigenständigkeit in eine demokratische Schulentwicklung einzubeziehen und die Teilhabe von Schüler/innen, Kollegium und Eltern zu ermöglichen.

– Seit März 2002 erscheint in vier bis sechswöchigem Rhythmus der Newsletter des mobilen Beratungsteams „Ostkreuz“. Im Jahr 2005 erschienen insgesamt acht Ausgaben, mit denen weiterhin über 300 Interessierte erreicht wurden. Der Newsletter dient einerseits der kontinuierlichen Öffentlichkeitsarbeit des MBTs und fungiert andererseits als Recherche- und Informationsplattform für Adressaten/innen des MBTs.

Insbesondere in Marzahn-Hellersdorf, aber auch in Kreuzberg, trug die Arbeit des MBTs zu einer nachhaltigen Vernetzung lokaler Akteure bei und hat darüber hinaus (etwa in Lichtenberg und Rudow) zur Entwicklung von Grundlagen für eine nachhaltige Qualifizierung und Vernetzung lokaler Akteure beigetragen. Der sich aus der Erfahrung mehrjähriger Arbeit erweiternde Fokus, wird mit der (Unter-)Titelveränderung von „Netzwerke gegen Rechts“ in „für Demokratieentwicklung, Menschenrechte und Integration“ seit Beginn des Jahres 2006 deutlich sichtbar.

10. Veranstaltungshaus „Werk 9“

Pädagogische Ziele und Angebote des Projektes

Grundlage der Arbeit ist die Kooperationsvereinbarung zwischen dem Bezirksamt Mitte von Berlin, Abteilung Jugendförderung, und dem Geschäftsbereich Soziale Räume und Projekte.

Das Medium ’Rockmusik’ ist ein besonders stark identitätsstiftendes und motivierendes Erfahrungsfeld für Jugendliche. Das Projekt „Mixtour im Werk 9“ beabsichtigt durch den kontinuierlich begleiteten Aufbau von Jugendbands, Theatergruppen und Veranstaltungen spezifische Freizeitinteressen von Jugendlichen zu befriedigen, um so eine Ebene der Selbstentfaltung, Selbstdarstellung und Selbsterfahrung zu schaffen.

Daraus resultieren folgende pädagogische Ziele:

– Herstellen eines Sozialisationsklimas, in dem Jugendliche Kreativität und individuellen Ausdruck entwickeln können,
– Stärkung von Selbstvertrauen und Selbstachtung,
– Bildung eines Zusammenhalts der Gruppe, Identifizierung des Einzelnen mit der Gruppe und Stärkung der individuellen Position des einzelnen Gruppenmitgliedes,
– Entwicklung eines eigenen Bewusstseins, einer eigenen Identität,
– Übernahme von Verantwortung bei der Organisation und Durchführung von Aktivitäten,
– Einbeziehung und Mitbestimmung der Jugendlichen in Entscheidungsprozesse des Hauses und die Förderung selbst organisierter Aktionen und Veranstaltungen Jugendlicher,
– Geschlechtsdifferenzierte Arbeit als Bestandteil des pädagogischen Wirkens,
– Einbringen und Umsetzen der Gender-Aspekte.

Entwicklung der inhaltlichen Arbeit des Projektes

Grundsätzlich entwickeln wir unsere Angebote ständig weiter im Sinne einer kontinuierlichen Prüfung der Wirkung. Dabei erfassen wir ein Meinungsbild zu den Angeboten und erfassen die Nachfrage bzw. Nutzung. Gleichzeitig bewerten wir die Entwicklung der Jugendlichen durch

unsere Mitarbeiter/innen. Anhand statistischer Erfassungen und Auswertungen wird die Nachfrage abgebildet.

Beschreibung der Zielgruppe(n)

Das Werk 9 wird von Jugendlichen im Alter von 14-27 Jahren besucht, die ihre Freizeit aktiv mit Musik oder Theater bzw. der kreativen Gestaltung oder im Umgang mit Technik verbringen wollen. Das Veranstaltungshaus Werk 9 ist kein ausschließlich kiezorientierter Klub mit entsprechendem Profil, sondern wird von Jugendlichen aus dem gesamten Bezirk und darüber hinaus auch von Jugendlichen aus anliegenden Bezirken besucht. Durch gemeinsame Interessen werden Jugendliche aus sämtlichen sozialen Strukturen und Lebenslagen angesprochen.

Angebotsstruktur

Die aufgeführten Ziele werden durch folgende Angebote umgesetzt:

Betreute Bandproben:
Junge Bands werden von Mitarbeitern/innen im Proberaum betreut. Dabei vermittelten sie den Jugendlichen die ersten Akkorde und Töne auf der Bass- und E-Gitarre, zeigen den Schlagzeugern/innen erste Rhythmuspattern und geben den Sängern/innen den Einsatz. Auch bei der Titelauswahl sind sie behilflich und erklären Schema und Akkordstruktur des entsprechenden Titels. Im Besonderen sind sie Ansprechpartner für Sorgen und Probleme der Jugendlichen. Das gemeinsame und regelmäßige Proben und die intensive Auseinandersetzung mit bandtypischen Konflikten führen dabei zwischen Bandmitgliedern und Betreuer/in zu einem Vertrauensverhältnis besonderer Art. Gerade bei den betreuten Bandproben zeigt sich immer wieder, wie wichtig gerade dieser Aspekt unserer Arbeit ist, da die entsprechenden Mitarbeiter/innen ein wichtiges Bindeglied zum Haus darstellen.

Unbetreute Bandproben:
Ältere Jugendliche bzw. Bands, die mit Instrumenten und der Bandprobesituation vertraut sind, können Instrumente und Technik in einem Proberaum nutzen. Die Mitarbeiter/innen kommen auf Wunsch der Jugendlichen dazu und geben entsprechende Hilfestellungen. Bei diesen Bands, die oft schon kleinere Konzertprogramme spielen können, sind die Vermittlung von Auftrittsmöglichkeiten und Kontakten, Organisation von eigenen Konzerten ein besonderer Teil der Arbeit und stellen die Schnittpunkte zum Haus und seinen Mitarbeitern/innen dar.

Einzelunterricht – Musikschule:
Jugendliche, die ein Instrument erlernen möchten, können Einzelunterricht in den Fächern Gesang, Gitarre, Bass und Schlagzeug erhalten. Dieses Angebot der ’musicbase’ wird ausschließlich von musikalischen Profis realisiert und hat ’Musikschulcharakter’. Hierbei werden Grundkenntnisse vermittelt, damit das hauptsächliche pädagogische Ziel - das gemeinsame Musizieren und Auftreten in einer Band - überhaupt möglich wird. Im Vordergrund steht eine intensive Auseinandersetzung mit dem Instrument bzw. der Stimme. Die Musikpädagogen/innen stellen die Verknüpfung mit anderen Angeboten des Projektes her (Bandproben, Konzerte, Fahrten) und bilden das Grundprinzip des Werk 9: ’Proben und Aufführen’ und vor allem kein sinnloses und oder zielloses Proben.

Veranstaltungen, Konzerte:
Im Werk 9 finden regelmäßig Konzerte statt, bei denen die Jugendbands ihr Programm vorstellen und dabei Bestätigung ihrer musikalischen Arbeit erfahren können. Besonders die jungen Anfängerbands werden von den Mitarbeiter/innen aufgefordert und motiviert, so ihre ersten Erfahrungen auf der Bühne und mit den Reaktionen des Publikums zu machen. Diese Konzerte unter dem Titel ’Five Live’ bzw. ’Six - Gigs’ (je nach Anzahl der auftretenden Bands) zeichnen sich durch eine bunte Mischung von jungen, gerade sich zusammengefundenen Bands und bereits erfahrenen Gruppen aus dem Werk 9 aus. Auch Jugendbands, die nicht im Werk 9 proben, sind an einem Auftritt bei diesen Veranstaltungen interessiert und werden - je nach Möglichkeit - ins Programm eingebunden. Das Publikum

(Freunde, Klassenkameraden, Werk 9-Stammpublikum) ist außerordentlich tolerant und bietet einen Schutzraum, den gerade die jungen Bands benötigen. So enden die ersten Bühnenerfahrungen für die jungen Musiker/innen nicht mit Frust und der Kontakt und das Kennen lernen anderer Jugendlicher fördern den Austausch, den Vergleich und die Diskussion untereinander und geben dem Musikprojekt eine Leistungsorientierung, die so gewollt und sinnvoll ist. Weiterhin werden Auftrittsmöglichkeiten auch außerhalb des Werk 9 organisiert.

Ein anderer wichtiger Bestandteil bei Veranstaltungen ist die Einbeziehung der jugendlichen Interessen und die Berücksichtigung der Freizeitbedürfnisse von Jugendlichen. So ist das Werk 9 mittlerweile auch über die Grenzen des Bezirkes bekannt, um eigene Veranstaltungen von Geburtstagsfeiern bis zu selbst organisierten Partys durchzuführen. Die jungen Menschen übernehmen mit Begeisterung die Organisation von Veranstaltungen, das Herstellen eigener Partydekoration und die musikalische Vorbereitung. Die Mitarbeiter/innen unterstützen bei der Organisation, sorgen für die Sicherheit und geben Hilfe für einen reibungslosen Ablauf.

Ohne den Freiraum der Jugendlichen zu beschneiden, ist es konzeptionell vorgesehen, Veranstaltungen durchzuführen, um Eigenmittel zu erwirtschaften. Diese Eigenmittel kommen dabei direkt der Jugendarbeit zu Gute und stellen langfristig eine Entlastung der ohnehin angespannten Haushaltssituation dar. Da hier nur kleine Teilerfolge zu verzeichnen sind, gilt diesem Bereich auch unser spezielles Augenmerk. Hinsichtlich langfristiger Konzepte, die eine komplette Entlastung der Finanzen von bezirklichen Strukturen bedeuten könnten, sind erste Schritte getan. Im Spannungsfeld kultureller Bedingungen, denen diese Konzeption mit täglichen Aktualisierungen jedoch unterworfen ist, sind noch viele Aufwendungen zu tätigen und viele Bedingungen zu verbessern. Wir versuchen dabei ständig attraktive Angebote für Jugendliche vorzuhalten.

Der seit über zwei Jahren organisierte Veranstaltungsbereich als wirtschaftlicher Zweckbetrieb stellt den ernsthaften Versuch dar, immer geringer werdende Fördermittel durch selbst erwirtschaftete Gelder auszugleichen. In Anbetracht der Konkurrenz im Berliner Event- und Veranstaltungsbereich gestaltet sich diese Idee als nicht so einfach umsetzbar wie geplant und stellt für alle Mitarbeiter/innen des Hauses eine große Herausforderung dar. Für das Jahr 2006 sind erneut Umstrukturierungen aufgrund der ständig wechselnden Szenen und Clublandschaft geplant.

Gruppenfahrten:
Gruppenfahrten als fester Bestandteil des Musikprojektes geben den Jugendlichen die Möglichkeit, sich für ein Wochenende bzw. eine ganze Woche mit einem musikalischen Thema zu beschäftigen und sind aus pädagogischer Sicht durch die Intensität gruppendynamischer Prozesse äußerst wertvoll. Die Jugendlichen musizieren dabei nicht in ihren herkömmlichen Bands, sondern kommen für jeden Titel aus verschiedenen Gruppen zusammen. Die Lieder werden in großen Gruppen, bestehend aus zehn bis zwölf Jugendlichen, geprobt. Man lernt sich über Bandgrenzen hinaus kennen, der musikalische Horizont der Jugendlichen erweitert sich und die Jugendlichen wachsen zu einer Gruppe zusammen. Sie fühlen sich unter Gleichgesinnten wohl, können sich kreativ ausdrücken und entfalten. Themen für diese Fahrten werden von den Jugendlichen vorgeschlagen (z. B. Deutschrock, Grunge, Filmmusik etc.). Nach der Fahrt werden die musikalischen Ergebnisse mit einem Konzert vorgestellt.

In den Sommerferien hat sich eine Kleingruppenfahrt mit stark freizeit- und erlebnisorientierten Charakter herausgebildet, die gleichfalls fester Bestandteil der Arbeit geworden ist. Auch hier haben die Jugendlichen die Möglichkeit, ihre Interessen in Bezug auf Reiseziel, Versorgung und Programm mit einzubringen.

Theater:
Die Jugendlichen des Theaterprojektes arbeiten gezielt auf die Premiere eines - zumeist in der Gruppe ausgesuchten - Stückes hin. Die Erarbeitungsphase dauert vier bis sechs Monate und beinhaltet neben den wöchentlichen Proben auch Wochenendfahrten, bei denen die Jugendlichen intensiv proben, sich innerhalb der Gruppe besser kennen lernen, ein Gemeinschaftsgefühl entwickeln und schließlich Spaß und Party nicht zu kurz kommen. Für jede Theaterproduktion des Werk 9 wird eine Band gegründet, die sich aus Jugendlichen des

Musikprojektes zusammensetzt und die Vorstellungen live ’begleitet’. Das musikalische Spektrum reicht dabei - je nach Theaterstück - von Klassik bis Rock.

Technikprojekt:
Im Technikprojekt haben Jugendliche die Möglichkeit, auf dem Gebiet der Ton-, Licht- und Videotechnik sowie des computergestützten Musizierens, Erfahrungen zu sammeln und sich auszuprobieren. Die Projektziele werden mit denen der Musik-, Veranstaltungs- und Theaterprojekte verbunden. So erlernen Jugendliche in Kursen z. B. das Umgehen mit der Lichttechnik und leuchten dann das nächste Konzert, Party oder ein Theaterstück aus. Durch Vermittlung von Kenntnissen der Tontechnik werden junge Menschen befähigt, selbst die Technik bei Demoaufnahmen von Bands, sowie das Abmischen der Werk 9-Bands bei Konzerten, Partys usw. einzurichten und zu bedienen.

Gestaltungsprojekt:
Die Jugendlichen des Gestaltungsprojektes erarbeiten das nächste Bühnenbild, Partydekorationen sowie Plakate, Flyer und sonstiges Werbematerial für die Veranstaltungen des Hauses (Konzerte, Partys, Theatervorstellungen, Diskussionsrunden). Auch die Internetseite des Hauses - eine wichtige Form der Öffentlichkeitsarbeit heute - wird von Jugendlichen gestaltet (www.werk9.de). Wobei ein jeweils verantwortlicher Mitarbeiter die Vorschläge der Jugendlichen dann gemeinsam umsetzt.

Das Leistungsangebot

Im Werk 9 stehen drei komplett eingerichtete und schallisolierte Proberäume zur Verfügung, die wie folgt ausgestattet sind: Schlagzeug, Bassverstärker, Gitarrenverstärker, Gesangsanlage bestehend aus Mikrofonen, Verstärker und Monitorboxen sowie Abspielmöglichkeiten für CD und Tape. Jugendliche, die kein eigenes Instrument zur Verfügung haben, können entsprechende Instrumente für die Zeit ihres Aufenthalts kostenfrei ausleihen. Optional stehen Keyboards, Perkussionsinstrumente und weitere Mikrofone zur Verfügung. Diese technische Ausstattung ermöglicht somit allen interessierten Jugendlichen, die kein eigenes Instrument haben, in einer Band zu spielen und sich musikalisch auszuprobieren. Im Veranstaltungsraum können Partys und Konzerte für ca. 200 Personen stattfinden. Die entsprechende Veranstaltungstechnik ist vorhanden.

Personal

1 fest angestellter Mitarbeiter - Diplom-Sozialpädagoge
diverse Honorarkräfte
1 AZUBI.

Im Sinne einer kontinuierlichen Arbeit stellt die momentane Personalsituation in Bezug auf Anzahl, Qualität und Qualifizierung ein Minimum dar. Finanz- und haushaltsbedingte Kürzungen gehen zu Lasten von Qualität und Quantität.

Fachliche Leistung

Regelmäßige wöchentliche Angebote:
Bandproben, Einzelunterricht, Theaterkurs, Graphikkurs, Technikkurs, Schülercafé.

Öffnungszeiten und Projektarbeit wöchentlich:
Montag bis Donnerstag von 14.00-21.00 Uhr ggf. bis 22.30 Uhr.

Veranstaltungen

Freitag, Samstag: ca. 100 Veranstaltungen im Jahr.
Sonntag: teilweise Theateraufführungen oder Spezialveranstaltungen.

Mitwirkung an besonderen Veranstaltungen wie:
Tage der offenen Tür, Open Air Konzerte, Aktionstage, Schulfest, vermittelte Konzerte, etc.

Erreichte Ziele

Die genannten pädagogischen Ziele wurden insofern erfüllt, als dass sie Teil des Angebotes und der täglichen Arbeit sind.

Besonders hervorzuheben ist im Jahr 2005 die Erarbeitung eines Theaterstückes, wo von Seiten des Werk 9 lediglich der äußere Rahmen vorgegeben wurde. Viele Probleme konnten durch eigenverantwortliches Engagement und Durchsetzungsvermögen positiv realisiert werden. Die Jugendlichen mussten sich selbst kümmern. Positiv ist auch zu berichten, dass es uns gelungen ist, gemeinsam mit den Jugendlichen die Proberäume des Musikprojektes zu renovieren ohne den Normalbetrieb einzuschränken. Weiterhin konnte im Musikschulbereich unseres Musikprojektes der Fußboden eines Raumes instand gesetzt werden, ebenfalls ohne Einschränkung des Normalbetriebs.

Zusammenarbeit im sozialen Umfeld

Wir kooperieren mit vielen Ansprechpartnern/innen bei den vielen gemeinsamen Veranstaltungen: Sie reichen von pädagogischen Koordinatoren/innen bis zu Projektleitern/innen, von Schülervertretungen und Schulleitungen bis Geschäftsführer/innen. Sie erstrecken sich bis in die verschiedenen Bereiche von Schule und Jugendarbeit. Kooperationspartner sind das benachbarte, aber auch andere Gymnasien im Bezirk, andere Projekte des Geschäftsbereichs Soziale Räume und Projekte, freie Theatergruppen, u. a. Projekte und Einrichtungen der Jugendförderung und des Bezirksamtes Mitte. Wir bieten Unterstützung bei Schulfesten, Tagen der offenen Tür, schaffen Rahmenbedingungen für Theaterstücke und Konzerte, organisieren Bandauftritte bei Veranstaltungen außer Haus und unterstützen Schulen in ihren Bemühungen bei Veranstaltungen.

Evaluation und Dokumentation der Arbeit

Im Rahmen des Qualitätsmanagements führen wir seit dem Jahr 2003 eine Selbstevaluation durch. Ziele sind dabei:

- Prüfung der Kriterien auf ihre Relevanz,
- Befragung der Jugendlichen zu den Angeboten,
- beginnend dazu die Erhebung der Sozialdaten der Projektteilnehmer/innen,
- Einschätzung und Bewertung der Jugendlichen aus Sicht der betreuenden Mitarbeiter/innen,
- Vorbereitung einer Kundenbefragung geplant für den Zeitraum 1/2006,
- Verbesserung der Struktur der verwaltungstechnischen Ablage und Büroorganisation.

Es sind des Weiteren neue Schritte zur Qualitätsverbesserung zu überlegen in Bezug auf die unterschiedlichen Qualitätsanforderungen (QM nach DIN ISO des Geschäftsbereichs Soziale Räume und Projekte und QM der Berliner Jugendfreizeitstätten).

Wir versuchen ständig unser Angebot an den Bedürfnissen der Jugendlichen zu orientieren. Die Kundenbefragung steht für Anfang des Jahres 2006 an vorderer Stelle. Nach entsprechender Auswertung sollen die Ergebnisse direkt in die Arbeit einfließen und es soll geprüft werden, in wie weit diese Befragungen zu einem regelmäßigen Bestandteil werden sollen.

Mitbestimmung

Im Werk 9 gibt es viele Jugendliche, die sich für die Angebote interessieren und darüber hinaus auch Interesse an einem persönlichen Gestaltungsspielraum haben. Wir bieten diesen zunächst in vielerlei Hinsicht. Wir besprechen gemeinsam die Themen für Musikpartys und Fahrten. Wir erarbeiten zusammen den Rahmen für Theaterstücke, für sonstige Veranstaltungen und stellen verschiedenen Bausteine zur Disposition. Das Schülercafé ist fast selbstverwaltet und wird nahezu eigenverantwortlich in einem überschaubaren Zeitraum besetzt. Wir bieten Raum für Schulpraktika und stellen dabei besonders auf Eigenverantwortlichkeit ab. Diese Prozesse werden meistens im Rahmen von Dienstberatungen vorbereitet und entwickelt. Danach werden die Jugendlichen informiert und in einem Gesprächskreis werden dann alle umsetzungsrelevanten Dinge entwickelt und besprochen. Nach „getaner Arbeit“ gibt es eine Auswertung.

Öffentlichkeitsarbeit

Im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit sind unsere Arbeiten vielfältig aufgegliedert. Wir halten seit Jahren eine Internetseite vor, gestalten Werbe- und Präsentationsmaterial für diverse Multiplikatoren und Anlässe, gestalten Plakate für Konzerte und Theaterstücke und versuchen von Zeit zu Zeit durch Kontakte zu den Medien auf unsere Arbeit und besondere Höhepunkte aufmerksam zu machen. Für professionalisierte Lösungen durch entsprechende Werbeagenturen war aber bis dato nicht genügend finanzielle Substanz vorhanden. Prinzipiell sind wir mit unseren Möglichkeiten vertraut und bieten auch hier den Jugendlichen die Möglichkeit, sich an dieser Arbeit zu beteiligen.

Ausblick

Im Jahr 2005 konnten in finanzieller Sicht zum Teil wichtige Weichen gestellt werden. Zum einen liefen die Vorbereitungen für den Antrag 2006/2007, was in der Realität auch Sicherheit für die nächsten zwei Jahre bedeutet. Allein dieser Fakt ist bei weitem nicht alltäglich und auch nicht in allen Bezirken Praxis und stellt eine positive Entwicklung dar. Dinge können damit auch über einen längeren Zeitraum geplant und durchgeführt werden können.

11. Abenteuerspielplatz „Stadt der Kinder“

Der Abenteuerspielplatz „Stadt der Kinder“ (ASP) ist ein pädagogisch betreuter Spielplatz in Berlin-Mitte.

Die Zielgruppe des ASP sind Kinder im Alter von 6-14 Jahren. Kinder unter 6 Jahren können den ASP gern, aber nur in Begleitung eines Erwachsenen besuchen. Jugendliche über 14 Jahre können den ASP ebenfalls gerne, aber nur punktuell, d. h. im Rahmen von Besuchsregelungen oder z. B. zur Mithilfe bei Festen und Feiern, besuchen.

Ziele

Die Ziele der pädagogischen Arbeit des ASP sind:

- Förderung der Entwicklung von Selbstvertrauen, Selbstbewusstsein und Selbständigkeit der Besucher/innen,
- Erlangen von Konflikt- und Kooperationsfähigkeit,
- Entwicklung einer eigenen, wertschätzenden Geschlechtsidentität,
- Erlernen von handwerklich-kreativen Techniken und Förderung des kreativen Ausdrucksvermögens,
- Entwicklung eines eigenen, wertschätzenden Selbstbilds hinsichtlich Herkunft und Nationalität,

– Vermittlung von kognitiven und motorischen Erfolgserlebnissen zur Erlangung eines positiven Selbstbilds,
– Förderung der deutschen Sprachkenntnisse,
– Umsetzung und Übung von schulischen Lern- und Wissensinhalten.

Aktuelles

Der Abenteuerspielplatz „Stadt der Kinder“ hat am 30. Mai 2005 seinen Betrieb am neuen Standort in der Rosenthaler Str. 59 aufgenommen. Die ersten Monate der Arbeit waren vor allem geprägt von der Einrichtung und Gestaltung des Platzes sowie der Begrüßung alter und neuer Besucher/innen auf dem neuen Gelände. Auch die veränderte Zusammensetzung des Teams erforderte einen Neuanfang. Durch den zentralen Standort und die transparente Gestaltung des Geländes, das in unmittelbarer Nachbarschaft zahlreicher Wohnhäuser, zweier Schulen sowie eines öffentlichen Bolzplatzes liegt, hat sich der ASP zu einem Dreh- und Angelpunkt des Geschehens auf dem Platz entwickelt, der auch von vielen Jugendlichen und Erwachsenen genutzt wird.

Der Umzug auf das so genannte „Gormanndreieck“, das Gelände zwischen Gormann-, Stein- und Rosenthaler Str. in Alt-Mitte, kann als sehr erfolgreich bezeichnet werden. Der ASP hat sich am neuen Standort als kontinuierliches Freizeitangebot für die Kinder im Kiez etabliert. Die Mitarbeiter/innen sind Ansprechpartner/innen für Belange aller Art.

Es ist gelungen, sowohl einen großen Teil der Besucher/innen des alten Platzes auf das neue Gelände „mitzunehmen“, als auch zahlreiche neue Kinder auf den Platz aufmerksam zu machen. Die Besucher/innenzahlen waren von Beginn der Öffnung an hoch und haben sich bis Jahresende entsprechend der Jahreszeiten auf entsprechend hohem Niveau gehalten. Besonders der Anteil der Kinder zwischen 6 und neun Jahren ist deutlich gestiegen.

Aus einer zunächst konflikthaften Auseinandersetzung mit einer Gruppe Jugendlicher konnte in Zusammenarbeit mit den Mitarbeiter/innen von Gangway e. V. eine Klärung erreicht werden. Im Laufe des Jahres entwickelte sich aus einer friedlichen Koexistenz ein insgesamt gutes Verhältnis, so dass die Jugendlichen inzwischen zu einer „sekundären“ Zielgruppe der Arbeit geworden sind.

Weiterentwicklung des Konzepts

Im Rahmen der Anpassung des pädagogischen Konzepts an die aktuellen Bedürfnisse und Lebenslagen der Besucher/innen wurden vier Schwerpunktbereiche ausgewählt.

– Erkenntnis und Konflikt – Interkulturelles Miteinander auf dem ASP:
  Seit der Eröffnung am neuen Standort ist der Anteil der Kinder und Familien mit Migrationserfahrung oder Migrationshintergrund auf dem ASP gestiegen. Trotz eines insgesamt freundlichen und respektvollen Miteinanders gibt es eine Zunahme von beleidigenden und rassistischen Äußerungen und verbalen Attacken unter den Kindern, die sich auf ethnische Herkunft, Hautfarbe oder religiöse Bräuche bezieht. Aus dem Wunsch, das Thema über die Klärung der jeweiligen Konflikte hinaus zu bearbeiten, entstand dieser Schwerpunkt.

– Mädchen und Jungen – Gender Mainstreaming auf dem ASP:
  Die Basisangebote des ASP wie Hüttenbau, Lagerfeuer, handwerkliche Angebote und überwiegende Aktivitäten im Freien sind Angebote, die vor allem Jungen zunächst eher ansprechen, während sie für Mädchen erst mal eher eine Hürde darstellen. Durch die Stelle, die der ASP im Rahmen von Sondermitteln für Jungenarbeit zur Verfügung hat, können wir die Bedürfnisse der Jungen differenziert und gezielt wahrnehmen und ihnen gerecht werden.

  Im Bezug auf die Mädchen liegt der Schwerpunkt dagegen eher auf der Senkung der Hemmschwellen im Zugang zum Platz durch transparente Gestaltung, feste

Angebotsstrukturen, die den Wünschen und Bedürfnissen entsprechen und der kontinuierlichen Präsenz von Mitarbeiterinnen. Parallel dazu gibt es einmal wöchentlich feste Mädchenangebote und eine Honorarmitarbeiterin, die sich den Bedürfnissen der Mädchen auf dem Platz widmet. Darüber hinaus ist die geschlechterreflektierende Arbeit und die Vermeidung von stereotypen Geschlechterbildern und entsprechenden Aktions- und Angebotsbereichen ein Grundsatz der pädagogischen Arbeit. Der Erfolg dieses Ansatzes schlägt sich bereits jetzt in den Besucher/innenzahlen nieder: der Anteil der Mädchen liegt im Schnitt kontinuierlich bei fast 50 %.

– Was heißt Demokratie? - Mitbestimmung und Partizipation für alle:
  Die Angebotsstruktur mit einer Mischform von festen Wochentagen zugeordneten Angeboten und Freiraum und Kapazität für die Entwicklung und Umsetzung eigener Anliegen, Ideen und Projekte der Kinder hat sich bewährt und ist gelebte Realität, so dass die Programmgestaltung den größte Baustein der Beteiligung darstellt. Darüber hinaus existiert eine mehrmals jährlich stattfindende Kinderkonferenz als zentrales Mitbestimmungsgremium, in dem demokratische Grundregeln geübt und erklärt werden. Die Themen der Kinderkonferenz sind bestimmt durch konkrete und für die Kinder naheliegende und weiter verfolgbare Inhalte, wie z. B. die Abstimmung neuer Regeln, die Auswahl von Ausflugszielen oder die Gestaltung des Ferienprogramms. So gab es z. B. auf Initiative der Kinderkonferenz im Jahr 2005 eine Angebotsreihe „Extra für Mädchen“ oder eine veränderte Regelung in der Kinderkiezküche, die die Teilnahme am Essen ohne Bezahlung, dafür durch Mitarbeit auf dem Platz, ermöglicht.

– Experimentieren, Begreifen und Verstehen – Lernen mit Spaß und Erfolg:
  Dem zu Grunde liegt die Beobachtung, dass zahlreiche Kinder sog. Lernbehindertenschulen besuchen und/oder durch schulische Misserfolge sehr belastet sind. Im Rahmen dieses Schwerpunkts greifen die Mitarbeiter/innen aktuelle Lerninhalte oder Schulprojekte auf und setzten sie praktisch um, z. B. durch einfache physikalische Experimente, bildliche Anordnung von Rechenaufgaben, Wörter- oder Schreibrätsel oder durch den eigenständigen Betrieb eines Kinderkiosk, bei dem Kalkulation und Gewinnerrechnung die Anwendung verschiedener Rechenarten fördert.

Der ASP im Sozialraum

Seit der Neueröffnung gibt es ein reges Interesse der Eltern und Nachbarn/innen, die sich vor allem bei schönem Wetter gerne gemeinsam mit ihren Kindern auf dem ASP treffen. Dies diente als Grundlage für die Entwicklung zahlreicher freundlicher, nachbarschaftlicher Verhältnisse, für beratende Elterngespräche sowie erste Formen der ehrenamtlichen Mitarbeit.

Bei etwa der Hälfte der Stammbesucher/innen kennen die Eltern oder ein Elternteil den ASP sowie die Mitarbeiter/innen, so dass der Kontakt als gut, aber unterschiedlich intensiv bezeichnet werden kann.

An die Tradition, den ASP bei privaten Familienfesten oder Kindergeburtstagen als Veranstaltungsort zu nutzen, konnte dank der weiteren Nutzungsmöglichkeit des alten Geländes in der Nähe angeknüpft werden. Diese Möglichkeit wird gern und zunehmend genutzt.

Kooperation und Vernetzung

Der ASP war auch im Jahr 2005 Mitglied im Landesverband der Abenteuerspielplätze und Kinderbauernhöfe Berlin-Brandenburg – AKIB e. V. und arbeitete dort an der Entwicklung eines gemeinsamen Profils des AKIB mit. Der ASP arbeitete außerdem kontinuierlich in der AG 1 nach § 78KJHG des Bezirks Mitte von Berlin mit und machte sich in diesem Rahmen stark für die Gründung einer regionalen Arbeitsgemeinschaft.

Es besteht eine Kooperationsvereinbarung mit einer privaten Kindertagesstätte aus der Nachbarschaft, die einen Teil des alten Geländes als Außenfläche für ihr Betreuungsangebot

nutzt. Es besteht Kontakt und Austausch mit einer heilpädagogischen Tagesgruppe sowie mehreren Horten, die den ASP regelmäßig besuchen.

In mehreren Fällen nutzten Einzelfallhelfer/innen den ASP als Ort, um sich mit ihrem zu betreuenden Kind zu treffen und in fachlichen Austausch mit den Mitarbeiter/innen des Teams zu treten.

Der Präventionsbeauftragte des Polizeiabschnitt 31wurde eingeladen, um die Einrichtung kennen zu lernen und die Möglichkeiten und Grenzen der Zusammenarbeit zu erörtern. Der ASP beteiligte sich außerdem am Straßenfest in der Steinstrasse sowie am Interaktiv-Festival auf dem Alexanderplatz.

Besondere Problemlagen

Ein großer Teil der Besucher/innen kommt aus sozial schwachen Familien, die in unterschiedlich hohem Maß durch Armut, Arbeitslosigkeit oder hohe Belastung durch Berufstätigkeit, beengte Wohnverhältnisse und ein hohes Konfliktpotential in den Familien geprägt ist.

Für die Arbeit des ASP heißt das, dass für viele Besucher/innen das Erlernen eines respektvollen sozialen Miteinanders und das Erlernen von eigenen und interaktiven Konfliktlösungsmöglichkeiten eine große Herausforderung und ein Lernfeld ist.

Die schwache finanzielle Ausgangslage vieler Familien hat außerdem zur Etablierung des Angebots „Kinderkiezküche“ geführt: Mit Unterstützung der Berliner Tafel e. V. wird dreimal die Woche gemeinsam mit den Kindern gekocht und gegessen, das gemeinsame Zubereiten von Mahlzeiten aus frischen Zutaten und das gemeinsame Essen stehen dabei im Vordergrund. Außerdem sind Ausflüge und besonderen Aktivitäten wie Kino- oder Museumsbesuche für die Kindern in der Regel kostenlos.

Ausblick

Die gelungene Wiedereröffnung des ASP und die Anpassung des Konzepts an die aktuellen Bedürfnisse und Herausforderungen der Kinder bilden die Grundlage für die Entwicklung im Jahr 2006. Dabei liegt ein besonderer Focus auf der Weiterentwicklung von Gender Mainstreaming; eine interne Fortbildung dazu ist bereits geplant.

Für das Jahr 2006 steht außerdem die Suche bzw. Entwicklung einer geeigneten Methode zur antirassistischen Arbeit von und für Kinder im Mittelpunkt der Arbeit. Ein weiterer Schwerpunkt wird die Fortführung der Vernetzung mit anderen Jugendhilfeeinrichtungen sowie die Kontaktaufnahme mit den angrenzenden Schulen sein. Auch mögliche Formen der Einbindung von ehrenamtlichen und freiwilligen Helfer/innen werden ein Zukunftsthema.

12. Platzmanagement Alexanderplatz

Das Platzmanagement Alexanderplatz befindet sich seit Januar 2003 in der Trägerschaft des Geschäftsbereichs Soziale Räume und Projekte in Kooperation mit Gangway e. V.

Hintergrund

Aus der Idee, den Alexanderplatz als zentralen Stadtplatz in seiner Funktion als Treffpunkt und Aufenthaltsort junger Menschen aus Berlin, aber auch in seiner Bedeutung für diese Zielgruppe über Berlin hinaus zu erhalten, entstand im Jahr 2001 das Platzmanagement Alexanderplatz.

Das Platzmanagement ist nicht auf Beteiligungs- und Jugend(sozial)arbeit reduziert. Über die Beteiligung und Jugend(sozial)arbeit hinaus, bildet das Platzmanagement eine einzigartige

Schnittstelle zwischen verschiedensten Nutzer/inneninteressen, Fachämtern und Fachplanung. Damit zielt das Projekt auf eine gemeinwesenorientierte Gestaltung öffentlichen Raums. Dabei wird, basierend auf Jugend(sozial)arbeit und parteiergreifend für junge Menschen, ergebnisoffen und unvoreingenommen die Diskussion mit allen Beteiligten gesucht.

Das Platzmanagement hat sich im Berichtsjahr für die Verstetigung der Partizipation junger Menschen am Alexanderplatz eingesetzt. Dazu wurde jungen Menschen weiterhin die Gelegenheit gegeben, sich aktiv an der Gestaltung und an dem Geschehen auf dem Alexanderplatzes einzubringen. Ein weiterer Ansatz der Arbeit war der Ausbau des Platzmanagements zu einer Interessenübergreifenden Schnittstelle, die dem Namen Platzmanagement gerecht werden kann. Dazu wurde ein Netzwerk zwischen Politik, Verwaltung, Wirtschaftunternehmen, Kultur- und Sozialarbeitsprojekten initiiert.

Zielgruppe

Die sich aus dem Hintergrund ergebene Arbeit ergibt eine differenzierte Zielgruppenbeschreibung. Vorrangig sind weiterhin junge Menschen, die sich auf dem Alexanderplatz aufhalten, im Focus der Arbeit. Verstärkt wird aber die Kooperation mit Wirtschaftsunternehmen und Kulturprojekten gesucht, um ein ganzheitliches Konzept zur Verbesserung der Atmosphäre im Bereich Alexanderplatz erstellen zu können.

Arbeitsgebiete und Schwerpunkte

Im Sinne der Nachhaltigkeit der Arbeit des Platzmanagements wurden vor allem die bestehenden Projekte begleitet und unterstützt. Zur Sicherung dieser Projekte wurden begleitende Gespräche mit (potenziellen) Unterstützern geführt, um die Kontinuität für die beteiligten jungen Menschen gewährleisten zu können.

Verschiedenste Projekte wurden und werden im Bereich der Jugendhilfe vom Platzmanagement unterstützt, koordiniert und initiiert:

JobberDeLuxe
Jobvermittlung von Jugendlichen für Jugendliche
Das Projekt hat sich Ende April 2006 in eine kreative Pause begeben und ist nicht mehr tätig.
Unsere Partner: Gangway e. V. – Jobteam - Team Mitte, Jobbörse Prenzlauer Berg, Compass Mitte, Jugendförderung Mitte.

InterAktiv
Der Aktionstag auf dem Alexanderplatz unter dem Motto „mitmachen, mitreden, mitplanen und mitbewegen“. Mehr Information auch unter www.interaktivberlin.de. Unsere Partner: Kinder- und Jugendbüro Mitte, Drehscheibe Kinder- und Jugendpolitik, Kinderring e. V., Jugendförderung des Bezirksamtes Tempelhof- Schöneberg, Gangway e. V.

U18 und Erstwähler/innenkampagne - 06- mein erstes Mal
Die Wahl für alle jungen Menschen unter 18 Jahren.
Nach der bundesweiten Durchführung im Jahr 2005 findet in Berlin aufgrund der Absenkung des Wahlalters im Rahmen der Kommunalwahl eine Erstwähler/innenkampagne sowie U18 im Zusammenhang mit der Abgeordnetenhauswahl statt.

Hall of Fame am Alexanderplatz
Eine Wand, an der Sprayer sich jederzeit legal ausprobieren und sich der Öffentlichkeit präsentieren können. Wer gut ist, erhält den „Fame“ der anderen und wird nicht übersprüht.
Unser Partner: Drehscheibe Kinder- und Jugendpolitik.

Spielfeder am Fuß des Fernsehturmes und vor dem Roten Rathaus
Kostenlos kann hier Beachvolleyball und Streetball gespielt werden.
Diese Bereiche haben sich als Anziehungspunkte für viele junge Menschen am Alexanderplatz entwickelt.

Ein Schwerpunkt der Arbeit ist verstärkt der Ansatz des Konfliktmanagements geworden. So konnte im Konfliktfall der ballspielenden jungen Menschen und der dort vorhandenen Anwohner ein Konsens gefunden werden, mit dem alle Beteiligten zufrieden waren. Nicht zuletzt aufgrund der direkten Kommunikation zwischen „Störern und „sich gestört Fühlenden“ war dieser Prozess ein deutlicher Erfolg der Arbeit. Ein weiterer Konfliktfall war der Freitagstreff auf dem Alexanderplatz, der vor allem bei den gewerblichen Anrainern zu Unmut geführt hat. Aber auch der Alkoholkonsum der zum Teil minderjährigen jungen Menschen sorgte für Probleme. Hier konnten durch eine vom Platzmanagement initiierte Runde zwischen Jugendhilfe und Polizei, kreative Lösungen gefunden werden. Mit „gelben und orangefarbenen Karten“ wurde das Gespräch mit den Jugendlichen gesucht, indem man sie auf Problembereiche aufmerksam machte. Zudem stellten sich die Geschäftsführungen der angrenzenden Unternehmen dem direkten Gespräch und signalisierten so eine Gesprächsbereitschaft und die Anerkennung des Aufenthaltsrechtes junger Menschen auf dem Platz. Die Jugendlichen erkannten ihr Problemverhalten und akzeptierten im Gegenzug Kompromisse und Einschränkungen im Rahmen ihres Treffs. Dieses Vorgehen vermied die „Rote Karte“ die zum Auflösen des Freitagstreffs geführt hätte.

Öffentlichkeitsarbeit

Mit der weiteren Betreibung der Internetseite und der Versendung des eigenen Newsletters wird weiterhin eine Fachöffentlichkeit erreicht, die sich aus unterschiedlichen Motiven heraus für den Alexanderplatz interessieren. Aufgrund erhaltener Rückmeldungen und einer Kundenbefragung kann beides als akzeptiert und angenommen angesehen werden.

Weiterentwicklung des Projektes

Das Platzmanagement hat Politik, Verwaltung und wirtschaftliche Anrainer zu einem Neujahrsbrunch eingeladen, um sich kreativ über die Zukunft des Alexanderplatzes zu verständigen. Aus diesem Brunch hat sich eine Alex-Breakfestrunde entwickelt, zu der immer ein anderes Unternehmen einlädt. Damit wurde das erste Mal am Alexanderplatz eine gemeinsame Runde von Wirtschaft und Verwaltung ermöglicht, die aktiv die Verbesserung der Atmosphäre auf dem Alexanderplatz und die wirtschaftliche Standortentwicklung im Blick hat. Erfreulicherweise konnten erste Aktionen schon im Jahr 2006 umgesetzt werden. Das Platzmanagement übernimmt in diesem Zusammenhang verstärkt die Moderation der Breakfestrunde und die Koordination einzelner Projekte. Dabei versucht das Platzmanagement verstärkt die vertretenen Interessen aus den Bereichen Jugend, Wirtschaft und Kultur miteinander zu verbinden und Gemeinsamkeiten herzustellen. Die Entwicklung eröffnet die Möglichkeit, das Konzept eines wirtschaftlichen „Platzmanagements“, wie es an anderen Wirtschaftsstandorten verstanden wird, zu erweitern und einen ausgewogenen Interessensausgleich aller Beteiligten herzustellen.

Ausblick

Das Platzmanagement befindet sich in der Phase einer deutlichen Umwandlung, die zu vielen Spekulationen einlädt. Als Jugendprojekt hat es die Notwendigkeit von Lobbyarbeit für junge Menschen im öffentlichen Raum bewiesen, die Erfolge der letzten Jahre belegen dies anschaulich. Trotz Neuordnung des Platzes ist es gelungen, die Interessen junger Menschen im Bereich Alexanderplatz zu verorten. Nun wird das Platzmanagement beweisen müssen, ob mit dieser Entwicklung die Einrichtung einer neutralen Schnittstelle möglich ist. Das zukünftige Platzmanagement muss nun die Theorie in die Praxis umsetzen und gleichberechtigt alle Interessen im Bereich Alexanderplatz in der Arbeit berücksichtigen und im Falle von Konflikten entsprechende Moderationen anbieten. Unter dem Focus der Finanzierung dieser Arbeit wird eine zusätzliche Finanzierung aus dem Bereich Wirtschaft notwendig sein, die über öffentliche Gelder, wie auch über die Wirtschaftsunternehmen, denkbar wären. Die Tragfähigkeit dieses Konzeptes wird sich im Jahr 2006 beweisen müssen.

13. Schulsozialarbeit im Verbund

Die „Schulsozialarbeit im Verbund“ bringt sozialpädagogische Kompetenzen, mit Berücksichtigung der Interessen von Schüler/innen, Eltern und Lehrern/innen, in den Schulalltag ein. Die institutionelle Trennung von Jugendhilfe und Schule soll dabei verringert werden. Im Interesse der Schüler/innen und ihrer Familien werden bestehende ziel- und aufgabenorientierte Angebote in der Schule und im Stadtteil miteinander vernetzt.

Das Gebiet des Stadtteilmanagements Brunnenviertel in Berlin Mitte, Ortsteil Wedding, in dem das Projekt angesiedelt ist, gehört zu den Berliner Stadtteilen mit signifikanten sozialen Belastungen. Unter anderem ist das Gebiet gekennzeichnet durch häufige Arbeitslosigkeit der Eltern, geringe Familieneinkommen und relative Bildungsferne der Familien. Der Anteil von Schüler/innen nicht deutscher Herkunft ist überdurchschnittlich hoch. Er wird von den Schulen mit mind. 80 % angegeben. Die Förderung des Projektes erfolgt zu gleichen Teilen durch das Stadtteilmanagement und das Jugendamt Mitte nach §13.1. SGB VIII. Die Schulsozialarbeit ist dadurch als Verbund begründet, indem es sich als ein integratives Angebot an zwei Grundschulen und einer bezirklichen Jugendfreizeiteinrichtung mit Vernetzung in diesem Kiez definiert.

Im Februar 2006 startete das Projekt mit Angeboten an den beiden Grundschulen (GS) im Brunnenviertel (der Vineta-GS und der Heinrich-Seidel-GS) sowie im Olof-Palme-Jugendzentrum. Zum Teil werden bestehende Aktivitäten und Aufgaben begleitet und unterstützt sowie darüber hinaus neue Impulse befördert. In der ersten Phase hat das Projekt im Rahmen offener Angebote der Kontaktaufnahme und Beratung in den Schulen die vorhandenen Ressourcen, engeren Zielgruppen innerhalb der Schülerschaft und deren Bedarfslagen ermittelt. Durch den stetigen und regen Austausch mit den beiden Schulleitungen und verschiedenen Lehrer/innen konnten schnell erste Projekte als Sofortmaßnahmen in den Schulen realisiert werden.

Zielgruppen und Ziele

Das Projekt dient sowohl der generellen Förderung der Kinder und Jugendlichen zum Ausgleich sozialer Benachteiligungen, wie auch einzelnen Kindern bei der Überwindung individueller Beeinträchtigungen durch die Einleitung gezielter Hilfen. Das Projekt soll damit einen Beitrag zur Integration und Wiedereingliederung möglichst vieler Kinder in ihr schulisches und nachbarschaftliches Umfeld leisten.

Methoden

In der Startphase hat die Situationsanalyse an beiden Schulen erste Schwerpunkte für das zu entwickelnde Profil dieser Arbeit ergeben:

- Offene Kontaktangebote zum Beziehungsaufbau zu Schülern/innen, Eltern und Lehrern/innen,
- Beratungsangebote für Schüler/innen, Eltern und Lehrer/innen bei Konflikten und Problemen,
- Begleitung von Schüler-, Lehrer- und Elterngesprächen,
- Einleitung von Hilfen in Abstimmung mit Eltern, Schulen und den Fachdiensten bei entsprechendem Bedarf,
- Kooperation mit Lehrenden auf dem Gebiet des sozialen Lernens (z. B. Mädchen- und Jungenstunden, Konfliktlotsenausbildung, Jungengruppe) mit dem Ziel durch das Einbringen sozialpädagogischer Arbeitsmethoden, neue Impulse zu fördern,
- Einzelprojekte zu integrativen, lebensweltbezogenen und präventiven Themen des sozialen Lernens wie z. B. zum Thema Sexualität, kulturelle Identität u. ä.,
- ziel- und aufgabenorientierte Vernetzung bestehender Angebote in der Schule und im Stadtteil im Interesse der Kinder und ihrer Familien,
- Begleitung und hinführen von Kindern und Jugendlichen zu Jugendfreizeitangeboten im Stadtteil in enger Zusammenarbeit mit dem Olof-Palme-Jugendzentrum,

– Erschließung von „Räumen des sozialen Lernens“ im Stadtraum als Kooperation der Schulen mit Partnern im Quartier sowie der Kooperation bei Beteiligungsprojekten.

Personelle und räumliche Ressourcen

– Sozialpädagogin 3/4 RAZ, Mediatorin zur Konfliktlotsenausbildung, Elternerziehungstrainerin, sozialtherapeutische Weiterbildung,
– Diplom-Pädagoge 3/4 RAZ, Gärtner, Museums- und Medienpädagogische Arbeitserfahrung.

Das Olof-Palme-Jugendzentrum hat dem Projekt einen Raum zur Verfügung gestellt, der als Projektbüro eingerichtet und genutzt wird. Nach Absprache werden die Funktionsräume des Jugendzentrums ebenso zur Verfügung gestellt. In den beiden Grundschulen sind Angebots-, Sprech- und Beratungszeiten vereinbart.

Aktivitäten in der ersten Projektphase

Raum des sozialen Lernens
In der Heinrich-Seidel-GS ist ein offener Raum für Schüler/innen entstanden. Als Treffpunkt zum miteinander Reden und Spielen, kommen hier vor allem Schüler/innen der 5. und 6. Klassen, die den Angeboten der Grundschule zunehmend entwachsen.

Kooperation mit der Schülerinsel
An der Vineta-GS bietet die enge Verbindung mit der Schülerinsel den Rahmen zum Beziehungsaufbau mit kleinen Schülergruppen und einzelnen Schüler/innen.

Jungengruppe
Um mit auffälligen Schülern an ihrem Sozial- und Gruppenverhalten zu arbeiten, startete im April 2006 eine Jungengruppe in enger Absprache mit ihren Klassenlehrern und Eltern. Dieses außerschulische Nachmittagsangebot ist im Olof-Palme-Jugendzentrum angesiedelt. Das Gruppenprogramm des sozialen Lernens ist für Jungen der 5. und 6. Klasse konzipiert, die wegen Verhaltensauffälligkeiten an der Schwelle eines (z. T. weiteren) Schulverweises stehen. Es soll mit intensiver Elterngruppenarbeit kombiniert werden.

Konfliktlotsen
Mit beiden Grundschulen ist die Zusammenarbeit mit dem Bereich der Konfliktlotsenausbildung und Begleitung der Konfliktlotseninterventionen vereinbart. An der Vineta-GS ist diese Kooperation bereits in Gang gesetzt.

Soziales Lernen
In Absprache mit den Lehrenden werden bei entsprechendem Bedarf temporäre Projekte des sozialen Lernens mit Klassen oder Teilungsgruppen aus Klassen angeboten (z. B. geschlechtsspezifische Angebote für Mädchen bzw. Jungen). Ziele, Inhalte und Dauer der Interventionen werden mit den Lehrenden abgestimmt. Eine Teilungsstunde zum sozialen Lernen mit einer 5. Klasse in einer der Grundschulen findet zweimal wöchentlich von März 2006 bis zu den Sommerferien statt.

Individuelle Sofortmaßnahmen
Als Reaktion auf besondere Zwischenfälle von Schüler/innen in der Schule, bei z. B. Gewaltvorfällen, Sachbeschädigungen, Beleidigungen u. ä. werden in enger Absprache mit der Schulleitung und ggf. Dritten (z. B. Polizei) passende Maßnahmen entwickelt und durchgeführt.

Zwei Beispiele:

– Als friedensstiftende Maßnahme wurde ein Freundschaftsfußballspiel zwischen zwei Grundschulen initiiert. Beide Schulen gerieten zuvor in gewalttätige Auseindersetzungen.

– Zur Durchführung einer Ordnungsmaßnahme wurde einem Schüler, der eine Konfliktlotsin gewaltsam bei der Durchführung ihrer Aufgabe hinderte, einige Tage lang jeweils 1 Stunde Nachhilfe erteilt, um einen Aufsatz zum Thema „Aufgaben der Konfliktlotsen“ zu fertigen.

Einzelfallhilfen
Zur Abklärung für besondere Hilfebedarfe werden in speziellen Fällen die entsprechenden Fachdienste herangezogen und nach Bedarf Helferkonferenzen, spezielle Beratungen (z. B. Mädchennotdienst) o. ä. organisiert. Die einzelnen Problemlagen der Kinder sind sehr vielfältig. Es wurden im März und April 2006 bereits bei Einzelfällen in den Bereichen der Delinquenz, Schulverweigerung, Verwahrlosung, körperlichen Misshandlungen bis hin zu potentieller „Zwangsheirat“ jugendamtliche Interventionen eingeleitet.

Steuergremium

Zur verbindlichen Kooperation und Prozesssteuerung des Projektes tagt quartalsmäßig eine Steuerungsrunde mit allen relevanten Akteuren aus dem Jugendamt, des Jugendzentrum, den Schulen, dem Stadtteilmanagement und dem Geschäftsbereich Soziale Räume und Projekte.

Netzwerkarbeit

Die Beteiligung an Arbeitsgemeinschaften im Sozialraum, der schulbezogenen Sozialarbeit, in Schulgremien, im stadtteilbezogenen Kontext und in Fachgremien ist obligatorisch. Die Teilnahme hieran soll dazu dienen, möglichst umfassende Informationen über andere Angebote zu erhalten, verbindliche Absprachen mit Kooperationspartnern im Stadtteil zu ermöglichen und künftig gemeinsame Aktivitäten im Sozialraum zu initiieren. Im Fokus stehen hier die Schüler/innen, denen soziales Lernen ermöglicht werden soll und sie damit auch befähigt werden, sich in der Gestaltung ihres Umfeldes zu beteiligen.

Stiftung SPI

Jahresbericht 2005/2006

Strategien sozialer Integration

Regiestelle Entwicklung und Chancen junger Menschen in sozialen Brennpunkten (E & C)

Regiestelle Lokales Kapital für soziale Zwecke (LOS)

Jugendsozialarbeit an Berliner Hauptschulen

1. Regiestelle der Programmplattform „Entwicklung und Chancen junger Menschen in sozialen Brennpunkten“ (E & C)

Im Ergebnis eines Ausschreibungsverfahrens ist die Stiftung SPI seit Juni 2000 vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) mit der Umsetzung der Regiestelle zur Koordination der Programmplattform „Entwicklung und Chancen junger Menschen in sozialen Brennpunkten“ (E & C) beauftragt.

Mit der Programmplattform E & C wurde ein neuer Schwerpunkt gesetzt, um Kindern und Jugendlichen aus benachteiligten Sozialräumen günstigere Bedingungen für ihre Entwicklungen und bessere Voraussetzungen für ihre Zukunft zu eröffnen. E & C setzt kinder- und jugendhilfespezifische Prioritäten in den gesellschaftlichen Politikbereichen soziale und ethnische Integration, Zusammenleben in der Nachbarschaft, öffentlicher Raum und Sicherheit, Wohnen und Wohnumfeld, soziale Infrastruktur, Schule, Ausbildung, Kinder, Jugendhilfeförderung und Unterstützung der Familien, Arbeitsmarktpolitik und Wirtschaftsförderung, Gesundheitsförderung, besondere soziale Lebenslagen, Neuorganisation und Vernetzung kommunaler Steuerungsinstrumente gebietsbezogener gebündelter Ressourcen.

1.1 E & C: Soziale Arbeit als Koproduktion

Die Verbesserung der Situation in den so genannten sozialen Brennpunkten kann nur dann erfolgreich und mit nachhaltigen Effekten verlaufen, wenn vorhandene Angebote und Maßnahmen miteinander verknüpft und aufeinander bezogen werden. Planungen in den Bereichen von Jugendhilfe, Schule, Ausbildung und der Stadtentwicklung müssen koordiniert werden. Vorhandene Ressourcen in den ausgewählten Gebieten müssen sinnvoll genutzt und zusätzliche Ressourcen erschlossen werden. Erst eine ganzheitliche Sicht der Problemlagen führt zu einem integrierten Konzept für eine nachhaltige Verbesserung der Situation in sozialen Brennpunkten.

Die Programmplattform E & C aktiviert die im Rahmen des Kinder- und Jugendplans des Bundes vom BMFSFJ geförderte Infrastruktur der Kinder- und Jugendhilfe. Es werden neue Modelle und Projekte entwickelt und erprobt, die die soziale, berufliche und gesellschaftliche Integration junger Menschen in sozialen Brennpunkten fördern. Die Ansätze, Strukturen und Angebote der Kinder- und Jugendhilfe sollen in alle Maßnahmen der Gebietserneuerung eingebracht werden.

Da die sozialen Probleme in den Programmgebieten nie auf nur eine Ursache zurückzuführen sind, bringt E & C Akteure unterschiedlicher Politikfelder auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene zusammen. Durch E & C werden unterschiedliche Zuständigkeiten, Trägerstrukturen, Institutionen und Praxisfelder verknüpft, damit sie als sinnvolles Ganzes wirken können. Nur so besteht eine realistische Chance, die Abwärtsentwicklung in diesen Gebieten zu stoppen.

E & C ist ein lernendes Programm: Zu den bereits bestehenden Programmteilen können und sollen weitere Maßnahmen für soziale Brennpunkte mobilisiert und hinzugefügt werden. Es bietet Spielraum für unterschiedliche Ansätze und Formen der Beteiligung. Unter dem Dach des Programms ist eine Vielfalt von individuellen und den spezifischen Lagen vor Ort entsprechenden Lösungsansätzen, Projekten und Programmen nicht nur möglich, sondern ausdrücklich erwünscht. Über den gesamten Programmzeitraum hinweg ist E & C prozesshaft und verfahrensoffen angelegt.

Mit seiner anspruchsvollen Zielsetzung der Herstellung lokaler Bündnisse, der Stärkung von Selbsthilfekräften vor Ort und der Vernetzung unterschiedlicher jugendpolitischer Ressourcen trägt das Programm E & C einen hohen Grad von Verantwortung an die beteiligten Akteure heran und vertraut dabei auf ihre Fachkompetenz.

Programmgebiete

E & C wird in den für die Gemeinschaftsinitiative der Bundesregierung „Die Soziale Stadt“ ausgewählten städtischen Quartieren „mit besonderem Entwicklungsbedarf“ durchgeführt. In diesen Gebieten konzentrieren sich Armut, Marginalisierung und soziale Ausgrenzung. Sichtbare Zeichen für den Niedergang sind z. B. selektive Migration, hohe Arbeitslosigkeit, ethnische Konflikte, Gewalt in Schulen, Verwahrlosung und der Abstieg des öffentlichen Raums.

Die Anzahl der städtischen Gebiete hat sich im Berichtszeitraum von 363 auf 392 Gebiete erhöht.[20] E & C wird zusätzlich auch in 13 strukturschwachen ländlichen Räumen (Landkreisen) durchgeführt.

Öffentlichkeitsarbeit

Der seit Oktober 2000 bestehende Online-Auftritt der Programmplattform E & C ist im Berichtszeitraum kontinuierlich fortgeschrieben und ergänzt worden. Mit Hilfe der neuen Medien wurde die Kommunikation zum größtmöglichen Nutzen für die Programmpartner gestaltet. Auf der Homepage werden unter www.eundc.de Akteure und Kooperanten der E & C-Gebiete mit Adresse, Telefonnummer, eMail aufgeführt. Informationen zu E & C-relevanten Themenbereichen, zu bundesweiten Ausschreibungen und Bekanntmachungen werden aktuell und zeitnah zur Verfügung gestellt.

Über den Newsletter, das E & C-Journal und elektronische Kurzmitteilungen werden auf Wunsch regelmäßig aktuelle Informationen und Fachartikel zugesandt. Von Mai 2005 bis Mai 2006 erschien das E & C-Journal in zwei, der E & C-Newsletter in zehn Ausgaben.

Die Abonnentenzahl im Mai 2006 liegt bei über 3.300 Abonnenten für E & C-Journal und Newsletterdienst.

Qualitätssicherung

Ein Experten/innenkreis der Stiftung SPI begleitet die fachliche Qualität der Koordinationstätigkeit der Regiestelle. Der Geschäftsbereich „Strategien Sozialer Integration“ ist seit dem 12. März 2002 nach DIN EN ISO 9001:2000 zertifiziert.

1.2 Programmschwerpunkte

Die Programmplattform „Entwicklung und Chancen junger Menschen in sozialen Brennpunkten“ (E & C) besteht aus mehreren Programmschwerpunkten:

- Wettbewerb „Fit für Leben und Arbeit“ – Neue Praxismodelle zur beruflichen und sozialen Integration von Jugendlichen,
- Freiwilliges Soziales Trainingsjahr (FSTJ)[21],
- Vernetzung im Stadtteil und Stadtteilmanagement,
- Ressourcenorientierung - gezielte Einbeziehung von sozial benachteiligten Jugendlichen in Sport, Kultur und Politik,
- Anlaufstellen und Interessenvertretungen für junge Migrantinnen und Migranten,
- Förderung von ehrenamtlichem Engagement in strukturschwachen ländlichen Gebieten,
- Initiierung lokaler Aktionspläne „Jugend für Toleranz und Demokratie“,
- Kompetenzagenturen[22],
- KuQ – Kompetenz und Qualifikation für junge Menschen in sozialen Brennpunkten,
- Lokales Kapital für Soziale Zwecke (LOS)[23].

[20] Stand Dezember 2005, Quelle: Deutsches Institut für Urbanistik, Homepage www.sozialestadt.de, aktualisiert am 31.03.2006

[21] vgl. hierzu die Programmdarstellung in diesem Berichtsteil

[22] vgl. hierzu die Programmdarstellung in diesem Berichtsteil

Innerhalb der Programmschwerpunkte bestehen eigenständige Programmteile, deren Start z. T. bereits vor dem Arbeitsbeginn der Regiestelle E & C lag. Aufgabe der Regiestelle E & C ist es, diese Ansammlung von Einzelaktivitäten und Programmteilen nach innen und außen als Bestandteile des Programms E & C sichtbar zu machen. Zu den vor Einrichtung der Regiestelle E & C gestarteten bzw. durch andere vom BMFSFJ beauftragte Institutionen/Auftragnehmer koordinierten Programmteilen gehören:

– **Interkulturelles Netzwerk der Jugendsozialarbeit**

An 12 ausgewählten Standorten ist der Programmschwerpunkt „Interkulturelles Netzwerk der Jugendsozialarbeit“ im Sozialraum implementiert. Modellhafte Einrichtungen der Jugendsozialarbeit, i. d. R. Jugendgemeinschaftswerke, werden zu zentralen Anlaufstellen für Aussiedler/innen und nichtdeutsche Jugendliche, die auf Integrationshilfen angewiesen sind, weiterentwickelt. Ziel ist die Weiterentwicklung bzw. der Aufbau interkultureller Netzwerke, um die Angebotsstruktur für junge Zugewanderte zu verbessern (über Angebots- und Bedarfsanalysen, Stadtteilbüros, Gremienarbeit u. a.). Dabei ist die Öffnung der im Sozialraum bestehenden Angebote sozialer Dienste und Einrichtungen für jugendliche Migranten/innen wichtigstes Programmziel. Wesentliche Voraussetzung hierfür ist die gezielte Einbringung der Belange Jugendlicher nichtdeutscher Herkunft in Stadtentwicklungs- und Jugendhilfeplanung (z. B. über Mitarbeit in Arbeitskreisen nach § 78 KJHG oder Mitwirkung an der Erstellung kommunaler Integrationskonzepte).

Die Träger des Interkulturellen Netzwerkes wurden zu den Regionalkonferenzen und Fachforen eingeladen. Je nach thematischer Schwerpunktsetzung erfolgt die Vorstellung als Best Practice im Rahmen der Veranstaltungen der Regiestelle E & C. Links sind auf den Internetseiten installiert.

Das Teilprogramm „Interkulturelles Netzwerk der Jugendsozialarbeit im Sozialraum“ wurde 2002 abgeschlossen. Am ersten Tag des E & C-Fachforums „Miteinander - Nebeneinander - Gegeneinander!? – Integration junger Zuwanderinnen und Zuwanderer“ am 06. und 07. November 2002 in Berlin standen die Ergebnisse und Erfahrungen der 12 Projekte aus dem Bundesmodell im Mittelpunkt der Diskussion. Mit großem Interesse nutzten die Teilnehmer/innen die Möglichkeit, sich auf der Projektmesse über DJI-Begleitforschung und Einzelprojekte zu informieren.

– **Lokale Aktionspläne „Jugend für Toleranz und Demokratie“**

Im Rahmen des Aktionsprogramms der Bundesregierung „Jugend für Toleranz und Demokratie – gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus“ erhielten die E & C-Gebiete im Jahr 2001 die Möglichkeit zur Förderung des Erstellens eines lokalen Aktionsplans für Toleranz und Demokratie. Damit wurde der Programmplattform E & C ein neuer Baustein hinzugefügt. Die mit insgesamt maximal fünf Mio. DM ausgestattete Förderung diente der Implementierung von nachhaltigen, auf die Entwicklung von Demokratie, Toleranz und Fremdenfreundlichkeit ausgerichteten Handlungskonzepten in und für soziale/n Brennpunkte/n.

Umfang und Kurzfristigkeit der Förderung erforderten effiziente Information, Bearbeitung und Umsetzung dieses Programmbausteins in der Regie der Stiftung SPI. Den kommunalen und kreislichen Jugendämtern wurden 59 Anträge (ca. 28 % der E & C-Gebiete) solcher lokalen Aktionspläne zur Förderung bewilligt: neun Anträge hiervon aus ländlichen strukturschwachen Regionen (das entspricht ca. 70 % der ländlichen Gebiete in E & C) sowie 50 aus Stadtteilen mit besonderen Entwicklungsbedarf (das entspricht ca. 25 % der städtischen Programmgebiete). Die ersten lokalen Aktionspläne liegen seit Jahresende 2001 in den E & C-Gebieten vor. Am 05. und 06. März 2002 wurden die Ergebnisse aus allen beteiligten Gebieten auf einer Fachmesse von E & C präsentiert.

[23] vgl. hierzu die Programmdarstellung in diesem Berichtsteil

– **Fit für Leben und Arbeit**

Der Wettbewerb „Fit für Leben und Arbeit – Neue Praxismodelle zur beruflichen und sozialen Integration von Jugendlichen“ ist abgeschlossen und veröffentlicht. Als Ergebnis steht, neben einer Broschüre und einem Video, eine Datenbank mit 100 prämierten und weiteren besonders qualifizierten Praxismodellen zur Verfügung, die neue und innovative Wege zur sozialen und beruflichen Integration von Jugendlichen beschreiten.

Die fachlichen Inhalte und Praxismodelle werden kontinuierlich in die Gestaltung der Veranstaltungen der Regiestelle E & C mit eingebracht. Links sind auf den Internetseiten installiert.

– **Netzwerke und Soziales Ehrenamt**

Das Programm erkennt geleistetes Ehrenamt an und fördert die Entwicklung neuer und innovativer Formen ehrenamtlicher Tätigkeit von und für Kinder und Jugendliche in ausgewählten ländlichen Räumen. Ziel ist die Entwicklung von Praxisbeispielen im Bereich Ehrenamt, Selbsthilfe und bürgerschaftliches Engagement, die sich daran orientieren, die spezifischen lokalen Defizite, z. B. im Personennahverkehr, fehlende jugendgerechte Treffpunkte etc., gezielt auszugleichen und dabei regionale Identitäten berücksichtigen. Zentral ist die Erhaltung bestehender Ehrenamtsstrukturen. Im Programmverlauf von 2001 bis 2003 galt es, anhand der Praxis zu erkunden, unter welchen Voraussetzungen und wie bestehendes soziales Engagement gefördert und nachhaltig gestützt werden kann. Auch wurde der Frage nachgegangen, welche neuen und zusätzlichen Formen sozialen Engagements in den ländlichen Räumen benötigt werden.

Das Programm wurde zum 31.12.2003 abgeschlossen. Die Koordination des Programmbausteins und die Bewirtschaftung des Programmtitels erfolgte durch die Regiestelle E & C. Mit den Jugendämtern der 13 Landkreise fanden regelmäßige Koordinationstreffen und Auswertungstagungen statt.

– **KuQ – Kompetenz und Qualifikation für junge Menschen in sozialen Brennpunkten**

Im Rahmen der Programmplattform E & C wurden mit dem Teilprogramm „Kompetenz und Qualifikation“ (KuQ) im Jahr 2002 sozialraumbezogene Verfügungsfonds für die Jugendämter bereitgestellt, die für eine koordinierte und konzertiert eingesetzte Vielfalt von Einzelmaßnahmen im Kinder- und Jugendhilfe- und im Bildungsbereich zum Einsatz kommen sollten.

Die Programmplattform E & C verwirklicht mit lokalen Kooperationen bzw. Netzwerken organisationsübergreifende und interdisziplinäre Handlungsstrategien und Synergiepotentiale. Zu den vor Ort handelnden Akteuren zählt das Arbeitsamt, das Jugendamt, das Sozialamt, allgemeinbildende und berufsbildende Schulen, das Gesundheitswesen, Beschäftigungsinitiativen, Bildungs- und Maßnahmeträger, Wohlfahrtsverbände, Quartiersmanagement, örtliche Unternehmen, Bürgergruppen und Initiativen sowie weitere lokal agierende Institutionen. Ziel des Teilprogramms KuQ war es, eine Vielfalt von Maßnahmen und lokalen Strategien zu unterstützen, mit denen

– Integrationschancen von Kindern und Jugendlichen erhöht werden,
– die verschiedenen Angebote, Einrichtungen und Maßnahmen vernetzt werden,
– Ressourcen der Integrationshilfe und Sozialraumorientierung zur Entfaltung gebracht werden,
– Kosteneinsparungen und damit Gewinnung von Spielräumen durch Synergieeffekte erzielt werden.

Voraussetzung für die Bereitstellung sozialraumbezogener Verfügungsfonds an ausgewählte Jugendämter ist die Vorlage eines auf Nachhaltigkeit angelegten Konzepts sowie die

Freistellung eines/r entsprechend qualifizierten Mitarbeiters/in des Jugendamtes, dem/der die Aufgaben zur Koordinierung übertragen werden. Zu diesen Aufgaben gehören insbesondere:

– die Bündelung von Informationen,
– die Entwicklung von Maßnahmen und Angeboten zur Erhöhung der Chancen für benachteiligte Kinder und Jugendliche,
– die Festlegung der Qualitätsstandards und
– die Weiterentwicklung bestehender Angebote der Kinder- und Jugendhilfe.

Ein vom BMFSFJ zur Verfügung gestellter sozialraumbezogener Verfügungsfonds bedingt eine sozialräumliche Strategie des jeweiligen Jugendamtes, die in einem entsprechenden Gesamtplan konkret entwickelt werden muss. Im Rahmen eines Konzeptwettbewerbs sollen die Vorschläge der einzelnen Jugendämter von einer Regiestelle bewertet werden, die die zur Verfügung stehenden Mittel verteilt.

Vorrangig wurden in 117 Gebieten der Sozialen Stadt/E & C aus dem sozialraumbezogenen Verfügungsfonds Maßnahmen gefördert, die die bestehenden Regelangebote der kommunalen Dienste und der freien Träger miteinander verknüpfen. Ziel war die sofortige Integration von benachteiligten Kindern, Jugendlichen und die Unterstützung der Eltern, um die Zeit ohne Arbeit bzw. die Zeit nach der Schule so kurz wie möglich und gesundheitliche Beeinträchtigungen, erzieherische und soziale Desintegration gering zu halten.

Mit den Mitteln aus dem sozialraumbezogenen Verfügungsfonds wurden insbesondere Projektmaßnahmen gefördert, die

– die Kooperation zwischen Kindertagesstätten und Grundschulen, Jugendhilfeangeboten und Hauptschulen,
– die Sicherung des erfolgreichen Übergangs Jugendlicher von Schule in Beruf,
– die Verknüpfung von Jugendhilfe mit Maßnahmen zur Verbesserung des Wohnumfeldes und sozialer Infrastruktur,
– die Unterstützung und Initiierung von Gemeinschaftsprojekten von Jugendhilfeeinrichtungen und Schule, Jugendhilfeeinrichtungen und Arbeitsamt, Jugendhilfeeinrichtungen und sozialer Stadterneuerung, Jugendhilfe und lokaler Wirtschaft,
– die Förderung der aktiven Teilhabe von Kindern und Jugendlichen an lokalen Planungs- und Umsetzungsvorhaben und
– die Kooperation mit Institutionen der öffentlichen und privaten Gesundheitspflege

unterstützen, um die Chancen von Kindern und Jugendlichen in den Gebieten von E & C nachhaltig zu verbessern.

1.3 Aufgaben und Angebote der Regiestelle E & C

Die Stiftung SPI hat der Regiestelle E & C die Aufgabe übertragen, die Programmmittel zu bewirtschaften und das Programm umzusetzen. Unter der Leitung des BMFSFJ wurde eine Steuerungsrunde eingerichtet. In dieser Runde werden alle Inhalte und Strategien des Programms abgestimmt und beschlossen. Neben einem Vertreter des BMFSFJ und der Stiftung SPI nehmen an der Steuerungsrunde Vertreter des Deutschen Jugendinstituts e.V. (DJI), das die wissenschaftliche Begleitung des Programms übernommen hat, teil. Die Vertretung der Bundesagentur für Arbeit wurde nach Ausscheiden in den Ruhestand und nach Umstrukturierung in die Bundesagentur für Arbeit im Jahr 2004 nicht neu besetzt.

Der eingerichtete Fachbeirat E & C besteht aus 36 Mitgliedern unter dem Vorsitz des BMFSFJ. Die Geschäfte des Fachbeirats führt die Regiestelle E & C. Aufgabe des Beirats ist die themenorientierte Beratung der Regiestelle. Dazu werden für die Fachbeiratssitzungen jeweils Schwerpunktthemen festgelegt.

Die im Angebot angelegte Struktur der Programmplattform E & C ist umgesetzt. Alle Akteure – Länder- und Kommunalverwaltungen, Spitzenverbände und freie Träger der Jugendhilfe

sowie das Quartiersmanagement von Standorten des Bundesprogramms E & C/Soziale Stadt – sind über die Programmplattform informiert. Ansprechpartner/innen aus den Kommunen sowie Beauftragte aus dem Partnerprogramm „Soziale Stadt“ sind benannt. Der Internetauftritt und das Erscheinen eines regelmäßigen Newsletters sind eingerichtet.

Maßgebliche Aufgabe der Regiestelle E & C im Berichtszeitraum war die Verstetigung des Programms E & C auf Bundes-, Landes- und lokaler Ebene sowie die fachliche Weiterentwicklung der Schlüssel- und Querschnittsthemen von E & C im Rahmen der E & C-Konferenzen sowie der Internetplattform. Für den gesamten Programmzeitraum verbindliche Ansprechpartner wurden auf Bundes-, Landes- und lokaler Ebene zur Mitwirkung und Beteiligung am fachlichen Diskurs gewonnen.

Programmumsetzung: Vernetzung und Dissemination

Neben der Durchführung der eigenständigen Programmbausteine der Programmplattform E & C ist die Gewinnung einer Vielzahl von Akteuren elementarer Bestandteil bei der Umsetzung. Für die Umsetzung des Programms und die Konzeption der Angebote durch die Regiestelle E & C stehen dabei zunächst spezifische Zielgruppen im Vordergrund. Hierzu gehören Vertreter/innen der

– Bundes-, Landesebene,
– Städte und Gemeinden,
– Landkreise,
– bundeszentralen freien Träger der Kinder- und Jugendhilfe,
– Quartiersmanager

sowie Handelnde der Stadtentwicklungsplanung, Sozialämter, Arbeitsämter, Wirtschaftsförderung und Berufsbildungsplanung.

E & C bietet diesen Akteuren ein Podium, um sich auf Maßnahmen und Beiträge zur Verbesserung der Lebenslagen von Kindern und Jugendlichen in benachteiligten Gebieten zu verständigen. Neue Partnerschaften können geschlossen, Aktivitäten abgestimmt und Synergieeffekte genutzt werden. In diesem Sinne hat die Regiestelle E & C ein Netzwerk von Ansprechpartner/innen in den derzeit 392 Programmgebieten und 13 Landkreisen aufgebaut.

Die Akteure werden von der Regiestelle E & C unterstützt, ihren Erfahrungsaustausch über die Belange von sozial benachteiligten Kindern und Jugendlichen vor Ort zu initiieren und Ideen zur Verbesserung der Zukunftschancen junger Menschen in Institutionen, Politik und Verwaltung einzubringen. Es werden Verfahrens- und Förderrichtlinien angeregt, die erweiterte Möglichkeiten des Stadtteilmanagements eröffnen. Ämter- und trägerübergreifend sollen lokale Aktionspläne erarbeitet und implementiert werden. In lokalen Verbünden sollen die Problemlagen von jungen Menschen im Quartier gemeinsam beschrieben, Erfahrungen ausgetauscht und Lösungen zusammen entwickelt werden.

Bund-/Länder-Information

Die Programmplattform E & C ist allen zuständigen Länderministerien vorgestellt worden. Die für das Programm „Die Soziale Stadt“ zuständigen Ministerien haben der Regiestelle E & C die jeweiligen Standorte, den Stand der Abstimmung mit den Städten und Gemeinden sowie Ansprechpersonen für die Dauer der Programmplattform benannt. Die Ländervertreter/innen nehmen an den Zielgruppenkonferenzen der Regiestelle teil. Der Deutsche Städtetag, der Deutsche Städte- und Gemeindebund, der Deutsche Landkreistag sind in die Kooperationen einbezogen und beteiligen sich aktiv an der fachlichen Diskussion und sind im Fachbeirat E & C mit jeweils einem/r Vertreter/in präsent.

1.4 Zielgruppenkonferenzen (Vernetzung im Stadtteil, Stadtteilmanagement, Ressourcenorientierung)

Zielgruppen für diese Konferenzen sind in erster Linie die aus dem Kinder- und Jugendplan (KJP) geförderten bundeszentralen freien Träger, Kommunen und die Quartiersmanager/innen. Vertreter/innen der Länder werden über die Zielgruppenkonferenzen informiert und als Gäste eingeladen. Zweck der Zielgruppenkonferenzen ist die Verständigung der jeweiligen Gruppen über ihre spezifische Umsetzungsproblematik bei der Organisation von sozialräumlichen Hilfestrukturen.

Seit Juni 2002 werden zu den Zielgruppenkonferenzen für die aus dem Kinder- und Jugendplan (KJP) geförderten bundeszentralen freien Träger zusätzlich Einrichtungsleiter/innen der Kinder- und Jugendhilfe und Schulen in den E & C-Gebieten geladen, so dass sich der Teilnehmer/innenkreis für diese Zielgruppe erweitert hat. Da die Jugendmigrationsdienste in E & C-Gebieten bei der Integration von jungen Zuwanderinnen und Zuwandern eine herausragende Position einnehmen, hat die Regiestelle E & C im Dezember 2004 den Mitgliedern der Steuerungsrunde E & C empfohlen, die Einrichtungen der insgesamt 237 Jugendmigrationsdienste themenbezogen in den einzuladenden Teilnehmerkreis ihrer Zielgruppenkonferenzen und Fachforen mit aufzunehmen.

Weiterhin wurden im Berichtszeitraum, nach Bedarf und Abstimmung mit dem zuständigen Referat des BMFSFJ, die Durchführung von Vorkonferenzen für die Zielgruppenkonferenzen für die aus dem Kinder- und Jugendplan (KJP) geförderten bundeszentralen freien Träger, Kommunen und die Quartiersmanager/innen durchgeführt. Neben ihrem fachlich-explorativen Charakter dienen die Vorkonferenzen auch zur Präzisierung der Veranstaltungsthemen, Einbindung von Referenten/innen und zur Sicherstellung eines aktuellen praxisorientierten Austauschs auf den Zielgruppenkonferenzen.

Neben dem kontinuierlichen direkten Kontakt von Interessierten und Programmpartnern mit der Regiestelle E & C liegt ein Schwerpunkt der Tätigkeit der Regiestelle E & C auf dem Erfahrungs- und Fachaustausch im Rahmen von größeren Konferenzen und Veranstaltungen. Damit stellt die Programmplattform E & C jeder der unterschiedlichen Zielgruppen ein eigenes Forum zur Bearbeitung und Weiterentwicklung von E & C-relevanten Themen, Ansätzen und Projekten zur Verfügung.

Im Berichtszeitraum haben folgende Zielgruppenkonferenzen stattgefunden:

– Vertreter/innen der Städte und Gemeinden,
– Quartiers-/Jugendhilfemanager/innen,
– freie Träger des Kinder- und Jugendplans des Bundes (KJP).

Auf Bitte der Regiestelle E & C haben alle Städte und Gemeinden, Landkreise, KJP-Träger spezielle Beauftragte für die Programmplattform E & C benannt, die sich auch an der fachlichen Vorbereitung und Weiterentwicklung der Zielgruppenkonferenzen sowie der Regionalkonferenzen beteiligen.

Damit verfügt die Regiestelle E & C für z. Zt. 392 Gebiete und 13 Landkreise über namentlich benannte Ansprechpartner/innen aus Jugendamt, Stadtplanungsamt, Quartiersmanagement und freien Trägern auf lokaler und darüber hinaus über Ansprechpersonen auf Bundes- und Landesebene.

1.5 Konferenzen der Städte und Gemeinden

„Lokale Bündnisse für Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf – Arbeitsformen, Methoden und Standards“

Diese Veranstaltung wurde als gemeinsame Konferenz der Quartiersmanager/innen und der Vertreter/innen von Städten und Gemeinden aus E & C-Gebieten am 12. und 13. Dezember 2005 in Erfurt durchgeführt. 150 Vertreter/innen aus Praxis, Politik, Wissenschaft und

öffentlicher Verwaltung diskutierten, welche Voraussetzungen und welches Handwerkszeug für die erfolgreiche Gestaltung von lokalen Bündnissen und Netzwerken im Stadtteil notwendig sind.

In Vorträgen zu Governance und Kooperationsbeziehungen sowie zur Sozialräumlichkeit als Form kommunaler Politikgestaltung wurden Erfahrungen aus den Bundesprogrammen Soziale Stadt, E & C und LOS reflektiert. In Foren und Arbeitsgruppen tauschten sich die Konferenzteilnehmer/innen zu Aufbau, Management und Wirkung von Netzwerken und Bündnissen aus. Zentrale Fragestellungen waren u. a.: Wie können sozialräumliche Ressourcen erschlossen und genutzt werden? Gelingt es einem Ämternetzwerk, Fördermöglichkeiten verschiedener Ressorts zu bündeln und kann dadurch eine Versäulung der Zuständigkeiten überwunden werden? Welche Möglichkeiten gibt es, die bisherige Zusammenarbeit zu bewerten und diese Ergebnisse für die Weiterentwicklung der Arbeit zu nutzen?

So unterschiedlich die Rahmenbedingungen, die Strukturen und die jeweiligen Akteure im Einzelnen auch sind, gibt es doch eine Reihe von Faktoren, die beim Aufbau und der Pflege von Netzwerken eine bedeutende Rolle spielen, so das Fazit der Tagung.

Zu Beginn einer erfolgreichen Arbeit steht bei allen Netzwerken eine möglichst genaue Analyse der Ausgangspotenziale. Durch die frühzeitige Bestimmung der Ziele und durch eine gemeinsame Problemdefinition gelingt es, Angebote zu entwickeln, die auf die Bedürfnisse der Bewohner/innen zugeschnitten sind. Die Einbeziehung der Ressourcen und Kompetenzen kommunaler Stellen ist für den Stadtteilentwicklungsprozess eine wichtige Voraussetzung. Möglichst früh sollte Transparenz, nach innen und außen, über Ziele und Vorgehensweise hergestellt werden. Schließlich ist es wichtig, unterschiedliche Aufgabenstellungen und Kulturen der beteiligten Institutionen/Akteure nicht als Problem zu betrachten, sondern als Chance und Ressource zu nutzen. Es hat sich bewährt, hier auf eine konsequente Reflexion der Netzwerkprozesse zu setzen.

Unter den Teilnehmer/innen bestand Konsens darüber, dass Netzwerke und lokale Bündnisse wichtige Katalysatoren für eine nachhaltige Stadtteilentwicklung sind und zur wirtschaftlichen Stabilisierung von benachteiligten Gebieten beitragen können. Durch Vernetzung lassen sich Ressourcen optimieren, die Einbeziehung und Mobilisierung von Bürgerschaft und Interessengruppen trägt dazu bei, den Wirkungsbereich zu verbreitern. Gleichzeitig gilt es zu beachten, dass Netzwerkarbeit einen langen Atem voraussetzt, da sich Strukturen nur sehr langfristig ändern lassen und Rahmenbedingungen nur zum Teil beeinflussbar sind.

Der Veranstaltung ist am 8. September 2005 in Berlin eine Vorkonferenz mit 12 ausgewählten Expertinnen und Experten sowie Vertretern/innen von Städten und Gemeinden der E & C-Gebiete vorausgegangen.

„Kommunale Strukturen, Standards und Bedingungen nachhaltiger Entwicklung sozialer Brennpunkte – Das Jugendamt im Zentrum lokaler integrierter Handlungskonzepte für E & C-Gebiete“

Am 23. März 2006 fand in Berlin eine Vorkonferenz der für den 23. und 24. Mai 2006 geplanten Zielgruppenkonferenz der Vertreterinnen und Vertreter von Städten und Gemeinden aus E & C-Gebieten statt, an der sich zehn Expertinnen und Experten beteiligten. Eingeladen zur Vorkonferenz waren Verantwortliche aus Städten und Gemeinden aus E & C-Gebieten aus den Bereichen Jugend, Soziales und Gesundheit sowie aus dem Bereich Stadtentwicklung. Hinzu kamen Vertreterinnen und Vertreter beratender und begleitender Institutionen aus der Programmregie sowie der wissenschaftlichen Begleitung kommunaler Entwicklungsprozesse.

Die Vorkonferenz diente dem Ziel herauszufinden, welche kommunalen Steuerungsstrategien entwickelt wurden, um den Anforderungen von Good Governance, Soziale Stadt/E & C und z. B. LOS gewachsen zu sein und welche dieser kommunalen Erfahrungen in der Konferenz im Mai bilanzierend zusammengetragen werden sollen. Zudem wurde diskutiert, welche Leitungsaufgaben im Rahmen des Konzeptes „Sozialer Arbeit als Koproduktion“ oder bei der Bildung von Bündnissen (z. B. für Familie) in den Stadtteil übergehen können.

Einzelanfragen aus den Kommunen

Die Regiestelle E & C erreichen auch außerhalb der Konferenzen Einzelanfragen zu den Möglichkeiten der Umsetzung des Programms E & C und der Durchführung von Vorhaben zur Verbesserung der Lebenslagen von Kindern und Jugendlichen im Quartier. Neben Anfragen zur Moderation und Beratung bei Abstimmungsprozessen vor Ort richten sich die Fragen und der Beratungsbedarf maßgeblich auf die Möglichkeiten der Finanzierung durch E & C und „Die Soziale Stadt". Weiterhin besteht auch Bedarf nach Beratung hinsichtlich innovativer Fördermodelle mit Mitteln der EU (z. B. ESF, XENOS).

1.6 Konferenzen der Quartiersmanager/innen

„Einbeziehung von Migrantenvereinen, -initiativen und -selbstorganisationen in stadtteilbezogene Handlungsstrategien"

Am 25. und 26. Mai 2005 diskutierten 50 Quartiersmanager und Quartiersmanagerinnen in Berlin über die Möglichkeiten der Einbindung von Migrantenorganisationen in stadtteilbezogene Handlungsstrategien.

Die Migrantenbeteiligung im Rahmen von Stadtteilarbeit ist keineswegs eine Selbstverständlichkeit. Zwar haben Stadtteile, die in das Programm „Soziale Stadt"/E & C einbezogen sind, zum großen Teil einen überproportional hohen Anteil von Migrantenpopulation; oft fallen dort Armutsrisiken und Bildungsdefizite mit ethnischer Segregation zusammen. Damit ist die Partizipation von Migranten/innen dort von großer Bedeutung. Aber sie sind nur in seltenen Fällen an den Entscheidungen über die Erneuerung ihrer Stadtteile beteiligt. Gleichzeitig sind in fast allen E & C-Stadtteilen Migrantenorganisationen vertreten, die eine wichtige Integrationsfunktion und Vermittlerrolle zwischen den Zugewanderten und den deutschen Bewohnern/innen wahrnehmen (können).

Die Zielgruppenkonferenz „Einbeziehung von Migrantenvereinen, -initiativen und -selbstorganisationen in stadtteilbezogene Handlungsstrategien" hatte zum Ziel, diesen Aspekt näher zu beleuchten und zu diskutieren. Hierzu wurden vielfältige Beispiele erfolgreicher Kooperation von Verwaltungen, Bildungsträgern und sozialer Arbeit mit Migrantenorganisationen auf kommunaler und lokaler Ebene vorgestellt. In den themengeleiteten Arbeitsgruppen wurde diskutiert, welche Partizipationsformen für Migranten/innen im Stadtteil bestehen und welche Rolle den Migrantenorganisationen dabei zukommt. Fragestellungen waren z. B. wie Migrantenorganisationen besser vernetzt werden können mit sozialarbeiterischen und pädagogischen Diensten und in welcher Form Migrantenvereine bei Weiterqualifizierungen einbezogen werden können. Von besonderer Relevanz in der Diskussion war die Frage: Welche Rolle kann das Quartiersmanagement in dem Prozess der interkulturellen Öffnung des Stadtteils übernehmen? – Im Sinne der gleichberechtigten Teilhabe von Bürgerinnen, Bürgern und Zugewanderten an den Ressourcen der Gesellschaft wie Bildung, Erwerbsarbeit, am sozialen Sicherungssystem und der Infrastruktur.

Übereinstimmend wurde von den Teilnehmerinnen und Teilnehmern festgestellt, dass an der Kooperation mit Migrantenvereinen und vor allem auch an ihrer Einbeziehung in stadtteilbezogene Handlungsstrategien kein Weg vorbei führt. Eine wichtige Rolle kann hierbei das Quartiersmanagement im Sinne eines Vermittlers übernehmen.

Eine Vorkonferenz, an der 15 Expertinnen und Experten teilnahmen, ging dieser Veranstaltung am 17. Februar 2005 voraus.

„Die Soziale Stadt für Kinder und Jugendliche – Perspektiven von Quartiersentwicklung und Lokalem Aktionsplan in E & C-Gebieten"

Über 120 Quartiersmanager/innen und Vertreter/innen von Trägern und Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe aus E & C-Gebieten im gesamten Bundesgebiet diskutierten am

26. und 27. April 2006 über lokale Strategien, mit denen sie junge Menschen und ihre Familien in sozialen Brennpunkten fördern und gleichzeitig zu einer erfolgreichen Quartiersentwicklung beitragen.

Eine kontinuierliche und ressortübergreifend abgestimmte Stadtteilarbeit, so die Erfahrungen aus der Programmplattform E & C, LOS und der Sozialen Stadt, ist eine wesentliche Voraussetzung, damit es in einem von Armut, hoher Arbeitslosigkeit und einem hohen Anteil von Bewohnern/innen und mit Migrationshintergrund geprägten Stadtbezirk gelingt, ein lebenswertes Klima zu schaffen. Bezogen auf die Förderung von Kindern und Jugendlichen geht es für das Quartiersmanagement insbesondere darum, vorhandene Ressourcen zu stärken, frühzeitige Unterstützungsangebote für Eltern und Kinder zu entwickeln sowie Kinder und Jugendliche bei biografischen Übergängen zu begleiten und zu unterstützen. Unter dem Motto „Freiräume entdecken, nutzen und integrierte Angebote entwickeln“ wurde die Zusammenarbeit von Mitarbeiter/innen aus Elternzentren, Kitas, Schulen, Jugendmigrationsdiensten, Jugendämtern und des Quartiersmanagements vorgestellt und aufgezeigt, wie z. B. bereits bestehende Angebote/Dienste für junge Migranten/innen zugänglich gemacht werden können.

Am Beispiel von Kooperationen und gemeinsamer Projektentwicklung zwischen Jugendamt, Jobcenter, Agentur für Arbeit, Beschäftigungsträgern und Quartiersmanagement tauschten sich die Teilnehmer/innen darüber aus, wie neue Beschäftigungs- und Erwerbsmöglichkeiten im Stadtteil insbesondere für diejenigen geschaffen werden können, die nur schwer Zugang zu Ausbildung und Beschäftigung finden. Festgestellt wurde, dass eine verbindliche Zusammenarbeit der beteiligten Akteure eine wichtige Grundlage dafür ist, dass Jugendliche beim Übergang von der Schule in Qualifizierung und Ausbildung individuell und passgenau vermittelt werden können.

Die Zukunftschancen von Kindern, Jugendlichen und deren Familien in sozialen Brennpunkten zu verbessern, gelingt nicht innerhalb der einzelnen Hilfesysteme, sondern muss ämter- und trägerübergreifend organisiert werden. Nur eine auf den Sozialraum angepasste Projektentwicklung, die die Einbeziehung und Kooperation der lokalen Akteure, Einrichtungen/Dienste und der Bewohner/innen gewährleistet sowie die Aktivierung von materiellen und sozialen Ressourcen beinhaltet, führt zum Aufbau von tragfähigen Netzwerken. Und nur so, lautet ein Fazit aus den Diskussionen, kann eine langfristige Quartiersentwicklung gesichert werden.

Am 28. Februar 2006 ist dieser Konferenz in Berlin eine Vorkonferenz mit ca. 20 ausgewählten Expertinnen und Experten sowie Vertretern/innen aus den Quartiersmanagements der E & C-Gebiete vorausgegangen.

1.7 Konferenzen der freien Träger der Kinder- und Jugendhilfe des Bundes (KJP)

„Starterkonferenz Jugendmigrationsdienste“

80 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Jugendmigrationsdienste, deren Zuständigkeit sich (auch) auf Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf erstreckt, trafen sich am 20. und 21. Juni 2005 in Berlin. Sie tauschten sich über die Möglichkeiten und Erfahrungen des Zusammenwirkens mit den Akteuren der Programmplattform E & C aus. Im Zentrum des Interesses standen hierbei Schnittflächen zwischen den Programmen der Jugendmigrationsdienste, der Regionalkoordination des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge, der Bund-Länder-Initiative „Die Soziale Stadt“ und der Programmplattform E & C.

In Vorträgen, Arbeitsgruppen, Diskussionen und intensiven Kleingruppengesprächen tauschten sich die Teilnehmer/innen über den Stand der Fachdiskussionen, Standards und Qualitätsansprüche zur Integration junger Migranten und Migrantinnen in den Gebieten von E & C und der Sozialen Stadt aus. Darüber hinaus wurden gelungene Praxisbeispiele zur Vernetzung von lokalen Akteuren im Stadtteil und den hier agierenden Jugendmigrationsdiensten präsentiert. Als ein weiteres Ergebnis wurden die Erwartungen und

Anforderungen für ein Zusammenwirken mit den Akteuren der Programmplattform E & C formuliert.

„Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe als Orte der Gesundheitsförderung in E & C-Gebieten“

Mehr als 100 Fachleute aus den Bereichen Gesundheitsförderung und Kinder- und Jugendhilfe, entsendet u. a. von öffentlichen und freien Trägern, von Ämtern, Behörden, Kindertagesstätten und Schulen beschäftigten sich am 04. und 05. Juli 2005 intensiv mit den Aspekten gesundheitsförderlichen Handelns in Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe, in Schulen und im Stadtteil. Die als Open Space durchgeführte Konferenz verlangte den aus dem gesamten Bundesgebiet angereisten Experten und Expertinnen viel Kreativität und Ausdauer ab. Zugleich gelang es, eine Vielzahl von Themen aufzugreifen.

So wurde der Schutz von Opfern von Straftaten ebenso besprochen wie Möglichkeiten, Väter in sozialen Brennpunkten zu gesundheitsförderlichem Vorbildverhalten zu motivieren. Zu den besprochenen Themen zählten aber auch: das Gewährleisten solider Finanzierungsstrukturen, die Zusammenarbeit in lokalen, kommunalen, regionalen und bundesweiten Netzwerken, Krebsprävention, Rauchen, gesunde Ernährung in Schule und Kita, Partizipation oder die Einbindung sowie das Erreichen von Migranten/innen. Themenübergreifend wurden koordinierende Aufgaben des öffentlichen Kinder- und Jugendgesundheitsdienstes, Planungsaspekte und Qualitätskriterien für eine Gesundheitsförderung in sozialen Brennpunkten dargestellt.

Zum Gelingen der Konferenz trugen langjährige Kooperationspartner der Regiestelle E & C im Themenfeld Gesundheitsentwicklung in sozialen Brennpunkten bei: Die Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BZgA), Das Deutsche Institut für Urbanistik (Difu), das Bildungsnetzwerk OPUS, Gesundheit Berlin e.V., der Bundesverband der Betriebskrankenkassen (BKK BV) und das Gesunde-Städte-Netzwerk.

„Sozialraumorientierte Präventionsarbeit mit Kindern und Jugendlichen in benachteiligenden Stadtteilen“

Über 150 Fachkräfte aus Schulen, Kindertagesstätten, Jugendfreizeiteinrichtungen und bundeszentralen freien Trägern arbeiteten am 17. und 18. Oktober 2005 in Berlin zu dem Themenfeld „Sozialraumorientierte Präventionsarbeit“. Das Themenspektrum umfasste alle Präventionsdisziplinen mit Bezug zu den Lebensbedingungen von Kindern und Jugendlichen, die in benachteiligten Stadtteilen aufwachsen. So wurden u. a. die Bereiche Kriminalität, Gewalt, Sucht und Vermeidung ungewollter Schwangerschaften von Minderjährigen durch Impulsreferate aufgegriffen und hinsichtlich unterschiedlicher, aber auch gemeinsamer Handlungsansätze im präventiven Vorgehen, diskutiert.

Im Mittelpunkt der Diskussionen stand dabei die Frage danach, welche Anforderungen an ein gemeinsames Handlungskonzept für Prävention und Gesundheitsförderung im Stadtteil gestellt werden müssen und welche neuen Strukturen und Angebote auf der Grundlage eines gemeinsamen Präventionsansatzes in sozialen Brennpunkten von und mit freien Trägern entwickelt werden können. Eingeführt wurde die Tagung durch zwei Plenarvorträge, die die Themenfelder „Gesundheitsförderung“ und „Prävention“ auf der einen Seite durch eine systemtheoretische Sichtweise definierten und auf der anderen Seite durch einen Beitrag, der auf die pragmatischen Konsequenzen der Gemeinsamkeiten und Unterschiede fokussierte.

Eine Zielsetzung der Konferenz war es, die eher versäulten Präventionsstrukturen zusammen zu bringen und die Möglichkeiten zur Entwicklung integrierter Handlungskonzepte mit Wirkung auf den Stadtteil aufzuzeigen und Ansatzpunkte für kommunale Strategien für eine disziplinübergreifende Prävention in E & C-Gebieten zu entwickeln. Hierzu dienten vorrangig Präsentationen von Good practice-Projekten in den Arbeitsgruppen des zweiten Konferenztages.

Dieser Zielgruppenkonferenz ging am 25. August 2005 in Berlin eine Vorkonferenz voraus, an der sich 12 Expertinnen und Experten beteiligten.

„Die Soziale Stadt für Kinder und Jugendliche – Zukunftsfähige Konzepte sozialer Koproduktion in sozialen Brennpunkten“

Über 100 Vertreter/innen von bundeszentralen freien Trägern, Schulen, Kindertagesstätten und Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe diskutierten am 11. und 12. Mai 2006 in Leipzig, wie die Förderung der Zusammenarbeit zwischen den unterschiedlichen Akteuren – Eltern, Kindertagesbetreuung, Bildungseinrichtungen, Jugendhilfe, Arbeitsvermittlung – gelingen kann, um integrierte Angebote im und für den Stadtteil zu etablieren.

Der Einführungsvortrag zeichnete die sozialstaatlichen Veränderungen der letzten Jahre nach und arbeitete heraus, welche Folgen die neue Verantwortungsteilung zwischen Staat, Markt und Zivilgesellschaft für die frei-gemeinnützigen Träger und die Gestaltung sozialer Dienstleistungen hat und wie vor diesem Hintergrund zukünftige zivilgesellschaftliche Konzepte gestaltet werden sollten.

Daran anschließend wurden in drei Foren die zentralen Schnittstellen an den biographischen Übergängen junger Menschen diskutiert. Im Mittelpunkt stand die Frage, wie die unterschiedlichen Bereiche, Jugendhilfe und Familie, Jugendhilfe und Schule sowie Jugendhilfe in Kooperation mit Schule und den für Ausbildung und Arbeitsvermittlung zuständigen Institutionen erfolgreich miteinander kooperieren können.

Die Idee lokaler Zentren als integriertes Angebot im Sozialraum war ein weiterer Schwerpunkt der Tagung. Anhand von erfolgreichen Praxismodellen wurden in unterschiedlichen Themenfeldern wie Bildung, frühkindliche Förderung und Kultur Empfehlungen zur Übertragbarkeit bei der Realisierung integrierter Zentren im Stadtteil erarbeitet. Dabei wurde u. a. deutlich, dass der Nutzen der Zusammenarbeit für alle Beteiligten deutlich werden muss und dass verbindliche Kooperationsvereinbarungen ein wichtiges Fundament für eine gelingende Kooperation darstellen.

Diese Konferenz wurde unter vorheriger schriftlicher Konsultation von neun Expertinnen und Experten vorbereitet.

1.8 Fachforen und Expertengespräche

Die Themen der Fachforen und Expertengespräche werden in der Steuerungsrunde E & C bzw. durch Beauftragung des BMFSFJ festgelegt. Die Funktion der Fachforen ist es, Inhalte aufzugreifen, die allgemein für das Thema „Entwicklung und Chancen von Kindern und Jugendlichen in sozialen Brennpunkten“ von übergeordneter Bedeutung sind. Folgende Fachforen und Expertengespräche wurden im Berichtszeitraum durchgeführt:

Fachforum „Konzepte der frühkindlichen Sprachförderung in sozialen Brennpunkten“

Am 09. und 10. Mai 2005 diskutierten 270 Teilnehmerinnen und Teilnehmer und über 30 Referentinnen und Referenten in Berlin über neue Konzepte der frühkindlichen Sprachförderung in sozialen Brennpunkten. Die Teilnehmenden kamen vorrangig sowohl aus Einrichtungen der Kinder und Jugendhilfe, als auch aus den Bereichen: Quartiersmanagement, Gesundheits- und Jugendämtern. Fokussiert wurde auf die Schlüsselkompetenz „Sprache“ als wesentliche Grundlage zur Verhinderung von Chancenungleichheiten im Bildungsbereich. Neue Konzepte zur Sprachförderung für Kinder mit Migrationshintergrund wurden sowohl im Plenum, als auch in den Arbeitsgruppen vorgestellt und diskutiert.

Weitere Themenbereiche waren die Nutzung neuer Medien und Methoden in der frühkindlichen Sprachförderung (Computer und andere Sprachfördermaterialien sowie theaterpädagogische, spielerische Konzepte).

Sprachförderung ist eine gesellschaftliche, interdisziplinäre Aufgabe. Verbesserungen bedürfen einer intensiveren Qualifizierung von Erzieher/innen und Grundschullehrer/innen. Eine zentrale Dimension der Neuakzentuierung des Bildungsauftrags der Kindertagesstätte ist die Stärkung der Sprachkompetenzen. Der Sprachförderung kommt damit ein wesentlicher Anteil an der Neugestaltung des Elementarbereichs als gesellschaftliches Handlungsfeld zu. Die Konferenz konnte hier auch deutlich machen, dass mit der Etablierung von Stadtteilnetzwerken Initiativen zur Sprachförderung Unterstützung finden.

Als Partner der frühkindlichen Sprachförderung stellten überregionale Unternehmen und Stiftungen ihre Aktivitäten vor.

Fachforum „Orte der Bildung im Stadtteil“

300 Vertreter und Vertreterinnen aus Wissenschaft und Praxis, von freien Trägern der Kinder- und Jugendhilfe, aus Jugend- und Stadtentwicklungsämtern, von Schulen, Bildungsträgern, Kindertageseinrichtungen und Stadtteilbüros diskutierten auf dem Fachforum „Orte der Bildung im Stadtteil“ am 16. und 17. Juni 2005 in Berlin Strategien eines integrierten Bildungsmanagements in sozialen Brennpunkten.

Die Veranstaltung schlug einen weiten Bogen von frühkindlicher Bildung über die Zusammenarbeit von Jugendhilfe und Schule und neue Steuerungs- und Managementstrategien zur Etablierung integrierter Bildungsangebote in Stadtteil, Kommune und Region. Eine große Rolle spielte dabei die Bedeutung non-formaler und informeller Bildungsprozesse, die stärkere Berücksichtigung bei der Entwicklung von Bildungsangeboten erfahren müssen sowie die Erfordernisse, die sich u. a. auch daraus für die Qualifizierung der Fachkräfte ergeben. Darüber hinaus standen Wege der optimalen Nutzung von Ressourcen in den Familien im Fokus vieler Beiträge.

Es präsentierten sich viele Good practice-Projekte aus unterschiedlichen Feldern wie Gesundheitsförderung, soziales Lernen, interkulturelles Lernen und Sprachförderung. Mit Blick auf Schule wurden Beispiele vorgestellt, in denen Schulen mehr Entscheidungsfreiheit bei der Unterrichtsentwicklung eingeräumt wurde. Konsens war es, dass die Akteure auf kommunaler und lokaler Ebene zukünftig noch mehr Gestaltungsmöglichkeiten bekommen müssen, um integrierte Bildungsangebote entwickeln zu können, die den konkreten Bedarf vor Ort treffen.

Informationstreffen Zusammenarbeit der Arbeitsgemeinschaften nach SGB II und Optionskommunen mit der Kinder- und Jugendhilfe bei der Eingliederung der bis 25-Jährigen im Rahmen des Reformkonzepts „Moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt“

Am 13. September 2005 trafen sich auf Einladung der Regiestelle E & C in Wiesbaden 20 Vertreter/innen der neu gegründeten ARGEn bzw. Servicestellen der Optionskommunen nach dem SGB II um sich über Möglichkeiten künftiger Kooperationen zwischen den Akteuren der Programmplattform E & C und denen der neuen Arbeitsmarktinstrumente des SGB II auszutauschen. Ziel war es, die Erfahrungen der Teilnehmerinnen und Teilnehmer mit der Umsetzung des SGB II vor Ort kennen zu lernen und Hinweise für die Diskussion mit den Trägern und Akteuren/innen vor Ort zu erhalten. Ein Ergebnis war die Feststellung, dass es zum Teil schon gut entwickelte Strukturen und Standards gibt, die besonders auf die Belange von jungen Menschen unter 25 Jahren ausgerichtet sind (Jobcenter „U 25“, Einbeziehung der Jugendhilfe u. a.).

Das Informationstreffen diente zudem zur Vorbereitung der Planung weiterer Veranstaltungen zum Thema. Als nächster Schritt wurde ein Werkstattgespräch am 8. Dezember 2005 in Berlin vereinbart, zu dem neben den neu gewonnenen Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartnern aus den ARGEn und Servicestellen Experten/innen aus der öffentlichen Kinder- und Jugendhilfe eingeladen wurden.

Arbeitstreffen „Kinder- und Jugend(hilfe)politik in Europa eine Chance für Soziale Brennpunkte“

Zur Vorbereitung der Europäischen Fachkonferenz 2006 „Soziale Brennpunkte – eine Herausforderung für eine integrierte Kinder- und Jugendpolitik“ organisierte die Regiestelle E & C am 4. und 5. Oktober 2005 in Berlin ein Arbeitstreffen der Initiatoren in Berlin.

Neben organisatorischen Absprachen wurden Hinweise zur Fortführung des Berlin-Prozesses und zur Fachkonferenz im Januar 2006 erarbeitet. Die Themen der Fachkonferenz: „Junge Menschen erobern Räume – Partizipation und Beteiligung vor Ort“, „Good Governance und integrierte Ansätze – Standards für die Zusammenarbeit von Verwaltung, NGOs und Zivilgesellschaft“, „Interkulturelle Strategien und die Förderung von Toleranz im Gemeinwesen“, „Der Beitrag non-formaler Bildung für die beruflichen Perspektiven von benachteiligten Jugendlichen“ sowie „der Forschungsdialog zwischen Jugendforschung, Jugendpolitik und Jugendarbeit“ wurden ebenso bestätigt wie auch der Nutzen eines transkommunalen Austauschs auf europäischer Ebene.

Werkstattgespräch „Kinder- und Jugendhilfe im Prozess der Arbeitsmarktreform – Organisationsübergreifende und interdisziplinäre Handlungsstrategien zur beruflichen Integration von Jugendlichen und jungen Erwachsenen“

Am 08. Dezember 2005 nahmen 35 Expertinnen und Experten der kommunalen Jugendhilfe und den neu gewonnenen Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartnern (ARGEn bzw. Servicestellen der Optionskommunen) in Berlin an einem Werkstattgespräch teil und tauschten sich über Eckpunkte kommunaler Konzepte für die berufliche Integration von jungen Menschen aus.

Im Mittelpunkt der Diskussionen standen die Fragen, wie die Systeme der SGB II, III und VIII kompatibel gemacht werden können und wie eine übergreifende und strategische Maßnahmenplanung und Steuerung für die Zielgruppe „U 25“ gestaltet sein sollte. Im Ergebnis der Veranstaltung waren sich die Teilnehmer und Teilnehmerinnen darüber einig, dass sich die Jugendhilfe nicht aus dem Prozess der Arbeitsmarktintegration junger Menschen zurückziehen darf, sondern vielmehr ihre bewährten Kompetenzen einbringen muss. Es gilt gemeinsam Konzepte zu entwickeln und umzusetzen. Dazu wurden in den Arbeitsgruppen konkrete Projekte und Möglichkeiten der Kooperation erwähnt.

Die Ergebnisse des Werkstattgespräches, dabei insbesondere die Hinweise aus den Arbeitsgruppen, dienten der Vorbereitung des Fachforums „Kinder- und Jugendhilfe im Prozess der Arbeitsmarktreform – Organisationsübergreifende und interdisziplinäre Handlungsstrategien zur beruflichen Integration von Jugendlichen und jungen Erwachsenen“ am 16. und 17. Februar 2006 in Hannover.

Berlin-Prozess – Die Soziale Stadt für Kinder und Jugendliche:
Europäische Fachkonferenz „Soziale Brennpunkte – eine Herausforderung für eine integrierte Kinder- und Jugendpolitik“ vom 30. Januar bis 1. Februar 2006 in Straßburg

Das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend der Bundesrepublik Deutschland (BMFSFJ) hat in Kooperation mit dem Kongress der Gemeinden und Regionen Europas, dem Direktorat für Jugend und Sport des Europarats und dem Französischen Ministerium für Jugend, Sport und gemeinnützige Verbände vom 30. Januar bis 01. Februar 2006 in Straßburg erfolgreich eine Europäische Fachkonferenz „Soziale Brennpunkte – eine Herausforderung für eine integrierte Kinder- und Jugendpolitik“ durchgeführt. Damit wurde der im Jahr 2004 begonnene „Berlin-Prozess – Die Soziale Stadt für Kinder und Jugendliche“ fortgesetzt.

Wie die Bundesministerin Ursula von der Leyen in ihrem Interview zur Konferenz deutlich machte, ist das Ziel dieser Initiative, verschiedene Praxiserfahrungen und Lösungsansätze aus

europäischen Kommunen zusammenzubringen und einen europaweiten Prozess Regionen übergreifenden Lernens anzustoßen.

Über 280 Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus 32 europäischen Staaten und 123 Kommunen nahmen an der Straßburger Konferenz teil und diskutierten drei Tage in fünf Arbeitsgruppen über kommunale Strategien zur Verbesserung der Zukunftschancen von Kindern und Jugendlichen in sozialen Brennpunkten. Eröffnet wurde die Konferenz durch die Stellvertretende Generalsekretärin des Europarats, Frau Maud de Boer-Buquicchio, die Bürgermeisterin der Stadt Straßburg, Frau Fabienne Keller, Herrn Dr. Peter Fricke, Abteilungsleiter des BMFSFJ sowie Herrn Valéry Genniges, Vertreter des Kabinetts des französischen Ministers für Jugend, Sport und gemeinnützige Verbände und Herrn Jordi Curell Gotor, Referatsleiter für Jugendpolitik der Direktion Jugend, Sport und Beziehungen mit den Bürgern der Europäischen Kommission.

In ihrem Eingangsstatement verwiesen die Sprecher auf die gemeinsame europäische Aufgabe: Die Herausforderung, allen jungen Menschen in den benachteiligten Stadtteilen europäischer Kommunen gute Möglichkeiten für ihre Entwicklung zu bieten und so durch Integration den sozialen Zusammenhalt und die Zukunftsfähigkeit der europäischen Gesellschaften zu sichern. Der Europarat sieht dabei große Chancen in einem transkommunalen Erfahrungsaustausch auf europäischer Ebene. Die stellvertretende Generalsekretärin beschrieb es folgendermaßen: „...this conference is an opportunity (...), creating a peer-to-peer-network of cities exchanging software for social inclusion.“[24]

Herr Dr. Fricke machte für das BMFSFJ in seiner Eröffnungsrede deutlich, dass Deutschland die Präsidentschaft in der EU im nächsten Jahr nutzen wird, um gemeinsam mit der Europäischen Kommission die Ergebnisse des Berlin-Prozesses weiterzuführen.

In seinen Schlussfolgerungen zur Konferenz verwies Yavuz Mildon, Vize-Präsident des Kongresses der Gemeinden und Regionen des Europarates auf die Ergebnisse der fünf Arbeitsgruppen, in denen über 30 Städte ihre Praxis zu Diskussion stellten. Die Beiträge aus den Arbeitsgruppen haben in besonderem Maße verdeutlicht, dass die europäischen Kommunen zu ihrer Verantwortung und Aufgabe stehen, Integration zu gestalten und zu moderieren und zusammen mit den Fachkräften, Nichtregierungsorganisationen und den Bewohnerinnen und Bewohnern die Zivilgesellschaft weiter zu entwickeln. Ein vorbeugender Ansatz der Integration muss auf alle benachteiligten Kinder und Jugendlichen zielen. Dazu gehört gezielte Sprachförderung, ein qualifizierter Schulabschluss, eine Perspektive in Arbeit und die Möglichkeit von jungen Menschen, ihre Fähigkeiten in die Gesellschaft einzubringen. Zentral ist eine Beschäftigungsperspektive für alle Jugendlichen.

Kinder und Jugendliche sind die Zukunft Europas. Wie die Beispiele aus europäischen Kommunen verdeutlicht haben, gehören in sozial benachteiligten Stadtteilen integrierte Ansätze und Strategien zum Fachstandard, die Kindern, Jugendlichen und ihren Familien bessere Zukunftschancen ermöglichen. Wegen der Bedeutung der Konferenz auf europäischer Ebene wurde während der Konferenz der europäische Jugendpreis „Young Active Citizens“ 2005 des Europarats verliehen. Auszeichnet wurden fünf Projekte, die die Zusammenarbeit zwischen Kommunal- und Regionalbehörden und Jugendlichen fördern.

Dem Wunsch der Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Konferenz nach der Fortsetzung des Berlin-Prozesses hat die Regiestelle E & C in der Weise entsprochen, dass für die Zeit bis zu einer Folgekonferenz ein transkommunaler Erfahrungsaustausch über das Internet unter www.berlinprocess.eu ermöglicht wurde.

[24] “…diese Konferenz bietet die Gelegenheit, im Rahmen eines kollegialen Städtenetzwerks den Austausch von Expertenwissen zum Thema der sozialen Integration zu befördern.”

Fachforum: „Kinder- und Jugendhilfe im Prozess der Arbeitsmarktreform – Organisationsübergreifende und interdisziplinäre Handlungsstrategien zur beruflichen Integration von Jugendlichen und jungen Erwachsenen“

250 Vertreterinnen und Vertreter von Jugendämtern, Trägern des SGB II und Arbeitsagenturen, von Schulen und Jugendmigrationsdiensten aus E & C-Gebieten im ganzen Bundesgebiet diskutierten am 16. und 17. Februar 2006 in Hannover die Frage, wie benachteiligte Jugendliche und junge Erwachsene besser in den Arbeitsmarkt integriert werden können.

Der Staatssekretär im BMFSFJ, Gerd Hoofe, erklärte in seinem einführenden Vortrag: „Im Mittelpunkt aller Anstrengungen, die mit der Umsetzung des SGB II verbunden sind, stehen die Jugendlichen, die eine Chance auf eine gute Ausbildung und eine Perspektive Arbeit und Zukunft brauchen. Daher muss es Ziel sein, die neu eingeführten Förderungsmöglichkeiten so einzusetzen, dass jede und jeder Jugendliche ein passendes, auf ihre/seine individuelle Persönlichkeitsentwicklung abgestimmtes Angebot erhält. Nur so verstanden wird die berufliche Integration auch langfristig erfolgreich sein. Dies wiederum ist die Voraussetzung dafür, dass auch zukünftige Hilfebedürftigkeit vermieden wird, und damit werden auch die öffentlichen Haushalte langfristig entlastet. Ergebnis ist eine positive Sozial- und Finanzbilanz. Wir alle wissen, dass die Einführung neuer Gesetze allein nicht ausreicht, entscheidend ist immer die Umsetzung vor Ort.“

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer tauschten sich auf dem Fachforum über Möglichkeiten aus, die Integration junger Menschen in den Arbeitsmarkt auf der Grundlage kommunaler Gesamtstrategien zu verbessern. Dabei wurden z. B. Standards für Arbeitsgelegenheiten für Jugendliche und die Möglichkeiten diskutiert, die Jugendkonferenzen oder schriftliche Kooperationsvereinbarungen als Grundlage für die Zusammenarbeit vor Ort bieten.

Anhand konkreter Projekte wurden Beispiele für die Zusammenarbeit von Kinder- und Jugendhilfe und Trägern der Grundsicherung bei der Umsetzung des SGB II vorgestellt. Hier standen Themen wie z. B. die Arbeitsmarktintegration junger Menschen mit Migrationshintergrund, die Vermeidung von Schulmüdigkeit und die gemeinsame Planung und Finanzierung von Leistungen nach den SGB II und VIII durch die ARGE bzw. das Jobcenter und die örtliche Jugendhilfe im Mittelpunkt.

Ein erstes Fazit des Fachforums ist, dass es gerade in den E & C-Gebieten bereits vielversprechende Ansätze für Kooperationen bei der beruflichen Integration junger Menschen gibt. Als wichtige Grundlagen hierfür haben sich die Verständigung über die rechtlichen und tatsächlichen Voraussetzungen der jeweiligen Institutionen sowie eine gemeinsame Zielsetzung erwiesen.

Expertengespräch „Integration junger Menschen mit Migrationshintergrund – Sozialer Zusammenhalt durch interkulturelle Strategien und integrierte Ansätze in benachteiligten Stadtteilen“

Zur Vorbereitung des für Juni 2006 in Berlin geplanten E & C-Fachforums „Integration junger Menschen mit Migrationshintergrund – Sozialer Zusammenhalt durch interkulturelle Strategien und integrierte Ansätze in benachteiligten Stadtteilen“ führte die Regiestelle E & C am 02. Mai 2006 in Berlin ein Expertengespräch durch.

Die teilnehmenden Expertinnen und Experten legten hier die inhaltliche und didaktische Ausrichtung des Fachforums fest. Dabei sollen lokale Strategien und Ansätze zur erfolgreichen Integration junger Menschen mit Migrationshintergrund in sozialen Brennpunkten im Mittelpunkt des Fachforums stehen. Aus einer Akteurs- und Institutionen übergreifenden Perspektive werden mögliche Wege zur Entwicklung integrierter Angebote im sozialen Nahraum beleuchtet. Die Veranstaltung richtet sich an Vertreter/innen öffentlicher und freier Träger der Kinder- und Jugendhilfe, an kommunale Akteure aus Stadtentwicklung, Bildung, Arbeit und Gesundheitsförderung und an Fachkräfte von Schulen, Kindertageseinrichtungen, Quartiersmanagements und Jugendmigrationsdiensten. Neben Fachvorträgen und

Diskussionsforen, in denen Anforderungen an neue Konzepte und die Zusammenarbeit vor Ort diskutiert werden, präsentieren sich Beispiele gelungener Praxis in zentralen Feldern für die Integration junger Menschen, wie Bildung, Gesundheitsförderung, Sprachförderung, Partizipation, Bürgerschaftliches Engagement und Kriminalitätsprävention.

Werkstattgespräch „Ideologie und Strategien des Rechtsextremismus – Wie geht man als Journalist/in damit um?“

Am 08. Mai 2006 nahmen 12 Lokaljournalisten/innen von Printmedien und Fernseh- und Hörfunkredaktionen aus unterschiedlichen Regionen Deutschlands auf Einladung der Regiestelle E & C an einem Werkstattgespräch teil, um sich über das Auftreten von Rechtsextremismus im lokalen Umfeld und die Arbeitsbedingungen von Medienvertretern vor Ort auszutauschen. Die Veranstaltung wurde in Kooperation mit der Bertelsmann Stiftung in Berlin durchgeführt.

Toralf Staud, freier Journalist und Autor des Buches „Moderne Nazis – Die neuen Rechten und der Aufstieg der NPD“, gab zunächst einen Überblick über die Ideologie und Strategien des Rechtsextremismus. Dr. Hauke Hartmann, Leiter des Projektes „Strategien gegen Rechtsextremismus“ der Bertelsmann Stiftung, stellte im Anschluss die Forschungsergebnisse der (Teil-)Untersuchung „Rechtsextremismus und Fernsehen – Wie berichten Journalisten?“ vor.

In Form einer Werkstatt diskutierten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer am Nachmittag anhand von Beispielen journalistischer Arbeit zu vier Themen ihrer Wahl. Dabei ging es z. B. um die Frage, ob die NPD eine „normale“ Partei ist, um Formen und Aussagen medial vermittelter Bilder bei der Fernsehberichterstattung, den Umgang mit Rechtsextremisten als Talkshow-Gäste sowie mit Presseerklärungen, Reden und Veranstaltungen von Rechtsextremisten.

1.9 Regionalkonferenzen

Anfang März 2003 wurde die Regiestelle E & C vom BMFSFJ gebeten, das Konzept der „Regionalkonferenzen“ nicht mehr umzusetzen. Daraufhin wurden die in den Vorjahren mit der Durchführung und Dokumentation der Regionalkonferenzen beauftragten Institutionen Lawaetz-Stiftung, Landesarbeitsgemeinschaft Soziale Brennpunkte Hessen e.V. sowie das Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik e.V. Jena im ersten Halbjahr 2003 jeweils einmalig mit der Durchführung einer Fachkonferenz in der Region beauftragt.

Die zum Zweck eines regionalspezifischen Überblicks über die auf Landesebene bereits vorhandenen Strukturen und Aktivitäten im Bereich der sozialräumlich orientierten Kinder- und Jugendhilfe erstellten Expertisen für die einzelnen Bundesländer sind weiterhin im Internet auf der E & C-Homepage abrufbar.

1.10 Expertisen

Expertisen wurden im Berichtszeitraum weder in Auftrag gegeben noch veröffentlicht.

1.11 Sonderveranstaltungen

Die Bildungsinitiative „Schlaumäuse – Kinder entdecken Sprache“, unter Schirmherrschaft der Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, kam auf Initiative von Microsoft Deutschland zustande und hat das Ziel, die Sprachkompetenz von Vorschulkindern zu fördern. Die Programmplattform E & C ist ein Partner dieser Bildungsoffensive.

Im Rahmen dieses Public Private Partnership-Projektes wurden seit dem Jahr 2003 bislang mehr als 5.000 Kinder aus 300 überwiegend in E & C-Gebieten liegenden Einrichtungen

erreicht. Ziel der bundesweiten Schlaumäuse-Initiative ist es, das Sprachvermögen von Kindern im Alter von vier bis sechs Jahren mit Hilfe neuer Medientechnologien gezielt zu fördern. Die Schlaumäuse-Initiative richtet sich im besonderen Maße an Einrichtungen in sozial benachteiligten Stadtteilen. Vorgestellt wurde die Initiative zudem auf dem E & C-Fachforum „Konzepte der frühkindlichen Sprachförderung“ am 9. und 10. Mai 2005 in Berlin.

Seit Start der Schlaumäuse im April 2003 hat sich die Bildungsinitiative zu einem großen Erfolg entwickelt. Da sich jedes Jahr weitaus mehr Kindergärten bewerben, als Plätze vorhanden sind, hat Microsoft Deutschland das Netzwerk „Schlaumäuse - unterstützt durch Microsoft-Partner“ ins Leben gerufen. Es richtet sich an die bundesweit mehr als 20.000 Wirtschafts- und Vertriebspartner von Microsoft Deutschland.

Der Abschlussbericht der wissenschaftlichen Begleitung des Projektes durch die ComputerLernWerkstatt an der Technischen Universität Berlin, die zweihundert Kindergärten der ersten beiden Jahre untersucht hat, wurde auf der Homepage der Schlaumäuse-Initiative unter www.schlaumaeuse.de veröffentlicht.

Auf Einladung des BMFSFJ nahm die Regiestelle E & C am 19. Mai 2005 in Berlin an einem Fachgespräch zur Integration von Zuwanderern teil.

Am 30. August 2005 organisierte die Regiestelle E & C in Berlin ein Treffen des BMFSFJ und der wissenschaftlichen Begleitung E & C/LOS mit den Regiestellen LOS sowie E & C. Die Regiestelle E & C sowie die Regiestelle LOS berichteten hier zum aktuellen Stand und der Planung in den Jahren 2005 und 2006. Die Arbeitsgruppe der wissenschaftlichen Begleitung E & C/LOS stellte die Ergebnisse der Forschung des DJI in den Forschungsschwerpunkten: „LOS/ Lokale Aktionspläne“, „Zusammenarbeit von Jugendhilfe und Schule“ sowie „Arbeitsmarktreform/Hartz IV“ vor, insbesondere die methodischen Instrumente und Fragebögen für die Totalerhebung in den LOS-Gebieten wurden präsentiert und diskutiert.

Am 27. und 28. September 2005 nahm die Regiestelle E & C am Workshop „Schule im Kontext sozialräumlicher Kooperationen“ der wissenschaftlichen Begleitung E & C/LOS des DJI in Eisenach teil.

Im Rahmen der kontinuierlichen Mitarbeit der bundesweiten Arbeitsgemeinschaft „Gesundheitsfördernde Stadt- und Gemeindeentwicklung (AG GSE) bereitete die Regiestelle E & C einen Workshop zum Thema: „Bewegungsmangel und seine Folgen“ im Themenbereich „Bewegungsförderung und Barrierefreiheit in der sozialen Stadtentwicklung“ für die 11. bundesweite Konferenz: „Armut und Gesundheit – Neue Bewegungen für Gesundheit“ vom 18. und 19. November 2005 in Berlin vor.

Am 09. Februar 2006 beteiligte sich die Regiestelle E & C in Mainz mit einem Beitrag zu sozialräumlichen Aspekten der Familien- und Kinderarmut auf der Fachtagung „Armut und Ausgrenzung von Familien und Kindern. Möglichkeiten der Prävention und Überwindung“ des Ministeriums für Arbeit, Soziales, Familie und Gesundheit des Landes Rheinland-Pfalz/EU-Projekt: Nationale Sensibilisierungsmaßnahmen zum Thema Soziale Integration.

Am 18. Mai 2006 beteiligte sich die Regiestelle in Berlin an einem Fachtag anlässlich der Abschlussveranstaltung des Bundesmodellprojekts des BMFSFJ „Sozialräumliche Familien- und Jugendarbeit“ (SoFJA).

Für September/Oktober 2006 ist eine nationale Kampagne zur Unterstützung von Kindern und Jugendlichen in sozialen Brennpunkten unter der Schirmherrschaft von Bundesministerin Dr. Ursula von der Leyen geplant, bei der als Botschafter 2006 der Schauspieler Ralf Möller mitwirkt. Ralf Möller hat, aus „einfachen“ Verhältnissen stammend, über Bodybuilding eine ungewöhnliche Karriere bis hin zum in Hollywood anerkannten Schauspieler in Actionfilmen gemacht.

Die Regiestelle E & C wurde im Februar 2006 vom BMFSFJ beauftragt, eine Projektabfrage bei den Quartiersmanagements zu veranlassen und in der Folge ein Konzept zur Umsetzung einer Tour bei Initiativen und Vereinen in sozialen Brennpunkten zu entwickeln. Idee ist, dass

ein Besuch von Herrn Möller bei Jugendlichen und jungen Erwachsenen (insbesondere mit Migrationshintergrund), die ihre Selbstfindung und Persönlichkeitsentwicklung und ihre soziale Anerkennung (weitestgehend) im Sportbereich bzw. im Feld des Bodybuilding suchen und finden, zur Bestätigung und erfolgreichen Integration beitragen kann.

Die Regiestelle hat vorgeschlagen, dass Herr Möller an 4 aufeinander folgenden Tagen eine begleitete und vorbereitete Rundreise zu den Jugendlichen, jungen Erwachsenen in 2 bis 3 sozialen Brennpunkten pro Tag absolviert – insgesamt werden bis zu 43 Projekte angelaufen. Jeder Termin wird von den lokalen Anleitern/innen vorbereitet und Herr Möller wird nebst Begleitung und Presse empfangen. Im Rahmen eines vorbereiteten Programms werden z. B. persönliche Gespräche mit den Jugendlichen und eine Autogrammstunde im sozialen Brennpunkt durchgeführt. Durch die aktive Einbeziehung von lokalen Vertretern von Stadt, Sportvereinen, ggf. lokalen Sportgrößen sollen die Anstrengungen und Aktivitäten durch den Besuch von Ralf Möller gewürdigt und die Anstrengungen vor Ort öffentlich anerkannt werden. Die Auswahl der Standorte orientiert sich an der räumlichen Erreichbarkeit innerhalb eines Tages, bei mehrtägiger Tour an der Streckenführung einschließlich Übernachtung, sowie den Projektinhalten und den Zielgruppen. Über den Termin sowie über die Tour flankierende Maßnahmen wie z. B. eine PR-Kampagne, Pressearbeit und Sponsoringmaßnahmen ist derzeit noch nicht im Detail entschieden worden.

Während des Berichtszeitraums wurde die Regiestelle E & C kontinuierlich bundesweit bei unterschiedlichen Fachtagungen, Arbeitskreisen und Kongressen um eine Beteiligung gebeten.

1.12 Zusammenfassung

Die einheitliche Außendarstellung der Programmplattform E & C mit ihren Einzelaktivitäten und Projekten wurde kontinuierlich fortgeschrieben und verstetigt. Neben den bereits gewonnenen festen Ansprechpartnern/innen bei allen relevanten Zielgruppen konnten neue Akteure für eine Beteiligung an der Programmplattform E & C, insbesondere auch aus den neu benannten Gebieten der „Sozialen Stadt“ gewonnen werden.

Weiterhin besteht die Mitwirkung der Akteure an E & C in der Teilnahme und inhaltlichen Mitarbeit bei Veranstaltungen der Regiestelle E & C sowie in der verbreiteten Nutzung des Onlineangebots. Dies wird durch die Entwicklung der Zugriffszahlen bei der Homepage E & C und bei den Newsletter-Abos deutlich belegt. Die Attraktivität der Programmplattform E & C hat sich während des Berichtszeitraums auch am Besucherinteresse bei den Fachveranstaltungen, dem Teilnehmer/innen-Feedback sowie in Form von Anfragen an die Regiestelle nach Beratung sowie Vorstellung der Programmplattform E & C bei Tagungen Dritter gezeigt.

Die bei den Fachveranstaltungen und Zielgruppenveranstaltungen für die kommunalen Ansprechpartner/innen, die Quartiersmanager/innen sowie die aus dem Kinder- und Jugendplan des Bundes geförderten bundeszentralen freien Träger im Jahr 2002 durch den Einbezug von Einrichtungsleiter/innen aus den Programmgebieten der „Sozialen Stadt“/E & C erreichte neue Qualität in der Ausgestaltung und fachlichen Diskussion, wurde im Berichtszeitraum, z. B. durch Vorkonferenzen und erweiterte Zielgruppenkonferenzen, ausgebaut.

Der Schwerpunkt der Vernetzung und gemeinsamen Projektentwicklung hat sich aus Sicht von E & C vor Ort deutlich in Richtung Querschnittsprojekte verlagert – wobei hier in erster Linie Schulen, Kindertagesstätten und Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe kooperieren. Beteiligungsverfahren und die Orientierung am Paradigma der Sozialräumlichkeit sind heute als fachlicher Standard anerkannt. Es zeichnet sich ab, dass dadurch eine neue Qualität der Gemeinschaftsanstrengungen vor Ort erreicht werden kann. Insbesondere die Teilprogramme als eine Art „Experimentallabor“ tragen dazu bei, die Struktur der Programmplattform kontinuierlich weiterzuentwickeln und die fachlichen Standards im Prozess E & C zu befördern.

Nach einer Praxislaufzeit des Bundesmodellprogramms „Entwicklung und Chancen junger Menschen in sozialen Brennpunkten“ (E & C) von gut fünf Jahren kann konstatiert werden, dass die Philosophie, die dem Programm zugrunde liegt, den aktuellen Bedarf getroffen hat. Die fachliche Diskussion in den verschiedenen Disziplinen wie z. B. Stadterneuerung, Sozial- und Jugendhilfe, hat die Sinnhaftigkeit und Plausibilität der integrierten Handlungsansätze erkannt und aufgenommen.

Im August 2003 hat die Regiestelle dem BMFSFJ eine Auswertung der ersten Programmperiode E & C 2000-2003 vorgelegt und einen Vorschlag zur Weiterentwicklung der Fachthemen der Programmplattform E & C in Form von Querschnittsthemen und Schlüsselthemen gemacht. Die Grundlage der Ermittlung und Zuordnung dieser Fachthemen in Querschnittsthemen und Schlüsselthemen bezieht sich einerseits auf die Vorgaben der Förderpolitik aus dem Kinder- und Jugendplan des Bundes, zum anderen aus der Aufnahme der fachlichen Hinweise der in dieser Bestandsaufnahme gegebenen quantitativen Auswertung, Analyse zur Situation der Städte, Gemeinden und Landkreise), Einschätzung zur europäischen Sozial- und Beschäftigungspolitik und zur sozialen Brennpunktarbeit der Jugendämter.

Dies sind:

Querschnittsthemen (Mainstreaming)

– Gender Mainstreaming,
– Gesundheit und Gesundheitsförderung,
– Interkulturalität,
– Soziale Integration und sozialer Zusammenhang,
– Toleranz und Demokratie,
– Nachhaltigkeit der Kinder- und Jugendhilfestrategien,
– Zivilgesellschaft.

Schlüsselthemen der Programmplattform E & C

– Lokaler Aktionsplan, kommunale Bündnisse,
– Frühkindförderung/Familienförderung,
– Integrierte Dienste im Stadtteil,
– Ganztagsschulen in Kooperation mit der Kinder- und Jugendhilfe,
– Jugendhilfe und Beschäftigung, (Übergänge Schule – Beruf, Job Center).

Die Aufteilung in so genannte Mainstream- bzw. Querschnittsthemen und in Schlüsselthemen ist nur zum Teil voneinander abgrenzbar. Gemeint ist bei den Querschnittsthemen, dass diese im Sinne von Qualitätserfordernissen bei der Bearbeitung der Schlüsselthemen stets mit bearbeitet werden müssen, während die Schlüsselthemen die „aktuellen“ Herausforderungen der Kinder- und Jugendhilfe in sozialen Brennpunkten beschreiben.

Die Umsetzung der BMFSFJ-Programmplattform E & C hat sich innerhalb dieser Planung in den Jahren 2005/2006 besonders auf drei Schwerpunkte konzentriert:

– Wege benachteiligter Jugendlicher in Arbeit, Ausbildung und Beschäftigung/Übergang Schule – Beruf (Auswirkungen der Hartz-Reformen),
– Migration, Integration, Sprachförderung,
– Orte der Bildung im Stadtteil (Kitas, Schulen, Stadtteilzentren).

In diesem Sinne ist die Fachplanung E & C für die Programmperiode weiter entwickelt worden. Die Zielgruppenkonferenzen und deren Vorbereitungskonferenzen wurden im Jahr 2006 unter dem Titel „Die Soziale Stadt für Kinder und Jugendliche“ darauf ausgerichtet, das auf Nachhaltigkeit ausgerichtete Handeln der jeweiligen E & C-Akteursgruppen systematisch zu reflektieren und Ressourcen, Erfahrungen und Anstrengungen regionaler und überregionaler „sozialer Koproduzenten“ sichtbar zu machen.

Für den 25. und 26. September 2006 ist eine E & C-Bilanzkonferenz mit Teilnehmerinnen und Teilnehmern aus allen E & C-Zielgruppen in Leipzig geplant. Thematisch soll die

Bilanzkonferenz Foren zu den Querschnitts- und Schlüsselthemen der Programmplattform E & C bieten und den europäischen Ansatz des transkommunalen Erfahrungsaustauschs „Berlin-Prozess“ einbeziehen. Vorgeschlagen wurde ferner eine Messe der bundesweiten Modellprogramme, wie z. B. LOS, Lokale Bündnisse für Familie, Kompetenzagenturen, Soziale Stadt, Bildungscent, Lernende Regionen u. a.

Die Regiestelle E & C hat eine Übersicht der über 10.000 bestehenden Ansprechpartner/innen und Kooperationspartner/innen aus den verschiedenen Themenfeldern und Fachdisziplinen in den E & C-Gebieten zusammengestellt und der Steuerungsrunde E & C vorgelegt.

Alle Ergebnisse der BMFSFJ-Programmplattform E & C werden zum Ende der zweiten Programmperiode am 31. Dezember 2006 aufbereitet und dokumentiert.

2. Regiestelle LOS - Lokales Kapital für Soziale Zwecke (LOS)

Das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) hat als verantwortliches Ministerium am 14. Februar 2003 das Bundesprogramm „Lokales Kapital für Soziale Zwecke“ (LOS) per Pressemitteilung annonciert. Als zwischengeschaltete Stelle wurde die Arbeitsgemeinschaft Regiestelle LOS (ARGE Regiestelle LOS) - bestehend aus der Gesellschaft für soziale Unternehmensberatung mbH (gsub mbH) und der Stiftung SPI Berlin - beauftragt, die für die Durchführung und Mittelbewirtschaftung des Programms eine gemeinsame Regiestelle LOS eingerichtet haben. Diese ist Ansprech- und Vertragspartnerin der beantragenden Gebietskörperschaften. Sie hat folgende Aufgaben zu erfüllen:

- Programm- und Antragsdesign,
- Antragsberatung bei Aufstellung und Fortschreibung der Lokalen Aktionspläne,
- Erstellung und Abschluss der Förderverträge,
- lfd. Controlling des Stammblattverfahrens,
- Monitoring,
- Bearbeitung der Erstattungsanträge,
- Verwendungsnachweisprüfung,
- Durchführung von Veranstaltungen,
- Unterstützung des BMFSFJ bei der fachlichen Steuerung,
- Dokumentation,
- Geschäftsführung der Steuerungsrunde/Jour Fixe,
- Berichterstattung.

Die Regiestelle ist für die Umsetzung von LOS insgesamt verantwortlich, die oben genannten Aufgaben fallen aber je nach Inhalt in den Aufgabenbereich der einzelnen Büros. Das Büro Stiftung SPI ist dabei für die fachlichen Fragestellungen, das Büro gsub für die finanztechnische Abwicklung des Programms verantwortlich.

Die wissenschaftliche Begleitung erfolgt durch das Deutsche Jugendinstitut München e.V. (DJI). Im Fokus des Interesses werden dabei vor allen Dingen die Lokalen Aktionspläne im Schwerpunkt „Lokales Kapital in der Sozialen Stadt“ stehen.

Die fachliche Steuerung des Programms erfolgt in einer unter dem Vorsitz der zuständigen Fachreferate des BMFSFJ stehenden Steuerungsrunde. Dort werden alle zentralen Fragen der Implementierung und Weiterentwicklung des Programms bearbeitet.

Mitglieder sind:

- das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ), vertreten durch das zuständige Referat für Prävention von Kriminalität, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit und
- die ARGE Regiestelle LOS, vertreten durch den Geschäftsführer der Gesellschaft für soziale Unternehmensberatung mbH und den Direktor der Stiftung SPI sowie durch die beiden Programmkoordinatoren der zwei Büros.

Die Regiestelle LOS berichtet den zuständigen Fachreferaten des BMFSFJ regelmäßig über den Fortgang des Bundesprogramms LOS. Darüber hinaus ist die Regiestelle LOS für die Herausgabe von Dokumentationen verantwortlich, die zum Ende der Programmlaufzeiten und nach Durchführung von LOS-Konferenzen anfallen.

2.1 Hintergrund

Mit der Verordnung (EG) Nr. 1784/1999, Artikel 4, Absatz 2 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 12. Juli 1999 wurde für die aktuelle ESF-Förderperiode (2000-2006) ein neues Instrument innerhalb des Europäischen Sozialfonds (ESF) eingeführt. Mit diesem Instrument „wird ein angemessener Betrag der für die Intervention gemäß Ziel 1 und Ziel 3 bereitgestellten Mittel [..] für die Verteilung geringer Zuschussbeträge vorgesehen, wobei besondere Zugangsvoraussetzungen für Nichtregierungsorganisationen und lokale Partnerschaften vorzusehen sind. Die Mitgliedstaaten können diesen Ansatz gemäß den Finanzierungsregelungen nach Artikel 29, Absatz 6 der Verordnung (EG) 1260/1999 ausführen“, wodurch eine Finanzierung der Gesamtkosten zu 100 % erlaubt wurde.

Das Instrument der Förderung von Mikroprojekten wurde in einer Pilotaktion von der Europäischen Kommission, Generaldirektion Beschäftigung, Soziales und Chancengleichheit im Juli 1998 als Maßnahme nach Artikel 6 der Verordnung über den Europäischen Sozialfonds auf den Weg gebracht. Das übergeordnete Ziel der Pilotaktion bestand in der Förderung der Beschäftigung und des sozialen Zusammenhaltes durch „Bottom-up“-Initiativen und wurde in 12 Ländern der Europäischen Union an 30 Standorten von 1999 bis 2000 durchgeführt. Die Standorte in Deutschland waren drei Berliner Stadtteile (Prenzlauer Berg, Weißensee und Kreuzberg), das Land Thüringen, der Regierungsbezirk Weser-Ems im Land Niedersachsen und der Freistaat Sachsen.

In der laufenden ESF-Förderperiode (2000-2006) ist LSC als Politikfeld F in den Mainstream überführt worden und kommt in acht Ländern der Europäischen Union zur Anwendung. In Deutschland wird dieses Instrument im Einheitlichen Programmplanungsdokument (EPPD) als Politikbereich F „Lokales Kapital für Soziale Zwecke“, Maßnahme 11 „Kleinprojekte zur Förderung der lokalen Beschäftigungsentwicklung“ geführt und in verschiedenen Bundesländern und durch den Bund umgesetzt.

Im Rahmen dieser Mikroprojekte sollen kleine, lokale Initiativen zur verstärkten Nutzung der örtlichen und regionalen Beschäftigungspotenziale gefördert werden. Ziel von LOS ist dabei die Verbesserung der sozialen und beruflichen Integration. Damit einhergehen die Erhöhung der Beschäftigungsfähigkeit, die Stärkung des sozialen Zusammenhaltes und die Förderung von Toleranz und Demokratie in sozialen Brennpunkten. Dies soll vor allem durch Schaffung von lokalen Netzwerken, Förderung des Unternehmensgeistes und Aktivierung der Bewohnerinnen und Bewohner erreicht werden. Adressaten/innen sind der Personenkreis, der besondere Schwierigkeiten beim Zugang zum Arbeitsmarkt hat, sowie Netzwerke und Organisationen, die sich für die Integration dieser Personengruppen einsetzen.

Als wesentliche Grundlage bei der Umsetzung von LOS sind die beschäftigungspolitischen Leitlinien anzusehen, mit deren Berücksichtigung LOS die in der Lissabon-Strategie formulierten Ziele unterstützt. Im Rahmen von LOS spielen insbesondere folgende Handlungsprioritäten der Europäischen Beschäftigungsstrategie eine Rolle:

- aktive und präventive Maßnahmen für Arbeitslose und Nichterwerbspersonen,
- Förderung von Unternehmergeist und Arbeitsplatzbeschaffung,
- Gleichstellung der Geschlechter,
- Förderung der Integration und Bekämpfung der Diskriminierung benachteiligter Gruppen auf dem Arbeitsmarkt.

2.2 Programm

Die Evaluation der Pilotphase nach Artikel 6 hatte ergeben, dass die Umsetzung des Programms möglichst in abgegrenzten Gebieten erfolgen soll, die Zielgruppen genau definiert sein müssen und den Teilnehmer/innen vor allen Dingen Wege zur sozialen Integration und Beschäftigung aufzuzeigen sind. Da die Fähigkeit, zusätzliche Ressourcen zu mobilisieren dann besonders hoch waren, wenn die Zielgruppen mit eingebunden waren, wurde die Empfehlung ausgesprochen, dass die Zielgruppen an der Planung und Umsetzung des Programms beteiligt sind.

Um auch kleinere Gruppen zu erreichen, sollte die Verteilung der Mittel mit wenig Bürokratie durch die zwischengeschalteten Stellen erfolgen. Dies gilt besonders für das Vertrags- und Finanzierungsmanagement. Dabei ist es wichtig, dass die zwischengeschalteten Stellen den Mikroprojekten in allen Fragen laufend zur Seite stehen, es keine Standardförderung für die Mikroprojekte gibt, die Rückerstattung der Mittel zügig erfolgt und für das Verfahren eine technische Assistenz vorgehalten wird.

Insgesamt haben die Evaluatoren/innen sich dafür ausgesprochen, dass das Programm „Lokales Kapital für Soziale Zwecke“ weitergeführt wird, und zwar mit einer Kombination der Steuerung „von oben“ und der Beteiligung „von unten“.

Das BMFSFJ hat mit der Festlegung der E & C-Gebiete als Fördergebiete, der Art der Zielgruppen und deren Mitwirkungsmöglichkeiten bei der Planung und Umsetzung der Lokalen Aktionspläne und der Anbindung der zwischengeschalteten Stellen an die Landkreise bzw. Kommunen zentrale Forderungen der Evaluatoren/innen berücksichtigt.

Die eingeforderte Vereinfachung der Bürokratie wurde im Antragsdesign auch für die Aufstellung der Lokalen Aktionspläne durch die zwischengeschalteten Stellen berücksichtigt. Der für den Konzeptwettbewerb notwendige Lokale Aktionsplan wurde im Online-Antragsverfahren integriert. Auf diese Weise wurde den Antragstellern eine klare Gliederung vorgegeben, die die Teilnahme am Konzeptwettbewerb maßgeblich vereinfachte.

Die Anforderungen der EU-Kommission bezüglich des Monitorings der ESF-Programme durch das ESF-Stammblattverfahren konnten im Gespräch mit dem verantwortlichen Institut für Sozialforschung und Gesellschaftspolitik (ISG) wesentlich reduziert werden. Die Angaben, die für das ESF-Monitoring benötigt werden, wurden mit den Fragen, die das BMFSFJ darüber hinausgehend interessiert, innerhalb des Online-Verfahrens zusammengefasst.

Das gesamte Verfahren, Teilnahme am Konzeptwettbewerb, das Stammblattverfahren für die Mikroprojekte und auch die notwendige Fortschreibung der Lokalen Aktionspläne nach jeder Förderperiode wird in dem Online-Verfahren über das Portal www.los-online.de abgewickelt. Nach Ausfüllen der vorgegebenen Formulare müssen diese noch einmal ausgedruckt und mit einer rechtsgültigen Unterschrift versehen an die Regiestelle LOS gesandt werden.

Für die Lokalen Koordinierungsstellen und Mikroprojektträger wurden jeweils Handbücher entwickelt, die ebenfalls auf www.los-online.de zum Download bereit stehen. Darüber hinaus ist ein Handbuch über das Gesamtprogramm LOS und eine Arbeitshilfe zum Thema Gender Mainstreaming und zur Öffentlichkeitsarbeit erstellt worden.

Zur Vorbereitung der Konzeptwettbewerbe wurden bundesweit Starterkonferenzen durchgeführt. Neben allgemeinen Informationen zu den Inhalten, den Teilnahmevoraussetzungen sowie zum Verlauf des Programms wurden die Interessentinnen und Interessenten in Workshops mit dem Aufbau und den Anforderungen des Online-Verfahrens vertraut gemacht. So konnte eine Vielzahl von Fragen bereits im Vorfeld beantwortet werden.

2.3 Programmumsetzung

Für die Durchführung des Programms LOS auf Bundesebene stehen bis Mitte 2007 insgesamt ca. 87 Mio. € zur Verfügung. Das Bundesprogramm „Lokales Kapital für Soziale Zwecke“ (LOS) besteht aus zwei Schwerpunkten:

„Lokales Kapital in Hochwassergebieten“: In Abstimmung mit den vom „Augusthochwasser 2002“ betroffenen Bundesländern wurden Kommunen und Landkreise, deren soziale und/oder wirtschaftliche Infrastruktur besonders betroffen war, ausgewählt und angesprochen. Bei Interesse legten diese ein Umsetzungskonzept vor und benannten jeweils eine Lokale Koordinierungsstelle. Dieser Programmteil knüpfte an das Sofortprogramm nach der Hochwasserkatastrophe „Jugend hilft“ an und lief vom 01. Juli bis zum 31. Dezember 2003. Es stand ein Gesamtvolumen von 4,4 Mio. € zur Verfügung, mit dem in 60 Fördergebieten 495 Mikroprojekte durchgeführt wurden.

„Lokales Kapital in der Sozialen Stadt“: Kommunen und Landkreise konnten sich um Mittel für Sozialräume mit besonderen Integrationsproblemen bewerben. Dieser Programmschwerpunkt ist gekoppelt an die BMFSFJ-Programmplattform „Entwicklung und Chancen junger Menschen in sozialen Brennpunkten“ (E & C) und komplementär an die Gebiete der Bund-/Ländervereinbarung „Die Soziale Stadt“. Voraussetzung war ein entsprechender Lokaler Aktionsplan zur Verbesserung der Bedingungen sozialer und beruflicher Integration und die Einrichtung einer Lokalen Koordinierungsstelle. Dieser Programmteil geht vom 01.09.2003 bis zum 30.06.2007 und ist in vier Förderperioden aufgeteilt. Die Förderperioden enden jeweils am 30.06. des Folgejahres.

Für die Durchführung dieses Programmschwerpunktes stehen bis Mitte 2007 insgesamt ca. 82,5 Mio. € zur Verfügung. Davon waren zunächst ca. 35,5 Mio. € direkt dem Bund zugewiesen. Zusätzlich wurden rund 15 Mio. € im Oktober 2003 durch die Bundesländer für das Bundesprogramm LOS freigegeben. In zwei weiteren Schritten sind darüber hinaus einmal 20 Mio. € für einen zweiten Konzeptwettbewerb und einmal ca. 12,5 Mio. € für die vierte Förderperiode bereitgestellt worden.

Der Programmschwerpunkt „Lokales Kapital in der Sozialen Stadt“ startete mit dem Aufruf zum Konzeptwettbewerb 2003. Die Antragsfrist lief vom 19.05.2003 bis zum 30.06.2003, innerhalb der sich 229 Gebiete um eine Förderung bewarben. Wie oben schon beschrieben musste für eine Förderung ein Lokaler Aktionsplan aufgestellt werden. Dieser wurde von der Regiestelle LOS bewertet. Nach der Auswahl durch das BMFSFJ startete am 01.09.2003 in 128 Gebieten die Umsetzung von LOS. Am 01.11.2003 konnte dann dank der zusätzlichen Mittel aus den Bundesländern in weiteren 46 Fördergebieten die Arbeit beginnen.

Für eine Weiterförderung in den folgenden Förderperioden müssen die Lokalen Aktionspläne jährlich fortgeschrieben werden. Aufgrund der erfolgreichen Fortschreibungen konnte LOS in allen 176 Fördergebieten zum 01.07.2004 auch in der zweiten Förderperiode weitergeführt werden. Zudem wurden im Rahmen des Konzeptwettbewerbes 2004 weitere 110 Gebiete durch das BMFSFJ ausgewählt, so dass in der zweiten Förderperiode insgesamt 286 Gebiete gefördert wurden. An der jetzt laufenden Förderperiode nehmen nach erfolgreicher Fortschreibung wiederum 286 LOS-Fördergebiete teil.

Von den 286 ausgewählten Fördergebieten gehören 277 Gebiete der Bund-/ Ländervereinbarung „Soziale Stadt“ an, 9 Gebiete sind E & C-Landkreise. In der überwiegenden Mehrheit liegen die Fördergebiete in einer Großstadt (132) bzw. Mittelstadt (115). Nur 32 kleinstädtische bzw. 7 ländliche Gemeinden werden durch LOS gefördert. Die Einwohner(innen)zahl der Gebiete variiert sehr stark und reicht vom kleinsten Gebiet mit 304 bis zum größten Gebiet mit fast 100.000 Einwohner(inne)n. Im Durchschnitt wohnen 13.780 Einwohner/innen in einem LOS-Fördergebiet.

Knapp die Hälfte der Lokalen Koordinierungsstellen, die durch die Gebietskörperschaften eingerichtet werden mussten, wird von Jugendämtern, jeweils 10 % von Sozialämtern bzw. von Jugend- und Sozialämtern gestellt. Bei dem restlichen knappen Drittel haben entweder Bauämter, Querschnittsämter, Ämter für Stadtentwicklung, etc. die Federführung bei LOS. Die

Ämternetzwerke werden ebenfalls durch Jugend- bzw. Sozialämter angeführt, aber auch die Stadtplanungsämter und Agenturen für Arbeit sind dort vorrangig vertreten.

Der Anteil der Ausländer/innen ist in den geförderten LOS-Gebieten im Vergleich zu anderen städtischen Quartieren überdurchschnittlich hoch, wobei ein klarer Unterschied zwischen den neuen und den alten Bundesländern besteht. Insgesamt liegt der Anteil der Ausländer/innen an der Wohnbevölkerung der Fördergebiete bundesweit bei 18,8 %, in den neuen Bundesländern (ESF-Zielgebiet 1) liegt er mit rund 3,6 % weit darunter, in den alten Bundesländern (ESF-Zielgebiet 2/3) mit 24,1 % darüber. In mehr als einem Drittel der westdeutschen LOS-Gebiete liegt der Anteil höher als 25 %.

Neben den genannten Strukturdaten mussten die Antragsteller/innen die Problemlagen der Gebiete darlegen, Entwicklungsziele formulieren und ein Handlungskonzept aufstellen. Aufbauend auf das Handlungskonzept mussten im Lokalen Aktionsplan die ersten Mikroprojektideen jeweils den LOS-Projekttypen zugeordnet werden und Zielgruppen benannt werden.

Um in den nachfolgenden Förderperioden weiterhin LOS umsetzen zu können, musste für jedes Gebiet der Lokale Aktionsplan fortgeschrieben werden. Die Fortschreibung lehnte sich stark an den Lokalen Aktionsplänen an, die in den beiden Konzeptwettbewerben aufgestellt worden sind. Auskünfte mussten vor allem zur Entwicklung des Gebietes und zur Umsetzung von LOS gegeben werden. Durch die Fortschreibung ergibt sich die Möglichkeit, die Schwerpunkte der Umsetzung von LOS zu überprüfen bzw. nachzujustieren.

Alle bisher geförderten Gebiete konnten nach Auswertung der Fortschreibungsanträge die Zustimmung des BMFSFJ für eine Weiterförderung bekommen, wobei Auflagen durch die Regiestelle erteilt wurden. Die Auflagen behandelten fast ausschließlich die Komplexe „Begleitausschuss“ bzw. „Größe und ESF-Erfahrenheit der Träger von Mikroprojekten“. Alle anderen Themen waren nur marginal vertreten.

Die Besetzung der Begleitausschüsse kann aber insgesamt als gut bezeichnet werden. 4.060 Personen sind als Mitglieder von Begleitausschüssen mit dem Thema LOS befasst. Das bedeutet, dass der Durchschnittsbegleitausschuss aus etwa 14 Personen besteht. Das Verhältnis bezüglich der geschlechtsspezifischen Besetzung der Begleitausschüsse ist fast ausgeglichen und beträgt 49 % Frauen und 51 % Männer.

Auch die durchschnittliche Verteilung der einzelnen Kategorien in den Begleitausschüssen ist ausgewogen. Spitzenreiter sind die Ämter mit 26 %, gefolgt von potenziellen Mikroprojektträgern mit 28 % (Vereine, Kirchengemeinden, freie Träger, Schulen, örtliche Unternehmen und Bildungs- und Qualifizierungsträger). Die Vertreter/innen der Bewohner/innen bzw. der Zielgruppe erreichen über 25 %, die restlichen 20 % teilen sich verschiedene Gruppen (Politiker/innen, Quartiersmanagement, andere und „Soziale Stadt“/ E & C).

Der zweite Komplex, bei dem Auflagen erforderlich waren, betraf die Art der Mikroprojektträger, da die Berücksichtigung bzw. Aktivierung von neuen, vorzugsweise kleinen Trägern und Einzelpersonen bzw. ESF-unerfahrenen Trägern ein Programmziel von LOS ist. Auch wenn bei knapp 12 % der Fördergebiete sich ein Nachsteuerungsbedarf bezüglich der ESF-Erfahrenheit der Träger und bei knapp 11 % bezüglich etablierter Träger ergeben hat, sind die Durchschnittswerte über alle 5.467 durchgeführten Mikroprojekte sehr gut. So hatten nur 25 % der Träger von Mikroprojekten schon Erfahrungen mit ESF-Anträgen gesammelt. Auch die Verteilung der Träger von Mikroprojekten zwischen lokalen (Stadtteil-) Vereinen (40 %), Wohlfahrtsverbänden und Bildungs- und Qualifizierungsträgern (20 %) und anderen (40 %) stimmt mit der Zielsetzung von LOS überein.

Die Fördermittel von LOS werden in Höhe von maximal 100.000 € pro Förderperiode an Gebietskörperschaften vergeben, die zur Umsetzung von LOS so genannte Lokale Koordinierungsstellen einrichten. Letztere sind gemeinsam mit den lokalen Netzwerken für die Programmumsetzung im jeweiligen Fördergebiet zuständig.

Aus diesen Mitteln können unterschiedliche Mikroprojekte in Form eines Globalzuschusses in einer Höhe von bis zu 10.000 € gefördert werden. Die Auswahl der Mikroprojekte erfolgt unter Berücksichtigung des Lokalen Aktionsplans durch einen Begleitausschuss, dem neben Vertreter/innen der öffentlichen Verwaltung auch lokale Akteure, insbesondere Vertreter/innen der anvisierten Zielgruppen, angehören sollen. Die Beratung der Träger von Mikroprojekten erfolgt durch die Lokale Koordinierungsstelle.

In der ersten Förderperiode führten Lokale Koordinierungsstellen in 176 Fördergebieten 2.000 Mikroprojekte durch. Bis zum Ende der zweiten Förderperiode am 30.06.2005 sind der Regiestelle LOS 3.489 Mikroprojekte im Online-Verfahren angezeigt und von den Lokalen Koordinator/innen bestätigt worden, wobei zu beachten ist, dass von den 3.489 angezeigten Projekten 3.452 Projekte tatsächlich ausgabewirksam durchgeführt wurden. Die Differenz ergibt sich i. d. R. aus abgebrochenen Projekten, für die kein Geld ausgezahlt wurde. Der Anteil dieser Projekte beträgt etwas über 1 %, so dass 99 % der bewilligten Projekte auch tatsächlich durchgeführt wurden. In der laufenden Förderperiode sind der Regiestelle bisher 3178 Mikroprojekte angezeigt worden.

Die Auswertung der ersten beiden Förderperioden zeigt, dass LOS die Zielgruppen und die aufgestellten Ziele erreichen konnte. Wie oben schon beschrieben, erfolgt die Förderung von LOS in festgelegten und beschriebenen Sozialräumen. Die Zielgruppe von LOS sind Personen, die durch andere Förderinstrumente nicht erreicht werden. Die Aufgabe von LOS ist es, diese Personen mit niedrigschwellig angelegten Projekten aus der Isolation und Starre herauszuholen und sie z. B. auf Maßnahmen der Agentur für Arbeit oder anderweitiger Förderinstrumente vorzubereiten.

2.4 Projekttypen

Insgesamt hat die Regiestelle 5467 Mikroprojekte ausgewertet. Mit der Mehrheit der Mikroprojekte (5041 MP) sollten insgesamt 116.533 Personen direkt (vor-)beruflich qualifiziert, in der Existenzgründung unterstützt und/oder sozial integriert werden. LOS hat damit vor allem „Natürliche Personen“ als Adressaten im Blickfeld. Über 70 % der potenziellen Teilnehmer/innen kommen aus der Adressatengruppe „(Langzeit-)Arbeitslose, Schulabgänger/innen, Ausbildungsplatzsuchende, Berufsrückkehrer/innen“. Die Mehrzahl der personenbezogenen Mikroprojekte ist für „Alle Altersgruppen“ konzipiert und hat keine Geschlechtsausrichtung. Als zentrale Zielgruppen, die durch LOS gesondert gefördert werden, sind Jugendliche und Frauen zu nennen. Mikroprojekte, die speziell Männer bzw. über 55-Jährige ansprechen sollen, sind nur wenig vertreten.

Im Projekttyp I „Unterstützung einzelner Aktionen zur Förderung der beruflichen Eingliederung“ wurden in den beiden Förderperioden 82,66 %, im Projekttyp II „Unterstützung von Organisationen und Netzen, die sich für benachteiligte Menschen am Arbeitsmarkt einsetzen“ 28,13 % und im Projekttyp III „Unterstützung bei der Existenzgründung und Gründung von sozialen Betrieben“ 8,08 % aller angezeigten Mikroprojekte durchgeführt. Mehrfachnennungen waren möglich. Erfreulich ist die Entwicklung im Projekttyp III, der seinen Anteil von 4,29 % (1. Abfrage zum 01.03.2004) auf 9,11 % in der zweiten Förderperiode erhöhen konnte.

Der Projekttyp I „Unterstützung einzelner Aktionen zur Förderung der beruflichen Bildung“ wurde in den beiden Förderperioden in 4.519 Mikroprojekten belegt. Die Kategorie „Andere“ hat mit 58,66 % die Position des Spitzenreiters, gefolgt von den „Integrationsprojekten für besonders Benachteiligte“ mit 50,34 %. Die „berufliche Qualifizierung der LOS-Zielgruppe durch Projekte“ nimmt mit 39,33 % den dritten Platz ein. Die Kategorien „Förderung von Toleranz und Demokratie“ (10,71 %) und „Maßnahmen gegen den Schulabbruch“ (9,45 %) folgen.[25]

In der Kategorie „Andere“ haben die Lokalen Koordinator/innen die Möglichkeit, Projektinhalte zu benennen, die durch die anderen festgelegten Kategorien nicht beschrieben

[25] Mehrfachangaben möglich

werden. Die Regiestelle LOS hat zur besseren Übersicht die dort verwandten Begriffe zu der unten anhängenden Liste zusammengefasst. Hier ist noch einmal zu betonen, dass die hier beschriebenen Aktionen, die oft durch lokale Vereine durchgeführt werden, in der Regel zeitlich begrenzt auf weitergehende Maßnahmen vorbereiten:

- Assessment (-Center),
- Ausbildungssicherung,
- Beratung:
  - Schuldnerberatung,
  - Elternberatung,
  - Allgemeine Jugendberatung,
  - Beratung zur Lebenskompetenz,
- Berufliche Beratung,
- Berufliche Orientierung (mit Praxis),
- Bewerbungstraining,
- Coaching,
- Förderung des Ehrenamtes,
- Jobvermittlung,
- Praktika,
- Profiling,
- Prävention (im Bereich Gesundheit und Gewalt),
- Qualifizierung (im Bereich EDV, Medien, Kommunikation),
- Sprachförderung,
- Stärkung von Schlüsselkompetenzen,
- Weiterbildung von Multiplikatoren/innen.

Auch wenn bei LOS besonders die personenbezogenen Maßnahmen im Vordergrund stehen, ist die Förderung von Organisationen ein wichtiger Bestandteil. Der Projekttyp II „Unterstützung von Organisationen und Netzen für am Arbeitsmarkt Benachteiligte“ wurde in den beiden Förderperioden in 1.538 Mikroprojekten belegt. Dabei ist besonders darauf hinzuweisen, dass bei 782 Projekten der Adressat gleichzeitig „Natürliche Personen“ und Organisationen waren und insbesondere der Netzwerkbildung dienten. Die Förderung lokaler Netzwerke liegt auch aus diesem Grund mit 57,28 % an der Spitze. Die anderen Kategorien („Unterstützung von Aktivitäten lokaler Vereine“, „Maßnahmen zur Gründung und Festigung sowie Professionalisierung von Selbsthilfeorganisationen benachteiligter Menschen“ und die „Unterstützung von Organisationen und Netzwerken zur Förderung von Toleranz und Demokratie“) liegen zwischen 23 % und 27 %. Die Kategorie „Andere“, die vor allem personenbezogene Netzwerke wie z. B. von Eltern oder ehrenamtlichen Personen beinhaltet, konnte ebenfalls 23 % erreichen. Die Kategorien „Förderung des Zusammenschlusses von Langzeitarbeitslosen“ (6,5 %) und „Betriebswirtschaftliche Weiterbildung für lokale Kleinstinitiativen“ (2,5 %) spielen nur eine geringe Rolle.

Insgesamt wurden in den beiden Förderperiode 442 Mikroprojekte im Projekttyp III „Unterstützung bei der Existenzgründung/Gründung sozialer Betriebe“ umgesetzt. Die Mehrzahl der Mikroprojekte (53,85 %) hatte weiterhin die Beratung von Existenzgründer/innen als Inhalt. Die Kategorie „Existenzgründungsbeihilfen für benachteiligte Personen“ mit 26,47 % konnte aber ihren Anteil in der zweiten Förderperiode steigern. Dies ist vor allem dem Umstand geschuldet, dass die Marktanalysen aus der ersten Förderperiode mit positiven Ergebnissen nun zu echten Existenzgründungen geführt haben. Die Unterkategorien für die Gruppe „Andere“, die 27,6 % erreichten, lauten auch weiterhin „Überprüfung von Existenzgründungsfeldern“, „Marktanalyse in Vorbereitung einer Existenzgründung“ und „Vorbereitung einer Genossenschaftsgründung“. Die Kategorien „Starthilfe für soziale Betriebe und Selbsthilfeeinrichtungen“ wurden zu 16,52 % und die „Unterstützung von Existenzgründungen/sozialen Betrieben, die den Gedanken der Toleranz und Demokratie fördern“, zu 2,35 % gewählt.

2.5 Zielgruppen

Die Aufteilung der Mikroprojekte innerhalb der Projekttypen korrespondiert mit den durch das Programm LOS anvisierten Adressaten/innen: Von den 5.467 Mikroprojekten haben 92,12 % „Natürliche Personen“ und 22,08 % „Organisationen“ als Adressaten/innen (Mehrfachnennungen waren möglich).

LOS hat damit als zentralen Adressaten die „Natürlichen Personen“. Dabei wird es seinem Anspruch, alle beschäftigungsfähigen Altersgruppen zu erreichen, nicht ganz gerecht. Die Gruppe der über 55-Jährigen als spezielle Zielgruppe wird nur von 31 Mikroprojekten (0,61 %) angesprochen. Das heißt allerdings nicht, dass die über 55-Jährigen nur in einem geringen Maße bei LOS vertreten sind, da diese sich natürlich auch als Teilnehmer/innen bei Mikroprojekten für „Personen aller Altersgruppen“ befinden können.

Jugendliche unter 25 Jahren sind auch in der zweiten Förderperiode mit 53.022 Personen eine zentrale Zielgruppe von LOS. Der Anteil der Jugendlichen ist allerdings in der zweiten Förderperiode im Vergleich zur ersten gefallen. Die Mehrzahl der Teilnehmer/innen gehört weiterhin allen Altersgruppen an.

Die größte Zielgruppe „(Langzeit-)Arbeitslose, Ausbildungsplatzsuchende bzw. Berufsrückkehrer/innen etc.“ liegt mit 71,51 % an erster Stelle. Die „Sonstigen Personen“, zu denen insbesondere Schülerinnen und Schüler bzw. deren Eltern gehören, belegt mit 55,62 % den zweiten Platz, diese Gruppierung hat aber in der zweiten Förderperiode abgenommen. An dritter Position folgen die ehrenamtlich Tätigen (18,05 %). Die Personen in den weiteren Gruppen spielen keine gewichtige Rolle, auch wenn die Zahl der Existenzgründer/innen in der zweiten Förderperiode deutlich gestiegen ist.

Mikroprojekte, die Männer bzw. männliche Jugendliche als spezielle Zielgruppe haben, spielen eine untergeordnete Rolle. Der überwiegende Teil der Mikroprojekte (69 %) richtet sich an beide Geschlechter. In etwa 26 % der Mikroprojekte sind Frauen, nur in 5 % der Mikroprojekte sind Männer besondere Zielgruppe. Zu einer Veränderung zwischen den beiden Förderperioden ist es dabei nicht gekommen.

Zielgruppe: Langzeitarbeitslose

Die Gruppe der Langzeitarbeitslosen ist eine der besonderen Zielgruppe, die durch LOS erreicht werden soll. Für 51,76 % der personenbezogenen Mikroprojekte wird angegeben, dass Langzeitarbeitslose dort vertreten sind. Diese Zahl ist allerdings nicht ganz aussagekräftig, da sich Projekte z. B. auch an Schüler/innen oder andere Personen richten, bei der die Kategorie „Langzeitarbeitslos“ keine Rolle spielt. Wenn man nur die relevante Gruppe der „(Langzeit-) Arbeitslosen, Berufsrückkehrer/innen, Alleinerziehende etc.“ einbezieht, liegt die Beteiligung von Langzeitarbeitslosen z. B. in der zweiten Förderperiode bei 74 %. Bei diesen Projekten wird zu 64 % erwartet, dass der Anteil der Langzeitarbeitslosen unter 50 % und zu 36 % über 50 % liegt.

Durch LOS werden die aktuellen Reformen am Arbeitsmarkt (SGB II) unterstützt, indem beispielhafte Projekte für Arbeitsgelegenheiten entwickelt, Langzeitarbeitslose bzw. ALG-II-Empfänger/innen aktiviert und lokale Strukturen zur Erschließung von zusätzlichen Beschäftigungspotenzialen aufgebaut oder weiterentwickelt werden. Das Bundesmodellprogramm LOS passt sich sowohl von der zu erreichenden Zielgruppe – am Arbeitsmarkt benachteiligte Menschen – als auch von den Programmzielen – Erhöhung der Beschäftigungsfähigkeit und gleichzeitige Stärkung der sozialen Integration – in die Strategie des „Förderns und Forderns“ der Bundesregierung ein. Darüber hinaus trägt LOS zum Aufbau regionaler Netzwerke und zur Professionalisierung von lokalen Akteuren in diesem Handlungsfeld bei. LOS wirkt dabei zielgenau – zielgruppenspezifisch, bedarfsorientiert, zeitnah und regional bzw. lokal. Diesem lokalen Ansatz wird durch die sozialräumlich bezogenen Lokalen Aktionspläne Rechnung getragen, auf die die einzelnen Mikroprojekte abgestimmt sind.

Im Rahmen von LOS werden insbesondere:

- das Einstiegsgeld nach § 29 SGB II flankiert,
- gemeindenahe Dienstleistungen durch Ideenfindung und Erprobung von bedarfsorientierten Angeboten für Arbeitsgelegenheiten nach § 16 Abs. 3 SGB II gefördert,
- Qualifizierungsmaßnahmen im Rahmen von geförderter Beschäftigung mit der Perspektive der Erprobung von Qualifizierungsmodulen für Arbeitsgelegenheiten nach § 16 Abs. 3 SGB II durchgeführt und
- Netzwerke zur Arbeitsmarktintegration gefördert.

Zielgruppe: Frauen

Wie oben schon berichtet hat die überwiegende Mehrzahl der personenbezogenen Mikroprojekte keine spezielle Geschlechtsausrichtung. Der überwiegende Teil der Mikroprojekte (69 %) richtet sich an beide Geschlechter. In etwa 26 % der Mikroprojekte sind Frauen, nur in 5 % der Mikroprojekte sind Männer besondere Zielgruppe. Innerhalb der betroffenen Projekttypen[26] bzw. deren Untergruppen fällt die geschlechtsspezifische Verteilung allerdings unterschiedlich aus und hat sich zum Teil zwischen den beiden Förderperioden verändert.

Der Anteil der Mikroprojekte in der Kategorie „Frauen sind besondere Zielgruppe“ ist bei den Integrationsprojekten (34 %) und bei der „Unterstützung von Existenzgründung/Gründung sozialer Betriebe“ (30 %) sehr hoch. Integrationsprojekte richten sich oft an Migrantinnen, deren Anteil bei Mikroprojekten, die sich an Ausländer/innen richten, mit 39 % noch höher liegt. Hier ist der Anteil der Männer als besondere Zielgruppe mit 3 % sehr niedrig. Bei der „Beruflichen Qualifizierung durch Projekte“ und bei Projekten, die Toleranz und Demokratie fördern ist der Anteil der Mikroprojekte in der Kategorie „Frauen sind besondere Zielgruppe“ leicht unterdurchschnittlich. Der geringe Anteil im Bereich „Maßnahmen gegen den Schulabbruch“ (9 %) lässt sich dadurch erklären, dass die Projekte häufig im Klassenverband durchgeführt werden.

Sehr interessant sind die Veränderungen beim Projekttyp III, „Unterstützung von Existenzgründung/Gründung sozialer Betriebe“. Insgesamt konnte, wie oben schon berichtet, dieser Projekttyp zulegen, insbesondere die Unterkategorie Existenzgründungsbeihilfen. Der Anteil frauenspezifischer Angebote hat sich aber in der Gesamtansicht verringert, der Anteil der männerspezifischen Angebote erhöht. Insbesondere bei der Unterkategorie „Existenzgründungsbeihilfen“, also dort, wo echte Existenzgründungen realisiert wurden, ist der Anteil der Männer auf 19 % gestiegen.

Bei den Leistungen, die die Teilnehmer/innen durch die Mikroprojekte erhalten, sind die in der ersten Förderperiode schon festgestellten geschlechtsspezifischen Unterschiede auch weiterhin vorhanden. Kurz gesagt, bekommen Frauen weiterhin mehr Beratung, mehr Qualifizierung, die Männer mehr sozialpädagogische Betreuung und vor allem mehr „Sonstige Leistungen“, hinter denen sich insbesondere auch Aufwandsentschädigungen bzw. Entlohnung für geringfügige Beschäftigung verbergen. Darüber hinaus wird die Leistung der Kinderbetreuung vornehmlich in frauenspezifischen Mikroprojekten angeboten.

Zielgruppe: Jugendliche unter 25

Mit über 53.000 geplanten Teilnehmer/innen sind Jugendliche unter 25 Jahren eine zentrale Zielgruppe von LOS (45,5 %). Die Verteilung auf die einzelnen Projekttypen bzw. deren Unterkategorien sind wie bei den anderen Zielgruppen sehr heterogen. Durch den Projekttyp III werden z. B. nur 26 Jugendliche gefördert, was dort einen Anteil von 9 % ausmacht. Existenzgründungsbeihilfen erhalten nur vier Jugendliche. Auf der anderen Seite liegt der Anteil der Jugendlichen naturgemäß bei Maßnahmen gegen den Schulabbruch bei fast 90 %. Bei den Integrationsmaßnahme und der beruflichen Qualifizierung durch Projekte entspricht

[26] Projekttyp I und III

der Anteil der Jugendlichen der Gesamtaufteilung, bei den Projekten zur Förderung von Toleranz und Demokratie haben die Jugendlichen mit 52 % die Mehrheit.

Folgende drei Handlungsfelder haben sich für Jugendliche als Zielgruppe herauskristallisiert:

- Verbesserung des Übergangs Schule/Beruf,
- Maßnahmen zur Vermeidung des Schulabbruchs,
- Angebote für arbeits- oder ausbildungsplatzsuchende Jugendliche.

Durch die beiden ersten Handlungsfelder kommt die Institution Schule in den Blickpunkt von LOS. Gerade der Übergang von Schule in Ausbildung bzw. Beruf ist eine der Schnittstellen, die sich für die Jugendlichen in den sozialen Brennpunkten als schwierig erweist. Die Zahl der Schüler und Schülerinnen, die ohne qualifizierten Schulabschluss bzw. ohne eigene realistische Vorstellung ihrer Möglichkeiten und damit ohne eine berufliche Perspektive die Schulen verlassen, ist dementsprechend sehr hoch.

In fast 80 % der geförderten Gebiete waren Schulen an der Fortschreibung der Lokalen Aktionspläne beteiligt. Auf der Durchführungsebene spielen Schulen trotz der Reduzierung der Unterkategorie „Maßnahmen gegen den Schulabbruch“ in der zweiten Förderperiode immer noch eine wichtige Rolle. In 1.503 Mikroprojekten waren Schulen als Kooperationspartner beteiligt, in 137 fungierten sie als Mikroprojektträger und in 166 Mikroprojekten waren Fördervereine von Schulen Träger der Mikroprojekte. Allein 6.343 Schülerinnen und Schüler sollten an 249 Projekten des LOS-Projekttyps „Gezielte Maßnahmen gegen den Schulabbruch benachteiligter Jugendlicher“ teilnehmen.

Im Wesentlichen hatten die Projekte folgende Themen zum Inhalt:

- Gezielte Maßnahmen gegen den Schulabbruch benachteiligter Jugendlicher,
- Aufbau von Schülerfirmen,
- Maßnahmen zur Förderung von Toleranz und Demokratie,
- Sicherstellung von außerschulischer Betreuung,
- Berufsorientierung,
- Netzwerke zwischen Schule/Jugendhilfe/Wirtschaft,
- Stärkung von Schlüsselkompetenzen.

Auch für die Gruppe der arbeits- oder ausbildungsplatzsuchenden Jugendlichen gibt es eine breite Palette von Angeboten durch die Mikroprojekte. § 3, Abs. 2 des neuen SGB II sieht ja für erwerbsfähige Hilfebedürftige, die das 25. Lebensjahr noch nicht vollendet haben, besondere Leistungsgrundsätze vor. Für diesen Personenkreis muss unverzüglich nach Antragstellung auf Leistungen nach dem SGB II eine Arbeit, eine Ausbildung oder eine Arbeitsgelegenheit vermittelt werden. Für die unter 25-Jährigen wird damit festgeschrieben, dass diese keine passiven Leistungen ohne gleichzeitige aktivierende Leistung erhalten.

Zielgruppe: Migranten/innen

Wie oben schon beschrieben ist der Anteil der Migranten/innen an der Bevölkerung der Fördergebiete gerade in den alten Bundesländern überdurchschnittlich hoch. Darum verwundert es auch nicht, dass in weit über 90 % der insgesamt 286 bundesweit geförderten LOS-Gebiete die Gruppe der Ausländer/innen, in rund 75 % die Gruppe der Aussiedler/innen als besondere Zielgruppe von LOS genannt werden. Der hohe Anteil an Mikroprojekten, die sich an Migrantinnen und Migranten richten, unterstreicht die Bedeutung, die dieser Zielgruppe beigemessen wird. Von den 3.605 Mikroprojekten aus der relevanten Adressatengruppe[27] bedienen 1.588 (44 %) die Zielgruppe „Ausländer/innen“ und 1.015 (28 %) die Zielgruppe „Aussiedler/innen“[28]. Wie oben schon berichtet ist der Anteil der Frauen bei den für die Ziel-

[27] (Langzeit-)Arbeitslose, Schulabgänger/-innen, Ausbildungsplatzsuchende, Berufsrückkehrer/-innen, etc.

[28] Mehrfachnennung waren möglich

gruppe interessanten Integrationsprojekten besonders hoch. Als wesentliches Handlungsfeld ist die Sprach- und Integrationsförderung zu nennen.

Zusätzlich zu den 2.603 personenbezogenen Mikroprojekten sollen in 82 % der Gebiete Mikroprojekte für Migranten/innenorganisationen umgesetzt werden. Diese sind dem LOS-Projekttyp II zugeordnet.

2.6 Handlungsfelder, Arbeits- und Projektschwerpunkte

Das Bundesprogramm LOS orientiert sich mit einem Querschnittsthema bzw. mit dem Programmschwerpunkt „Förderung von Toleranz und Demokratie“ an dem Aktionsprogramm „Jugend für Toleranz und Demokratie – gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus“. Durch konkrete Maßnahmen und Projekte wird gegen Ausgrenzung und Diskriminierung auf dem Arbeitsmarkt und in der Gesellschaft vorgegangen. Darüber hinaus geht es um die Stärkung demokratischen Verhaltens und zivilen Engagements und um die Förderung von Toleranz und Weltoffenheit.

In ca. 1/3 der Lokalen Aktionspläne sind die Themen Fremdenfeindlichkeit, fehlende Toleranz oder Gewalt benannt, wobei das Thema Gewalt überwiegt. Als Problemlagen sind folgende Erscheinungsformen beschriebenen:

- fremdenfeindliche Verhaltensweisen und Einstellungen (Geringschätzung, Stigmatisierung, Ausgrenzung, Gewaltbereitschaft, Antisemitismus),
- spezifische Jugendmilieus (Gefährdungspotenziale, Prävention),
- ethnische Konfliktlagen.

Insgesamt nehmen 821 Projekte für sich in Anspruch, hauptsächlich auf die Förderung von Toleranz und Demokratie ausgerichtet zu sein bzw. haben als Instrumententyp „Maßnahmen zur Förderung von Toleranz und Demokratie“ angegeben.

Durch LOS sollen u. a. Mikroprojekte gefördert werden, die die Anerkennung, den Schutz und den Respekt gegenüber ethnischen, kulturellen und sozialen Minderheiten zum Ziel haben. Insbesondere sollen Initiativen und Strukturen unterstützt werden, die humanitäre und solidarische Werte vermitteln und das zivilgesellschaftliche Engagement gegen Fremdenhass, Rassismus, Antisemitismus und Minderheitenfeindlichkeit stärken. Diese Themen können nach Auffassung der Regiestelle LOS durch folgende Handlungsfelder und daraus abgeleitete Arbeits- und Projektschwerpunkte operationalisiert werden:

a) Handlungsfelder

- Wohnen und Wohnumfeld,
- Sport,
- Kultur, Geschichte und Medien,
- Religion und Weltanschauung,
- Arbeitswelt,
- Gemeinwesen,
- Schule und Bildung.

b) Arbeits- und Projektschwerpunkte

- soziale und ethnische Integration,
- Gewaltprävention und Konfliktbewältigung, Beitrag zur öffentlichen Sicherheit,
- soziale Infrastruktur, Schulen, Kinder, Jugendliche und Familienförderung,
- Ausbildungs- und Beschäftigungsförderung, Fort- und Weiterbildung,
- Stärkung von Selbsthilfe, soziales Engagement und Partizipation,
- interkulturelle(r) Dialog(-fähigkeit) und interkulturelles Lernen,
- Stärkung von Zivilcourage.

2.7 Beschäftigung und neue Beschäftigungsfelder

LOS ist ein Programm zur Erhöhung der Beschäftigungsfähigkeit am Arbeitsmarkt besonders benachteiligter Zielgruppen. Die oben genannten Monitoring-Ergebnisse zeigen, dass die im Rahmen des Programms umgesetzten Mikroprojekte diesem Ziel in vielfältiger Weise gerecht werden und vielen Menschen so eine neue Perspektive im Vorfeld einer Arbeits- oder Ausbildungsplatzsuche eröffnet haben.

Darüber hinaus hat das Programm in der Vergangenheit aber auch eine direkte Beschäftigungswirkung wie die Schaffung von und Vermittlung in Arbeits- und Ausbildungsplätze/n oder die Initiierung von Existenzgründungen erreicht. Dazu wurde von der Regiestelle LOS im Berichtszeitraum unter den 286 Koordinierungsstellen eine Umfrage gestartet, die mit Stand 20.02.2006 einen Rücklauf von 88 % erreichte.

Im Rahmen von LOS wurden demnach in den befragten Gebieten seit dem Jahr 2003 insgesamt 3.093 zusätzliche Beschäftigungsverhältnisse geschaffen, davon über die Hälfte auf dem ersten Arbeitsmarkt oder per Selbständigkeit/Existenzgründung (56 %). 44 % der Vermittlungen erfolgten in den sog. 2. Arbeitsmarkt.

Darüber hinaus konnten durch LOS 1.512 zusätzliche Ausbildungsplätze bzw. Vermittlungen von Teilnehmer/innen in Ausbildung erzielt werden, wobei letzteres mit knapp 90 % überwiegt.

2.8 Berücksichtigung kleiner Mikroprojektträger

Ein Programmziel von LOS ist die Berücksichtigung bzw. Aktivierung von neuen, vorzugsweise kleinen Trägern und Einzelpersonen bzw. ESF-unerfahrenen Trägern für die Umsetzung der Mikroprojekte. Auch wenn sich, wie oben schon beschrieben, bei einigen Fördergebieten ein Nachsteuerungsbedarf bezüglich der ESF-Erfahrenheit der Träger ergeben hat, sind die Durchschnittswerte über alle Mikroprojekte sehr gut. So hatten nur 25 % der Träger von Mikroprojekten schon Erfahrungen mit ESF-Anträgen gesammelt. Auch die Verteilung der Träger von Mikroprojekten zwischen lokalen (Stadtteil-) Vereinen (40 %), Wohlfahrtsverbänden und Bildungs- und Qualifizierungsträgern (20 %) und anderen (40 %) stimmt mit der Zielsetzung von LOS überein.

2.9 Mit wenig Geld viel bewegt

Die durchschnittlichen Ausgaben pro Mikroprojekt betragen 6.500 Euro – bei einer möglichen Fördersumme von 10.000 Euro. Dies zeigt, dass die örtlichen Begleitausschüsse und Lokalen Koordinierungsstellen die Finanzmittel wirtschaftlich und sparsam einsetzen und Wert darauf legen, mit der zur Verfügung stehenden Summe möglichst viele Mikroprojekte anzuregen. Die ausgewogene Besetzung der ehrenamtlichen Begleitausschüsse sorgt zudem für bedarfsgerechte und lokal ausgerichtete Mikroprojekte. Für 123 (69,89 %) von 176 Gebieten wurde angegeben, dass alle Mikroprojekte erfolgreich verlaufen sind. In den anderen Fördergebieten sind sie größtenteils erfolgreich gestaltet worden.

2.10 Öffentlichkeitsarbeit der Regiestelle LOS

Die Kommunen und Landkreise mit den potenziellen Fördergebieten wurden zu Beginn der Programmlaufzeit von der Regiestelle LOS direkt per Brief benachrichtigt. Darüber hinaus wurden alle bekannten Ansprechpartner/innen des Programms E & C per Email informiert. Ansonsten nutzt die Regiestelle LOS mehrere Medien, um die Öffentlichkeit über das Bundesmodellprogramm LOS zu informieren:

Internet/Newsletter

Das Portal http://www.los-online.de ist ein wichtiger Kommunikationspunkt im Programm LOS. Als Grundlage dient ein modernes content-management-system (CMS). Wie schon berichtet wird darüber das gesamte Online-Verfahren für die Teilnahme am Programm LOS abgewickelt, können die Handbücher und Arbeitshilfen herunter geladen werden, ist eine FAQ-Liste bereitgestellt worden, wird über die Fördergebiete und deren Aktivitäten informiert und der Zugang zu den Länderprogrammen sichergestellt. Darüber hinaus gibt es eine Datenbank beispielhafter Mikroprojekte aus der ersten Förderperiode mit einer komfortablen Suchmaschine und eine zentrale Übersicht aller Links zu den Internetpräsenzen der Lokalen Koordinierungsstellen. Die Präsenz wird sowohl durch die Programmbeteiligten (Koordinierungsstellen und Mikroprojektträger) als auch durch die interessierte Öffentlichkeit rege genutzt. Die monatliche Besucher/innenzahl liegt bei ca. 18.300 mit einem Aufruf von über 111.000 Seiten pro Monat, jede/r Nutzer/in besucht also durchschnittlich 6 Seiten pro Besuch. Täglich gab es ca. 600 Besucher/innen. Bisher ist mit elf LOS-Newslettern die interessierte Öffentlichkeit informiert worden. Der Kreis der Abonnenten/innen ist mittlerweile auf über 1.670 angewachsen.

2.11 Plakat LOS/Aufkleber LOS/Leporello LOS

Zur Verbreitung des LOS-Programms auf lokaler Ebene und zur Unterstützung der ausgewählten Mikroprojekte hat die Regiestelle in Abstimmung mit dem Auftraggeber ein Plakat mit einem entsprechenden Fotomotiv und einem Slogan („Gemeinsam loslegen! – Menschen beteiligen, Strukturen vernetzen, Mikroprojekte fördern“) entwickeln lassen. Das Plakat wurde gedruckt und allen LOS-Fördergebieten zur Verfügung gestellt mit der Bitte, die Mikroprojektträger ebenfalls damit auszustatten. Das verwendete Plakatmotiv, der Slogan und die entsprechend mit dem Logo abgestimmten Farben finden sich zudem auf allen weiteren Medien wie Internet (Foto und Slogan), Aufkleber (Slogan), Deckblätter der Handbücher/Arbeitshilfen (Foto) und Leporello (Foto und Slogan) wieder, um ein einheitliches Bild herzustellen.

Ebenso wie das Plakat soll der entwickelte Aufkleber bei den Mikroprojektträgern die Zugehörigkeit zum Bundesprogramm deutlich machen und gleichzeitig auf die Förderung durch das BMFSFJ und den ESF hinweisen.

Als weiteres Instrument zur Bekanntmachung von LOS und zur Unterstützung bei der Akquise von Mikroprojektträgern wurde in Abstimmung mit dem Auftraggeber ein Leporello (Faltblatt) entwickelt, welches die Koordinierungsstellen als Grundinformation für potenzielle Antragsteller bzw. Träger für Mikroprojekte verwenden können. Damit wird auf der lokalen Ebene gleichzeitig eine einheitliche Kommunizierung der LOS-Ziele und Projekttypen unterstützt, die jeweils durch die Koordinierungsstellen mit gebietsbezogenen Informationen ergänzt werden kann.

Die genannten Werbeträger werden den Koordinierungsstellen seitens der Regiestelle in regelmäßigen Abständen und auf Anfrage für die lokale Öffentlichkeitsarbeit zugesandt. Insbesondere bei Presseterminen wird das Plakat gern verwendet, wie viele Fotos zu lokalen Presseberichterstattungen zeigen.

Die Aufkleber tragen darüber hinaus sowohl bei den Koordinierungsstellen als auch bei den Mikroprojektträgern zur Einhaltung der Publizitätspflicht der EU und des Verweises auf die Förderung durch das BMFSFJ bei.

Die Leporellos werden stark nachgefragt und erfahrungsgemäß insbesondere auf lokalen Starterkonferenzen, Messen oder in Stadtteiltreffs als erste Informationsquelle an potenzielle Mikroprojektträger verteilt. Seitens der Regiestelle ist dadurch gleichzeitig ein einheitlicher Informationstransfer über die grundsätzlichen Fördervoraussetzungen gewährleistet.

2.12 Beratung und Begleitung der Lokalen Koordinierungsstellen

Die Anforderungen an die durch LOS geförderten Kommunen und Landkreise bzw. an deren Lokale Koordinatoren/innen sind nicht unerheblich: Zuerst muss von der Gebietskörperschaft in Zusammenarbeit mit dem Ämter- und dem lokalen Netzwerk ein Lokaler Aktionsplan aufgestellt bzw. fortgeschrieben werden. Nach der Förderzusage ist eine Lokale Koordinierungsstelle einzurichten, die das Lokale Netzwerk, aus dem Mikroprojektideen generiert und Anträge gestellt werden, anleiten muss. Die vorgeschlagenen Mikroprojekte werden durch einen Begleitausschuss, in dem alle verantwortlichen Akteure des Stadtteils vertreten sind, genehmigt. Die Lokalen Koordinatoren/innen sind dafür verantwortlich, dass die geförderten Mikroprojekte dann ins Online-Verfahren der Regiestelle LOS eingegeben werden. Die Mikroprojekte müssen die Förder- und Abrechnungskriterien von LOS erfüllen, damit die Gebietskörperschaften ihre vorfinanzierten Ausgaben auch erstattet bekommen. Am Ende einer jeden Förderperiode muss dann der Lokale Aktionsplan in Abstimmung mit dem lokalen Netzwerk und dem Begleitausschuss fortgeschrieben werden.

In den folgenden Förderperioden ist zudem darauf zu achten, dass entweder neue Mikroprojekte ins Leben gerufen werden oder bereits bestehende Mikroprojekte weiterentwickelt werden, damit sich daraus keine reine Regelförderung ergibt. Darüber hinaus muss die Öffentlichkeitsarbeit koordiniert, alle zwei Monate ein Erstattungsantrag und am Ende der Förderperiode der Verwendungsnachweis erstellt werden.

Aus der Aufzählung ergibt sich, dass der Beratungsbedarf der Lokalen Koordinatoren/innen bezüglich des Programms LOS insgesamt sehr hoch ist. Das lässt sich unter anderem daran messen, dass in fast 80 % der angezeigten Mikroprojekte Beratungsaktivitäten durch die Regiestelle erforderlich waren.

Die Diskussionen mit den Lokalen Koordinatoren/innen haben sich während des Beratungsprozesses inhaltlich sehr verändert. Während zu Beginn der Schwerpunkt auf der Implementierung der LOS-Strukturen vor Ort und auf der Umsetzung erster Mikroprojekte lag, ging es in der weiteren Beratung zum größten Teil um die Weiterentwicklung von Projekten. Innerhalb der dritten Förderperiode wird zudem die Frage der Verstetigung von LOS-Projekten nach dem LOS-Förderzeitraum mit den Lokalen Koordinatoren/innen diskutiert. Dieser Punkt war auch ein Forum auf dem 3. LOS-Kongress in Berlin gewidmet.

Die am häufigsten gestellten Fragen wurden in einer Frage-Antwort-Rubrik im Internet und in den Handbüchern zusammengefasst. Dennoch wird meist per E-Mail, aber auch telefonisch mit der Regiestelle direkter Kontakt aufgenommen, um die eigene Unsicherheit und die „Gefahr“ von Rückforderungen bzw. Nichtanerkennungen durch die Regiestelle von vornherein auszuschließen. Das Spektrum reicht von „Welche Aufgaben der Koordinierungsstelle können nach außen vergeben werden?“, „Wie hat die Besetzung des Begleitausschusses auszusehen?“ über Fragen zur Förderfähigkeit bzw. der Wiederholung von Mikroprojekten bis hin zu EDV-technischen Fragen (Kompatibilität von Hard- und Software für das Online-Verfahren). Eine Vielzahl von Anfragen haben auch zuwendungsrechtliche Problematiken (Förderfähigkeit bestimmter Ausgaben, Umsetzung des Erstattungsprinzips) und die Öffentlichkeitsarbeit als Gegenstand.

Das Beratungsfeld „Öffentlichkeitsarbeit“ hat seit der zweiten Förderperiode sehr stark an Gewicht zugenommen. In der Regel ging es dabei um Freigaben für Presseartikel, Flyer, Internetseiten und Dokumentationen. Neben der inhaltlichen Prüfung wurde insbesondere auf die korrekte Benutzung der Logos und eine Gendergerechte Darstellung geachtet.

Um die Öffentlichkeitsarbeit auf lokaler Ebene zu unterstützen und gleichzeitig eine abgestimmte und mit den EU-Bestimmungen konforme Information zum LOS-Programm und die finanzielle Förderung durch das BMFSFJ und die EU sicherzustellen, wurde eine entsprechende Arbeitshilfe entwickelt und abgestimmt.

Die Beratung wird per Telefon, E-Mail, durch Beratungsgespräche in der Regiestelle und auch Vor-Ort-Besuche (in der Regel bei Treffen mehrerer Koordinierungsstellen auf regionaler Ebene) durchgeführt. Im Berichtszeitraum hat die Regiestelle über 1.500 Anfragen per E-Mail

und noch einmal so viele telefonische Nachfragen erhalten, bei denen es sich sowohl um inhaltliche als auch finanztechnische Problemanzeigen handelte.

2.13 Inhaltliche Schwerpunkte der Beratung und Begleitung der Lokalen Koordinierungsstellen

Die Beratung durch die Regiestelle bezüglich der Mikroprojekte unterlag in den ersten beiden Förderperioden einem fortschreitenden Wandel. Standen zunächst die einzelnen Mikroprojekte im Mittelpunkt, so versuchte die Regiestelle während des Umsetzungsprozesses Verknüpfungen zwischen den Mikroprojekten zu bilden. Die Mikroprojekte waren oft ausschließlich auf Teilnehmer/innen zentriert und ließen den Netzwerkcharakter vermissen.

Die Programmmanager/innen regten die Förderung der Strukturarbeit an, so dass z. B. nicht nur Sprachkurse für Migranten/innen durchgeführt, sondern nun auch Bedarfsanalysen oder Netzwerke zwischen Sprachkursanbieter(inne)n gefördert werden. Es gibt dadurch in der Folge nicht nur Projekte, in denen Schüler/innen für den qualifizierten Hauptschulabschluss lernen, schulflüchtige Jugendliche wieder an die Schule herangeführt, die einzelnen Schüler/innen besser auf den Übergang von Schule in Ausbildung, Praktika bzw. Beschäftigung vorbereitet bzw. deren Sozialverhalten verbessert werden, sondern auch Projekte, die Netzwerke zwischen Schule, Jugendhilfe und Wirtschaft als Haupt- oder Nebenaktivität fördern.

Diese Form der inhaltlichen Beratung wurde von der Regiestelle auch auf andere Schnittstellen der Beschäftigungsförderung übertragen, z. B.:

- mit dem Migrationsbereich,
- mit dem Präventions- und Beratungsbereich,
- beim Aufbau von Selbsthilfeorganisationen,
- bei der Förderung des Unternehmensgeistes durch Netzwerke von Gewerbetreibenden und bessere Unterstützungsstrukturen für Existenzgründer/innen,
- in der Zusammenarbeit von Mikroprojektträgern mit der Wohnungswirtschaft,
- mit dem Ausbau des lokalen Netzwerkes, insbesondere Vernetzung der Mikroprojektträger innerhalb des Fördergebietes.

Die fachlichen Anregungen der Regiestelle haben wesentlich dazu beigetragen, dass jenseits der einzelfallbezogenen Maßnahmen LOS auch zur „Sozialen Arbeit als Koproduktion“ genutzt wird, was unter anderem daran abzulesen ist, dass in den ersten beiden Förderperioden über 1.000 Mikroprojekte gleichzeitig sowohl Personen als auch Netzwerke als Adressaten hatten. Darüber hinaus wurden die Lokalen Koordinatoren/innen beraten, wie sie Mikroprojekte besser aufeinander aufbauen und vernetzen können.

Die „Förderung des Unternehmensgeistes“, insbesondere die Unterstützung von Existenzgründer(inne)n ist zwar weiterhin der kleinste, aber dafür ein beratungsintensiver Bereich. Es wurden Fragen bezüglich der Kombination von Förderungen durch die Agentur für Arbeit bzw. der generellen Förderfähigkeit gestellt. Hier wurde analog der oben angerissenen Problematik immer wieder auf lokal vorhandene Unterstützungsformen hingewiesen, wie z. B. auf die Einbindung der Wirtschaftsförderung oder den Lotsendienst (speziell in Brandenburg).

Die Beratungstätigkeit im Berichtszeitraum war durch eine Angleichung des Umsetzungsstandes von LOS in den Fördergebieten des Konzeptwettbewerbes 2003 und 2004 geprägt. Neben der Besprechung von neuen Mikroprojekten lag der wesentliche Schwerpunkt der Beratung bei der Weiterentwicklung der Mikroprojekte anhand der Fortschreibung der Lokalen Aktionspläne. Damit sollte die Gefahr minimiert werden, LOS als Regelfinanzierung von Projekten, die eigentlich durch andere Förderinstrumente bzw. durch den kommunalen Haushalt finanziert werden können, zu nutzen. In folgenden Bereichen wurde eine Weiterförderung empfohlen:

- Aufbau und Stabilisierung der LOS-Infrastruktur wie LOS-Treffs, Aktivierungsprojekte der Bewohner/innen etc.,
- Aufbau und Weiterführung von Netzwerken,

- Schulung von Multiplikatoren/innen,
- Aktivierung und Verselbstständigung von Teilnehmer/innen z. B. hinsichtlich der verantwortlichen Übernahme von Mikroprojekten,
- Weiterentwicklung von Mikroprojekten durch Beschreibung neuer Qualitäten.

Als generelle Zielrichtung von LOS wurden die Lokalen Koordinatoren/innen auf folgende Punkte orientiert:

- Förderung von innovativen Projekten,
- Förderung von kleineren Trägern ohne ESF-Erfahrung,
- Trägervielfalt,
- Förderung der Beschäftigungsfähigkeit,
- niedrigschwellige, zielgruppenbezogene Öffentlichkeitsarbeit, um eine breite Öffentlichkeit anzusprechen,
- Beachtung von Gender Mainstreaming.

Bei den Beratungen spielte, wie oben schon genannt, der Aspekt der „Sozialen Arbeit als Koproduktion“ eine große Rolle. Die Schaffung von Vernetzungsstrukturen, die Einbindung der Agentur für Arbeit bzw. der Wirtschaftsförderung in den Umsetzungsprozess von LOS oder die Gewinnung von Multiplikatoren/innen wurden besprochen. Der Begleitausschuss war in diesem Zusammenhang immer wieder Gesprächsthema. Er sollte Spiegelbild der lokalen Akteure, Zielgruppen und des Ämternetzwerkes sein. Die Zielgruppen sollten direkt im Begleitausschuss vertreten sein, damit die Umsetzung von LOS größtmögliche Effekte erreicht.

Auch der Aspekt der Nachhaltigkeit wurde immer wieder diskutiert. So wies die Regiestelle darauf hin, dass über LOS nicht klassische kommunale Aufgaben oder die Ersatzfinanzierung für ausgefallene Fördermittel übernommen werden können. Vielmehr sollte nach Möglichkeiten gesucht werden, besonders erfolgreiche und nachgefragte LOS-Projekte zu verstetigen, und für diese alternative Finanzquellen zu akquirieren.

Einige Koordinatoren/innen berichteten über ihre positiven Erfahrungen bei der Umsetzung von LOS. So wurde mehrfach beschrieben, dass LOS dazu geführt hat, dass Träger, die vorher nicht miteinander kommuniziert haben, jetzt kooperieren.

In einigen Gebieten standen in Übereinstimmung mit dem Ursprungsantrag die soziale Integration, die Förderung von Netzwerken und von sozialen Kompetenzen von besonders benachteiligten Personen am Arbeitsmarkt im Vordergrund. Diese Koordinierungsstellen wurden angeregt, in der zweiten Förderperiode Projekte mit beschäftigungsfördernden Aspekten, Qualifizierungsmaßnahmen und Existenzgründungen sowie Gründungen von sozialen Betrieben stärker zu berücksichtigen.

Ein weiteres Beratungsfeld ist durch den Anstieg der Mikroprojektanträge auf lokaler Ebene entstanden. In vielen Fördergebieten stehen mehr Mikroprojekte zur Auswahl, als bewilligt werden können. Dies führt oft zu Unmut auf der lokalen Ebene und in manchen Fällen zu Beschwerden bei der Regiestelle durch betroffene lokale Akteure. In der Regel ist es nicht die Aufgabe der Regiestelle, sich in die lokalen Entscheidungskonflikte einzumischen, und die anfragenden Personen werden an die Lokalen Koordinierungsstellen verwiesen. In einigen Fällen ist allerdings eine Mittler- und Beratungsfunktion der Regiestelle notwendig.

2.14 LOS-Kongress im Januar 2006 in Berlin

Der diesjährige LOS-Kongress fand am 23./24.01.2006 in Berlin statt. Der Kongress, zu dem Koordinatorinnen und Koordinatoren aller 286 LOS-Fördergebiete eingeladen wurden, diente vor allem dem Erfahrungsaustausch zwischen den Koordinierungsstellen, der Präsentation erfolgreicher Projekte auf einer Projektmesse, der Diskussion mit den Programmverantwortlichen des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend und der Vertretung der EU-Kommission, Generaldirektion Beschäftigung, Soziales und Chancengleichheit, sowie der Vertiefung aktueller Themen in fünf verschiedenen Foren.

Eröffnet wurde der Kongress von den „Wolniza“, einem Kosakenchor aus Erfurt. Wolniza gehört zu der Agentur für europäische Musiker/innen und Künstler/innen, die durch LOS gefördert und unterstützt wird.

Die Begrüßung der 450 Teilnehmer/innen des Kongresses erfolgte durch Herrn Gerd Hoofe, Staatssekretär im Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. In seinem Grußwort benannte Herr Hoofe die Verbesserung der Lebensbedingungen in den Stadtteilen und Problembezirken vor Ort als ein wesentliches Ziel von LOS. Dies sei allerdings nur zu erreichen, wenn die dort lebenden Menschen sich aktiv an der Problemlösung beteiligen. Darüber hinaus unterstützt LOS mit der aktiven Förderung von Zukunftskompetenzen benachteiligter Menschen die aktuellen Arbeitsmarktreformen und ergänzt in hervorragender Weise die übrigen Politikfelder des BMFSFJ.

Verbunden mit einem Dank an die Lokalen Koordinatoren/innen für ihren Beitrag am Erfolg von LOS gab Herr Hoofe die Verlängerung des LOS-Förderzeitraums um eine weitere Förderperiode und die Erhöhung der Fördermittel um weitere rund 12 Mio. € auf dann rund 87 Mio. € bekannt.

Die Vertreterin der EU-Kommission, Frau Helene Clark, gab zunächst in ihrem Beitrag Auskunft über die Eckpunkte der Programmierung der neuen ESF-Förderperiode. Sie betonte, dass eine wichtige Priorität darin besteht, benachteiligte Personengruppen wie beispielsweise Schulabbrecher/innen, Langzeitarbeitslose usw. in den Arbeitsmarkt zu integrieren. Darüber hinaus wies sie auf die zentrale Rolle, die dem Konzept der Partnerschaft in der neuen Programmperiode zukomme, und zwar nicht nur bei der Programmvorbereitung, sondern auch bei der Durchführung der Programme selber. Beide Punkte würden sich bei LOS wieder finden.

Sie zog eine positive Bilanz bezüglich der Umsetzung von LOS, da LOS in einzigartiger Weise gemeinwesenorientierte Ziele mit arbeitsmarktpolitischen Zielen verbinde. Im Sinne der Europäischen Beschäftigungsstrategie würde LOS eine äußerst wertvolle Handlungsform bieten, um auf lokaler Ebene europäische Akzente im Sinne von Beschäftigung zu setzen.

Laut Aussage von Frau Clark empfiehlt die Europäische Kommission eine Fortsetzung von LOS, allerdings könne ihrer Meinung nach eine Entscheidung über die Fortsetzung von LOS nur im Rahmen eines globalen Ansatzes für den ESF in Deutschland entstehen.

Nach diesen beiden Redebeiträgen konnten sich die Teilnehmer/innen des Kongresses im Rahmen der LOS-Projektmesse einen Einblick in verschiedene Projekte verschaffen. Dieser Programmpunkt war für die Lokalen Koordinatoren/innen wie schon bei den vorhergehenden Kongressen ein Höhepunkt der Veranstaltung, da sie dort „LOS zum Anfassen“ präsentiert bekamen.

Neben der Präsentation an den Ständen gab es die Möglichkeit, sich Filme über einzelne Mikroprojekte anzuschauen. Als besondere Auszeichnung wurde den besten Filmen jeweils ein LOS-Bär verliehen.

Die Einleitung des Nachmittags übernahm die Musikerkooperative „Karussell“ aus Marburg. Bevor Herr Dr. Wolfgang Preibisch vom Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung dann zu den Entwicklungen des Bund-/Länderprogramms „Die Soziale Stadt“ referierte, wurden die lokalen LOS-Koordinatoren/innen und das BMFSFJ vom Bürgermeister des Bezirks Neukölln von Berlin begrüßt.

Den inhaltlichen Abschluss des ersten Tages gestalteten die Regiestelle und das Deutsche Jugendinstitut (DJI). Die Projektkoordinatoren Herr Wicke und Herr Schwamborn gaben einen Überblick über den Umsetzungsstand von LOS. Frau Harmsen vom DJI stellte im Rahmen der wissenschaftlichen Begleitung von LOS die kommunalpolitischen Steuerungstypen und ihre Wirkung auf LOS vor.

Am zweiten Tag des Kongresses wurden fünf parallel laufende Foren zu folgenden Themen durchgeführt:

1. Transparenz organisieren – Akzeptanz sichern,
2. Fit für Beschäftigung,
3. LOS schafft neue Beschäftigungsfelder,
4. Erfolgreiche Verstetigung von LOS und seinen Projekten,
5. Strategien der integrierten Stadtentwicklung und die Rolle von LOS.

Den Abschluss bildete eine Podiumsdiskussion zum Thema „Förderung der Beschäftigung und des sozialen Zusammenhalts - Ausblick auf die nächste ESF-Förderperiode“.

Der LOS-Kongress war ein großer Erfolg; die Teilnehmer/innen konnten viele Anregungen für ihre Arbeit auf der lokalen Ebene mitnehmen.

Zu der von der Regiestelle LOS organisierten Projektmesse wurde über die Koordinierungsstellen gezielte Pressearbeit geleistet. Diese Strategie hatte, wie schon im vergangenen Jahr, Erfolg. Als Ergebnis wurden der Regiestelle bisher siebzehn Beiträge übermittelt. Darüber hinaus wurde in einem LOS-Newsletter über den Kongress berichtet.

Als eigene Veranstaltung innerhalb des 3. LOS-Kongresses sind Vertreter/innen der LOS-Länderprogramme durch das BMFSFJ zu einem Mittagsgespräch eingeladen worden. Von den elf Bundesländern, die das Politikfeld F umsetzen, waren acht Bundesländer vertreten. Dieses Treffen, an dem auch Frau Clark und Herr Lange von der Generaldirektion Beschäftigung, Soziales und Chancengleichheit, Frau Berhorst vom Bundesministerium für Arbeit und Soziales und Herr Walter vom Institut für Sozialökonomische Strukturanalysen (Söstra), der für die Evaluation des ESF zuständig ist, teilnahmen, diente dem Erfahrungsaustausch zwischen Bund, Ländern und EU-Kommission. Als Fazit der Veranstaltung kann gesagt werden, dass sich das Instrument der Globalzuschüsse bewährt hat und über eine Weiterführung nachgedacht wird.

3. Jugendsozialarbeit an Berliner Hauptschulen- ein Kooperationsmodell an der Schnittstelle zwischen Schule und Berufswelt

3.1 Programmziele

Schülerinnen und Schüler an Hauptschulen bringen in der Regel eine Vielzahl besonderer Probleme mit in die Schule. Im Rahmen der Berliner Schulreform wird für die Arbeit der Hauptschulen als konkretes Ziel bis zum Jahr 2010 die Senkung der Zahl der Schüler/innen ohne Schulabschluss um die Hälfte und die Verdopplung der Zahl der Schüler/innen, die im Anschluss an die Hauptschule einen Ausbildungsplatz erhalten, angestrebt.

Diese eingeleitete Reform, u. a. manifestiert im Arbeitsprogramm der Hauptschule der Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Sport, soll durch das nun vorliegende Programm ergänzt und unterstützt werden: Alle Berliner Hauptschulen sollen dabei im Jahr 2006 die Möglichkeit erhalten, im Rahmen von konkreten Kooperationsvereinbarungen mit freien Trägern der Jugendhilfe Unterstützung durch mindestens eine/n Sozialpädagogen/in zu erhalten.

3.2 Integriertes Förderkonzept „Jugendhilfe und Schule“

Das Arbeitsfeld Jugendsozialarbeit ist im Rahmen der Kinder- und Jugendhilfe der Bundesrepublik Deutschland von unterschiedlichen Definitionen und Verständnissen gekennzeichnet. Übergreifendes Ziel ist es, die institutionelle Trennung von Jugendhilfe und Schule zu verringern und sozialpädagogische Kompetenzen unter Berücksichtigung der Interessen von Schüler/innen, Eltern und Lehrer/innen in den Schulalltag einzubringen.

Besonderes Augenmerk ist dabei - in Bezug auf methodisch-didaktische Zugänge und organisatorische Spielräume - auf die Unterstützung und Förderung der Schüler/innen zu richten, die ihnen zum einen das Erlernen der notwendigen sozialen Kompetenzen ermöglicht wie andererseits auch den umfassenden Einstieg in die Berufsvorbereitung und –qualifizierung erleichtert. Damit werden relevante Zukunftsbereiche an der Schnittstelle Schule und Beruf angesprochen:

- Förderung der allgemeinen Bildung durch Einbezug außerschulischer Träger,
- Förderung vorberuflicher Handlungskompetenzen durch begleitete Hospitationen und Praktika,
- Vergrößerung der Chancen, einen Schulabschluss zu erlangen,
- Erhöhung der Vermittlungschancen in eine Ausbildung,
- Bekämpfung sozialer Ausgrenzung durch kooperative Formen der Beteiligung und Mitwirkung,
- Förderung der Chancengleichheit (Gender Mainstreaming).

Allen Definitionen von Schulsozialarbeit ist gemein, dass der besondere Ansatz darin besteht, Arbeitsansätze, Handlungsformen und Zielbestimmungen der Jugendhilfe am Ort und im Umfeld des Ortes der Schule zu realisieren. Schulsozialarbeit in diesem Sinne nimmt damit eine wichtige Vermittlungs- und Scharnierfunktion zwischen Schule, Schülerinnen und Schüler sowie dem Gemeinwesen wahr. Zum einen stellt sie eine Vermittlung zwischen der pädagogischen Institution Schule und dem örtlichen System der Jugendhilfe (örtliches Jugendamt, freie Träger etc.) her. Zum anderen entwickelt bzw. fördert sie Beziehungen zu Institutionen wie Vereinen, Verbänden, Betrieben, Wohnungsbaugesellschaften, Kirchen, Stadtteilmanagement.

Schulsozialarbeit richtet ihr Interesse sowohl auf die individuelle Förderung (sozial, emotional und kognitiv), wie auf die Verknüpfung von formellen und nichtformellen Lern- und Entwicklungsprozessen, die Einbindung der Eltern, dem Zugang zu Nachbarschaften, Freundschaften und Peers. Gemeinsames Ziel aller Akteure ist es, jede Schülerin, jeden Schüler so zu fördern und zu ermutigen, dass die höchstmögliche weiterführende Schulform erreicht und mit gutem Abschluss beendet wird und der Übergang von Schule in die Berufsausbildung gelingt.

Diese kinder- und jugendpolitischen Ziele sind nur erreichbar, wenn öffentliche und private Akteure kooperieren, System- und Ressortgrenzen überwunden werden, die Schüler/innen aktiv bei allen sie betreffenden Entscheidungen und Angeboten einbezogen und den Eltern ein Angebot zur Beteiligung und Mitarbeit angeboten wird. Die Schulsozialarbeit ist, und dies gilt insbesondere auch für dieses hier angebotene Programm, kein additives, sondern ein integriertes lebensweltbezogenes Angebot.

Es ist das Ziel Programms „Jugendsozialarbeit an Berliner Hauptschulen“, die bestehenden Ansätze und Kooperationen der Kinder- und Jugendhilfe mit der Hauptschule zu unterstützen und zu ergänzen. So soll insbesondere erreicht werden, dass

- die vorhandenen Kooperationsbeziehungen gestärkt,
- die bestehenden Konzepte - bezogen auf die jeweiligen Besonderheiten der einzelnen Hauptschulen – ergänzt und inhaltlich unterstützt,
- durch den Einsatz eines/einer zusätzlichen Sozialpädagogen/in dazu beigetragen werden soll, weitere Ausgrenzung von weniger „regelkonformen“ Schülern und Schülerinnen zu erreichen,
- entsprechende Hilfen bei persönlichen und sozialen Problemlagen durch die Suche nach Alternativen und Antworten angeboten werden,
- die Selbst- und Gestaltungskompetenzen durch Übernahme von Verantwortung (weiter-) entwickelt werden,
- ein gemeinsames Erarbeiten von Lösungsmöglichkeiten für Belastungssituationen wie z. B. häusliche Gewalt, Überforderung und/oder Lernschwierigkeiten erlernt und eingeübt wird.

Die Entwicklung und Schulkarriere der Schülerinnen und Schüler ist oftmals gekennzeichnet von Misserfolg und geringem Selbstwertgefühl, fehlender Unterstützungskompetenz und Bereitschaft aus dem familiären Hintergrund, einer relativen Bildungsferne der Familien, der Eltern, geringer Lernmotivation, hohes Konflikt-/Gewaltpotential, Schulmüdigkeit, Schuldistanz, Schulverweigerung und wenig ausgeprägten sozialen Schlüsselkompetenzen. Hinzu kommen gerade bei Schülerinnen und Schülern mit Migrationshintergrund massive Defizite hinsichtlich der (schrift-)sprachlichen Kompetenz, die auch auf die mathematisch-naturwissenschaftlichen Grundkompetenzen ausstrahlen und insgesamt eine schlechte Perspektive dieser Hauptschüler/innen auf dem Ausbildungs- und Arbeitsmarkt verursachen.

3.3 Beteiligung der freien Träger der Kinder- und Jugendhilfe

Dies kann eine Stelle allein nicht erreichen, deswegen die Einbindung in ein Gesamtkonzept eines freien Trägers, der Schule, des örtlichen Jugendamtes und der Schulaufsicht. Die gelungenen Praxismodelle, die Schulmüdigkeit, Schulverweigerung und Schulabbruch verhindern bzw. auffangen, haben alle eines gemeinsam: Sie beginnen möglichst früh (präventiver Ansatz), sie fördern individuell, sie ermöglichen Erfolgserlebnisse und sie öffnen sich der Lebenssituation der Schüler/innen und deren Eltern. Die Schule muss sich systematisch dem Leben öffnen und die Praxis in die Schule holen. Außerschulische Lernorte und Partner müssen die Bildungsarbeit an Schulen ergänzen, Kommunikations-, Erfahrungs- und Experimentierräume mit interessanten und für Jugendliche attraktiven Angeboten sind notwendig. Schulmüdigkeit und Schulverweigerung entstehen nicht durch einen Einzelanlass, sie sind meistens das Ergebnis zunehmender Entfremdung von der Schule. Zu den Ursachen gehören familiäre Probleme, fehlende Ansprache in der Schule, Über- oder Unterforderung der Schüler, Leistungsmisserfolge und Schulwechsel. Präventive Angebote können daher nur greifen, wenn sie in eine Gesamtstrategie eingebunden sind und wenn sie von Anfang an Eltern, Schüler und Lehrer einbeziehen.

In ihren Empfehlungen gegen Schulschwänzen, Schulmüdigkeit, Schulverweigerung, Schulabbruch geben die Hertie und die Bertelsmann Stiftung den Hinweis, dass Projekte, die die Einbeziehung aller Beteiligten und die Beratung von Lehrern und Eltern sowie das Auffangen der Schüler durch sozialpädagogische Angebote vorsehen, besonders erfolgreich sind.

3.4 Rahmenbedingungen, Größenordnung, Startphase

Zur Umsetzung des Programms hat der Geschäftsbereich „Strategien sozialer Integration“ eine Programmagentur eingerichtet, die das Programm betreut, fachlich steuert und die entsprechenden Finanzmittel zur Einrichtung Stelle eines/er Sozialarbeiter/in an geeignete freie Träger der Jugendhilfe weiterleitet.

Voraussetzung für diese Weiterleitung der Mittel an die einzelnen freien Träger der Jugendhilfe war ein Antrag, der

- das jeweils konkrete auf die einzelne Schule bezogene Konzept einschließlich der beabsichtigten Kooperation mit dem Jugendbereich,
- einen Kooperationsvertrag mit der jeweiligen Schule und bezogen auf die Kofinanzierungsanteile der ESF-Mittel,
- eine Erklärung über den Ausgabennachweis der ESF- und der Kofinanzierungsmittel

enthält.

Das Angebot richtete sich grundsätzlich an alle 53 Berliner Hauptschulen, wenn sie einen Kooperationsvertrag mit einem freien Träger der Kinder- und Jugendhilfe abgeschlossen haben. Zum Programmstart wurde ein Interessenbekundungsverfahren, unterstützt durch eine von der Programmagentur gemeinsam mit der Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Sport durchgeführten Startveranstaltung, bekannt gemacht und die Rahmenbedingungen für die Teilnahme an diesem Programm vermittelt. Nach Eingang der Anträge und deren

formal/inhaltlicher Sichtung entschied die Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Sport, dass in einer 1. Phase (01.05.-31.12.2006) 20 Schulen und 17 Träger gefördert werden. Für die 2. Phase (01.09.-31.12.2006) für 33 Schulen läuft gegenwärtig die Auswertung der Anträge.

In der 1. Förderphase sind folgende Berliner Schulen und Träger beteiligt:

Bezirk	**Hauptschule**	**Träger**
Charlottenburg-Wilmersdorf	Oppenheim-OS	Der Rote Faden
	Rudolf-Diesel-OS	Modul e.V.
Friedrichshain-Kreuzberg	Friedrich-Ludwig-Jahn-OS	Pestalozzi-Fröbel-Haus
	Carl-Friedrich-Zelter-OS	Pestalozzi-Fröbel-Haus
	Ferdinand-Freiligrath-OS	Pestalozzi-Fröbel-Haus
Mitte	Berolina-Schule	Förderv. f. arbeitslose Jugendl. e.V.
	Heinrich-von-Stephan-OS	SOS-Berufsausbildungs- Zentrum
	Hans-Bredow-OS	SOS-Berufssausbildungs-Zentrum
Neukölln	Rütli-Schule	Jugendwohnen im Kiez
	Anna-Siemsen-Schule	Fortbild. Akademie der Wirtschaft (FAW)
	Kurt-Löwenstein-Schule	Förderverein der Kurt-Löwenstein-OS e.V.
Pankow	Hufeland-Schule	Deutscher Regenbogen e.V.
Reinickendorf	Julius-Leber-Schule	Trapez e.V.
	Johannes-Lindhorst-OS	Horizonte e.V.
	Paul-Löbe-Schule	Aufwind e.V.
Spandau	Louise-Schröder-Schule	Verein f. Sport und Jugendsozialarbeit e.V.
Steglitz-Zehlendorf	Johann-Thienemann-Schule	Gesellschaft für Soz.Päd. Arbeit (GeSAB)
Tempelhof-Schöneberg	Riesengebirgs-OS	Familienarbeit und Beratung e.V. (FAB)
	Theodor-Haubach-Hauptschule	JaKuS gGmbH
Treptow-Köpenick	Amelia-Earhart-Schule	Ziegner-Stiftung

Stiftung SPI

Jahresbericht 2005/2006

Niederlassung Land Brandenburg

Landesweite Projekte

Regionalzentren

Einführung

Seit ihrer Gründung als eigenständiger Geschäftsbereich im Jahr 1999 hat sich die Niederlassung Brandenburg der Stiftung SPI als Träger sozialer Arbeit im Land Brandenburg etabliert. Gegenwärtig arbeiten ca. 100 Mitarbeiter/innen in den vier Regionalzentren Nord-Ost, Ost, Süd und Mitte sowie in landesweiten Projekten.

Im Berichtszeitraum konnten in der Niederlassung Brandenburg, neben der Stabilisierung und qualitativen Verbesserung bestehender Projekte, weitere Vorhaben initiiert und realisiert werden. So wurde die Erweiterung des ehemaligen Regionalzentrums Nord zum jetzigen Regionalzentrum Nord-Ost erforderlich, um das im Juli 2005 von der Stadt Bad Freienwalde übernommene Kinder-, Jugend- und Familienzentrum „offi“ in die bestehenden Strukturen zu integrieren.

Mit Änderung der Sozialgesetzgebung zum 01.01.2005 (ALG II /Hartz IV) und deren Auswirkungen für benachteiligte Jugendliche stand die Herausforderung, gemeinsam mit den Argen bzw. optionierenden Kommunen individuell zugeschnittene Beschäftigungs- und Qualifizierungsangebote zu unterbreiten. In den Regionalzentren Süd, Ost und Nord-Ost wurden entsprechende Projekte entwickelt. In der Diskussion zum Einsatz von Jugendlichen in „Maßnahmen mit Mehraufwandsentschädigung“ (MAE) - den so genannten 1-Euro-Jobs - wurden interne Qualitätsstandards vereinbart, die mit der zentralen Aufgabenstellung im Fachbereich „Arbeitsweltbezogene Jugendsozialarbeit“ der Niederlassung korrespondieren:

– Kein/e Jugendliche/r verlässt die Schule ohne Schulabschluss.
– Kein/e Jugendliche/r bleibt nach der Schule ohne Ausbildung bzw. Vermittlung, von auf dem Arbeitsmarkt verwertbaren Schlüsselqualifikationen.
– Kein/e Jugendliche/r bleibt nach der Berufsausbildung ohne Arbeit oder Arbeitswelterfahrung.

Mit der Umsetzung des Modells „MAE+Quali“, d. h. Erwerb der Berufsbildungsreife durch einen nachholenden Schulabschluss, konnte der über die landesüblichen Standards hinaus gehende Qualitätsanspruch der Stiftung SPI ebenso unterstrichen werden wie mit der Eröffnung des „Jugendberatungs- und Lernzentrum“ („jule“) in Cottbus im Mai 2006.

Zu den eingeführten Basisprodukten des Geschäftsbereiches wie Jugendfreizeit- und Jugendkulturarbeit in zentralen Einrichtungen, bedarfsorientierte Hilfen für Jugendliche in besonderen Lebenslagen und die verantwortliche Umsetzung landesweiter Projekte inklusive wissenschaftlicher Begleitung, Evaluation und Koordinierung verschiedener Programmbeteiligter, kamen neue Projekte im Handlungsfeld „Arbeitsweltbezogene Jugendsozialarbeit“ sowie an der Schnittstelle Jugendarbeit und Schule hinzu.

Ausgehend von der Kompetenzagentur Cottbus, die durch das Bundesministerium für Familien, Senioren, Frauen und Jugend innerhalb des Programms „Arbeitsweltbezogene Jugendsozialarbeit - Programmphase Kompetenzagenturen“ finanziert wird und deren Auftrag es ist, bis zum Jahr 2006 modellhaft zu erproben, ob durch modernes Ressourcenmanagement sozial benachteiligte Jugendliche besser in Ausbildung und Arbeit vermittelt werden können als bisher, konnten seit dem Schuljahr 2003/04 mehrere Projekte für schulverweigernde Jugendliche initiiert werden. In der Regie des Ministeriums für Bildung, Jugend und Sport des Landes Brandenburg arbeitet das Modellprogramm „Integrierte Angebote von Jugendarbeit und Schule zur Vermeidung von Schulabbrüchen bei schulmüden bzw. schulverweigernden Jugendlichen“ an nunmehr neun Standorten. Die Niederlassung Brandenburg ist als Träger von „Leonardos Meisterbude“ in Cottbus, der „Lernwerkstatt MIKADO-Crew“ in Frankfurt (Oder) und der „Lernwerkstatt Sprungbrett“ in Spremberg an der Umsetzung beteiligt. Durch die wissenschaftliche Begleitung des Programms wurden alle drei Projekte zur Weiterförderung in der ESF-Phase 2007-2013 empfohlen.

Weiterhin von Bedeutung sind Arbeitsansätze im Bereich zivilgesellschaftliches Engagement. Ausgehend von der ersten landesweiten Tagung der Jugendparlamente in Brandenburg, die durch das Regionalzentrum Mitte organisiert und durchgeführt wurde, ist die Netzwerkstelle

der Niederlassung mit der Begleitung von Initiativen zur Jugendbeteiligung im Land Brandenburg beauftragt worden. Die Regionalzentren engagieren sich in den lokalen „Bündnissen für Familien“.

Über Mitwirkung in Landes- und Kommunalgremien wird die Niederlassung Brandenburg ihrem Beratungsauftrag gerecht und bringt sich in aktuelle Diskussionen auf den verschiedenen Ebenen ein. Ein immer deutlicher werdendes Problem ist hier die demografische Entwicklung und ihre Auswirkung auf Strukturen - auch von Jugendarbeit - speziell im ländlichen Raum. Im Programm „Leader+“ werden neue Wege zur Gestaltung und Entwicklungschancen im ländlichen Raum gesucht. Die Niederlassung Brandenburg ist daran an den Standorten Bohsdorf und Groß Leuthen beteiligt.

Der Geschäftsbereich ist seit 2004 nach DIN EN ISO 9001:2000 zertifiziert. Im Rahmen des Qualitätsmanagements wurden nicht nur die Kernprozesse des Geschäftsbereiches, sondern auch die Steuerungs- und Kontrollprozesse innerhalb der verschiedenen Projekte zertifiziert. Eine kontinuierliche Selbstevaluation auf der Projektebene ist Bestandteil des Qualitätsmanagements. Der im Geschäftsbereich agierende Qualitätszirkel hat sämtliche Projekte und Handlungsfelder der Niederlassung einer Prüfung unterzogen und bereitet das Audit 2006 vor.

Die Regionalzentren der Niederlassung Brandenburg beteiligten sich im Berichtszeitraum in verschiedenen Bereichen an der Entwicklung von Modellen sozialer Arbeit und setzen diese als Träger eigener sozialer Praxis im Land Brandenburg um.

Im Zusammenhang mit der örtlichen und inhaltlichen Neuorganisation der Kinderbetreuung in den Einrichtungen der Niederlassung - Horte der Integrations- und Sprachförderschulen in Frankfurt (Oder) mit derzeit 190 Kindern - werden Kooperationen zwischen Jugendhilfe und Schule intensiv diskutiert. Die zur Umsetzung des neu erarbeiteten „Heilpädagogischen Konzepts“ erforderliche Zusammenarbeit mit einer Vielzahl von Partnern, setzt das Motto „Soziale Arbeit als Koproduktion“ in tägliche Praxis um.

In den Kinder- und Jugendzentren Bad Freienwalde, Frankfurt (Oder), Spremberg, Bohsdorf und Lieberose sowie in der „Mobilen Jugendarbeit“ Eberswalde lagen die Arbeitsschwerpunkte weiterhin in den Bereichen Ausbau familienorientierter Angebote, internationaler Jugendaustausch, Jugendberufshilfe, Kooperationsformen mit Schulen und politischer Bildungsarbeit. Die Regionalzentren profitierten von der verstärkten Orientierung der Niederlassung auf eine gemeinsame, einheitlichen Standards folgende Erarbeitung von Konzepten, die anschließend regional umgesetzt werden. So wurde in einer durch die Geschäftsbereichsleitung beauftragten Arbeitsgruppe das medienpädagogische Konzept der Niederlassung entworfen, mit dem sich einzelne Einrichtungen an dem Wettbewerb „Aufbau von Jugend-, Informations- und Medienzentren“ (JIM) des Landes Brandenburg beteiligten. Von insgesamt 10 „JIMs“ im Land Brandenburg betreibt die Niederlassung Brandenburg auf der gemeinsamen inhaltlichen Grundlage vier dieser Zentren (in Frankfurt (Oder), Bad Freienwalde, Cottbus und Spremberg) und ist im Bereich Entwicklung von Medienkompetenz zu einem ständigen Partner von Ministerien und LAG Multimedia geworden.

Ein langjähriges Engagement bei der Entwicklung von Freizeit- und Kulturangeboten im ländlichen Raum hat zur Folge, dass „KinderKunst und Rohkunstbau“ aufgrund der Förderung durch die Ministerien für Bildung, Jugend und Sport sowie Wissenschaft, Forschung und Kultur des Landes Brandenburg, die Bundeskulturstiftung, den Hauptstadtkulturfond und des Landkreises Dahme-Spreewald um die „Landpartie“ erweitert werden konnte. Die „XIII. KinderKunst und Rohkunstbau 2006“ wurde gemeinsam mit der Stiftung „Großes Waisenhaus zu Potsdam“ vorbereitet.

Strukturen, die sich in den vergangenen Jahren als tragfähig erwiesen - die Gliederung in landesweit tätige Projekte sowie Regionalzentren - wurden beibehalten. Neben technischer Sicherstellung und Organisation externer und interner Kommunikation, gehört zu den Aufgaben der Geschäftsstelle die Begleitung der Mitarbeiter/innen-Qualifizierung, zu deren Realisierung u. a. für jede/jeden Mitarbeiter/in jährlich 5 tätigkeitsrelevante Fortbildungstage vereinbart sind. Zur Optimierung von Verwaltungsabläufen ist die Abteilung

Finanzen/Personal seit August 2005 am Verwaltungssitz des Geschäftsbereiches „Soziale Räume und Projekte“ verortet.

Derzeit befinden sich Projekte in Vorbereitung, die das Angebotsspektrum der Niederlassung Brandenburg in den Fachbereichen „Jugend“ und „Arbeitsweltbezogene Sozialarbeit“ ab August 2006 nochmals erweitern.

1. Landesweite Projekte

1.1 Beratung Jugendarbeit/Jugendsozialarbeit

Im Berichtszeitraum wurden bzw. werden Aufträge in den Kreisen Uckermark, Märkisch-Oderland, Dahme-Spreewald, Spree-Neiße, Oberspreewald-Laussitz, Potsdam-Mittelmark und in der Stadt Cottbus umgesetzt. Diese Landkreise etablieren sich gegenwärtig als zuverlässige Kunden, die in der Mehrheit den größeren Teil ihrer Beratungsmittel an die Niederlassung Brandenburg geben oder jedenfalls kontinuierlich Beratungsaufträge auslösen. Neue Auftraggeber waren ein landesweit wirkender Jugendverband sowie in zwei Fällen kreisweit agierende Netzwerke der Jugendhilfe. Darüber hinaus ist es wie im Vorjahr allerdings nicht gelungen, neue Kunden in Landkreisen zu erschließen, mit denen mittel- oder langfristige Auftragsverläufe zu organisieren gewesen wären. Das hat neben einer ständig zu überprüfenden Akquisetätigkeit vor allem zwei Ursachen:

- Zum einen kristallisiert sich im Feld der Beratung von Projekten der Jugendarbeit/Jugendsozialarbeit in Brandenburg eine obere und eine untere Gruppe verschiedener Wettbewerber heraus. Die Niederlassung Brandenburg liegt nach den Umsätzen der Beratungsmittel an zweiter Stelle und mithin in der oberen Wettbewerber-Gruppe. Es ist allerdings in diesem Segment nicht gelungen, die Bearbeitung strategischer Themen in die Akquise von mehrjährigen oder entsprechenden Folgeaufträgen münden zu lassen. Diese Position und damit ein erheblicher Teil der in den Landkreisen vorhandenen Beratungsmittel waren im ergangenen Jahr durch einen anderen Anbieter besetzt.

- Zum zweiten erfolgte die Freigabe der Landesmittel für die Beratung und die Weitergabe dieser Mittel an die Landkreise erst Anfang des zweiten Quartals dieses Jahres. Die Akquisition von Aufträgen und Mitteln befindet sich also derzeit noch im Prozess.

Die Beratungstätigkeit im Berichtszeitraum wurde ähnlich wie im Vorjahr durch die Veränderungen der Rahmenbedingungen für Jugendarbeit/Jugendsozialarbeit im Land Brandenburg dominiert. Hierbei ging es vor allem um die eingetretenen Auswirkungen der Reduzierung des 610-Stellen-Programms. Diese Reduzierungen fanden nicht im befürchteten Umfang statt, führten aber zu einer Veränderung des Umgangs der meisten öffentlichen Träger mit den freien Trägern. Es kam in den von uns beratenen Kreisen zur Bildung von Schwerpunktarbeitsfeldern, die insgesamt Förderungspriorität haben sollten und es wurden vermehrt Qualitätsstandards gebildet oder, sofern bereits vorhanden, modifiziert. Diese Qualitätsstandards hatten zum einen stärker den Charakter von Leistungs- bzw. Produktbeschreibungen, waren also auftraggeberfreundlicher und sollten zum anderen die Grundlagen von in der Zukunft abzuschließenden Zuwendungs- oder Leistungsverträgen sein. Neben der Definitionsklarheit wollten die meisten der in dieser Richtung durch die Niederlassung Brandenburg beratenen Landkreise auch den Druck auf die in ihren Verantwortungsbereichen tätigen freien Träger erhöhen.

Darüber hinaus bleibt grundsätzlich zu bemerken, dass es derzeit um drei Handlungsfelder der Jugendarbeit/Jugendsozialarbeit geht, die in den verschiedenen Landkreisen von Bedeutung sind. Perspektivisch wird es dort um die hauptsächliche Förderung von aufsuchenden Angeboten, die Förderung von Angeboten der offenen Jugendarbeit im ländlichen Raum (Jugendräume) sowie auf weitaus qualifizierterem Niveau in den städtischen Ballungszentren und die Förderung von Angeboten der Kooperation zwischen Jugendhilfe und Schule gehen. Mobile Angebote werden sehr oft als preisgünstige Angebotsvarianten zur Flächendeckung bzw. Tilgung weißer Flecken verstanden. Angebote der offenen Jugendarbeit werden in der Regel noch als Gerüst der Jugendarbeit in einzelnen Regionen betrachtet. Das deutlich zunehmende Gewicht der Kooperation der Jugendhilfe mit der Schule ist nach wie vor den Interpretationen der demografischen Entwicklung geschuldet. (Reduzierung der Anzahl von Kindern und Jugendlichen, Konzentration an weniger werdenden Schulstandorten, Konzentration bzw. Intensivierung der Angebote an diesen Standorten). Zentrale Probleme bei dieser Entwicklung sind nach wie vor die deutliche Unbeweglichkeit der Institution „Schule“ und eine Konzentration der Angebote auf die Umsetzung i. d. R. sehr schulnaher Schulsozialarbeit. Jugendhilfe an Schule wird oft zu einem Erfüllungsgehilfen deklassiert.

Eine an einigen Stellen wiederkehrende Beobachtung war, dass sich das Qualifikationsniveau der zum Beispiel in den durch das Personalkostenförderprogramm des Landes finanzierten Stellen beschäftigten Sozialarbeiter/innen formal zwar erhöht hat, was auch einem höheren Druck durch die Landkreise zuzuschreiben ist. Andererseits wirkt sich das aber nicht immer in spürbaren Qualitätsveränderungen bezogen auf die Organisation oder Reflektion eigener Angebote aus. Eine Ursache dafür mag sein, dass die Ansprüche vieler Träger an die Tätigkeit ihrer Projekte oder das fachliche Auftreten ihrer Stelleninhaber/innen mitunter nicht untermauert sind. Dies wird häufig sichtbar, wenn es Ämter oder Gemeinden sind, die als Träger auftreten. In diesem Zusammenhang muss darauf hingewiesen werden, dass vor allem im ländlichen Bereich zunehmend Jugendarbeit durch MAE-Personal umgesetzt wird. Das geschieht derzeit noch nicht strukturell auf Kosten des professionellen und bezahlten Fachpersonals. Allerdings sehen sich vor allem Jugendkoordinatoren/innen und mobile Jugendarbeiter/innen mit einer steigenden Zahl unqualifizierter und/oder unmotivierter Personen konfrontiert, die bestehende fachliche Standards gar nicht erst kennen, ignorieren oder verderben. Besonders schwierige Konstellationen ergeben sich dann, wenn Beschäftigungsträger in Absprache mit Ämtern oder Gemeinden umfangreiche und personalintensive Projekte in den jeweiligen Arbeitsfeldern platzieren, ohne die entsprechenden Fachleute einzubeziehen oder diese mit entsprechenden Weisungs- und Anleitungsbefugnissen auszustatten.

Bei einer allerdings geringeren Anzahl vor allem freier Träger ist eine klare Orientierung auf die Interessen der Auftrag- und Geldgeber verbunden mit dem Anspruch, diese mit hoher professioneller Berücksichtigung wahrzunehmen. Dadurch erfährt der klassische Begriff der „Gemeinwesenorientierung“ eine neue Konjunktur vor dem Hintergrund, dass stärker nach den Effekten von Jugendarbeit und Jugendsozialarbeit für das Gemeinwesen gefragt wird.

Die bereits im letzten Berichtszeitraum festzustellende zunehmende Entsolidarisierung der Träger hat sich fortgesetzt. Einige Kreisjugendringe beginnen, dieser Situation aktiv entgegenzuwirken, um damit auch für sich neue Legitimationen zu schaffen.

Ein Thema, zu dem wir unabhängig von den Veränderungen der Strukturen der Jugendarbeit wie üblich angefragt wurden, war der Umgang mit dem veränderten Phänomen Rechtsextremismus. Hier ähnelte die Auftrags- bzw. Nachfragelage der des vergangenen Berichtszeitraums. Weniger öffentliche und spektakuläre Vorfälle führten zu einer Abnahme der öffentlichen Beachtung trotz vorhandener rechtsextremer Entwicklungen. Bei diesen ist von einer sichtbaren Zunahme der Geschicklichkeit, Bürgerorientierung und der Anpassung an „ordentliche“, im Sinne von unauffälligen Verhaltensnormen, auszugehen. Jahrelang gepflegte Merkmale rechtsextremer Gesinnungen, Outfits, Musikstile etc. wurden abgelegt. Im Gegenzug wurden Freundlichkeit, Gemeinsinn, Bürgernähe und teilweise ehemals „linke“ oder alternative Symbole für sich entdeckt und in Beschlag genommen.

Unabhängig von den beschriebenen thematischen Schwerpunkten lassen sich für den Berichtszeitraum folgende Feststellungen treffen:

- In der Wahrnehmung der Auftraggeber konnte ein Kompetenzzugewinn im strategischen Bereich verbucht werden. Das Projekt hat ein eigenes Modell entworfen, um Qualitätsstandards für verschiedene Handlungsfelder der Jugendarbeit/Jugendsozialarbeit zu entwickeln. Damit ist es in direkte Konkurrenz zu den Wettbewerbern gegangen, die diese Felder bislang für sich besetzten. Auch bei dieser neuen Angebotsausrichtung zählt bei den Auftraggebern allerdings die Praxisnähe und -orientierung der Niederlassung Brandenburg.

- Ein Problem stellt nach wie vor der hohe Serviceaufwand für eine in Auftrag gegebene Beratungsleistung dar. Dem ist innerhalb der aktuellen Infrastruktur des Beratungsprojektes nicht zu entsprechen. Eine Erhöhung der personellen Kapazitäten des Beratungsprojektes ohne die deutlich spürbare Besetzung anderer Themenbereiche ist derzeit jedoch auch nicht realistisch. Die Reaktion darauf besteht noch immer darin, die in den Beratungsverträgen veranschlagten Kosten für die Vor- und Nachbereitungszeiten zu senken, dafür aber die Anzahl der relevanten Stunden zu erhöhen.

1.2 Brandenburger Jugendkulturtage

Rückblick

Die Deutsch-polnischen Brandenburger Jugendkulturtage (JKT) finden seit 1995 regelmäßig und seit 1999 in Trägerschaft der Niederlassung Brandenburg statt. In der Jugendhilfelandschaft sind sie als Veranstaltung etabliert, auf der es Jugendlichen des Landes möglich ist, ihre kulturellen Aktivitäten einer interessierten Öffentlichkeit vorzustellen und gelten unterdessen als Ort, an dem deutsche und polnische Jugendliche, Mädchen und Jungen aus nahezu allen Kreisen Brandenburgs, gemeinsam arbeiten, wohnen und feiern. Die große Resonanz, aus Kapazitätsgründen konnten 2004 eine Vielzahl von Anmeldungen leider nicht berücksichtigt werden, legt nahe, diesen inhaltlichen und thematischen Ansatz weiter auszubauen.

Anliegen ist es, den Teilnehmer/innen die Möglichkeit zu bieten, sich mit Gleichgesinnten zu treffen, zu fachsimpeln, eigene Arbeitsergebnisse vorzustellen und die Leistungen anderer einzuschätzen. Zur Unterstützung und als Ansporn stehen ihnen in den Arbeitsgruppen entsprechende Experten und Profis zur Seite.

Gleichberechtigt mit der künstlerischen Arbeit gibt es die Gelegenheit des Einander-Kennenlernens, des Austausches unter den Jugendlichen, insbesondere der Vermittlung unterschiedlicher Lebenswelten in Städten und ländlichen Regionen, in Deutschland und Polen.

Im Rückblick auf die JKT in den Jahren 2000 in Frankfurt (Oder), 2002 in Werftpfuhl und 2004 in Blossin werteten Teilnehmer/innen, Öffentlichkeit und Veranstalter die konzeptionelle Erweiterung um den Werkstattansatz sowie die Einbeziehung polnischer Jugendlicher als wesentliche Bereicherung.

Aufgrund der erreichten organisatorischen Konstanz war es möglich, in den vergangenen Jahren ein Netzwerk von Kooperationspartnern einzubinden und dieses kontinuierlich auszubauen. Auch für die bevorstehenden 7. Brandenburger Jugendkulturtage konnten neue Partner gewonnen werden, die durch ihre spezifischen Profile das Angebot nochmals erweitern. Aus der Evaluation der bisherigen Veranstaltungen ergibt sich eine stetige Weiterentwicklung des bewährten Konzeptes.

Im Jahr 2004 wurde mit dem Jugendbildungszentrum (JBZ) Blossin ein Veranstaltungsort (und Partner) gefunden, der die gewachsenen inhaltlichen, organisatorischen und vor allem räumlichen Anforderungen (15 separate Workshops, 220 Übernachtungsplätze) erfüllen konnte.

Die 7. Brandenburger Jugendkulturtage im Jahr 2006

Die 7. Brandenburger Jugendkulturtage finden vom 25.-.27.08.2006 in der JBZ Blossin statt. Mit maximal 220 Schlafplätzen sowie ausreichend Seminar- und Veranstaltungsräumen bietet die Jugendbegegnungsstätte gute Voraussetzungen für Workshops und Präsentationsveranstaltung sowie Unterkunft und Verpflegung an einem Ort. Die Durchführung der Jugendkulturtage 2006 schon am letzten Augustwochenende, lässt die Nutzung der Freiflächen („Startruck“, Lagerfeuer, Grillen) sowie eine Einbindung der wassersportlichen Angebote des JBZ realistisch erscheinen. Die relativ zentrale Lage (30 Kilometer südlich von Berlin-Mitte) sollte den Teilnehmer/innen aus den „Rand“kreisen entgegen kommen.

Um ein kreatives Gemeinschaftsgefühl zu schaffen, aber auch um den individuellen Gebrauchswert der Mitarbeit für die Teilnehmer/innen zu erhöhen, wird es eine organisatorisch/inhaltliche Klammer geben, die die einzelnen Workshops miteinander verbindet: eine selbstorganisierte Präsentationsveranstaltung. Das Szenario dafür: Die AG Veranstaltungsmanagement plant und moderiert - unterstützt von einem Profi aus dem „Lindenpark“ Potsdam - den Abend (inklusive fiktive Kostenkalkulation und Werbestrategie).

Die Beiträge - neben einem professionellen Act aus den Reihen der Workshopleiter/innen- finden sie in eben diesen Workshops, die bildenden Künstler übernehmen die Deko, der Workshop Fotografie die fiktive Pressearbeit mit Werbefotos der Auftretenden sowie zusammen mit der AG Internet den Entwurf eines Werbeplakates. Die AG Internet überträgt die dann real stattfindende Veranstaltung - gefilmt von Workshopteilnehmer/innen Film/Video - zeitgleich im Internet auf der Homepage der Brandenburger Jugendkulturtage. Erstmals werden die diesbezüglichen Aktivitäten durch die Landesarbeitsgemeinschaft (LAG) Multimedia inhaltlich begleitet.

Zielgruppe der Veranstaltung sind explizit Jugendliche und Jugendgruppen, die durch ihre - nicht nur - künstlerische Betätigung und ihr Engagement dazu beitragen, in Kinder- und Jugendfreizeiteinrichtungen, an Schulen oder anderen öffentlichen Einrichtungen eine Atmosphäre der Weltoffenheit und Toleranz zu schaffen. Jugendeinrichtungen die in diesem Sinne bereits Kooperationsbeziehungen zu polnischen Partnern aufgebaut haben, können sich mit ihren Partnern gemeinsam bewerben.

Die Betätigungsformen sind vielfältig und reichen von Musik, Theater und Tanz über bildende Kunst oder Fotografie bis hin zu der kreativen Beschäftigung mit neuen Medien. Diskussionsforen zum Thema Demokratische Kultur (z. B. für Jugendparlamente) werden nach der guten Resonanz der letzten Jahre ebenfalls wieder stattfinden. Möglichst viele Aspekte von Jugendkultur sollen gezeigt werden, ohne daraus den Anspruch eines repräsentativen Querschnitts oder notwendiger Semiprofessionalität der Akteure abzuleiten.

Den Jugendämtern, den Schulämtern, aber auch Jugendeinrichtungen direkt, wurde eine Ausschreibung mit folgenden Eckpunkten übermittelt:

- Teilnehmer/innen ab 14 Jahre (in Ausnahmefällen auch ab 12 Jahre) werden durch die Jugendämter der Kreise und kreisfreien Städte vorgeschlagen bzw. können sich im Büro JKT direkt bewerben.
- Die maximale Teilnehmer/innenzahl beträgt 220 Jugendliche, da die Teilnahme von ca. 70 polnischen Jugendlichen erwartet wird, kann jeder Kreis bis 15 Jugendliche nominieren (insgesamt 270), von denen dann ca. 150 durch den Projektbeirat bestätigt werden.
- Die Teilnehmer/innen arbeiten in Arbeitsgruppen genrebezogen in Form von Workshops unter Begleitung von professionellen Künstlern.
- Eine Anwesenheit an allen Tagen ist Voraussetzung.
- Ein Auftritt über den Rahmen der Workshops hinaus wird angestrebt, aber nicht garantiert.
- Alle notwendigen Leistungen, bis auf Fahrt- und Vorbereitungskosten, werden durch die Veranstalter erbracht.

Die Workshops werden nach Auswertung der Anmeldungen nach den dort genannten Interessengebieten konzipiert.

Die Veranstalter (Niederlassung Brandenburg und Landesjugendamt Brandenburg) stellen entsprechende technische und organisatorische Rahmenbedingungen sicher. Dazu gehört u. a. die Einrichtung eines Festivalklubs, in dem der organisatorische Ablauf organisiert wird, aber auch Raum für freundschaftliche Begegnungen ist. Zusätzlich wird eine Kontaktbörse organisiert, wo z. B. die Angebote der heimischen Jugendeinrichtungen, Vereine oder interessante Projekte präsentiert werden können.

Die Jugendkulturtage werden in Zusammenarbeit mit den Jugendämtern der Kreise und kreisfreien Städte vorbereitet. Die Ämter sollen in ihren Regionen als Multiplikatoren wirken und die Jugendgruppen/-initiativen in der Vorbereitung ideell und materiell (u. a. Nominierung geeigneter Kandidaten, Bezuschussung der Reisekosten, Raumnutzungsmöglichkeiten für Proben in Jugendeinrichtungen) unterstützen.

Durch bestehende Arbeitskontakte zu diesen überregional tätigen Organisationen war es für das Jahr 2006 erstmals möglich, die Landesvereinigung Kinder- und Jugendkulturarbeit (LKJ) Brandenburg sowie die Landesarbeitsgemeinschaft (LAG) Multimedia Brandenburg als Mitorganisatoren zu gewinnen. Durch Einbringung ihrer Kompetenzen und Know-hows wird

die Qualität der unterbreiteten Angebote weiter gesteigert. Zudem wirken sie als Multiplikatoren und transportieren Anliegen und Inhalte in ihre Mitgliedschaft.

Die Benennung, Information und Begleitung der polnischen Teilnehmer/innen erfolgt durch polnische Partner (u. a. das Kulturhaus „Smog“ Slubice). Das Deutsch-Polnische Jugendwerk beteiligt sich an der Finanzierung und Bekanntmachung der 7. Brandenburger Jugendkulturtage.

Wie bereits 2002/2004 ist die Einbindung eines im „Civitas“-Programm geförderten Projektes der Kreuzberger Musikalischen Aktion (KMA) geplant. Der „STARTRUCK“ - eine mobile Bühne - schafft den Rahmen für gemeinsame Workshoparbeit der Teilnehmer/innen mit Berliner Jugendlichen, insbesondere im Bereich Break Dance und hiphop. Das Projekt „STARTRUCK“ der KMA e.V. entwickelt nach Auswertung der Bewerbungen geeignete Beteiligungsformen Berliner Jugendlicher.

Auf Landesebene ist das Landesjugendamt Mitorganisator und Bezugspunkt in Fragen der inhaltlichen und organisatorischen Vorbereitung. So erfolgt darüber u. a. die Information und verbindliche Einbeziehung der Kreise und kreisfreien Städte. Zur Begleitung des Projektes wurde eine Steuerungsrunde aus Vertretern/innen des Landesjugendamtes, der Kreisjugendämter, der LKJ, der LAG Multimedia, der Jugendbildungsstätte Blossin und der Niederlassung Brandenburg gebildet.

Die Veranstaltung soll Anregungen für eigene künstlerische Betätigung der Jugendlichen in den Regionen geben sowie landesweit Impulse für die Arbeit in Jugendeinrichtungen vermitteln. Bezweckt wird ebenfalls eine engere Kooperation zwischen verschiedenen Institutionen, die jugendkulturelle Aktivitäten im Land Brandenburg, in der Volksrepublik Polen und Berlin befördern. Vorbereitung und Durchführung sowie Arbeitsergebnisse der 7. Brandenburger Jugendkulturtage werden dokumentiert und stehen zur Auswertung und Nachnutzung zur Verfügung.

1.3 Rohkunstbau und KinderKunst

XII. Rohkunstbau „Kinderszenen Child`s Play“

Ausstellung

Seit zwölf Jahren bespielt Rohkunstbau mit Ausstellungen ortsspezifischer Kunst Räume, die sich dem herkömmlichen Kulturbetrieb entziehen. Aus einem regionalen Projekt, das in einer Rohbauhalle in der Brandenburgischen Provinz begann, ist seit dem Umzug in die stilistisch divergenten Räume von Schloss Groß Leuthen ein international beachtetes Projekt geworden, das jährlich tausende Besucher in den Spreewald zieht. In Zusammenarbeit mit internationalen Künstlergrößen entsteht jeden Sommer ein ungewöhnliches Ensemble aus Ausstellung und Festival, das in allen Teilen auf den Ort zurechtgeschnitten ist und tradierte Rezeptionsästhetiken neu hinterfragt. Seit dem Jahr 1999 ist das Kinder- und Jugendkunstprojekt Bestandteil der Projektfamilie Rohkunstbau und stellt ein eigenständiges Projekt in Trägerschaft der Niederlassung Brandenburg dar.

Das Thema des XII. Rohkunstbau vom 26. Juni bis 28. Juli 2005, „Kinderszenen – Child´s Play“, bezog sich einerseits auf Robert Schumanns „Kinderszenen“, entstanden im Jahr 1838, andererseits auf den Ausstellungsort und seine Geschichte. Schumann besann sich seiner Zeit auf die eigene Kindheit und formulierte in seinen 13 Kinderszenen Rückblicke eines Erwachsenen für Erwachsene – ebenso meint eine eher poetische Bedeutung von „Child´s Play“ die kindliche Phantasie und die Erinnerung. Das Wasserschloss Groß Leuthen diente ein halbes Jahrhundert lang als Kinderheim. Beide Bezugspunkte – sowohl Schumanns Werk als auch das Schloss als ehemaliges Kinderheim – boten zahlreiche Ansatzpunkte für die Arbeit der bildenden Künstler. Die daraus resultierende Auseinandersetzung ermöglichte in Interaktion mit Architektur, Geschichte, Landschaft und sozialem Umfeld die Entwicklung von aktuellen zeitgenössischen Positionen.

Aufgrund der starken Akzeptanz der Print- und elektronischen Medien, Fernsehen und Internet, der Anerkennung des internationalen Fachpublikums sowie der begeisterten Resonanz von Besuchern aus Berlin, Brandenburg und ganz Deutschland und nicht zuletzt aufgrund der Zufriedenheit der bisherigen Teilnehmer konnten im Jahr 2005 wieder hochkarätige Künstler wie Louise Bourgeois, Sergej Bratkov, Jake and Dinos Chapman, Yann Delacour, Marcel Dzama, Fang Lijun, Fur, Laura Ford, Michael Kutschbach, Via Lewandowsky, Björn Melhus, Michael Sailstorfer und Cornelius Völker gewonnen werden. Die Künstler wurden von den Kuratoren Mark Gisbourne und Arvid Boellert ausgesucht und eingeladen.

Festival darstellender Kunst

Begleitet wurde der XII. Rohkunstbau von einem Festival darstellender Kunst, das jährlich zu „Landpartien“, d. h. Neuproduktionen in Tanz, Theater, Performance, Musik und Lesungen einlädt und sich ebenfalls mit der Thematik „Child`s Play“ beschäftigte. Die Festivalabende entstanden in Zusammenarbeit mit Berliner Partnern wie Hebbel am Ufer, Akademie der Künste, Konrad-Adenauer-Stiftung, Forum Goethe Institut, Heinrich-Böll-Stiftung, Sophiensaele. Interdisziplinarität und internationale Ausrichtung verbindet das Programm mit regionaler Anbindung und sorgte so für einen anregenden Kulturtransfer.

In Kooperation mit der Heinrich-Böll-Stiftung waren Lesungen von Bürgerinnen und Bürgern geplant, die das Thema Kindheitserinnerungen literarisch beleuchten und das bürgerschaftliche Engagement fördern. Das Open-Air-Kino präsentierte Autorenfilme aus Europa und Übersee, die sich imaginierten und realen Kindheitsträumen, Schrecken und Überraschungen hingaben.

Zur XII. Rohkunstbau-Eröffnung fand ein Akademiegespräch mit prominenten Kunst-Experten statt und erste Festivalveranstaltungen wurden aufgeführt.

Kinder- und Jugendkunstprojekt

Eine besondere Beachtung erfuhr, wie auch im vergangenen Jahr, das Kinder- und Jugendkunstprojekt, das die Lebenswelten der Kinder und Jugendlichen mit ihren Wünschen und Imaginationen verknüpft und sie zum Ausgangspunkt der künstlerischen Arbeit macht. Seit dem Schuljahr 2004/2005 ist das Projekt integraler Bestandteil des Unterrichts in der Gesamtschule Groß Leuthen, der Grundschule Gröditsch und der Spreewaldschule Lübben. Thema für das Projekt im Jahr 2005 war die Besetzung selbst gewählter Räume innerhalb des alltäglichen Umfeldes. Die Schülerinnen und Schüler bezogen den gesamten Dorfraum Groß Leuthens in ihre Projekte ein, eroberten bestehende Orte oder erschufen ganz neue, eigene Räume. Die Arbeiten wurden nach Groß Leuthen gebracht und an vorher ausgesuchten Stellen platziert, befestigt oder entstanden direkt vor Ort. Imaginäre Szenerien wurden verschönert, umgebaut, ausgebaut, lebendig arrangiert – oder sogar nach ihrer Realisierung zerstört. Einen Höhepunkt für alle Beteiligten, Mitschüler und Besucher stellte, wie in jedem Jahr, die Vernissage der künstlerischen Arbeiten der Kinder und Jugendlichen am 20. Juni 2005 dar. Das Projekt war an die kunstpädagogische Arbeit zweier Lehrerinnen, Gissi Trautmann und Marianne Roth, gebunden. Während der gesamten Projektdauer stand das LISUM Brandenburg beratend zur Seite.

Rohkunstbau auf der Art Cologne

Zum zweiten Mal gelang es Rohkunstbau, sich auf einem Sonderstand auf der renommierten Kölner Kunstmesse Art Cologne einem internationalen Fachpublikum sowie Interessenten zu präsentieren und damit das Netzwerk zu Institutionen, Fachleuten und Publikum zu verstärken. Vom 28. Oktober bis zum 1. November 2005 präsentierte sich Rohkunstbau mit einer Arbeit der Gruppe ////fur/// auf der Art Cologne. „Mr Punch“, eine Kombination zwischen klassischem Kasperletheater und Prügel-Videospiel wirkte als Publikumsmagnet.

Durchführung

Die vier durch das MWFK Brandenburg finanzierten Stellen innerhalb der Geschäftsstelle von Rohkunstbau waren notwendig, um die o. g. Vorhaben von Rohkunstbau zu planen und durchzuführen. Im Einzelnen handelt es sich um folgende Aufgabenbereiche:

Künstlerische Leitung

Aufgrund der unterschiedlichen und anspruchsvollen Tätigkeiten war es für die Realisierung des Projekts unerlässlich, dass die künstlerische Leitung ganzjährig auf Honorarbasis beschränkt arbeitet. Der künstlerische Leiter konzipierte und trug die Verantwortung für die Durchführung der Projekte im Rahmen des XII. Rohkunstbau.

Die Tätigkeit des künstlerischen Leiters umfasste die Künstlerauswahl und den Aufbau der Kontakte zu ihnen, er initiierte Partnerschaften, kommunizierte mit Künstlern, Partnern und Förderern, förderte die Antragstellung für Fördergelder und setzte sich für das Fortbestehen des Projektes in der Region, bei den bisherigen und bei zukünftigen Partnern ein.

Darüber hinaus galt es das Konzept für die nächsten Jahre zu erarbeiten, was in Form von „Drei Farben – BLAU WEISS ROT“ geleistet wurde. Für diese Veranstaltungstrilogie konnte im Jahr 2005 bereits José Manuel Barroso, Präsident der EU Kommission, als Schirmherr gewonnen werden.

Produktionsleitung Bildende Kunst

Die Produktionsleitung bildende Kunst arbeitete in enger Zusammenarbeit mit dem künstlerischen Leiter. Zu den Aufgaben zählte die Recherche nach Künstlern, die den inhaltlichen Vorstellungen des Künstlerischen Leiters entsprachen. Im Zuge der Ausstellungsvorbereitung musste mit diesen Künstlern über mögliche Projekte verhandelt werden, später diese in Absprache mit dem künstlerischen Leiter konkret vorbereitet werden, vor allem hinsichtlich der notwendigen Materialien und örtlichen Voraussetzungen. Es mussten Künstlerverträge erarbeitet, Besuche im Schloss organisiert und Absprachen realisiert werden. Außerdem musste das Bild- und Textmaterial für die Pressearbeit, die Website und den Katalog bereitgestellt werden. Hin- und Rücktransporte mussten organisiert und der Auf- und Abbau geplant und beaufsichtigt werden. Über die Dauer der Ausstellung galt es, entstehende Mängel zu beheben. Vor allem an der Arbeit der Gruppe ///fur/// musste später mit den Künstlern ein Weg gefunden werden, sie auf der Art Cologne zu präsentieren. Die Produktionsleitung bildende Kunst war auch für Transport, Auf- und Abbau der Arbeit auf der Messe zuständig. Danach galt es, die kommende Ausstellung in 2006 auf die gleiche Weise vorzubereiten.

Projektleitung

Die Projektleitung war für die Koordination und Organisation der verschiedenen Projektbereiche zuständig, dazu zählten vor allem die Bereiche Finanzen, Personal und Kommunikation.

Die Projektleitung war weiterhin für die erfolgreiche Durchführung des Kinder- und Jugendkunstprojektes verantwortlich, das von Ende Mai bis Mitte Juni realisiert wurde. Die Zusammenarbeit erfolgte mit Alexander Behn (Kindianer-Projekt), Ralf Sander (Fran B. Carnitodi), Lothar Schneider (Gedankenspiel) und Manfred Sieloff (Eine Reise zu den eigenen Träumen).

Projektentwicklung

Die Projektentwicklung betrieb Sponsorenakquise und Pflege, erstellte Sponsoringkonzepte und schrieb Anträge an gemeinwohlorientierte Institutionen. Sie war zuständig für Recherche möglicher Sponsoren und Förderer, die Kontaktpflege zu ihnen und damit für die Repräsentation von Rohkunstbau aber auch für die Organisation des VIP Empfangs zur Eröffnung, sowie der Eröffnung selbst. Sie übernahm Führungen für Sponsoren und Förderer (MWFK, Mittelbrandenburgische Sparkasse), lud Unternehmer- und Firmengruppen zu Betriebsausflügen (Siemens Art Program, Hogan & Hartson & Raue, Deutsche Guggenheim) ein und organisierte und realisierte einzelne (Sponsoren)Events (Mittelbrandenburgische Sparkasse, TMB).

Weiterhin oblag ihr die Betreuung der Zuarbeit von Text und Bild seitens des Projektes an die Pressearbeit, für die Website und den Katalog. Sie schrieb Künstlertexte für den Katalog sowie Pressetexte, pflegte die Website, betreute die Praktikanten und den Mailverteiler.

Durch die wachsende Bedeutung von Rohkunstbau gelang es im Jahr 2005 außerdem, bedeutende Unternehmen wie die Wall AG, Playmobil, Sineus AG u. a. als Sponsoren zu gewinnen. Durch die Repräsentation von Rohkunstbau durch die Projektleitung und die Projektentwicklung auf der Art Cologne war es erneut möglich, zahlreiche Kontakte zu knüpfen, die die Zusammenarbeit vor allem in internationaler Hinsicht erleichtern und zudem viele Besucher über Rohkunstbau und seine Aktivitäten informierten. Für die weitere Zukunft war es notwendig, bereits Aktivitäten zur Sponsorengewinnung 2006 zu starten, was durch das Schreiben von Anträgen, Treffen mit Verantwortlichen und die Suche nach zusätzlichen Strategien geleistet wurde.

Perspektiven 2006

Nach zwölf Jahren erfolgreicher und wachsender Veranstaltungen mit ortsbezogener zeitgenössischer Kunst im Schloss zu Groß Leuthen, Spreewald, erweitert Rohkunstbau für drei Jahre seine Aktivitäten nach Berlin und ins europäische Ausland. Ab 2006 wird Rohkunstbau für drei Jahre unter dem Titel Drei Farben – BLAU WEISS ROT ortsspezifische Neuproduktionen zu den Themen Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit in Groß Leuthen initiieren und im Rahmen eines Netzwerkes von Kulturakteuren in Frankreich, Italien, Polen und der Schweiz kommunizieren. Vorbild für diese künstlerische Neubefragung quer durch Europa ist die legendäre Filmtrilogie des polnischen Filmemachers Krzyzstof Kieslowski „Drei Farben Blau, Weiß, Rot“ aus den frühen 90er Jahren, der sich auf künstlerisch-assoziative Weise mit der Relevanz dieser Grundwerte für das Individuum auseinandersetzte. Ziel der Ausstellungen ist die öffentliche Reflektion über die kulturelle Einheit und Gemeinsamkeit im erweiterten Europa aus der Perspektive der Kunst und Kultur anzustoßen und dabei gleichzeitig den Austausch zwischen der Provinz und der Metropole zu fördern. Die erste Ausstellung dieser Reihe findet vom 9. Juli bis 10. September 2006 in Groß Leuthen statt.

2. Regionalzentrum Nord-Ost

2.1 Mobile Jugend- und Jugendsozialarbeit in Eberswalde

Das Projekt erweist sich seit seiner Etablierung im Jahr 1998 als wesentlicher Bestandteil der Jugendhilfelandschaft in Eberswalde, ist als solches unter den Trägern der Jugendhilfe im Landkreis Barnim anerkannt und wurde in den Jahren 2005/2006 verstärkt von Institutionen angrenzender Arbeitsfelder angefragt.

Rahmenbedingungen

An den Rahmenbedingungen hat sich auch in dem vorliegend beschriebenen Geschäftsjahr nichts Wesentliches geändert. Die Personalstellenfinanzierung erfolgt über das 610-Personalstellenprogramm des Landes Brandenburg. Der gesamte Anteil der Sach- und

Projektkosten wird über den Haushalt des Landkreises gedeckt, und die notwendigen Betriebskosten übernimmt seit jeher die Kommune Eberswalde.

Der Kontaktladen befindet sich in Eberswalde, Eisenbahnstrasse 69 und ist somit Anlaufstelle für Kinder und Jugendliche aus den Stadtgebieten Nordend, Ostend, Stadtmitte, Leibnitzviertel, Westend und Kupferhammer. Im Rahmen der Studie „Sozialstruktur und Lebensverhältnisse des Brandenburgischen Viertels“ wurde dieses Stadtgebiet als sozialer Brennpunkt der Stadt Eberswalde benannt und ist somit ebenfalls Schwerpunkt der Mobilen Jugendarbeit.

Im Projekt sind - 4 hauptamtliche und - nach den Barnimer Richtlinien für Träger der Kinder- und Jugendhilfe entsprechende qualifizierte Mitarbeiter/innen beschäftigt, die selbständig in zwei paritätisch besetzten Teilteams arbeiten.

Die Angebotsstrukturen des Projektes umfassen:

Unmittelbare personenbezogene Angebote:

– Beziehungsarbeit, Beratung, Begleitung, Vermittlung,
– Gruppen- und Projektarbeit,
– Moderation, Konfliktbearbeitung.

Infrastrukturelle Tätigkeiten:

– Öffnung, Erschließung und Erhalt von öffentlichen Räumen mit dem Ziel der Verbesserung und Schaffung von Angeboten im Lebensraum Jugendlicher unter Einflussnahme auf lokale, soziale und jugendpolitische Entscheidungen,
– Nutzung und Erschließung der lokal vorhandenen Ressourcen unter Einbeziehung des Gemeinwesens,
– Gremienarbeit, Kooperation, fach- und ressortübergreifende Vernetzung sowie die Einbindung des Projektes in das Netz der regionalen Hilfestrukturen.

Querschnittsfunktionen:

– Öffentlichkeitsarbeit,
– Leistungs- und Angebotsbeschreibung, Reflexion und Planung, Konzeptentwicklung,
– Evaluation, Dokumentation der Arbeit.

Organisation und Verwaltung:

– Abrechnung von Aktivitäten und Projekten,
– verwaltungstechnische- und andere Organisationsaufgaben.

Insgesamt wurden ca. 900 Jugendliche (sowohl aus ca. 15 Cliquen als auch bezüglich einzelfallbezogener Hilfen) erreicht und gezielte Angebote unterbreitet. Über den Berichtszeitraum verteilt, fanden, wie im Vorjahr auch, durch die einzelnen Kollegen/innen ca. 1.000 einzelfallbezogene Beratungen statt.

Aktualisierte Gruppenanalysen, basierend auf der aufsuchenden Arbeit, bilden fortlaufend die Grundlagen aller Ansätze in der Projektarbeit. Diese beinhaltet das Erfragen von Interessenlagen und Bedürfnissen, das Erfassen von Problemlagen (Ausgrenzungen unterschiedlicher Szenegruppierungen, Schulprobleme, Lehrstellensituation, Langeweile, Frust, mangelndes Interesse an bestehenden Freizeitangeboten, Probleme mit Eltern, Wohnungen und evtl. mit Straftaten), eine Analyse des Szene- und Gruppenverhaltens und einen zu erarbeiteten Überblick über bestehende Angebote an junge Menschen im Stadtgebiet und Umfeld von Eberswalde.

Die Festlegung, mit welchen Cliquen intensiver gearbeitet werden soll, inwieweit eine intensive Arbeit mit einzelnen Gruppierungen gewünscht wird und in welchen Bereichen sich das Projekt mehr cliquenerfassenden Aufgaben (eine Erhebung einzelner Bedarfe

eingeschlossen) in der gesamten Breite widmen soll, erfolgt in Steuerungsrunden mit den Auftraggebern (Landkreis Barnim und Stadtverwaltung Eberswalde), welche im Unterschied zu den Vorjahren (halbjährlich) nunmehr in zweimonatigem Abstand stattfinden werden.

Arbeitsfelder

Arbeitsfeld Jugendsozialarbeit

- Allgemeine Beratung zu Drogen im Rahmen der mobilen Jugendsozialarbeit (auch in Schulen),
- Vermittlung in Ausbildung u. Berufshilfen, Jobs, Praktika, (Bedarf, gerade bei Abbrechern einer ersten Maßnahme aufgrund der Hartz IV-Gesetzgebung und der Umsetzung durch die Arbeitsagenturen steigend),
- Begleitung von Jugendlichen nach verübten und sanktionierten Straftaten, z. B. Täter-Opfer-Ausgleich,
- Vermittlung von Jugendlichen bei Beauflagungen durch die Jugendgerichtshilfe,
- Begleitung zu und Vermittlung an die sozialen Dienste der Justiz,
- Begleitung bei und Vermittlung in Wohnungsfragen,
- Hilfe bei drohender bzw. bestehender Obdachlosigkeit (Bedarf steigend),
- Beratung (bei geringfügigen) und Vermittlung (bei hohen) Schulden,
- Stärkung von sozialen Kompetenzen,
- Vermittlung an und Begleitung zu therapeutischen Einrichtungen (speziell Entgiftung und Suchttherapien),
- Begleitung zu Ämtern und Institutionen (Agentur für Arbeit, Sozialamt).

Einzelfallorientierte Hilfen

Im Rahmen der mobilen Jugendsozialarbeit werden drei verschiedene Hilfekategorien identifiziert:

- einfache kurzfristige,
- mittelfristig zu begleitende und
- längerfristig zu betreuende Personen.

Diese Fälle resultieren sowohl aus der Cliquenarbeit als auch aus dem „Bekanntheitsgrad“ des Projektes.

Arbeitsfelder Jugendarbeit

- längere erlebnispädagogisch orientierte Maßnahmen für benachteiligte Jugendliche,
- Survival-Projekte, je 7 Jugendliche,
- offener Freizeitsport im Brandenburgischen Viertel und Leibnitzviertel, im Winter in Turnhallen, in den wärmeren Jahreszeiten auf dem mittlerweile umgestalteten Bolzplatz und dem in der Altstadt gelegenen Ammonpark, (Begleitung und Betreuung durch das Projekt „Mobile Jugendsozialarbeit“ – die kooperativen Pläne, die Betreuung durch den Kreissportbund zu gewährleisten, konnten durch diesen im Berichtszeitraum nicht ermöglicht werden),
- Skater/BMXer/Inliner, ca. 40-60 Jugendliche (nach dem Scheitern der geplanten Vereinsanbindung weiterhin Begleitung),
- Beratung des Band`s United e.V. bei der Durchführung des Jugendaustauschprojektes St. Petersburg/Eberswalde,
- Weihnachtsfußballnachtturnier (ca. 300-400 Jugendliche),
- Mopedrallye, ca.100 Jugendliche,
- kurze Wochenendprojekte (Mädchenfahrradtour, erlebnispädagogische Wochenenden in Blossin),
- Kooperationsveranstaltungen mit anderen regionalen Jugendhilfeträgern.

Sonstiges

- Beteiligung an den regionalen AGs nach § 78 KJHG/Jugendarbeit und Jugendsozialarbeit, an der AG Familienbildung sowie an der AG Jugendschutz,
- Mitarbeit im Landespräventionsrat,
- Mitarbeit in der Landesarbeitsgemeinschaft Mobile Jugendarbeit/Streetwork,
- Supervision (mehrmals jährlich),
- Beteiligung und Mitarbeit an Veranstaltungen anderer Träger (z. B. Wochenendfahrten, Camps).

Der Fachaustausch im regionalen Streetworkertreffen Nordost endete zu Beginn des Jahres 2006, da die Streetworkprojekte sowohl in Schwedt als auch in Templin ausliefen.

Methodische Überlegungen

Insgesamt bilden folgende inhaltliche und methodische Überlegungen die Grundlagen der Arbeit:

- Mobile Arbeit ist grundsätzlich cliquenakzeptierend.
- Es kommt darauf an, die Signale, die Jugendliche durch ihr Verhalten, ihre Umgangsformen und ihre Abgrenzung gegenüber Dritten zu artikulieren, verstehend zu interpretieren.
- Die Umgangsformen und Darstellungsweisen junger Menschen sind als Verarbeitungsmuster alltäglicher Erfahrungen zu verstehen, auch wenn sie nicht immer toleriert werden können.
- In stark verregelten Lebenswelten sind Cliquen oft der einzig verbliebene autonome Ort, wo alternative Lebensstile entfaltet und die Orientierungsversuche untereinander noch ernst genommen werden. Eine in der Öffentlichkeit wahrgenommene, von der „Problemjugend“ befreite Stadt Eberswalde nach dem „Staubsaugerprinzip“ ist nicht Ziel von mobiler Jugendsozialarbeit.
- Handlungsschritte der mobilen Jugendmitarbeiter/innen orientieren sich grundsätzlich an den konkreten Bedürfnissen der Zielgruppe.
- Nach diesen Bedürfnissen sind Gestaltungs- und Entfaltungsmöglichkeiten zu schaffen bzw. vorhandene zu nutzen und Fähigkeiten zu kanalisieren.
- Mobile Jugendarbeit muss Grenzen deutlich machen. In Extremsituationen, in denen kein pädagogischer Handlungsspielraum gesehen wird, muss sich mobile Jugendarbeit zurückziehen.

Umsetzung

Die Umsetzung und Präzisierung der Konzeption wird in enger Absprache mit den Projektmitarbeiter/innen, dem Jugendamt des Landkreises Barnim, der Stadtverwaltung Eberswalde und evtl. anderen, im Arbeitsfeld kundigen Fachleuten, in Steuerungsrunden vorgenommen. Außerdem steht das Projekt in ständigem Kontakt mit dem Jugendamt des Landkreises Barnim bzw. der Stadtverwaltung, Abteilung Jugend, Kultur und Sport und der Projektleitung.

Das Verhältnis der Mitarbeiter/innen (Nähe und Distanz) zu den betreuten Jugendlichen wurde durch eine professionelle, externe Supervision reflektiert und ausgelotet, welche in diesem Jahr jedoch noch andere Schwerpunkte zu bearbeiten hatte. Die im Vorjahr vom Kreissportbund betreuten und durch die Kolleg/innen begleiteten Freizeitsportprojekte hatten in diesem Konstrukt Bestand bis zum Herbst des Jahres 2005 und obliegen seitdem wieder gänzlich unserer Verantwortung. An einer Erneuerung der Kooperationsvereinbarung mit dem Kreissportbund wird jedoch gearbeitet.

Der Jugendmusikaustausch Eberswalde – St. Petersburg wurde in diesem Jahr fast ausschließlich von ehrenamtlichen Mitgliedern des Vereins Band`s United erarbeitet.

Begleitung durch unser Projekt fand lediglich partiell (Logistik, Verwendungsnachweiserstellung) statt.

Die Bereiche American Football und Cheerleading sind mittlerweile erfolgreich beim PSV Union als Sektionen integriert. Die Entlassung aus der direkten Verantwortung des Projektes war somit erfolgreich. Nichtsdestotrotz wurden auch in diesem Jahr diese beiden Segmente als Anlaufstelle für interessierte Jugendliche gefördert, da sich gerade der AF-Sport auch als gewaltpräventive Maßnahme anbietet.

Gegen Ende des Jahres 2004 bot sich, ähnlich dem American Football-Modell, die Möglichkeit, mit den BMXern/Skatern/Inlinern eine eventuelle Vereinsanbindung an den PSV Union vorzubereiten. Durch die Aktiven wird diese Möglichkeit einer Vereinsanbindung mitgetragen; Teile des Vereinsvorstandes standen diesem Vorhaben weniger aufgeschlossen gegenüber. Dies führte zu weiteren Gesprächen mit anderen Sportvereinen der Stadt. Im Ergebnis hat sich der OSV Eberswalde bereit erklärt, diese Sektion bei sich anzubinden. Termin dazu war das II. Quartal des Jahres 2005. Die Vereinsanbindung fand statt – kurz darauf ging allerdings der Sportverein in die Insolvenz, so dass erneut Anstrengungen unternommen werden müssen, das gestörte Vertrauen der Jugendlichen in eine funktionierende Vereinsarbeit wieder aufzubauen.

Dem Fort- und auch Ausbildungsauftrag wurden alle Mitarbeiter/innen gerecht; zwei Mitarbeiter befanden sich in einer berufsbegleitenden Ausbildung zum Sozialpädagogen und haben dieses Ziel im Juni des Jahres 2005 erreicht. Darüber hinaus absolvierte ein Kollege erfolgreich eine Ausbildung zum „Konfrontativen Konfliktmanager“.

Die geplanten Freizeitprojekte konnten in den ursprünglichen Größenordnungen nicht realisiert werden – die Gründe hierfür sind einerseits in den fehlenden finanziellen Mitteln der Adressaten/innen zur Deckung des Teilnehmerbeitrages zu finden, andererseits hat (so auch die Erfahrungen anderer Träger) das Interesse an diesen Projekten stark nachgelassen. Alternativen werden derzeit gemeinsam mit den Jugendlichen entwickelt, um auch weiterhin bedarfsgerecht anbieten zu können.

Verstärkter Beratungs- und Betreuungsbedarf ergab sich aus den Folgen der Hartz IV-Gesetzgebung, die nicht unbeträchtliche Auswirkungen auf die Lebenssituationen junger Menschen, gerade in der Verselbständigungsphase, haben und haben werden. Dies bezieht sich im Wesentlichen auf die Bereiche der Berufsorientierung/Berufsfindung und der Erlangung eigenen Wohnraumes und zieht mitunter finanzielle Einschränkungen nach sich, so dass z. B. Folgeproblematiken wie Verschuldung und/oder Obdachlosigkeit in Einzelfällen unvermeidbar sind.

Aussichten für das Geschäftsjahr 2006/2007

Für die Sozialarbeiter/innen der Niederlassung Brandenburg im Projektteil „Mobile Jugendsozialarbeit“ wird der künftige Arbeitsschwerpunkt weiter in der sozialpädagogischen Arbeit mit Cliquen des Stadtgebietes und den daraus resultierenden einzelfallbezogenen Hilfen liegen, da in diesen Bereichen nach wie vor erhöhter Bedarf besteht. Die Projektarbeit wird auch weiterhin unabdingbar sein, um den differenzierten Kontakt und das nötige Vertrauensverhältnis zu immer neuen, aber auch jüngeren Jugendlichen aufzubauen bzw. zu erhalten und zu intensivieren.

Die konzeptionell abgeschlossene und Mitte 2004 als Antrag an die zuständigen Verantwortungsträger eingereichte Entwicklung eines Wohnprojektes für Obdachlose und von Obdachlosigkeit gefährdete Jugendliche und junge Erwachsene wurde durch die Stadtverwaltung Eberswalde aufgrund interner finanzieller Zwänge und personeller Umstrukturierungen auf Verwaltungsebene auf das Jahr 2005 verschoben. Die Wiederaufnahme der Gespräche zu einer Installation dieses nach wie vor notwendigen Projektes fand im Februar des Jahres 2006 nach Intervention im dafür zuständigen städtischen Ausschuss statt.

In Planung ist weiterhin, die Ausbildung des Kollegen im Bereich „Konfrontatives Konfliktmanagement“ zu nutzen und ein Projektangebot in diesem Bereich für den Landkreis Barnim zu erstellen.

Unsere Erfahrungen der Mobilen Jugendsozialarbeit und in verschiedenen Projekten der Schnittstellen unseres Projektes zu anderen Bereichen der Jugendhilfe bestätigen, dass die komplexen gruppenbezogenen und individuellen Problemlagen dieser Jugendlichen auch quantitativ gesehen nicht ausschließlich durch mobile Jugendsozialarbeit zu bewältigen sind und andererseits die gleichen Problemlagen einer Erreichbarkeit durch das bestehende System der Jugendhilfe (Jugendarbeit, Jugendsozialarbeit, erzieherische Hilfen und Hilfen für junge Volljährige) entgegenstehen. Insofern waren die Anstrengungen, als Anbieter von Hilfen der §§ 30 und 35 SGB VIII im Landkreis Fuß zu fassen, notwendig und erfolgreich, sollen jedoch noch weiter ausgebaut werden. Folgerichtig wurde ein Konzept zur „Sozialpädagogischen Familienhilfe“ erstellt und beim Jugendamt des Landkreises eingereicht – ein Termin für die diesbezüglich noch ausstehenden die Kostensatzverhandlungen steht jedoch noch nicht fest.

2.2 Ambulante Hilfen zur Erziehung

Seit dem III. Quartal 2003 ist die Niederlassung Brandenburg als Anbieter von Hilfen zur Erziehung für den § 30 – Erziehungsbeistand und Betreuungshilfe und für den § 35 – Intensive Sozialpädagogische Einzelfallhilfe im Landkreis Barnim zugelassen. Aber erst im Juni des Jahres 2004 wurden dem Projekt die ersten Fälle übertragen. Seitdem ist ein Einzelfallhelfer als sozialpädagogische Fachkraft in diesem Bereich beschäftigt. Die Zuweisung von Fällen gestaltet sich jedoch auch weiterhin schleppend. Dies ist allerdings kein Indiz für mangelhaft geleistete Qualität im Bereich, sondern hat, durch das Jugendamt des Landkreises Barnim initiiert, mit der Umstellung des bisherigen Fallvergabeverfahrens auf ein der Privatwirtschaft ähnelndem Ausschreibungsverfahren zu tun, welches im Kreis der mit der Erbringung der Leistung befassten Träger auf starke Kritik stößt.

Angebotsbereiche

§ 27 SGB VIII ff. und
§ 36 SGB VIII Hilfeplanung als Voraussetzung einer erzieherischen Hilfe.

Angebotsgruppe, Rechtsvorschriften

Sorgeberechtigte Personen haben bei erzieherischem Bedarf einen Rechtsanspruch auf Hilfe zur Erziehung gemäß § 27 SGB VIII. Kinder und Jugendliche sind an allen sie betreffenden Entscheidungen gemäß § 8 SGB VIII zu beteiligen. Dem Entscheidungsprozeß zur Auswahl und Ausgestaltung einer konkreten Erziehungshilfe liegt der Hilfeplan nach § 36 SGB VIII zugrunde.

Die ambulanten Hilfen umfassen Jugendhilfeleistungen nach den §§ 30 und 35 SGB VIII. Damit werden im Gesetz deutlich die Rechtspositionen von jungen Menschen und deren Familien als Leistungsberechtigte und entsprechend verbindliche Verfahrensanforderungen bestimmt im Rahmen der Aufgaben der Jugendhilfe (§ 2 SGB VIII), der Zusammenarbeit der öffentlichen Jugendhilfe mit der freien Jugendhilfe, des Wunsch- und Wahlrechtes (§ 5 SGB VIII), der Beteiligung von Kindern und Jugendlichen (§ 8 SGB VIII), der Grundrichtung der Erziehung und der Gleichberechtigung von Mädchen und Jungen (§ 9 SGB VIII), des Verfahrens der Hilfeplanung als Prozessgestaltung (§§ 36 und 37 SGB VIII), des eigenständigen Rechtsanspruches für junge Volljährige und deren Nachbetreuung (§ 41 SGB VIII) und umfassender Regelungen zum Daten- und Vertrauensschutz (insbesondere § 65 (1) SGB VIII), des Prozesses der Jugendhilfeplanung (§ 80 SGB VIII).

Methoden und Angebotsformen

Arbeitsformen bei der Ausgestaltung der Hilfe im Einzelfall sind:

- sozialpädagogische Beratung in allen Fragen des Lebens,
- personenorientierte Unterstützung und Begleitung (z. B. im Schul- und Freizeitbereich, bei Behördengängen, Lernhilfen, Hilfen bei der Alltagsbewältigung),
- Anleitung und Unterstützung bei der Haushaltsführung und der materiellen Lebenssicherung in der Familie,
- Beratung und Begleitung in Fragen der Verselbständigung junger Menschen,
- Gruppenarbeit für Kinder und Jugendliche,
- Freizeit- und erlebnispädagogische Ansätze vor allem in der Arbeit mit älteren Kindern und Jugendlichen,
- aufsuchende Arbeit vor allem im Umgang mit Jugendlichen,
- Präsenz und Ansprechpartnerschaft für Eltern, Kinder und Jugendliche,
- Herauslösung aus einem prägenden Milieu,
- einzelfallbezogene Beziehungsarbeit, an bestehenden Beziehungsmustern ansetzend,
- Aufbrechen der Isolation der Familie/des Jugendlichen und Öffnung nach außen.

Ein methodisches Grundprinzip flexibler Einzelfallhilfen ist die systemische Sicht- und Herangehensweise in der Einzelfallarbeit. Die Adressaten/innen mit ihren individuellen Entwicklungsmöglichkeiten sind im sozialen Kontext zu sehen, das heißt, bestehende Beziehungsmuster zu erkennen und zu analysieren und das sozialpädagogische Handeln darauf auszurichten.

Die ambulanten Einzelfallhilfen unseres Projektes können in ihrer Ausgestaltung

- eine einzelfallbezogene,
- eine familienbezogene,
- eine gruppenbezogene,
- eine übergreifende und unterstützende Hilfeform sein.

Zielsetzung

Die Ziele der flexiblen Einzelfallhilfen leiten sich aus den Formulierungen des § 27 SGB VIII ab. Sie sollen vordergründig

- Hilfe zur Selbsthilfe sein,
- die Lebenssituation durch bedarfsgerechte Unterstützung verbessern,
- die Autonomie von Individuum und Familie stärken,
- die Eigeninitiative von Adressaten/innen fördern,
- die Selbstverantwortung junger Menschen und ihrer Eltern stärken,
- die Entwicklung des einzelnen Kindes oder Jugendlichen mit dem Ziel der Entfaltung seiner individuellen Entwicklungsmöglichkeiten fördern.

Weitere wesentliche Ziele sind dabei der Abbau von Isolierungstendenzen, der Aufbau von Kommunikations- und Informationsstrukturen sowie die aktive Gestaltung der Freizeit. Bei der Gestaltung der Hilfe erfolgt die Orientierung an den spezifischen Ressourcen des Einzelnen, der Familie und des sozialen Umfeldes.

Zielgruppe

- Kinder und Jugendliche mit Entwicklungsdefiziten im emotionalen, sozialen und geistigen Bereich,
- Kinder und Jugendliche mit Verhaltensauffälligkeiten, Konzentrationsschwächen, Aggressivität, Passivität u. ä.,

– Kinder und Jugendliche mit massiver Einzelproblematik (Schulverweigerung, Treberverhalten, Straffälligkeit u. a.),
– Jugendliche, die Hilfe bei ihrer Verselbständigung/Ablösung/Identitätsfindung benötigen.

Der Arbeitsauftrag der flexiblen Einzelfallhilfen umfasst die Integration von Fachlichkeit und passenden Methoden in die Arbeit der Fachkräfte, um die im Hilfeplan festgelegten Ziele erreichen zu können. Dabei sollte an die vorhandenen Ressourcen, Möglichkeiten und Bedürfnisse des Jugendlichen angeknüpft werden.

Kinder und Jugendliche, welche aus Gründen der Kindeswohlgefährdung in den Bereich der erzieherischen Hilfen aufgenommen werden (müssen), sind (noch) nicht Bestandteil der Zielgruppe dieses Projektbereiches.

Qualität

Strukturqualität

In der Hilfe zur Erziehung sind Dipl.-Sozialarbeiter/Sozialpädagogen oder pädagogische Fachkräfte mit vergleichbarer Ausbildung und entsprechender Zusatzqualifikation tätig. Der/die Mitarbeiter/innen sollen in ein Team aus (mindestens 2) pädagogischen Fachkräften (Idealfall ist ein gemischtgeschlechtliches Team) eingebettet werden.

Die Arbeit des/der Mitarbeiter/innen wird durch einen fachlichen Leiter/Koordinator strukturiert und fachlich begleitet. Eine regelmäßige Reflektion der Arbeit im Team, möglichst wöchentlich, ist gegeben. Für die Erhaltung der fachlichen Qualifikation durch Teilnahme an Supervision, Fortbildungsveranstaltungen, Fachtagungen und Arbeitskreisen wird Verantwortung getragen.

Die Zusammenarbeit mit eigenen und anderen Institutionen/Trägern wird gefordert, ebenso die Vernetzung der Tätigkeit der eigenen Institution und zwischen Trägern. Die Einsatzzeiten der Fachkräfte sind flexibel und werden nach fachlicher Einschätzung variabel gestaltet. Jede/r Mitarbeiter/in verfügt über einen Arbeitsplatz mit einer entsprechenden Büroausstattung. Die angebotenen ambulanten Hilfen zur Erziehung verfügen über sowohl über geeignete Räumlichkeiten für die Einzelfall- und auch Elternarbeit als auch über die Möglichkeit, alle unterstützenden Angebote des Projektes Mobile Jugendsozialarbeit zu nutzen. Die Niederlassung Brandenburg sichert Mobilität, Flexibilität und Erreichbarkeit der Mitarbeiter/innen durch geeignete Regelungen zur Absolvierung der Dienstwege und gewährleistet über Verwaltungsleistungen die nötigen formalen Voraussetzungen für die Durchführung des Projektes.

Prozessqualität

– Mitwirkung bei der Gestaltung des Hilfeplanverfahrens (§ 36 SGB VIII),
– Durchführung der geplanten Leistungen im Einzelfall,
– Überprüfung und Fortschreibung der Hilfe,
– Beendigung der Hilfe.

Die Qualität des Prozesses beinhaltet unter anderem einen laufenden Informationsfluss bei auftretenden Veränderungen und eine notwendige Flexibilität zur Reaktion auf sich verändernde Bedingungen.

Ergebnisqualität

Die Beendigung der Hilfe sollte im Einvernehmen mit allen Beteiligten erfolgen und mit einer Perspektivklärung abschließen. Mit Ende der Hilfe findet ein Abschlussgespräch mit allen am Hilfeplan Beteiligten statt, um eine Analyse der Zielvereinbarungen vornehmen zu können. Bei Beendigung der ambulanten Hilfe sollten folgende Ergebnisse erzielt sein:

Das Kind/der Jugendliche ist in der Lage:

– ohne Hilfe zur Erziehung auszukommen,
– weitestgehend Probleme und Konfliktsituationen selbständig bearbeiten zu können,
– Problemlagen adäquat im sozialen Kontext bewältigen zu können,
– bei Bedarf erneut Hilfe in Anspruch zu nehmen.

Finanzierung

Die Finanzierung der flexiblen ambulanten Hilfen erfolgt derzeit noch über Fachleistungsstunden. Ein entsprechender Stundensatz wurde mit dem Jugendamt Barnim ausgehandelt. Vor Leistungsvergabe sind zwischen dem Jugendamt des Landkreises Barnim und dem Leistungserbringer (hier Niederlassung Brandenburg) ein Vertrag abzuschließen und eine Kostenübernahme zu bestätigen. Eine Beteiligung der sorgeberechtigten Personen an den Kosten ist im SGB VIII nicht vorgesehen. In Kürze jedoch hat das neue Vergabeverfahren (so es durchgesetzt wird) auch hier Änderungen zur Folge. Finanziert wird dann über einen Festbetrag, dem das zuvor abgegeben Fallangebot mit der damit verbundenen Kostenberechnung zugrunde liegt.

Aussichten für das Geschäftsjahr 2006/2007

Die Verhandlungen als Anbieter der Leistung „Sozialpädagogische Familienhilfe“ sind zum Abschluss zu bringen, um diesen Bereich in die Angebotspalette der Niederlassung Brandenburg für den Landkreis Barnim einzufügen. Gleichermaßen sind die Bereiche nach § 30 und § 35 SGB VIII auszubauen.

2.3 Kinder-, Jugend-, Familien- und Bürgerzentrum „offi“ Bad Freienwalde (Landkreis Märkisch-Oderland)

Allgemeines

Das OFFI (ehemals Haus der Offiziere) ist im Jahr 1995 als soziokulturelles Kinder- und Jugendzentrum mit massivem Einsatz von verschiedensten Förderungen umgebaut bzw. neu errichtet worden. In dieser Zeit galt dieses Projekt als eines der Vorzeigeobjekte in der Nachnutzung von ehemaligen russischen Kasernen im Land Brandenburg. Bereits von Anfang an war fraglich, ob ein solches Objekt entsprechende Nutzungen in der soziokulturellen Kinder- und Jugendarbeit finden kann und eine professionelle Betreibung möglich wird. Nach anfänglicher Euphorie ist der damals beauftragte Förderverein für Jugend in Bad Freienwalde mit diesem Projekt im Jahr 2003 endgültig gescheitert. Das OFFI hat über die Jahre kaum noch Akzeptanz bei einem Großteil der Jugendlichen, bei jungen Erwachsenen und Bürgern der Stadt gefunden und damit den Ruf als soziokulturelles Zentrum mit einem anspruchsvollen und vielfältigen Angebot verloren. Ein Förderverein, der das Haus betrieb, ging in Liquidation. Vom Jahre 2003 bis 2005 wurde durch die Stadt Bad Freienwalde selbst ein Notbetrieb gesichert.

Ausgangssituation im Jahre 2005

Die Niederlassung Brandenburg übernahm das OFFI aus der Trägerschaft der Stadt Bad Freienwalde mit dem Vorhaben, ein Haus für und mit den Kindern, Jugendlichen und vor allen für alle Bürger der Stadt Bad Freienwalde und den Ortsteilen zu gestalten, in dem diese sich verwirklichen und sie an Angeboten teilhaben können, in denen sich ihre Interessen widerspiegeln. Basierend auf den vier Säulen Jugendarbeit/Jugendsozialarbeit, Kultur, Bildung und bürgerschaftliches Engagement wird das OFFI seit dem 01.07.2005 durch die Niederlassung Brandenburg zu einer von den Einwohnern neu anerkannten Institution für die sozialen, kulturellen, bildenden und pädagogischen Bedürfnisse der Bevölkerung umgestaltet.

Einen Schwerpunkt dabei bildet die Jugendsozialarbeit im Haus. Betrachtet man die demografische Entwicklung, nimmt die Anzahl von Kindern und Jugendlichen in der Region stetig ab. Jedoch zeigt sich gerade bei den Jugendlichen viel Frust. Die Ausbildungs- und Arbeitsmarktlage in der Region Bad Freienwalde lässt sie wenig auf eine positive Zukunft in der eigenen Heimat hoffen. Viele lassen ihre schulischen Leistungen schleifen, da sie so zumindest einen der überbetrieblichen Ausbildungsplätze in Bad Freienwalde und Umgebung erhalten. Andere finden nach ihrer Ausbildung keinen Arbeitsplatz und möchten trotzdem nicht wegziehen. Was aus Sicht der Niederlassung Brandenburg ebenfalls keine akzeptable Lösung für die Region Ostbrandenburgs darstellt.

Der Frust zeigt sich jedoch nicht nur in der Schule oder an ihrer Ausbildungsstätte, sondern überträgt sich auch in den Freizeitbereich. Gern verbringen zahlreiche Jugendliche und junge Erwachsene ihre Freizeit an verschiedensten Plätzen in der Stadt, wobei sie während ihrer Treffen auch oft die Umgebung durch Zerstörung in Mitleidenschaft zogen, oftmals aus Langeweile und „Null-Bock“-Stimmung.

Hier setzt die Jugendsozialarbeit der Niederlassung Brandenburg an. Die Jugendlichen und jungen Erwachsenen sollen herangeführt und unterstützt werden - an eine sinnvolle, sich selbst verwirklichende erlebnisreiche und sich positiv entwickelnde Gestaltung der Freizeit. Die Niederlassung Brandenburg hat sich dabei viel vorgenommen. Gleich nach Übernahme der Trägerschaft wurden größere Veranstaltungen initiiert, um den Bürgern Highlights zu bieten und ihnen das OFFI wieder ins Gedächtnis zu rufen. Über die Werbung für diese Veranstaltungen wurden erste Reaktionen und Bedürfnisse erfragt. Mitarbeiter des OFFI suchten Jugendliche an ihren Treffpunkten, in den Schulen oder an den Ausbildungsstätten auf und stellten ihnen die Angebote der offenen Tür sowie Konzerte, Workshops, Arbeitsgemeinschaften und die Möglichkeiten der Nutzung des Hauses für eigene Ideen vor. Mit Erfolg, denn ein Teil der Jugendlichen fand seit dem Sommer des Jahres 2005 zumindest zu einzelnen Veranstaltungen den Weg auf den Berg ins OFFI. Parallel dazu entdeckten eine beträchtliche Anzahl Jugendlicher und junger Erwachsener das OFFI für sich als Ort die eigene Identität zu leben, die eigenen Ideen umzusetzen, den Erfahrungshorizont zu erweitern und selbständig Erlebnisse zu schaffen. So waren Jugendliche bei räumlichen Umgestaltungen des OFFI tätig, nahmen an einem DJ-Workshop teil, spielten in Bands, machten sich mit Lichttechnik vertraut, tanzten zusammen und organisierten eigene Veranstaltungen. Zu Letzteren zählen Spielnachmittage, Klassenfeiern, Konzerte oder auch ein Treffen mit polnischen Jugendlichen.

Für die Zusammenarbeit mit den jungen Menschen, zur Schaffung von Angeboten und für die Unterstützung zur Meisterung ihrer Probleme stehen den Jugendlichen täglich ausgebildete Fachkräfte zur Seite. Diese können auch bei Alltagsproblemen, wie Beziehung, Bewerbung, Freundschaft, Schule oder gesellschaftlichen Fragen helfen und stellen bei individuellen Problemen den Kontakt zu anderen Institutionen und Ansprechpartnern her.

Zur allgemeinen Entwicklung

Übernahme der Einrichtung und Sicherungsphase

Nachdem es keinem anderen Träger gelungen ist, zumindest eine Idee bzw. ein theoretisches Konzept für das Haus mit realistischer Perspektive zu entwickeln, hat die Niederlassung Brandenburg die „Rettung des Hauses“ und eine Neuausrichtung der Konzeption für die nächsten 5 Jahre als eine wichtige Herausforderung angenommen.

Das Jugend-, Kultur-, Bildungs- und Bürgerzentrum OFFI lässt sich als Standort mit seinen Chancen und Möglichkeiten für die Menschen der gesamten Region im Oderbruch nur durch eine breite Unterstützung vieler Förderer mit Perspektive erhalten. Das Haus wird letztendlich durch vier Säulen finanziell und somit auch inhaltlich getragen.

- Soziokulturelle Arbeit – finanziert durch das MWFK und die Stadt Bad Freienwalde,
- Kinder- und Jugendarbeit – finanziert durch den Landkreis Märkisch-Oderland (Jugendamt) und die Stadt Bad Freienwalde,

- Bildungsarbeit – finanziert durch Projekte des Jobcenter,
- Bürgerschaftliches Engagement – finanziert durch die Stadt Bad Freienwalde, Einnahmen, Beiträge von Vereinen, Spenden etc.

Die erste Aufbauphase war hauptsächlich gekennzeichnet durch Müll-, Schrott- und Schmutzbeseitigung. Das Haus war nicht nur technisch in einem sehr schlechten Zustand; massive Schäden an den Funktionsanlagen wie beispielsweise Heizung, Lüftung, an den Fluchtwegen und Türen behinderten zunächst die inhaltliche Arbeit erheblich. Für die Niederlassung Brandenburg war es die erste Aufgabe, im intensiven Dialog mit der Stadtverwaltung, insbesondere mit dem Bauamt, die Funktionalität des Hauses wieder herzustellen. Die Mitarbeiter/innen, MAE-Arbeitskräfte und viele ehrenamtliche Helfer haben sich sehr engagiert in die Renovierung und Wiederherstellung der Betriebsfähigkeit eingebracht.

Die neue Überschrift Jugend-, Kultur-, Bildungs- und Bürgerzentrum ist das Programm des OFFI. Das Konzept, das allen Förderern (Stadt, Landkreis, Land und Jobcenter) vorliegt, wird im Jahr 2006 so fortgesetzt und umgesetzt. Dabei spielt die kulturelle Arbeit, insbesondere der Kinder, Jugendlichen und Älteren eine bedeutende Rolle. Ohne Zweifel sind eine Vielzahl von Problemen gleichzeitig anzugehen und zu lösen. Das Haus ist mit neuen Inhalten und Projekten zu füllen. Alternativen und eine Vielzahl von jugendkulturellen Aktivitäten sind dringend nötig als Gegenstrategie gegen rechte Gruppierungen, denn die Auseinandersetzungen und Probleme durch rechtsorientierte Jugendliche haben deutlich zugenommen. Zuletzt im März des Jahres 2006 sehr deutlich vor einem Konstantin Wecker Konzert. Mit der Ankündigung der NPD, in Bad Freienwalde eine Ortsgruppe zu gründen und den von der Niederlassung Brandenburg maßgeblich mit gegründeten Aktionskreis für ein tolerantes und weltoffenes Bad Freienwalde zu attackieren.

Als Reaktion – u. a. auch mit einem Filmbeitrag in der ARD – wurde für das OFFI festgelegt:

- gute Projekte und Angebote für alle (abwechselnde Zielgruppen),
- kontinuierliche Zusammenarbeit mit allen Schulen, Kitas und Vereinen,
- es werden auch Angebote für Ältere gemacht,
- Ausgrenzung von Rechtsradikalen (z. B. kommt keiner mit eindeutig rechtem Outfit in das OFFI),
- eine professionelle Security sichert alle Veranstaltungen ab,
- gute Zusammenarbeit mit der Polizei/MEGA,
- eine Videoüberwachungsanlage verstärkt das Sicherheitsgefühl aller Gäste (nur im Eingangsbereich) und kann im Konfliktfall durch die Polizei zur Auswertung herangezogen werden,
- ein Hausbeirat ist installiert worden, in dem alle Partner im Haus gemeinsam Probleme ansprechen und klären können.,
- die Werbung und Öffentlichkeitsarbeit ist erheblich intensiviert und verbessert worden,
- es gibt monatlich neue Informationsflyer,
- ein freier Journalist berät in Imagefragen und in der Öffentlichkeitsarbeit.

Kreative und soziokulturelle Kinder und Jugendarbeit

Im Bereich kreatives Gestalten konnten viele Kinder partizipieren, ob nun in der wöchentlich stattfindenden Arbeitsgemeinschaft im Rahmen von Kooperationen mit Schulen oder durch Kitas oder Projektwochen der Schulen. Es fanden Weihnachtsbastelnachmittage statt; an Wochenenden gab es Ritterspiele, es gab wöchentlich AGs in der Keramikwerkstatt.

Auch an Wochenenden wurden Keramikprojekte durchgeführt. Die guten Rahmenbedingungen dafür belegt auch die Tatsache, dass ein Keramikverein (ca. 20 Frauen im Alter von 40-60 Jahren) einmal wöchentlich die Werkstatt nutzt. Es konnte eine Keramikausstellung des Vereins realisiert werden. Grundsätzlich gibt es dort eine positive Zusammenarbeit zwischen Alt und Jung.

Dem Multimediabereich wurde besondere Aufmerksamkeit gewidmet. Es gibt einen öffentlichen Bereich und einen nur für Projektarbeit zugänglichen multimediafähigen Arbeitsbereich mit 25 Computern.

Durch eine Redaktionsgruppe von ca. 15 Jugendlichen ist ein Videofilmprojekt begonnen worden und soll u. a. einen sendefähigen Film über das Leben junger Menschen in Bad Freienwalde schaffen. Hier kann im Gegensatz zu dem sehr polarisierenden Film „Rabatz“ (gesendet in der ARD) gezeigt werden, wie groß das Spektrum der Jugendlichen in Brandenburgs ältester Kurstadt tatsächlich ist.

Jugendmedien- und Informationszentrum

Die schnelle Entwicklung der Informations- und Kommunikationstechnologie bildet den Hintergrund eines sich immer deutlicher abzeichnenden gesellschaftlichen Wandels. Die heutige Generation erlebt den Umbruch von der Industriegesellschaft alten Zuschnitts zu einer Informations- und Wissensgesellschaft.

Mit diesen Begriffen verbindet man die Vorzüge neuer Informations- und Kommunikationstechniken. Das bedeutet Vorteile für diejenigen, welche die Fähigkeit besitzen, neue Medien nutzen zu können. Ein wichtiges gesellschafts- und bildungspolitisches Ziel ist daher die Steigerung von Medienkompetenz.

Für die Niederlassung Brandenburg bedeutet dies im Besonderen die Arbeit mit Zielgruppen, die in diesem Chancenverteilungsprozess an den Rand gedrängt werden. Ziel ist es, Bildungsarmut und Zertifizierungsarmut und damit Chancenarmut entgegenzutreten und die klassischen Zielgruppen

- benachteiligte Kinder und Jugendliche,
- Jugendliche mit schlechten Startchancen,
- junge Mütter und Väter und
- Arbeitslose und von Arbeitslosigkeit bedrohte Menschen

mit Kompetenzen, Zertifikaten und beruflicher und gesellschaftlicher Handlungsfähigkeit auszustatten, damit sie an der gesellschaftlichen und beruflichen Entwicklung teilhaben können.

Folgende medienpädagogische Angebote sollen in Zukunft angeboten werden bzw. werden bereits realisiert:

1. Europäischer Computerschein in Teilen und als Ganzes als Angebot und zur Zertifizierung,
2. Webseiten-Design wie Text, Film, Foto und Programmierung,
3. Datenbanken entwickeln und pflegen,
4. Medienarbeit mit verschiedensten Zielgruppen wie feste, regelmäßige AGs (Internet, Foto, Schülerzeitung, Schulfunk, Webradio), kontinuierliche Zusammenarbeit mit anderen Jugendeinrichtungen und Modellprojekten,
5. Beratungsangebote für Einzelpersonen, Schulklassen, Gruppen, Vereinen usw.
6. Berufsorientierung wie Tests zur Berufseignung in Zusammenarbeit mit dem geva-institut München mit anschließender Auswertung und aussagefähigem Zertifikat, Erstellen von Bewerbungen, Durchführen von Online-Bewerbungen, nutzen von Jobbörsen.

Basierend auf diesen Grundlagen bewarb sich die Niederlassung Brandenburg mit mehreren Standorten im Land Brandenburg um den Titel „Jugend-Medien- und Informationszentrum“. Anfang des Jahres 2006 wurde im OFFI durch Brandenburgs Bildungsminister Holger Rupprecht exemplarisch für 10 weitere Standorte im Land Brandenburg das erste „Jugend-, Informations- und Medienzentrum“ des Landes Brandenburg (JIM) eröffnet.

Projekt E-Learning

Die Niederlassung Brandenburg hat gemeinsam mit der Landesarbeitsgemeinschaft Multimedia Brandenburg e.V. ein Konzept erarbeitet, das den nachträglicher Erwerb eines Schulabschlusses (Hauptschulabschluss/erweiterte Berufsbildungsreife) als Modell Mehraufwandsentschädigung (MAE) und Qualifizierung junger Arbeitsloser im Rahmen der Projekte „e-quality-learning Brandenburg“ und JIM erarbeitet. Die Pilotphase des Projektes soll von August 2006 bis Juli 2008 an den Standorten Cottbus und Bad Freienwalde erfolgen.

Junge Erwachsene erhalten im Zeitraum von zwei Jahren die Möglichkeit, einen Schulabschluss zu erlangen. Die 18- bis 25-Jährigen werden auf die „Nichtschülerprüfung“ zum Erwerb der Berufsbildungsreife bzw. der erweiterten Berufsbildungsreife vorbereitet. Der aktuelle Ausbildungs- und Beschäftigungsmarkt zeigt, dass die formalen Qualifikationsanforderungen deutlich erhöht sind. Die Veränderungen der Arbeitswelt bedeuten, dass allgemeine Bildung möglichst über den Hauptschulabschluss hinaus und berufliche Qualifikation mindestens auf dem Niveau eines anerkannten Ausbildungsberufes für alle dringend wünschenswerte – wenn nicht notwendige Voraussetzungen für einen gelingenden Berufseinstieg und eine erfolgsversprechende Erwerbskarriere sind.

Das Projekt ist in vierfacher Hinsicht innovativ:

- Die Teilnehmer/innen werden intensiv sozialpädagogisch betreut.
- Das Lernarrangement soll im Verlauf des Projektes zunehmend nach einem Blended Learning Konzept organisiert werden.
- Der Erwerb von sog. Schlüsselkompetenzen rückt neben dem eigentlichen Fachunterricht in den Mittelpunkt.
- Medienkompetenz wird nicht nur Rahmen der E-Learning-Elemente des Lernprozesses erlangt sondern ist als eigenes Lernfeld im Curriculum vorgesehen.

Das Projekt richtet sich an arbeitslose Jugendliche unter 25 Jahren, die Leistungen nach §§ 19-27 SGB II (ALG II) beziehen und über keinen Schulabschluss verfügen. Diese Jugendlichen sind i. d. R. sozial benachteiligt und häufig individuell beeinträchtigt. Der Erwerb der Berufsbildungsreife ist Voraussetzung für viele Leistungen zur Eingliederung in Arbeit (§§ 14 bis 18 SGB II).

Der Lernprozess dieser Zielgruppe muss nicht nur inhaltlich, sondern auch sozialpädagogisch betreut werden: Schuldner- und Suchtberatung seien hier nur exemplarisch genannt.

Veranstaltungen, Konzerte, Kindermusical

Trotz schwieriger äußerlicher Bedingungen konnten eine Vielzahl interessanter Veranstaltungen im OFFI durchgeführt werden. Das Veranstaltungsspektrum ist breit gefächert: So gab es z. B. das Kindermusical „Die wilden Schwäne“ des Berliner Kindertanzensembles „Step by Step“, ein Konzert mit drei russischen Bands in Zusammenarbeit mit Bands united e.V. in Eberswalde (ein internationaler Kulturaustausch mit St. Petersburg). Dieser Zusammenschluss aller regionalen Bands in Eberswalde ist ebenfalls von der Niederlassung Brandenburg entwickelt und gefördert worden. Die überregionale Zusammenarbeit wird weiter fortgesetzt. Es gab eine große Orientierungsveranstaltungen für jugendliche Erstwähler zur Bundestagswahl mit Andreas Ullrich (Radio1) mit Dagmar Enkelmann (Die Linke.PDS), Petra Bierwirth (SPD), Dierk Hohmeyer (CDU) und anderen Kandidaten/innen. Dazu gab es Kultur in Form von Livemusik junger Bands als Unterhaltung und Anziehung. Es fand ein großes HipHop Streetsoccerturnier mit der Kreuzberger Musikalischen Aktion (KMA) zum Thema Toleranz in Bad Freienwalde statt. Puppentheater für Kinder füllte die Ferienzeit, mehrere Konzerte zog Publikum verschiedener Altersgruppen ins OFFI. Es gab einen breiten Diskussionsabend zum „Rabatz“-Film. Ein HipHop-Festival zog wieder junge Leute ins OFFI. Mit den Auftritten des Liedermachers Konstantin Wecker und dem Kindermusical „Die Schneekönigin“ war das OFFI jeweils ausverkauft – eine Bilanz, die Hoffnung macht.

Dienstleistungen, Vernetzung im Sozialraum und Kooperation

In diesem Zusammenhang sind viele Aktionen zu benennen, denn Zusammenarbeit ist für das OFFI ein „konzeptionelles Muss“. Es wird als Auftrag betrachtet, alle Initiativen, Vereine und Aktionen in der Jugend-, Kultur- und Bildungsarbeit zu unterstützen. Das konnte zum traditionellen Altstadtfest durch einen 3-tägigen mobilen Jugendkulturtreff (es war der „Renner“) oder zum internationalen Skispringen der Jugend durch kulturelle Rahmenveranstaltungen auf der Schanzenanlage des Wintersportvereins unter Beweis gestellt werden. Das bekannte Bad Freienwalder Jugendorchester erhielt durch das OFFI technische Unterstützung, beispielsweise bei den Landesmusikschultagen in Bad Freienwalde. Die Schulen sind für das OFFI willkommene Kooperationspartner, wenn z. B. wöchentlich Schulbands im OFFI proben (es sind jetzt insgesamt 4 Band geworden), zwei Tanzgruppen üben, Multimediaprojekte umgesetzt und DJ-Workshops organisiert werden.

Kulturelle Bildung in Musik ,Tanz, DJ-Workshops, Multimedia (JIM)

Es ist es bisher erfolgreich gelungen, die kulturelle Bildung zu fördern. Exemplarisch soll hier benannt werden, wie mit Partner in Polen, in Eberswalde (bandsunited e.V.) und in Bad Freienwalde zusammengearbeitet wird. So fand im Rahmen der Jugendweihevorbereitung mit dem Verein Euro Jeune e.V. und den polnischen Partner ein Tanzwochenende mit ca. 60 Jugendlichen im OFFI statt. Breakdance, Streetdance oder modern Dance ist für viele Jugendliche interessant. Mit Jutta Deutschland – einer bekannten Solotänzerin - ist für das nächste Jahr ein dahingehend großes Projekt geplant. Die wöchentliche Bandarbeit der vier Bands, die Arbeit für DJs, Keramik oder Multimediaprojekte, wie z. B. Internetseiten gestalten, komplettieren das Angebot.

Einbeziehung der Jugendlichen und/oder der Bürger als Partizipation

Trotz oder gerade wegen der vielen äußeren Probleme in der Aufbauphase wurde großen Wert auf Mitbestimmung und Partizipation Jugendlicher gelegt, weil ohne diese keine wertvolle Jugend-, Kultur- und Bildungsarbeit möglich ist. Erst recht nicht, was die Stärkung bürgerschaftlichen Engagements betrifft. So ist es gelungen, einen Hausbeirat zu gründen. Möglichst alle, die im und am OFFI etwas machen, wurden und sind eingeladen, die Geschicke des Hauses mitzugestalten. Ein Beispiel dafür ist die Installation der Video-Überwachungsanlage, die einstimmig im Hausbeirat beschlossen wurde, um das Sicherheitsgefühl der Besucher zu stärken. Auch ist es gelungen, zahlreiche ehrenamtliche Helfer in die Arbeit im und für das OFFI zu gewinnen.

Ausblick: Wie kann und soll es weitergehen?

Zurzeit wird durch Initiative des OFFI eine Theatergruppe am Gymnasium in Bad Freienwalde gegründet. Verstärkt gilt noch die Devise: Mit den Angeboten zu den Menschen hingehen. Noch ist es nicht in ausreichendem Maße gelungen, Lesungen und Ausstellungen zu organisieren. Mit der Ausstellung „Männerfressen“ von Mike Auerbach im März 2006 ist ein erster Start geglückt. Weitere werden folgen. In der zweiten Jahreshälfte 2006 sollen Comedy- und Kleinkunstabende gestaltet werden.

Zukünftig soll verstärkt mit Initiativen und Vereinen in der Region zusammengearbeitet werden: Mit dem Oberbarnimer Kulturverein, mit dem Theater am Rand in Zollbrücke, mit dem Jugendorchester Bad Freienwalde oder mit dem Oderbruch-Open-Air (OBOA).

Für diese Formen der Zusammenarbeit war es aber erst einmal nötig, sich selbst als zuverlässiger und ernstzunehmender Partner in der Region zu behaupten und zu etablieren. Dies ist schon streckenweise gelungen, da beispielsweise die Sparkasse Märkisch-Oderland auf das OFFI zugekommen ist, um gemeinsam auf der Messe „Young Live“ in Frankfurt (Oder) auftreten zu wollen.

Zusammenarbeit mit der LAG Soziokultur und der LAG Multimedia

Das OFFI hat sich bemüht, sich in die Arbeit der LAG Soziokultur einzubringen. Es wurde ein Antrag zur offiziellen Aufnahme als Mitglied gestellt. Bisher ist die Zusammenarbeit mit dem OFFI sehr gering. Ganz anders gestaltet sich die Zusammenarbeit mit der LAG Multimedia, es existiert ein reger Fachaustausch, eine enge Zusammenarbeit bei der Etablierung der JIMs, gute Beratung und Qualifizierung einer unserer Mitarbeiter/in als Medienpädagogin.

Ausblick und Kulturangebote in den Folgejahren im OFFI

Das Soziokulturelle Zentrum OFFI Bad Freienwalde steht 2006 vor der schweren Aufgabe ein Kulturprogramm auf die Beine zu stellen, das vielen Vorgaben entsprechen muss. Zu nennen ist hier vor allem der Anspruch als Jugend- Kultur- und Bürgerzentrum, nicht nur die Jugend und die jungen Erwachsenen anzusprechen, sondern auch die Junggebliebenen bzw. Kulturinteressierte überhaupt.

Diese Breite soll aber nicht nur aus verschiedenen Stilrichtungen bestimmter Künste bestehen, sondern auch in der Art und Weise des Erlebens und Erfahren von Kunst. Dies bedeutet, dass neben Konzerten, Filmabenden, Theater- und Musicalaufführungen, Lesungen und anderen Darbietungen, den Besuchern des OFFI auch eine stärkere Teilnahme an der Gestaltung des Kulturprogramms durch Interessierte auch außerhalb der Mitarbeiter/innen des Zentrums ermöglicht wird. Die Zusammenarbeit mit neuen und alten Kooperationspartnern auf- und ausbauen sowie Formen der Kulturarbeit anbieten, die es erlauben, eigene Kunst zu schaffen.

So wird der Aufbau einer Theatergruppe angestrebt, unter der Schirmherrschaft von Jutta Deutschland soll ein eigenes Kindermusical entstehen. Sowohl materieller als auch ideeller Unterstützung junger Bands wird weiterhin große Beachtung geschenkt. Auch zukünftig soll das OFFI Bühne für Menschen oder Gruppen von Menschen bleiben, die sich künstlerisch einmal probieren wollen. Begleitend und unterstützend sind hierzu Workshops, Seminare und weiterführende Angebote geplant.

Um aber die Menschen mit diesen Angeboten zu erreichen, muss neben einer Verbesserung der Werbung bzw. des Marketings überhaupt, das Jugend- Kultur- und Bürgerzentrum OFFI Bad Freienwalde als ein Ort präsentiert werden, an dem ein gutes Kultur- und Unterhaltungsprogramm geboten wird.

Bei der Ausgestaltung dieses Programms soll auch der besonderen Situation der Region Rechnung getragen werden. Eine Region, die geprägt ist von einem einschneidenden demographischen Wandel, einer schlechten wirtschaftlichen Gesamtlage und der damit verbundenen sozialen und gesellschaftlichen Situation. Einer Situation die auch Ursache ist für Resignation, Passivität und politischen Extremismus.

Ein weiteres Ziel: Es wird eine neue Konzertreihe mit berühmten Künstlern für arme Familien entstehen. Der Armutsbericht des Paritätischen Wohlfahrtsverbands gibt dazu Anlass. Es soll ein Mix angeboten werden, der aus inhaltlich anspruchsvollen, alternativen und experimentellen sowie aus handwerklich und technisch anspruchsvollen, auch kommerziellen Programmpunkten besteht. Geplant ist, monatlich mindestens zwei große Konzert- oder Tanzveranstaltungen anzubieten. Weiterhin geplant sind House-Party´s mit Künstlern aus der regionalen und überregionalen Szene in Verbindung mit unserem DJ-Workshop sowie Themenabende mit interkultureller Ausrichtung, Musikfestivals und Events wie z. B. ein Nachwuchsrock- und Popfestival und ein Metallfestival.

Zusammengearbeitet wird mit Gruppen, Initiativen, Vereinen und Institutionen wie der Brigade 1240 (Fürstenwalde), den Organisatoren des Oderbruch Open Air (OBOA), dem Wintersportverein Bad Freienwalde, der Rosa-Luxemburg-Stiftung, sowie den regionalen Musikschulen, den Jugend- und Kulturämtern und natürlich den entsprechenden Kommunen und Gemeinden.

Weiterhin soll versucht werden, Strukturen zu schaffen, die einen Rahmen bilden sollen für wöchentlich stattfindende Film- und Kleinkunstveranstaltungen. Insbesondere sind hierbei an Liedermacherabende, Lesungen, Foto- und andere Ausstellungen und die Aufführung von Klassikern des Kinos gedacht. Angestrebt wird auch, Veranstaltungen zu organisieren, die eine Kombination verschiedener Genres darstellen und szene- und interessenübergreifend wirken.

Um aber mittel- und langfristig erfolgreich Kultur im Rahmen des soziokulturellen Konzeptes in der Region etablieren zu können, soll im Jahr 2006 auch begonnen werden, noch stärker mit den Schulen in der Region zusammenzuarbeiten. Dazu gehört das Initiieren von gemeinsamen Projekten, die Durchführung bzw. Begleitung von Projektwochen in den Räumen des OFFI und die Bereitstellung von Technik, Räumlichkeiten und Know How für Aufführungen von Kindern und Jugendlichen. Auch das Heranführen von Kindern und Jugendlichen an künstlerische Aktivitäten außerhalb der Schule ist Anliegen der OFFI-Aktivitäten. Konkrete Vorhaben sind Band-, Foto- und Töpferworkshops, der Requisitenbau und die Gründung einer Theatergruppe.

Das OFFI wird sich mit anderen Nutzern in Bad Freienwalde für die gemeinschaftliche Erhaltung und Betreibung der Freilichtbühne einsetzen und engagieren. Dazu wird eine Arbeitsgruppe mit allen potentiellen Nutzern gegründet werden.

Zurzeit gibt es Gespräche und Überlegungen, ob Teile der Musikschule Märkisch-Oderlands in die momentan leer stehende Dachetage des OFFI einziehen können und sollen. Diskutiert wird auch, inwiefern dies positive Synergieeffekte für die gesamte Jugend-, Kultur-, Bildungsarbeit im OFFI geben könnte und wie bürgerschaftliches Engagement stärker gefördert werden kann.

Für das Jahr 2007 ist in Bad Freienwalde ein neues Jugend-Film-Festival für das Land Brandenburg geplant. Dazu sollen die neuen Möglichkeiten der JIM (Jugend-, Informations- und Medienzentren) genutzt werden.

2.4 Schulsozialarbeit in Bad Freienwalde

Die Schulsozialarbeit wurde als Tätigkeit und Arbeitsfeld am 15.08.2005 durch die Niederlassung Brandenburg als Träger übernommen. Zuvor war diese Stelle beim Amt Bad Freienwalde angesiedelt. Seit Juli 2004 ist eine Mitarbeiterin an der Gesamtschule „Geschwister-Scholl“ als Schulsozialarbeiterin (SSA) tätig.

Zielstellung der Schulsozialarbeit

Die Arbeit der SSA wird auf der Grundlage des Kinder- und Jugendhilfegesetz und des Schulgesetzes des Landes Bandenburg durchgeführt. Weitere Grundlagen bilden die Förderrichtlinie 610-Stellenprogramm des Landes Brandenburg, Empfehlungen des MBJS zur Durchführung des Projektes „Sozialarbeit an Schulen“ aus dem Jahr 1994 und zur Qualitätsentwicklung und Qualitätssicherung der Schulsozialarbeit an Schulen in Brandenburg. Die Schulsozialarbeit stellt ein handlungsübergreifendes Angebot der Jugendhilfe am Ort und im Lebensraum Schule dar, welches entwicklungsbegleitende Hilfe für Jugendliche der Schulen sowie einzelfallbezogene Hilfen für sozial benachteiligte bzw. für Schüler mit negativen Erfahrungen und für Schüler in individuellen Konfliktlagen sichern soll. Im Sinne lebensweltorientierter Sozialarbeit richtet sich die Tätigkeit in erster Linie an Kinder und Jugendliche in der Lebenswelt Schule und versucht Hilfe in Konflikten und Problemen zu geben, welche die Jugendlichen mit sich selbst und für sich selbst haben.

Ziel ist es, die Schüler zur Eigenverantwortung, zu demokratischem Handeln, zur Konfliktfähigkeit, zur Motivation von selbstbestimmender Tätigkeit, zur offenen Auseinandersetzung mit der Umwelt, zur erfolgreichen Bewältigung des Übergangs Schule-Beruf zu führen und zu unterstützen.

Ausgangssituation und Entwicklung

Gegenwärtig existieren für das Arbeitsfeld der Schulsozialarbeit unterschiedliche Definitionen und Verständnisse, von „schulbezogener Jugendarbeit“ bis hin zu „sozialer Arbeit an Schulen“. Die Niederlassung Brandenburg sieht die SSA als soziale Arbeit an Schulen, da dieses Angebot sich an Jugendliche, Eltern und Lehrern sowie an verschiedene Schulen in Bad Freienwalde und Umgebung richtet.

Somit stellt die Schulsozialarbeit eine wichtige Vermittlungs- und Scharnierfunktion zwischen Schule und Gemeinwesen dar. Sie nimmt eine vermittelnde Rolle zwischen der pädagogischen Institution Schule und der Jugendhilfe ein. Des Weiteren entwickelt und fördert sie Beziehungen zu Institutionen wie Vereinen, Verbänden, Betrieben, Arbeitsamt und das Umfeld der Schule.

Die Stelle der Schulsozialarbeit hat sich von einer festansässigen Schulsozialarbeit 2004/2005 zu einer flexiblen mobilen Jugendarbeit an verschiedenen Standorten und Schulen entwickelt. So ist die Schulsozialarbeiterin an der Oberschule „Geschwister Scholl“ (Bad Freienwalde) und an der Oberschule im Ortsteil Hohenwutzen hauptsächlich tätig. Darüber hinaus arbeitet sie mit den Grundschulen in Bad Freienwalde und Umgebung, der Albert-Schweitzer-Förderschule, dem Gymnasium Bad Freienwalde und der Oberschule Bad Freienwalde (Ganztagsschule) zusammen. Zudem hat sich die aktive Mitarbeit im ortsansässigen Jugend–, Kultur- und Bürgerzentrum OFFI verstärkt.

Als fester Ansprechpartner ist die Schulsozialarbeiterin zweimal wöchentlich jeweils in Hohenwutzen und in Bad Freienwalde vertreten. Die Tätigkeit in Bezug auf das Ganztagsprojekt der Oberschule Bad Freienwalde bezieht sich auf die Koordination, Betreuung und Durchführung von Arbeitsgruppen im OFFI. Für die anderen Schulen ist die Schulsozialarbeiterin Anlaufstelle bei Problemen, Wünschen und gemeinsamen Veranstaltungen, z. B. Halloweenparty der Schulen.

Der Arbeit der Schulsozialarbeit liegen folgende Handlungsstrategien zu Grunde:

- Prävention,
- Regionalisierung,
- Alltagsorientierung,
- Ganzheitlichkeit,
- Lebensumweltorientierung,
- Integration.

Die Arbeit der Schulsozialarbeit an den jeweiligen Schulen ist eng mit der Arbeit im OFFI verbunden. Ziel ist es, die Jugendlichen der Schulen zu bestimmten Veranstaltungen ins OFFI zu holen bzw. für die Nutzung des OFFI zu motivieren, über den Schulalltag hinaus. Das OFFI nimmt hier eine so genannte „Leuchtturmfunktion“ in der offenen Jugendarbeit ein. Projekte oder Veranstaltungen der Schulen finden in den Räumlichkeiten und in Zusammenarbeit mit den Mitarbeitern des OFFI statt. Zu nennen sind hier beispielsweise: Halloweenparty, Yu-Gi Oh Turnier sowie eine Weihnachtsfeier.

Diese und andere Veranstaltungen wurden/werden mit positiven Feedback von den Schülern frequentiert. Durch diese Funktion des OFFI werden die Vernetzung und der Austausch der Jugendlichen untereinander auch nach der Schule verstärkt. Zudem steht die Schulsozialarbeiterin außerhalb des bekannten Schulrahmens den Jugendlichen als Ansprechpartnerin im OFFI zur Verfügung.

Weiterhin ist ein Ausbau der Projekte mit der Oberschule Bad Freienwalde in Bezug auf den Bereich Multimedia geplant. Mit der erfolgreichen Bewerbung als Jugendmedienzentrum im Land Brandenburg, kann Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen verstärkt Medienkompetenz vermittelt werden. Sie sollen so zum sozialen, verantwortlichen und kreativen Umgang mit den neuen und traditionellen Medien befähigt werden.

In Zusammenarbeit mit dem OFFI wird im Jahr 2006 ein regelmäßig stattfindender Elternstammtisch (Elternschule) organisiert. Zielgruppe dieser Veranstaltungen sind die Eltern der einzelnen Schulen. Eltern sollen zu aktuellen Themen (Drogen, Schwangerschaft im Teenageralter, berufliche Orientierung, etc.) informiert werden sowie die Gelegenheit erhalten sich untereinander auszutauschen. Ziel ist es, das elterliche Engagement und Interesse in Bezug auf die Auseinandersetzung mit den unterschiedlichen Themen zu fördern.

2.5 Jugendkoordination im ländlichen Raum Bad Freienwalde

Zielstellung der Jugendkoordination im ländlichen Raum ist die Förderung der Entwicklung junger Menschen und ihrer Familien. Dabei sollen Eigeninitiative gefördert und junge Menschen zur gesellschaftlichen Mitverantwortung und zum eigenen Tun in eigener Verantwortung befähigt werden. Des Weiteren soll die Jugendkoordination Kindern und Jugendlichen die, zur Förderung ihrer Entwicklung, erforderlichen Angebote der Jugendarbeit zur Verfügung stellen (vgl. Handbuch „Jugendkoordination im ländlichen Raum“). Zielgruppe der Jugendkoordination im ländlichen Raum sind Kinder und Jugendliche sowie ihre Eltern in den sechs Ortsteilen der Stadt Bad Freienwalde (Bralitz, Altranft, Neuenhagen, Hohenwutzen, Altglietzen, Schiffmühle).

Darüber hinaus wendet sich die Jugendkoordination an Multiplikatoren/Anbieter und Kooperationspartner, deren Angebote und Ressourcen für Kinder und Jugendliche vor Ort Nutzen entfalten können.

Ausgangssituation

Es existieren zwei Jugendclubs, die in Trägerschaft der Stadt Bad Freienwalde sind. Hierzu zählen der Jugendclub in Hohenwutzen und der Jugendclub des Kinder- und Jugendclubs Neuenhagen e.V. Darüber hinaus sind in Schiffmühle und Altglietzen Jugendräume vorhanden. Der Jugendraum „Bauwagen“ in Altglietzen ist dem Verein zur Förderung des Dorflebens e.V. angegliedert. Die Neugründung eines Jugendtreffs in Bralitz wird angestrebt/erfolgt derzeit.

Eingliederung in die Arbeit des OFFI

Die Arbeit der Jugendkoordination in den Ortsteilen ist eng mit der Arbeit im OFFI verbunden. Wie nach dem Modell der LAG und der Empfehlung des Landes wird die Jugendkoordination alle Aspekte der Jugendarbeit in den Ortsteilen erfüllen mit der speziellen Orientierung der aus dem OFFI „hinauswirkenden und hineinwirkenden Jugendarbeit“. Ziel ist es, die Jugendlichen der Ortsteile bei bestimmten Veranstaltungen ins OFFI zu holen bzw. für die Nutzung des OFFI zu motivieren („Leuchtturmfunktion“). Projekte oder Veranstaltungen, die auf Grund ihres Rahmens nicht in den jeweiligen Ortsteilen realisierbar sind, finden für die Jugendlichen im OFFI statt. Zu nennen sind hier z. B. Wahlveranstaltung, Mittelalterspektakel, Streetsoccerturnier sowie Deep Deluxe Party.

Diese Veranstaltungen wurden/werden stark mit einem positiven Feedback von den Kindern und Jugendlichen der jeweiligen Ortsteile frequentiert. Auch durch diese Funktion des OFFI werden - wie durch die Schulsozialarbeit - die Vernetzung und der Austausch der Jugendlichen der einzelnen Ortsteile untereinander verstärkt sowie die Identifikation der Jugendlichen mit der Stadt Bad Freienwalde und dem OFFI gefördert.

Erlebnispädagogik mit Sozialtraining und Suchtprävention

Das Ziel des Angebotes (ein Antrag auf Förderung durch das Jugendamt ist gestellt) ist es, das eigene Erleben zu ermöglichen und Jugendliche im Prozess des Erwachsenwerdens zu unterstützen. Sport gilt schon immer als ein wesentliches Element in der Persönlichkeitsentwicklung junger Menschen, auch treffen Sport- und Bewegungsangebote die Bedürfnislagen der meisten Jugendlichen und sind von daher ein geeignetes Medium,

Jugendliche anzusprechen, soziales Gruppenverhalten zu fördern und Verantwortungsübernahme zu erreichen. Die Jugendlichen aus Bralitz möchten eine kreative und aktive Freizeitgestaltung erleben. Großes Interesse zeigen sie am Klettern. Im Vordergrund steht nicht nur der sportliche, sondern auch der pädagogische Aspekt.

In der pädagogischen Arbeit mit Jugendlichen hat sich „Klettern“ in den letzten Jahren stark etablieren können. Die pädagogische Leitidee des Kletterprojektes liegt in der Persönlichkeitsstärkung. Insbesondere das Klettern bietet sich für ältere Jugendliche an, da es für diese Altersgruppe immer schwieriger wird, motivierende Aktivitäten zu finden, die ein breites Spektrum an Erfahrungen ermöglichen. So können die Jugendlichen lernen mit ihren Gefühlen und Ängsten umzugehen, eigene Grenzen zu erfahren und Erfolge hautnah zu erleben. Gleichzeitig ermöglicht ein solches Projekt den Jugendlichen ihr Frustrations- und Durchhaltevermögen positiv zu verändern und gemeinsam gemachte Erfahrungen zu verbalisieren und zu reflektieren. Das gemeinsame Erleben führt so zu gemeinsamen Erfolgserlebnissen und Anerkennung durch die mitwirkende Gruppe, was insbesondere für Peer-group bezogene Jugendliche von Bedeutung ist. Zudem wird den Jugendlichen ein sinnvoller und zugleich vergnüglicher Bereich der Freizeitgestaltung nahe gebracht. Der positive Aspekt beim Klettern ist, dass all diese Erfahrungen nicht einzeln und künstlich hergestellt werden, sondern einfach durch die gemeinsame Aktivität in einer Kleingruppe sich natürlich ergeben und bei Bedarf intensiver thematisiert werden können.

Neben der Möglichkeit zur Stärkung der Persönlichkeit und zur Selbsterfahrung stellt Klettern auch einen möglichen Aspekt der Suchtprophylaxe dar.

Zielgruppe sind insgesamt 15 Jugendliche (Mädchen und Jungen) im Alter von 13 bis 27 Jahre aus dem Ortsteil Bralitz. Das Projekt soll an den Veranstaltungsorten

- TURM ErlebnisCity Oranienburg,
- Fläming-Hochseilgarten in Luckenwalde.

realisiert werden. Das Projekt wird durch erfahrene Trainer begleitet.

2.6 ABM mit Qualifizierungsanteil „Junge Mütter“

Das Projekt „Junge Mütter“ begann am 17.10.2005 für einen Zeitraum von 4 Monaten als Modellprojekt in Zusammenarbeit mit dem Verein zur Förderung der Beschäftigung und Qualifizierung Bad Freienwalde e.V. gefördert durch das Jobcenter MOL (Märkisch-Oderland). Zielgruppe waren junge Mütter im Alter von 18 bis 29 Jahren. Insgesamt gab es 10 Teilnehmerinnen.

Aufgrund von Mutterschutz- und Erziehungszeiten war die Zielgruppe länger nicht mit dem Ausbildungs-/Arbeitsmarkt in Berührung. Es war daher Ziel, die individuelle Beschäftigungs-/ Ausbildungsfähigkeit der Teilnehmerinnen zu erhalten bzw. wiederzuerlangen (Gewöhnung an einen geregelten Arbeitsalltag). Die Teilnehmerinnen sollten lernen, schulische, berufliche und private Verpflichtungen miteinander in Einklang zu bringen. Zudem sollte die Motivation zur Arbeits- bzw. Ausbildungsplatzsuche erhöht werden.

Das Projekt gliederte sich in drei Phasen:

1. Einführungsphase,
2. Umsetzungsphase,
3. Auswertungsphase.

Die Einführungsphase umfasste einen Zeitraum von 4 Wochen und beinhaltete die Eignungsanalyse, die Qualifizierung durch themenspezifische Seminare, das Bewerbungstraining und die Zielvereinbarung mit dem Arbeitsplan.

Neben der Eignungsanalyse und der Qualifizierung fand die praktische Arbeit in gemeinnützigen und betrieblichen Einrichtungen in der Umsetzungsphase statt. Hier wurden die Teilnehmerinnen zudem sozialpädagogisch betreut.

Arbeitsschwerpunkte im Bewerbungstraining

- Vergleich von Anforderungs- und Bewerberprofil,
- Stellensuche, Internetrecherche,
- Erstellung aussagefähiger schriftlicher Bewerbungsunterlagen,
- Vorbereitung auf telefonischen Erstkontakt,
- Vorbereitung auf das Vorstellungsgespräch,
- Outfitberatung.

Themenschwerpunkte der Qualifizierung

- Haushalts- und Lebensplanung, Selbstmanagement,
- Rechte und Pflichten als Arbeitnehmer, Arbeitsrecht,
- Kindesentwicklung, entwicklungsfördernde Kinderspiele, Kindererziehung,
- PC-Grundkurs.

Die Abschlussauswertung erfolgte am 16.02.2006. Ein ähnlich orientiertes Nachfolgeprojekt begann am 03. April 2006.

3. Regionalzentrum Ost

3.1 Kinder- und Jugendzentrum MIKADO (Frankfurt/Oder)

Zielgruppe

Das Kinder- und Jugendzentrum MIKADO in Trägerschaft der Niederlassung Brandenburg hat sich auch im Jahre 2005/2006 als ein Haus mit unterschiedlichen Angeboten der Freizeitgestaltung für Kinder, Jugendliche und Erwachsene etabliert. Darüber hinaus ist das MIKADO für viele Bürger, Vereine und andere Einrichtungen ein Partner in der Jugendkulturarbeit und der Jugendbildung. Diesen Ansatz konnte der Träger auch im sechsten Jahr seiner Trägerschaft weiterführen und ausbauen. Darüber hinaus wurden Angebote auf Kinder und Jugendliche in besonderen Lebenslagen ausgedehnt.

Die Einrichtung steht allen Kindern und Jugendlichen der Stadt Frankfurt (Oder) und deren Gästen offen. Insbesondere werden Raum, Alternativen und Hilfe zur Selbsthilfe für Kinder und Jugendliche mit sozialen und individuellen Benachteiligungen geboten. Dies zeigt sich besonders im offenen Jugendbereich.

Organisation

Auftraggeber ist die Stadt Frankfurt (Oder). Als Vertreter der Stadt sind Mitarbeiter/innen des Jugendamtes Verhandlungspartner bei der inhaltlichen und finanziellen Orientierung für die einzelnen Haushaltsjahre. Die Grundlagen der Arbeit bilden die Qualitätsstandards der Jugendarbeit der Stadt Frankfurt (Oder) sowie die Qualitätsstandards der Niederlassung Brandenburg.

Die zur Verfügung gestellte Immobile befindet sich in Verwaltung der Niederlassung Brandenburg. Die Nutzung wird durch einen Mietvertrag geregelt. Die Einrichtung selbst liegt im Zentrum der Stadt Frankfurt (Oder) und ist mit allen öffentlichen Verkehrsmitteln (Bus, Straßenbahn und Bundesbahn) sehr gut zu erreichen.

In den Trägergesprächen zwischen den Vertretern der Stadt, dem Geschäftsführer der Niederlassung und der Projektleitung wurden der inhaltliche Rahmen und die zur Verfügung stehenden finanziellen Mittel verhandelt. Grundlage der Verhandlungen waren im Jahre

2005/2006 die Aufrechterhaltung der bestehenden Angebote in den Kursbereichen, die Stabilisierung der offenen Jugendarbeit sowie der Ausbau der internationalen Zusammenarbeit. Diese Verabredung konnte in allen Punkten erfüllt werden.

Im sechsten Jahr der freien Trägerschaft arbeiten 4 fest angestellten Mitarbeiter/innen im Haus in den Bereichen neue Medien/Fotografie, offene Jugendarbeit und die Leitung des Hauses. Mit dem Jahre 2005 wurde die Stelle des stellvertretenden Leiters und somit die Leitung des Chormusikstudios gestrichen. Die Aufgaben wurden auf die anderen Stelleninhaber aufgeteilt. Um die anstehenden Arbeitsaufgaben zu erfüllen, konnte die Einrichtung im vergangenen Jahr auf die Unterstützung von 5 ABM-Kräften zurückgreifen. Jene Mitarbeiter/innen waren im Bereich der offenen Jugendarbeit, im Kreativbereich, im Bereich Informatik und im Bereich Verkehrserziehung tätig. Darüber hinaus gab es Unterstützung durch die Förderung von Personalkräften aus dem Programm „Arbeit für Langzeitarbeitslose“ und dem neuen Programm Mehraufwandsentschädigungen (MAE).

Laufende Kursangebote konnten durch die Mitarbeit von 11 Honorarkräften bzw. geringfügig Beschäftigten realisiert werden.

Durch die Verlängerung der SAM-Stelle war es möglich, den Bereich der Verkehrserziehung auch im Berichtszeitraum fortzuführen. Dies macht deutlich, dass sowohl ein Landes- als auch ein Stadtinteresse für dieses Themenfeld vorliegen.

Als eine sinnvolle Ergänzung hat sich der Einsatz von Praktikanten/innen erwiesen. Im Berichtszeitraum konnten 7 Praktikanten/innen aus unterschiedlichen Bildungsgängen das notwendige Praktikum im Haus absolvieren.

Verschiedene Veranstaltungen werden von ehrenamtlich tätigen Jugendlichen, aber auch von ehemaligen Mitarbeitern unterstützt.

Kurse

Wie bereits angesprochen, konnten die bestehenden Kursangebote aufrechterhalten werden. So erstrecken sich die Angebote auf folgende Bereiche: Airbrush, Ballettstudio, Chormusikstudio, Fotografie, Holzwerkstatt, Informatik, Keramikwerkstatt, Keybord, Malen/Zeichnen, Metallwerkstatt und Theaterwerkstatt.

Der Kurs Metallgestaltung erfreut sich auch weiterhin großer Nachfrage. Neben den bestehenden Angeboten für Kinder und Jugendliche konnte auch in diesem Jahr der Kurs für Berufstätige oder Senioren im Vormittagsbereich weiter erhalten werden. Darüber hinaus ist es möglich gewesen, an 4 Wochenenden im Jahr einen Workshop für interessierte Teilnehmer/innen zu organisieren und durchzuführen. Ein Kooperationsvertrag mit dem Brennergymnasium der Stadt Frankfurt (Oder) ermöglicht es, die Schüler/innen einer siebenten und einer achten Klasse im Rahmen des Kunstunterrichtes mit dem Werkstoff Metall vertraut zu machen. Hierbei sind Techniken zu erlernen und Kreativität gefragt.

Das im vergangenen Jahr entwickelte Projekt „Fächerübergreifender Projektunterricht“ konnte auf Grund des großen Erfolges auch für das Schuljahr 2005/2006 fortsetzen werden. Es war sogar eine Erweiterung möglich. Somit wird für Schüler/innen der Klassenstufe 6 der 2. Gesamtschule und 3. Grundschule das Projekt an drei Tagen angeboten. Das bringt eine hohe Auslastung und eine Effektivierung des Vorhabens. Ziel des Projektes ist es, Kinder Geschichte erleben zu lassen, sie mit unterschiedlichsten Handwerken der Zeit vertraut zu machen und verschiedene Bereiche (Küche, Handwerk, Kunst u. a.) kennen zu lernen.

Der Bereich Fotografie konnte das bestehende Angebot des letzten Jahres fortführen und stabilisieren. Darüber hinaus wurden mehrere Projekte durchgeführt, die unterschiedliche Zielgruppen (Migranten/innen, französische Jugendliche, polnische Jugendliche) aufweisen.

Erstmalig wurden verschiedene Begegnungsveranstaltungen organisiert. So fanden deutsch-polnische und deutsch-französische Begegnungsveranstaltungen statt. Alle Veranstaltungen

waren vom Themenschwerpunkt Fotografie geprägt. Mit Hilfe dieses Medium lernen Jugendliche über Bilder zu kommunizieren, sich fachlich auszutauschen, aber auch über alltägliche sie bewegende Themen ins Gespräch zu kommen.

Das Planungsvorhaben Projekt „Engel“ konnte im November des Jahres 2005 erfolgreich durchgeführt werden. So haben sich Teilnehmer/innen der Kurse Fotografie, Metallwerkstatt, Keramik, Malen und Ballett an der Ausstellung selbst, aber auch an der Eröffnungsveranstaltung beteiligt.

Veranstaltungen

In diesem Jahr wurden 8 Veranstaltungen für Jugendliche und junge Erwachsene durchgeführt. Die Jugendlichen beteiligten sich an der Organisation und Durchführung dieser Veranstaltungen. Die inhaltlichen Angebote sind konstant geblieben, da die Besucherzahlen belegen, dass die Themenschwerpunkte gut gewählt sind.

Im Berichtszeitraum wurden Jugendliche angehalten, mit Unterstützung eigene Partys zu organisieren. So lernen Jugendliche Verantwortung zu übernehmen, an einer Sache planerisch zu arbeiten und sie auch durchzuführen. Darüber hinaus müssen sie flexibel genug sein, um auf Schwierigkeiten reagieren zu können.

Auch im Jahre 2005 hat sich das Haus im November an der Durchführung der Brandenburger Kinderfilmfesttage aktiv beteiligt. Der Erfolg war ähnlich groß wie in den vergangenen Jahren, so dass bereits für das Jahr 2006 ein Termin in Frankfurt (Oder) vereinbart wurde. Die zuständige Kollegin arbeitet aktiv in der Sichtungskommission mit, welche die zur Verfügung stehenden Filme prüft und für alle Beteiligten auswählt.

Das MIKADO versteht sich aber auch als Veranstaltungshaus für die Jüngsten. Beispielsweise organisierte das Projekt in diesem Jahr mehrere Krimihörspielnächte, die sich großer Beliebtheit erfreuen und schon auf einen festen Teilnehmerstamm zurückgreifen können.

Offene Jugendarbeit

Die Einrichtung wird im offenen Jugendbereich von täglich bis zu 30 Personen besucht. Durch die Einführung einer Mitgliedskarte ist ersichtlich, dass aktuell 140 Jugendliche den offenen Jugendbereich des MIKADO nutzen.

Sie erhalten Unterstützung bei der Erledigung von Hausaufgaben, können Tischtennis spielen und organisieren Tischtennisturniere. Sie können Musik hören, die neuesten Ereignisse besprechen oder einfach nur ihre Freizeit verbringen. Die Mitarbeiter/innen führen Paddeltouren durch und trainieren so an mehreren Wochenenden das Outdoor-Leben mit den Jugendlichen.

Der immer größer werdende Bedarf an Beratung auf niedrigschwelliger Ebene veranlasste die Mitarbeiter/innen, einen kleinen separaten Beratungsraum einzurichten. Bei der Gestaltung wurden sie von Jugendlichen des Clubs tatkräftig unterstützt. Die Einführung einer Montagsrunde ist zu einem festen Bestandteil im Clubleben geworden. So wird in der zur Verfügung stehenden Zeit die Wochenplanung (Kochen, Bowlen, Sport, Spiel) beraten und festgelegt.

Darüber hinaus besteht eine sehr gute Zusammenarbeit mit einem Jugendclub der Stadt in Form von Organisation und Durchführung von Veranstaltungen in den Bereichen, Sport, Musik und Kochen.

Feriengestaltung

Die Feriengestaltung nimmt einen großen Raum in der Organisation und Durchführung von verschiedenen Angeboten ein. Auch in diesem Jahr war das MIKADO bemüht, für Kinder und Jugendliche der Stadt Frankfurt (Oder) und deren Gäste ein abwechslungsreiches Programm zu gestalten. Dies ist besser gelungen als in den Jahren zuvor, so dass auf den gemachten Erfahrungen für die zukünftige Saison aufgebaut werden kann.

Gremienarbeit

Als einer der größten Träger der sozialen Arbeit in der Stadt Frankfurt (Oder) ist das Regionalzentrum Ost ein kompetenter Partner in den benannten Bereichen. Es arbeitet in der AG Jugend (nach § 78 KJHG) aktiv mit, ist im Jugendhilfeausschuss der Stadt Frankfurt (Oder), in den Stadtteilkonferenzen und im Kita-Unterausschuss vertreten.

Planungsansätze

Der Träger wird die bereits vorhandenen Angebote aufrechterhalten und weiterhin Akquisition zur Sicherung der Angebote betreiben.

Die im April stattgefundenen Gespräche mit Vertretern des Jugendamtes brachten eine Konkretisierung des Auftrages an die Niederlassung Brandenburg. Somit wurden Stellenanteile klarer definiert und teilweise neu verteilt.

Ein Schwerpunkt der Arbeit im Jahr 2006 wird die Stabilisierung des Hauses sein. Dabei sind die Mitarbeiter/innen bestrebt, die Modellprojekte der LAG Multimedia „Jugend-Informations- und Medienzentrum“ sowie des bjke „Ich muss hier raus - was nun“ erfolgreich umzusetzen und auf dem Erreichten aufzubauen.

Im Berichtszeitraum wurde deutlich, dass das Projekt Verkehrserziehung, welches sich seit 4 Jahren in Trägerschaft der Niederlassung Brandenburg befindet, keine weitere Förderung erhalten wird.

Die Vertreter/innen der Jugendamtes der Stadt Frankfurt (Oder) machten kürzlich deutlich, dass sie sowohl mit der Arbeit des Trägers, als auch mit der Arbeit der Projektleitung und den Mitarbeitern der Einrichtung mehr als zufrieden sind. Es liegt nun am Team des MIKADO, dieses Niveau zu halten und wenn möglich noch zu verbessern.

3.2 Integrationszentrum 2. Gesamtschule Frankfurt (Oder)

Das Integrationszentrum an der 2. Gesamtschule Frankfurt (Oder) wechselte im September 2002 aus kommunaler Trägerschaft im Rahmen einer Betriebsübergabe in Trägerschaft der Niederlassung Brandenburg.

Das Integrationszentrum setzt sich aus zwei Bereichen zusammen: der Hortbetreuung für Kinder mit Rechtsanspruch und dem Kinder – und Jugendbereich.

Die Betreuungsziele sind dabei:

- ganzheitliche Förderung des Kindes/Jugendlichen,
- Entfaltung der individuellen Persönlichkeit,
- Aufbau von Selbstwertgefühl und Selbstsicherheit,
- soziale Kontakte und zusammenleben fördern,
- Spaß und Freude im Alltagsleben haben,
- sinnvolle Freizeitgestaltung erleben,
- Aufbau von Leistungsmotivation,
- Freude am Lernen vermitteln,

– Förderung von Konzentration und Ausdauer,
– Sprach- und Wahrnehmungsförderung,
– Bewegungsförderung, den eigenen Körper erfahren.

Die Einrichtung liegt im Frankfurter Stadtteil Nord. Das Objekt liegt am Rande eines Wohngebietes und gliedert sich in verschiedene Freiflächenbereiche auf. Derzeit besuchen 84 Kinder der Jahrgangsstufen 1-6 den Hort. 7 Kinder haben einen sonderpädagogischen Förderbedarf. Sie werden in 5 Hortgruppen entsprechend der Schulklassen von 6 Erzieher/innen betreut. Davon sind 3 Erzieher/innen ausgebildete Heilpädagogen/innen. Unterstützt wird die heilpädagogische Arbeit von 1 Physiotherapeutin und 5 Zivildienstleistenden.

In den Gruppen werden auf deren Situation abgestimmte strukturierte Tagesabläufe umgesetzt. Diese sind Bestandteil von Monatgruppenplänen, die unter Mitwirkung der Kinder zusammengestellt werden. Fester Bestandteil der täglichen pädagogischen Arbeit ist die Anfertigung der Hausaufgaben, bei der durch die Kooperation mit dem Lehrer/innen eine tägliche Rückkopplung garantiert wird.

Neben den täglichen Gruppenaktivitäten hält das Integrationszentrum vielfältige Angebote zu besonderen Anlässen bereit. Stellvertretend seien genannt:

– Familientage,
– Jahresabschlussfest,
– diverse Interessengemeinschaften,
– Rücken- und Fußschule,
– Kooperation mit örtlichen und regionalen Vereinen,
– Wochenend- und Ferienfahrten,
– Besuche an einer Partnerschule in Polen,
– integrative Schulvorbereitung in Kooperation mit der Grundschule einmal pro Woche,
– Theaterprojekte,
– gemeinsame Projekte, Feste und Feiern mit der Grundschule.

Die Schulnetzplanung der Stadt Frankfurt (Oder) zwingt zur konzeptionellen Neugestaltung am Standort Richtstraße. Die Horte der Integrations- und Sprachheilschule beginnen zum Schuljahr 2006/2007 mit neuer Konzeption ihre Arbeit, da beide in einer Einrichtung zusammengefasst werden.

Im Jahr 2005 entwickelten die Mitarbeiterinnen der Horte für die Arbeit ein pädagogisches Konzept. Begleitet und unterstützt wurde dieser Prozess durch den Qualitätsbeauftragten der Niederlassung Brandenburg. Für die individuelle Förderung der Kinder mit sonderpädagogischen Förderbedarf entwickelten die Heilpädagogen ein tragfähiges heilpädagogisches Konzept, dass sich an den Krankheitsbildern orientiert.

Ein wesentlicher Schwerpunkt der Konzeptentwicklung war die Fortschreibung und Neugestaltung der Arbeit mit den Eltern. So wurden Gesprächsrunden zu Erziehungsfragen nicht im gewünschten Maß angenommen, hingegen lebensnahe Aktivitäten von Großeltern, Eltern und Kindern stark nachgefragt. Die Einrichtung trug diesem Wunsch mit dem „Familientag“, der als traditioneller Höhepunkt mehrmals im Jahr stattfindet, Rechnung.

Weiterhin stand im Focus die Diskussion im Team zur stärkeren Einbeziehung der Kinder in die Gestaltung des Tagesablaufes, Regeln und Normen im Gruppenleben. Die Diskussionsergebnisse werden sich in der Jahresarbeitsplanung aller Kollegen/innen widerspiegeln.

Die partnerschaftlichen Beziehungen zu den polnischen Nachbarn konnten durch verschiedene Treffen und gegenseitigen mehrtägigen Besuchen weiter ausgebaut und vertieft werden.

Öffnung ins Gemeinwesen bedeutete im Berichtszeitraum:

– Teilnahme an den Stadtteilkonferenzen,

– Wahrnehmung von Angeboten durch andere Träger,
– aktive Mitgestaltung an Festen der Stadt Frankfurt(Oder),
– Teilnahme an Sportwettkämpfen im Stadtteil,
– Aufführung eines Theaterstückes für Kindergärten aus dem Stadtteil.

3.3 Hort der Förderschule für Sprachauffällige Frankfurt (Oder)

Auch der Hort der Förderschule für sprachauffällige Kinder Frankfurt (Oder) wechselte im September 2002 aus kommunaler Trägerschaft im Rahmen einer Betriebsübergabe in Trägerschaft der Niederlassung Brandenburg.

Die Förderschule für sprachauffällige Kinder in Frankfurt (Oder) wird mit 12 Klassen geführt, die 132 Schüler/innen besuchen. Hier werden Kinder mit diagnostizierten Sprachauffälligkeiten aus Frankfurt (Oder) und der näheren Umgebung unterrichtet. Der Hort für sprachauffällige Kinder ist eine weiterführende Einrichtung für diese Kinder. Es werden hier 101 Kinder in 12 Gruppen von der Leiterin und 13 Mitarbeiterinnen betreut. Die Mitarbeiterinnen haben eine sonderpädagogische Ausbildung im Bereich Sprache, in der Heilpädagogik oder als Stützerzieherin. Diese Qualifizierung ist wichtig, da für jedes Kind ein Förderplan zu erstellen ist, der optimal in der täglichen Arbeit umgesetzt werden muss.

Der Hort für sprachauffällige Kinder hatte im März des Jahres 2005 86 angemeldete Kinder zu betreuen. Diese Zahl konnte zum Schuljahresbeginn auf 101 angemeldete Kinder erhöht werden. Hier war von den Mitarbeiterinnen eine gute qualitätsgerechte Arbeit zu leisten, denn die Zufriedenheit der Kinder und Eltern ist von großer Wichtigkeit. Grundlage dafür war die individuelle Jahresplanung jeder Mitarbeiterin, die in den Stufenberatungen abgestimmt wurde. Das kam auch in der positiven Resonanz der durchgeführten Elternbefragung zum Ausdruck. Die Eltern legen großen Wert darauf, dass die Hausaufgabenerledigung unter fachlicher Anleitung erfolgt.

Besonderen Anklang fanden die regelmäßig organisierten Veranstaltungen, Höhepunkte und Ferienlager, an denen die Kinder und auch die Eltern, sowie die Gäste gerne teilnahmen. Um eine Auslastung der Ferienzeit zu gewährleisten, werden vielseitige Freizeittätigkeiten angeboten und diese rechtzeitig den Kindern und Eltern mitgeteilt, so dass die Kinder gemeinsam mit den Eltern eine Auswahl treffen können.

Im täglichen Ablauf konnten die Kinder in verschiedenen Aktivitäten ihre sprachlichen Fähigkeiten unter Beweis stellen.

Dazu gehören Umwelttraining sowie Auftritte in der Öffentlichkeit.

Mit Schuljahresbeginn stand der Zusammenschluss des Hortes für sprachauffällige Kinder und des Integrationshortes im Mittelpunkt der pädagogischen Arbeit. Hierzu war es erforderlich, gemeinsam ein neues Konzept zu erarbeiten. In kleinen Arbeitsgruppen wurden die Inhalte und Schwerpunkte erarbeitet, die dann in zwei Workshops für alle Mitarbeiterinnen vorgestellt und diskutiert wurden.

Dem Zusammenwachsen diente der gemeinsam durchgeführte Familientag in dem zukünftigen neuen Standort. Zu einem Anstieg der Qualität trugen auch die fachbezogenen Weiterbildungen bei. Das dort neu erworbene Wissen wird auch an die zu betreuenden Praktikanten/innen weitervermittelt.

3.4 Schulprojekt „Lernwerkstatt MIKADO-Crew“ Frankfurt (Oder)

„Integrierte Projekte von Jugendhilfe und Schule zur Vermeidung von Schulabbrüchen bei schulverweigernden Jugendlichen“, gefördert durch das Ministerium für Bildung, Jugend und Sport des Landes Brandenburg aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds und Mitteln des Landes Brandenburg.

„Lernwerkstatt MIKADO-Crew“

Seit dem 09.08.2004 gibt es in Frankfurt (Oder) dieses niedrigschwellige Angebot der Niederlassung Brandenburg, Regionalzentrum Ost, das sich an Jugendliche richtet, die den Schulbesuch aktiv oder passiv verweigern.

Zielgruppe

Zielgruppe sind Schüler/innen aus ganz Frankfurt (Oder), die sich im 9. oder 10. Schulbesuchsjahr befinden und die Schule aktiv oder passiv verweigern. Aufgenommen werden bis zu 14 Jugendliche. Derzeit befinden sind im Projekt auch 14 Teilnehmer/innen, neun männliche und fünf weibliche, deren Betreuung und Beschulung durch das Projekt im Sommer 2006 beendet wird.

Kooperationspartner

Das Projekt wird in Zusammenarbeit mit dem staatlichen Schulamt Frankfurt (Oder), dem Jugendamt der Stadt sowie der 1. Gesamtschule „Ulrich von Hutten“ und der Oberschule mit sozialer Integration geplant und getragen.

Die Rahmenbedingungen für das Projekt sind:

- eine Laufzeit über 2 Jahre (2004-2006),
- eine volle Lehrerstelle, die das Land Brandenburg, als Kofinanzierung der ESF-Mittel zu Verfügung stellt,
- eine volle Sozialarbeiterstelle sowie finanzielle Mittel für die Einstellung von Honorarkräften,
- Eingliederung der Lernwerkstatt in Räumlichkeiten des Kinder- und Jugendzentrums MIKADO, was es dem Projekt ermöglicht, den Jugendlichen, neben eigenen Räumlichkeiten auch ein breites Angebot an Werkstätten und Fachpersonal anbieten zu können,
- Einbezug des Modellprojektes in ein lokales Netzwerk,
- Begleitung und Auswertung aller Projekte, die sich dieser Arbeit widmen, durch die Landeskooperationsstelle Schule – Jugendhilfe in Potsdam.

Ziele und Inhalte

Ziel ist es den Jugendlichen in den zwei Jahren die Möglichkeit auf den Erwerb der einfachen Berufsbildungsreife zu ermöglichen. Dem entsprechend arbeiten die Mitarbeiter/innen des Projektes auf der Basis eines Konzeptes, das sich aus vier aufeinander folgenden Phasen zusammensetzt und die Teilnehmer/innen kontinuierlich wieder an Lernen und Schule heranführen soll. Denn nach Beendigung des Projektes haben die Jugendlichen die Möglichkeit, entweder eine Berufsausbildung aufzunehmen oder wieder an die Regelschule zurückzukehren und dort ggf. den 10.-Klasse Abschluss zu absolvieren. Ein besonderes Ziel ist es die Jugendlichen durch dieses Vier-Phasen-Modell so weit zu resozialisieren, dass sie in der Lage sind sich den gesellschaftlichen Normen und Werten anzupassen. Dazu gehören auch der Umgang mit Schuldruck und eine Beurteilung durch Noten.

Die Zeit im Projekt ist gekennzeichnet durch eine intensive sozialpädagogische Arbeit auf der Grundlage der subjektorientierten Jugendarbeit (nach Scherr) sowie einer Wissensvermittlung auf der Basis alternativer Lehr- und Lernmethoden mit erlebnispädagogischen Elementen.

Beschult werden die Jugendlichen seit dem Schuljahr 2005/2006 in allen schulrelevanten Unterrichtsfächern. Die Wissensvermittlung erfolgt immer in Kleingruppen und wird zum Teil an der Oberschule mit sozialer Integration durchgeführt.

Darstellung des bisher Erreichten

Nachdem es im Jahr 2004 vorrangig um den Aufbau eines Gruppengefühls, den Abbau sozialer Defizite und ein behutsames Heranführen an schulische Lehr- und Lerninhalte ging, wurde ab dem Jahr 2005 verstärkt mit der Beschulung der Jugendlichen gemäß dem Rahmenlehrplan des Landes Brandenburg begonnen. Diese Beschulung erfolgte vorerst in Form eines Wochenlehrplans, der erste feste Unterrichtsfächer wie Deutsch, Mathematik und Englisch enthielt und Platz für Projekte ließ, in denen Inhalte aus weiteren Unterrichtsfächern thematisiert werden konnten. Auf dieser Basis konnten alle der damals 13 betreuten Schüler/innen zum erfolgreichen Abschluss der 8. Klasse geführt werden. Darüber hinaus ist es gelungen im Sommer 2005 einen Schüler bereits vor Beendigung der zweijährigen Regelbetreuungszeit wieder an der Regelschule zu integrieren, wo er nun erfolgreich auf den Abschluss der 9. Klasse hinarbeitet.

Mit Beginn des Schuljahres 2005/2006 wurden die Teilnehmer/innen der „Lernwerkstatt MIKADO-Crew“ nach einem festen Stundenplan unterrichtet, der, wie bereits erwähnt, alle Unterrichtsfächer einer normalen Schule enthält. Die Beschulung erfolgte auf der Grundlage des Brandenburger Rahmenlehrplans für die Klasse 9 und wurde erweitert durch sozialpädagogische Elemente, die bisher erworbene soziale Kompetenzen festigen und erweitern sowie einen Rückfall in eine Verweigerungshaltung unterbinden sollten. Zu den Halbjahreszeugnissen im Januar 2006 waren lediglich zwei der vierzehn Schüler/innen versetzungsgefährdet. Derzeit wollen fünf der Schüler/innen nach Beendigung des Projektes an die Regelschule zurückkehren um dort ihren 10.-Klasse-Abschluss zu absolvieren.

Zielsetzung bis Sommer 2006

Ziel ist es, alle Schüler/innen der Lernwerkstatt bis zum Sommer 2006 zu einem qualitativ hochwertigen Abschluss der 9. Klasse zu befähigen und ihnen den Übergang entweder an die Regelschule oder in die Berufsausbildung zu ermöglichen. Dem entsprechend werden bereits jetzt Gespräche mit der Agentur für Arbeit und der 1. Gesamtschule „Ulrich von Hutten“ geführt und Übergänge geplant. Ziel ist es, Jugendliche zu entlassen, die sich in der Welt orientieren können und die Chance auf eine Zukunft haben.

3.5 AG Care 05

Das Projekt „AG Care 2005“ ist eines der jüngeren Projekte der Niederlassung Brandenburg und nahm am 01.02.2005 seine Arbeit auf. Der Projektname setzt sich zusammen aus AG = Arbeitsgelegenheiten, dem englischen Wort Care für Hilfe, Unterstützung und 2005 für den Beginn der Maßnahme.

Das Projekt stellt Arbeitsgelegenheiten mit Mehraufwandsentschädigungen gemäß § 16 Abs.3 des Sozialgesetzbuches Nr. II zur Verfügung und betreut die in den Arbeitsgelegenheiten eingesetzten Personen.

Zielgruppe

Das Projekt umfasst 61 Personen, die länger als ein Jahr arbeitslos sind, noch keine berufliche Ausbildung begonnen bzw. nach der Ausbildung bisher keinen Arbeitsplatz gefunden haben und Arbeitslosengeld II beziehen. Davon sind über 25 % der Projektteilnehmer/innen unter 25 Jahre alt.

Vorrangiges Ziel der Arbeitsgelegenheiten ist es, die betreffenden Personen entsprechend ihrer Berufsausbildung, ihrer Fähigkeiten und Fertigkeiten sowie darüber hinaus erworbener Qualifikationen einzusetzen. Dadurch soll erreicht werden, dass Menschen, die schon über einen längeren Zeitraum nicht mehr in ihrem erlernten Beruf bzw. einer ausgeübten Tätigkeit dem Arbeitsmarkt zur Verfügung standen, wieder auf das Berufsleben vorbereitet werden. Der Personenkreis wird befähigt, erlerntes Wissen wieder anzuwenden und neue Kenntnisse zu

erwerben, um damit die Chancen auf dem Arbeitsmarkt zu erhöhen. Zusätzlich werden Qualifizierungen in verschiedenen Bereichen durchgeführt.

Neben der Vermittlung bzw. Aktivierung von Kenntnissen in unterschiedlichen Arbeitsfeldern, besteht ein Schwerpunkt der Projektarbeit in der Unterstützung der betreuten Personen in lebenspraktischen Fragen. So wird bei Bedarf Hilfe zur Selbsthilfe geleistet und die soziale Kompetenz (Kommunikation, Teamfähigkeit etc.) gefördert. Gleichzeitig steht der Projektleiter als Ansprechpartner zur Verfügung, wenn Probleme des Alltags gelöst werden müssen. Die jahrelangen praktischen Erfahrungen bei der Betreuung arbeitsloser oder von Sozialhilfe lebender Jugendlicher und Erwachsener bestätigen, wie wichtig und notwendig der persönliche Kontakt zur Wiedererlangung von Selbstachtung und Selbstwertgefühl ist.

Einsatzorte/Tätigkeitsfelder

Die 18 Kooperationspartner (Einsatzorte), mit denen im Rahmen des Projekts zusammengearbeitet wird, sind anerkannte Träger der Jugendhilfe oder gemeinnützige Vereine, die vorrangig auf dem Gebiet der sozialpädagogischen Arbeit mit Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen tätig sind.

Auf Grund der aktuellen Personalsituation und den geringen finanziellen Zuwendungen durch die Auftraggeber ist es den Kooperationspartnern nicht möglich, für bestimmte Aufgaben notwendiges Personal einzustellen bzw. Aufträge an Firmen zu vergeben. Zum größten Teil gingen die Tätigkeiten der durch das Projekt geschaffenen Arbeitsmöglichkeiten bisher zu Lasten der sozialpädagogischen Arbeit und wurden zusätzlich oder gar nicht bewältigt. Der Einsatz von Betreuungs- und Unterstützungskräften auf der Basis von Arbeitsgelegenheiten mit Mehraufwandsentschädigung und deren Fähigkeiten und Fertigkeiten ermöglicht nicht nur eine Entlastung des Personals, das sich damit mehr auf seine sozialpädagogische Arbeit konzentrieren kann, es schafft auch neue Möglichkeiten, die Angebotspalette zu erweitern.

Entsprechend bestehen die Tätigkeitsfelder der Arbeitsgelegenheiten vorrangig aus

a) Betreuungshelfer Jugendarbeit
In dieser Arbeitsgelegenheit werden ausgebildete Erzieher/innen, Sozialarbeiter/innen bzw. Sozialpädagogen/innen, Personen mit Erfahrungen in der Kinder- und Jugendarbeit und Personen eingesetzt, die beabsichtigen, eine Ausbildung im sozialen Bereich aufzunehmen. Das Tätigkeitsfeld umfasst die Unterstützung bei der täglichen sozialpädagogischen Arbeit mit Kindern und Jugendlichen in Jugendzentren bzw. Jugendtreffs.

b) Hausmeistertätigkeiten
Dazu zählen typische Haus- und Hofarbeiten, wie z. B. Kleinreparaturen, Reinigungsarbeiten, Rasenpflege. Diese Tätigkeiten setzen handwerkliche Fähigkeiten voraus. Deshalb werden hier meist Personen aus entsprechenden Berufen oder mit entsprechenden Fähigkeiten beschäftigt.

c) Wirtschaftshilfskräften
Dieses Tätigkeitsfeld umfasst den unterstützenden Einsatz im Küchenbereich und bei Reinigungsarbeiten. Entsprechend sind hier hauptsächlich Personen mit der Ausbildung als Küchenhilfe oder Wirtschaftshilfskraft eingesetzt.

d) Unterstützung bei Büroarbeiten
Ausgebildete Bürokauffrauen können in diesem Bereich wieder ihre erworbenen Kenntnisse in typischen Büroabläufen anwenden und vervollständigen. Dazu gehören die Arbeit mit dem Computer (World, Excel) und Terminplanung ebenso wie Veraktung und Archivierung.

Gremienarbeit

Es besteht eine gute Zusammenarbeit zwischen dem Maßnahmeträger und der Agentur für Arbeit, der ARGE Frankfurt (Oder) und mit anderen Maßnahmeträgern. Dadurch können

auftretende Schwierigkeiten unproblematisch gelöst und freiwerdende Stellen wieder schnell besetzt werden. Regelmäßig werden Treffen durchgeführt, um über neueste Entwicklungen auf dem Gebiet der Arbeitsgelegenheiten zu beraten und Erfahrungen auszutauschen.

Planungsansätze

Zur Optimierung der inhaltlichen Arbeit sind folgende Maßnahmen in den Jahren 2006 und 2007 geplant:

– Für Jugendliche, die noch nicht über eine abgeschlossene Berufsausbildung verfügen und für Jugendliche, die sich beruflich neu orientieren wollen und müssen, wird in Zusammenarbeit mit der „Gesellschaft für Verhaltensanalyse und Evaluation mbH München“ (geva-Institut) ein Eignungstest für die Berufswahl durchgeführt. Dieser Test soll ermöglichen, auf Grund der Fähigkeiten und Fertigkeiten, Berufswünsche und Schlüsselqualifikationen der Teilnehmer optimale Voraussetzungen (Eignungsdiagnostik) für die Berufswahl zu schaffen.

– Zielgerichtete Qualifizierung der Projektteilnehmer/innen, die es ermöglicht, konkreter berufsfördernde Maßnahmen durchzuführen, um damit die Chance zur Wiedereingliederung in den ersten Arbeitsmarkt zu erhöhen.

– In Zusammenarbeit mit der ARGE Frankfurt (Oder) eine Erweiterung des Projekts dahingehend, Jugendlichen, die eine Berufsausbildung abgeschlossen haben und keine Erfahrungen im Berufsleben vorweisen können (was in Stellenangeboten jedoch meist verlangt wird), die Möglichkeit einzuräumen, in Trainingsmaßnahmen möglichst ein Jahr lang auf der Basis Arbeitsgelegenheiten mit Mehraufwandsentschädigung oder anderen Maßnahmen in ihren erlernten Berufen arbeiten zu können, um damit entsprechende Erfahrungen zu sammeln.

– Gemeinsam mit den Kooperationspartnern müssen Strategien erarbeitet werden, wie die Tätigkeiten in den Einsatzstellen mehr als bisher in Übereinstimmung mit den Voraussetzungen der Klienten vereinbart werden können.

4. Regionalzentrum Süd

4.1 Freizeitzentrum „Bergschlösschen“ Spremberg

Ziele und Zielgruppen

Seit dem Jahr 2001 gehört das Freizeitzentrum „Bergschlösschen“ zur Niederlassung Brandenburg.

Der Betreibervertrag zwischen der Stadt Spremberg und der Niederlassung Brandenburg wurde zuerst für die Dauer von 5 Jahren geschlossen. Die Stadtverordnetenversammlung beschloss im Mai 2005 die Verlängerung des Vertrages um weitere 3 Jahre (2006-2008).

Mit der Übernahme wird eine zentrale Einrichtung fortgeführt, in dem Kinder und Jugendliche an unterschiedlichen Angeboten der Freizeitgestaltung, Jugendkulturarbeit und Jugendbildung mit dem Ziel partizipieren können, ihre individuellen Fähigkeiten zu entwickeln, Eigenverantwortung zu erlernen und zu stärken sowie Toleranz und Gemeinschaftsgefühl im Umgang miteinander zu erwerben. Kindern und Jugendlichen mit sozialen und individuellen Benachteiligungen sollen ausdrücklich Partizipationsmöglichkeiten und die Vermittlung in soziale und pädagogische Hilfen angeboten werden.

Neben der besonderen Hinwendung zu Kindern und Jugendlichen steht die Aufgabe der Einbeziehung anderer Altersgruppen. Hierbei spielen generationsübergreifende und familienbezogene Angebote eine immer wesentlichere Rolle.

Für folgende Altersgruppen werden entsprechend den Bedürfnissen und Neigungen Angebote entwickelt:

– Kinder (6-11 Jahre),
– Jugendliche (12-18 Jahre),
– junge Erwachsene (ab 18 Jahre) sowie
– Familien.

Angebotsstruktur

Die Angebotsstruktur ist sehr vielschichtig und umfasst verschiedenste Bereiche des kulturellen und sozialen Lebens junger Menschen.

Dafür stand im Berichtszeitraum ein Mitarbeiterteam von 4 festangestellten sozialpädagogischen Mitarbeiter/innen (ab Januar 2006 nur noch 3 Mitarbeiter), 1 Hausmeister/ Techniker, 1 gastronomischer Mitarbeiter und 3 geringfügig Beschäftigte zur Verfügung. Mitarbeiter auf Honorarbasis sowie zeitweilige Praktikanten und ehrenamtliche Helfer unterstützten die Arbeit. Seit September 2005 ist ein Mitarbeiter im Freiwilligen Sozialen Jahr (FSJ) in der Jugendarbeit beschäftigt. Zusätzliche Maßnahmen wie Arbeitsgelegenheiten mit Mehraufwandsentschädigung (MAE) sowie Arbeit statt Grundsicherung des Eigenbetriebes des LK Spree-Neiße wurden im Haus integriert.

Kurse

Hierbei liegt die Zielsetzung hauptsächlich in der Entwicklung und Vervollkommnung spezieller Fähig- und Fertigkeiten über einen längeren Zeitraum. In folgenden Sachbereichen wurden Kurse angeboten:

– Malen, Zeichnen, Kunst,
– Keramik, Töpfern,
– Flug- und Schiffsmodellbau,
– Patchwork und Textilgestaltung,
– Streethockey,
– Breakdance und HipHop-Dance.

Die Kursarbeit findet in wöchentlichem Turnus zu regelmäßigen Zeiten statt.

Projekte und Workshops

Sie dienen der kurzzeitigen Erprobung bestimmter Fähigkeiten/Fertigkeiten und der Auseinandersetzung mit jugendrelevanten Themen. Sie erfreuen sich zunehmender Beliebtheit unter den Jugendlichen, da hierbei Erfolgserlebnisse schneller sichtbar werden.

Folgende künstlerisch/kreative Projekte wurden durchgeführt:

– Korbflechten,
– Speckstein,
– Theater,
– Keramik-, Aquarellmalerei,
– Sorbische Bräuche und Traditionen.

Weiterhin hat sich neben erlebnispädagogischen Angeboten die HipHop-Kultur zu einem besonderen Schwerpunkt der Projektarbeit in und außerhalb von Schule entwickelt und beinhaltete folgende Elemente:

– Graffiti,
– DJing,

– Rap,
– Beatbox,
– Breakdance,
– HipHop-Dance.

Das vom Bundesprogramm CIVITAS geförderte Projekt „Streetwars – Hippe Hopper gegen braune Freaks – gewaltfreie Straßenkämpfe“ von April bis Dezember 2005 vertiefte diese Angebote mit neuen pädagogischen Arbeitsansätzen. Insbesondere galt es, in der szenespezifischen Jugend- und Kulturarbeit eine überregionale Vernetzung mit anderen Gruppen und Projekten herzustellen. Ziel war die Entwicklung und Förderung einer neuen „Streitkultur“, mit deren Hilfe soziale Kompetenzen und das Selbstwertgefühl junger Menschen gestärkt wurden. Das Aufzeigen von Alternativen, Wege jenseits von Gewalt und Antisemitismus zu finden, die Auseinandersetzung mit dem eigenen Handeln waren wichtige Handlungsfelder. Folgende Aktivitäten unter aktiver Beteiligung Jugendlicher wurden durchgeführt:

– „Battle of the Month“ im Spremberger „Bergschlösschen“,
– Wochenendfahrt an die polnische Ostsee,
– Teilnahme am Berlin 05 Festival,
– HipHop-Camp in der Jugendbegegnungsstätte am Felixsee,
– „Battle of the park“ anlässlich der Herbstmesse im Spreeauenpark Cottbus,
– „Battle of the Year 2005 International“ in Braunschweig,
– Schul- und Freizeitworkshops.

Ein weiteres Vorhaben konnte in Bezug auf die Nachhaltigkeit des obigen Projektes über die Aktion Mensch/5000xZukunft gebunden werden. Das Projekt „Mobiles HipHop-Haus! Kultur on Tour!“ vom September 05 bis März 06 wurde in Zusammenarbeit mit dem Jugendverein „HipHop-Haus 4 Elements“ entwickelt.

Hierbei ist von Jugendlichen mit Hilfe von Fachunternehmen ein Bus zu einem HipHop-Mobil mit eigenem Tonstudio umgebaut worden. Die Jugendlichen konnten in gemeinsamer Teamarbeit und handwerklichen, künstlerischen und sozialen Betätigungsfeldern Erfahrungen sammeln.

Es ist angedacht, den HipHop-Bus zukünftig als mobile Begegnungsstätte im ländlichen Raum zu nutzen sowie Schul- und Stadtfeste zu bereichern.

Ein weiteres Projekt wurde im Rahmen des Jugendprogramms „Zeitensprünge“ der Stiftung Demokratische Jugend ins Leben gerufen. Unter dem Titel „Ein Haus lebt durch Musik – vom Walzer zum HipHop“ von März bis Oktober 2006 werden Jugendliche Hintergründe und Fakten zu diesem selbst gewählten Thema erforschen und Zeitzeugen befragen. Anlass ist das 140-jährige Bestehen des Freizeitzentrums „Bergschlösschen“ im Oktober 2006, das feierlich begangen werden soll. Hierbei werden die Geschichtsergebnisse von Jugendlichen selbst präsentiert.

Seit März 2004 hat sich der multimediale Jugendverein namens „Back-Pictures“ in der Einrichtung etabliert. Hauptaktivität ist der semiprofessionelle Umgang mit der Videotechnik wie Kameras, Schnitttechnik, Synchronisation und Internetpräsentation. Es hat sich in den letzten Jahren eine enge Zusammenarbeit entwickelt, die sich besonders in der videotechnischen Begleitung von Projekten und der Einbeziehung von Jugendlichen darstellt.

Jugend- und Informationsmedienzentrum (JIM)

Seit Anfang 2006 ist das Freizeitzentrum „Bergschlösschen“ über die LAG „Multimedia“ Brandenburg als JIM aufgenommen. Auf Grundlage eines medienpädagogischen Konzeptes werden Räumlichkeiten des Hauses umgestaltet und mit offenen Angeboten und Projekten gefüllt. Es wird eine Zusammenarbeit mit Kitas, Schulen, anderen Jugendeinrichtungen und der Arbeitsagentur aufgebaut. Ziel ist die Entwicklung und Steigerung von Medienkompetenz

verschiedene Zielgruppen in Hinblick auf neue Perspektiven und bessere Chancen auf dem Ausbildungs- und Arbeitsmarkt.

Kooperation Jugendarbeit - Schule

Es existieren mit folgenden Ganztagsschulen und Schwerpunkten Kooperationsverträge:

- Grundschule Sellessen/Haidemühl in Form eines Kursangebotes „Keramik“,
- Allgemeine Förderschule in Form eines Kursangebotes „Neue Medien“, „Breakdance“ und „Keramik“,
- Oberschule Wirthstraße in Form der Durchführung eines Schulverweigerprojektes.

Die Kurse werden wöchentlich 1 bis 2 Stunden an dem jeweiligen Schulstandort durchgeführt und richten sich hauptsächlich an Schüler/innen ab dem 5. und 6. Schuljahr. Weiterhin kooperierte das Freizeitzentrum „Bergschlösschen“ punktuell mit weiteren Schulen bei der Gestaltung von Projekttagen, -wochen, z. B. zu den Themen Erlebnispädagogik und HipHop.

Veranstaltungen

Angeboten wurde eine breite Palette von Veranstaltungen und Events für verschiedenste Altersgruppen.

Das waren im Berichtszeitraum:

- 2 Jugendtheater (Thema Liebe u. 60 Jahre nach Kriegsende),
- 4. Castle Eastside Jam,
- 1 Battle of the Months (Rapperliga),
- 1 Jugendmodenschau,
- 2 Kabarettabende,
- 7 Kinder-, Puppen- und Familientheater,
- monatliche Kinderdiscotheken,
- Kindergeburtstage,
- thematische Familienfeste, -nachmittage.

Jugendbereich

Um den Bedürfnissen der Jugendlichen nach eigenen Entfaltungsmöglichkeiten Rechnung zu tragen, befindet sich im Haus ein separater Jugendbereich. Hier können sich Jugendliche zwanglos treffen, Musik hören sowie verschiedene Spiel- und Sportgeräte nutzen.

Darüber hinaus wurden gemeinsam Themenabende gestaltet, eigene sportliche Aktivitäten sowie Vergleiche mit anderen Jugendclubs ausgetragen, z. B. ein Fußball-, Volleyballturnier auch unter Einbeziehung ausländischer Jugendlicher, Teilnahme am Perlecup, dem größten sportlichen Jugendevent in Spremberg.

Mehrtagesfahrten bereicherten das Angebot, z. B. zu den Landeskulturtagen nach Blossin, Wochenendfahrten in die trägereigene Jugendbegegnungsstätte am Felixsee sowie ein Skiurlaub ins Riesengebirge.

Die Jugendlichen beteiligten sich aktiv an der Vor- und Nachbereitung verschiedenster Aktionen und unterstützten zahlreiche Höhepunkte des Hauses.

Jugendfeiern

Das Freizeitzentrum „Bergschlösschen“ ist seit dem Jahr 2004 Veranstalter von Jugendfeiern (ehemals Jugendweihen). Im Jahr 2005 haben 240 Teilnehmer/innen der 8. Klassen des

Stadtgebietes an den Feierstunden teilgenommen. Sie wurden in monatlichen Jugendstunden zu jugendrelevanten Themen auf diesen Höhepunkt vorbereitet. Angeboten wurden HipHop-Dance, sportliche Vergleiche, Gesprächsrunden zu Integration und Rechtsextremismus mit der RAA, Berufsorientierung mit der Lotsenstelle Lausitz, Typ-, Frisuren-, Kosmetikberatungen. Es fanden insgesamt 6 Jugendfeiern statt.

Lernwerkstatt „Sprungbrett“

Seit dem Schuljahresbeginn 2004/05 hat die Lernwerkstatt „Sprungbrett“, mit dem Projekt „Integrierte Angebote von Jugendhilfe und Schule zur Vermeidung von Schulabbrüchen bei schulverweigernden Jugendlichen“ im Freizeitzentrum seine Arbeit aufgenommen. Es konnten 14 Jugendliche des 9. bzw. 10. Schulbesuchsjahres integriert werden. Die stetige Begleitung und Betreuung hat eine Lehrerin und ein Sozialpädagoge übernommen, ergänzend werden Fachkräfte auf Honorarbasis beschäftigt. Seit dem 01.01.2006 hat das Projekt auf Grund räumlicher Zwänge ein neues Domizil im Ortsteil Schwarze Pumpe in Spremberg bezogen. Ziel ist es, in den 2 Jahren die Schulpflicht qualifiziert zu erfüllen und die einfache Berufsbildungsreife zu erwerben.

Mobile Arbeit

Das Freizeitzentrum unterstützt größere Aktivitäten in der Stadt und Region und präsentiert eigene Angebote im Sinne einer aktiven und wirksamen Öffentlichkeitsarbeit, z. B. während der Interkulturellen Woche, Gesundheitswoche, beim alljährlichen Heimatfest, multikulturellen Stadtfest.

Vermietungen

Parallel zu den trägereigenen Angeboten haben im Sinne einer pluralen Entfaltung gemeinwesenorientierter Ziele andere Nutzer/innen die Möglichkeit, Räumlichkeiten und Anlagen zeitweilig in Anspruch zu nehmen.

Neben der Vermietung von Räumlichkeiten werden verschiedene Freizeit- und Spielgeräte, z. B. ein Hüpfkissen, Elektroautos zur Unterstützung der verschiedensten Aktivitäten vorrangig von Kindereinrichtungen, Schulen, Jugendclubs und Vereinen zur Nutzung angeboten.

Jugendcafè „Crossover“

In diesem Bereich ist ein Mitarbeiter der Niederlassung Brandenburg beschäftigt. Auftrag der Gastronomie ist hauptsächlich die bedarfsgerechte Versorgung der im Haus stattfindenden Veranstaltungen sowie des täglichen Betriebes.

Gremienarbeit

Zur Gewährleistung von Transparenz und einer engen Zusammenarbeit mit verschiedenen Partnern wurde ein Hausbeirat gebildet, der sich aus öffentlichen Vertretern/innen und jugendlichen Nutzern/innen des Hauses zusammensetzt und halbjährlich tagt.

Das Freizeitzentrum „Bergschlösschen“ ist weiterhin in folgenden Gremien aktiv:

- AG Jugend nach § 78 KJHG,
- Runder Tisch für Ausländerfragen gegen Gewalt des Landkreises Spree-Neiße,
- Lokale Aktionsgruppe Strittmatter-Land,
- Örtliche Liga (Zusammenschluss von sozialen Vereinen),
- seit Februar 2006 Arbeitsgruppe „Familienfreundliche Kommune“ und Aufbau eines „Lokalen Bündnisses für Familie“.

Es besteht eine inhaltlich ergänzende Zusammenarbeit mit anderen Kinder- und Jugendeinrichtungen der Region sowie Schulen, Vereinen, Initiativen, Institutionen und der Stadt Spremberg sowie dem Jugendamt des Landkreises Spree-Neiße.

Weitere Vorhaben

Eine Etablierung der Einrichtung innerhalb der Jugendkulturlandschaft der Stadt und Region konnte gefestigt werden. Auch im Jahr 2006/2007 ist die Fortführung von Projekten in der HipHop-Kultur in enger Zusammenarbeit mit dem eingetragenen Verein „HipHop-Haus 4 Elements“ geplant.

Ein Ziel ist der Abschluss weiterer Kooperationsverträge zwischen Schule/Jugendarbeit im Prozess der Ganztagsschulentwicklung.

Ein Hauptaugenmerk wird auf die Möglichkeit der Entwicklung des Hauses in ein Mehrgenerationshaus gerichtet, da bereits viele Ansätze eines generationsübergreifenden Angebotes existieren. Dieses gilt es zu überprüfen, weiterzuentwickeln und entsprechend auch räumlicher Veränderungen zu gestalten. Hierzu wird eine entsprechende Konzeption erarbeitet.

Die Integration eines Arbeitsprojektes könnte ein weiteres Standbein sein. Hierzu wurden Gespräche mit der Stadt und dem Eigenbetrieb des Landkreises Spree-Neiße aufgenommen.

4.2 „Bergbau-Erlebniswelt Felixsee“ (Jugendbegegnungsstätte am Felixsee)

Das Objekt in der Gemeinde Felixsee/OT Bohsdorf ist struktureller Bestandteil des Freizeitzentrums „Bergschlösschen“. Es besteht aus 5 Bungalows mit insgesamt 34 Übernachtungsmöglichkeiten und separatem Sozial- und Sanitärgebäude. Das Gelände bietet verschiedene Spiel- und Freizeitangebote, z. B. Tischtennis, Volleyball, Streetball, Kegeln sowie Beachvolleyball am naturbelassenen Badesee. Weiterhin laden verschiedene Ausflugsziele und ein ausgebautes Radwanderwegenetz in die nähere Umgebung ein.

Im Sommer 2005 ist auf Grundlage einer EU-Förderung der Gemeinschaftinitiative Leader+ die Umgestaltung des Objektes zu einer Bergbau–Erlebniswelt Felixsee begonnen worden. Damit erhielt die Jugendbegegnungsstätte eine neue Profilierung im Sinne des geschichtlichen Altbergbaus der Region.

Dieses innovative Projekt ist in einem 3-wöchigen trilateralen Workcamp mit Studierenden aus Polen, Spanien und Deutschland mit Unterstützung regionaler Handwerksbetriebe und Künstler gestartet worden. Es entstand ein “Untertagefrühstücksraum“, Stolleneingang, Modell eines Metallförderturms, mehrere rustikale Sitzgruppen, Wandbilder, ein Schmiedebild und eine Gruppe von Keramikreliefs. Neu errichtet wurde ebenfalls ein Fahrradstützpunkt mit insgesamt 27 Rädern, der wesentlich zur Aufwertung des Objektes beiträgt.

Die Angebotsstruktur besteht aus der Vermietung des gesamten Objektes oder Teilen davon vorrangig an Kinder- und Jugendgruppen, Vereine und Privatpersonen sowie der Organisation und Durchführung eigener Freizeit- und Ferienreisen für Kinder und Jugendliche.

Eigene Angebote waren weiterhin die Durchführung eines einwöchigen Zirkuscamps, HipHop-Camps, Tagesfahrten der Lernwerkstatt „Sprungbrett“ und Wochenendfahrten des Jugendbereichs des „Bergschlösschens“.Im Sinne einer Vernetzung verschiedener Anbieter vor Ort mit dem Ziel der Optimierung des Marketings und der Ausschöpfung touristischer Potentiale ist das Freizeitzentrum „Bergschlösschen“ Mitglied im Netzwerk „Radtourismus“ Strittmatter-Land und des Fremdenverkehrsvereins Spremberg/Niederlausitz.

Weitere Vorhaben

Das Projekt „Bergbau-Erlebniswelt Felixsee“ wird im Jahr 2006 im Rahmen eines weiteren Studentencamps fortgesetzt. Ziel ist eine Attraktivitätssteigerung des Objektes in Verbindung mit einer unverwechselbaren altbergbaulichen Note und Identifikation mit der Geschichte der Region. Es werden Bildungsangebote, geschichtliche und touristische Führungen geplant. Damit wird eine effektivere Auslastung der Kapazitäten des Objektes verbunden. Die Entwicklung in den Bereichen Jugendaustausch und internationale Begegnungen, insbesondere mit dem Nachbarland Polen, ist eine weitere wichtige Aufgabe.

4.3 Jugendclub Lieberose und Amtsjugendpflege im Amt Lieberose

Ausgangssituation

Die Freizeiteinrichtung „Jugendclub Lieberose“ und die mobile Jugendkoordination für den Bereich Lieberose im Amt Lieberose/Oberspreewald ist seit dem Jahr 2000 in der Trägerschaft der Niederlassung Brandenburg.

Der „Jugendclub Lieberose“ ist eine Einrichtung der offenen Jugendarbeit. Hauptzielgruppe sind Jugendliche aus den unterschiedlichsten sozialen Schichten der Stadt und ihrer anliegender Gemeinden. Er ist Anlaufstelle für die Jugendlichen und Ausgangspunkt der jugendkoordinatorischen Tätigkeit der Sozialarbeiterin für das Amt Lieberose. Die Freizeiteinrichtung ist somit eine „Schnittstelle und Koordinationsstelle unterschiedlicher, aber komplex angelegter Angebote der Jugendhilfe“ (zitiert nach einem Arbeitspapier: Qualitätsstandards für Offene Kinder und Jugendarbeit, 10/05) des Jugendamts Landkreis Dahme-Spreewald.

Er bietet den Kindern und Jugendlichen aus der Stadt Lieberose und aus den anliegenden Gemeinden in der Freizeit eine Anlaufstelle, wo sie den unterschiedlichsten Freizeitinteressen nachgehen können. Dabei wird auf ihre Beteiligung und Mitwirkung bei diesen Angeboten großen Wert gelegt (Stärkung des Ehrenamtes).

Im ländlichen Bereich wird die Notwendigkeit einer Vernetzung und Koordination der Jugendarbeit der einzelnen Träger aufgrund der z. T. geringen Bevölkerungsdichte, der ungünstigeren Infrastruktur und der Weiträumigkeit ganz deutlich. Dadurch wird die Möglichkeit geschaffen, die begrenzt vorhandenen Mittel, aber auch die nutzbaren Potenzen besser zum Einsatz zu bringen und somit die Entwicklung zur flächendeckenden Jugendarbeit zu begünstigen.

In den vergangenen Jahren ergaben sich verschiedene neue Aufgabenschwerpunkte der offenen Treffpunktarbeit und der mobilen Jugendarbeit. Bestimmte Aspekte, die sich nach mehreren Jahren Jugendsozialarbeiterin der Freizeiteinrichtung und im ländlichen Raum immer weiter in den Vordergrund drängen, müssen näher analysiert und detaillierter erläutert werden. Dem entsprechend wurde die Konzeption für die Arbeit angepasst.

Ergebnisse 2005/2006

Allgemein

Zu den wichtigsten Aufgaben der Jugendarbeit zählen in erster Linie die kontinuierliche Betreuung der Freizeiteinrichtung, Vertrauensbasis erarbeiten und die Anleitung, Beratung und Unterstützung des Clubrates.

Als weitere Aufgabenschwerpunkte war im Jahr 2005 für die Jugendsozialarbeiterin die Leitung der Freizeiteinrichtung „Jugendclub Lieberose“, die örtlich definierte Anlaufstelle und Ausgangspunkt der aufsuchenden Aktivitäten im Rahmen der Jugendkoordination. Die Arbeit und Vernetzung der einzelnen Jugendgruppen ist z. B. mit kleinen Veranstaltungen erfolgreich umgesetzt worden.

Die Kooperation mit allen Trägern oder aktiven Vereinigungen, die im Rahmen des KJHG Jugend- und Jugendsozialarbeit leisten, ist ein weiterer wichtiger Schwerpunkt der Arbeit mit regelmäßigen Treffen der jeweiligen Ansprechpartner. Die Arbeit in der Stadt und Projekte für und mit der Stadt (wie das Osterfeuer 2006 und zukünftig die Organisation des Spreewaldmarathons) sind wichtige Kooperationspartner und Möglichkeiten der Vernetzung und Gemeinwesenarbeit.

Zielgruppen

Zielgruppe der Arbeit sind Jugendliche und junge Erwachsene im Alter von 16 bis 27 Jahren aus dem Amtsbereich des Amtes Lieberose/Oberspreewald im Bereich des ehemaligen Amtes Lieberose, die sich in ihrer Freizeit in den ortsansässigen Jugendeinrichtungen aufhalten. Momentan gibt es im Amtsbereich 9 Jugendeinrichtungen, die durch die Kommune und das Amt für Jugend, Sport und Freizeit gefördert werden und in den Jahren 2005 und 2006 durch die Niederlassung Brandenburg betreut wurden. Die Jugendeinrichtungen befinden sich in der Stadt Lieberose und deren Ortsteil Trebitz und Doberburg und in der Gemeinde Schwielochsee in den Ortsteilen Goyatz, Ressen-Zaue, Speichrow, Guhlen, Mochow und in der Gemeinde Jamlitz. Vernetzungspunkt ist die Freizeiteinrichtung „Jugendclub Lieberose“.

Freizeiteinrichtung

Zwischen der Stadt und den Jugendlichen zu vermitteln, ist Aufgabe der Jugendsozialarbeit. Dabei sollten die Interessen beider in gleichem Maße vertreten werden, was im Jahr 2005 erfolgreich gelungen ist und auch im Jahr 2006 weitergeführt wird. Im Jahr 2005 war eine große Veranstaltung der Höhepunkt des Jahres. Die 5-Jahres-Feier der Freizeiteinrichtung war nicht nur als Veranstaltung ein großer Erfolg, sondern auch die Vorbereitung war eine gute Möglichkeit, die Jugendlichen für die Arbeit in der Freizeiteinrichtung zu engagieren. Die Renovierungsarbeiten wurden mit Hilfe von MAE-Kräften vorbreitet und durch die Jugendlichen ausgeführt. Neben einer Gruppendynamik, die dadurch entstand, sind auch viele kreative Methoden immer wieder in die Arbeit eingeflossen. Ein wichtiger Schwerpunkt der Arbeit ist die Ausbildungsplatzsuche bzw. Arbeitsplatzsuche. Somit war die Arbeit in Richtung Bewerbertraining und Bewerbungsschreiben sehr umfassend und intensiv. Weiterhin wurden die traditionellen Veranstaltungen der Stadt genutzt und auch eigene Projekte dazu organisiert und durchgeführt.

Arbeit in den Gemeinden

Die Arbeit in den Jugendtreffs war und ist zunächst immer wieder die Beziehungsarbeit und die Vermittlung einer Befähigung der Jugendlichen, eigenständig Projekte und Veranstaltungen in und mit den Jugendlichen aus der Gemeinde durchzuführen. Was in den Jahren 2005/2006 gelungene Beispiele, wie das Alttechniktreffen des Goyatzer Jugendclub oder die Halloweenparty, das Herbstfest, das Frühlingsfest des Jamlitzer Jugendclubs beweisen. Wichtig war es in den kleineren Jugendclubs bzw. denen mit „neuen“ Jugendlichen immer wieder, Kontakt aufzunehmen und mit den Jugendlichen zu arbeiten. Wie zum Beispiel im Jugendclub Ressen, es handelt sich hier um eine neue und viel jüngere Nutzergruppe, wobei die inhaltlichen Themen auch hier wie auch in der Freizeiteinrichtung, Berufssuche, Hartz IV und traditionelle Veranstaltungen sind.

Schlussfolgerungen

Es ist festzustellen, dass die Beziehungsarbeit immer wieder ein wichtiger Aspekt ist und bleibt und durch die immer wieder fortwährende Anwesenheit der Sozialarbeiterin erst ein Arbeitsumfeld entsteht. Durch die Sensibilität der Sozialarbeiterin wurden und werden immer wieder neue kleinerer Themenschwerpunkte aufgenommen und bearbeitet. Erkennbar ist der erfolgreiche Vernetzungsgedanke, so dass bei Bedarf auch die Jugendlichen aus dem

Jugendclub in die Freizeiteinrichtung kommen und nachfragen oder sich an Projekten beteiligen.

Somit war die Arbeit ähnlich wie im Jahr 2004 angelegt. Unter der Woche wird besonders Wert auf die Berufsvorbereitung und die Ausarbeitung für größere Projekte gelegt, die Wochenenden werden für allgemeine, größere Themen genutzt bzw. der Förderung der Teamsportarten.

Wichtig ist es, wie einige Unruhen zum Ende des Jahres 2005 bewiesen haben, noch mehr auf die Öffentlichkeitsarbeit der einzelnen Jugendtreffs zu achten und auch mehr Gemeinwesenarbeit zu betreiben.

4.4 Kompetenzagentur Cottbus

Im Berichtszeitraum hat die Kompetenzagentur mit 408 Jugendlichen in unterschiedlicher Intensität gearbeitet.

Die enge Kooperation mit den städtischen Akteuren bewirkt, dass bei steigender Teilnehmerzahl der Zugang der Jugendlichen über bezirkliche Institutionen nahezu konstant geblieben ist (77,3 %). Der Focus liegt auf der Kooperation mit den Schulen. Das Beratungsangebot ist im Stadtteil und der Stadt Cottbus etabliert. Über institutionellen Zugang erreichten die Agentur Schüler/innen aus

- Cottbuser Gesamtschulen und Oberschulen,
- Förderschulen

und Schulabgänger/innen über städtische Einrichtungen wie z. B.

- Jugendgerichtshilfe,
- Allgemeine Soziale Dienste des Jugendamtes,
- Betreute Wohnformen,
- Jobcenter Cottbus,
- Agentur für Arbeit, Berufsberatung.

Im Rahmen des offenen Zugangs nahmen im Berichtszeitraum deutlich mehr Jugendliche aus Eigeninitiative oder auf Rat von Freunden und Familienmitgliedern das Beratungsangebot in Anspruch. Es zeigt sich damit, dass Beratungsangebote auf „neutralem“ Boden in ansprechendem Ambiente, wie es die Lage in einer Ladenzeile ermöglicht, helfen, Hemmschwellen zu verringern und Zugänge zu erleichtern. Die weitere Auswertung des Monitoring ergibt folgendes Bild der Zielgruppe: Mit 71,1 % wurden schwerpunktmäßig Jugendliche im Alter von 16 Jahren bis 19 Jahren erreicht. Hier ist über die Jahre ein deutlicher Trend zu erkennen. Die von der Kompetenzagentur betreuten Jugendlichen werden im Durchschnitt immer jünger. 68,6 % männlichen Ratsuchenden standen 31,4 % weiblichen Ratsuchenden gegenüber, wobei eine deutliche Verschiebung zugunsten der männlichen Teilnehmer gegenüber dem Vorjahr auszumachen ist. Diese Verteilung spiegelt zum einen die allgemeine Tendenz in den Hauptschulen wieder, zum anderen die Zuweisungspraxis der Jugendhilfeeinrichtungen (z. B. die Jugendgerichtshilfe), die vorrangig männliche Klienten an die Kompetenzagentur verweisen.

Die Anzahl der Jugendlichen mit Migrationshintergrund ist im Vergleich zu den vorigen Jahren konstant geblieben. Unsere Arbeit im Case Management ist im Berichtszeitraum erstmalig statistisch aussagefähig abgebildet. 17,1 % der Beratungen mündeten in intensiven Beratungsverläufen und sind geplant beendet. Das bedeutet einen positiven Verlauf mit einem positiven Abschluss.

Einmündungen in Ausbildung, in schulische Weiterbildung und in berufsvorbereitende Bildungsmaßnahmen zeugen von dem Erfolg des Verfahrens. Die Umsetzung des Case Managements unterliegt neben strukturellen Unabwägbarkeiten (Angebote der Leistungsträger SGB II/III/VIII/Schule), auch individuellen, zielgruppenspezifischen Unabwägbarkeiten.

Jugendliche haben ihre eigenen Pläne und Vorstellungen, die nicht immer mit der Realität korrespondieren. Dies führt immer wieder zu Abbrüchen im Case Management. Vom Selbstverständnis des Angebotes ist aber eine Chance auf erneute Zusammenarbeit gegeben und wird auch von den ersten Jugendlichen so verstanden, die sich nach Zeiten von Abwesenheit an das Angebot erinnern und den Kontakt erneut suchen.

Der Kontakt zum Jobcenter Cottbus konnte verstärkt werden. Über die Kompetenzagentur wird das Case-Management der Jugendlichen in den Mehraufwandsentschädigungsmaßnahmen (MAE) der Niederlassung Brandenburg durchgeführt. Das gilt auch für die Maßnahme des Eigenbetriebes des Landkreises Spree-Neiße. Auch die Jugendlichen im Modellprojekt Leonardos Meisterbude werden durch die Kompetenzagentur begleitet. Dies findet in Zusammenarbeit mit dem ASD – Cottbus statt.

Kompetenzfeststellungsverfahren

Die zwingend erforderlichen biografischen Interviews und Kompetenzfeststellungsverfahren, die zum Case Management der Kompetenzagentur gehören, wurden in der Datenbank im Bereich „Einzelne Testverfahren“ dokumentiert. So nahmen insgesamt an Testverfahren oder Assessments über 80 % der Jugendlichen teil. Nicht berücksichtigt bei der Auswertung der Daten wurden die von der Kompetenzagentur im Jahr 2005 eingesetzten Tests des „geva-institut München“, da eine Auswertung zurzeit noch nicht vorliegt. Geplant ist hier eine obligatorische Teilnahme aller ins Fallmanagement aufgenommenen Jugendlichen, um den Beratungsprozess effizienter zu gestalten.

Der Anzahl der zu beratenden Jugendlichen am Übergang Schule/Beruf hat sich signifikant auf 74,9 % erhöht. Das Beratungsangebot ist etabliert und der kontinuierliche Kontakt zu den Multiplikatoren an den Schulen (Lehrer/innen und Schulsozialarbeiter/innen) zeigt seine Wirkung.

Der Ausbau des Zuganges zu Jugendlichen, die sich in den Abschlussklassen der allgemeinbildenden Schulen befinden, führt zu einem Bedarf an erweiterten Beratungsansätzen und Beratungsmodellen. Denn Schülerinnen und Schülern mit geringer bis fehlender Praxiserfahrung und geringer Selbsteinschätzung fällt der Einstieg in eine Berufsorientierung in der Regel ungemein schwer. Um den Erfahrungsdefiziten dieser Gruppe entgegenzukommen und um eine Beratungsgrundlage zu schaffen, wurden im letzten Quartal zusätzlich zum Interviewansatz Onlinetests („geva-Institut München“) eingeführt und modellhaft angeboten. Erste Testverfahren belegen, dass die angefragten Jugendlichen keine Berührungsängste gegenüber Onlinetests zeigen.

In der ersten Testphase wurden die Jugendlichen während des Tests begleitet, um bei Bedarf Hilfestellungen geben zu können und um sicher zu gehen, dass die Tests richtig zugeordnet sind. Die Testphase wurde evaluiert. In der Praxis zeigt sich, dass der Ansatz, Onlinetests als Methode in das Beratungssetting aufzunehmen, richtig ist.

Die Evaluation des ersten Durchlaufs macht ebenso deutlich, dass die Tests nur im Beratungskontext als sinnvolles Instrument einzusetzen sind und entsprechender Vorbereitung bedürfen. Auch ausreichende Zeit für die Auswertung und das Auswertungsgespräch müssen eingeplant werden.

Problematisch ist weiterhin die geringe Zahl an Ausbildungsplätzen auf dem ersten Ausbildungsmarkt. Auch im Bereich des 2. Ausbildungsmarktes – überbetrieblich, Verbundausbildung – hat sich im Vergleich zum Vorjahr nicht viel bewegt. Maßnahmen wie EQJ sind stark nachgefragt, haben aber auch nur wenige Plätze zu bieten. Einen Teil der Klienten konnte die Agentur in die MAE der Niederlassung Brandenburg in Cottbus vermitteln. Dort wurde ein Qualitätsstandard entwickelt, um Ausbeutungseffekte zu verhindern.

Netzwerkarbeit im Stadtteil und in der Stadt

Die Kompetenzagentur Cottbus ist im sozialen Raum des Stadtteils sowie auch in den verschiedenen sozialen Räumen der Stadt Cottbus fachlich anerkannt und etabliert.

Die Mitarbeiter/innen der Agentur sind in verschiedenen Arbeitsgruppen vertreten, um fachliche Präsenz zu zeigen.

So arbeiten sie in folgenden AGs mit:

- Lenkungsrunde der Sozialen Stadt Sachsendorf-Madlow,
- AG Jugendarbeit im Stadtteil Neu-Schmellwitz,
- Familienbildung des FB Sozialwesen der FH-Lausitz im Stadtteil Sachsendof-Madlow,
- Lokales Bündnis für Familie im Stadtteil Sachsendorf-Madlow,
- Lenkungsrunde der Kompetenzagentur Cottbus,
- Lokales Bündnis für Familie für die Stadt Cottbus,
- AG 78 des Jugendamtes der Stadt Cottbus,
- Dazu kommen informelle Gesprächsrunden mit Mitarbeitern der Jugendclubs, der Jugendgerichtshilfe, der Jugendhilfe Cottbus e.V. , der Diakonie Cottbus, dem Paritätischer Verein Cottbus, der AWO Cottbus, dem ASD, den städtischen Schulsozialarbeitern und den Mitarbeitern der sozialen Dienste der Justiz,
- Lenkungsrunde Lokales Kapital für soziale Zwecke im Stadtteil Sachsendorf-Madlow.

Der Verdichtungsgrad der Zusammenarbeit der Träger und Einrichtungen im Stadtteil ist bedingt durch das Programm „Die Soziale Stadt“ höher als in der Gesamtstadt und in den anderen Stadtteilen.

Erreichbarkeit

Seit Mai 2006 befindet sich der Hauptsitz der Agentur im „Jugendberatungs- und Lernzentrum jule“ der Niederlassung Brandenburg im Stadtzentrum von Cottbus. Nachfragen zu dem Gesamtangebot der Stiftung in Cottbus können hier sofort kompetent beantwortet, Jugendliche, aber auch andere Interessierte entsprechend weiter verwiesen werden. Die Präsenz im Stadtteil Sachsendorf-Madlow ist durch regelmäßige Sprechzeiten in den Räumen der „Lotsenstelle Lausitz“ gesichert.

Fachlichkeit

Die Agentur hat sich in Cottbus durch die Ausrichtung von zwei Fachtagungen zum Thema Schulverweigerung und zum Thema Hartz IV und die Kinder- und Jugendhilfe – durch die qualifizierte Mitarbeit in den o. g. Gremien und durch die kompetente Beratung einen hohen fachlichen Stand erworben.

Dieser Stand ist erworben durch

- Schulungen im Bundesmodellprogramm,
- interne Schulungen,
- Diskussionsrunden mit einzelnen Agenturen,
- durch vorhandenes Wissen in den Rechtskreisen des SGB II/III und VIII.

Die Mitarbeiter/innen der Agentur haben sich von Anfang an die Arbeitsgebiete aufgeteilt. Bedingt durch frühere Arbeitserfahrungen, Ausbildungen und Interessen gibt es für bestimmte Themen und Fragestellungen immer einen festen und kompetenten Ansprechpartner. Im Jahr 2005 entschieden sich die Mitarbeiter/innen der Agentur in den „Deutschen Verband für Bildungs- und Berufsberater“ einzutreten. Sie wollen dort eine Arbeitsgruppe initiieren, um die inhaltliche Arbeit Agentur übergreifend weiterzuführen. Mit der Mitgliedschaft in dem Verband, in dem traditionell die Berufs- und Arbeitsberater der Agentur für Arbeit organisiert sind, will die Agentur auch den Anspruch auf Fachlichkeit dokumentieren.

Lotsenfunktion

Netzwerke sind Bezugsrahmen, innerhalb derer der Jugendliche seinen Weg und sein Ziel finden kann. Die einzelnen Mitglieder des Netzwerkes sind wie Knotenpunkte zu sehen, von denen die nächste Etappe angesteuert werden kann. Lotsen haben ja die Funktion, den richtigen Weg zu kennen, sie können vor Untiefen warnen und sie sind in der Lage mit den Wegen auch die Zeiten für die Bewältigung der Strecken zu verkürzen. So ähnlich betrachten die Partner das Netzwerk der Kompetenzagentur.

Vorträge und Veranstaltungen

Ein wichtiges Thema im ersten Halbjahr 2005 war auch in Cottbus die Vorgaben nach Hartz IV und die entsprechenden Auswirkungen. Die Agentur hat dabei den Schwerpunkt auf die Jugendlichen von 14 bis 25 Jahre gerichtet. Eigenarten, die dabei aufgefallen sind, waren die Klassifizierung der Schüler in „wer lebt in einer Bedarfsgemeinschaft“ und wer nicht. Das bedeutete für die Schüler in einer Klasse, einige wurden vom Berufsberater beraten und die anderen nicht. Das hat sich im Laufe des 2. Halbjahres normalisiert. Die Agentur stand mit ihren Netzwerkpartnern ständig in Kontakt, auch um den aktuellen Wissensstand weiterzugeben.

Im September hat die Agentur zusammen mit der Jugendhilfe Cottbus e.V. einen Fachtag zum Thema „Hartz IV und die Kinder- und Jugendhilfe – Trends, Auswirkungen“ in Cottbus durchgeführt. Unterstützt wurde diese Tagung durch den FB Sozialwesen an der FH – Lausitz. Leider wurde die Veranstaltung nicht so angenommen wie die Fachtagung zum Thema „Schulverweigerung“. Trotzdem konnten über die Öffentlichkeitsarbeit neue Kontakte aufgebaut und alte wieder aufgefrischt werden.

Auch im Jahr 2005 hat die Kompetenzagentur beim „Jump up 2“ mitgewirkt, gefördert durch das Programm Soziale Stadt Sachsendorf-Madlow.

Die Kompetenzagentur hat im ersten Quartal 2005 mit dem Stadtteilmanagement Sachsendorf-Madlow, dem Gesprächskreis Familienbildung der FH – Lausitz, FB Sozialwesen und einigen Einzelpersonen einen Familienworkshop initiiert und durchgeführt. Unterstützt wurde sie dabei vom Servicebüro Lokale Bündnisse für Familien“ in Berlin des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend Berlin. Auf dieser Veranstaltung wurde das „Lokale Bündniss für Familien in Sachsendorf-Madlow gegründet.

Der Leiter der Agentur hat in Aachen in einer Veranstaltungsreihe zum Thema „Schule – Schulverweigerung, Alternative Modelle“ von den Modellen aus Cottbus berichtet.

Im letzten Quartal stand dann die Vorbereitung der Transferkonferenz der Kompetenzagenturen in Bonn am 01.12.2005 im Vordergrund. Die Kompetenzagentur Cottbus hat dort in der AG „Lotsen brauchen ein funktionierendes Netzwerk“ mit den Agenturen aus Berlin-Neukölln, Aachen, Mannheim, Leipzig und Fürth zusammengearbeitet. Auf der Konferenz hat sich die Agentur u. a. mit einer Stellwand und vielen Materialien der Fachöffentlichkeit vorgestellt. Rückblickend kann von dieser Konferenz gesagt werden, dass sie ein großer Erfolg war.

Auf der Bundeskonferenz der „Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe – AGJ“ in Berlin, die am 21./22.04.2005 stattfand, war die Kompetenzagentur Cottbus mit dem von der Agentur initiierten Projekt „Lernwerkstatt Leonardos Meisterbude“ als „Good-Practice-Beispiele“ vertreten.

Zusammenarbeit mit anderen Kompetenzagenturen

Die Zusammenarbeit mit den Agenturen aus Berlin-Neukölln und Aachen hat sich stark intensiviert. Das lag zum einen an vergleichbaren Problemstellungen wie z. B. Themen rund

um die Schule und neu hinzukommend das gemeinsame Interesse an den Tests des geva-instituts aus München.

Jede der Agenturen bietet jetzt die geva-Tests für ihre Klienten/innen an. Am weitesten entwickelt in Aachen, da das Land dort den „Kompetenz-check“ für alle Schüler der Abgangsklassen anbietet. Die Kompetenzagentur Aachen hat sich dort intensiv eingebracht. Auf Anregung der drei Agenturen gibt es die Tests jetzt auch in den Fremdsprachen:

– Türkisch,
– Kurdisch,
– Arabisch,
– Russisch.

Hier waren die Agenturen in Berlin und Aachen federführend.

Zur weiteren Intensivierung der Zusammenarbeit trug dann die bereits aufgeführte Transferkonferenz am 01.12.2005 in Bonn bei.

Fazit und Ausblick

Ziel der Arbeit im Berichtszeitraum war es, die Grundlagen für die Verstetigung der Kompetenzagentur zu legen. Dazu dienten die Intensivierung der Kontakte zur ARGE Cottbus, dem Eigenbetrieb Grundsicherung des Landkreises Spree-Neiße und dem Jugendamt der Stadt Cottbus.

Parallel dazu sollte auch mit Hilfe der Profilierung durch steigende Fachlichkeit, durch die Kooperation mit dem geva-institut München und durch die Mitarbeit in vielen stadtteilbezogenen und stadtweiten AG und Initiativgruppen die Agentur im Bewusstsein der Fachöffentlich verankert werden. Die Mitarbeiter/innen der Agentur sind bestrebt, diesen Arbeitsansatz kontinuierlich fortzuführen.

Ziel der Arbeit wird es sein, die Agentur über den 01.10.2006 verstetigt zu haben und als ein Teil des Angebotes im Bereich der „Arbeitswelt bezogenen Jugendsozialarbeit“ in Cottbus fortzuführen. Deshalb wird sich die Agentur auch an den neuen Ausschreibungen für die Kompetenzagenturen ab Mitte des Jahres 2006 beteiligen.

4.5 „Lernwerkstatt Leonardos Meisterbude" Cottbus

Seit dem 01.11. 2003 gibt es im Cottbusser Stadtteil Sachsendorf das Angebot „Integrative Projekte von Jugendhilfe und Schule zur Vermeidung von Schulabbrüchen bei schulverweigernden Jugendlichen“ der Niederlassung Brandenburg, das sich an Jugendliche richtet, die den Schulbesuch verweigern. Zielgruppe sind Jugendliche aus dem Stadtteil, die im 9. und 10. Schulbesuchsjahr sind. In Ausnahmefällen auch im 8. Schulbesuchsjahr. Das Projekt wurde in Zusammenarbeit mit dem staatlichen Schulamt Cottbus, dem Jugendamt der Stadt Cottbus und der Sachsendorfer Gesamtschule im Stadtteil geplant und beantragt.

In Berichtszeitraum 2005/2006 waren 12 Teilnehmer im Projekt - 10 Jungen und 2 Mädchen. Das Verhältnis spiegelt in etwa die Realität an den Schulen wider. Auch dort gibt es zurzeit mehr Jungen, die die Schule verweigern, als Mädchen, wobei die Tendenz aber langsam umschlägt und die Zahl der schulverweigernden Mädchen zunimmt.

Um das Projekt auszustatten, wurde im Rahmen des Programms „Stadtteil mit besonderem Förderbedarf – Soziale Stadt Sachsendorf-Madlow“ ein Antrag auf Finanzierung gestellt. Der Bürgerbeirat des Stadtteils hat diesen Antrag angenommen und bewilligt. Mit diesem Geld war es möglich, für die Projekträume eine Ersteinrichtung zu kaufen. Es entstanden Einzel- und Gruppenarbeitsplätze, Computerarbeitsplätze und ein Internetzugang für die Jugendlichen.

Die Rahmenbedingungen für das Projekt sind:

- Insgesamt läuft das Projekt bis Juli 2007.
- Das Land Brandenburg stellt als Kofinanzierung für die ESF-Gelder eine volle Lehrerstelle zur Verfügung.
- Kooperationsvereinbarungen mit dem staatlichen Schulamt Cottbus und dem zuständigen Schulrat, dem Jugendamt Cottbus und besonders hier dem ASD und der kooperierenden Schule Sachsendorfer Gesamtschule Cottbus,
- Einbezug des Modellversuchs in ein lokales Netzwerk,
- Begleitung und Auswertung aller Projekte, die sich dieser Arbeit widmen, durch die Landeskooperationsstelle Schule – Jugendhilfe in Potsdam,
- Die Niederlassung Brandenburg hat einen Sozialarbeiter für das Projekt eingestellt und Mittel für Honorarkräfte eingeplant.

Ziele und Inhalte

Das Projekt steht unter dem Motto „Schule an anderem Ort und mit anderen Inhalten“.

Für die Teilnehmer wurden drei große Ziele entwickelt:

- Teilnahme am Modellversuch und Erwerb des Abschlusses der 9. Klasse,
- Teilnahme am Modellversuch und Vorbereitung auf die Aufnahme einer Maßnahme der Agentur für Arbeit,
- Reintegration in die „Normalschule“.

Um diese Ziele zu erreichen, wurden folgende Angebote erarbeitet:

- Arbeit in Projekten die sich thematisch an Schulfächer orientieren,
- Arbeit in thematischen Lernwerkstätten,
- mathematisch-naturwissenschaftliche Lernwerkstatt,
- musisch-künstlerische Lernwerkstatt,
- Sprachen,
- Selbstlerngruppen,
- Praxislernorte und Praktika.

Viel Wert wird auch auf ein breites Angebot im freizeit- und erlebnispädagogischen Bereich gelegt.

Elternarbeit

Eine erfolgreiche Arbeit mit den Jugendlichen kann nur geleistet werden, wenn die Eltern mit einbezogen werden. Deshalb wurden im Laufe des Jahres mehrere thematische Elternabende durchgeführt. Themen waren unter anderen:

- Die Arbeit im Modellversuch,
- Mein Kind geht wieder zur Schule, hat das Auswirkungen auf das Familienleben?
- Klassenfahrten,
- Planung bis zu den großen Ferien,
- Zeugnisvergabe,
- „Wie geht es nach dem Projektende weiter?“

Zu diesen Veranstaltungen wurden immer sowohl Eltern als auch die Jugendlichen eingeladen. Die Abende wurden von den Eltern und den Jugendlichen gut angenommen.

Projekte

Waldcamp

Zu Beginn des Jahres wurde ein Waldcamp durchgeführt. 2 Betreuer und alle Jugendlichen waren in einem Wald nahe Cottbus und konnten dort eine intensive Waldpflege durchführen. Ziel des Projektes war es, für den eigenen Verbrauch Holz zu schlagen. Es wurde mit dem Eigentümer des Waldes vereinbart, dass für die Pflegeleistung das nutzbare Holz behalten werden konnte. Die Jugendlichen konnten so mehrere Wochen körperliche Arbeit erfahren und so einen Einblick in die reale Arbeitswelt erfahren.

Betriebspraktikas

Das Konzept des Projektes sieht auch vor, die Jugendlichen auf das Berufsleben vorzubereiten. Dazu konnten sich die Teilnehmer/innen Praktikumsbetriebe suchen, die später dem eigenen Berufswunsch entsprachen. Alle Teilnehmer/innen absolvierten die Praktika erfolgreich.

Klassenfahrt nach Harrachov (CZ)

Als Höhepunkt des Schuljahres sind alle Teilnehmer/innen gemeinsam nach Harrachov gefahren. Diese Fahrt war auch gleichzeitig die Abschlussfahrt, da die Projektzeit für die Teilnehmer/innen mit Übergabe der Zeugnisse im Juni 2005 endete.

Das Schuljahr 2004/2005 wurde beendet. Von den ehemaligen 12 Teilnehmern/innen, die zu Beginn der Maßnahme beschult wurden, haben 8 Jugendliche die Projektzeit durchgehalten und auch das Projektziel (Abschluss Klasse 9) erreicht. Zwei Teilnehmer/innen sind auf Wunsch während der Maßnahme an Regelschule zurückgegangen. Ein/e Teilnehmer/in verließ das Projekt nach Ablauf der Pflichtschulzeit ohne Abschluss, ein/e weitere/r Jugendliche/r wurde in das neue Schuljahr mit übernommen, da die Pflichtschulzeit noch nicht erfüllt war.

Das Schuljahr 2005/2006 begann mit 15 Teilnehmern/innen, davon 12 Jungen und 3 Mädchen. Schwerpunkt der Arbeit mit den neuen Schülern war die Gruppenbildung. Interaktionen und erlebnispädagogische Inhalte füllten die ersten Wochen im neuen Schuljahr. Die Aufgabe, aus vielen Individualisten eine Gruppe zu bilden, gestaltete sich als sehr schwer. Die Ablehnungshaltung der Jugendlichen gegenüber Neuen und Unbekannten ließen die Betreuer/innen und Lehrer/innen oft an Grenzen stoßen.

Das Projekt hat als Praxislernort ein Gelände in Spreenähe mieten können. Die Abgeschiedenheit und doch gleichzeitig ein stadtnaher Erlebnisort ermöglicht eine praxisnahe erlebnisorientierte Arbeit mit den Jugendlichen. Auf 6.000 qm Wald- und Wiesenfläche wurde unter der Überschrift „Handwerk als Erlebnis“ begonnen zu arbeiten. Die Deutsche Kinder- und Jugendstiftung (DKJS) fördert ein Teilprojekt, in dem die ehemaligen Schulverweigerer Kanus bauen können, um sie dann später an andere Schulklassen zu vermieten.

4.6 Schulsozialarbeit Lübben am Neuhaus

Die Tätigkeit des Schulsozialarbeiters an der Allgemeinen Förderschule in Lübben wurde in Trägerschaft der Niederlassung Brandenburg am 01.04.2004 begonnen. Zuvor war an der Schule eine Sozialarbeiterin tätig. Nach deren Ausscheiden war die Stelle etwa ein halbes Jahr nicht besetzt. Im Berichtszeitraum 2005/2006 konnte durch entsprechende inhaltliche Arbeit, aber auch durch die öffentliche Darstellung auf eine erfolgreiche Arbeit verwiesen werden.

Die Tätigkeit des Schulsozialarbeiters wird auf der Grundlage des Kinder- und Jugendhilfegesetzes (KJHG) und des Schulgesetzes des Landes Brandenburg durchgeführt. Weitere Grundlagen der Tätigkeit bilden:

– die Förderrichtlinie 610-Stellenprogramm des Landes Brandenburg,
– die Förderrichtlinie Jugendarbeit des Landkreises Dahme Spreewald,

– Empfehlungen des MBJS zur Durchführung des Projektes „Sozialarbeit an Schulen“ aus dem Jahr 1994 und
– zur „Qualitätsentwicklung und Qualitätssicherung der Schulsozialarbeit an Schulen in Brandenburg“ aus dem Jahr 1998.

Die Tätigkeit im Arbeitsfeld wird nach den Handlungsgrundsätzen

– Angebotsvielfalt,
– Auswahlprinzip der Betroffenen,
– Stärkung der Selbsthilfekräfte,
– Bedarfs- und Ergebnisorientierung sozialer Hilfestrategien,
– ergebnisorientierte Überprüfung der Hilfeleistungen

organisiert und durchgeführt.

Das Projekt stellt einen handlungsfeldübergreifendes Angebot der Jugendhilfe im Lebensraum Schule dar, das entwicklungsbegleitende Hilfen für alle Kinder und Jugendlichen der Schule sowie einzelfallbezogene Hilfen für sozial Benachteiligte bzw. für Schüler/innen mit negativen Lernerfahrungen und für Schüler/innen in individuellen Konfliktlagen sichern soll. Im Sinne lebensweltorientierter Sozialarbeit richtet sich die Tätigkeit in erster Linie an die Kinder und Jugendlichen in der Lebenswelt Schule und versucht Hilfen zu geben in Konflikten und Problemen, welche die Jugendlichen mit sich selbst und für sich selbst haben. In Übereinstimmung mit dem vorstehend Genannten liegen der Arbeit die Handlungsmaximen Prävention, Dezentralisierung/Regionalisierung, Alltagsorientierung, Ganzheitlichkeit, Lebensweltorientierung, Integration und Normalisierung sowie Partizipation zu Grunde.

Die Angebote sind inhaltlich in die Arbeitsfelder

– Einzelfallhilfe,
– Arbeit in Kleingruppen,
– Elternarbeit,
– Gemeinwesenarbeit,
– niedrigschwellige Beratung und Vermittlung in weiterführende Angebote,
– offene Jugendarbeit und Freizeitaktivitäten

gegliedert.

Im Tätigkeitsbereich ist eine sozialpädagogische Fachkraft angestellt. Bis zum 31.07.2005 wurde die bestehende Rahmenkonzeption fortgeschrieben und bildet in Form einer ausführlichen Konzeption nach Abstimmung mit dem Jugendamt des Landkreises Dahme-Spreewald und der Projektgruppe an der Förderschule die Grundlage der Arbeit im Projekt. Die jetzt gültige Konzeption wird auf der Grundlage der Evaluation der Arbeit im Berichtszeitraum bis zum 31.07.2006 erneut fortgeschrieben. Die Gesamtkonzeption der Maßnahme Schulsozialarbeit an der allgemeinen Förderschule in Lübben wird durch Konzeptionen für einzelne Projekte – z. B. Projekt „Kommunikation im Sport“ ergänzt bzw. weiter unterlegt.

Der Sozialarbeiter konnte im Berichtszeitraum die Vernetzung mit anderen Beteiligten am Prozess der Erziehung, Bildung und Jugendhilfe in der Lebenswelt Schule (zum Beispiel durch die Arbeit der Projektgruppe) ausbauen und stabil gestalten. Weiterhin wurden die erforderlichen Kontakte zu Eltern und zu Erziehern in den Heimen ausgebaut, so dass bei Problembearbeitung und in Konfliktsituationen im System nach Lösungen gesucht werden kann. Im Territorium wurde die Einbindung in das Netz bestehender Jugendhilfeangebote im Landkreis Dahme-Spreewald gesichert. Der Stelleninhaber arbeitet in verschiedenen Arbeitsgruppen so im regionalen Arbeitskreis Jugend und in der AG Schulsozialarbeit mit. Die regelmäßige Teilnahme an Foren und Seminaren z. B. zur Weiterentwicklung der Standards für die Jugendarbeit im Landkreis Dahme-Spreewald ist ebenfalls Bestandteil des Arbeitsfeldes. Aktuell (seit März 06) findet im Landkreis in Arbeitsgruppen die Erarbeitung von Handlungsgrundsätzen und Entwürfen zur praktischen vertraglichen Umsetzung der

Novellierung des KJHG insbesondere auf dem Gebiet des Kinder- und Jugendschutzes statt, in die der Stelleninhaber ebenfalls einbezogen ist.

Im Tätigkeitsfeld wurden verschiedene Angebote aufgebaut bzw. weitergeführt. Dazu gehören unter anderem Diskussionsrunden zu verschiedenen Themen, Arbeit mit modernen Medien z. B. mit dem Internet und Diskussionen über Filme und Dokumentationen. Es wurde für die verschiedenen Altersbereiche ein Projekt Kommunikation im Sport aufgebaut und weitergeführt. Insgesamt konnten mit diesen Angeboten deutlich über 50 % der Kinder und Jugendlichen erreicht und angesprochen werden. Gleichzeitig werden durch den Sozialarbeiter Unterstützungen gesichert bei Projekten im Rahmen des Unterrichts, z. B. zum Thema Drogen, oder bei Weiterbildungen der Lehrer, z. B. durch Vermittlung geeigneter Referenten. Schulveranstaltungen werden aus sozialpädagogischem Ansatz begleitet bzw. unterstützt.

Es werden oder wurden Projekte wie eine Erlebnis- und Freizeitfahrt (Januar 2006) als Integrationsmaßnahme gemeinsam mit Kindern und Jugendlichen eines kooperierenden Vereins in das Zittauer Gebirge durchgeführt. Eine weitere Maßnahme mit gleichem Ansatz ist für August 2006 in Bedrichov/Tschechien in Vorbereitung. Beide Veranstaltungen sollen die Arbeit des Projektes Kommunikation im Sport weiterführen und ergänzen sowie einen Beitrag im Sinne von ressourcenorientiertem Jugendschutz leisten. Ein Projekt mit polnischen Förderschülern in den Sommerferien (Manege frei) wurde in gemeinsamer Arbeit mit weiteren freien Trägern der Jugendhilfe vorbereitet und durchgeführt. Es konnte im Berichtszeitraum bereits ein zweites Mal als deutsch-polnisches Projekt im JBZ Blossin Ende November 2006 erfolgreich stattfinden. Im Rahmen des Angebotes Kommunikation im Sport legten im Berichtszeitraum über 25 Schüler eine Gürtelprüfung und 18 Kinder und Jugendliche das Judosportabzeichen ab. Die Ergebnisse beider Projekte – „Kommunikation im Sport“ und „Manege frei“ – wurden in Form einer großen Vorführung am 01.12.05 vor allen Schülern, Lehrern und Eltern und Erziehern und weiteren Gästen vorgestellt. Mit dem deutsch-polnischen Zirkusprojekt konnten die Förderschüler das Finale des Wettbewerbes „Brückenköpfe“ erreichen und nahmen Ende April 2006 am Finale der besten acht Projekte dieses Wettbewerbs im Schloss Trebnitz bei Müncheberg teil. Darüber hinaus fanden auf dem Gebiet der Projektarbeit Anfang Mai 2005 im Rahmen der Projektwoche der Schule ein Projekt Hipp Hopp, Rap, Break Dance mit Unterstützung von Kollegen aus anderen Projekten der Niederlassung Brandenburg statt und es wurde ein Projekt der Klassenstufe 9 der Schule zum Thema Drogen in Vorbereitung und Durchführung unterstützt.

Ein weiteres wichtiges Arbeitsfeld bildete die Arbeit am Einzelfall oder in Kleingruppen im Sinne von Konfliktvermittlung oder auch im Zusammenhang mit Interventionen in Krisensituationen. Der Sozialarbeiter wird von den Schülern/innen und auch von Lehrern/innen akzeptiert und unterstützt. Es ist im Berichtszeitraum immer wieder gelungen, Konfliktsituationen so zu bearbeiten, dass ein Fortschreiten bzw. eine Eskalation von Konflikten vermieden werden konnte. In der Einzelfallarbeit findet eine enge Zusammenarbeit mit dem Jugendamt/ASD des Landkreises Dahme-Spreewald statt. Häufig ist diese Zusammenarbeit mit Blick auf das soziale Umfeld der Kinder und Jugendlichen im Sinne einer wirkungsvollen Jugendhilfe zwingend erforderlich.

Bei verhaltensauffälligen Kindern konnte wiederholt eine bessere Eingliederung der Kinder in ihr schulisches Umfeld unterstützt werden. In schwierigen Fällen wurde auch hier versucht, durch die Einbeziehung des Jugendamtes oder anderer Institutionen der Jugendhilfe situationsadäquate Lösungen (z. B. über Hilfen zur Erziehung) zu finden. Eine enge Zusammenarbeit mit Eltern und Heimen hat sich dabei oft bewährt. Hilfreich waren auf diesem Gebiet auch gemeinsame Gesprächsrunden mit Klassen oder einzelnen Gruppen zur Konfliktvermittlung in Zusammenarbeit mit Lehrern und mit der Schulleitung.

Sowohl in der Einzel- und Gruppenarbeit, aber auch bei der Organisation und Durchführung von verschiedenen Veranstaltungen hat sich eine Zusammenarbeit mit Trägern der Jugendhilfe wie RAA, Suchtberatung, Jugend- und Bildungszentrum Blossin aber auch eine sachbezogene Zusammenarbeit mit Institutionen oder Personen, wie z. B. mit dem Schulpsychologen oder der Polizei (vor allem auf präventivem Gebiet) bewährt.

Zur Darstellung der Arbeit des Sozialarbeiters in der Lebenswelt Schule konnten öffentliche Präsentationen, z. B. Projekttage, aber auch darüber hinaus die Mitarbeit, z. B. im regionalen Arbeitskreis Jugend und in der AG Schulsozialarbeit, genutzt werden. Arbeitsansätze wurden auch auf Konferenzen und Veranstaltungen vorgestellt und erläutert.

Die materiellen Voraussetzungen für die Tätigkeit im Bereich der Schule wurden schrittweise weiter verbessert. Neben der Nutzung der vom Jugendamt und der Schule bereitgestellten Möglichkeiten konnte mit Unterstützung von Projekten der Niederlassung Brandenburg sowie anderer Vereine die inhaltliche Arbeit einschließlich der Arbeit in AGs und Projekten gesichert werden. Das schließt sowohl die ordnungsgemäße Beantragung und Abrechnung von Fördermitteln als auch die Finanzierung durch Eigen- bzw. Teilnehmerbeiträge und Spenden ein.

4.7 Schulprojekt „Lernwerkstatt Sprungbrett“ Spremberg

Seit dem Schuljahresbeginn im Jahr 2004 hat das Schulprojekt Lernwerkstatt „Sprungbrett“ als Teil des Landesprogramms „Integrative Projekte von Jugendhilfe und Schule zur Vermeidung von Schulabbrüchen bei schulverweigernden Jugendlichen“ die Arbeit aufgenommen. Gefördert durch das Ministerium für Bildung, Jugend und Sport des Landes Brandenburg mit Geldern des Europäischen Sozialfonds (ESF) wird das Projekt durch die Niederlassung Brandenburg in Spremberg angeboten.

Zielgruppe

Dieses niedrigschwellige Angebot richtet sich an Jugendliche, die den Schulbesuch aktiv oder passiv verweigern. Zielgruppe sind Jugendliche des 9. und 10. Schulbesuchsjahres aus Spremberg und Umgebung. Derzeit sind 13 Teilnehmer/innen, davon 9 männliche und 4 weibliche, im Projekt, deren Betreuung und Beschulung im Sommer 2006 mit Weitervermittlung in Berufsvorbereitung oder Ausbildung beendet wird.

Kooperationspartner

Das Projekt wird durch das Staatliche Schulamt, der Koordinationsschule Oberschule Wirthstraße, dem ASD des Landkreises, der Stadt Spremberg, dem Freizeitzentrum „Bergschlösschen“ und der Kompetenzagentur Cottbus sowie der Lotsenstelle Lausitz unterstützt.

Die Rahmenbedingungen für das Projekt sind

- insgesamt läuft das Projekt 2 Jahre, August 2004-August 2006,
- das Land Brandenburg stellt als Kofinanzierung für die ESF-Gelder eine volle Lehrerstelle zur Verfügung,
- es wurden Kooperationsvereinbarungen mit dem Staatlichen Schulamt Cottbus und dem zuständigen Schulrat, dem Jugendamt Spremberg, besonders dem ASD, und der kooperierenden Schule, der Gesamtschule Wirthstraße Spremberg getroffen,
- die Begleitung und Auswertung aller Projekte, die sich dieser Arbeit widmen, erfolgte durch die Landeskooperationsstelle Schule - Jugendhilfe in Potsdam sowie der Evaluation der Evangelischen Fachhochschule Berlin e.V.,
- die Niederlassung Brandenburg hat einen Sozialarbeiter für die Leitung des Projektes verpflichtet und Mittel für Honorarkräfte bereitgestellt.

Ziele und Inhalte

Das Projekt steht unter dem Motto „Schule an anderem Ort und mit anderen Inhalten“ und verfolgt gemeinsam mit den Jugendlichen drei große Ziele:

1. Teilnahme am Modellversuch und Erwerb des Abschlusses der 9. Klasse,
2. Jugendlichen Erfahrungen von Selbstwirksamkeit ermöglichen,
3. Eingliederung in die Berufsausbildung durch verstärkte Berufsfindung in Zusammenarbeit mit der Kompetenzagentur Cottbus, der Lotsenstelle Lausitz und dem Berufsbildungszentrum RAG in Spremberg.

Die Arbeit mit den Jugendlichen setzt sich aus drei Schwerpunkten zusammen. Das ist zum einen die schulische Arbeit, d. h. die Vermittlung von Wissen, die anfangs durch fächerübergreifenden, jetzt durch Fachunterricht erfolgt. Ein zweiter Schwerpunkt ist die sozialpädagogische Arbeit, die sich hauptsächlich in freizeit- und erlebnispädagogischer Arbeit, in Elternarbeit und Einzelarbeit mit den Jugendlichen widerspiegelt. Den dritten Schwerpunkt bildet die handwerkliche, hauswirtschaftliche und künstlerische Arbeit, die in einzelnen Projekten vermittelt wird. Hierbei werden die Stärken der einzelnen Projektteilnehmer/innen gezielt gefördert.

Der Projektverlauf zeigt, dass die ersten Wochen auf die Gestaltung der Projekträume, das gegenseitige Kennen lernen und Annähern, das gemeinsame Aufstellen von Regeln im Umgang miteinander und deren Umsetzung ausgerichtet waren. Ziel der Bemühungen war es, die Jugendlichen schrittweise wieder an die Schule heranzuführen. Durch spätere Anfangszeiten als in der Regelschule, eine „Ankommensphase“ von 30 Minuten und eine an die Bedürfnisse der Jugendlichen angepasste Unterricht- und Pausenregelung sollte Ihnen dies erleichtert werden. Die Gestaltung des Tagesablaufes durch Interaktions- und Kommunikationsübungen, Sport, Handwerk, Hauswirtschaft und Kunst, sowie die Vermittlung von grundlegenden Kenntnissen in den Fächern Deutsch, Mathe und Geschichte trug zur zusätzlichen Lern- und Leistungsmotivation bei.

Im 2. Halbjahr fand eine strukturelle Änderung der Wissensvermittlung statt. In dem fächerübergreifenden Großprojekt „Bauen und Wohnen“ intensivierten und erweiterten die Schüler ihr theoretisches und praktisches Wissen auf der Basis des Rahmenlehrplanes Klasse 9 der Fächer WAT, Kunst, Geschichte, Politische Bildung, Deutsch, Mathematik, Physik und LER. Im Nachmittagsbereich nutzten die Jugendlichen sportliche, künstlerische, handwerkliche und hauswirtschaftliche Angebote unter fachgerechter Anleitung durch sozialpädagogische und Honorarkräfte.

Mit Beginn des Schuljahres 2005/2006 veränderte sich die Verteilung der 26 Lehrerstunden. Die bisher einer Lehrkraft zugeteilten Stunden wurden auf 3 Lehrkräfte verteilt. Auch die Unterrichtsgestaltung bekam mit dem 2. Schuljahr ein neues Gesicht. Vormittags finden 4 x 45 Minuten Regelunterricht in allen Fächern, außer Musik, statt. Nach einer 30-minütigen Mittagspause schließen sich der Wahlpflichtbereich II bzw. freizeit- und erlebnispädagogische Angebote an. Zur Absicherung des Planes wurden drei weitere Honorarkräfte und zwei Lehrkräfte der Kooperationsschule Oberschule Wirthstraße stundenweise eingesetzt.

Methoden zur Umsetzung der Ziele im zweiten Schuljahr

- Gruppen- und Einzelgespräche, Zielvereinbarungen, Hilfepläne, Projektarbeit,
- Sensibilisierungsübungen, Selbstportraits, Collagen, Einschätzungsbögen mit gemeinsamer Auswertung, kreatives Arbeiten im künstlerischen und handwerklichen Bereich,
- fächerübergreifender Unterricht im ersten und Fachunterricht im zweiten Schuljahr nach dem Rahmenlehrplan,
- Interaktionsübungen, Angebote in der Erlebnis- und Freizeitpädagogik (z. B. Arbeiten mit verschiedenen Materialien und Techniken, Kochen und Backen, Besuch von Jugendmessen, Handwerkermessen, Kurzvorträge, Nutzung des Internets, Bibliotheken, Filme, Collagen, Plakate, Rollenspiele, Theater- und Kinobesuche),
- längerfristige Aufgaben und Projekte, Benotung, Berufsvorbereitung als Unterricht, Bewerbertraining, Berufspraktika,
- thematische Elternabende, Gespräche, Hilfe bei Projekten und Klassenfahrten.

Darstellung des bisher Erreichten

Insgesamt betrachtet, ist es den Jugendlichen gelungen, ihre sozialen Kompetenzen zu steigern. Sie treten aufgeschlossener und selbstbewusster auf und erkennen ihre Stärken und Schwächen. Sie sind in der Lage, Kritik zu äußern und diese auch anzunehmen. Dabei fällt es ihnen manchmal noch schwer, diese umzusetzen bzw. ihr Verhalten längerfristig zu ändern.

Der Begriff des „Schulverweigerers“ trifft aus heutiger Sicht auf keinen der Jugendlichen mehr zu. Von Anfang an hat keiner die Schule aktiv verweigert, es passiert jedoch, dass sich Schüler phasenweise in einzelnen Unterrichtsstunden passiv verhalten. Alle sind aber durchaus in der Lage, sich wieder aktiv am Unterricht zu beteiligen.

Sie konnten ihre Aufmerksamkeit und Konzentration steigern, so dass ihnen die Wissensaneignung leichter fällt und sie verstärkt Freude am Lernen empfinden. Oftmals stießen sie dabei an ihre Leistungsgrenze und mussten lernen, damit umzugehen. Nach und nach gelang es ihnen, sich selbst zu motivieren, nicht aufzugeben, sich Hilfe zu suchen und auch anzunehmen. Diese zunehmende Selbständigkeit verhalf ihnen zu Erfolgserlebnissen, die sich unter anderem in guten Noten widerspiegeln. So erreichen von den Schüler/innen derzeit zehn den Abschluss der Klasse 9.

Bisher kann sich einer von ihnen vorstellen, die 10. Klasse an der Regelschule zu absolvieren. Zu negativ wirken noch heute ihre Erfahrungen mit der Institution Schule. Einige Schüler denken derzeit darüber nach, den Abschluss der 10. Klasse auf dem zweiten Bildungsweg zu erlangen.

4.8 Lotsenstelle Lausitz

Die Lotsenstelle Lausitz ist ein Modell-Projekt des Ministeriums für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Frauen „Neue Weg zur Ausbildung“ des Landes Brandenburg, gefördert durch den Europäischen Sozialfond und das Land Brandenburg im Rahmen der 11. INNOPUNKT-Kampagne in Regie der LASA Brandenburg GmbH.

Es handelt sich hierbei um ein integratives regionales Modell zur Verbesserung der Ausbildungsmöglichkeiten- und -fähigkeiten von Jugendlichen mit schlechten Startchancen.

Das Projekt startete am 01.09.04 und umfasst eine Laufzeit von 2 Jahren.

Ziel

Ziel der Lotsenstelle Lausitz ist es, Jugendliche mit schlechten Startchancen aus Cottbus und dem Spree-Neiße-Kreis in den ersten Ausbildungsmarkt zu vermitteln. Die Lotsenstelle Lausitz unterstützt als neutrale Institution Jugendliche bei allen Belangen im Zusammenhang mit Übergang von der Schule zur Berufsausbildung. Dabei gibt es eine enge Zusammenarbeit mit regionalen Unternehmen, der Agentur für Arbeit, dem Jobcenter der Stadt Cottbus, Eigenbetrieb für Grundsicherung SPN, Innungen, Kammern und Verbänden.

Angebotsspektrum allgemein

- Beratung und Betreuung im Übergang von der Schule in den Beruf,
- Erarbeitung individueller Hilfepläne für Jugendliche,
- Unterstützung der Unternehmen bei der Durchführung von Praktika und Ausbildung,
- Vermittlung in Ausbildung unter Nutzung berufsvorbereitender- und begleitender Maßnahmen.

Zielgruppen

- Jugendliche der 10. Klassen der allgemeinen Förderschulen,
- Jugendliche der 9. und 10. Klassen der Gesamtschule, die ohne einen Berufsabschluss die Schule verlassen haben oder werden,
- Jugendliche mit Abschluss der 10. Klasse, aber ohne Berufsausbildung,
- allein erziehende junge Mütter mit Abschluss der 10. Klasse, aber ohne Berufsausbildung.

Die Arbeit mit den Jugendlichen

Zur Verbesserung von Ausbildungsfähigkeiten und der Erhöhung der Chancen auf betriebliche Ausbildungsplätze für Jugendliche mit schlechten Startchancen nutzen wir bewährte Instrumente und Methoden:

- Mit der/dem Jugendlichen, die/der an dem Projekt teilnehmen möchte/n, werden Betreuungsvereinbarungen geschlossen.

- Sie durchlaufen ein Assessmentverfahren, in dem ihre Fertigkeiten, ihr Wissen und ihre Talente festgestellt werden. Daraus wird eine individuelle Chancenprognose für die Berufsausbildung entwickelt. Gleichzeitig soll die/der Jugendliche durch „Aha-Erlebnisse“ Motivation für den Ausbau der erlebten Stärken und entdeckten Talente bekommen.

- Danach wird ein Vergleich mit den Anforderungen spezifischer Ausbildungswege aufgezeigt und daraus werden mögliche Alternativen für die Berufswahlentscheidung formuliert. Im Ergebnis wird gemeinsam mit der/dem Jugendlichen ein Förderplan erstellt und fortgeschrieben, der realistische Ziele enthält.

- Im anschließenden Fallmanagement wird jede/jeder Jugendliche auf der Basis seines Förderplanes betreut. Es werden bei Bedarf Unterstützungen (z. B. Praktika) organisiert, um abschließend in die Ausbildung in regionalen Unternehmen zu vermitteln.

Der Kontaktaufbau zu den Jugendliche erfolgt über:

- Förder- und Gesamtschulen (Hauptanteil),
- Agentur für Arbeit, Jobcenter der Stadt Cottbus, Eigenbetrieb SPN-Kreis,
- Jugendamt,
- Jugendhilfe e.V.,
- Frauenzentrum Cottbus e.V.,
- Arbeitslosenverband,
- Presseveröffentlichungen und
- Mundpropaganda.

Mit 262 Jugendlichen wurden bisher Betreuungsvereinbarungen abgeschlossen. 68 Jugendliche konnten erfolgreich in eine Ausbildung, 46 in eine auf die Ausbildung vorbereitende Maßnahme und 3 in ein Arbeitsverhältnis vermittelt werden. Ca. 80 bis 90 Jugendliche nehmen die Unterstützungsleistungen sehr unterschiedlich an, d. h. sie erscheinen nicht zu vereinbarten Terminen oder halten sich nicht an andere für eine Vermittlung getroffene Vereinbarungen.

Alle Jugendlichen werden in einer Datenbank (compASS) erfasst. Hier wird die Hilfeplanung der Jugendlichen erstellt und dokumentiert und es findet ein Abgleich von Ausbildungsplatzangeboten und Ausbildungsplatznachfragen statt. Die Datenbank dient u. a. auch zur Dokumentation aller Projektaktivitäten.

Zusammenarbeit mit Schulen

Mit den Förder- und Gesamtschulen in Cottbus und dem Spree-Neiße Kreis wird der bestehende Kontakt weiterhin gepflegt und ausgebaut. Dazu finden immer wieder thematische

Elternabende statt. Die Resonanz der Lehrer/innen und Eltern war sehr gut und es wurden Terminvereinbarungen getroffen. Parallel wird mit den Schüler/innen vor allem im Rahmen des WAT-Unterrichts gearbeitet.

Zusammenarbeit mit Unternehmen

Zu vielen Klein- und Mittelständischen Unternehmen wurde und wird weiterhin Kontakt aufgenommen. Unternehmen, die über die Lotsenstelle Lausitz Auszubildende eingestellt haben, werden unterstützt. Bei Schwierigkeiten zwischen Auszubildenden und Ausbildern tritt die Lotsenstelle als Vermittler auf.

Nur wenige Firmen sind bereit, Jugendliche mit schlechten Startchancen (besonders mit schlechten schulischen Leistungen) einzustellen, dazu gibt es noch ausreichend Bewerber/innen auf dem Markt, die gute Abschlüsse haben. Die Jugendlichen direkt in eine betriebliche Ausbildung zu vermitteln, erfordert viel Engagement. Das finanzielle und unternehmerische Risiko sehen die meisten Unternehmen bei diesen Jugendlichen für sich als zu hoch an. Einige Firmen sind nur bereit, die Jugendlichen über eine geförderte Ausbildung (Ausbildungsring, Kooperatives Modell, in Kombination mit BaE-Ausbildung u. ä.) einzustellen.

Partner

Es werden Kontakte zu Kooperationspartnern gepflegt, die für die Umsetzung des Projektes wichtig sind:

- Arbeitsagentur,
- Jobcenter und Eigenbetrieb für Grundsicherung SPN,
- Jugendamt der Stadt Cottbus,
- Industrie- und Handelskammer Cottbus,
- Handwerkskammer Cottbus,
- Unternehmerverband Brandenburg e.V.,
- Lokales Bündnis für Familie in Cottbus.

Öffentlichkeitsarbeit

- City-Cards zur Verteilung an Treffpunkten Jugendlicher,
- Flyer für Jugendliche,
- Flyer für Unternehmen,
- Artikel in Jugendzeitung „20cent“,
- 12wöchige Anzeigencampagne in Jugendzeitung „20cent“,
- Artikel in der Stadtteilzeitung,
- Plakate in Aufstellern,
- Besuche von Unternehmer-Messen,
- Info-Veranstaltungen im Jugendklub „Bergschlösschen“ in Spremberg.

Teilnahme an Veranstaltungen

- Gesprächskreis Familienbildung im Stadtteil Sachsendorf-Madlow,
  LOS – Lokales Kapital für soziale Zwecke (Modellprogramm des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend sowie des Europäischen Sozialfonds),
- Teilnahme an der Gemeinschaftsaktion der Agentur für Arbeit, der HWK und der IHK: „Messe Ausbildung und Beruf - MACH DICH SCHLAU“.

Erfolge und Perspektive

Insgesamt ergibt sich für das Projekt ein positives Arbeitsergebnis. Neben der erfolgreichen Vermittlung in Maßnahmen zur Ausbildungsfähigkeit und in berufliche Erstausbildung wurden Instrumentarien entwickelt, die weiterhin besonders für benachteiligte Jugendliche unterstützend wirken. Eine Fortsetzung des Projektes über den 31. August 2006 wird es wegen Beendigung der Innopunkt-Kampagne nicht geben. Die wertvollen Erfahrungen und gewonnenen Erkenntnisse sind in die Beteiligung an der Ausschreibung des Ausbildungsstrukturprogramms „JOBSTARTER – Für die Zukunft ausbilden“ des Bundesinstitutes für Berufsbildung eingeflossen.

4.9 „Jugend at work“ Cottbus

Das Projekt startete am 13.09.2004 als Modellprojekt der Agentur für Arbeit in Cottbus.

Die Arbeitsmarktreform Hartz IV richtet ihr Augenmerk unter anderem auf die Gruppe erwerbsfähiger Jugendlicher und junger Erwachsener unter 25 Jahren. Für diese Zielgruppe sieht die Gesetzgebung in § 3 Abs. 2 SGB II eine besondere Betreuung vor. Unter Einbeziehung unterschiedlicher Förderinstrumente und der Mitwirkung der zu Betreuenden gilt es, die Motivation, die Arbeitsbereitschaft und Arbeitsfähigkeit zu fördern, zu fordern und zu erhalten. Ein wichtiges Instrument dafür ist die Vermittlung in gemeinnützige und zusätzliche Arbeitsgelegenheiten für einen Zeitraum von 6 bis 12 Monaten und die begleitende Aufnahme in das Fallmanagement nach SGB II § 16 und SGB III § 199.

Im Januar 2005 wurde dann der Kontakt zur ARGE aufgenommen und erste Verhandlungen über neue Maßnahmen von Arbeitsgelegenheiten wurden geführt. Auf Grund der oben beschriebenen Rahmenbedingungen ist „Jugend at work“ am 29.03.2005 und am 04.04.2005 mit zwei Maßnahmen und je 25 Teilnehmer neu gestartet. Am 31.12.2005 liefen beide Maßnahmen aus. Eine Bewilligung für weitere 12 Monate erfolgte zum Termin: 16.01.2006 bis 15.01.2007 und 23.01.2006 bis 22.01.2007 mit dem gleichen Förderumfang.

Zielgruppe

Arbeitslose Jugendliche unter 25 Jahren, die Leistungen nach dem ALG II beziehen.

Hauptziel

Ziel der Betreuung ist die Integration in den Ausbildungs- oder Arbeitsmarkt unter Berücksichtigung individueller Biografien, persönlicher Integrationsbereitschaft und Integrationsfähigkeit.

Teilziele

- Die Teilnehmer/innen sollen in den Stand versetzt werden, sich wieder aktiv um die Integration in den Ausbildungs- oder/und Arbeitsmarkt zu bemühen,
- sie sollen qualifizierte Arbeitserfahrungen erwerben und für die Aufnahme einer Ausbildung aufgeschlossen werden,
- sie sollen auf Grund der veränderten beruflichen Anforderungen einen entsprechenden zweiten Ausbildungsweg angehen und für die aktive Suche nach einer Arbeitstelle auf der lokalen, der regionalen Ebene, in der Bundesrepublik und der EU motiviert und in die Lage versetzt werden, ihre Bewerbungsunterlagen auf den aktuellen Stand zu bringen,
- sie erhalten eine individuelle Berufswegeplanung, erhalten alle denkbaren Unterstützungen, um ihre Ressourcen zu erschließen und
- sie sollen motiviert und unterstützt werden, um weiterführende Maßnahmen wie: Hauptschulabschluss, mittlere Reife oder den Besuch der Fachoberschulen zu absolvieren.

Angebot für die Zielgruppe

1. Kennenlernphase

– Klärungsgespräch,
– Aufnahmegespräch,
– Potentialermittlung und bei Bedarf Tests und Assessmentverfahren,
– Vermittlung in eine für den Jugendlichen geeignete Stelle, im Bereich: Kunst & Kultur der Stadt Cottbus.

2. Einzelfallbetreuung

– Aufnahme ins Fallmanagement,
– Erstellung und Durchsetzung eines individuellen Förderplanes,
– Erkennen und Beheben von Risikofaktoren,
– Weiterverweisung an entsprechende Beratungsangebote (Sucht- und Schuldnerberatungsstellen),
– Motivierung zur Aufnahme weiterführender Maßnahmen wie: Hauptschulabschluss, mittlere Reife oder den Besuch der Fachoberschulen,
– begleitende Hilfen bei Bewerbungen und Arbeitssuche,
– begleitende Hilfen bei beruflicher Neuorientierung und/oder zweiter Ausbildung,
– Vermittlung in Arbeit.

3. Nachbetreuung

– Starthilfe nach Arbeitsaufnahme.

Projektaktivitäten

– intensive Betreuung,
– Bedarfsplanung (Auswahl der Person u. Einsatzort),
– Information und kontinuierliche Einbindung der Kammern/Kommunen für die Ziele des Projektes und Aufbau der Bereitschaft, Plätze für die Teilnehmer anzubieten,
– Arbeitsteilung im JobCenter durch den Fallmanager und dem persönlichen Ansprechpartner im Projekt,
– Abstimmung in Fragen von Leistungsgewährung oder Leistungsverweigerung,
– Beratung der Kooperationspartner bei Fragen von Einstellungen,
– Informationen über begleitende Förderprogramme (z. B. Verbundausbildung),
– Hilfen für die Kooperationspartner bei evtl. auftretenden Problemen mit den Teilnehmern,
– Pflege der Beziehungen zu den Kooperationspartnern.

Wirkung, Ergebnisse

Nach Ablauf der ersten sechs Monate erfolgte im Projekt „Jugend at work“ unter Einbeziehung aller gesammelten Daten die erste Selbstevaluation.

Bei 50 Teilnehmern/innen ergab sich folgendes Bild:

Vermittlung zum Schulabschluss	2 TN
Vermittlung zum Fachhochschulbesuch	3 TN
Vermittlung in Zweitausbildung	1 TN
Vermittlung in Erstausbildung	2 TN
Vermittlung in saisonale-Arbeit	4 TN
Vermittlung in Arbeit	8 TN

Nachhaltige Wirkung

- Erworbene Qualifikationen: Gruppenleiterausbildungen, Gesundheitshelfer, Erwerb des Führerscheines, Computerkurse,
- Stärkung beruflicher Handlungsfähigkeit,
- Chance sich und anderen zu zeigen, was sie können,
- Stärkung eigener Persönlichkeit,
- neue Lebensqualität.

Netzwerk

Um im Bereich der Jugendarbeit den einzelnen Jugendlichen umfassende Hilfestellungen anbieten zu können, ist „Jugend at work“ auf die Hilfe bzw. Zusammenarbeit von anderen Trägern, Vereinen, Behörden, Selbsthilfegruppen, Beratungsstellen, Fachpersonal usw. angewiesen. Erst durch die Vernetzung von unterschiedlichsten Kompetenzen ist eine umfassende Hilfestellung bei jedem einzelnen Jugendlichen möglich gewesen. Hierbei sollten die bereits vorhandenen Kontakte wie:

- Jugendamt Cottbus (hier die verschiedenen Jugendclubs und der Internetclub und das Glad-House),
- Brandenburgische Kunstsammlung,
- Staatstheater Cottbus,
- Theater Native C,
- Piccolo Theater,
- Kunst und Kulturförderverein Cottbus e.V.,
- Galerie auf Zeit,
- Hoffnungsdienste e.V.,
- Sportvereine (Internationales Lausitzer Leichtathletik Meeting, FC-Energie und den TSV Verein in Cottbus),
- Kindergärten,
- Naturwissenschaftlicher Verein Cottbus, Tierschutzverein Cottbus,
- Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge e.V./Landesverband Brandenburg,
- LASA Brandenburg, Kammern, Job-Center , Arbeitsagentur Cottbus

vertieft bzw. neue Vernetzungen aufgebaut werden.

„Jugend hilft Jugend“ Cottbus

Auf Grund der bisherigen Erfahrungen und guten Erfolge wurden vom Projekt „Jugend at work“ und dem JobCenter Cottbus angestrebt, eine neue Maßnahmeform im Bereich Mehraufwandsentschädigung (MAE) + Qualifizierung junger Arbeitsloser mit dem Ziel des nachträglichen Erwerbs eines Schulabschlusses (einfache Berufsbildungsreife) zu initiieren und nachhaltig zu etablieren.

Zu Beginn des neuen Schuljahres am 01.09.2005 startete diese Maßnahme mit 25 Teilnehmern. Sie endet am 31.07.2006.

Zielgruppe

Teilnehmer dieser Maßnahme sind erwerbsfähige, hilfebedürftige Jugendliche ohne Schulabschluss im Alter von 18 Jahren bis 25 Jahren, die ALG II-Leistungen beziehen.

Projektskizze

Die Maßnahme gliedert sich in drei Teile:

1. dem Praxisteil,
2. dem Theorieteil,
3. dem Freizeit- und erlebnispädagogischen Teil.

Der Praxisteil umfasst 12 Stunden, der an zwei Tagen absolviert wird. Für diesen kurzen Zeitraum steht ein berufspraktischer Einsatzort in der Nähe des Stadtzentrums zur Verfügung. Die darauf befindliche Baracke ermöglicht es den Teilnehmern/innen, umfangreiche Tätigkeiten auf den Gebieten der Sport-, Erlebnis- und Naturpädagogik durchzuführen. Die Betreuung erfolgt durch Honorarkräfte aus der Praxis mit den entsprechenden Qualifikationen. Hier erlernen die Jugendlichen in verschiedenen Bereichen, wie z. B. Holzarbeit und Malertätigkeiten, Berufspraxis und werden mit den Anforderungen der Arbeitswelt vertraut gemacht.

Das führt dazu, dass der Erwerb von Schlüsselqualifikationen (Teamarbeit, Kooperationsfähigkeit, Begründungs- und Bewertungsfähigkeit, Verantwortungsfähigkeit, Selbständigkeit und Leistungsfähigkeit) sowie der Erwerb von Basisqualifikationen (Pünktlichkeit, Motivation, Ausdauer und Handgeschicklichkeit) erfolgt.

Für diese Jugendlichen muss zunächst eine psychosoziale Stabilisierung im Vordergrund stehen. Hierbei ist eine Anreicherung von außen zwingend notwendig, u. a. durch andere Lernorte, andere Menschen, andere Aufgaben. Voraussetzungen für die Annahme eines regelmäßigen Unterrichtsangebotes in der Schule sind der Aufbau und die Stärkung der eigenen Persönlichkeit und die Förderung sozialer Handlungskompetenzen.

Der Theorieteil umfasst 18 Stunden, der an drei Tagen absolviert wird. Der Theorieteil wird in einem Mietobjekt der Niederlassung Brandenburg durchgeführt. Das Projekt „Jugend hilft Jugend“ stellt die Honorarkräfte, die den Unterricht gestalten. Der Unterricht wird unter Zugrundelegung der „Verordnung über Prüfungen zum nachträglichen Erwerb von Abschlüssen der Sekundarstufe I und der allgemeinen Hochschulreife für Nichtschülerinnen und Nichtschüler“ vom 27. August 1997, zuletzt geändert durch Verordnung vom 1. April 2004, aufgebaut und durchgeführt.

Lernziele für den Theorieteil sind:

- Erwerb von Schulwissen im Leistungsbereich der Klasse 9 in allen Schulfächern,
- Beschulung in Anlehnung an die Rahmenlehrpläne durch alternative Pädagogik,
- Bestehen der Prüfung,
- Erwerb von Schlüsselqualifikationen und Basisqualifikationen.

Jugendliche, die Systeme wie Schule, Ausbildung und/oder Arbeit nicht oder nicht mehr kennen, werden Probleme mit einem starr aufgebauten und geführten System bekommen. Um dieses zu verhindern resp. schrittweise abzubauen, werden im Theorieteil entsprechende Unterrichtszeiten für Projektarbeit unter Einbeziehung von Kunst und Sport im weitesten Sinne zur Verfügung gestellt.

Die Sozialpädagogin führt regelmäßige Teamsitzungen mit den Lehrkräften und Praxisanleitern/innen durch, damit die Arbeit im Unterrichtsteil entsprechend der Zielsetzung der Maßnahme durchgeführt wird. Hier werden auch Bildungsberichte geschrieben, die für die internen Besprechungen als Grundlage dienen. Diese Bildungsberichte und die Noten der Klassenarbeiten entscheiden dann über die Anmeldung oder Nichtanmeldung zur Prüfung und zur Abmeldung aus der Maßnahme. Sie werden ausführlich mit den Teilnehmern/innen besprochen, damit auch sie eine aktuelle Übersicht über ihre momentane Leistungssituation erhalten. Alle mit den Teilnehmer/innen getroffenen Verabredungen und Vereinbarungen werden im Softwareprogramm und in Form von Handakten festgehalten und dokumentiert.

Wirkung, Zwischenstand

Von 25 Teilnehmern/innen haben 5 Teilnehmer/innen abgebrochen, teils wegen hoher Fehlzeiten bzw. therapeutischer Betreuung.

20 Teilnehmer/innen sind in der Maßnahme verblieben, davon sind 3 Jugendliche nicht zur Prüfung zugelassen wegen hoher Fehlzeiten durch Krankheit. Auf eigenen Wunsch nehmen sie am laufenden Unterricht weiterhin teil. Um diesen Teilnehmern/innen weiterhin eine Perspektive zu bieten, führen wir gerade Gespräche mit der zuständigen Prüfungskommission, um eventuell die Prüfung auf einen Termin im Herbst zu verschieben. Von den 17 Jugendlichen sind 11 Teilnehmer/innen für die Prüfung der erweiterten Berufsbildungsreife angemeldet und 6 Jugendliche werden den Hauptschulabschluss absolvieren.

4.10 Arbeitsgelegenheiten für jugendliche Langzeitarbeitslose „JuLa“

Am 01. Juli 2005 startete das Projekt „Jugendliche langfristig in Arbeit und/oder Ausbildung“ (JULA) erstmalig mit 18 Teilnehmern/innen im Alter bis 25 Jahren für die Dauer von 12 Monaten. Diese werden durch eine sozialpädagogische Fachkraft während der Gesamtdauer intensiv betreut. Das Projekt wird aus öffentlichen Mitteln des Landkreises Spree-Neiße gefördert.

Leitidee

Ziel dieses Projektes ist die Entwicklung und Stärkung der beruflichen Handlungskompetenz bei den Teilnehmern/innen. Sie sollen in den Stand versetzt werden, sich weitere berufliche Qualifikationen anzueignen, und die Bereitschaft ausbauen, sich als „Unternehmer“ der eigenen Arbeitskraft zu begreifen, der sich um Weiterbildung, Qualifizierung und Flexibilität selber kümmert.

Der Arbeit liegt das Papier „Beschäftigungsorientiertes Fallmanagement“ SGB II zugrunde.

Die Maßnahmeteilnehmer besitzen

– eine oder mehrere abgebrochene Berufsausbildungen oder
– eine abgeschlossene Berufsausbildung (in der Regel keine Berufspraxis).

Ziele

– die Jugendlichen sollen in den Stand versetzt werden, sich wieder aktiv um die Integration in den Ausbildungs- oder/und Arbeitsmarkt zu bemühen,
– die Jugendlichen sollen qualifizierte Arbeitserfahrungen erwerben,
– die Jugendlichen sollen für die Aufnahme einer Ausbildung aufgeschlossen werden,
– die Jugendlichen sollen für die aktive Suche nach einer Arbeitstelle auf der lokalen Ebene, der regionalen Ebene, in der Bundesrepublik Deutschland und der EU aufgeschlossen werden,
– die Jugendlichen werden in die Lage versetzt, ihre Bewerbungsunterlagen auf den aktuellen Stand zu bringen,
– die Jugendlichen erhalten eine individuelle Berufswegeplanung,
– die Jugendlichen erhalten die vielfältigsten umfangreichen Unterstützungen, um ihre Ressourcen zu erschließen.

Erfolge

Seit Beginn des Projektes „JULA“ am 01.07.2005 wurden:

– 2 Jugendliche in Ausbildung vermittelt,
– 3 Jugendliche in Arbeit auf dem 1. Arbeitsmarkt vermittelt,
– für weitere 3 Jugendliche gibt es die feste Zusage der Übernahme in Arbeit, nach Beendigung der Maßnahme zum 01.07.2006.

Ab dem 01.07.2006 wird es auf Grund des erfolgreichen Verlaufes des Projektes „JULA“ eine Folgemaßnahme im oben benannten Sozialraum geben.

5. Regionalzentrum Mitte

5.1 CIVITAS-Netzwerkstelle „Netzwerk für Demokratische Kultur“ 2005/2006

Die Ausrichtung der Arbeit der Netzwerkstelle „Netzwerk für Demokratische Kultur“ für das Jahr 2005 bestand zunächst grundsätzlich im Anknüpfen und der weiteren Begleitung der einzelnen zivilgesellschaftlich geprägten Gruppierungen aus dem Vorjahr. Dies beinhaltete zu einem großen Teil die Organisation und Moderation der einzelnen Initiativen durch die Netzwerkstelle in regelmäßigen wöchentlichen bzw. monatlichen Rhythmen.

Diese kontinuierlichen Arbeitsbeziehungen in den einzelnen Gemeinden dienten darüber hinaus als stabile Grundlagen für die inhaltliche Weiterentwicklung der Themenerfassung vor Ort. Parallel dazu dienten diese kontinuierlichen Arbeitsbeziehungen dem Ziel eines sich ständig erweiternden Kooperations- und Vernetzungsspektrums der zivilgesellschaftlich geprägten Initiativen in der Region.

In diesem Zusammenhang entwickelte sich die weitere Zusammenarbeit im Bereich der Aufklärungs- und Präventionsarbeit in den Themenbereichen Fremdenfeindlichkeit, Gewalt und demokratische Mitbestimmung zwischen der Netzwerkstelle und Schulen bzw. öffentlichen Jugendeinrichtungen.

Diese beinhaltete zum einen die Vermittlung von Ansprechpartnern, die Bündelung gemeinsamer Interessen lokaler Akteure, die Recherche und Vernetzung ähnlich orientierter Kräfte in der Region, sowie die Unterstützung aller in diesem Rahmen stattfindenden Aktivitäten durch die Netzwerkstelle.

Regionaler Schwerpunkt sowohl in Bezug auf rechtsextremistische und fremdenfeindliche Aktionen, als auch hinsichtlich des dagegen gerichteten zivilgesellschaftlichen Engagements, war auch im Jahr 2005 die Stadt Belzig. Die kontinuierliche Präsenz rechtsextremistischer Kräfte im öffentlichen Raum hat sich auch in diesem Jahr nicht entschärft.

Neben öffentlichen NPD-Auftritten, fanden immer wieder regelmäßige Flugblattaktionen (zu überwiegend sozialen Themen) des Preußischen Schutzbundes statt (lt. Recherchen des örtlichen Koordinators gegen Rechts). Dabei fiel auf, dass in diesen Zusammenhängen zunehmend auch Mädchen aktiv mit in Erscheinung treten. Diese Gruppierungen basieren auf gewachsene rechtsextremistische Strukturen vor Ort. Sie verfügen über ein deutliches Handlungspotential und altbewährte leistungsfähige Personennetzwerke.

Darüber hinaus wirken die Aktivitäten des neuen Belziger Vereins „Ein Herz für Deutschland“ (dessen Vorsitzender sich als Unterstützer einer Rechten Volksfront aus DVU und NPD bekennt) in Form von Sozialberatung und einer Suppenküche für Bedürftige nachhaltig in der Öffentlichkeit.

Durch die Reduzierung der Schulstandorte in der Belziger Umgebung ist es inzwischen zu einer starken Überlastung der einzelnen Klassen in der verbliebenen Gesamtschule gekommen. Dies hat eine steigende Belastung bei der Aufrechterhaltung des täglichen Schulablaufes bewirkt. Eine daraus resultierende Begleiterscheinung sind erneut aufbrechende Konflikte zwischen Einheimischen- und Spätaussiedlerkindern (Randale am Busbahnhof etc.).

Unbestreitbar kommt der Situation in Belzig nach wie vor, besonders auf Grund der herausgehobenen Stellung als Kreisstadt, eine anhaltende Symbolkraft zu. Die Netzwerkstelle

unterstützte deshalb weiterhin aktiv den Arbeitskreis „Zukunftswerkstatt“ des Belziger Forums, in welchem sowohl öffentliche Gegenaktionen unterstützt und darüber hinaus Strategien für eine Bearbeitung der gesellschaftlichen Ursachen rechtsextremistischer und fremdenfeindlicher Erscheinungen in der Stadt entwickelt wurden.

Zur zielgerichteten Bearbeitung der gemeinsam formulierten Schwerpunkte wurden deshalb thematische Arbeitsgruppen benannt (Jugendbeteiligung, Arbeit und Ausbildung mit Hilfe regionaler Ressourcen, Aufbau eines Begegnungs- und Beratungszentrums im Stadtteil Klinkendgrund, Erstellung eines Leitbildes zur Jugendarbeit in Belzig). Zur Umsetzung dieses Ziels wurde in der Presse für die Mitarbeit in den Arbeitsgruppen geworben.

Ein Teilschwerpunkt der Vorhaben des Arbeitskreises bildete die Planung einer groß angelegten Befragung unter der Belziger Bevölkerung zu Wahrnehmung und persönlichen Standpunkten zum Thema Rechtsextremismus in und um Belzig.

Zur Unterstützung der mit dieser Thematik befassten Arbeitsgruppe konnte eine entsprechende Klausur des Arbeitskreises mit einem Vertreter des Zentrums für Antisemitismusforschung der TU Berlin durchgeführt werden, in welcher das Thema „Repräsentative Befragungen zu Rechtsextremismus“ ausführlich dargestellt werden konnte. Die Arbeitsgruppe Arbeit und Ausbildung hatte es sich zum Ziel gemacht, durch die Erschließung regionaler Ressourcen, insbesondere für die Berufsausbildung Jugendlicher, bereits präventiv gegen das Werben der NPD um die Zielgruppe Jugend vorzugehen. Dazu suchten die Mitglieder der Arbeitsgruppe Bürgermeister und mittelständische Betriebe in und um Belzig auf, um im Rahmen von Situationsanalysen ungenutzte Räumlichkeiten, Geschäftsideen und freie Arbeitskräfte zu erfassen.

Auf Grundlage dieser Ergebnisse organisierte die Arbeitsgruppe ein öffentliches Treffen der Bürgermeister aller Belziger Ortsteile zum Thema „Regionale und lokale Ressourcenerfassung“. Eine weitere Arbeitsgruppe beschäftigte sich mit dem Aufbau eines unabhängigen Familienzentrums, als Gegengewicht zu den Aktivitäten des o. g. Vereins „Ein Herz für Deutschland“ in diesem Bereich.

Zum Jahresende 2005 organisierten die Mitglieder des Arbeitskreises gemeinsam eine öffentliche Präsentation des Projektes „Bürgerbus Belzig“ mit dem Ziel, einen öffentlichen positiven Impuls für bürgerschaftliches Engagement in der Region zu setzen. Mit Hilfe der Vorstellung eines bereits funktionierenden Projektes in Gransee durch Vertreter der TU-Berlin und einer in Aussicht gestellten Unterstützung durch den Vorsitzenden der SPD-Landtagsfraktion, konnten dafür erste aktive Unterstützer unter Belziger Bürger/innen gewonnen werden.

Zum Jahresende verständigten sich die Mitglieder des Belziger Arbeitskreises „Zukunftswerksatt“ darauf, die bereits in den einzelnen Arbeitsgruppen laufenden Projekte zukünftig unabhängig voneinander in eigenständigen Projektgruppen zu verfolgen. Die personellen Verbindungen vor Ort sollen unabhängig davon als punktuelle Informationsstruktur beibehalten und genutzt werden.

Ein weiterer Schwerpunkt der Netzwerkstellentätigkeit lag in der Kontaktpflege zu Mitarbeitern/innen der kommunalen Verwaltungen und Vertretern der örtlichen Jugendarbeit. Ziel war es dabei, sowohl über die Unterstützungsmöglichkeiten des Bundesprogramms CIVITAS zu informieren, als auch gegenseitige Positionen auszutauschen und mögliche Kooperationsfelder benennen zu können.

Die Schwerpunkte des Austausches ergaben sich darüber hinaus in den Bereichen der Wahrnehmung von Symptomen rechtsextremer Entwicklungen in der Region, der Mobilisierung vorhandenen Aktionspotentials bei den Einwohner/innen, sowie der Schaffung stärkerer Akzeptanz für die Bedürfnisse und Äußerungsformen Jugendlicher.

Neben dem Dokumentieren der Erfahrungen engagierter Jugendeinrichtungen und Schulen versuchten wir durch die gezielte Weitergabe von Informationen und Beispielen Impulse für

Ideen und Aktionen zu den Themen Fremdenfeindlichkeit und Gewalt zu geben und weitere Prozesse aktiv zu begleiten.

Im Rahmen unserer Situationsanalysen begegneten uns immer wieder Fragen zu Motiven und möglichen Umsetzungsmöglichkeiten für eine partnerschaftliche Einbindung Jugendlicher in die aktive Lebensgestaltung ihrer jeweiligen Kommunen.

Auffallend hierbei war und ist, dass nach wie vor offene Fragen zu o. g. Themenbereich sowohl von Jugendlichen, als auch von Vertretern/innen der Jugendarbeit, der politischen Entscheidungsebenen und entsprechenden Verwaltungen gestellt werden. Dabei stellte sich immer wieder heraus, dass die Träger der Jugendarbeit oftmals weder zeitlich noch personell in der Lage sind, über die Realisierung ihrer Tagesaufgaben hinaus Prozesse für Jugendbeteiligungsinitiativen zu initiieren, oder gar zu begleiten.

In vielen Begegnungen und Gesprächen mussten wir feststellen, dass sich die Mehrheit der Jugendlichen für Probleme ihrer Kommune und ihres Bundeslandes nicht interessieren. Selbst die Chance einer gesellschaftlichen Mitbestimmung durch aktive Ausübung des Wahlrechtes wird als abstrakte und vor allem wirkungslose Möglichkeit abgetan.

Die gesellschaftlichen Veränderungen der letzten Jahre und die damit verbundenen politischen Entscheidungen sind für die Jugendlichen nur zum geringeren Teil nachvollziehbar gewesen. Die Jugendlichen beklagten, dass ihre Interessen und Wünsche niemanden interessieren. Gleichzeitig wenden sie sich zunehmend von jeglichen politischen Entscheidungsprozessen ab und formulieren immer öfter ihr Unverständnis gegenüber „denen da oben“.

Junge Menschen zur politischen Mitarbeit anzuregen und demokratische Mitbestimmung erlebbar zu machen, hat sich über die Stärkung der Demokratischen Kultur hinaus auch als ein sinnvoller und nachhaltiger Beitrag für eine weitgreifende Prävention in den verschiedensten Lebensbereichen erwiesen.

Die Chancen eines etablierten, sich kontinuierlich treffenden Jugendgremiums liegen über der Umsetzung von Projekten zu jugendrelevanten Themen vor Ort hinaus, in der Nutzung einer stabilen Plattform für Informationsveranstaltungen in politischen und gesellschaftlichen Bereichen und damit einhergehend der Chance einer umfassenden präventiven Arbeit.

Mit unseren Angeboten versuchten wir Vorurteile und Berührungsängste sowohl bei den „Alten“ als auch den „Jungen“ abzubauen. Jugendbeteiligungsstrukturen können als wichtige Informationsbrücken unter den Jugendlichen und zu den politisch Verantwortlichen fungieren. Dies schließt ein zu erleben, warum bestimmte Dinge manchmal nicht, oder nicht gleich, umgesetzt werden können, auch wenn sie gut und richtig sind.

Das Wertvolle an diesen Prozessen ist über die Umsetzung des Ziels hinaus, das Formulieren und öffentliche Vertreten von eigenen Standpunkten, die direkte Wahrnehmung von Verantwortung und einer damit einhergehenden Verwurzelung und Identifizierung mit der Heimatregion.

Vor diesem Hintergrund gelang es, mit der im vergangenen Jahr durch die Unterstützung der Netzwerkstelle ins Leben gerufenen Gründungsinitiative für ein Jugendparlament in Nuthetal, die Grundlagen für eine kontinuierliche, aktive Jugendbeteiligung in der Gemeinde Nuthetal zu legen.

Während des gesamten Entwicklungszeitraumes hielt die Netzwerkstelle in Form von Berichten und Presseveröffentlichungen den informellen Kontakt zwischen der Gründungsinitiative und der Öffentlichkeit aufrecht, um das zukünftige jugendliche Beteiligungsmodell nicht im „luftleeren“ Raum, sondern in Einklang mit den Funktionsträgern aus Politik, Verwaltung und örtlicher Jugendarbeit zu entwickeln.

Ziel hierbei war nicht nur die kontinuierliche Unterstützung der politischen Entscheidungsebenen von Beginn an, sondern auch das ständige Werben für die Mitarbeit noch nicht beteiligter, jedoch potentiell interessierter Jugendlicher.

Im Frühjahr wurde entsprechend den Vereinbarungen mit der Gemeindevertreterversammlung und dem Bürgermeister der Großgemeinde Nuthetal, im Rahmen einer öffentlichen Festveranstaltung, das Jugendparlament Nuthetal offiziell gegründet und anerkannt.

Seither begleitete die Netzwerkstelle, neben den Jugendparlamenten in Beelitz und Teltow, auch die Arbeit dieses Jugendparlaments bei der Entwicklung und Umsetzung von Projektideen und Informationsveranstaltungen, sowie bei der Unterstützung einer zunehmend selbstständigen Öffentlichkeitsarbeit.

Im Rahmen der Jugendparlamentssitzungen übernahm die Netzwerkstelle darüber hinaus die Aufgaben des Informationstransfers zwischen Verwaltung, Schulen und den Trägern der Jugendarbeit in den Kommunen. Das Ziel aller diesbezüglichen Netzwerkstellenaktivitäten besteht in der Etablierung dieser Jugendbeteiligungsform als aktive und offene selbst tragenden Struktur im politischen Leben der Städte und Gemeinden.

Im Rahmen eines von der Netzwerkstelle im Juni diesen Jahres begleiteten Brandenburger Jugendparlamentetreffen zum Thema „Jugendliche vertreten ihre Interessen auf den politischen Entscheidungsebenen“ gelang es, den Ministerpräsidenten des Landes Brandenburg für die Teilnahme an einer großen Diskussionsrunde mit Jugendlichen zu gewinnen. Dabei wurde die weitere Unterstützung jugendlicher Beteiligungsinitiativgruppen, sowie die weitere beispielhafte Verbreitung dieser Idee von den Landesvertretern ausdrücklich begrüßt. Im Ergebnis dieses Treffens konnten sowohl die Grundlagen für eine Weiterentwicklung der Arbeit der bereits bestehenden Jugendvertretungen stabilisiert, als auch die Vorstellungen und Ziele der potentiell am Thema interessierten Jugendlichen konkretisiert werden.

Vor dem Hintergrund der Presseveröffentlichungen zur Arbeit des Teltower Jugendparlamentes kam es zu einer Anfrage der Stadtverordnetenversammlung Großbeeren bei der Netzwerkstelle mit der Bitte um grundsätzliche Darstellung der Thematik „Jugendbeteiligung“ in den Ausschüssen der Stadtverordnetenversammlung. Hierbei konnten auf Grund der bisherigen Erfahrungen und aktuellen Kenntnisse zur Entstehung und Arbeit der bisherigen Jugendbeteiligungsinitiativen in der Region, die erforderlichen Voraussetzungen, Wege und Möglichkeiten von Jugendbeteiligungsinitiativen umfangreich dargestellt werden.

Im Auftrag der Stadtverordnetenversammlung übernahm die Netzwerkstelle im Herbst 2005 die Initiierung, Entwicklung und Durchführung des dafür notwendigen Aufbauprozesses in Großbeeren.

Als erster Schritt wurde ein öffentlicher Aufruf für die Gewinnung von am Thema interessierten Jugendlichen plakatiert. Parallel dazu führte die Netzwerkstelle entsprechende Informationsveranstaltungen in Schulen und Jugendeinrichtungen durch. Mit der daraufhin entstandenen Initiativgruppe vermittelten wir im Rahmen der nachfolgenden Arbeitstreffen unsere bisherigen Erfahrungen mit Jugendbeteiligungsgruppen und formulierten Vorschläge für mögliche Anwendungsmöglichkeiten in Großbeeren.

Mit Hilfe der Finanzierung durch das Ministerium für Bildung, Jugend und Sport des Landes Brandenburg, konnte die Netzwerkstelle kurz vor Jahresende zum zweiten Mal ein Wochenendseminar in der Jugendbildungsstätte Blossin zum Thema Jugendparlamentsarbeit durchführen. Die Teilnehmer/innen setzten sich aus Vertretern/innen der Jugendparlamente aus Beelitz, Teltow, Nuthetal, Zossen und der Gründungsinitiative Großbeeren zusammen.

Inhalte des Seminars bestanden zu Beginn in einer gemeinsamen Rückschau auf die durchgeführten Aktivitäten aller Jugendvertretungen des zu Ende gehenden Jahres 2005. Die dabei gesammelten Erfahrungen und die Benennung der in dieser Zeit aufgetauchten internen und externen Probleme bildeten die Themengrundlage für die anschließende gemeinsame Bearbeitung im Rahmen eines open-space.

Zum Abschluss stellten alle Jugendparlamente ihre Wünsche und Planungen für das Jahr 2006 vor. Als Hauptthemen wurden dabei die Verbesserung der internen Arbeitsabläufe, eine Weiterentwicklung der jeweiligen Öffentlichkeitsarbeit, sowie eine Ausweitung der Suche nach neuen Mitgliedern und öffentlichen sowie privaten Kooperationspartnern benannt.

Das gesamte Wochenendseminar verlief in einer konstruktiven und durch die übereinstimmende Zielstellung aller Jugendparlamentsvertreter hoch motivierten Arbeitsatmosphäre. Von allen Teilnehmern/innen wurde dieses Seminar als sehr hilfreich und bereichernd bewertet.

Aufgrund des wiederholt großen Anklangs unter allen Beteiligten, plant die Netzwerkstelle auch für das Jahr 2006 mindestens ein Wochenendseminar zum Thema „Jugendbeteiligung“ durchzuführen. Gespräche für eine Finanzierung durch das Bildungsministerium des Landes Brandenburg wurden inzwischen aufgenommen.

Parallel erreichte die Netzwerkstelle die Anfrage einer Interessengruppe der Stadt Falkensee, mit der Bitte um Unterstützung zur Schaffung einer jugendlichen Beteiligungsstruktur. Dazu fanden die ersten Arbeitstreffen mit Vertretern der Jugendarbeit vor Ort statt. Neben der direkten Unterstützung potentieller Akteure für den Aufbau einer politischen Jugendvertretung in Falkensee, plant die Netzwerkstelle in Zusammenarbeit mit Schulen und dem Bürgermeister die Durchführung eines öffentlichen Planspiels „Kommunalpolitik“. Zielstellung dabei ist eine ergänzende, breite Informierung und Sensibilisierung zum Themenbereich demokratische Mitbestimmung. Zielgruppen dabei sollen nicht nur Jugendliche, sondern darüber hinaus die Generation der Eltern, sowie die Vertreter der entsprechenden Arbeitsebenen in Verwaltung, Stadtverordnetenversammlung, örtlicher Jugendarbeit und Schulen sein. Der Bildungs-, Kultur und Sozialausschuss der Stadtverordnetenversammlung Falkensee hat diese Planungen begrüßt.

Neben der laufenden, kontinuierlichen Begleitung der bestehenden Jugendvertretungen ist im weiteren Verlauf der Netzwerkstellenarbeit, neben der Unterstützung zivilgesellschaftlich organisierter Gruppierungen, der Aufbau weiterer Jugendbeteiligungsstrukturen geplant. Dazu ist in Abstimmung und mit zukünftig direkter Unterstützung durch das Bildungsministerium und der Staatskanzlei des Landes Brandenburg, über das regionale Agieren hinaus, die Entwicklung eines landesweiten Ansatzes zum Thema Jugendbeteiligung durch die CIVITAS-Netzwerkstelle geplant.

Des Weiteren soll die Netzwerkstelle als Impulsgeber für eine inhaltliche und strukturelle Vernetzung zukünftiger Jugendbeteiligungsinitiativen mit den sich vor Ort entwickelnden lokalen Bündnissen für Familien, mit dem Ziel eines generationsübergreifenden Ansatzes für bürgerschaftliches Engagement wirken.

Jahresbericht 2005/2006

Gesellschaften

GSE, Gesellschaft für Stadtentwicklung gGmbH

SPI Forschung gGmbH (Berlin, Magdeburg)

Centre Français de Berlin gGmbH,
Deutsch-Französisches Jugend- und Kulturzentrum

ISKA, Institut für soziale und kulturelle Arbeit pgGmbH
(Nürnberg)

SPI Beteiligungsgesellschaft mbH

GSE, Gesellschaft für Stadtentwicklung gGmbH

Gegenstand des Unternehmens

(1) Gegenstand des Unternehmens ist es, auf der Grundlage der Zwecke der freien Wohlfahrtspflege solche Projekte zu entwickeln, zu initiieren, zu fördern und durchzuführen, die im Rahmen der Stadtentwicklung Aufgaben der Jugendhilfe und Wohlfahrtspflege übernehmen.

Dazu gehören insbesondere:

Die Beschaffung und Verwaltung von Wohn- und Nutzräumen für Personengruppen der Jugendhilfe, sozial benachteiligte Mieter, Jugend-, Sozial- und sozialkulturelle Projekte.

Organisation, Beratung, Durchführung und Betreuung von baulichen Maßnahmen, einschließlich der Verbesserung des Wohnumfeldes im Rahmen der sozial orientierten Stadtentwicklung und unter besonderer Berücksichtigung der Förderung der Selbsthilfe im baulichen und sozialen Bereich.

Beschäftigung und berufliche Qualifizierung von Personengruppen aus dem Bereich der Jugendhilfe und Personen aus dem Bereich der Problemgruppen des Arbeitsmarktes mit dem Ziel der dauerhaften, sozialen und beruflichen Integration in das Gemeinwesen.

(2) Die Gesellschaft ist selbstlos tätig; sie verfolgt nicht in erster Linie eigenwirtschaftliche Zwecke; sie verfolgt unmittelbar und ausschließlich gemeinnützige Zwecke im Sinne des Abschnittes: Steuerbegünstigte Zwecke der Abgabenordnung vom 16. März 1976. Ihr Geschäftsbetrieb ist nicht auf die Erzielung eines Gewinnes gerichtet. Etwaige Gewinne dürfen nur für satzungsmäßige Zwecke verwendet werden.

(3) Mittel der Gesellschaft dürfen nur für die satzungsmäßigen Zwecke der Gesellschaft verwendet werden. Die Gesellschafter dürfen keine Gewinnanteile und in ihrer Eigenschaft als Gesellschafter auch keine sonstigen Zuwendungen aus Mitteln der Körperschaft erhalten. Sie erhalten bei ihrem Ausscheiden oder bei Auflösung der Körperschaft oder bei Wegfall steuerbegünstigter Zwecke nicht mehr als ihre eingezahlten Kapitalanteile und den gemeinen Wert ihrer geleisteten Sacheinlagen zurück.

(4) Keine Person darf durch Ausgaben, die dem Zwecke der Gesellschaft fremd sind, oder durch unverhältnismäßig hohe Vergütungen begünstigt werden.

SPI Forschung gGmbH

Gegenstand des Unternehmens

1) Gegenstand des Unternehmens ist es, auf der Grundlage der freien Wohlfahrtspflege und den Grundsätzen der Arbeiterwohlfahrt

   – Forschungsprojekte zu entwickeln, zu initiieren, zu fördern und durchzuführen, die auf die Lösung sozialer Probleme und der Weiterentwicklung von Theorie und Praxis der Sozialarbeit/Sozialpädagogik gerichtet sind sowie
   – Ausbildungs- und Weiterbildungsprojekte durchzuführen und alle damit im Zusammenhang stehenden Geschäfte zu tätigen.

   Dazu gehören insbesondere:

   – die praxisnahe Forschung und Begleitforschung von sozialpädagogischen Modellen und neuer sozialpädagogischer Modelle und Ansätze, wobei die Forschungsergebnisse der Gesellschaft zeitnah veröffentlicht werden,
   – die Durchführung von Seminaren und Schulungen sowie die Fortbildung sozialpädagogischer Praktiker und interessierter Laien.

2) Die Gesellschaft ist selbstlos tätig; sie verfolgt unmittelbar und ausschließlich gemeinnützige Zwecke im Sinne des Abschnitts steuerbegünstigte Zwecke der Abgabenordnung vom 16. März 1976. Ihr Geschäftsbetrieb ist nicht auf die Erzielung eines Gewinns gerichtet. Etwaige Gewinne dürfen nur für satzungsgemäße Zwecke verwendet werden.

3) Mittel der Gesellschaft dürfen nur für die satzungsgemäßen Zwecke der Gesellschaft verwendet werden. Der oder die Gesellschafter dürfen auch keine Gewinnanteile und in ihrer Eigenschaft als Gesellschafter auch keine sonstigen Zuwendungen aus Mitteln der Körperschaft erhalten.

   Sie erhalten bei ihrem Ausscheiden oder bei Auflösung der Körperschaft oder bei Wegfall steuerbegünstigter Zwecke nicht mehr als ihre eingezahlten Kapitalanteile und den gemeinen Wert ihrer geleisteten Sacheinlagen zurück.

4) Keine Person darf durch Ausgaben, die dem Zweck der Gesellschaft fremd sind oder durch unverhältnismäßig hohe Vergünstigungen begünstigt werden.

5) Die Gesellschaft ist berechtigt, Zweigniederlassungen im Inland zu errichten.

Centre Français de Berlin gGmbH
Deutsch-Französisches Kulturzentrum

Gegenstand der Gesellschaft

Aufgabe und Zweck der gemeinnützigen Gesellschaft ist es, im Sinne des europäischen Gedankens zur Völkerverständigung im Jugend-, Bildungs- und Kulturbereich beizutragen. Insbesondere soll dies erreicht werden durch die Wiederinbetriebnahme des Centre Français in Berlin-Wedding, Müllerstraße 74/75. Aufgabe dort wird sein:

Internationaler Jugendaustausch, Kulturaustausch, Kunst- und Künstleraustausch, europäische Berufsbildung, Beherbergung von Jugendlichen, Künstlern und sonstigen Gästen. Einbezug der lokalen kultur- und gemeinwohlorientierten Organisationen zu initiieren, zu fördern und Räumlichkeiten für sie anzubieten, langfristig zu sichern und alle damit im Zusammenhang stehenden Geschäfte zu tätigen.

Dazu gehören insbesondere:

– Der Internationale Jugendaustausch.

– Initiieren eines deutsch-französischen Zentrums.

– Vergabe von Räumlichkeiten für sozialkulturelle, gemeinnützige Bildungs- und Jugendprojekte.

– Initiierung und Aufbau eines internationalen Aufenthaltszentrums im Sinne des europäischen Gedankens und der Völkerfreundschaft; Kontaktherstellung, Verständigungs- und Austauschmöglichkeiten mit osteuropäischen Jugend- und Kulturorganisationen.

– Einrichtung eines lokalen Kulturzentrums als Begegnungsstätte für in Berlin lebende Franzosen mit der deutschen Bevölkerung, um gewachsene Zusammenarbeit und Bindungen, insbesondere in den Berliner Stadtbezirken Wedding und Reinickendorf zu fördern.

– Das Initiieren und Betreiben eines Ausbildungszentrums, um Auszubildende mit den jeweiligen Methoden, Inhalten und Arbeitsweisen der anderen europäischen Länder, insbesondere der Franzosen, bekannt zu machen.

– Das Anbieten von Filmen und Theaterstücken aus den jeweiligen Ländern.

– Die wechselseitige Präsentation von künstlerischen Werken von Künstlern aus Deutschland und Frankreich.

– Verwaltung und Bewirtschaftung der Nutzräume für die Personengruppen von Jugend- und sozialkulturellen Projekten in Zusammenarbeit mit Beschäftigung und beruflicher Qualifizierung von Personengruppen aus dem Bereich der Problemgruppen des Arbeitsmarktes mit dem Ziel der dauerhaften sozialen Integration in das Gemeinwesen.

– Durchführung von Veranstaltungen, Kongressen und Fachtagungen.

– Sprachkurse.

ISKA, Institut für soziale und kulturelle Arbeit pgGmbH

Gegenstand

(1) Aufgabe der Gesellschaft ist die Planung, Durchführung, Auswertung sowie die Verbreitung der Ergebnisse von Vorhaben mit nationaler und internationaler Zielsetzung, die darauf ausgerichtet sind,
- vorhandene soziale, kulturelle und pädagogische Angebote, Dienste und Veranstaltungen dem jeweiligen sozio-ökonomischen und ökologischen Entwicklungsstand entsprechend fortzuentwickeln;
- neue Entwicklungen der sozialen, kulturellen und pädagogischen Arbeit anzuregen, aufzugreifen und öffentlich zu machen.

(2) Die Arbeit der Gesellschaft ist insgesamt darauf ausgerichtet, exemplarisch-, praxis- und handlungsorientiert die Grundlagen zu vermitteln, zu entwickeln oder zu gewährleisten, die Vorbedingungen für ein selbstbestimmtes Leben sind (Befähigung zur Selbsthilfe).

(3) Die Gesellschaft will dazu auch in Kooperation mit anderen Einrichtungen insbesondere folgende Angebote entwickeln:
- Aus-, Fort- und Weiterbildung, insbesondere für Berufsgruppen der kulturellen, pädagogischen und sozialen Arbeit;
- Beratung, insbesondere für Klienten und Beschäftigte der kulturellen, pädagogischen und sozialen Arbeit;
- praxisrelevante Forschung, bezogen auf Handlungsfelder der Sozialen Arbeit und Pädagogik;
- Kontakt- und Anlaufstelle für selbstorganisierte Projekte/Initiativen und Selbsthilfegruppen im Kultur-, Sozial-, Ökologie- und Gesundheitsbereich;
- Durchführung und Förderung von Modellvorhaben des sozialen, kulturellen und pädagogischen Bereichs;
- Gutachten, Stellungnahmen, Dokumentationen, Öffentlichkeitsarbeit;
- Einzelprojekte zur Fortentwicklung traditioneller Aufgabenbereiche und Entwicklung neuer Handlungsfelder der sozialen und kulturellen Arbeit.

(4) Die Gesellschaft darf andere Unternehmen gleicher oder ähnlicher Art erwerben, vertreten oder sich an solchen Unternehmen beteiligen, Zweigniederlassungen gründen und alle sonstigen Geschäfte vornehmen, soweit sie der Erreichung und Förderung des Gesellschaftszweckes dienlich sind. Die Gesellschaft ist im Rahmen ihrer Tätigkeitsfelder berechtigt, Leistungen und Lieferungen an Dritte zu tätigen.

SPI Beteiligungsgesellschaft mbH

Gegenstand des Unternehmens

1) Gegenstand des Unternehmens ist die Verwaltung von Vermögen und Beteiligungen an anderen Gesellschaften.

2) Die Gesellschaft kann alle Geschäfte betreiben, die dem Geschäftszweck unmittelbar oder mittelbar zu dienen geeignet ist. Die Gesellschaft ist berechtigt, sich an gleichartigen oder ähnlichen Unternehmen zu beteiligen und Zweigniederlassungen im In- und Ausland zu errichten.

Jahresbericht 2005/2006

Öffentlichkeitsarbeit

Publikationen

Fachtagungen

1. Publikationen

Drogenabhängige Prostituierte und ihre Freier; C. Gersch, W. Heckmann, B. Leopold, Y. Seyrer; Berlin 1988
Preis: € 3,--; ab 3 Expl. € 2,50

Drug Addicted Prostitutes and their Customers; C. Gersch, W. Heckmann, B. Leopold, Y. Seyrer; Berlin 1988
Preis: € 5,--

HIV-Prävalenz, Risikoverhalten und Verhaltensänderungen bei intravenösen Drogenkonsumenten - Ergebnisse einer sozialepidemiologischen Studie; D. Kleiber, A. Pant; Berlin 1991
Preis: € 6,--

Kokain - Eine ausgewählte Bibliographie; S. Reiter, W. Heckmann, S. Anders; Berlin 1991
Preis: € 6,--

Stress und Burnout bei der AIDS-Arbeit; I. Beerlage, D. Kleiber; Berlin 1990
Preis: € 9,--

Sozialpädagogisches Hochschulstudium und Berufstätigkeit - Am Beispiel der Absolventinnen und Absolventen des Diplomstudiengangs an der FU Berlin; U. Kuckartz, H. Lukas, E.-G. Skiba; Berlin 1994
Preis: € 10,--

Jugendhilfe in Berlin - J. Grüneberg, D. Kreft, A. Stähr; Loseblattwerk, 1 Ordner, ca. 1.500 Seiten
Bezug nur über Luchterhand-Verlag

Perspektivenwandel der Jugendhilfe - Ergebnisse einer Totalerhebung (Daten/Fakten/Analysen) zur aktuellen Aufgabenwahrnehmung der Jugendämter und Expertisentexte ‘Neue Handlungsfelder der Jugend- und Familienhilfe’; D. Kreft/H. Lukas u. a.,
2 Bände, Frankfurt/Main 1993, 2. Auflage
Bezug nur über Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik (ISS)
Am Stockborn 5-7, 60385 Frankfurt/Main

Zur Situation von Mädchen und jungen Frauen in der Jugendhilfe im Kreis Herford - Bestandsaufnahme, Analyse, Perspektiventwicklung und daraus resultierende Anforderungen an die Jugendhilfeplanung, Ute Krieter/Helmut Lukas, 10/96
Bezug über Kreis Herford, Jugend- und Sportamt, Herrn Engelking
Amtshausstr. 3, 32045 Herford
Tel. 05221 13 14 20

Sonderverkauf

Die angegebene Veröffentlichung kann zum Preis von nur € 3,-- bezogen werden.

Anna Nemitz - Blätter der Erinnerung; Kurt Nemitz; Berlin 1988, € 8,--

Sämtliche Preise verstehen sich zuzüglich Versandkosten.

Bestellungen:
Stiftung SPI
Müllerstr. 74
13349 Berlin
Tel.: 030 / 45 97 93 - 0
Fax : 030 / 45 97 93 - 66
Email: info@stiftung-spi.de
Bank für Sozialwirtschaft
BLZ 100 205 00
Konto 31 121 10

Geschäftsbereich Fachschulen, Qualifizierung & Professionalisierung

Älterwerden in Berlin – Eine zweisprachige Informationsbroschüre für Migranten/innen aus der Türkei; SPI Berlin im Auftrag der Ausländerbeauftragten des Landes Berlin, 1996.

Dammann, Michael: Musik im Umgang mit Demenzkranken nutzen. Fachschulen, Qualifizierung & Professionalisierung, Berlin: Selbstverlag, 2002.

Derwisch, Lars: Trainerverhalten. Kinder und Jugendliche im Fußball, Berlin: Selbstverlag, 2005.

Fachschulen des SPI (Hg.), Alles wird gut!?, Jugend- und Familienhilfe unter Druck. Dokumentation der Fachtagung am 17. und 18. Februar 1997, Berlin: Selbstverlag, 1997.

Fachschulen des SPI (Hg.), Schlüsseldienst, Ratgeber zur Kinder- und Jugendhilfe, Berlin: Selbstverlag, 1998, 2. Überarbeitete Auflage, 1999.

Horn-Wagner, Detlef; Jakobs, Jann; Strack, Gerhold: Handreichung zur Strukturentwicklung von Jugendämtern. SPI (Hg.), Berlin: Selbstverlag.

Hoppe, Birgit: Sinnvolles Miteinander. Die Kooperation von Kranken- und Altenpflege. In: Häusliche Pflege 1, 1994, S. 10-15.

Hoppe, Birgit; Wulf, Christoph (Hg.): Altern braucht Zukunft, Europäische Verlagsanstalt: Hamburg, 1996 (Dabei handelt es sich um die um einige Aufsätze erweiterte Veröffentlichung der im WS 1994/1995 in Kooperation mit der FU Berlin durchgeführten Universitätsvorlesungen „Altern - unsere Zukunft“).

Hoppe, Birgit: Psychologie, Verstehen lernen. Lehrbuch Altenpflege, Hannover: Vincentz Verlag, 1997.

Hoppe, Birgit: Akademisierung der Altenpflege - Fallstricke und Perspektiven. In: Pflegepädagogik, 6, 1997, S. 12-15.

Hoppe, Birgit: Qualifizierung der Pflegeberufe zur Kooperation? Berufssozialisation auf Gegenkurs. In: Garms-Homolová, V.; Schaeffer, D. (Hg.), Medizin und Pflege, Kooperation in der ambulanten Versorgung, Wiesbaden: Ullstein Medical, 1998.

Hoppe, Birgit: Lebensweltliche Pflege. Unterstützung der Häuslichkeit als professionelle Aufgabe? Grenzen und Grenzverletzungen. In: Schmidt, R.; Thiele, A. (Hg.), Konturen der neuen Pflegelandschaft: Positionen, Widersprüche, Konsequenzen, Regensburg: Transfer Verlag, 1998.

Hoppe, Birgit: Zwischen Fachschulausbildung und Laisierungstendenz. Zur Ausdifferenzierung der Zukunft der Pflege. In: Neue Steuerungen in Pflege und Sozialer Altenarbeit, Schmidt, R. et. al (Hg.), Regensburg: Transfer Verlag, 1998.

Hoppe, Birgit: Zukunftsvisionen im Pflegemanagement. In: Lehrbuch Pflegemanagement, Kerres, A.; Falk, J.; Seeberger, B. (Hg.), Berlin-Heidelberg-New York: Springer-Verlag, 1998.

Hoppe, Birgit: Ausbildung und Qualifizierung zwischen Qualitätsentwicklung und Deregulierung. In: Stiftung SPI, Jahresbericht 1998/1999.

Hoppe, Birgit: Enttäuschte Hoffnungen, Zum Gesetzentwurf zur Altenpflegeausbildung der Bundesregierung. In: Altenpflege, 3, 1999, S. 28-29.

Hoppe, Birgit: Qualifikation und Qualität von Arbeitsplätzen im Bereich Soziale Dienste. In: Dokumentation der Fachtagung „Der Sozialstaat als Standortfaktor – Neue Märkte für Soziale Dienste“, 6./7. Sept. 1999, IHK Berlin.

Hoppe, Birgit: Rückschritt auf der ganzen Linie. Zum Fortgang der Beratungen zum Entwurf Bundesaltenpflegegesetz. In: Altenpflege, 12, 1999, S. 20-21.

Hoppe, Birgit; Arnold, Karin; Dibelius, Olivia (Hg.): Altenpflegeausbildung – Eine Einführung. Freiburg im Breisgau: Lambertus Verlag, 1999.

Hoppe; Birgit; Arnold, Karin; Dibelius, Olivia (Hg.): Lehrbuch Grundlagenwissen Altenpflege. Freiburg im Breisgau: Lambertus Verlag, 1999.

Hoppe, Birgit: 2. Rahmenbedingungen der Ausbildung. In: Arnold, Karen; Dibelius, Olivia; Hoppe, Birgit u. a. (Hg.): Altenpflegeausbildung – Eine Einführung. Freiburg im Breisgau: Lambertus Verlag, 1999.

Hoppe, Birgit: „Falsches Ehrenamt – richtiges Ehrenamt?“ Soziale Berufe in der Zumutungsfalle – Konsequenzen für Professionalisierung und Qualifizierung. In: Stiftung SPI, Jahresbericht 1999/2000.

Hoppe, Birgit: Draußen vor der Tür – Prognosen für die Ausbildung der Zukunft. In: Altenpflege, 1, 2000, S. 31.

Hoppe, Birgit: Der große Wurf? Mitnichten! Zur Ausbildungs- und Prüfungsordnung für die Altenpflege. In: Altenpflege, 5, 2001.

Hoppe, Birgit: Lernen im kulturellen Widerspruch. Qualitäts- und Bildungsdebatten im Sozial- und Gesundheitssektor: Schnell gedacht und kurz gesprungen? In: Stiftung SPI, Jahresbericht 2000/2001.

Hoppe, Birgit: Bildung: Chaos durch zuviel Struktur? In Stiftung SPI, Jahresbericht 2001/2002.

Hoppe, Birgit: Berufsfachschulen. In: Fachlexikon der sozialen Arbeit. 5. Auflage Frankfurt am Main: Eigenverlag 2002, S. 131-130.

Hoppe, Birgit: Entschlossene Nichtwahrnehmung der Altenpflege ...und anderer Realitäten. In: Pflege Magazin, 6, 2002, S . 59-60.

Hoppe, Birgit: Aussicht auf Veränderung. Gesellschaftlicher Wandel und Lebenslanges Lernen. In: Pflege Magazin, 8, 2002, S. 4-11.

Hoppe, Birgit; Wulf, Christoph: Alter. In: Wulf, Christoph (Hg.), Vom Menschen. Handbuch Historische Anthropologie, Weinheim und Basel: Beltz Verlag, 1997; Übersetzungen: Äge/vieillesse. In: Traité d´Anthropologie Historique, Philosophies, Histoires, Cultures, Paris: L`Harmattan, 2002 sowie in: Cosmo, corpo, cultura: Enciclopedia antropologica, Milano: Bruno Mondadori, 2002.

Hoppe, Birgit: Der Lernfeldansatz und seine Zubereitung – köstlich oder ungenießbar? Acht kritische Thesen. In: Pflege Magazin, 4, 2003, S. 44-46.

Hoppe, Birgit: Leiten – Intervenieren – Moderieren – Verselbständigen: die Rolle der Lehrenden. In: Falk, J.; Kerres, A. (Hrsg.), Didaktik und Methodik der Pflegepädagogik. Handbuch für innovatives Lehren im Gesundheits- und Sozialbereich. Weinheim und München: Juventa Verlag, 2003, S. 183-214.

Hoppe, Birgit: Führen und Leiten: Bewegen – gestalten – steuern. In: Falk, J.; Kerres, A. (Hrsg.), Didaktik und Methodik der Pflegepädagogik. Handbuch für innovatives Lehren im Gesundheits- und Sozialbereich. Weinheim und München: Juventa Verlag, 2003, S. 359-393.

Hoppe. Birgit: In welcher Wirklichkeit leben Sie eigentlich? Dynamiken im Strukturwandel. Sieben Szenen und ihre Nachhaltigkeit. In: Stiftung SPI, Jahresbericht 2002/2003.

Hoppe, Birgit: Fachkräftemangel/Ausbildung: Ursachen und Strategien zur Beseitigung des Fachkräftemangels im Interesse einer bedarfsgerechten Versorgung pflegebedürftiger Menschen. In: AWO Bundesverband e. V., Sozialbericht 2003/2004, Zukunft der Pflege in Deutschland, S. 26-34.

Hoppe, Birgit: Veränderungen und knifflige Probleme als Lernanlässe behandeln. Soziale Arbeit an der Stiftung Sozialpädagogisches Institut (SPI). In: Reinicke, P. (Hg.), Von der Ausbildung der Töchter besitzender Stände zum Studium an der Hochschule. 100 Jahre Evangelische Fachhochschule Berlin. Lambertus: Freiburg im Breisgau, 2004, S. 175-178.

Hoppe, Birgit: Etwas zutrauen. Qualifizierungsprozesse in der beruflichen Bildung. In: Stiftung SPI, Jahresbericht 2003/2004.

Hoppe, Birgit: Profis als Konkurrenten und Verdränger bürgerschaftlichen Engagements? In: Pflegemagazin, 5. Jg., 2004, 5, S. 27-34.

Hoppe, Birgit; Jacobs, Felicitas: Meine Bildung ist deine Bildung?! Oder: Che Guevara gegen Mozart. In: AFET Bundesverband für Erziehungshilfe, AFET-Veröffentlichung Nr. 64, Hannover: 2005.

Hoppe, Birgit: Zeitfenster & Depressionspanoramen. Vom Umgang mit unserer Zeit. In: Stiftung SPI, Jahresbericht 2004/2005.

Hoppe, Birgit: Pflege. In: Kreft, D.; Mielenz, I. (Hg.), Wörterbuch Soziale Arbeit. Aufgaben, Praxisfelder, Begriffe und Methoden der Sozialarbeit und Sozialpädagogik. Weinheim und München: Juventa Verlag, 2005, S. 633-636.

Hoppe, Birgit: Altenhilfe (Altenarbeit). In: Kreft, D.; Mielenz, I. (Hg.), Wörterbuch Soziale Arbeit. Aufgaben, Praxisfelder, Begriffe und Methoden der Sozialarbeit und Sozialpädagogik. Weinheim und München: Juventa Verlag, 2005, S. 54-59.

Hoppe, Birgit: Was hält Altenpfleger/innen im Beruf? Ein „Dennoch“ wider die Ausstiegsdebatte. In: Pflegemagazin, 2005, 6. Jg., 5, S. 28-34.

Hoppe, Birgit: Profis und freiwillig Engagierte – ein Kompetenzteam? Visionen, Anspruch und Wirklichkeit. In: Pflege & Gesellschaft, Zeitschrift für Pflegewissenschaft, 2006, 11. Jg., 1., S. 51–60.

Knebel, Martina: Auf den Geschmack gekommen. Fächerübergreifende Projekte in der Altenpflegeausbildung. In: Altenpflege, 12, 2000.

Lukas, Helmut; Strack, Gerhold (Hg.): Methodische Grundlagen der Jugendhilfeplanung. Freiburg im Breisgau: Lambertus Verlag, 1996.

Stiftung SPI (Hg.): Praktischer Ausbildungsplan für die Altenpflege. München: Urban & Fischer Verlag, 2004.

Swoboda, Beate: Pflegeplanung in der Altenpflege. In: A + A, 3/4, 1998, S. 9-11.

Swoboda, Beate: Altenpflege: Ein Beruf wird erwachsen, In: Altenpflege, 2, 1999.

Swoboda, Beate: Abriss der Altenpflegewissenschaft. In: Hoppe, Birgit et al. (Hg.), Lehrbuch Grundlagenwissen Altenpflege, Freiburg im Breisgau: Lambertus Verlag, 1999, S. 205-247.

Swoboda, Beate: Altenpflegegesetz – Risiken und Nebenwirkungen, Heim + Pflege, 1, 2000, S. 24-27.

Swoboda, Beate: Unordentlichkeit des Lebens und Sterbens: Beunruhigung aushalten setzt Wahrnehmungsfähigkeit voraus. In: Pflegezeitschrift, 5, 2000, S. 321-324.

Swoboda, Beate: Kooperation mit Ehrenamtlichen. Die Chancen nutzen – zugunsten der Betroffenen. In: Pflege Ambulant, 2, 2001, S. 6.

Swoboda, Beate: Zeitkorridore: Pflegeplanung und Pflegeversicherung, Berlin: Selbstverlag sowie Freiburg im Breisgau: Lambertus Verlag, 1999; 2. Auflage: Selbstverlag sowie Hannover: Vincentz Verlag, 2001.

Swoboda, Beate: Pflegeplanung. Hannover: Vincentz Verlag 2002.

Swoboda, Beate: Interkulturelle Aspekte der neuen Altenpflegeausbildung. In: AWO Bundesverband e.V., Stiftung SPI (Hg.), Interkulturelle Aspekte in der Altenpflegeausbildung. Arbeitshilfe für die Unterrichtspraxis. Bonn: 2005, S. 14-18.

Swoboda, Beate: Gastfreundschaft – Gedanken zu einem pädagogischen Grundprinzip. In: AWO Bundesverband e.V., Stiftung SPI (Hg.), Interkulturelle Aspekte in der Altenpflegeausbildung. Arbeitshilfe für die Unterrichtspraxis. Bonn: 2005, S. 19-25.

Swoboda, Beate: Formulieren wie ein Profi. Pflegeplanung mit dem Planquadrat. Hannover: Vincentz Verlag, 2005.

Swoboda, Beate: Argumentationsgewinn/ Pflegelexikon. In: Altenpflege, 1, 2006, S. 42-43.

Swoboda, Beate: Kompass für die eigene Arbeit - Pflegeleitbild/Pflegelexikon. In: Altenpflege, 2, 2006, S. 48-49.

Swoboda, Beate: Im Herzen der Pflege - Pflegemodelle/Pflegelexikon. In: Altenpflege, 3, 2006, S. 38-39.

Swoboda, Beate: Von der Kladde zum Touchscreen - Pflegedokumentation/Pflegelexikon. In: Altenpflege, 4, 2006, S. 42-43.

Swoboda, Beate: Sympathisch, praktisch, gut - Pflegequalität/Pflegelexikon. In: Altenpflege, 5, 2006, S. 26-27.

Swoboda, Beate: Wirrwarr der Begriffe - Pflegefachkraft/Pflegelexikon. In: Altenpflege, 6, 2006, S. 22-23.

Swoboda, Beate: Hand in Hand - Berufsverbände. In: Altenpflege, 6, 2006, S. 26-28.

Swoboda, Beate; Schult, Monika: Gewaltindikatoren erkennen In: A&A, 4-6, 2006, S. 12-16.

Bestellungen:
Stiftung SPI
Geschäftsbereich Fachschulen,
Qualifizierung & Professionalisierung
Hallesches Ufer 32-38
10963 Berlin
Tel.: 030 / 2 53 89 - 282 oder 030 / 2 51 12 08
Fax.: 030 / 25 29 95 41
Email: fachschulen@stiftung-spi.de

Geschäftsbereich Soziale Räume & Projekte

Clearingstelle Jugendhilfe/Polizei

Clearingstelle Jugendhilfe/Polizei (Hg.): Infoblätter, viermal jährlich erscheinende Lose-Blatt-Sammlung zu Themen aus den Bereichen Recht, Pädagogik, Verwaltungsstrukturen und Polizeiaufgaben.
Download unter www.stiftung-spi.de/clearingstelle

Haustein, Renate/Schendel, Jürgen: Jugend - Sozialarbeit - Polizei. Ergebnisse einer Befragung zum Verhältnis von Sozialarbeitern und Polizisten in Berlin. Berlin 1998 *****

Clearingstelle Jugendhilfe/Polizei: Gemeinsames Interesse - getrenntes Handeln? Kinderschutz - ein Auftrag für Polizei und Jugendhilfe. Dokumentation der Fachtagung vom 12.04.2000, Berlin.

Clearingstelle Jugendhilfe/Polizei (Hg.): Sozialarbeit und Polizei zwischen Dialog und Abgrenzung. Eine Fachtagung für Praktiker/innen aus Sozialarbeit und Polizei, Studierende und andere interessierte Fachleute am 30. und 31. März 2000 in der ASFH Dokumentation der Fachtagung, Berlin 2002. *****

Schendel, Jürgen: Denn sie wissen nicht, was die Anderen tun. Dialogförderung zwischen Sozialarbeit und Polizei der Clearingstelle Jugendhilfe/Polizei der Stiftung SPI. In: AFET-Veröffentlichung Nr. 61/2003: Was wirklich hilft. Die richtige Hilfe zur richtigen Zeit für schwierige junge Menschen. Druckerei Freimann & Fuchs, Hannover 2003.
Download unter www.stiftung-spi.de/clearingstelle.

Clearingstelle Jugendhilfe/Polizei (Hg.): Minderjährige Abgängige - weglaufende Jugendliche. Alltag für Jugendhilfe und Polizei. Arbeitsmaterialien zum Fachtag des Arbeitskreises Notdienste Polizei im November 2002. Berlin 2003. *****

Clearingstelle Jugendhilfe/Polizei (Hg.): Jugendliche und junge Erwachsene mit Doppeldiagnosen. Dokumentation zum Fachtag des Arbeitskreises City-Bahnhöfe im September 2001. Berlin 2004. *****

Schendel, Jürgen: Strukturelle Anforderungen an eine funktionierende Gewalt- und Kriminalitätsprävention im Bereich der Kinder- und Jugenddelinquenz. In: Berliner Forum Gewaltprävention Nr. 17 (Jugenddelinquenz – Entwicklungen und Handlungsstrategien, hrsg. von der Landeskommission Berlin gegen Gewalt), S. 45-51, Berlin 2004.

Clearingstelle Jugendhilfe/Polizei (Hg.): Einsichten – Hospitationen zwischen Jugendhilfe und Polizei. Ein Leitfaden zur Durchführung von Hospitationen. Berlin 2005.

Clearingstelle Jugendhilfe/Polizei: Dokumentation des Fachtags zum Thema „Möglichkeiten einer strukturierten Zusammenarbeit zwischen Jugendamt und LKA zum Thema Kinderschutz“. Berlin 2005.

Clearingstelle Jugendhilfe/Polizei (Hg.): Viele Köche verderben den Brei? Interdisziplinäre Ansätze zur Prävention von Jugenddelinquenz. Dokumentation der Fachtagung vom 26. und 27. August 2005 in Berlin. Berlin 2006. *****
Download unter www.stiftung-spi.de/clearingstelle.

Fritsch, Konstanze/Schendel, Jürgen/von Walter, Annika: Kooperation in der Prävention von Jugenddelinquenz. Veränderungen und Erfordernisse in Berlin aus Sicht der Clearingstelle Jugendhilfe/Polizei. In: Zeitschrift für Jugendkriminalrecht und Jugendhilfe (ZJJ), Jg. 17, Heft 1/2006, S. 51-56.

Die mit ***** gekennzeichneten Publikationen können in der Clearingstelle Jugendhilfe/Polizei zum Selbstkostenpreis von 5,-- Euro zzgl. Versandkosten bestellt werden.

Bestellungen:
Stiftung SPI
Clearingstelle Jugendhilfe/Polizei
Kremmener Str. 9-11
10435 Berlin
Tel.: 030/4490154
Fax: 030/4490167
Email: clearingstelle@stiftung-spi.de

Drehscheibe Kinder- und Jugendpolitik Berlin

Redaktion: Rebekka Bendig, Sophia Grimm
„Wir mischen mit! – Beteiligungsmöglichkeiten für Kinder und Jugendliche in Berlin“
Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Sport (Hg.) /
Drehscheibe Kinder- und Jugendpolitik Berlin (2005)

Bestellungen:
Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Sport
Beuthstr. 6-8
10117 Berlin
oder:
Stiftung SPI
Drehscheibe Kinder- und Jugendpolitik Berlin
Kremmener Str. 9-11
10435 Berlin
Tel.: 030. 442 37 18
Fax: 030. 440 34 146
Email: drehscheibe@stiftung-spi.de

Redaktion: Rebekka Bendig, Sven Hessmann, Stefanie Raab, Maria Richarz, Heiko Wichert
Auf die Plätze! – Kinder und Jugendliche erobern Freiräume
Drehscheibe Kinder- und Jugendpolitik (Hg.)
Zwischennutzungsagentur
Gefördert durch: Jugend- und Familienstiftung des Landes Berlin

Bestellungen:
Stiftung SPI
Drehscheibe Kinder- und Jugendpolitik Berlin
Kremmener Str. 9-11
10435 Berlin
Tel.: 030. 442 37 18
Fax: 030. 440 34 146
Email: drehscheibe@stiftung-spi.de

Drehscheibe Kinder- und Jugendpolitik Berlin (Hg.)
Forum Kinder- und Jugendpolitik in Berlin
viermal jährlich erscheinende Sammlung mit Texten, Materialien, Hinweisen und Informationen zur Kinder- und Jugendpolitik sowie der Beteiligung von Kindern und Jugendlichen.

Bestellungen:
Stiftung SPI
Drehscheibe Kinder- und Jugendpolitik Berlin
Kremmener Str. 9-11
10435 Berlin
Tel.: 030. 442 37 18
Fax: 030. 440 34 146
Email: drehscheibe@stiftung-spi.de

Drehscheibe Kinder- und Jugendpolitik Berlin
Fit für Kinderrechte
In: Kiek Mal – Die Berliner Kinderzeitung
Ganzjährige Serie für Kinder zum Thema Kinderrechte (2005)

Bestellungen:
Kiek Mal
Leipziger Str. 116-118
10117 Berlin
Fon: 279 37 68
Fax: 279 38 33
Email: kpzkiekmal@t-online.de

Flucht nach vorn

Flucht nach vorn (Hg.): Von einer Welt in die andere – Junge Flüchtlinge in Berlin.
Berlin 2005

Bestellungen:
Stiftung SPI
Flucht nach vorn - Bildung, Beratung, Betreuung junger Flüchtlinge
Lausitzer Str. 10
10999 Berlin
Tel.: 030 / 6 18 80 81
Fax: 030 / 61 62 48 42
Email: fnv@stiftung-spi.de

Genderagentur Berlin-Brandenburg

Meyer, Dorit (2001a):
Gender Mainstreaming: Bedeutung – Entstehung – Kontexte einer neuen politischen Strategie.
In: v. Ginsheim, G./Meyer, D. (Hg.): Gender Mainstreaming – neue Perspektiven für die Jugendhilfe. Berlin, S. 25-40

Meyer, Dorit (2001b):
Gender Mainstreaming – eine neue geschlechterpolitische Strategie.
In: BZgA Forum Sexualaufklärung und Familienplanung. Heft 4, S. 3-7

Meyer, Dorit (2002a):
Gender Mainstreaming – Auftrag für die Jugendsozialarbeit.
In: Jugend – Beruf – Gesellschaft. Heft 1, S. 2-9

Meyer, Dorit (2002b):
Gender Mainstreaming als Zukunftsressource.
In Jahresbericht der Stiftung SPI Berlin. Berlin, S. 32-38

Meyer, Dorit (2003a):
Mädchenarbeit vor neuen gesellschaftlichen Herausforderungen.
In: Sachverständigenkommission 11. Kinder- und Jugendbericht (Hg.): Mädchen- und Jungenarbeit – Eine uneingelöste fachliche Herausforderung. Band 3, Opladen, S. 21-36

Meyer, Dorit (2003b):
Gender Mainstreaming – Anforderungen an eine sozialraumorientierte Kinder- und Jugendhilfe. E & C- Journal Nr. 9.
Download unter www.eundc.de

Meyer, Dorit (2004a):
Kommunale Implementierung von Gender Mainstreaming im Programm „Entwicklung und Chancen junger Menschen in sozialen Brennpunkten“ (E & C).
In: Regiestelle E & C (Hg.) Kommunale Implementierung von Gender Mainstreaming – Aktuelle Konzepte und Umsetzungsstrategien. S. 6-12.
Download unter www.eundc.de, S. 6-15

Meyer, Dorit (2004b):
Die Implementierung von Gender Mainstreaming – eine Aufgabenstellung für Jugendämter.
In: Sozialwissenschaften und Berufspraxis (SUB) 27. Jg. Heft 3 S. 271-282

Meyer, Dorit (2004c):
Gender Mainstreaming als strukturierendes Leitprinzip in der sozialen Arbeit.
In: Landeshauptstadt München, Sozialreferat (Hg.): Dokumentation der Fachtagung „Vielfalt gestalten“. München, S. 71-81

Meyer, Dorit (2004d):
Gender Mainstreaming eine neue gleichstellungsrelevante Strategie für politische Handlungsfelder.
In: Akademie für Ehrenamtlichkeit Berlin (Hg.): Gender Mainstreaming im Ehrenamt. Dokumentation der Fachtagung „Viel Arbeit - wem die Ehre?
Download unter www.freiwilligen-kultur.de

Meyer, Dorit (2004e):
Die Implementierung von Gender Mainstreaming als Auftrag für Jugendämter.
In: Regiestelle E & C (HG.): Strategien der kommunalen Umsetzung von Gender Mainstreaming, S. 6-12.
Download unter www.eundc.de

Meyer, Dorit (2005):
Ansatzpunkte der Implementierung von Gender Mainstreaming in Projekten und Einrichtungen der freien Träger der Kinder- und Jugendhilfe.
In: Regiestelle E & C (Hg.): Ansatzpunkte der Implementierung von Gender Mainstreaming in Projekten und Einrichtungen der freien Träger der Kinder- und Jugendhilfe. S. 6-12. Zum Download unter www.eundc.de

Meyer, Dorit/v. Ginsheim, Gabriele (Hg.) (2001): Gender Mainstreaming – neue Perspektiven für die Jugendhilfe. Berlin.
Download unter www.eundc.de

Meyer, Dorit/v. Ginsheim, Gabriele (2002): Gender Mainstreaming – Zukunftswege der Jugendhilfe. Ein Angebot. Berlin.
Download unter www.eundc.de

MÄDEA

Ursula Bachor, (Hg. Stiftung SPI, MÄDEA)
Mädchen in sozialen Brennpunkten
Dokumentation des Fachforums im Rahmen des Aktionsprogramms „Entwicklung und Chancen junger Menschen in sozialen Brennpunkten“ des BMFSFJ, Berlin 2000

Ursula Bachor (Hg. Stiftung SPI, MÄDEA)
Unsere Heimat?
Erzählungen und Gedichte von Mädchen im Rahmen des E & C Programms „Lokale Aktionspläne für Toleranz und Demokratie“ des BMFSFJ
Berlin 2002

Ursula Bachor
Die vielen Gesichter MÄDEAs
In: Betrifft Mädchen 04/01, ISA Münster, Votum Verlag

Ursula Bachor
Interkulturelle Mädchenarbeit in der Praxis am Beispiel MÄDEA Berlin
In: Dokumentation der Fachtagung „Interkulturelle Mädchenarbeit“ am 13.11.2001 in Gießen, Hg. Magistrat der Stadt Gießen, 2002

MÄDEA, Stiftung SPI
Dokumentation der Mädcheninterviews mit Bezirksbürgermeistern, Jugendstadträten/innen, Jugendhilfeplaner/innen der Bezirke Wedding, Mitte, Tiergarten, Berlin 1999

AG Mädchen und junge Frauen im Wedding nach § 78 KJHG (Hg.)
Text- und Bildbeitrag in 'Jedes Mädchen hat Rechte - Überall' Dokumentation der 1. Mädchenkonferenz am 11.11.99 im Rathaus Wedding, Berlin 2000

Arbeitskreis Feministisch-Interkulturelle Mädchenarbeit e.V. Berlin (Hg.) Beiträge im LUZIE-Mädchentaschenkalender
LUZIE 2007 ’Meine Lieblingsorte’, Gedichte, Zeichnungen Januar
LUZIE 2006 ’Liebe’, Gedichte Juni
LUZIE 2005 ’Body & Wellness’, Comics, Cartoons, Gedichte Oktober
LUZIE 2004 ’Girls Cultures’, Texte/Zeichnungen zu Wedding Kultur April
LUZIE 2003 'LUZIE und die Liebe', Texte/Zeichnungen November
LUZIE 2002 'LUZIE am Werk', Texte und Fotos April
LUZIE 2001 'LUZIE mischt mit', Texte und Bilder November
LUZIE 2000 'LUZIE unterwegs in die Zukunft', Texte, Fotos, Zeichnungen
Brandes & Apsel Verlag GmbH, Frankfurt a. M.

Soldiner Kiez Kalender 2005: Gedichte und Zeichnungen im Juli
Hg. Nachbarschaftsheim Prinzenallee, Berlin

Mädchenarbeit in der Einwanderungsgesellschaft – Aktuelle Diskurse, BAG-Info Nr. 5/2005, Hg. Bundesarbeitsgemeinschaft Mädchenpolitik e.V., Redaktion: Ursula Bachor, Diana Emberger, Mohtaram Zaherdoust

Bestellungen:
Stiftung SPI
MÄDEA - Interkulturelles Zentrum für Mädchen und junge Frauen
Badstr. 10
13357 Berlin
Tel.: 030.49 30 89 66
Fax: 030.49 30 89 65
Email: maedea@stiftung-spi.de

Berliner Büro für Diversionsberatung und -vermittlung

Haustein, R. u. Nithammer, D. (1999): Das Berliner Büro für Diversionsberatung und -vermittlung. DVJJ-Journal, 10. Jg., 4/99, S. 427-432.
Bestellung: DVJJ e.V., Lützerodestr. 9, 30161 Hannover

Haustein, R. u. Nithammer, D. (2000): Das Berliner Büro für Diversionsberatung und -vermittlung. In: Sportjugend Berlin im Landessportbund Berlin e.V. (Hrsg.): Sport statt Strafe!? Möglichkeiten und Grenzen einer Zusammenarbeit von Jugendhilfe und Polizei, S. 66-69. (Fälschlicherweise ist als Autorin Petra Bäker angegeben, die aber auf der in diesem Band dokumentierten Fachtagung den Vortrag über das Diversionsbüro gehalten hat.)
Bestellung: Sportjugend Berlin, Jesse-Owens-Allee 2, 14053 Berlin,
Tel. 030 - 30 002 - 0

Haustein, R. u. Nithammer, D. (2000): Berliner Büro für Diversionsberatung und -vermittlung. In: Landeskommission Berlin gegen Gewalt (Hrsg.): Berliner Forum Gewaltprävention. Sondernummer 4. Kooperation von Jugendhilfe, Polizei und Justiz - Projekte und Standpunkte – , S. 83-86.
Bestellung: Landeskommission Berlin gegen Gewalt, c/o Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Sport, Beuthstr. 6-8, 10117 Berlin, Tel. 030 - 9026 - 5253

Haustein, R. u. Nithammer, D. (2001): Das Berliner Büro für Diversionsberatung und -vermittlung. In: Deutsches Jugendinstitut e.V., Arbeitsstelle Kinder- und Jugendkriminalitätsprävention (Hrsg.): Schnelle Reaktion. Tatverdächtige Kinder und Jugendliche im Spannungsfeld zwischen beschleunigtem Verfahren und pädagogischer Hilfe, S. 83-102. München.
Bestellung: Deutsches Jugendinstitut, Arbeitsstelle Kinder- und Jugendkriminalitätsprävention, Nockherstr. 2, 81541 München, Fax 089 - 623 06 - 162

Haustein, R. u. Nithammer, D. (2001): Berliner Büro für Diversionsberatung und -vermittlung. In: Bischoff, D. u. Matzke, M.: Straftaten junger Menschen im vereinigten Berlin. Eine Bestandsaufnahme, S.172-180 Berlin: Hitit Verlag.
Bestellung: Reihe Verwaltung, Recht und Gesellschaft Band 14 der Fachhochschule für Verwaltung und Rechtspflege Berlin, Bildungs- und Verwaltungszentrum Friedrichsfelde, Alt-Friedrichsfelde 60, 10315 Berlin,
Tel. 030 - 90 21 40 05

Sollten die Auflagen vergriffen sein, können Sie auch Kopien der Artikel bestellen bei:
Stiftung SPI
Berliner Büro für Diversionsberatung und -vermittlung
Kremmener Str. 9-11
10435 Berlin
Tel. 030 / 44 00 92 - 73 / - 76
Fax 030 / 449 01 67
Email: diversion@stiftung-spi.de

Ostkreuz - Netzwerke gegen Rechts

ANMERKUNG: Die nachstehende Liste gibt den aktuellen Stand wieder; allerdings steht eine weitgehende Überarbeitung der Ostkreuz-Website in den nächsten Wochen an, in deren Rahmen auch mehrere Texte, die noch für die Veröffentlichung bearbeitet werden, für den Download zur Verfügung gestellt werden sollen.

Chung, Carl: Überlegungen zur Bildungsarbeit gegen Rassismus, in: Netzwerk MITEINANDER/FiPP e.V. und Licht-Blicke/pad e.V.: Dokumentation Bildungsbörse - Ansätze und Methoden antirassistischer Bildungsarbeit, Berlin 2003, S. 4ff
Bestellung: Netzwerk MITEINANDER Marzahn-Hellersdorf, Garzauer Str. 31, 12683 Berlin, Tel. 030/564966-95

Chung, Carl (MBT „Ostkreuz“ der Stiftung SPI) und Lohrenscheit, Claudia (Deutsches Institut für Menschenrechte): Menschenrechtsbildung mit der Polizei.
Download unter www.stiftung-spi.de

Ostkreuz - Netzwerke gegen Rechts (Hg.): Menschenrechtskultur & bürgerschaftliche Integration Mobile Beratung – Strukturarbeit – Praxisbegleitung – Fortbildung (Arbeitspapier), Berlin 2003
Download unter www.stiftung-spi.de

Ostkreuz - Netzwerke gegen Rechts (Hg.): Mobile Beratung für menschenrechtsorientierte Demokratie in Berlin Problembeschreibung & Grundsätze (Broschüre), Berlin 2002
Download unter www.stiftung-spi.de

Dokumentation der Landeskonferenz vom 11. und 12. Dezember 2003 in Berlin: „Zivilgesellschaft stärken - Vielfalt respektieren - Gleichbehandlung verwirklichen“, Berlin 2004
Download unter www.stiftung-spi.de

ZDK Gesellschaft Demokratische Kultur gGmbH, Projektbereich „Community Coaching“ (Hg.): Rechtsextremismus und Demokratie gefährdende Phänomene in Berlin Marzahn-Hellersdorf – Möglichkeiten der demokratischen Intervention (SONDERDRUCK der Stiftung SPI/MBT Ostkreuz für die mobile Beratungsarbeit in Marzahn-Hellersdorf mit freundlicher Genehmigung der ZDK Gesellschaft Demokratische Kultur gGmbH, gefördert durch das Landesprogramm gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus)

Bestellungen:
Stiftung SPI
Ostkreuz - Netzwerke gegen Rechts
Schönhauser Allee 73
10437 Berlin
Tel.: 030 / 41 72 56 28
Fax: 030 / 41 72 56 30
Email: ostkreuz@stiftung-spi.de

Geschäftsbereich Strategien sozialer Integration

Regiestelle E & C

Publikationen als Download erhältlich unter www.eundc.de

Regiestelle LOS

Publikationen als Download erhältlich unter www.los-online.de

SPI Forschung gGmbH

Literaturauswahl ab 2000

Chrapa, M., Heckmann, W., (Hg) (2002): Jugend und Drogen in Sachsen-Anhalt, Magdeburg.

Christoph, M. , Heckmann, W., (2003): Fahranfänger/innen im Trink-Fahr-Konflikt – Ein PEER-Projekt an Fahrschulen, in Nörber, M. (Hg) Peer Education, Weinheim, Basel.

Das Bundesministerium für Gesundheit und Soziale Sicherung (2003): Gesundheitsämter im Wandel - Die Arbeit der Beratungsstellen für STDs und AIDS vor dem Hintergrund des neuen Infektionsschutzgesetzes.

Heckmann, W. (2001): Alkoholprävention in Schweden. In: Tossmann, P., Weber, N.H. (Hg.): Alkoholprävention in Erziehung und Unterricht, Herbolzheim, S. 276-288.

Heckmann, W. (2002): Jugend und Suchtverhalten: Nikotin als Einstiegsdroge, in: Haustein, K.-O. (Hrsg.): Rauchen und Nierenerkrankungen, Rauchen und orale Gesundheit, Nürnberg.

Heckmann, W. (2003): Präventionsforschung und kommunale Suchtprävention in der Bundesrepublik Deutschland – eine gelungene Allianz?, in: Verein für Kommunalwissenschaften (Hg.): Vorbildliche Strategien kommunaler Suchtprävention, Berlin, S. 26 ff.

Heckmann, W., Just, M., Helbig, A., Kraus, M. F., Kuntschig, V. et al.: Konsummuster illegaler Drogen in Sachsen-Anhalt, Magdeburg: MISTEL 2000.

Heckmann, W., Just, M., Helbig, A., Kraus, M., Kuntschig, V., Lambrecht, J., Lausmann, K., Seidel, K., Wemheuer, C. (2000): Konsummuster illegaler Drogen in Sachsen- Anhalt. Eine ethnographische Untersuchung, MISTEL, Magdeburg

Herrmann, U (2000): Prostitution und Drogenabhängigkeit – Bald kein Thema mehr oder neue Herausforderung? In: AIDS und STD-Prävention – eine grenzüberschreitende Herausforderung. Dokumentation der Fachtagung vom 08.11.-11.11.2000, Bundesministerium für Gesundheit.

Herrmann, U.(2000): Psycho-soziale Aspekte der Situation HIV-infizierter Frauen in der Bundesrepublik Deutschland. In: Brockmeyer et al.: HIV-Infekt, Springer, Berlin.

Kerschl, A. V. & Harreis-Hedder, K. (2001): Quality development and Quality assurance: Quality indicators and norms for out-patient rehabilitation of Drug addicts in Europe. ERIT, Spanien, www.archido.org.

Kerschl, A. V. (2000): Gender specific approaches in the field of prevention and treatment. IREFREA Kongress, Wien, www.irefrea.org.

Kerschl, A. V. (2000): Was prägt Jugend in Europa? – Ergebnisse der IREFREA Studie Risk and Control in the Recreational Drug Culture, SONAR Project. In: FDR-Tagungsdokumentation des Kongresses, Leipzig, 2000.

Kerschl, A. V. (2003): Gender related Aspects on Drug Consumption in Recreational Life. In: Calafat, A. et al.: Enjoying the Nightlife in Europe. The Role of Moderation. IREFREA network, Impresores, Valencia, www.irefrea.org.

Kerschl, A. V. (2004) Sag´ mir wo die Blumen sind? Frauen, Sucht und STDs. In: SPI Forschung (Hrg.) (2004): Sexuell übertragbare Krankheiten. Ein Lesebuch für die Beratungspraxis. Asanger Verlag, Heidelberg, Kröning.

Kerschl, A. V. (2004): The Dislocation Process of the Illegal Prostitution Scene in Cologne. In: Documentation of the Accompany Conference on Drug Use and Mobility, Prag www.accompny.com.

Kerschl, A.V. (2002): Mit dem Tod lebendig sein – Frauen und Heroin. Die Selbstheilung in der Selbstzerstörung. In: Dokumentation der Fachtagung des Arbeitskreises Frauen und Gesundheit, Kassel, www.akf.de.

Kerschl, A.V. (2002): Weiblicher Alkoholismus – frauenspezifische Perspektiven in Theorie, Forschung und Praxis. In: Mann, K. (Hrsg.): Neue Therapieansätze bei Alkoholproblemen. Pabst Science Publishers, Lengerich, Berlin, Zagreb, Rom, Wien.

Kerschl, A.V. (2003): Klientenbefragungen oder: Was können wir aus den Urteilen unserer KlientInnen lernen? In: Die Bundesdrogenbeauftragte, Bundesministerium für Gesundheit und Soziale Sicherung: Frauen und Sucht, Berlin.

Kerschl, A.V. (2003): Sekundäre Traumatisierung in der Suchttherapie und Versuche professioneller Strategien zur Bewältigung. In: Die Bundesdrogenbeauftragte, Bundesministerium für Gesundheit und Soziale Sicherung: Frauen und Sucht, Berlin.

Kerschl, A.V. (2003): Sucht und Gewalt – Spannungsfelder zwischen dem Dasein als Opfer und Täterin. In: Zielke, M. et al.: Das Ende der Geborgenheit – PTSD. Pabst Science Publishers, Lengerich, Berlin, Zagreb, Rom, Wien.

Kerschl, A.V. (2003): Was Frauen von der Suchthilfe erwarten. In: FrauSuchtZukunft (Hrg.), Was brauchen Frauen? Berlin

Kerschl, A.V.(2000): Von der Notwendigkeit beruflicher Wiedereingliederungsmaßnahmen – Frauen und Sucht. In: Dokumentation des Kongresses „Armut und Gesundheit“, Berlin.

Kraus, M. F. (2000): Rechtliche Aspekte der Prävention von AIDS und STDs im europäischen Vergleich. Vortrag auf der BMG Fachtagung AIDS- und STD-Prävention - eine grenzüberschreitende Herausforderung. Berlin, November 2000.

Kraus, M., Steffan, E., Kerschl, V. (2003): Heterosexuelle Transmission des HIV vor dem Hintergrund der neuen Therapiemöglichkeiten.

SPI Forschung (HG) (2004): Sexuell übertragbare Krankheiten. Ein Lesebuch für die Beratungspraxis. Asanger Verlag, Heidelberg,Kröning.

SPI Forschung gGmbH (1998): THE UMBRELLA-NETWORK (Deutsch, Englisch, Spanisch).

SPI Forschung gGmbH (2001): AIDS- und STD-Prävention - eine grenzüberschreitende Herausforderung, Dokumentation der Fachtagung.

Steffan, E. (2001): Gesundheitsförderung im Bereich Prostitution - notwendige öffentliche Aufgabe? In: Landesvereinigung für Gesundheit Niedersachsen e.V. (Hg.) Impulse. Newsletter zur Gesundheitsförderung Nr. 32.

Steffan, E., Herrmann, U., Kerschl, A. V., Schnitzer, S. (2004): FrauenLeben II. Abschlussbericht der quantitativen Phase der Studie „Einfluss medizinischer Therapiefortschritte auf die Lebens- und Handlungsperspektiven von Frauen mit HIV und AIDS.

Steffan, E., Herrmann, U., Schnitzer, S., Muthesius, D. (2004): FrauenLeben I. Abschlussbericht der qualitativen Phase der Studie „Einfluss medizinischer Therapiefortschritte auf die Lebens- und Handlungsperspektiven von Frauen mit HIV und AIDS.

Steffan, E., Kerschl, A. V. (2004): Die Verlagerung des Straßenstriches der Stadt Köln. Abschlussbericht der wissenschaftlichen Begleitung.

Steffan, E., Kraus, M. F. (2000): Das Umbrella Network - HIV/AIDS- und STD-Prävention im grenzüberschreitenden Raum. In: Brockmeyer, N. H., Brodt, R., Hoffmann, K. et al. (Hg.): HIV-Infekt. Berlin, Heidelberg, New York: Springer.

Steffan, E., Kraus, M. F. (2000): Primary HIV und STD prevention in displaced populations. Vortrag auf der 13. Internationalen AIDS-Konferenz. Durban.

Steffan, E., Kraus, M. F. (2000): The Umbrella Network: AIDS, STD Prevention and Prostitution on the Eastern Border of Germany. In: Wright, M. T., Rosenbrock, R. (Hg.): Partnership and Pragmatism: Germany’s Response to AIDS Prevention and Care. London and New York: Routledge.

Steffan, E., Kraus, M., Kerschl, A. V., Arsova, T., Oremus, D. (2004 in Druck): Basisdatendokumentation der Berliner ambulanten Sucht- und Drogenhilfe 2002.

Steffan, E., Rademacher, M. (2002): Gesundheitsämter im Wandel. Zur praktischen Arbeit der AIDS- und STD-Beratungsstellen der Gesundheitsämter in Deutschland. In: Stadt Köln (Hg.): Sexuell übertragbare Erkrankungen vom Tabu zur interdisziplinären Zukunftsausgabe.

Stevens, A., Berto, D., Kerschl. A. V., Oeuvray, K., van Ooyen, M., Steffan, E., Heckmann, W., Uchtenhagen, A. (2004; in Druck): The International Literature on Drugs, Crime and Treatment. In: Drug Abuse and Misuse.

Tossmann, P. (2000): Eltern-Informations-Programm zur Drogenprävention, Bericht zum Forschungsprojekt, SPI Forschung gGmbH, Berlin 2000.

Tossmann, P., Boldt, S., Tensil, M. (2000): Demand Reduction Activities in the field of Synthetic Drugs in the European Union, EMCDDA.

Tossmann, P., Pilgrim, C. (2001): Drogenkonsum und Risikoeinschätzung in längsschnittlicher Perspektive. In. Suchttherapie. Prävention, Behandlung, wissenschaftliche Grundlagen, Jg. 2, H.2, S. 98-108.

Wassenberg, K. (2003): Die historischen Wurzeln moderner Suchtmedizin. in: Wiener Zeitschrift für Suchtforschung 2/2003.

Weilandt, C., Heckmann, W., Kraus, M. F., Lambrecht, J., Pervilhac, C. (2001): HIV - Policy in Europe. Berlin. Ed. Sigma.

Bestellungen:
SPI Forschung gGmbH
Kohlfurter Str. 41-43
10999 Berlin
Tel.: 030 / 2 52 - 12 10/16 19
Fax: 030 / 2 51 60 94
Email: spi@spi-research.de
Bank für Sozialwirtschaft
BLZ 100 205 00
Konto 317 04 00

2. Veranstaltungen/Tagungen

Geschäftsbereich Fachschulen, Qualifizierung & Professionalisierung

Für den AAA, *den* bundesweiten trägerübergreifenden Zusammenschluss der Ausbildungsstätten für Altenpflege in der BRD, plante und konzipierte der Geschäftsbereich im vergangenen Jahr zwei Tagungen:

- Körper – Sinne – Gedächtnis, Altenpflegeausbildung kompakt, 23.-25.05.05, Reichenbach/Vogtland
- Zeitdiagnosen – 20 Jahre AAA, 15.-17.05.06, Berlin

Die Ergebnisse und Vorträge dieser Fachtagungen sind bzw. werden in einschlägigen Fachzeitschriften (Pflegepädagogik, Pflege etc.) publiziert.

Geschäftsbereich Soziale Räume & Projekte

Clearingstelle Jugendhilfe/Polizei

Fachtagungen, Fortbildungs- und Informationsveranstaltungen für Sozialarbeiter/innen und Polizisten/innen:

Fortbildungsmodul zum Thema Prävention von Jugenddelinquenz für angehende Präventionsbeauftragte der Berliner Polizeiabschnitte: zwei Veranstaltungen in Kooperation mit der Zentralen Serviceeinheit ZSE IV B 4 der Berliner Polizei (ehem. Landespolizeischule), dem Kick-Projekt und dem Berliner Büro für Diversionsberatung und -vermittlung (Februar und November 2005);

Zweitägige Fortbildungsveranstaltungen für Polizeibedienstete zum Thema „Prävention von Jugenddelinquenz“: drei Veranstaltungen in Kooperation mit der Zentralen Serviceeinheit ZSE IV B 4 der Berliner Polizei (ehem. Landespolizeischule), dem Kick-Projekt und dem Berliner Büro für Diversionsberatung und -vermittlung (März bis Mai 2005);

Fachtag „Möglichkeiten einer strukturierten Zusammenarbeit zwischen Jugendamt und LKA im Bereich Kinderschutz“ für Mitarbeiter/innen der Fachbereiche 4 der Jugendämter, bezirkliche Kinderschutzbeauftragte und Kommissariatsleiter/innen der Dezernate 12 und 13 des LKA Berlin (April 2005);

Fachtagung „Viele Koche verderben den Brei? Interdisziplinäre Ansätze zur Prävention von Jugenddelinquenz.“ am 26. und 27. August 2005 im Kooperation mit dem Landesbüro Berlin der Friedrich-Ebert-Stiftung für Mitarbeiter/innen aus den Bereichen Jugendhilfe, Schule, Polizei und Justiz;

Vortragstätigkeiten, Moderationen, Informations- und Diskussionsveranstaltungen zur Arbeit an der Schnittstelle von Jugendhilfe und Polizei:

im Rahmen eines Projektbesuchs von Mitarbeitern/innen der Stadtverwaltung Amsterdam (Oktober 2005);

Referat „Landes- und bezirkspolitische Vorgaben in der Präventionsarbeit“ beim 5. Präventionstag Friedrichshain-Kreuzberg am 12. April 2005 im Jugendhaus CHIP;

Seminar „Sozialarbeit und Polizei – Vom Umgang mit dem Drogenkonsum an der Schnittstelle unterschiedlicher Berufsfelder“ beim Aktionstag „Suchtprävention, Gesundheit und Aufklärung“ der Anna-Freud-Schule/OSZ Sozialwesen (September 2005).

Drehscheibe Kinder- und Jugendpolitik Berlin

Vorträge und Workshops

Rebekka Bendig: Projektvorstellung für eine Studiengruppe aus Rotterdam - 03/2005

Rebekka Bendig: Projektvorstellung für eine Journalistengruppegruppe aus Ägypten - 06/2005

Rebekka Bendig: Co-Moderation: Workshop zur Metropolenentwicklung mit einer internationalen Gruppe junger Menschen im Rahmen des Weltkongresses „Metropolis2005“

Rebekka Bendig: Projektvorstellung für eine Studiengruppe aus Amsterdam - 10/2005

Veranstaltungen

InterAktiv 4 - Mitmachen, Mitreden, Mitplanen, Mitbewegen - Aktionstag zur Kinder- und Jugendbeteiligung auf dem Alexanderplatz - 06/2005

U18 - Die Bundestagwahl für alle Kinder und Jugendlichen unter 18 Jahren - 09/2005

Weltkindertagsfest des Deutschen Kinderhilfswerkes auf dem Potsdamer Platz - 09/2005

Fachtagung „Beteiligung von Kindern und Jugendlichen“ - Erfahrungen aus dem Modellprojekt zur Leitbildentwicklung in Kommunen - in Verden (Niedersachsen) - 09/2005

Kinder- und Jugendbeteiligung in Bezirk - Salz in der Suppe oder dekoratives Sahnehäubchen? Umsetzung und Sicherung der Mitwirkungsrechte von Kindern und Jugendlichen durch Ansprech- und Koordinierungsstellen der Kinder- und Jugendbeteiligung
Drehscheibe Kinder- und Jugendpolitik und in Kooperation mit dem Bezirksamt Tempelhof-Schöneberg - 11/2005

Berliner Büro für Diversionsberatung und -vermittlung

Tagungen, Fachtage, Schulungen, Fortbildungsveranstaltungen (FB)

Tagung „Herausforderung Schnelle Reaktion bei Straftaten von Kindern und Jugendlichen“, 11. bis 13. April 2003 (Kooperation: mit Fallschirm und Sozialpädagogischer Bildungsstätte Jagdschloss Glienicke)

Fachtag „Erziehen statt Strafen am Beispiel Berliner Büro für Diversionsberatung und -vermittlung“ - Koop. mit Präventions- und Jugendbeauftragten der Polizeidirektion 4 (01/04)

58 Schulungen und Informationsveranstaltungen für Polizei im Jahr 2005
(für Dienstgruppen der Abschnitte, Führungsgruppen, Kommissariate usw.)

Themen: Diversion, rechtliche Grundlagen, Arbeitsablauf, Kooperation, Fallbeispiele (während des ganzen Jahres, Dauer 1-3 Stunden)
Kooperation m. Diversionsbeauftragten

23 Informationsveranstaltungen für Schüler, Lehrer, Sozialarbeiter, Kiez-AG’s usw. im Jahr 2005
Themen: Diversion, rechtliche Grundlagen, Fallbeispiele, Verhalten nach Straftaten (während des ganzen Jahres, Dauer 1-3 Stunden)
Kooperation m. Diversionsbeauftragten

Ostkreuz - Mobiles Beratungsteam für Demokratieentwicklung, Menschenrechte und Integration

Insgesamt führte das MBT „Ostkreuz“ (über Informationsdienstleistungen, Kurzberatungen und Kontaktvermittlungen per Telefon und E-Mail hinaus) über 100 Fachberatungen durch und war an rund 50 Veranstaltungen (Projekttage, Workshops, Seminare, Fachtagungen etc.) beteiligt bzw. führte diese Veranstaltungen selbst durch. Darunter u. a.:
Veranstaltungen und Fortbildungen 2005 (Auswahl)

- Projekt „Arche Kreuzberg“: Unter dem Motto „Für ein friedliches Miteinander in unserem Bezirk“ bauten junge Mitglieder der evangelischen Martha-Gemeinde, der türkisch-islamischen Gemeinde zu Kreuzberg (Merkez Moschee), des Kulturzentrums Anatolischer Aleviten und der Jüdischen Gemeinde (Synagoge Fraenkelufer) ein Floß, auf dem sechs dieser jungen Christen, Muslime, Aleviten und Juden am 11. September 2005 eine Fahrt auf dem Landwehrkanal unternahmen. Auf dem „Segel“ des Floßes wurden die Logos der Glaubensgemeinschaften sowie der Förderer (BMFSFJ und CIVITAS), des Veranstalters (Förderverein Kinder- und Jugendprojekte Kreuzberg e.V.) und der Unterstützer (Jugendhaus CHIP, MBT „Ostkreuz“ der Stiftung SPI, Integrationsbeauftragter des Senats) sowie die Botschaften[29] der Glaubensgemeinschaften für die Floßfahrt durch Kreuzberg „transportiert“.

- In Zusammenarbeit mit der Netzwerkstelle LICHT-BLICKE startete „Ostkreuz“ eine Veranstaltungsreihe zur Diskussion von „Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus in der DDR“, die im März 2005 mit einer ersten Veranstaltung („Antisemitismus in der DDR?!“) begonnen wurde. Im Oktober 2005 wurde die Reihe mit der Veranstaltung „Rassismus in der DDR“ fortgesetzt.

- Im Oktober 2005 führte „Ostkreuz“ das Seminar „Bekämpfung des Rechtsextremismus am Beispiel Marzahn-Hellersdorf – Was passiert vor Ort?“, in Zusammenarbeit mit der Zentralen Serviceeinheit der Berliner Polizei ZSE IV durch.

- 2005 führte Ostkreuz sieben Projekttage und Fortbildungsveranstaltungen für „D&B - Dienstleistung und Bildung gGmbH“ in Lichtenberg zu den Themen Rechtsextremismus, Rassismus und Interkulturalität durch.

- „Ostkreuz“ nahm am „Runden Tisch für Demokratie“ in Kreuzberg teil und führte Workshops im Rahmen von Projekttagen in Kreuzberg (Hermann-Hesse-Schule) und Neukölln (Walter-Gropius-Oberschule und Hannah-Arendt-Gymnasium in Rudow) zu unterschiedlichen Themen und eine Lehrerfortbildung in Zusammenarbeit mit dem Schulpsychologischen Dienst Friedrichshain-Kreuzberg durch.

- Die Auftakt-Pressekonferenz, auf der Polis* der Öffentlichkeit vorgestellt wurde, fand am 8.2.2006 mit dem Bezirkbürgermeister von Marzahn-Hellersdorf, Dr. Uwe Klett und der Migrantenbeauftragten des Bezirks, Elena Marburg, statt. Die Stiftung SPI wurde vom Geschäftsbereichsleiter Karl-Friedrich Schnur, Carl Chung als Projektleiter von „Ostkreuz“ und Ricardo Taschke als Koordinator bei Polis* vertreten.

- In Kooperation mit der Friedrich-Ebert-Stiftung und Prof. Osborg führte Polis* im Mai 2006 ein Kompetenztraining „Subversive Verunsicherungspädagogik“ für Lehrer/innen in Marzahn-Hellersdorf durch.

- Die Auftaktveranstaltung für die Anlaufstelle „Rückhalt“ für Eltern und Angehörige rechtsextrem eingestellter Jugendlicher, die Polis* in Kooperation mit dem Eltern-Lehrer-Netzwerk durchführt, fand am 29.4.2006 im Jugendberatungshaus XXL in Marzahn-Hellersdorf statt. Die Veranstaltung richtete sich an Mitarbeiter/innen in bezirklichen Beratungsstellen. Als Referent nahm daran Dierk Borstel vom Aussteigerprojekt Exit des ZDK-Gesellschaft für demokratische Kultur teil.

[29] “Peace for all” (Frieden für alle), Sure 11,41 („Und Noah sprach: ...“), „Hüte Deine Hände, Deine Zunge und Deine Lende“ und „Schalom“ (Frieden) und – für das CHIP – „Gott beantwortet das Gebet auf seine Weise, nicht auf unsere (Ghandi)“.

Geschäftsbereich Strategien sozialer Integration

Regiestelle E & C

09./10.05.2005
Fachforum „ Konzepte der frühkindlichen Sprachförderung in sozialen Brennpunkten“

25./26.05.2005 in Berlin
Zielgruppenkonferenz der Quartiersmanager/innen aus E & C-Gebieten „Einbeziehung von Migrantenvereinen, -initiativen und -selbstorganisationen in stadtteilbezogene Handlungsstrategien“

16./17.06.2005 in Berlin
Fachforum „Orte der Bildung im Stadtteil“

20./21.06.2005 in Berlin
Starterkonferenz Jugendmigrationsdienste

04./05.07.2005 in Berlin
Zielgruppenkonferenz der aus dem Kinder- und Jugendplan geförderten bundeszentralen Träger sowie Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe „Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe als Orte der Gesundheitsförderung in E & C-Gebieten“

25.08.2005 Berlin
Vorkonferenz zur Zielgruppenkonferenz der aus dem Kinder- und Jugendplan geförderten bundeszentralen Träger sowie Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe „Sozialraumorientierte Präventionsarbeit mit Kindern und Jugendlichen in benachteiligenden Stadtteilen“

08.09.2005 Berlin
Vorkonferenz zur gemeinsamen Konferenz der Quartiersmanager/innen und der Vertreter/innen von Städten und Gemeinden aus E & C-Gebieten „Lokale Netzwerke und Bündnisse für Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf – Arbeitsformen, Methoden und Standards“

13.09.2005 Wiesbaden
Informationstreffen
Zusammenarbeit der Arbeitsgemeinschaften nach SGB II und Optionskommunen mit der Kinder- und Jugendhilfe bei der Eingliederung der bis 25-Jährigen im Rahmen des Reformkonzepts „Moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt“

04./05.10.2005 Berlin
Arbeitstreffen „Kinder- und Jugend(hilfe)politik in Europa eine Chance für Soziale Brennpunkte“

17.-18.10.2005 Berlin
Zielgruppenkonferenz der aus dem Kinder- und Jugendplan geförderten bundeszentralen Träger sowie Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe „Sozialraumorientierte Präventionsarbeit mit Kindern und Jugendlichen in benachteiligenden Stadtteilen“

08.12.2005 Berlin
Werkstattgespräch „Kinder- und Jugendhilfe im Prozess der Arbeitsmarktreform – Organisationsübergreifende und interdisziplinäre Handlungsstrategien zur beruflichen Integration von Jugendlichen und jungen Erwachsenen“

12./13.12.2005 Erfurt
Gemeinsame Konferenz der Quartiersmanager/innen und der Vertreter/innen von Städten und Gemeinden aus E & C-Gebieten „Lokale Bündnisse für Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf – Arbeitsformen, Methoden und Standards“

30.01-01.02.2006 Straßburg
Europäische Fachkonferenz „Soziale Brennpunkte – eine Herausforderung für eine integrierte Kinder- und Jugendpolitik“

16./17.02.2006 Hannover
Fachforum „Kinder- und Jugendhilfe im Prozess der Arbeitsmarktreform – Organisationsübergreifende und interdisziplinäre Handlungsstrategien zur beruflichen Integration von Jugendlichen und jungen Erwachsenen“

28.02.2006 Berlin
Vorkonferenz der Quartiersmanager/innen aus E & C-Gebieten „Die Soziale Stadt für Kinder und Jugendliche – Perspektiven von Quartiersentwicklung und Lokalem Aktionsplan in E & C-Gebieten“

23.03.2006 Berlin
Vorkonferenz der Vertreter/innen von Städten und Gemeinden aus E &C-Gebieten „Kommunale Strukturen, Standards und Bedingungen nachhaltiger Entwicklung sozialer Brennpunkte – Das Jugendamt im Zentrum lokaler integrierter Handlungskonzepte für E & C-Gebiete“

26./27.04.2006 Berlin
Zielgruppenkonferenz der Quartiersmanager/innen aus E & C-Gebieten „Die Soziale Stadt für Kinder und Jugendliche – Perspektiven von Quartiersentwicklung und Lokalem Aktionsplan in E & C-Gebieten“

02.05.2006 Berlin
Expertengespräch in Vorbereitung des Fachforums „Integration junger Menschen mit Migrationshintergrund – Sozialer Zusammenhalt durch interkulturelle Strategien und integrierte Ansätze in benachteiligten Stadtteilen“

08.05.2006 Berlin
Werkstattgespräch „Ideologie und Strategien des Rechtsextremismus – Wie geht man als Journalist/in damit um?“

11./12.05.2006 Berlin
Zielgruppenkonferenz der aus dem Kinder- und Jugendplan geförderten bundeszentralen Träger sowie Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe „Die Soziale Stadt für Kinder und Jugendliche – Zukunftsfähige Konzepte sozialer Koproduktion in sozialen Brennpunkten“

Sonderveranstaltungen

Teilnahme am Fachgespräch zur Integration von Zuwanderern am 19. Mai 2005 in Berlin

Treffen der wissenschaftlichen Begleitung E & C/LOS des DJI mit den Regiestellen LOS sowie E & C am 30. August 2005 in Berlin

Teilnahme am Workshop „Schule im Kontext sozialräumlicher Kooperationen“ der wissenschaftlichen Begleitung E & C/LOS des DJI am 27. und 28. September 2005 in Eisenach

Vorbereitung eines Workshops für die 11. bundesweite Konferenz: „Armut und Gesundheit – Neue Bewegungen für Gesundheit“ am 18. und 19. November 2005 in Berlin

Beitrag zu sozialräumlichen Aspekten der Familien- und Kinderarmut auf der Fachtagung „Armut und Ausgrenzung von Familien und Kinder. Möglichkeiten der Prävention“ am 09. Februar 2006 in Mainz

Beteiligung am Fachtag anlässlich der Abschlussveranstaltung des Bundesmodellprojekts des BMFSFJ „Sozialräumliche Familien- und Jugendarbeit“ (SoFJA) am 18. Mai 2006 in Berlin

Regiestelle LOS

LOS-Kongress, 23./24.01.2006, Berlin

Regionalkonferenz, 07.06.2006, Berlin

Regionalkonferenz, 13.06.2006, Hannover

Regionalkonferenz, 19.06.2006, Düsseldorf

Regionalkonferenz, 28.06.2006, Mainz

Regionalkonferenz, 29.06.2006, Nürnberg

Jugendsozialarbeit an Berliner Hauptschulen

Startkonferenz, 26.01.2006, Berlin

Niederlasssung Brandenburg

13.-16.02.2006
Ausstellung „Rechte Jugendkulturen – Zwischen Lifestyle, Clique und Partei“, Berlin
Multiplikatorenschulungen

03.-04.12.2005
Tagungswochenende der Jugendparlamente, Blossin
Tagungsgestaltung in Kooperation mit der Netzwerksetelle für demokratische Kultur

30.11 2005
Fachtagung „Hartz IV und die Auswirkungen auf die Jugendhilfe“, Strausberg
AG-Moderation

14.09.2005
Integrationsfachtag des KKJR MOL, Seelow
Workshopgestaltung zu Potentialen freier Träger und Initiativen

01.06.2005
Thematische Klausur der PDS Marzahn-Hellersdorf
Vorträge und Diskussion zu aktuellen rechtsextremen Entwicklungen

12.-13.05.2005
Vorstellung der Ergebnisse des bundesweiten Forschungsverbundes „Soziale Desintegrationsprozesse und ihre Folgen“ von Heitmeyer, Karlsruhe
Expertenvortrag zu National Befreiten Zonen

28.-30.04.2005
Offenes bundesweites Streetworktreffen, Berlin
Gestaltung einer Arbeitsgruppe zu rechtsextremen Entwicklungen

Jahresbericht 2005/2006

Verzeichnis

Anschriften der Geschäftsbereiche

Vorstand/Direktor

Müllerstr. 74
13349 Berlin

Tel.: 030 / 459 793 - 0
Fax: 030 / 459 793 - 66
Email: info@stiftung-spi.de
Internet: www.stiftung-spi.de

Hartmut Brocke, Annette Gruhling, Rolf-Joachim Heger, Barbara Hinz,
Dr. Birgit Hoppe, Rita Scheller, Karl-Friedrich Schnur, Christian Sand

Geschäftsbereich Fachschulen, Qualifizierung & Professionalisierung

Hallesches Ufer 32-38
10963 Berlin

Tel.: 030 / 2 51 12 08
Tel.: 030 / 2 53 89 - 282
Fax: 030 / 25 29 95 41
Email: fachschulen@stiftung-spi.de

Manuela Blank, Leonhard Camatta, Alfred Cybulska, Ingrid Deisenroth, Angelika Hoes,
Dr. Birgit Hoppe, Martina Knebel, Wolf-Dieter Künne, Hartmut Krause,
Jacqueline Matthei, Jana Niehoff, Beate Swoboda, Dr. Gerhold Strack, Barbara Teske,
Hannelore Zedel, Dagmar Zoeller und etwa 110 nebenamtliche Dozenten/innen

Geschäftsbereich Stadtentwicklung
Ausnahme und Regel

Prinzenallee 74
13357 Berlin

Tel.: 030 / 49 30 01 - 10
Fax: 030 / 49 30 01 - 12
Email: ausnahme.regel@stiftung-spi.de

Laila Atrache-Younes, Sabine Benkwitz, Jürgen Berger, Susanne Dreyer, Helena Fuchs,
Jörg Heiligenstadt, Heidrun Hoss, Sylvia Kahle, Marifet Kaya, Clemens Klikar,
Wolfgang Klußmeyer, Michael Langer, Jürgen Lindner, Jenny Meissner, Carl Reusch,
Ingrid Sander, Sabina Tannert, Iris Vitz, Rosemarie Wächter, Bärbel Wolffram

Quartiersmanagement Kottbusser Tor
KonTOR
Reichenberger Straße 177
10999 Berlin

Tel.: 030 / 612 30 40
Fax: 030 / 612 20 00
Email: spi-qm-kottbusser-tor@t-online.de

Laila Atrache-Younes, Sylvia Kahle, Marifet Kaya, Ingrid Sander

Quartiersmanagement Schöneberg
c/o Geschäftsbereich Stadtentwicklung
Ausnahme & Regel
Prinzenallee 74
13357 Berlin

Tel.: 030 / 49 30 01 - 10
Fax: 030 / 49 30 01 – 12
Email: ausnahme.regel@stiftung-spi.de

Ingrid Sander, Carl Reusch

Quartiersmanagement Sparrplatz
Burgsdorfstraße 13 a
13353 Berlin

Tel.: 030 / 466 06 190
Fax: 030 / 466 06 191
Email: qm-sparrplatz@t-online.de

Jürgen Berger, Michael Langer

Kooperationspartner Quartiersmanagement
mpr Unternehmensberatung, AG SPAS, Kommunales Forum Wedding

Geschäftsbereich Soziale Räume & Projekte

Geschäftsbereichsleitung
Einbecker Str. 32
10317 Berlin

Tel.: 030 / 55 68 04 - 20
Fax: 030 / 55 68 04 - 26
Email: soziale.raeume@stiftung-spi.de

Gabriele von Ginsheim, Peter Hanebuth-Treder, Bernd Schaletzke-Montebaur,
Karl-Friedrich Schnur

Verwaltung

Martina von Essen, Peter Hanebuth-Treder, Marlies Neuner,
Kathrin Sponholz

Kernbereich Gesundheit

Drogenberatung NORD
Alt-Reinickendorf 23-24
13407 Berlin

Tel.: 030 / 4 93 80 88 / 89
Fax: 030 / 4 93 80 10
Email: drogenhilfe-nord@stiftung-spi.de

Uwe Dillmann, Brunhild Herzberg, Birgit Radmann, Kerstin Ratermann,
Bernd Schaletzke-Montebaur, Verena Schröder, Sigrid Voigt, Elisabeth Weßling-Kurrle

Nordimpuls, Nordlicht und Ambulante Therapie Nord
Kontakt über: Drogenberatung NORD

Ute Bellinger, Uwe Dillmann, Ingrid Essing, Nadine Frank, Sabine Pohl, Kerstin Ratermann, Marina Rimkus, Verena Schröder, Elisabeth Weßling-Kurrle, Patrick Wietzke

Suchtberatung Pankow - STAB
Berliner Str. 120/121
13187 Berlin

Tel.: 030 / 47 59 82 - 0
Fax: 030 / 47 59 82 - 15
Email: suchthilfe-pankow@stiftung-spi.de

Mechthild Donath, Dr. Dieter Klich, Dieter Matthée, Hanna Pfeifer, Mandy Simon, Petra Winkler

Tagesstätte Pankow
Berliner Str. 120/121
13187 Berlin

Tel.: 030 / 47 59 82 - 0
Fax: 030 / 47 59 82 - 15
Email: suchthilfe-pankow@stiftung-spi.de

Anja Albrecht, Thomas Knuf, Katrin Nolte, Lutz Weber

Betreutes Einzelwohnen Pankow
Berliner Str. 120/121
13187 Berlin

Tel.: 030 / 47 59 82 - 0
Fax: 030 / 47 59 82 - 24
Email: suchthilfe-pankow@stiftung-spi.de

Gabriele Dienst, Martina Mundt, Martin Pietzonka, Dirk Schöbe

Café 157
John-Schehr-Str. 24
10407 Berlin

Tel.: 030 / 4 25 01 24
Fax: 030 / 42 02 13 33
Email: cafe157@stiftung-spi.de

Thomas Lemke, Rita Piepenburg

Integrierte Suchtberatung Lichtenberg
Einbecker Str. 32
10317 Berlin

Tel.: 030 / 55 68 04 - 0
Fax: 030 / 55 68 04 - 18
Email: suchtberatung-lichtenberg@stiftung-spi.de

Erik Kaspar, Michaela Marwitz, Carmen Müller, Marja Naß, Karl-Friedrich Schnur, Jana Schröter, Dagmar Schwarz, Kristina Sellmayr, Peter Töpfer

Bundesmodellprogramm „HaLT“
(über Integrierte Suchtberatung Lichtenberg)

Einbecker Str. 32
10317 Berlin

Tel.: 030 / 55 68 04 - 19
Mobil: 0170 / 9606313 Fritsch
Mobil: 0171 / 7724840 Kreutziger
Fax: 030 / 55 68 04 - 18
Email: halt@stiftung-spi.de

Konstantin Fritsch, Jörg Kreutziger

Kontaktladen „enterprise“
Einbecker Str. 32
10317 Berlin

Tel.: 030 / 52 27 93 - 90 / 91
Fax: 030 / 52 27 93 - 92
Email: enterprise@stiftung-spi.de

Kathrin Busch, Gabriele Kulesch

Betreutes Einzelwohnen Lichtenberg
Einbecker Str. 32
10317 Berlin

Tel.: 030 / 52 27 93 - 81 / 82
Fax: 030 / 52 27 93 - 80
Email: bew-lbg@stiftung-spi.de

Katrin Behrend, Rolf Glemser, Kerstin Krischak, Thomas Sioda

Tagesstätte Lichtenberg
Herzbergstr. 82
10365 Berlin

Tel.: 030 / 5 54 02 09
Fax: 030 / 55 49 48 03
Email: ts-li@stiftung-spi.de

Anne Bosch, Gerald Glöckner, Anne Gürgens, Gerhard Hehr, Sabine Künneke, Thomas Künneke, Andreas Odening, Sylvia Schroeder

Tagesstätte Hohenschönhausen
Oberseestr. 98
13053 Berlin

Tel.: 030 / 98 63 87 97
Fax: 030 / 98 63 87 95
Email: ts-hsh@stiftung-spi.de

Katja Grätzel von Grätz, Jens Kelling, Karla von Kiedrowski, Thomas Künneke

Arche - Therapeutische Wohngemeinschaft
Archenholdstr. 24
10315 Berlin

Tel.: 030 / 51 65 80 - 07 / 08
Fax: 030 / 51 65 80 09
Email: arche@stiftung-spi.de

Anne Burgthaler, Reto Gantenbein, Katrin Giese, Michael Glöckner, Axel Hentschel, Margret Schellbach, Katja Schuler

Suchtberatung Friedrichshain
Finowstr. 39
10247 Berlin

Tel.: 030 / 2 91 16 92
Fax: 030 / 29 66 01 23
Email: suchtberatung-frdh@stiftung-spi.de

Hans-Joachim Kielhorn, Elke Lehnst, Sandra Lucchetti, Kerstin Wittwer

Betreutes Einzelwohnen Friedrichshain
Finowstr. 38
10247 Berlin

Tel.: 030 / 29 66 95 - 21 / 22
Fax: 030 / 29 66 95 - 20
Email: bew-fk@stiftung-spi.de

Gerrit di Sopra, Annette Kießling, Wolfgang Krause, Bodo Matthes, Jörg Meese

Übernberg - Wohnen für Suchtkranke
Weichselstr. 12
10247 Berlin

Tel.: 030 / 2 94 08 - 48 / 49
Fax: 030 / 2 94 08 - 48
Email: uebernberg@stiftung-spi.de

Ute Braun, Sabine Descher, Klaus Kabutz, Roman Maruniak

Tagesstätte Friedrichshain
Finowstr. 38
10247 Berlin

Tel.: 030 / 29 66 56 - 23 / 24
Fax: 030 / 29 66 56 - 25
Email: ts-friedrichshain@stiftung-spi.de

Brigitte Nimz, Andrea Potengowski-Will, Thomas Siemer

Haus Strohhalm - Sozialtherapeutisches Wohnen
Wilhelminenhofstr. 68
12459 Berlin

Tel./Fax: 030 / 5 35 00 35
Email: haus-strohhalm@stiftung-spi.de

Dieter Haschenz, Jacqueline Ranik, Ansgar Schmitjans, Gabriele Winkler

Treffpunkt Strohhalm
Wilhelminenhofstr. 68
12459 Berlin

Tel.: 030 / 53 01 43 87
Fax: 030 / 53 01 43 92
Email: treff-strohhalm@stiftung-spi.de

Jens Deetz, Marianne Krüger, Roland Püschel

Kernbereich Lebenslagen

Clearingstelle Jugendhilfe/Polizei
Kremmener Str. 9-11
10435 Berlin

Tel.: 030 / 4 49 01 54
Fax: 030 / 4 49 01 67
Email: clearingstelle@stiftung-spi.de

Konstanze Fritsch, Jürgen Schendel, Annika von Walter

Drehscheibe Kinder- und Jugendpolitik Berlin
Kremmener Str. 9-11
10435 Berlin

Tel.: 030 / 4 42 37 18
Fax: 030 / 44 03 41 46
Email: drehscheibe@stiftung-spi.de

Rebekka Bendig, Karin Bremer, Heidrun Müller, Heiko Wichert

Flucht nach vorn - Bildung, Beratung, Betreuung junger Flüchtlinge
Lausitzer Str. 10
10999 Berlin

Tel.: 030 / 6 18 80 81
Tel.: 030 / 6 11 70 89
Fax: 030 / 61 62 48 42
Email: fnv@stiftung-spi.de

Gabriele von Ginsheim, Anna Rossetti

Genderagentur Berlin-Brandenburg
Lausitzer Str. 10
10999 Berlin

Tel.: 030 / 69 56 79 74
Fax: 030 / 61 62 48 42
Email: genderagentur@stiftung-spi.de

Dr. Dorit Meyer

MÄDEA
Interkulturelles Zentrum für Mädchen und junge Frauen
Badstr. 10
13357 Berlin

Tel.: 030 / 49 30 89 66
Fax: 030 / 49 30 89 65
Email: maedea@stiftung-spi.de

Ursula Bachor, Ayse Bocohonsi, Eva Palej, Canan Yesilkayali

Fallschirm – Berliner Modell für die ambulante Betreuung
strafunmündiger Mehrfach- und Intensivtäter
Buttmannstr. 9
13357 Berlin

Tel.: 030 / 46 60 24 25 / 26
Fax: 030 / 46 60 24 27
Email: fallschirm@stiftung-spi.de

Gürsel Gürbey, Sabine Hübner, Ute Kircher, Susanne Luh

Berliner Büro für Diversionsberatung und -vermittlung
Kremmener Str. 9-11
10435 Berlin

Tel.: 030 / 44 00 92 76 / 73
Fax: 030 / 4 49 01 67
Email: diversion@stiftung-spi.de

Petra Bäker, Marion Brunner, Konstantin Fritsch, Renate Haustein, Matthias Niestroj, Doris Nithammer, Kerstin Piniek, Kerstin Weber, Mehmet Zengin, Brigitte Zipperlen

HundeDoc
Kontakt über: Einbecker Str. 32
10317 Berlin

Tel.: 030 / 55 68 04 - 20
Mobil: 0174 / 5 93 77 58
Fax: 030 / 55 68 04 - 26
Email: jklemmt@versanet.de

Jeanette Klemmt

Ostkreuz-Netzwerke gegen Rechts
Schönhauser Allee 73
10437 Berlin

Tel.: 030 / 41 72 56 28
Fax: 030 / 41 72 56 30
Email: ostkreuz@stiftung-spi.de

Carl Chung, Heide Determann, Martin Gerlach, Gönül Kaya, Stefan Rudschinat, Jan-Ulrich Spies, Ann-Sofie Susen, Ricardo Taschke

Polis* - Bezirkliche Koordinierungsstelle gegen demokratiegefährdende Phänomene und Rechtsextremismus Marzahn-Hellersdorf
(bei Ostkreuz angesiedelt)
Klausdorfer Str. 8
12629 Berlin

Tel.: 030 / 99 27 50 96
Fax: 030 / 99 27 50 97
Email: polis@stiftung-spi.de

Ricardo Taschke

Werk 9 - Veranstaltungshaus
Markgrafenstr. 26
10117 Berlin

Tel.: 030 / 20 16 58 23
Fax: 030 / 20 16 58 24
Email: bernhard.nowak@werk9.de

Bernhard Nowak

Abenteuerspielplatz „Stadt der Kinder“
Rosenthaler Str. 59, 10119 Berlin
10119 Berlin

Tel.: 030 / 28 38 78 37
Fax: 030 / 24 63 23 84
Email: asp@stiftung-spi.de

Alexandra Däxl, Andreas Fix, Brando Klick,

Platzmanagement Alexanderplatz
Karl-Liebknecht-Str. 13
10178 Berlin

Tel.: 030 / 24 04 56 40
Fax: 030 / 24 04 56 41
Email: wichert@platzmanagement.de

Heiko Wichert

Schulsozialarbeit im Verbund
Demminer Str. 28
13355 Berlin

Tel.: 030 / 4 63 60 65
Fax: 030 / 4 63 60 65
Email: gesundbrunnen@stiftung-spi.de

Annerose Burgthaler, Wilfried Lange

Geschäftsbereich Strategien sozialer Integration

Leitung
Müllerstraße 74
13349 Berlin

Tel.: 030 / 459 793 - 0
Fax: 030 / 459 793 - 66
Email: info@stiftung-spi.de

Hartmut Brocke, Manuela Müller

Regiestelle E & C
Nazarethkirchstr. 51
13347 Berlin

Tel.: 030 / 45 79 86 - 0
Fax: 030 / 45 79 86 - 50
Email: regiestelle@eundc.de

Hartmut Brocke, Petra Dinkelacker, Andreas Hemme, Antje Klemm, Dorette Lück,
Dr. Heike Riesling-Schärfe, Rainer Schwarz, Judith Schwarzburger, Sabine Wischnewsky

Regiestelle LOS
c/o Stiftung SPI
Elberfelder Str. 6
10555 Berlin

Tel.: 030 / 39 06 34 - 6
Fax: 030 / 39 06 34 - 80
Email: regiestelle@los-online.de

Hartmut Brocke, Tatjana Asberger, Irina Klave, Reiner Müller,
Bastian Schneider, Christoph Schwamborn, Sabine Steinmair, Thomas Witzel

Regiestelle LOS
c/o gsub mbH
Oranienburger Str. 65
10117 Berlin

Tel.: 030 / 284 09 - 506
Fax: 030 / 284 09 - 310
Email: regiestelle@los-online.de

Dr. Reiner Aster, Sabine Grünert, Kathrin Hagemann, Mandy Heise, Dana Krüger, Manuela Valentin, Markus Wicke

Niederlassung Land Brandenburg

Geschäftsbereichsleitung
Franz-Mehring-Str. 20
15230 Frankfurt (Oder)

Tel.: 0335 / 3 87 27 80
Fax: 0335 / 3 87 27 85
Email: brandenburg@stiftung-spi.de

Stefan Zaborowski (Leitung)
Mandy Hoffmann, Marion Behnke

Finanz- und Personalabteilung
Einbecker Str. 32
10317 Berlin
Tel: 030/5 16 57 603
Fax: 030/5 16 57 381
Email: brandenburg@stiftung-spi.de

Mandy Hoffmann, Jana Reiprich

Landesweite Projekte

Beratung Jugendarbeit und Sozialarbeit Land Brandenburg
Schopenhauerstr. 32
14467 Potsdam

Tel.: 0331 / 9 79 37 30
Fax: 0331 / 9 79 37 55
Email: beratung-brandenburg@stiftung-spi.de

Sascha Quäck, Stefan Zaborowski

Brandenburger Jugendkulturtage
Franz-Mehring-Str. 20
15230 Frankfurt (Oder)

Tel.: 0335 / 3 87 27 80
Fax: 0335 / 3 87 27 85
Email: brandenburg@stiftung-spi.de

Stefan Zaborowski

Rohkunstbau und Kinderkunst
Lehrter Str. 38
10557 Berlin

Tel.: 030 / 48 62 08 00
Fax: 030 / 48 49 05 75
Email: rohkunstbau@stiftung-spi.de

Arvid Boellert, Katja van Oosterhout, Petra Prahl, Dorothea Jendricke, Verena Harzer

Regionalzentrum Nord

Mobile Jugend- und Sozialarbeit in Eberswalde
Kontaktladen
Eisenbahnstr. 69
16225 Eberswalde

Tel.: 03334 / 28 75 48
Fax: 03334 / 28 75 48
Email: eberswalde@stiftung-spi.de

Frank Stein, Frank Bestritzki, Sandra Müller, Katja Schlumbach

Flexible ambulante Einzelfallhilfen zur Erziehung nach § 30, 35 SGB VIII
Eisenbahnstr. 69
16225 Eberswalde

Tel.: 03334 / 28 75 48
Fax: 03334 / 28 75 48
Email: eberswalde@stiftung-spi.de

Frank Stein, Thomas Thurow, Katja Schlumbach

Jugend-, Kultur-, Bildung- und Bürgerzentrum „Offi“
Bad Freienwalde
Berliner Str. 75
16259 Bad Freienwalde
Tel.: 03344 / 4 19 630
Fax: 03344 / 4 19 639
Email: vonessenstiftung-spi.de

Andreas von Essen, Maren Köpke, Maike Mikley, Carsten Hiller

Regionalzentrum Ost

Kinder- und Jugendzentrum – MIKADO Frankfurt (Oder)
Franz-Mehring-Str. 20
15230 Frankfurt (Oder)

Tel.: 0335 / 3 87 18 90
Fax: 0335 / 3 87 18 95
Email: mikado@stiftung-spi.de

Uta Hartz, Heike Karg, Claudia Tröger, Mike Pistiak, Norbert Geister

Integrationszentrum Hort an der 2. Gesamtschule Frankfurt (Oder)
Richtstr. 13
15234 Frankfurt (Oder)

Tel.: 0335 / 6 80 16 23
Fax: 0335 / 6 32 27
Email: integrationshort@stiftung-spi.de

Bärbel Billerbeck, Susann Ullrich, Bärbel Ruth, Gudrun Lehmann, Cornelia Raschke, Sylvia Grzesik, Beate Melcher, Janine Schwartz,

Hort der Förderschule für sprachauffällige Kinder Frankfurt (Oder)
Puschkinstr. 19a/b
15236 Frankfurt (Oder)

Tel.: 0335 / 54 22 62
Fax: 0335 / 50 08 03 15
Email: sprachheilhort@stiftung-spi.de

Bärbel Riske, Irmgard Wendl, Cornelia Kleemann, Ilona Friede, Karin Kurka, Martina Nowack, Heidrun Arndt, Christine Sottmeier, Brigitte Schmidt, Frank Kowalski, Ursula Kaul, Petra Höhne, Sigrid Jungk, Petra Eiseler, Beate Humbsch, Martina Hammerlik, Silvia Wohlgemuth, Vivian Jente

Schulprojekt „MIKADO-Crew" Frankfurt (Oder)
Franz-Mehring-Str. 20
15230 Frankfurt (Oder)

Tel.: 0335 / 4 00 89 93
Fax: 0335 / 4 01 12 85
Email: lernwerkstatt-mikado@stiftung-spi.de

Jenny Behnke, Regina Wünsche

Arbeitsgelegenheiten Frankfurt (Oder)
„AG Care 2005"
Franz-Mehring-Str. 20
15230 Frankfurt (Oder)

Tel.: 0335 / 3 87 18 92
Fax: 0335 / 3 87 18 92
Email: schoerner@stiftung-spi.de

Stefan Schoerner

Regionalzentrum Süd

Regionalbüro Süd
Louis-Braille-Str. 9
03044 Cottbus

Tel.: 0355 / 4 99 38 84
Fax: 0355 / 5 85 08 30
Email: zaborowski@stiftung-spi.de

Stefan Zaborowski

Freizeitzentrum „Bergschlösschen“ Spremberg
Bergstr. 11
03130 Spremberg

Tel.: 03563 / 23 95
Fax: 03563 / 60 28 44
Email: spremberg@stiftung-spi.de

Birgit Kamenz, Sabine Klauke, Silvia Jarsetz, Viktor Buxmann, Ken Thürmer

Jugendbegegnungsstätte „Felixsee“ Bohsdorf
Bergstr. 11
03130 Spremberg

Tel.: 03563 / 23 95
Fax: 03563 / 60 28 44
Email: spremberg@stiftung-spi.de

Birgit Kamenz, Sabine Klauke, Silvia Jarsetz, Viktor Buxmann, Ken Thürmer

Jugendclub Lieberose
Lindenplatz 4 a
15868 Lieberose

Tel.: 033671 / 3 20 79
Fax: 033671 / 3 20 79
Email: lieberose@stiftung-spi.de

Diana Klepsch

Amtsjugendpflege im Amt Lieberose
Lindenplatz 4 a
15868 Lieberose

Tel.: 033671 / 3 20 79
Fax: 033671 / 3 20 79
Email: lieberose@stiftung-spi.de

Diana Klepsch

Kompetenzagentur Cottbus
Karl-Liebknecht-Straße 102
03046 Cottbus

Tel.: 0355 / 48 66 90
Fax: 0355 / 4 86 69 13
Email: kompetenzagentur-cottbus@stiftung-spi.de

Günther Elbel, Silke Bartusch, Christin Voigt

Schulprojekt Leonardos Meisterbude Cottbus
Makarenkostr. 5
03050 Cottbus

Tel.: 0355 / 4 86 73 76
Fax: 0355 / 4 86 76 56
Email: leonardos-meisterbude@stiftung-spi.de

Angela Rühle, Matthias Hummel

Schulsozialarbeit in Lübben
Schule am Neuhaus
Allg. Förderschule
Cottbuser Str. 27
15907 Lübben

Tel.: 03546 / 18 64 88
Fax: 03546 / 18 64 88

Email: sas-luebben@stiftung-spi.de

Martin Reißmann

Schulprojekt „Lernwerkstatt Sprungbrett“ Spremberg
Bergstr. 11
03130 Spremberg

Tel.: 03563 / 34 96 40
Fax: 03563 / 34 96 41
Email: lw.sprungbrett@stiftung-spi.de

Mathias Tautz, Carla Körner, Birgit Dworak

Lotsenstelle Lausitz
Heinrich-Mann-Str. 12
03050 Cottbus

Tel.: 0355 / 48 66 9 14/15
Fax: 0355 / 4 86 69 16
Email: lotsenstelle-lausitz@stiftung-spi.de

Margret Dörschel, Andrea Toepfer, Bärbel Kählig

„jugend at work“ Cottbus
Arbeitsgelegenheiten für unter 25-Jährige
Karl-Liebknecht-Straße 102
03046 Cottbus

Tel.: 0355 / 48 66 90
Fax: 0355 / 48 66 913
Email: bannat@stiftung-spi.de

Brit Bannat, Silke Bartusch

JuLa im Landkreis Spree-Neiße
Karl-Liebknecht-Straße 102
03046 Cottbus
Tel.: 0355 / 48 66 912
Fax: 0355 / 48 66 913
Email pohl@stiftung-spi.de

Marion Pohl

Regionalzentrum Mitte

Netzwerk für demokratische Kultur Potsdam Mittelmark „civitas“
Schopenhauerstr. 32
14467 Potsdam

Tel.: 0331 / 9 79 37 30
Fax: 0331 / 9 79 37 55
Email: buero-potsdam@stiftung-spi.de

Thomas Kropp

SPI Forschung gGmbH

Kohlfurter Str. 41-43
10999 Berlin

Tel.: 030 / 252 12 10
Tel.: 030 / 252 16 19
Fax: 030 / 251 60 94
Email: spi@spi-research.de
Internet: www.spi-research.de
Internet: www.bordernet.eu

Prof. Dr. Wolfgang Heckmann (Geschäftsführer), Elfriede Steffan (Prokura),
Tzvetina Arsova-Netzelmann, Prof. Dr. Michael F. Kraus,
Dieter Oremus, Susanne Schnitzer, Samanta Sokolowski

Vera Nowak (Verwaltungsleitung)
Dinah Ibrahim (Verwaltung)

MISTEL (An-Institut der SPI Forschung gGmbH und der Hochschule Magdeburg/Stendal)

Wilhelm-Külz-Str. 8
39108 Magdeburg

Tel.: 0391 / 88 64 310
Fax: 0391 / 88 64 293
Email: mistel@sgw.hs-magdeburg.de

Prof. Dr. Wolfgang Heckmann (Geschäftsführer), Susan Boldt, Marcel Christoph,
Maik Just, Jana Lambrecht, Sandra Nieber, Sarema Pohlodek, Dr. Karl Wassenberg

Sprachintensivzentrum Stendal (DaF)
SPI Forschung gGmbH/MISTEL
Am Dom 13
39576 Stendal

Tel.: 03931 / 418 653
Fax: 03931 / 418 658
Email: daf.intensiv@stendal.hs-magdeburg.de
Internet: www.german-language-center-stendal.de (im Aufbau)
Internet: www.daf-stendal.de (im Aufbau)

Elfriede Steffan (Geschäftsführung), Sabina Welter
Hendrik Albrecht (Koordinator für Soziales und Organisation)

GSE, Gesellschaft für Stadtentwicklung gGmbH
Treuhänder Berlins

Prinzenallee 74
13 357 Berlin

Tel.: 030 / 49 30 63 - 0
Fax: 030 / 49 30 63 - 33
Email: info@gseggmbh.com

Brigitte Andrees, Roman Dutschak, Miroslaw Filzek, Gisela Hüholt, Sandor Leko, Barbara Reifenstein, Dieter Ruhnke, Petra Schrader, Kerstin Schröder, Helga Schönfeld, Kathrin Rüffer, Rolf Wende

Centre Français de Berlin gGmbH
Deutsch-Französisches Jugend- und Kulturzentrum

Müllerstr. 74
13349 Berlin

Tel.: 030 / 459 793 - 53
Fax: 030 / 459 793 - 55
Email: info@centre-francais.de

Hartmut Brocke, Guillaume Dufresne

Jahresbericht 2005/2006

Anhang Satzung Stiftung SPI

S A T Z U N G

der Stiftung Sozialpädagogisches Institut Berlin - Walter May -
Stand: Genehmigung 27. Februar 2003

§ 1 Name, Rechtsform, Sitz

Die Stiftung führt den Namen:
„Sozialpädagogisches Institut Berlin - Walter May -".
Sie ist eine rechtsfähige Stiftung des bürgerlichen Rechts und hat ihren Sitz in Berlin.

§ 2 Stiftungszweck

(1) Das Sozialpädagogische Institut Berlin - Walter May - verfolgt die Ziele der Arbeiterwohlfahrt und soll mit dazu beitragen, eine Gesellschaft zu entwickeln, in der sich jeder Mensch in Verantwortung für sich und das Gemeinwesen frei entfalten kann. Dabei orientiert sich das SPI vornehmlich an den Lebenswelten betroffener Bürger und fördert im Rahmen seiner sozialen Arbeit besonders die Hilfe zur Selbsthilfe. Aufgabe des SPI ist im nationalen und internationalen Rahmen die aktive Teilnahme an der Lösung sozialer Probleme, die Weiterentwicklung von Theorie und Praxis der sozialen Arbeit und die Ausbildung und Fortbildung von Praktikern der Sozialen Arbeit sowie die Förderung der Völkerverständigung.

(2) Zur Erfüllung des Stiftungszweckes ist das Sozialpädagogische Institut Berlin - Walter May - in folgenden Bereichen tätig:

- berufliche Aus- und Weiterbildung;
- Fortbildung sozialpädagogischer Praktiker, ehrenamtlich Tätiger, interessierter Laien;
- Gutachten, Stellungnahmen, Dokumentationen, Öffentlichkeitsarbeit;
- Kontakt- und Anlaufstelle für Initiativen und Selbsthilfegruppen im sozialpädagogischen Feld;
- Förderung neuer sozialpädagogischer Modelle;
- praxisnahe Forschung, Begleitforschung von sozialpädagogischen Modellen.

(3) Die Stiftung verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne des Abschnittes „Steuerbegünstigte Zwecke" der Abgabenordnung (AO 1977).

§ 3 Vermögen

(1) Das Vermögen der Stiftung beträgt 100.000,-- DM.

(2) Das Stiftungsvermögen ist grundsätzlich in seinem Bestand ungeschmälert zu erhalten.

(3) Mittel dürfen nur für satzungsgemäße Zwecke verwendet werden. Es darf keine Person durch Ausgaben, die dem Zweck der Stiftung fremd sind, oder durch unverhältnismäßig hohe Vergütungen begünstigt werden.

(4) Die Arbeiterwohlfahrt Landesverband Berlin e.V. verpflichtet sich, auf der Basis eines im voraus zu erstellenden Finanzierungsplanes die dort als Ausgaben ausgewiesenen Beträge der Stiftung zur Verfügung zu stellen, wenn diese nicht aus dem Ertrag des Stiftungsvermögens oder aus Zuwendungen Dritter gedeckt werden können. Sollten die tatsächlichen Ausgaben nach Feststellung des Jahresabschlusses den Ausgabenansatz des Finanzierungsplanes übersteigen, verpflichtet sich die Arbeiterwohlfahrt Landesverband Berlin e.V., auch diese zusätzlichen Ausgaben unter den Voraussetzungen des Satzes 1 der Stiftung zur Verfügung zu stellen.

§ 4 Organe

Organe der Stiftung sind:

a) der Vorstand,

b) das Kuratorium,

§ 5 Vorstand

Der Vorstand besteht aus mindestens drei Mitgliedern, die vom Kuratorium für die Dauer seiner Amtszeit bestellt werden, die in der Regel vier Jahre beträgt. Eine Wiederbestellung oder vorzeitige Abberufung aus wichtigem Grund ist, unbeschadet des Anspruchs auf vertragsmäßige Vergütung möglich. Im Falle des vorzeitigen Ausscheidens von Mitgliedern des Vorstandes sind die Ersatzmitglieder nur für die restliche Amtszeit zu bestellen. Die Mitglieder des Vorstandes führen die Geschäfte bis zum Amtsantritt ihrer Nachfolger weiter.

§ 6 Vorsitz, Beschlußfassung

(1) Der Vorstand wählt aus seiner Mitte einen Vorsitzenden und bis zu zwei stellvertretende Vorsitzende.

(2) Der Vorstand faßt seine Beschlüsse in Sitzungen oder im Wege schriftlicher Abstimmung.

(3) Der Vorstand ist beschlußfähig, wenn mindestens die Hälfte seiner Mitglieder in der Sitzung anwesend sind bzw. sich an der schriftlichen Abstimmung beteiligen.

(4) Bei Stimmengleichheit gibt die Stimme des Vorsitzenden, im Falle seiner Verhinderung die des stellvertretenden Vorsitzenden, den Ausschlag.

§ 7 Aufgaben des Vorstandes, Vertretung

(1) Der Vorstand verwaltet die Stiftung nach Maßgabe der Satzung und in eigener Verantwortung.

(2) Die Tätigkeit der Mitglieder des Vorstandes kann angemessen vergütet werden. Daneben haben Vorstandsmitglieder Anspruch auf Ersatz ihrer Aufwendungen, die sie im Interesse der Stiftung gemacht haben.

(3) Die Einnahmen und Ausgaben der Stiftung sind aufzuzeichnen und die Belege zu sammeln. Zum Ende eines jeden Geschäftsjahres sind Aufstellungen über die Einnahmen und Ausgaben der Stiftung und ihr Vermögen zu fertigen. Geschäftsjahr ist das Kalenderjahr. Diese Aufstellung ist dem Kuratorium innerhalb von drei Monaten nach Ablauf des jeweiligen Kalenderjahres vorzulegen.

(4) Der Vorsitzende oder sein Vertreter vertritt die Stiftung gerichtlich oder außergerichtlich allein. Bei Streitigkeiten zwischen dem Vorstand und der Stiftung wird die Stiftung von dem Vorsitzenden des Kuratoriums vertreten.

(5) Die Tätigkeitsbereiche werden in einem Geschäftsverteilungsplan geregelt; der Vorstand gibt sich eine Geschäftsordnung.

§ 8 Kuratorium

(1) Das Kuratorium besteht aus mindestens sieben Mitgliedern, die vom Landesvorstand der Arbeiterwohlfahrt Landesverband Berlin e.V. für die Dauer seiner Amtszeit bestellt werden, die in der Regel vier Jahre beträgt. Die Mitgliedschaft im Kuratorium ist ehrenamtlich. Das Kuratorium wählt aus seiner Mitte den Vorsitzenden und den stellvertretenden Vorsitzenden.

(2) Dem Kuratorium gehören an:

- der Bundesvorsitzende der Arbeiterwohlfahrt Bundesverband e.V. oder ein Vertreter aus dem Bundesvorstand,
- der Landesvorsitzende der Arbeiterwohlfahrt Landesverband Berlin e.V.,
- drei weitere Mitglieder des Landesausschusses der Arbeiterwohlfahrt Landesverband Berlin e.V.,
- und Persönlichkeiten aus den Bereichen Gesundheitswesen bzw. Jugendwesen bzw. Sozialwesen bzw. Bildung bzw. Forschung.

(3) Die Mitglieder des Kuratoriums können vom Landesvorstand der Arbeiterwohlfahrt Landesverband Berlin e.V. abberufen werden. Im Falle des vorzeitigen Ausscheidens von Mitgliedern des Kuratoriums sind die Ersatzmitglieder nur für die restliche Amtszeit zu bestellen. Die Mitglieder des Kuratoriums führen ihre Geschäfte bis zum Amtsantritt ihrer Nachfolger weiter.

(4) Das Kuratorium ist beschlußfähig, wenn die Mehrheit seiner Mitglieder zur ordnungsgemäß einberufenen Sitzung anwesend ist. Eine schriftliche Abstimmung ist möglich; es müssen sich jedoch alle Mitglieder des Kuratoriums an der Abstimmung beteiligen, damit sie gültig wird.

(5) Die Sitzungen des Kuratoriums werden vom Vorsitzenden, in seiner Vertretung vom stellvertretenden Vorsitzenden einberufen und geleitet. Beschlüsse werden mit einfacher Mehrheit gefaßt, sofern die Satzung nichts anderes bestimmt. Stimmengleichheit gilt als Ablehnung.

§ 9 Aufgaben des Kuratoriums

Das Kuratorium hat folgende Aufgaben:

- Wahl und Abberufung des Vorstandes;
- Kontrolle und Entlastung des Vorstandes nach Prüfung der Jahresrechnung;
- Entscheidung über den Jahreswirtschaftsplan unter Berücksichtigung des § 3 Abs. 4;
- Benennung des Wirtschaftsprüfers zur Prüfung der Jahreswirtschaftsrechnung;
- Satzungsänderungen sowie Aufhebung der Stiftung oder ihre Zusammenlegung mit anderen Stiftungen;
- Erlass von Richtlinien für die Vergütung der Mitglieder des Vorstandes, soweit sie angestellt sind, über den Ersatz von Aufwendungen oder Auslagen der Mitglieder des Vorstandes und des Kuratoriums, die ehrenamtlich tätig sind.
- Über die Einrichtung von Fachbeiräten und deren Zusammensetzung ist das Einvernehmen zwischen Vorstand und Kuratorium herbeizuführen.

§ 10 Aufhebung der Stiftung, Zusammenlegung, Satzungsänderung

(1) Die Stiftung unterliegt der Staatsaufsicht Berlins gemäß den Vorschriften des Berliner Stiftungsgesetzes (StiftG Bln).

(2) Die Aufhebung der Stiftung, die Zusammenlegung mit einer anderen Stiftung und die Änderung des Stiftungszweckes sind auch ohne wesentliche Veränderungen der Verhältnisse zulässig.

(3) Für Beschlüsse gemäß Abs. 2 ist die Zustimmung des Stifters und die Zustimmung der Mehrheit der Mitglieder des Kuratoriums erforderlich.

(4) Satzungsänderungen, die den Zweck der Stiftung betreffen, bedürfen der Zustimmung der Aufsichtsbehörde und des zuständigen Finanzamtes.

§ 11 Anfall des Stiftungsvermögens

Im Falle der Aufhebung der Stiftung fällt ihr Vermögen an die Arbeiterwohlfahrt Landesverband Berlin e.V., die es unmittelbar und ausschließlich für ähnliche gemeinnützige Zwecke zu verwenden hat.

Die von der Arbeiterwohlfahrt der Stadt Berlin e.V. am 12. Januar 1981 errichtete Stiftung „Sozialpädagogisches Institut Berlin - Walter May -„ wurde von der Aufsichtsbehörde, dem Senator für Justiz/Berlin, am 4. März 1981 staatlich genehmigt und die Änderungen der Satzung mit Datum 22. Dezember 1997 und 27. Februar 2003 durch die Senatsverwaltung für Justiz genehmigt.